

GISELHER WIRSING

Der maßlose Kontinent

Roosevelts Kampf
um die Weltherrschaft



EUGEN DIEDERICHS VERLAG JENA

GISELHER WIRSING
DER
MASSLOSE
KONTINENT

DER MASSLOSE KONTINENT

61. bis 75. Tausend

Schutzumschlag: Olaf Gulbransson
Copyright 1942 by Eugen Diederichs Verlag Jena and
Dr. Giseler Wirsing.
Druck: Spamer A.-G., Leipzig

Eingescannt mit OCR-Software ABBY Fine Reader

Vorwort

Im Sommer 1938 hat der Verfasser am Ende einer ausgedehnten Reise durch Nordamerika seine in den «Münchener Neuesten Nachrichten» erschienenen Berichte mit dem folgenden Satze abgeschlossen: «Die Vereinigten Staaten sind im Begriff ein gefährlicher Herd für einen neuen Weltkrieg zu werden.» Und es hiess dort weiter: «Durch Wochen hindurch haben wir es uns auf dieser Reise Tag und Nacht überlegt, ob es richtig ist, diesen Satz niederzuschreiben, ob er nicht übertrieben ist, ob er mit der ganzen Verantwortung ausgesprochen werden kann, die einem deutschen Beobachter in einem fremden Kontinent obliegt. Wir sind zu dem Schluss gekommen, dass dieser Satz richtig ist und dass er infolgedessen auch nicht unterdrückt werden darf...»

Dies war vor «München», vor der Herausforderung Adolf Hitlers durch Roosevelt im April 1939 und längst bevor es eine akute Polenfrage gab. Damals war also das weltpolitische Problem Nordamerika in seiner ganzen Schärfe schon zu sehen. Tatsächlich sind die Vereinigten Staaten der Herd eines neuen Weltkrieges geworden.

Ein Jahr später, im Juni 1939, schrieb dann der Verfasser im «XX. Jahrhundert»: «An England ist die Frage gestellt, ob es bereit ist, zugunsten der Schimäre eines Commonwealth of English Speaking Nations von seiner heutigen Position abzudanken und die Führung des Empire an Washington abzutreten. Diese Formulierung mag überraschen und vielleicht denjenigen noch überspitzt erscheinen, die die Entschlossenheit der ausschlaggebenden Faktoren in Amerika, eine solche Entwicklung herbeizuführen, noch nicht kennengelernt haben. Tatsächlich könnte aber England ein Bündnis mit den USA nur mit einer Unterwerfung unter das Sternenbanner bezahlen. Die in England führende

Schicht könnte sie nicht auf die Dauer überleben... Die Abtretung der Führung an die Kapitalinteressen der USA ist wahrhaft die Bedrohung Europas und der europäischen Kultur von Grund aus. Gegen diese Gefahr sich zu wenden, heisst alles das verteidigen, was uns nicht nur in unserem eigenen Lande, sondern in unserem ganzen Erdteil teuer und wertvoll ist.»

Heute entsprechen diese Sätze einer verbreiteten Erkenntnis über die Rolle, die die Vereinigten Staaten in diesem Kriege übernommen haben. Sie ist nicht plötzlich entstanden, sondern auf Grund eines wohldurchdachten Planes Schritt für Schritt in Szene gesetzt worden. Nachdem durch den Feldzug im Osten der Hydra des sowjetischen Kommunismus in furchtbaren Schlägen ein Kopf nach dem anderen abgeschlagen worden ist, bis sie wankt und zu Boden zu sinken beginnt, stehen Europa und Ostasien dem Amerikanismus als dem Gegenpol der bolschewistischen Weltgefahr gegenüber. Auch hier handelt es sich um eine Erscheinung mit universalistischer Tendenz. Sie tritt in völlig anderer Form und mit völlig anderen Zielen auf als der sowjetische Internationalismus. Aber auch hier ist der letzte geheime Wunsch die Errichtung einer Weltherrschaft.

Ich hatte die Absicht, mich mit dieser Entwicklung des Amerikanismus bereits nach der Rückkehr aus den Vereinigten Staaten im Jahre 1938 in breiterer Form auseinanderzusetzen. Die alsbald in Europa einsetzende Spannung schlug indes alle Kräfte in ihren Bann und vereitelte zunächst das Vorhaben einer umfassenderen Darstellung. Der wesentliche Grundgedanke dieses Buches, die Rolle nämlich, die der verhärtete amerikanische Mythos im Verein mit einem entartenden Puritanismus für die Entwicklung der Vereinigten Staaten nach innen und aussen spielt, ist jedoch schon damals gefasst worden. Die Niederschrift konnte erst im Sommer und Herbst 1941 erfolgen. Dies hatte den Vorteil, dass sich inzwischen bestimmte Entwicklungen in den Vereinigten Staaten noch klarer herausgebildet hatten. Die Drucklegung des Buches war Ende Oktober abgeschlossen. Verfasser und Verlag entschlossen sich infolge der zu diesem Zeitpunkt einsetzenden verschärften japanisch-ame-

rikanischen Spannung mit der Fertigstellung noch einige Zeit zu warten. Die Ereignisse konnten daher noch bis zum Kriegsausbruch im Fernen Osten und der Feststellung des Kriegszustandes durch das Deutsche Reich und Italien berücksichtigt werden. Das Buch enthält nun eine vollständige Dokumentation der amerikanischen Politik bis zu dem entscheidenden Datum des 11. Dezember 1941. Das Gesamtbild der Vereinigten Staaten, mit dem sich die übrige Welt auseinanderzusetzen hat, war zu diesem Zeitpunkt soweit geschlossen, wie dies bei einem Gegenstand, der dem täglich fließenden Leben unterliegt, überhaupt möglich sein kann. Der Geschichtsschreiber der unmittelbaren Gegenwart hat nicht wie der Historiker zurückliegender Epochen die Geheimarchive zur Verfügung, durch die der eine oder andere Zug der Entwicklung erst vollends geklärt wird. Er hat dagegen den Vorteil für sich, dass er die unmittelbar seine Epoche bewegenden Kräfte lebendig in sich selbst spürt. Er muss sie also nicht mühsam aus entlegenen Anhaltspunkten reproduzieren.

Dieses Buch handelt von Problemen, die für die zukünftige Weltordnung von höchster Bedeutung sind. Gewiss ist es dem einzelnen schwer möglich, hierbei Schlüsse zu ziehen, die frei von Irrtümern nach der einen oder anderen Seite sind. Soweit sie das Material betreffen, das in überreichlicher Fülle verarbeitet und den grösseren Zusammenhängen untergeordnet werden musste, bin ich erfahrenen und hilfsbereiten Beratern, die an dieser Stelle nicht genannt werden wollen, zu grösstem Dank verpflichtet. Ich habe mich bemüht, mich von Vorurteilen, die einer wirklichen Erkenntnis und den sich aus ihr ergebenden Schlüssen und Folgen nur entgegenstehen könnten, freizuhalten. Worauf es in diesem Buch vor allem ankam, war die richtige Einordnung des Amerikanismus als Welterscheinung. Sie zwingt alle Erdteile zur Stellungnahme.

Schliesslich noch eine Schwierigkeit der Ausdrucksweise, die nicht unerwähnt bleiben darf: Wir gebrauchen bekanntlich in Europa das Wort «Amerika», wenn wir die Vereinigten Staaten meinen. Dies ist ohne Zweifel eine nordamerikanische Suggestion, da geographisch unter «Amerika» sowohl Nord-, wie Mittel- und Südamerika verstanden werden. Wo es anging, habe ich das umständlichere Wort «Vereinigte Staa-

ten» gewählt. Dies war jedoch nicht immer möglich. Ersatzworte, wie sie gelegentlich versucht worden sind, wie «US.-Amerika» und «us.-amerikanisch» schienen mir zu künstlich und dem Sprachgebrauch zu widersprechend, als dass ich sie verwenden wollte. Es sei daher vermerkt, dass dort, wo von «Amerika», den «Amerikanern» und «amerikanisch» die Rede ist, stets die Vereinigten Staaten, ihr Gebiet und ihre Bewohner gemeint sind, nicht aber auch Südamerika. Dieser Kontinent wird aller Voraussicht nach trotz aller heute zu beobachtenden Überfremdungstendenzen durch Nordamerika sein eigenes und nicht ein abgeleitetes Schwergewicht entfalten.

Die in den Vereinigten Staaten üblichen Abkürzungen der Namen zahlreicher Einrichtungen und Organisationen sind in einer Übersicht am Schluss des Buches zusammengestellt.

München, 11. Dezember 1941

G. W.

Zur zweiten Auflage

Die Entwicklung des ostasiatischen Krieges hat die in diesem Buche skizzierte Auffassung über die inneren und äusseren Kräfte der Vereinigten Staaten bestätigt. Das Unvermögen der Amerikaner, dem Vordringen Japans entgegenzutreten, hat überall in der Welt Erstaunen hervorgerufen. Vielleicht sind hier einige der wesentlichen Gründe dafür aufgezeichnet. Für die zweite Auflage sind in dem die amerikanische Fernostpolitik behandelnden Teile Ergänzungen vorgenommen worden. Das grosse Drama, das sich mit der Vernichtung der bisherigen amerikanischen Vormachtstellung in Ostasien vollzieht, hat erst begonnen. Für die amerikanische Tragödie ist es nur das Vorspiel.

München, Anfang März 1942

G. W.

Der masslose Kontinent

TEIL I

Am Ende des britischen Zeitalters

Feierlich, gestützt auf den Arm ihres Sohnes, war die alte Dame die Stufen der St.-Pauls-Kathedrale wieder hinabgestiegen. Tränen des Glücks rollten ihr über das zerfurchte Antlitz, als sich der königliche Wagen zurück nach dem Buckingham Palace begab. Die Londoner waren toll vor Begeisterung. Die ganze Stadt, in ein Meer von Union Jacks getaucht, hallte von den vielfältigen Idiomen eines Gewirrs von Sprachen wider. Das Spalier bildeten die englische Garde in roten Röcken mit Bärenfellmützen, schottische und irische Regimenter, Australier, Kanadier und indische Sikhs, Haussas vom Niger, Chinesen aus Hongkong und griechische Zyprioten, Dyaken aus Borneo und Eskimos vom kanadischen Baffinland. An der Galatafel sassen später die Generale aus Singapur und aus Ostafrika, aus Birma und den Westindischen Inseln und die Gouverneure Ihrer Majestät aus allen Teilen der Welt. Man feierte das Diamantene Regierungsjubiläum der Queen. Es war Juni 1897.

Die europäischen Fürsten waren nicht geladen. Selbst dem Enkel in Berlin hatte Lord Salisbury bedeutet, dieses sei ein britisches Fest, und man wolle völlig unter sich sein. Die anderen Mächte sollten den Glanz

und die Macht Britanniens nur von ferne als staunende Zuschauer erleben. Die Splendid Isolation des grössten Weltreiches, das die Erde bis dahin gesehen hatte, feierte ihren höchsten Triumph. Gewiss, als Victoria den Thron sechzig Jahre vordem bestiegen hatte, war England schon eine über die Kontinente greifende Grossmacht. Aber erst in ihrer Regierungszeit waren die bis dahin uneinheitlichen Teile in ein grosses Ganzes verwoben worden. Ihr Name hatte dem 19. Jahrhundert den unauslöschlichen Stempel aufgedrückt. Und sie, die Königin, stand nur als Symbol für die britische Weltmacht.

Weder der ehrwürdigen Greisin im grauen Seidenkleid und dem breiten Panier um Brust und Schultern, noch einem der zahllosen Minister, Gouverneure und Generale am Hofe von St. James hat es in diesen Tagen in den Sinn kommen können, dass das britische Zeitalter nun seinen Höhepunkt erreicht hatte. In Windsor häuften sich die Telegramme fremder Staatsoberhäupter zu Bergen. Die Geschenke allein füllten eine Flucht von Zimmern. Als Salisbury sie mit wägenden Augen betrachtete, hatte er keinen Anlass zu zweifeln, dass auch nur eines dieser Geschenke der Kaiser, Könige und der republikanischen Staatsoberhäupter mit heimlichem Groll oder gar mit verborgenem Hass im Herzen auf den Weg nach London gebracht worden wäre. Was die Kolonien selbst anging, gewiss, dort gab es auch andere Gefühle. Man wusste dies, aber man konnte darüber hinweggehen.

Das Nahen des Wendepunktes zeichnete sich jedoch in den dreieinhalb Jahren ab, die der alten Königin noch zum Leben verblieben. Der Burenkrieg mit all seinen schamlosen Begleiterscheinungen hatte plötzlich die Bewunderung fast der gesamten Welt in Hass, Verachtung und Feindschaft umschlagen lassen. Er war gewiss nur eine Episode, wie es vordem und nachdem zahllose in der Geschichte des Empire gegeben hat. Aber die Niederlagen der britischen Regimenter in Südafrika und der Ausrottungskampf gegen das Burenvolk, der ihnen folgte, traf das Prestige des Weltreiches tiefer, als es der Anlass hätte vermuten lassen. Dem alten Ohm Krüger konnte und wollte niemand helfen. In Whitehall aber erkannte man, dass es Zeit war, die Epoche der Splendid Isolation nun ihrem Ende zuneigen zu lassen. Die Stunde schien gekommen, zu

der sich auch das mächtige England nach neuen Freundschaften umsehen musste. Drei Jahre nach dem Tode der Königin wird die Allianz mit Frankreich geschlossen, die uns heute bereits als der Auftakt zum Weltkrieg erscheint. Auch in der Zukunft sollte das britische Empire noch weiterwachsen. Niemals mehr konnte es sich indes zu der einsamen Höhe erheben, auf der es sich beim Diamantenen Jubiläum der Queen befunden hatte. Damit brach eine neue weltgeschichtliche Epoche an: *die Ablösung vom britischen Zeitalter*.

Der Krieg, der im Jahre 1939 begann, ist die Fortsetzung eines ungeheuren revolutionären Prozesses, der seit etwa drei Jahrzehnten die Welt beinahe in ihrer Gesamtheit erfasst hat. Die überlieferten Massstäbe, mit denen Kriege, Revolutionen und weltgeschichtliche Umwälzungen gemessen werden, sind uns daher nur noch wenig nütze; denn zum erstenmal handelt es sich bei diesem grandiosen Schauspiel, das sich vor unseren Augen vollzieht, um eine Weltkrise im eigentlichen Sinne. Noch niemals vor unserem Zeitalter sind ganze Kontinente im Spiele gewesen, wenn es um die Auseinandersetzung zwischen Ideen und Mächtigkeitsgruppen ging. Alle Kriege des 19. Jahrhunderts – selbst die napoleonischen – waren, gemessen an den Erscheinungen unserer Zeit, lokal begrenzt. Einzig der Machtzusammenprall zwischen Frankreich und England zurzeit des Älteren Pitt hat schon einmal einen solchen überkontinentalen Charakter besessen, da er sich gleichzeitig in Europa, in Indien und in Kanada abspielte. Doch kann man ihn schwerlich zum Vergleich heranziehen, da sich bekanntlich die Franzosen der umwälzenden Folgen dieser Feldzüge kaum bewusst waren und sie im Wesentlichen doch als europäische Fehden ansahen.

Der alle Erdteile umfassende Charakter der grossen Auseinandersetzung der letzten drei Jahrzehnte rührt davon her, dass in ihrem Mittelpunkt die einzige überkontinentale Macht von weltumspannender Ausdehnung steht, die es bisher gegeben hat: Britannien. Die Frage, die damit aufgeworfen ist, lautet:

Wird das Ergebnis dieses Kampfes abermals eine weltumspannende Reichsbildung sein, die die britische ablöst, oder werden eine Reihe von

grossen, in sich geschlossenen Völkergemeinschaften und Raumeinheiten entstehen, die gerade das Gegenteil eines weltbeherrschenden Reiches darstellen werden? Um diese Frage kreisen alle Probleme, die den Ausgang des jetzigen Krieges betreffen.

Manche politischen Denker haben die Bildung eines Weltstaates, der dann zwangsläufig von einem einzigen Weltherrschaftszentrum aus gelenkt würde, als die unvermeidliche Fortbildung jenes Stadiums angesehen, das bereits mit dem überkontinentalen britischen Weltreich erreicht worden ist. In England selbst ist diese Idee von dem einflussreichen Oxforder Professor Lionel Curtis entwickelt worden. In Deutschland sprach Alfred Weber schon vor einem Jahrzehnt von einer «Weltintegration». Die Vereinigten Staaten von Amerika schliesslich scheinen von einer solchen Idee völlig erfüllt zu sein. Demgegenüber erheben sich Stimmen in Europa, in Ostasien und Südamerika, die mit Nachdruck darauf hinweisen, dass weder die Möglichkeiten des modernen Weltverkehrs, noch des Welthandels, noch auch die Nachrichtenmittel unserer Zeit Elemente sind, aus denen sich zwangsläufig die Herausbildung eines Weltstaates ergeben müsse. Diese zweite Schule, wenn man so sagen darf, sieht vielmehr in dem jetzt tobenden, alle Kontinente erfassenden Kampf nur ein vorübergehendes Stadium, das allein dadurch bedingt ist, dass am Ablösungsprozess vom Zeitalter des fast universalen britischen Weltreiches zwangsläufig alle Kontinente beteiligt sein müssen. Diese zweite Schule sieht keine Notwendigkeit, ja keine Möglichkeit für eine Einheitskultur, einen Einheitsstaat und eine Einheits-herrschaft auf der ganzen Welt. Sie sieht darin nur Elemente des Untergangs und des Todes. Sie sieht in dem grossen Ablösungsvorgang vom britischen Zeitalter das Neuerwachen ungeheurer geistiger, kultureller und machtmässig vitaler Kräfte rings auf der ganzen Welt, die sich gerade erst durch Sonderung und Abgrenzung voll entfalten können.

Hier liegen auch die Ausgangspunkte für dieses Buch. Wer also das Schicksal der Menschheit in einen Einheitsstrom zusammenfliessen sieht und glaubt, dass ein Weltstaat das Endziel dieser Menschheitsentwicklung sei, möge es lieber hier schon aus der Hand legen. Er wird ge-

wären, dass wir diesen Glauben, von dem jetzt vor allem wichtige Kreise Nordamerikas besessen sind, für eine Irrlehre halten und dass wir ihm mit Leidenschaft ein anderes Bild entgegenstellen: das der Völkergemeinschaften, die an die Stelle des Chaos treten werden, das der Zusammenbruch des britischen Zeitalters hinterlässt.

Um die Jahrhundertwende schien das über fünf Kontinente verteilte britische Weltreich seine Endform gefunden zu haben. Frankreich, die andere grosse europäische Kolonialmacht, hatte sich nach Faschoda endgültig mit der Abgrenzung seines afrikanischen Reiches abgefunden. Deutschland war zwar ebenfalls noch als letzter Nachzügler in die europäische Kolonialepoche eingetreten, aber mit der Machtzusammenballung, die England um jene Zeit bereits darstellte, konnte es nicht in Konkurrenz treten. Italien war noch keine Grossmacht und stand bis in den Weltkrieg hinein im Schatten Britanniens. Dasselbe galt für Japan, und die Vereinigten Staaten von Amerika begannen, sogar von England unterstützt, im Krieg gegen Spanien gerade mit den ersten tastenden Schritten einer aktiven Beteiligung an der Weltpolitik. Russland, Englands grosser Gegenspieler in Ost- und Mittelasien, konnte durch eine Übertragung der traditionellen britischen Gleichgewichtspolitik auf die neuen weltpolitischen Massstäbe durch den Einsatz der japanischen Macht zurückgeworfen werden. In dem Jahrzehnt vor dem Weltkrieg, in dem sich England nach neuen Allianzen umsah, schälte sich bereits der bestimmende Zug für die künftige Weltentwicklung heraus: Britannien hatte nunmehr die Rolle der saturierten Weltmacht endgültig übernommen. Sein wichtigstes, ja sein einziges politisches Ziel ist es seitdem, dass an der zurzeit des Todes der Queen Victoria bestehenden Ordnung von keiner Seite mehr gerüttelt werde. Die britische Politik und Weltbetrachtung fliesst nun in einem Wunsch zusammen: *Die Weltgeschichte soll gewissermassen stehenbleiben*. Das war der tiefere Sinn bei den Feiern des Jahres 1897 gewesen, wie später beim Silberjubiläum Georgs V. Das 19. Jahrhundert war das Jahrhundert der Engländer gewesen. Warum sollten es das 20. und 21. Jahrhundert nicht ebenso sein?

Der britische Versuch, eine Fortentwicklung der Weltgeschichte von nun ab nicht mehr zuzulassen, musste natürlich fehlschlagen. England hatte seinen Vorsprung der *industriellen Revolution* zu verdanken, ja, sie hat die Grundlage der britischen Macht geradezu geschaffen. Für unendlich weite, im westlich-kapitalistischen Sinne nicht oder halb entwickelte Gebiete der Welt war England der beherrschende Produzent der Massengüter, für die zunächst ein schier unbeschränktes Aufnahmebedürfnis vorhanden war. Der Reichtum, der in der britischen Metropole zusammenströmte, schien daher fest gegründet, da er nicht nur auf der Ausbeutung von 25 v. H. der Erdoberfläche beruhte, die von England beherrscht wurden, sondern ebenso auf der dauernden Belieferung aller dieser Gebiete mit englischen Produkten. Aber der Vorsprung, den England durch seine industrielle Revolution, die um die Zeit der amerikanischen Unabhängigkeitskriege begann, gewonnen hatte, konnte auf die Dauer nur relativ sein. Jeder Versuch, ihn durch die Gründung einer Heiligen Allianz für immer zu befestigen, musste früher oder später den Gesetzen der Technik selbst widersprechen, die England solange als seinen wichtigsten Verbündeten ansehen durfte. Der Deutsche Friedrich List hat dies, als er sein System der politischen Ökonomie entwarf, bereits im ersten Drittel des vorigen Jahrhunderts vorausgesehen; doch sollten die Kräfte, die durch die industrielle Revolution im weltweiten Rahmen entfesselt wurden, bald alle bisherigen Vorstellungen sprengen. Und es war nicht die industrielle Revolution allein, durch die diese Gegenkräfte wachgerufen wurden. Ihr zur Seite traten neue soziale Strömungen, die dem universalistischen britischen Lebenssystem und dem Lebensstil der englischen Oberschicht widersprachen, und schliesslich ein eigenständiges Kulturbewusstsein einer grossen Zahl von europäischen und asiatischen Völkern, das sich mit der Unterwerfung unter den britischen Anspruch auf eine Weltschiedsrichterrolle und auf eine Oberherrschaft in allen sieben Weltmeeren und allen fünf Kontinenten immer weniger vertragen konnte.

Schon vor dem Weltkrieg setzte die Gegenbewegung ein, die nicht nur in Europa, mit Deutschland an der Spitze, sondern auch in der asia-

tischen Welt zunächst auf eine wirtschaftliche Befreiung von der britischen Vorherrschaft hinauslaufen musste. England hat dann den Weltkrieg herbeigeführt, um diese bedrohlich erscheinende Entwicklung zu unterbinden. Es bediente sich dazu seines altbewährten Allianzsystems und der seit drei Jahrhunderten entwickelten britischen Gleichgewichtspolitik, auf Grund deren England stets die zweitstärkste Militärmacht auf dem Kontinent zu stützen und, wenn es nötig schien, zum Krieg gegen die stärkste Militärmacht anzustacheln pflegte. Die Allianz mit Frankreich vom Jahre 1904 hatte von Anfang an diesen Sinn gehabt, wie das berühmte Memorandum des britischen Unterstaatssekretärs im Foreign Office, Sir Eyre Crowe, vom 1. Januar 1907 später erwiesen hat. Der 1914 vom Zaun gebrochene Krieg sollte der Aufrechterhaltung des britischen Zeitalters dienen. Schon bald nach dem Beginn des Weltkrieges entstand daher in Britannien das Schlagwort: «*The last War we fight*». Dies war der grosse Irrtum.

Zwar gelang es noch einmal durch die Herbeiführung einer gewaltigen Koalition, die zum erstenmal die ganze Welt umfassen sollte, den Sieg zu erringen, nicht aber das Endziel. Als Präsident Wilson nach der Unterzeichnung des Versailler Diktats wieder nach Amerika zurückfuhr, war England von diesem Ziel weiter entfernt denn je. Eine völlige Verschiebung der Konstellation der Weltmächte hatte eingesetzt. Die Heilige Allianz war zerbrochen. Der gesamte europäisch-asiatische Kontinent wurde von revolutionären Bewegungen überflutet, die, wie verschiedenartig sie auch waren, in ihren Auswirkungen alle letztlich gegen das britische Vorstellungsbild von der Fortsetzung des englischen Zeitalters im 20. Jahrhundert gerichtet waren. Der Weltkrieg, der die englische Vorherrschaft retten sollte, wurde zum mächtigen Auslöser der revolutionären Epoche. Alle Probleme, die um die Zeit des Abschlusses der britisch-französischen Allianz höchstens im Keim vorhanden waren, hatten sich nun unter den Einwirkungen des Krieges schnell entwickelt.

Binnen weniger Jahre sah sich die Pax Britannica einer revolutionären Zone gegenüber, die vom Gelben Meer bis an den Rhein reichte. Ausser England blieben nur Frankreich und die Vereinigten Staaten von dieser gewaltigen Umwälzung unberührt. Sie begann bereits drei Jahre vor dem Weltkrieg mit der *chinesischen Revolution* des Jahres 1911, durch die die unwirklich gewordene Fassade des dekadenten chinesischen Kaisertums hinweggefegt wurde, um einem neuen chinesischen Nationalismus Platz zu machen, dessen westierische Parolen nur Kurzsichtige darüber hinwegtäuschen konnten, dass diese Entwicklung früher oder später mit der Beendigung der englisch-amerikanischen Vormundschaft über China gekrönt werden würde.

Als nächste fiel die Kulisse des Zarentums, das längst keine im Volk wurzelnde Kraft mehr besass. Vergeblich versuchten Churchill und General Ironside durch ihre Intervention von Archangelsk aus die Revolutionierung des weiten eurasiatischen Gebietes, das das Russische Reich überspannt, zu verhindern. Das revolutionäre Regime, das den *Rätehund* schliesslich unter einen einheitlichen Willen zusammenfügte, war in seiner Grundrichtung nicht nur antieuropäisch, sondern auch antibritisch. Wenn trotzdem 1941 schliesslich das Satyrspiel einer britisch-sowjetischen Allianz über die Szene geht, so ist dies nur das letzte Anzeichen dafür, bis zu welchem Grade die Degeneration des britischen Instinkts nun bereits fortgeschritten ist. Diese Allianz, von Churchill und der britischen Oberschicht nur taktisch als ein Bündnis mit dem Teufel gemeint, sollte später in der englischen Arbeitermasse eine Zustimmung auslösen, die wohl am besten zeigt, dass die breite Masse in England kein Unterscheidungsvermögen zwischen Freund und Feind mehr besitzt – ein untrüglicher Beweis, dass der sichere Herrschaftsinstinkt, der nicht nur die englische Oberschicht, sondern auch die englischen Massen so lange ausgezeichnet hatte, verlorengegangen ist.

Der Zerfall der *Österreichisch-ungarischen Monarchie* und des *Osmanischen Reiches*, der von England sogar gefördert wurde, dehnte die revolutionäre Zone bereits in das engere europäische Gebiet aus. Zwar

hat sich England während des Weltkrieges des arabischen Nationalismus ebenso bedient wie dessen der slawischen kleinen Völker. Letztlich aber musste selbst die Schaffung der neuen kleinräumigen Einheiten, durch die das östliche Europa zersplittert wurde, sich gegen das britische Kriegsziel im Weltkrieg auswirken, da hier nur Spannungsherde geschaffen wurden, die für das Fortdauern der Weltkrise von erheblicher Bedeutung werden mussten.

Dann tritt die Entscheidung an *Italien* heran. Dieses Land zählt zu den Siegern des Weltkrieges, aber es kommt dennoch zu kurz. Der italienische Liberalismus, der bis dahin im Kielwasser des französischen und englischen dahinfuhr, bringt es nur zum «verlorenen Sieg». Italien wird damit vor die Wahl gestellt, ob es als *Dominium* der eigentlichen Sieger weiter existieren soll oder sich zur revolutionären Zone bekennen muss. Drei Jahre nach dem Friedensschluss entscheidet Mussolini diese Frage. Da die Voraussetzungen in Italien, das immerhin nicht zu den Geschlagenen des Weltkrieges gehörte, indes günstiger waren als in Mittel- und Osteuropa, gelingt es hier, den revolutionären Durchbruch auch schon mit den vorläufigen Umrissen der unserem Jahrhundert gemässen Formen zu verbinden.

Fast ein Jahrzehnt wird der Faschismus zum wichtigsten Bannerträger neuer Ideen im brodelnden eurasiatischen Kontinent. Der Machtbereich des Bolschewismus ist zerfressen von den Erschütterungen der permanenten Revolutionen, die sich in immer neuen Serien von Erschiessungen ausdrücken. Die Kuo-Min-tang-Bewegung in China vermag nach dem Tode Sun-Jat-sens zwar das Revolutionspathos zu bewahren, aber die Reichseinheit ist über ein Jahrzehnt durch immerwährende Bürgerkriege in Gefahr, bis sich schliesslich um die Gestalt von Tschiang Kaischek ein neuer Kern bildet, von dem aus die Generalscliquen gebändigt zu werden vermögen. Ehe aber noch Nanking seine grossen Probleme anzupacken vermag, gliedert sich endgültig auch *Japan* in den grossen revolutionären Prozess ein. Unter dem Motto «Asien den Asiaten» beginnt es mit der Umformung des ostasiatischen Kontinents, die nichts anderes als eine Revolutionierung von Grund auf bedeutet.

Vergeblich versuchen England und Amerika in diesen Prozess am anderen Ende des eurasiatischen Kontinents einzugreifen. Der Versuch einer Stabilisierung Ostasiens auf der bisherigen Grundlage der angelsächsischen Vorherrschaft kann nicht mehr gelingen. Der Vormarsch der neuen japanischen Ordnungsideen wird zum grossen Gegenpol der neuen Weltentwicklung. Da sich in Japan ältere und junge Kräfte lange die Waage zu halten scheinen, erkennen die Angelsachsen die fundamentale Bedeutung dieses Prozesses erst, als er schon im vollen Zuge ist. Am anderen Ende Asiens, in Iran und der Türkei, ist inzwischen der revolutionäre Reformnationalismus stabilisiert.

Die deutsche Revolution des *Nationalsozialismus* vollendete dann schliesslich diese grosse Zahl von revolutionären Prozessen, die vom Gelben Meer bis an den Rhein in knapp drei Jahrzehnten das Gesicht Europas und Asiens völlig verwandelten. Nach einer Vorbereitung von nur fünf Jahren im Reich selbst vollzieht sich die Vereinigung aller Deutschen im grösseren Deutschland in nur zwei Jahren. Die europäische Revolution strebt damit ihrem Höhepunkt zu. Die in Versailles gezogenen Grenzen werden problematisch und zerfallen schliesslich. Diejenigen kleineren slawischen Völker, die sich zum Selbstregieren nicht reif erweisen, fallen in den natürlichen Herrschaftsbereich der grösseren Reichseinheiten zurück. Schon vorher hat das faschistische Italien seine imperiale Mission gegen den Widerstand der alten Mächte erneuert. *Spanien*, das in ähnlicher Weise wie früher Italien zu einer abhängigen Filiale der Westmächte herabzusinken drohte, erlebte mit seinem blutigen Revolutionskrieg noch gerade vor dem Heraufziehen des grossen Orkans in Europa seine Wiederauferstehung, durch die es den Anschluss an die europäische Revolutionsbewegung zu finden vermochte, wie sehr sich auch die reaktionären Kräfte dagegenstemmten.

Das ist der grosse revolutionäre Prozess unseres Jahrhunderts. Er findet seine vorläufige Vollendung in der Niederlage der Dritten Französischen Republik, die zwangsläufig nicht nur zur inneren Umformung der Grundlagen des französischen Staates, sondern auch zu einer immer stärkeren Abkehr *Frankreichs* von seinem bisherigen Allianzverhältnis

zu England führen muss. Der innere Zusammenhang dieser revolutionären Entwicklung in Europa mit der Neugestaltung des Fernen Ostens ist nicht zu übersehen. Während sich vor dem Auge des Zeitgenossen alle diese Konflikte, Kriege und Feldzüge nur allzu leicht in eine unübersehbare Kette von Einzelaktionen auflösen, bilden sie doch schliesslich ein einheitliches Ganzes: Es ist der grosse Ablösungsvorgang von der britischen Vorherrschaft in allen fünf Erdteilen. Am Ende des Jahres 1940 reicht die revolutionäre Zone von den Ufern des Atlantik in Spanien und Frankreich bis zu den Ufern des Pazifik an der Ostküste Japans. Der britische Traum, das «Ende der Weltgeschichte» könne durch die Entfesselung von Weltkriegen erreicht und der Zustand, wie er beim Diamantenen Jubiläum der alten Queen bestand, für Jahrhunderte stabilisiert werden, ist ausgeträumt.

Die europäische Revolution, die der Krieg in seinem Stadium zwischen 1939 und 1940 in Wahrheit bedeutet, zerschlägt nun auch gleichzeitig alle Ansatzpunkte für die letzten, schliesslich nur noch tastenden Versuche, um die Gleichgewichtspolitik im alten Stile aufrechtzuerhalten. Noch der Anlass zum Krieg im Jahre 1939 lag auf dieser Linie. Die Unnachgiebigkeit Polens in der Danzig-Frage und seine Weigerung zu einer friedlichen Vereinbarung mit dem Grossdeutschen Reich beruhten auf dem Bestreben Englands, in jedem europäischen Problem, wie wenig es auch irgendwelche Lebensfragen des britischen Empire berühren mochte, einen Anlass zur Einmischung in die innereuropäische Politik zu sehen. Noch einmal schien der britische Grundsatz zu triumphieren, dass prinzipiell ohne englische Beteiligung und Zustimmung keine europäische Frage gelöst werden durfte. Aus demselben Grundsatz hatte England im Jahre vorher Lord Runciman als Berater und Beobachter nach der Tschecho-Slowakei entsandt. In der harten Auseinandersetzung zwischen Adolf Hitler und Chamberlain in Berchtesgaden und Godesberg waren dann die Prinzipien des britischen Zeitalters mit denen der neuen revolutionären Epoche auf das heftigste aufeinandergeprallt: Das Prinzip des universalistischen Weltherrschaftsanspruchs mit dem der politisch-kontinentalen Raumeinheit und Völkergemeinschaft.

Dieser erste direkte Aufeinanderprall – dem seit dem Ausscheiden Deutschlands aus der Liga der Nationen eine Reihe von Vorspielen vorangegangen waren – endete mit einem Rückzug Englands, der indes nur aus einer augenblicklichen Schwäche und in dem Bewusstsein angetreten wurde, dass bei dem nächsten sich bietenden Anlass der britische Anspruch der Vorherrschaft auf dem europäischen Kontinent unter allen Umständen, auch mit dem Mittel des Krieges, vertreten werden würde.

Der Eintritt Frankreichs in den Krieg lag dann noch ebenso auf der Linie der traditionellen englischen Gleichgewichtspolitik, in die sich die Dritte Republik eingliederte, wie 1941 die letzten schwankenden Versuche Englands, in Griechenland und Jugoslawien Fuss zu fassen. Sie endeten damit, dass schliesslich ganz Europa in die revolutionäre Zone einbezogen und damit das Fundament zu einer Einigung des Kontinents gelegt wurde. England, seit Jahrhunderten der Nutzniesser der interkontinentalen Streitigkeiten in Europa, sah sich zum erstenmal einer kontinentalen Raumeinheit gegenüber, in der das alte Spiel der Aufhetzung des einen Teiles gegen den anderen in Europa nicht mehr möglich war. Dies war das Ergebnis der durch Adolf Hitler heraufgeführten Revolution, durch die Kräfte zuerst in Deutschland und dann auf dem ganzen übrigen Kontinent frei wurden, wie sie in solcher Zusammenballung niemals vorhanden gewesen sind. Die weltgeschichtliche Krise des britischen Zeitalters hatte endlich ihren positiven Gegenpol gefunden.

Der Kampf gegen die Sowjets wurde ein erster Probefall der neuen europäischen Einheit, Entsprechend vom europäischen Kontinent her gesehen der Krieg 1939/40 dem Jahre 1866, so wurde der Krieg gegen die Sowjets 1941 zum 1870 Europas. Gemeinsam mit der deutschen Wehrmacht traten die Heere Italiens, Finnlands, der Slowakei, Ungarns und Rumäniens an. Spanien, Frankreich, Norwegen, Dänemark, Holland und Kroatien entsandten Freiwillige. Eine ungeheure Wendung hatte sich vollzogen. Das Zweckbündnis zwischen dem britischen Empire und den Sowjets vermochte auf die Einheit Europas nicht mehr einzuwirken; im Gegenteil, es brachte sie zum erstenmal in ganzer Breite zum Vor-

schein. Die wesentlichen Teile der von der Sowjetunion beherrschten Ländermassen werden als Ergebnis dieses Krieges zum erstenmal in den Einflussbereich Europas einbezogen werden. Die Macht des Kontinents wird dadurch eine Steigerung erfahren, die ihn gegen jeden Angriff von aussen immun macht.

So schafft dieser Krieg in Europa und in Ostasien Schritt für Schritt die neuen Völkergemeinschaften, durch die sich ein völlig anderes Gefüge der Welt ergeben muss, als das aus dem Zeitalter der britischen Vorherrschaft überlieferte, das mit Brüchen und Sprüngen über den Weltkrieg bis an die Schwelle dieses Krieges gerettet worden ist.

Das Thema dieses Buches ist die Entwicklung des Weltherrschaftsanspruches der Vereinigten Staaten von Amerika, der zu einer der bestimmenden Grundkräfte des gewaltigen Kampfes unserer Epoche geworden ist.

Wir können indes diesen nordamerikanischen Weltherrschaftsanspruch nicht isoliert und für sich allein sehen. Auch er ist nur ein Teil jener grossen weltgeschichtlichen Krise, deren Ursprünge sich in dem Jahrzehnt vor dem Weltkrieg entwickelten. Diese weltgeschichtliche Krise aber ist nicht dadurch hervorgerufen, dass Nordamerika und Europa und Nordamerika und Ostasien zwangsläufig und unter allen Umständen in einen Spannungszustand und schliesslich in eine kriegerische Entladung hineintreiben mussten. Der Urgrund zu dieser Auseinandersetzung liegt vielmehr ebenfalls in dem sich ankündigenden Zerfall des britischen Weltreiches beschlossen oder richtiger gesagt in der grossen weltrevolutionären Bewegung, die den Herrschaftsbereich wie die Herrschaftsform Englands erschüttert. Britannien hat weit über die gewaltigen Ländermassen hinaus, die dem unmittelbaren englischen Herrschaftsbereich zurechnen, seinen Einfluss in allen Teilen der Welt ausgeübt. In Europa ebenso wie in Südamerika, in Ostasien ebenso wie in den Vereinigten Staaten. Weltreiche wie das französische und das japanische, Völker wie die Italiener und die Spanier standen mittelbar oder

unmittelbar unter seinem Einfluss. Die führenden Gesellschaftsschichten in Japan wie in den Vereinigten Staaten sind im Laufe des vorigen Jahrhunderts durch die englische Lebensform auf das tiefste beeinflusst worden, um ganz zu schweigen von dem Einfluss auf viele der kleineren europäischen Völker, wie z.B. die Skandinavier und Hofländer, und gar von jenen Gebieten im Mittleren Orient, die sich in teilweiser Abhängigkeit von England befinden. Diese Länder hat der Krieg in einem Zustand des permanenten Befreiungskampfes angetroffen.

Wir haben angedeutet, wie mit dem Weltkrieg die revolutionäre Zone in Eurasien, die schliesslich den ganzen Doppelkontinent erfasst hat, entstanden ist und wie sie sich im Laufe des jetzigen Krieges vollendet hat. Eine grosse Zahl von ihren Ursprüngen nach ganz verschiedenartigen Bewegungen haben im Sinne der weltgeschichtlichen Entwicklung hier doch schliesslich einen einheitlichen Prozess ergeben, der schliesslich in das Zeitalter und in die überragende *Persönlichkeit Adolf Hitlers* einmündete. In diesem Mann hat sich die ganze Kraft der neu heraufkommenden Zeit so vereinigt, dass dadurch der sich langsam vollziehende Entwicklungsprozess in ganzen Völkern und Kontinenten beschleunigt wird.

Niemand aber kann annehmen, dass eine weltgeschichtliche Krise von solchem Ausmass sich auf das kriegerische Geschehen von wenigen Monaten zusammendrängen lässt. Der Einflussbereich und die Verwurzelung der britischen Lebens- und Herrschaftsform über die ganze Welt reicht so tief, dass diese Auseinandersetzung alle Fundamente des bisherigen Weltaufbaus erzittern lassen muss. Es ist bekannt, dass Adolf Hitler selbst gerade deshalb den Kampf mit England überhaupt vermeiden wollte, weil er sich sehr wohl bewusst war, dass damit Gewalten entfesselt werden würden, zu deren Neuformung und Eindämmung voraussichtlich Generationen nötig sein werden. Dennoch, der Kampf erwies sich als unvermeidlich, weil eben das Prinzip des britischen Welt-herrschaftsanspruches jenes einer kontinentalen Raum- und Völkerordnung nicht anerkennen, ja sogar vernichten wollte. Hier aber setzt die Rolle Amerikas ein.

Auch das Genie ist ohnmächtig gegenüber der Macht des Schicksals. Es kann mit grösserer Voraussicht und mit dem Weitblick, der den Umständen der Zeit überlegen ist, planen und vorbereiten, so dass es nicht zum Objekt zufälliger Faktoren zu werden braucht. Den Strom des Schicksals aber selbst zu lenken, liegt ausserhalb der Fähigkeit des Menschen. So sind die immer wieder erneuerten Versuche, den Ausgleich zwischen den heraufkommenden deutschen Ordnungsideen und dem bestehenden britischen Weltsystem zu finden, vergeblich gewesen. Die britische Oberschicht besass keine Massstäbe für die bewegenden Kräfte in Deutschland, in Europa, in Ostasien. Ein Gefühl für die kommenden Dinge war ihr fremd. Sie konnte nur immer wieder mit der aus dem 19. Jahrhundert bekannten Gesetzmässigkeit messen. In seiner Reichstagsrede nach dem Sieg über Frankreich und nach Vertreibung der Engländer aus Westeuropa erklärte der Führer: «Es tut mir fast weh, wenn mich das Schicksal dazu ausersehen hat, das zu stossen, was durch diese Menschen zum Fallen gebracht wird; denn meine Absicht war es nicht, Kriege zu führen, sondern einen neuen Sozialstaat von höchster Kultur aufzubauen ... Ich sehe keinen Grund, der zur Fortführung dieses Kampfes führen müsste... Diese Sätze sind die Beschwörung des Schicksals gewesen, als dessen Vollstrecker Adolf Hitler auf die grösste Arena getreten ist, die es seit dem Zusammenbruch des römischen Imperiums der Antike im Umkreis der Kultur der weissen Rasse gegeben hat.

Hier treffen wir auf einen Kernpunkt der Weltkrise unserer Zeit. Da Deutschlands Gegner eine weltumspannende Macht ist, ist dieser Kampf, in den sich alle revolutionären Bewegungen des eurasiatischen Kontinents schliesslich einordnen, weltumspannend. Aber Deutschland stellt keinen Anspruch auf Weltherrschaft. Im Gegenteil, es vertritt das umgekehrte Prinzip, wie jene Sätze des Führers, in historischer Stunde gesprochen, beweisen. Es ist von Anfang an das *Prinzip der Abgrenzung der Machtsphären* gewesen, das das Deutschland Adolf Hitlers dem universalistischen Weltherrschaftsanspruch entgegenstellte. Eine solche Abgrenzung der Machtsphären aber wurde von England abgelehnt. Dies war nur möglich, weil es sich hierbei der Unterstützung

durch die Vereinigten Staaten sicher wählte. Die britische Macht war bereits gegenüber dem geeinten Grossdeutschland und Italien, geschweige denn gegenüber dem ganzen europäischen Kontinent und der Konstellation des weltpolitischen Dreiecks Berlin-Rom-Tokio, viel zu schwach, als dass sie sich ohne diese vermeintliche Rückendeckung zum Kampf gestellt hätte. So wäre eine Abgrenzung, wie sie zwischen Rom und Byzanz durch Jahrhunderte hindurch bestanden hat, aller Voraussicht nach das Ergebnis gewesen, wenn sich der britische Weltherrschaftsanspruch nicht in einen grösseren Zusammenhang eingeordnet gesehen hätte, der dazu verleitete, die revolutionären Impulse Deutschlands ebenso wie seine tatsächliche Kraft zu unterschätzen und überhaupt gegenüber den tragenden Bewegungen unseres Jahrhunderts jene Blindheit zu zeigen, mit der in der Geschichte alle Führungsschichten geschlagen worden sind, deren Zeit abgelaufen war. Die Vereinigten Staaten sind daher zum tragischen Verhängnis Englands geworden.

Ohne dass sich England dessen bei Ausbruch des Krieges voll bewusst gewesen wäre, war es bereits in Abhängigkeit von Nordamerika geraten. Sehr bald schon bezeichneten die Amerikaner England als ihre «erste Frontlinie». Man hat sich heute an diese amerikanische Ausdrucksweise schon so gewöhnt, dass man meist vergisst, welche geradezu ungeheuerliche Veränderung es, gemessen an der früheren britischen Weltstellung, bedeutete, dass nun die Vereinigten Staaten es waren, die für sich die Rolle eines Protektors auch über das britische Empire in Anspruch nahmen. Es war eine Umkehrung aller bisherigen Erfahrung; denn durch drei Jahrhunderte hindurch ist es immer England gewesen, das andere Länder als seine Blutspender und Festlandsdegen auf dem europäischen Kontinent oder auch – wie im japanisch-russischen Krieg von 1905 – irgendwo weit entfernt für sich kämpfen liess. Niemals war bis dahin Britannien die erste, immer war es die letzte Frontlinie gewesen. Nun plötzlich musste es selbst zugeben, dass es nur noch Vorposten eines anderen Weltreiches war. *Damit übernahmen die Vereinigten Staaten den bisherigen britischen Weltherrschaftsanspruch.* Ihr Zeitalter, so behauptete man alsbald dort, sei nunmehr angebrochen. Der britische Wunschtraum vom univer-

salen Welt-Staat wechselte über den Ozean hinüber und schimmerte plötzlich in Washington auf.

Die Rolle, die die Vereinigten Staaten von Anfang dieses Krieges an gespielt haben, konnte nur für denjenigen überraschend kommen, der von dem überlieferten weltpolitischen Bild des 19. Jahrhunderts geblendet war. Der Rückschlag, den die imperialistische Politik Nordamerikas nach dem missglückten Versuch von Versailles erfuhr, die Abwendung von Europa und die scheinbare Rückwendung der USA zum traditionellen Isolationismus mögen freilich weithin den Eindruck erzeugt haben, die Einflussnahme auf oder gar die Beteiligung an einem neuen Kriege von seiten der Vereinigten Staaten kämen nicht mehr in Betracht. Dies war ein Trugschluss, der allerdings umso naheliegender war, als ihm die überwältigende Mehrheit der Amerikaner ebenfalls anheimfiel. Sie hatten geglaubt, mit der Ablehnung der Genfer Liga der Nationen als zu «europäisch» hätten die Vereinigten Staaten jeder internationalen Bindung den Rücken gekehrt. Heute werden uns die tieferen Beweggründe für diese Abkehr verständlicher. In einen wirklichen Bund der Völker hätten sich die Vereinigten Staaten als Gleiche unter Gleichen einordnen müssen. Die innere, damals noch unbewusste Entwicklung der USA drängte jedoch darauf hin, die entscheidende Weltrolle zu beanspruchen, die Spanien im 16. Jahrhundert und Britannien im 19. Jahrhundert für sich erlangt hatten. Darüber bestand gewiss in Amerika am Ende des Weltkrieges keine Klarheit; es waren lediglich bezeichnende Instinkthandlungen, die die Abneigung gegen eine amerikanische Beteiligung an Institutionen hervorriefen, in denen Amerika nur gleichgeordnet gewesen wäre.

Als der Krieg 1939 ausbrach, wollten die Amerikaner in ihrer überwältigenden Mehrheit nicht nur für sich den Frieden erhalten, sie waren sogar jeder Einmischung, geschweige denn Beteiligung an europäischen Kriegen feind. Sie sind indes von der verhältnismässig kleinen Führungsschicht an ihrer Spitze überspielt worden. Wie dies im Einzelnen geschah und was die tieferen Beweggründe waren, wird in diesem Buche genauer dargelegt. Roosevelt ist nicht Amerika, das ist richtig. Aber es gelang

ihm, Amerika davon zu überzeugen, dass er als Führer unentbehrlich sei. Damit aber ist auch die Masse der Amerikaner, die von ganz anderen Zielen und Ideen beseelt war als der Präsident, auf den von ihm eingeschlagenen Kurs festgelegt worden.

Amerikas Beteiligung an der Entstehung und dem Fortgang des jetzigen Krieges war also durchaus anders als im Weltkrieg. Damals sind die Vereinigten Staaten bei der Entstehung des Konfliktes auch im weiteren Sinne unbeteiligt gewesen. Keiner der beiden kriegführenden Teile konnte zunächst damit rechnen, von den Vereinigten Staaten entscheidende Unterstützung zu erfahren. Innerhalb des britischen Zeitalters hatten sie sich als eigener Machtkomplex verhältnismässig isoliert von den Problemen Europas und Asiens entwickelt. Der im Jahre 1917 schliesslich erfolgte Kriegseintritt war dann, wie heute die historische Quellenforschung bis in die letzte Einzelheit bewiesen hat, fast ausschliesslich ein Ergebnis der Verknüpfung der amerikanischen Hochfinanz mit der englischen und in zweiter Linie auch der französischen. Die Bestrebungen der internationalen Hochfinanz verbanden sich zwar ausgezeichnet mit der Ideologie Wilsons, die mit der Schöpfung eines «Völkerbundes» den Vereinigten Staaten bereits eine Schiedsrichterrolle im Weltmassstab sichern wollte. Dennoch ist die Beteiligung der Vereinigten Staaten sowohl am Kriege selbst wie an der Friedenskonferenz zunächst noch von episodischem Charakter gewesen. Im Frühjahr und Sommer 1919 musste Wilson in Paris erkennen, dass seine Hilfe für die Westmächte nicht etwa die Heraufführung eines amerikanischen Zeitalters bedeutet hatte, dass sie vielmehr nur den offenen Zusammenbruch des britischen Zeitalters verhindert hatte.

Dies alles steht in völligem Widerspruch zu der Haltung, die die Regierung der Vereinigten Staaten schon vor dem Ausbruch des jetzigen Krieges eingenommen hat. Mit einer Schroffheit, die teilweise schon 1938 weit über die englische hinausging, forderte sie die «Quarantäne» um die revolutionäre Zone in Europa und Asien. Mit einer Emphase, die gerade in England hätte misstrauisch stimmen müssen, setzte sie sich scheinbar für die Aufrechterhaltung des britischen Zeitalters unter allen,

auch den äussersten Umständen ein. England und Frankreich waren im Wesentlichen von der revolutionären Umformung der letzten Jahrzehnte unberührt geblieben. Sie bildeten im wahren Sinne die «Alte Welt». Die Vereinigten Staaten aber setzten sich zumindest moralisch und ideologisch an ihre Spitze. Präsident Franklin D. Roosevelt wählte für sich selbst die Rolle eines Papstes der Gegenreformation. Unter dem inhaltsleeren Schlagwort der Demokratie war sein ganzes Sinnen und Trachten darauf gerichtet, die Vereinigten Staaten, ja ganz Amerika zum Zentrum der «Alten Welt» zu machen und die naturwidrige Einteilung der grossen Völker in Besitzende und Habenichtse aufrechtzuerhalten.

Dies war die völlige Umkehrung der geistigen und weltpolitischen Konstellation bei Beginn dieses Krieges. So erst ist die eigentliche Frontstellung zwischen den jung heraufkommenden Grossmachtvölkern und der «Alten Welt» entstanden, die nach der Niederlage und dem Frontwechsel Frankreichs nun aus dem britischen Empire und den Vereinigten Staaten allein besteht. Diese Wendung ist überhaupt nicht zu verstehen, wenn man nicht die tieferen Wurzeln der amerikanischen Entwicklung während der letzten Jahrzehnte aufspürt. Nur sie vermögen zu erklären, weshalb Präsident Roosevelt die Monroe-Doktrin verraten, den Zaun der Neutralitätsgesetzgebung durchbrochen, weshalb er bewusst auf die Herbeiführung dieses Krieges hingearbeitet und ihn schliesslich zu seiner eigenen Sache gemacht hat.

TEIL II

Die Erstarrung des amerikanischen Mythos

Oskar Wilde hat am Ende einer langen Vortragsreise durch die Vereinigten Staaten gesagt: «*Amerikas Jugend ist seine älteste Überlieferung*». Er mag sich kaum bewusst gewesen sein, dass er mit diesem Wort einen richtigen Schlüssel für das Problem des Amerikanismus in der grossen weltgeschichtlichen Krise eines späteren Zeitalters liefern würde. Von kaum einem anderen Land gibt es so sehr wie von Nordamerika ein bestimmtes und fertiges Vorstellungsbild. Bei den Amerikanern selbst besteht es ebenso wie beim «Mann auf der Strasse» irgendwo in Europa. Dieses Bild, das die Amerikaner von sich selbst, das die ganze Welt von ihnen hat, ist der amerikanische Mythos. Er ist zum bewussten und unbewussten Propagandamittel im Kampfe der Kontinente geworden.

«Ich werde nach Amerika gehen» – das hatte erst in England, Irland, Deutschland, Skandinavien und später in Italien, Spanien, auf dem Balkan bis an die Grenzen Russlands einen ganz bestimmten Sinn. Dies Wort stand dafür, dass man die engen heimischen Verhältnisse hinter sich lassen, dass man die weiten, die unbegrenzten Möglichkeiten suchen wollte, dass man bereit war, das Abenteuer auf sich zu nehmen, alle Brücken hinter sich abubrechen, dass man bereit war, viel Arbeit

zu leisten, aber mit der gewissen Hoffnung, dass, wenn man nur selbst etwas taugt, sie schliesslich auch Erfolg bringen müsse.

Amerika – das war die «Neue Welt». Ursprünglich hatte diese Bezeichnung nur eine geographische Bedeutung. Sehr bald schon verband sich jedoch damit der Unterton von «alt» und «jung». Goethes berühmter Vers: «Amerika, du hast es besser...» ist für dieses Gefühl die klassische Formulierung des «alten» Europa gewesen. Auch in der asiatischen Welt gab und gibt es hierfür Entsprechungen. Unbelastet durch jahrtausendalte Traditionen hatte man auf diesem Kontinent ganz von vorne anfangen können. Aus der Entstehungsgeschichte der Vereinigten Staaten schien hervorzugehen, dass sich dieses Land ganz selbstverständlich für jede grosse und fortschrittliche revolutionäre Bewegung einsetzen würde, die irgendwo in der Welt mit dem Ziele entsteht, die Schlacken überalterter Herrschaftsformen und Herrschaftsschichten zu durchbrechen. Der amerikanische Unabhängigkeitskrieg war als die erste grosse moderne Revolution empfunden worden. Mit Recht galt er nicht nur als der Vorläufer, sondern auch als ein Anreger für die französische Revolution. Die Vereinigten Staaten waren das erste Land, das damals das revolutionäre Frankreich anerkannte. In Mount Vernon, dem ehrwürdigen Gutshaus Washingtons, nahe der jetzigen Hauptstadt, werden noch die Schlüssel der Bastille gezeigt, die Lafayette hier später zur ewigen Aufbewahrung abgab. Dieses Pathos des amerikanischen Unabhängigkeitskrieges und die ihm folgenden ersten Schritte der amerikanischen Aussenpolitik haben jenes Vorstellungsbild von Amerika geschaffen, das bis in das wundervolle Lied hineinreicht, das Hanns Johst in seinem Drama «Thomas Paine» die Soldaten Washingtons mit dem unvergesslichen Refrain von den Flüssen Amerikas singen lässt. Die Jugend des amerikanischen Kontinents, des amerikanischen Staates und der amerikanischen Nation schien dafür zu bürgen, dass dieses Land immer dort stehen würde, wo um die Zukunft gekämpft wird. Dies war und ist ein wesentlicher Teil des amerikanischen Mythos.

Wenn nun aber Oskar Wilde recht hätte? Wenn dieser Mythos der Jugend wirklich nur noch eine Überlieferung wäre, wenn unsere axiomati-

sche Behauptung, Amerika sei zum Zentrum der «Alten Welt» geworden, also auf Wahrheit beruht – welche ausserordentlichen Konsequenzen müssen sich daraus für den Ideenkampf ergeben, in den die Kontinente seit dem Ausbruch der grossen Weltkrise verstrickt sind! Dies würde allerdings allen Vorstellungen widersprechen, die man sich seit 150 Jahren von Amerika gemacht hat. Es würde bedeuten, dass die «Alte Welt» und die «Neue Welt» nicht mehr geographisch zu bestimmen sind, sondern nur nach der vorwärtsstürmenden, der revolutionären Kraft, die in den Völkern und Erdräumen heute, jetzt und hier ruht. Wer für eine bessere Zukunft des ganzen Menschengeschlechtes kämpft und wer hoffnungslos der Vergangenheit verhaftet bleibt, bestimmte sich demnach nach vitalen Gesetzen der Schöpfungs- und Zeugungskraft beständig neu. Sollte es sich wirklich so verhalten, so stünden wir wahrhaftig vor einer Entdeckung, deren Folgen im Ideen- und Machtkampf der Gegenwart und der Zukunft fast unabsehbar sind. Die Kraft des Amerikanismus, jenes amerikanischen Mythos, der auf die Weltgeschichte der Jetztzeit so grossen Einfluss gewonnen hat, würde dann allerdings nicht nach vorwärts, sondern nach rückwärts gerichtet erscheinen. Bei einem so wichtigen Gegenstand wäre jede Gedankenspielerlei unerlaubt. Wir müssen umsichtig zu Werke gehen, um diesen amerikanischen Mythos in seiner Entstehung und in seiner heutigen Wirkung zu erfassen. Wir müssen prüfen, ob seine Propheten sich mit machtvoll erhobenen Armen an die Kreuzwege stellen dürfen, wo sich die Schicksale der Völker und Erdräume gabeln, oder ob sie vielleicht nur noch die Rolle spielen, die den wasserspeienden Teufeln an den Simsden der mittelalterlichen Kathedralen zukam – ob sie etwa nur noch falsche Propheten sind.

Die amerikanische Soziologie hat in weitverzweigter Forschungsarbeit selbst herausgefunden, was die bewegenden Kräfte für diesen American Dream gewesen sind. Dieses Bild von Amerika, das die Amerikaner von sich selbst und das mit ihnen die ganze Welt besass, war das Bild des

Kontinents ohne Grenzen. Bereits vor zwei Jahrzehnten hat der amerikanische Soziologe Frederic J. Turner als erster systematisch die Ursachen dieses fortgesetzten Rauschzustandes untersucht, in dem sich die amerikanische Nation durch beinahe 150 Jahre hindurch befunden hat. Seine Untersuchungen führten zu der richtigen Erkenntnis, dass das ganze Land stärkstem davon beeinflusst war, dass der grössere Teil der werdenden Nation unausgesetzt in der Situation des Grenzpioniers gelebt hat. Zuerst waren die Appalachen der Grenzwall, hinter dem Rothäute und teilweise auch Franzosen ihre Welt verteidigten; dann stiess man gleichzeitig von Neuengland und Virginia ins Mississippital vor, nachdem Frankreich am Ende des Siebenjährigen Krieges seine Ansprüche zum grössten Teil abgetreten und damit an das Angelsachsenentum den wichtigsten seiner Kriege verloren hatte. Im Süden überfluteten die Siedler die Nordprovinzen Mexikos und besiedelten das Gebiet des heutigen Bundesstaates Texas. Schliesslich wurde Kalifornien in den grossen Mahlstrom hineingerissen. Präsident Polk führte gleichzeitig den Krieg gegen Mexiko, durch den die Territorien Texas, Neumexiko und als wichtigstes Kalifornien um das Jahr 1848 Besitz der Union wurden. Die Grenze am Rio Grande war erreicht. Gleichzeitig erzwang Polk die Abtretung des späteren Bundesstaates Oregon von Kanada.

Aus einem Kontinent formte sich ein Staat. Immer war es die Grenze, die den Kräfteüberschuss aufnahm, im Guten wie im Bösen. Wem der Osten zu eng geworden war, wer die Chance des unbekanntes Abenteuer auf sich nehmen wollte, der bestieg mit Weib und Kind den Planwagen und fuhr nach Westen. Bald begannen denn auch die ersten Eisenbahnen den ausgefahrenen Trails der sich in die Weite des Kontinents ergiessenden Massen zu folgen. Um 1890 ist dieser Prozess der ersten primitiven Landnahme beendet gewesen. Aber erst 1912 wird durch die Erhebung der Territorien Neumexiko und Arizona zu Bundesstaaten das heutige Bundesgebiet der 48 Staaten abgerundet.

In Wirklichkeit hat in jenem Jahrzehnt vor dem Ende des vorigen Jahrhunderts nur die sichtbare Grenze ihr Ende gefunden. Der ³ Wirsing

Rauschzustand aber, in dem das Volk in diesem Lande lebte, konnte trotz allen Krisen, die zeitweilig ausbrachen, trotz der sich nun bereits herausbildenden Absonderung der beherrschenden Geldaristokratie noch lange andauern. Das Jahr 1890, das die amerikanische Soziologie als den wichtigsten Wendepunkt der amerikanischen Geschichte ansieht, bedeutete in Wirklichkeit wenig. Zwar war nun nicht mehr ohne weiteres die Möglichkeit gegeben, dass man irgendwo im Westen Pflöcke in unbebautes Land schlug, es in Besitz nahm und viele Stunden zum nächsten Friedensrichter fuhr, um die staatliche Anerkennung für die Landnahme zu erreichen. Dies war zu Ende, aber die Grenze war deshalb noch lange nicht erreicht. Der *American Dream* konnte noch drei, ja vier Jahrzehnte lang fortbestehen, ohne dass dieser Traum der Wirklichkeit allzu krass widersprochen hätte. Die «gleichen Chancen» für jeden, dieses lockende Zauberwort war freilich immer nur ein Propagandawort gewesen, denn es hat auch in früheren Jahrhunderten wahrscheinlich nie soviel Elend in Europa gegeben wie unter den «armen Weissen» Nordamerikas, den *poor white*, die in Wirklichkeit die weissen Sklaven waren, auf deren Schultern der neue Kontinent und die neue Nation sich aufbaute. Für den grossen Zug der geschichtlichen Entwicklung war dies indes ohne Bedeutung. Der unheimliche, ja rasende Schwung, mit dem der Kontinent erschlossen wurde, musste selbstverständlich sein Opfer an menschlichem Kulturdünger fordern. In den grossen Darstellungen der Entwicklung der amerikanischen Gesellschaft, wie in Charles und Mary Beard's «*Rise of American Civilization*» kann man lesen, wie dieser mitreissende Vorgang der Durchdringung des nordamerikanischen Kontinents die Menschen die Schwierigkeiten, ja das Elend, in dem sie halb zu versinken schienen, um der Zukunft willen vergessen liess, die sich vor jedem einzelnen machtvoll aufzutun schien.

Die ganze in der Bildung begriffene Nation war von dem Gedanken getragen, dass man Erfolg haben müsse. «*To be a success*» – keine Redewendung ist noch heute in den Vereinigten Staaten geläufiger. Jeder, wie immer er als Tellerwäscher oder Zeitungsjunge anfängt, oder ob sie als eine unter Zehntausenden in den billigen Boardinghäusern von Los

Angeles auf ein Engagement in Hollywood wartet, jeder hofft inbrünstig, schliesslich ein «success» zu werden, etwas zu bedeuten, aufzusteigen. So sah man Amerika von draussen, so sah es sich selbst. Freilich gab es, schon im vorigen Jahrhundert, Warnungen, dass das Gold nicht auf der Strasse läge, selbst im Westen Amerikas nicht. Aber diese Warnungen spielten keine Rolle. Den Massen, die ausserhalb von Amerika und in den Vereinigten Staaten selbst den amerikanischen Traum von den unbeschränkten Möglichkeiten des Einzelnen träumten, lag ja durchaus nichts an Illusionen. Dass der «success» nur in den seltensten Fällen durch Zufall und Glück, im Allgemeinen aber durch harte und bittere Arbeit zu erreichen war, war durchaus bekannt. Entscheidend allein war, dass, wenn man nicht gerade ausgesprochen Unglück hatte oder unterdurchschnittlich begabt war, in irgendeinem Rahmen der Erfolg schliesslich erreichbar schien. Und so wurde denn der «Erfolg» alles – bis hin zu jenem Bestseller der zwanziger Jahre «Der Mann, den niemand kennt», in dem Christus als «schlagendes Beispiel für success» bezeichnet wurde.

Wie immer man diese eineinhalb Jahrhunderte der amerikanischen Grenzenlosigkeit im Einzelnen beurteilen mag, sie bleiben eine der grössten Gemeinschaftsleistungen, die der weisse Mann in der Geschichte vollbracht hat. Der amerikanische Mythos hat sie getragen und beflügelt. Auf ihm baut sich die auf Gewaltenteilung beruhende Verfassung der Vereinigten Staaten auf, wie auch der Glaube, dass der Staat im Prinzip keine andere Rolle zu spielen habe als die des vom einzelnen Individuum geduldeten Polizisten, der dafür zu sorgen hat, dass der Verkehr sich reibungslos abspielt. Der American Dream war nicht etwa eine Illusion, eine Erfindung weltverlorener Utopisten, er entsprach durch eineinhalb Jahrhunderte hindurch der Erfahrung von Millionen, die von der grossen Welle hochgehoben und immer vorwärts getragen wurden.

Die unsichtbare Grenze war, so sagten wir, mit dem Ende der Landnahme um das Jahr 1890 noch keineswegs erreicht. Die Möglichkeiten, die der nordamerikanische Kontinent bot, waren so ausserordentlich, dass sie mit einem gewissen Recht noch immer als unbegrenzt gelten

konnten. Der Rauschzustand, durch die wirtschaftlichen Krisen von 1893, 1901, 1907 und die ersten Jahre nach dem Weltkrieg nur flüchtig unterbrochen, hielt während der ganzen zwanziger Jahre dieses Jahrhunderts noch an. Ein jüdischer Professor aus Deutschland schrieb damals ein Buch mit dem Titel «Das amerikanische Wirtschaftswunder». Dies entsprach nur der allgemeinen Auffassung. Fast in jedem Jahre wurden neue Reichtümer entdeckt und erschlossen, die man der übrigen Welt anbieten konnte. Gleichzeitig wuchs der innere Markt, wenn auch schon im vorigen Jahrhundert nicht im Verhältnis zur Aufschliessung der natürlichen Reichtümer. Dort, wo der innere Markt aus regionalen Gründen sich eigenwillig zu verschliessen begann, wurde er mit brutalen Zwangsmassnahmen geöffnet.

Das Hauptbeispiel dafür ist uns heute der amerikanische Bürgerkrieg von 1861-65. Wohl hatte der puritanische Nordosten, vor allem die Neuenglandstaaten, die Sklaverei im Süden immer als eine Kulturschande empfunden, die seinem religiösen Gefühl widersprach. Aber zum vernichtenden Schlag holte er doch erst aus, als er sah, dass die grossen Baumwollaristokraten des Südens gar nicht daran dachten, der im Norden entstandenen Industrie all das abzukaufen, was sie produzierte. Der Süden lieferte seine Baumwolle vor allem nach England und bezog dafür im Austausch englische Industriewaren. Das Verhältnis der Südstaaten zu England hatte sich also ähnlich wie in den letzten beiden Jahrzehnten etwa die argentinisch-britischen Wirtschaftsbeziehungen entwickelt. Es war darum auch England, das im geheimen den Abfall des Südens unterstützte. Für den Norden war der Bürgerkrieg vor allem ein Krieg um den inneramerikanischen Markt und ein Krieg gegen den englischen Kaufmann. Durch die Frage der Sklaverei war es indes möglich, diese erbitterte kriegerische Auseinandersetzung – es ist die erste Kriegführung mit modernen Waffen – mit dem amerikanischen Mythos sehr wohl zu vereinen. Man braucht nicht einmal zu unterstellen, dass die Parole des Kampfes gegen die Sklaverei nur Vorwand war. Der amerikanische Mythos schrieb den Nordstaaten ihr Handeln ganz automatisch vor.

Das Ergebnis war die Vernichtung der Pflanzearistokratie der Süd-

staaten, der einzigen Schicht, die ein Kulturgefühl oder richtiger eine hochwertige kulturelle Lebensform aus Europa mitgebracht hatte, die in den entstehenden amerikanischen Massenglauben ein völlig anderes Element hätte einfügen können. Diese Aristokratie, die ihren Mittelpunkt in Virginia hatte, aus der übrigens auch George Washington und sein Kreis hervorgegangen sind, ist in den dem Bürgerkrieg folgenden Jahrzehnten der «reconstruction» so gut wie ausgerottet worden. Diese «Wiederaufbauperiode» machte den Süden für viele Jahrzehnte zum Ausbeutungsobjekt, ja geradezu zu einer Kolonie für den Norden. Die «Wiedervereinigung» hatte für den Preis der wirtschaftlichen und staatlichen Einheit dem amerikanischen Kontinent den Verlust dieser biologisch wie kulturell wertvollsten Schicht gekostet. Dröhnend schritt die Geschichte der amerikanischen Zivilisation hierüber hinweg. Der Bürgerkrieg war indes das erste weithin sichtbare Anzeichen dafür, dass die grossen regionalen Einheiten innerhalb des neuen Kontinents einander stark entgegengesetzte Interessen besaßen; ein Problem war aufgeworfen, das sich später im Mittelwesten und im fernen Westen wiederholen und verdreifachen sollte. Nur der amerikanische Mythos vermochte diese auseinanderstrebenden regionalen Kräfte fest aneinanderzubinden.

Die «Grenze» schien ins Unendliche fortzuwandern. Sie begann sich nun auch über die Basis des amerikanischen Kontinents auszudehnen. Rockefeller, der sich zuerst durch Bestechung der Eisenbahngesellschaften billige Frachttarife verschafft und damit des grössten Teiles der heimischen Konkurrenz im Ölgeschäft entledigt hatte, verfiel auf die Idee, die Chinesen mit Millionen von billigen Öllampen zu beliefern, auf dass sie des Glückes teilhaftig werden konnten, seine Ölprodukte verbrauchen zu dürfen. Auf allen Gebieten der Wirtschaft schossen neue Erwerbsmöglichkeiten hervor. Das Haus war gebaut, seine Inneneinrichtung bot nun die neuen Chancen.

Genau zehn Jahre, nachdem die Grenze im geographischen Sinne er-

reicht war, wird im Jahre 1901 durch den älteren J.P. Morgan in der «United States Steel Corporation» das grösste wirtschaftliche Unternehmen gebildet, das die Welt bis dahin kannte. 168'000 Arbeiter, die die Hälfte des Stahles herstellten, den die Vereinigten Staaten damals produzierten, waren in dieser einen Gesellschaft vereinigt, die von Wall Street 23, Morgans Stammhaus, geleitet wurde. Das Kapital des neuen Stahltrusts wurde auf 1,4 Milliarden Dollar festgesetzt. Der Monopolkapitalismus, der sich in den grossen Raubzügen der im 19. Jahrhundert entstehenden amerikanischen Plutokratie angekündigt hatte, begann nun die Szene zu beherrschen. Die Rockefeller, Gould, Vanderbilt, Astor, Harriman und Baker hatten mit der Anhäufung ihrer ungeheuren Vermögen dem American Dream nicht widersprochen. Im Gegenteil, sie schienen ihn auf das glänzendste zu rechtfertigen. Die grossen Geldpiraten waren skrupellos in ihren Mitteln gewesen. Korruption und brutale Niederschlagung weniger gerissener Konkurrenten hatten ihnen den Weg gebahnt. Doch daran stiess sich im Grunde niemand. Der phantastische Aufstieg dieser ersten Generation der grossen Geldoligarchen wurde im Gegenteil als die Bestätigung für die «unbegrenzten Möglichkeiten» empfunden. Schule und Kirche, die schon im 19. Jahrhundert durch erhebliche Schenkungen der Geldpiraten nicht nur Vorteile, sondern oft geradezu die Lebensmöglichkeit erhielten, beeilten sich, sie der heranwachsenden Generation als Beispiel hinzustellen. Während diese ersten riesigen Vermögen entstanden, hatten sich von neuem die Schleusen der Einwanderung breit geöffnet. Waren es in den ersten zwei Dritteln des 19. Jahrhunderts vornehmlich noch Skandinavier, Deutsche, Engländer und Iren, die in unversieglichem Strom über den Ozean kamen, so begannen nun die Massen der Südeuropäer, Slawen und bald auch Juden an die Tür zu pochen. Sie wurde bereitwillig aufgetan.

Die Entstehung des Stahltrusts unter Morgan zeigt indes einen ersten Wendepunkt an. Der amerikanische Mythos stiess zum ersten Male auf eine Erscheinung, die den Ausgangspunkten des amerikanischen Lebens fremd sein musste. War die Zusammenballung ungeheurer Kapitalkräfte in den Händen weniger Bankiers in Wall Street noch zu vereinbaren mit

dem amerikanischen Traum von der gleichen Chance, der Freiheit des Einzelnen? Schon in den neunziger Jahren war die erste Antitrustgesetzgebung als Menetekel an der Mauer des amerikanischen Hauses erschienen.

Präsident McKinley war 1901 ermordet worden. Theodore Roosevelt war damit als Präsident in das Weisse Haus eingezogen, das er erst 1909 wieder verlassen sollte. In diesem ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts entwickelt sich mit ungeheurer Schnelligkeit jene *neue amerikanische Gesellschaft*, die die für unser Zeitalter typische Lebens- und Denkform des Amerikanismus in eine weltgeschichtliche Kraft verwandelt. Sowohl die Epoche Theodore Roosevelts wie die seines Nachfolgers Taft (1909-1913) ist erfüllt von Kähpfen des Bundesstaates mit den schnell aus dem Boden schießenden Trustgiganten. Theodore Roosevelt ist in die Geschichte als der «Trust Buster» eingegangen, obwohl in Wirklichkeit in seiner Amtsperiode lediglich 25 Trusts und Holdinggesellschaften aufgelöst wurden. Der 1890 gegen die Vertrustung der amerikanischen Wirtschaft erlassene Sherman-Act stand im Mittelpunkt der Innenpolitik dieser Periode. Der Amerikanismus wird zum erstenmal problematisch. Der Zusammenstoß zwischen Staat und Finanzkapitalismus, der das ursprünglich agrarische Land binnen weniger Jahrzehnte überwuchert hatte, stellt indes die Verfassung und darüber hinaus den amerikanischen Mythos noch nicht in Frage. J.P. Morgan sen., der in dem Jahrzehnt Theodore Roosevelts sich zur unbestrittenen, ja schliesslich fast allein beherrschenden Finanzmacht der Vereinigten Staaten entwickelt hatte, befand sich noch kaum in der Minderheit, wenn er glaubte, dass es der amerikanischen Tradition sehr wohl entspräche, wenn der einzelne sich so viel er nur vermöge von dem Reichtum der Nation aneigne. Für ihn wie für die ganzen Finanzgewaltigen von Wall Street dieser Zeit galt noch immer uneingeschränkt das Wort des Finanzpiraten Cornelius Vanderbilt: «Der Teufel hole die Allgemeinheit.» Er sah in dem Versuch Theodore Roosevelts, die Monopolisierung der amerikanischen Wirtschaft durch die Hochfinanz zu beschneiden, einen unberechtigten Eingriff des Staates und einen hassenswerten dazu, der

mit allen Mitteln bekämpft werden musste. Als Theodore Roosevelt nach der Amtsübergabe an Taft nach Afrika zur Jagd fuhr, hat Morgan öffentlich gesagt, er hoffe, dass der erste Löwe, auf den Roosevelt stosse, seine Pflicht tun werde.

In Wirklichkeit versuchte Theodore Roosevelt den amerikanischen Mythos gegen Wall Street und Big Business zu verteidigen. Seine Antitrustpolitik, die, wie gesagt, sich in seinen Reden und Erklärungen stärker auswirkte als in den tatsächlichen Handlungen, war von dem Gedanken getragen, dass die freie Konkurrenz unter allen Umständen aufrecht erhalten werden müsse. Nicht die Konzentration ungeheurer Finanzkräfte in wenigen Händen, die dem amerikanischen Mythos in keiner Weise widersprach, war das Angriffsziel, sondern die Ausschaltung des sogenannten freien Spiels der Kräfte.

Hierfür ist der berühmteste Fall, der sich gleich in Theodore Roosevelts Anfangszeit als Präsident ereignete, bezeichnend. In einer ungeheuren Finanzspekulation, die gegen das Bankhaus Morgan gerichtet war, hatte Edward Henry Harriman, unterstützt von dem Juden Jakob Schiff, dem Beherrscher des Bankhauses Kuhn, Loeb & Co., die Mehrheit der Aktien der «Northern Pacific»-Eisenbahn an sich gebracht. Es war hierbei zu einem Finanzskandal erster Ordnung gekommen, bei dem einige Tage lang die Hälfte aller Banken New Yorks in Gefahr gerieten, insolvent zu werden. Die Morgan-Gruppe und die Harriman-Schiff-Gruppe hatten schliesslich ein Kompromiss geschlossen und eine gemeinsame Holdinggesellschaft gegründet, die «Northern Securities Company», in der sich die Mehrheit der «Northern Pacific»- und der «Great Northern»-Eisenbahnlinien vereinten. Theodore Roosevelt erzwang die Auflösung dieser Holdinggesellschaft durch eine Entscheidung des Obersten Gerichtshofes. Bei diesem Vorgehen, das von der breiten Masse mit grosstem Beifall begrüsst wurde, hat das Gefühl eine wesentliche Rolle gespielt, dass die unumschränkte Ausdehnung der Macht von Wall Street schliesslich dem Staat selbst gefährlich werden müsste. Die Hochfinanz liess darum Theodore Roosevelt als «Sozialisten» in den von ihr beherrschten Zeitungen angreifen. Nichts war falscher als dies.

Theodore Roosevelts Ziel war im Gegenteil die Erhaltung der freien Konkurrenz. Die beiden grossen Eisenbahngesellschaften «Northern Pacific» und «Great Northern» sollten und durften nach der amerikanischen Tradition nicht in der Lage sein, die Tarife durch eine Abmachung willkürlich zu stabilisieren. Das Konkurrenzverhältnis zwischen den grossen Eisenbahngesellschaften sollte vielmehr aufrechterhalten bleiben, obwohl diese Linien in den wilden Jahrzehnten des ausgehenden 19. Jahrhunderts ohne Sinn und Verstand, jedenfalls aber ohne einheitlichen Plan so angelegt worden waren, dass sie auf weiten Strecken einfach einander parallel liefen, ohne den Bedürfnissen der Landschaften, die sie durchzogen, zu dienen. Dies galt natürlich ebenso für alle anderen Eisenbahngesellschaften im Osten. Nicht an dieser Planlosigkeit stiess sich indes die Regierung in Washington, sondern lediglich an der Gefahr, dass die amerikanischen Prinzipien durch den Monopolkapitalismus bedroht werden könnten. Auch starke Persönlichkeiten wie Theodore Roosevelt wichen also von der in der Zeit des Wilden Westens entstandenen «*tradition of negative government*» nicht ab. Niemals in der amerikanischen Geschichte ging der Staat planend oder ordnend voran. Immer war es entweder der Einzelne oder eine Gruppe, die in das Neuland wirtschaftlicher Expansionen vordrängte. Dem Staate konnte und sollte lediglich eine negative Rolle zufallen. Das war die Konsequenz des amerikanischen Mythos.

Wir sehen, wie diese negative Tradition des amerikanischen Regierungssystems die unmittelbare Folge der Grenzenlosigkeit des Kontinents im 19. Jahrhundert gewesen ist. Die Erschliessung und Besiedelung Nordamerikas entsprach den Methoden der gleichzeitig vor sich gehenden kolonialen Erschliessung Afrikas durch die Engländer. Bei diesen beiden grossen Raubzügen tritt die Rolle des Staates weitgehend zurück, ja er kann, wie dies durch Cecil Rhodes geschehen ist, sogar für die privaten Interessen einer einzelnen mächtigen Finanzgruppe bis zum Krieg getrieben werden. Der schmähliche Burenkrieg ist hierfür das bekannteste Beispiel, der Opiumkrieg gegen China ein anderes. Ebenso wie sich die einzelnen Gesellschaften des britischen Handels

und der britischen Hochfinanz wild über den sich öffnenden afrikanischen Erdteil herstürzten, um ihn ohne grösseren Plan und ohne sinnvolle Zueinanderordnung auszubeuten und damit in weiten Gegenden eine Zerstörung des Kulturbodens anzurichten, für deren Wiederherstellung es Generationen bedürfen wird, ebenso stürzten sich die Amerikaner in Gemeinschaft mit den Neueingewanderten auf die Reichtümer des Westens. Nur langsam vermochte der Staat dieser scheinbar elementaren Bewegung zu folgen. Das Äusserste, was er zu tun vermochte, war eben jene negative Politik, durch die verhindert wurde, dass in den plötzlich an irgendeinem Kreuzweg aus dem Boden schiessenden Gemeinschaften nur das Faustrecht herrschte. Eine positive staatliche Planung, wie wir sie auch in früheren Jahrhunderten in Europa ebenso wie in Ostasien kennen, fehlt völlig. Man braucht als Gegenbeispiel nur an die Kolonisation des Warthebruchs durch Friedrich den Grossen, an die systematische Ansiedlung der Schwaben durch Maria Theresia und Josef II. oder an die grossen Kulturwerke der chinesischen Reiche des Mittelalters zu erinnern, um den gewaltigen Unterschied zu erkennen, der diese Lebensauffassungen trennt.

Von den vierzig Jahren, die zwischen der Erreichung der geographischen Grenze um das Jahr 1890 und dem Ende der «unbegrenzten Möglichkeiten» im Jahre 1929 liegen, ist die Periode der Präsidentschaft Theodore Roosevelts vielleicht die aufschlussreichste, weil sich in ihr alle Keime der ungeheuren Widersprüche finden, durch die die amerikanische Nation später zerrüttet werden wird. Theodore Roosevelt war nicht, wie so oft fälschlich angenommen wurde, der Vorläufer eines neuen Amerika. Seine eckige Gestalt, der niemand Charakter und Kraft absprechen wird, ist vielmehr das letzte Symbol des wilden Amerikanismus, das aus der Zeit der unbeschränkten Expansion auf dem eigenen Kontinent in eine sich wandelnde Epoche hineinreicht. Die grossen amerikanischen Finanzpiraten des 19. Jahrhunderts waren im Ganzen genommen noch Einzellerscheinungen. In den anderthalb Jahrzehnten

vor dem Weltkrieg beginnt sich indes jene Schichtung schärfer herauszubilden, die dem Amerika des 20. Jahrhunderts ihr besonderes Gepräge gegeben hat. In diesem Jahrzehnt werden die Vereinigten Staaten zur Plutokratie. Ebenso wie in England feiert die *puritanisch-kalvinistische Weltanschauung* in der Entstehung der amerikanischen Hochfinanz ihren grössten Triumph. Die Ansammlung gewaltiger Reichtümer wird zum äusseren Zeichen der besonderen Gnade und des Wohlgefallens Gottes. Die mit dem amerikanischen Mythos eng verbundene kapitalistische Lehre erweist sich als der fruchtbarste Nährboden für den Überkapitalismus, der nun die Herren von Wall Street zu den eigentlichen Herren des ganzen Landes macht. Zu den «Herren der Schöpfung», wie Frederic Lewis Allen halb ironisch, halb ernsthaft eine Untersuchung über den amerikanischen Finanzkapitalismus genannt hat.

Der alte John D. Rockefeller gab dem kurz und bündig Ausdruck, wenn er sagte: «Gott gab mir mein Geld.» Dass dieses Geld Rockefellers durch eine ganze Kette von gemeinen Betrügereien, von Bestechungen und höchst zweifelhaften Machenschaften zusammengeschart worden war, spielte dabei keine Rolle. Noch klarer drückt sich der Kohlenindustrielle George F. Baer aus, der bei einem Kohlenstreik im Jahre 1902 den Führern der Arbeiter mitteilt: «Die Rechte und Interessen des Arbeiters werden nicht durch Arbeiteragitatoren erzwungen, sondern durch jene christlichen Männer, denen Gott in seiner unendlichen Weisheit die Kontrolle über das Eigentum in diesem Lande übertragen hat.»

Ich habe früher in meinem Buch über die englische Politik in Palästina darauf hingewiesen, in welchem merkwürdigem Verhältnis die englische Religiosität und der Puritanismus der Briten zum Alten Testament stehen. Ein wesentlicher (und gerade der entscheidende) Teil der englischen Oberschicht fühlt sich schon das ganze vorige Jahrhundert hindurch als der unmittelbare Nachfolger des «auserwählten Volkes». Die Verbindung des Jüdischen mit dem Britischen erwies sich daher als weit tiefer, denn als eine zufällige oder nur oberflächliche Allianz. Ähnlich verhält es sich auch mit der amerikanischen Plutokratie. Der Zusammenhang des amerikanischen Mythos mit dem Puritanismus und Kalvinis-

mus ist nicht minder stark als mit dem Alten Testament. So schreibt F. L. Allen: «Die christliche Religion, wie sie von den Männern der Hochfinanz verstanden wurde, war nur teilweise die Religion von Jesus Christus. Das Alte Testament hatte wesentlichen Anteil in ihr, und das Alte Testament enthält eine grosse Zahl von Stellen, die die Forderung Auge um Auge, Zahn um Zahn erlauben. Die Religionen haben die Tendenz, die Farbe der Gemeinschaften anzunehmen, in denen sie ausgeübt werden. In der amerikanischen Gemeinschaft haben andere Philosophien die christliche Lehre allmählich aufgesogen und verändert. Da war zum Beispiel die Philosophie der Einfachheit von Benjamin Franklin, da war die puritanische Philosophie der Nüchternheit (das heisst der Enthaltung vom Alkohol), der Enthaltbarkeit und der Sonntagsheiligung. Da war die Tradition des laissez faire der wirtschaftlichen Konkurrenz. Diese Philosophien und Traditionen sind so vollständig in den amerikanischen Blutstrom aufgenommen worden, dass es dazu kam, dass, wenn ein rücksichtsloser Geschäftsmann hart arbeitete, wenn er Geld ersparte, wenn er sich vom Alkohol und sonstigen Ausschweifungen fernhielt, wenn er in einem dunklen Rock jeden Sonntag in die Kirche ging und Geld in den Klingelbeutel warf, er schliesslich als Beispiel christlichen Verhaltens hingestellt werden konnte. Das waren die vorgeschriebenen Tugenden, und die Bibel wurde ein Arsenal, aus dem man die rhetorische Munition beziehen konnte, um sich gegebenenfalls zu verteidigen.»

Schon Max Weber hat in seiner Religionssoziologie auf die enge Verwandtschaft zwischen Puritanismus und jüdischer Überlieferung hingewiesen¹. Unter den grossen Finanzpiraten, die im ausgehenden 19. Jahrhundert in Amerika hochkommen und in der Epoche Theodore Roosevelts ihre volle Macht entfalten und das Gesicht Amerikas bereits weitgehend bestimmen, finden sich zunächst noch verhältnismässig wenige Juden. Der grosse Eisenbahnspekulant Jay Gould und der bereits erwähnte Jakob Schiff des jüdischen Bankhauses Kuhn, Loeb & Co. sind, wenigstens was die ganz grossen Finanzmagnaten angeht, zunächst noch Ausnahmen. Carnegie, Rockefeller, Harriman, Hill, Vanderbilt

¹ Max Weber, a. a. O., S. 356.

und Morgan, um nur die Wichtigsten zu nennen, sind Arier. Dennoch ist seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert die Entstehung der amerikanischen Finanzaristokratie durchsetzt mit Merkmalen, die dem an der Entstehung des Hochkapitalismus in England, Frankreich und Deutschland geschulten Blick als besonders jüdisch erscheinen müssen. Die Einstellung des Puritanismus zu Leben, Reichtum und zur Ewigkeit löst dieses Rätsel. Dem Calvinismus und dem Puritanismus kommt es nicht auf die Werke und auch nicht auf die Gesinnung an, sondern allein auf die Erwählung. Diese *Gnadenwahl Gottes*, die der Mensch passiv hinnimmt, wirkt sich im irdischen Leben durch seine besondere Segnung mit Reichtum aus. So jedenfalls ist die primitive Auslegung, die der Puritanismus teilweise schon in England, in völliger Naivität aber später in Amerika, erfahren hat. Wie man sieht, steht diese Vorstellung der jüdischen vom «auserwählten Volk» überaus nahe. In Amerika heisst die Formel für diese Auserwähltheit «*Gods own Country*» – Gottes eigenes Land.

Das kalvinistisch-puritanische Verhalten und die Einstellung zur Frage der Anhäufung von Reichtum ist in den amerikanischen Mythos eingegangen und hat ihn wie die Hefe den Sauerteig durchdrungen. Dieser von England nach Nordamerika verpflanzte puritanisch-kalvinistische Geist bestimmte die Geistes- und Glaubenshaltung der gesamten führenden Schicht. Die Mehrzahl der deutschen und skandinavischen Einwanderer passten sich ihm vortrefflich an. Die katholischen Iren, Süd- und Osteuropäer, die später die Hauptmasse der Einwanderer stellten, fanden die puritanische Grundlage des amerikanischen Mythos schon mit den anderen Elementen, die den American Dream ausmachen, fest zusammengeschmolzen vor, als sie ankamen. Sie konnten sich entweder nur sektenhaft abschliessen – dies war lange die Rolle der katholischen Kirche in den Vereinigten Staaten – oder sich bedingungslos dem herrschenden Geist unterordnen.

So erklärt sich denn auch, warum es weder im 19. noch im beginnenden 20. Jahrhundert in Amerika einen *Klassenkampf* im europäischen Sinne gegeben hat. Die Wurzeln der Arbeiterbewegung reichen freilich auch in den Vereinigten Staaten tief in das 19. Jahrhundert hinein. Trotz-

dem war für den Marxismus oder seine Abwandlungen kein Platz. Die puritanische Glaubenslehre schloss ihn aus. Diejenigen, bei denen sich sagenhafter Reichtum anzusammeln begann, waren auch für die Masse des Volkes die besonders Erwählten. Die weniger Glücklichen, d.h. die weniger Brutalen, Rücksichtslosen und Schlaunen, waren dennoch fest überzeugt, dass auch ihnen die gleiche Chance winkte und dass die leicht zu erhaschende Göttin Fortuna für sie oder ihre Kinder schon um die nächste Ecke am Saum ihres Kleides zu fassen sein werde. Die verschiedenen christlichen Kirchen und Sekten mussten darum ein fester Bestandteil dieses Amerikanismus werden. Ihre Vorschriften der Nüchternheit, Enthaltbarkeit und Sonntagsheiligung wurden ebenso zur Voraussetzung eines gottgefälligen Lebens, wie ihre Aufforderung zu möglichst gesteigertem Gelderwerb, die schliesslich in die Verherrlichung der grossen Finanzmagnaten als den wahren Verkörperungen der reinen Lehre einmündete. Dies war lange Jahrzehnte hindurch die amerikanische Lösung der sozialen Frage.

Charles und Mary Beard haben aus der besonders wichtigen Epoche um die Jahrhundertwende elf, Frederic L. Allen aus derselben Zeit zehn führende Finanzmagnaten nach ihrem Herkommen und ihren Gewohnheiten analysiert. Die beiden Listen überschneiden sich nur teilweise. Von der von den beiden Beard untersuchten Gruppe waren zehn von elf überzeugte Mitglieder der Kirche. (Nur Carnegie wird in dieser Gruppe als Skeptiker bezeichnet.) Alle waren gleichzeitig auch freigebig in ihren Spenden an die verschiedensten Kirchen. In der von Allen untersuchten Gruppe sind sieben von zehn Finanzmagnaten regelmässige Kirchenbesucher, sechs zeigen ausserdem noch aktives Interesse an der Entwicklung der kirchlichen Angelegenheiten. John T. Flynn hat festgestellt, dass die Hälfte der fünfundsiebzig Multimillionäre New Yorks um die Jahrhundertwende aktive Mitglieder der protestantischen Bischofskirche waren. J.P. Morgan sen. zum Beispiel nahm regelmässig als Laiendelegierter von New York an den Generalkonventen der Kirche teil und erbaute die Kathedrale St. John. Als er im Sommer 1908 in seinem Londoner Palast drei amerikanische Bischöfe eingeladen hatte,

wurde jeder Tag mit Gebeten begonnen, die einer der Bischöfe im Morganschen Familienkreise verlas. Die Verbindung zwischen Finanz- und Kirchengeschichte der USA ist eines der Fundamente, auf dem sich diese Gesellschaft aufbaut.

Wohl wuchs um diese Zeit der Jahrhundertwende und in der Periode Theodore Roosevelts vor allem im agrarischen Westen und Mittelwesten bereits heftiges Misstrauen gegen Wall Street heran. Instinktiv fürchtete das Volk, dass der nun entstehende Trust- und Monopolkapitalismus irgendwie dem American Dream entgegenstehen müsse. Schon einmal hatten die Vereinigten Staaten im 19. Jahrhundert mit der Erwählung von Andrew Jackson zum Präsidenten eine kalte Revolution erlebt. Damals war es die Revolution des neuen Westens und Südens gegen den konservativen und in gewissem Sinne intellektuellen Osten. Es war die erste Revolution der «Grenze», des jungen Amerikanertums jenseits der Appalachen, gegen die sich bereits verfestigende Gesellschaftsform der Gründungsstaaten gewesen. Kurz vor der Jahrhundertwende war abermals unter der Führung von Bryan eine für den schnell aufgeschossenen Hochkapitalismus des Ostens beinahe gefährliche revolutionäre Bewegung der Farmer des Westens bis hart an die Stufen des Weissen Hauses gebrandet. Bryan kämpfte für die Silberwährung, aber dies war nur ein Symbol. «Gold stand dagegen als der Ausdruck einer Macht, die der gemeine Mann als den Feind seiner selbst und des Amerikanismus empfand, seines Traumes von Volksherrschaft und von den Rechten des Menschen gegen die Ansprüche der Privilegierten¹.»

Die Popularität des Trustbusters Theodore Roosevelt entsprang derselben Wurzel, obwohl sie nur teilweise berechtigt war. Dem stand aber entgegen, dass fast alle diese Finanzmagnaten tatsächlich als kleine Angestellte, als Buchhalter und Botenjungen angefangen hatten. Von den zehn Finanzleuten der von F.L. Allen untersuchten Gruppe hatte nur der alte Morgan eine Universitätserziehung genossen. Er hat zwei Jahre in Göttingen studiert. Allein Morgan und Vanderbilt waren bereits Söhne reicher Eltern, die den Grundstock zu den Riesenvermögen dieser Fami-

¹ Adams, Epic a. a. O.

lie schon in den 50er Jahren des vorigen Jahrhunderts gelegt hatten. Insofern also entspricht diese Generation der Finanzpiraten, die von der verherrlichenden amerikanischen Literatur als «Empirebuilder» bezeichnet werden, noch durchaus dem amerikanischen Mythos. Allmählich aber begann sich nun aus ihnen eine Schicht heranzubilden, die weder mit dem Geist noch mit den rauen Sitten des amerikanischen Grenzerturns mehr etwas zu tun hatte. Diese neue Plutokratie vermag nun aber durch die ungeheure Macht, die sie durch ihr Geld automatisch ausübt, auf den gesamten Gesellschaftsaufbau, auf die wirtschaftliche Entwicklung wie auch auf die Politik im engeren Sinne entscheidend einzuwirken. Lange ist noch diese Geldaristokratie vom amerikanischen Mythos verklärt; schliesslich aber wird sie der Anlass zu der grossen Wendung sein, durch die Mythos und Wirklichkeit der Vereinigten Staaten gleichzeitig mit dem Ende der Grenze immer stärker auseinanderzutreten beginnen.

Die Folge der ungeheuren Geldanhäufung in wenigen Familien ist, dass Amerika nun plötzlich eine Schicht erhält, die exklusiv ist. Für sie gelten die Regeln der Demokratie bald nur noch bedingt. Eine Geldoligarchie bildet sich heraus. Die alte virginische und louisianische Aristokratie des Südens ist durch Bürgerkrieg und Rekonstruktionsperiode zerschlagen und bedeutungslos geworden. Die bis dahin führenden bürgerlichen Schichten in Boston und New York, die ihre Tradition auf die erste Gründungszeit, wenn möglich auf die «Mayflower» zurückführen, treten in den Hintergrund, soweit sie nicht zufällig, wenigstens in bestimmten Grenzen, an dem grossen Raubzug, den die Erschliessung des Westens darstellt, beteiligt waren und selbst Reichtümer erworben haben. (Dies trifft z.B. auf die Familie Roosevelt zu.) Bis an das Ende des 19. Jahrhunderts hatten diese «alten Familien» sich ein unvergleichliches gesellschaftliches Prestige bewahrt. Nun aber sind es fast allein noch der Reichtum, die Anzahl der Millionen, die Rang und Einfluss bestimmen.

Aus diesen Reihen rekrutieren sich nun die exklusiven Klubs in New York, und gerade diese Schicht der Hochfinanz wird nun zum willigen Bannerträger eines plötzlich wieder eindringenden *englischen Einflusses*. Im Volk herrschte bis hinauf in die Universitäten um jene Zeit und noch bis weit in den Weltkrieg, ja, noch bis in unsere Tage hinein, eine lebhaft und instinktive Abneigung gegen alles Englische. Der Befreiungskampf der heroischen Zeit um 1776 war der Kampf gegen England. Noch 1812 haben die Engländer von Kanada aus eine Invasion in die Vereinigten Staaten unternommen und das Kapitol niedergebrannt. Der amerikanische Mythos war, wenn auch manche Züge, wie der Puritanismus, ursprünglich aus dem Englischen kamen, weitgehend aus der Abneigung gegen die Herrschaft der englischen Aristokratie entstanden. Die Finanzpiraten, die nun die Oberschicht der Vereinigten Staaten zu bilden begannen, fallen indes geistig zwangsläufig in den englischen Kulturkreis zurück, ja, sie werden sogar von ihm geradezu aufgesogen, wie dies bei dem alten Morgan und noch mehr bei seinem Sohn, J.P. Morgan jun., dem Finanzier des Weltkrieges und des jetzigen Krieges, der Fall ist. In diesen Familien haben sich in kurzer Zeit ungeheure Reichtümer angestaut. Sie selbst sind Emporkömmlinge, die im Grunde nicht wissen, was sie mit ihrem so schnell erworbenen Gelde nun eigentlich anfangen sollen. Zunächst lassen sie sich durch ihre Agenten in Europa die Gemälde alter Meister eintreiben, ja, sie transportieren ganze Kirchen und Schlösser Stein für Stein in «Gottes eigenes Land». Dann aber bemerken sie auf Reisen durch Europa und England, dass ihr Reichtum ihnen dort auch die exklusivsten Türen aufzuschliessen begünnt. Sie versuchen nun, sich *english style and english manners* anzueignen und sie so echt wie möglich anzuwenden. Die gemeinsame Sprache tut ein übriges und nicht weniger der englische Snobismus, zu dessen vollgültiger Ausübung bekanntlich Geld gehört. Geld hat man, ein Snob kann man also werden. Es ist somit die Plutokratie, die sich, ohne es selbst zu bemerken, aus dem amerikanischen Mythos allmählich herausentwickelt, durch den sie hochgekommen und zur Macht gelangt ist. All dies beginnt sich in der Epoche Theodore Roosevelts anzubahnen.

Die Auswirkungen sollen sich später in grösstem weltpolitischem Massstab zeigen. Während die breite Masse des amerikanischen Volkes von England nichts wissen will, wird in jenen Jahren für die Finanzaristokratie alles erstrebenswert, ja nachahmenswert, ist alles fashionable, was Englisch ist.

Vor allem auch die Titel. In dieser Zeit bereits beginnt die amerikanische Finanzaristokratie einen lebhaften Export ihrer jüngeren Töchter. Um gerecht zu sein, muss man allerdings zugeben, dass dieses Exportgeschäft nicht mit einer Frau beginnt, sondern mit einem amerikanischen Botschafter: mit William Waldorf Astor, dessen Mutter in den letzten beiden Jahrzehnten des ausgehenden 19. Jahrhunderts die massgebende gesellschaftliche Rolle in New York gespielt hat. Er wurde zunächst amerikanischer Botschafter in Rom, übersiedelte nach England, wurde 1899 britischer Staatsangehöriger und starb als Viscount. Dass auf diese Weise eine englische Institution wie die Londoner «Times» in die Hände einer ursprünglich amerikanischen Familie (noch dazu von deutscher Herkunft) gelangen konnte, machte auf die Zurückgebliebenen grössten Eindruck. Schon vorher hatte in den siebziger Jahren Jenny Jerome, die Tochter eines zu Geld gekommenen New Yorker Börsenmaklers, Lord Randolph Churchill zu heiraten vermocht. Dies war damals eine Sensation gewesen, die so nachhaltig war, dass der Sohn dieser Ehe, Winston Churchill, sich noch 65 Jahre später als das Ideal englisch-amerikanischen Gemisches in einer Rundfunkrede anpreisen konnte. Im Jahre 1895 heiratete die Tochter William K. Vanderbilts den Herzog von Marlborough, also ebenfalls einen Churchill. Die Tochter des berühmten Spekulanten Gould wurde die Frau des Lord Decies. Lord Curzon erwarb die Tochter eines der grössten Fleischfabrikanten von Chicago. Um 1909 schätzte man, dass über fünfhundert amerikanische Mädchen der Finanzoligarchie die Frauen von adeligen Ausländern geworden waren. Sie sollen 220 Millionen Dollar in die geleerten Kassen des europäischen Adels eingebracht haben. So war diese neue amerikanische Geldober- schicht plötzlich mit den besten Namen aus dem alten Europa verwandt. Man besuchte sie in England, sie kehrten gelegentlich hoheitsvoll in die

alte Heimat zurück. Bis zur Fuchsjagd und bis zu dem aus England bezogenen Butler wurde nun auf Grund all dieser Verflechtungen das englische Vorbild in Amerika getreulich nachgeahmt. Diese britischen Adelstitel haben sich als dasjenige Kapital erwiesen, das sich für England am besten verzinst hat. Soziologisch gesehen, war der Einbruch in den amerikanischen Mythos mit diesem Töchterexport und der Ausrichtung der amerikanischen Oberschicht auf den englischen Lebensstil endgültig erfolgt. Die Internationalisierung dieser Schicht fiel zusammen mit dem Zeitpunkt, zu dem sie allmählich das gesamte Wirtschaftsleben der Vereinigten Staaten monopolartig zu beherrschen begann.

Wie gross diese Macht war, die sich in dem Jahrzehnt nach der Jahrhundertwende in diesen wenigen Familien zusammenballte, kann hier nur durch einige Ziffern angedeutet werden. Noch um die Zeit der ersten Wahl von Lincoln lebte nur ein Sechstel der Bevölkerung in Städten mit mehr als 8'000 Einwohnern. Um die Jahrhundertwende war die Stadtbevölkerung auf ein Drittel der Gesamtbevölkerung angewachsen. Rechnete man aber zur Landbevölkerung nur die eigentlichen Farmer, so betrug sie nur mehr zwei Fünftel der Gesamtbevölkerung. Ungefähr im gleichen Entwicklungstempo hatten die grossen Finanzmächte die mittleren und kleineren Betriebe überwältigt. Sie waren zu den tatsächlichen Herren der Vereinigten Staaten geworden. Das Pujo-Untersuchungskomitee (genannt nach dem Abgeordneten Arsen Pujo von Louisiana), das im Winter 1912/13 im Auftrage des Repräsentantenhauses die Bankverhältnisse in den Vereinigten Staaten untersuchte, kam zu dem Ergebnis, dass das Haus Morgan, die First National Bank, die National City Bank, die Bankers Trust Company und die Guaranty Trust Company in Wirklichkeit eine einzige Interessengemeinschaft bildeten, die kurz vor dem Tode des alten J.P. Morgan praktisch dem Einfluss dieses einen Mannes unterstanden. Die Direktoren dieser Bankengruppe verfügten zusammen über 341 Aufsichtsratssitze in 112 Konzernen, deren Kapital zusammengenommen über 22 Milliarden Dollar betrug. Dies war am Vorabend des Weltkrieges, zu einem Zeitpunkt, da die Vereinigten Staaten im Ganzen zusammen noch immer ein Schuldnerland

nerland. Um welche Summen es sich dabei handelt, mag der einfache Vergleich zeigen, dass die jährliche Reparationssumme, die Deutschland schliesslich durch das Young-Abkommen abgezwungen wurde, rund zwei Milliarden Reichsmark betrug, deren Abzahlung zum Ruin der deutschen Finanzen führte.

Im Einzelnen beherrschte die Morgan-Gruppe:

- 118 Aufsichtsratsposten in 34 Banken und Finanztrusts mit einem Kapital von über 2¹/₂ Milliarden Dollar;
- 30 Aufsichtsratssitze in 10 Versicherungsgesellschaften mit einem Kapital von über 2 Milliarden Dollar;
- 105 Aufsichtsratssitze in 32 Eisenbahn- und Schiffahrtskonzernen mit einem Kapital von über 11 Milliarden Dollar;
- 63 Aufsichtsratssitze in 24 Industrie- und Handelsgesellschaften mit einem Kapital von über 3 Milliarden Dollar (unter ihnen die United States Steel Corporation);
- 25 Aufsichtsratssitze in 12 Gas-, Wasser- und Elektrizitätskonzernen mit einem Kapital von über 2 Milliarden Dollar.

Zu ganz ähnlichen Ausmassen hatte sich der Rockefeller-Konzern und einige andere entwickelt. Der amerikanische Mythos bestand weiter, das gewaltige Wirtschaftssystem der Vereinigten Staaten aber war bereits in diesem Jahrzehnt vor dem Weltkrieg in den Händen einer kleinen Gruppe von Finanzmagnaten vereinigt.

In dem Buche «100 Familien beherrschen das Empire» hat der Verfasser auf der Grundlage einer Arbeit von Simon Haxey dargestellt, wie sich in England eine ganz ähnliche Zusammenballung der finanziellen Macht während des «britischen Zeitalters» ergeben hat. Noch im Mai 1941 ist die Quintessenz dieser Untersuchung im amerikanischen Repräsentantenhaus sogar mit Beifall in die politische Debatte geworfen worden. Zwischen der Macht- und Geldzusammenballung in England und der in den Vereinigten Staaten bestehen jedoch erhebliche Unterschiede. Unsere Untersuchung über die britische Plutokratie förderte zutage, dass 181 Unterhausmitglieder des während des jetzigen Krieges tagenden Parlaments zusammen 775 Aufsichtsratsstellen besitzen, die ein Gesamtkapital von annähernd 3 Milliarden Pfund aufweisen. In England stehen die herrschenden Wirtschaftsmächte also gleichzeitig in der

vordersten Frontlinie der politischen Führung. Fast alle konservativen Premierminister der letzten Jahrzehnte sind z.B. aus grossen Firmen der britischen Rüstungs- und Schwerindustrie hervorgegangen. Baldwin und Chamberlain sind hierfür bezeichnende Beispiele.

In den Vereinigten Staaten dagegen entstand ein wesentlich anderes System, das allerdings zum selben Ergebnis der unbedingten Machtstellung der Plutokratie führte. Der amerikanische Mythos schloss es von jeher aus, dass ein Mitglied einer der herrschenden Bank- oder Industriedynastien etwa zum Präsidenten gewählt wurde. Dies hätte im Widerspruch zu der Tradition der «gleichen Chance» gestanden. Die Durchsetzung eines solchen Kandidaten auf einem Parteikongress wäre daher niemals möglich gewesen. (Eine der wenigen Ausnahmen war 1940 Wendell Willkie, aber er wurde wenigstens als Selfmademan angepriesen.) Die amerikanische Hochfinanz übte ihre Herrschaft vielmehr die längste Zeit indirekt aus. Sie hatte und hat nicht um ein Lot weniger politisches Gewicht als die britische Plutokratie, nur musste sie sich entsprechend der amerikanischen Tradition anderer Herrschaftsformen bedienen. Sie bedurfte der Präsidenten als ihrer Marionetten.

Das amerikanische politische System ist, wie wir gesehen haben, aus zwei Wurzeln entsprungen: einmal den theoretischen Überlegungen und den Überzeugungen der Gründer des amerikanischen Staatswesens, die in der auf der Gewaltenteilung aufbauenden Verfassung eines der Grundelemente des amerikanischen Mythos schufen, und dann aus den Erfahrungen der «grenzenlosen» Westwärtsbewegung, durch die der nordamerikanische Kontinent im 19. Jahrhundert erschlossen wurde. Beide Elemente wirkten gemeinsam dahin, dass eine starke Regierung tunlichst vermieden werden sollte. Die Männer, die 1787 in Philadelphia über die Verfassung berieten, wünschten «einen Kongress, der nicht unterwürfig und einen Präsidenten, der nicht despotisch sein soll». Sie schufen daher in der Gewaltenteilung von Verwaltung, Gesetzgebung und oberster Gerichtsbarkeit jenes merkwürdige Kompromiss, durch das die Tradition der negativen Regierungsform entstanden ist. Der

Kongress wurde durch diese Verfassung im Allgemeinen zum natürlichen Gegner des Präsidenten, da er aus Erfahrung wusste, dass die Rolle des Parlaments um so geringer sein würde, je stärker der Mann im Weissen Haus ist. In der Zeit des Wilden Westens wurde nun vollends der Staat in eine untergeordnete Rolle zurückgedrängt. Es entsprach infolgedessen nicht der amerikanischen Tradition, dass die eigentlich beherrschenden und stärksten Persönlichkeiten und auch Machtgruppen politisch in die vorderste Linie traten. Dies ist immer nur in wenigen Ausnahmefällen, in Zeiten eines nationalen Notstandes möglich gewesen. Lincoln ist von der amerikanischen Geschichtsschreibung z.B. stets als eine Ausnahmerecheinung unter den Präsidenten angesehen worden.

So erklärt sich, weshalb die um die Jahrhundertwende sich endgültig formierenden Finanzdynastien, die zu den eigentlichen Herrschern der Vereinigten Staaten werden, ihre Mitglieder nur selten in Regierungsämter entsenden. Der amerikanische Mythos hat das amerikanische Volk über ein Jahrhundert lang dazu erzogen, im Staat und seinen Einrichtungen nur ein notwendiges Übel zu sehen. Während die britische Oberschicht meist die zweiten und dritten Söhne in die Verwaltungs- und Offizierslaufbahn entsandte, war die amerikanische Finanzoligarchie dem Staat gegenüber durchaus vom Mythos der Nation beeinflusst. Sie wollte den schwachen Staat und die schwache Regierung, die dann um so leichter ihren eigenen Zwecken unterworfen werden konnten.

Wir sind hier an einem sehr wichtigen Punkt dieser Analyse der praktischen Auswirkungen des amerikanischen Mythos angelangt: So erklärt es sich nämlich, dass der Politiker in den Vereinigten Staaten seit eh und je und auch heute noch eine anrühige Rolle spielt. Das Wort «*politician*» hatte immer den Beigeschmack des Gentleman-Verbrechers. Die grosse Masse des Volkes sieht in Amerika in der Politik nichts als eine andere Form des Geschäfts, das zur persönlichen Bereicherung derjenigen dient, die ihm obliegen. Die Politik ist ein Racket wie vieles andere auch. Ja, dieses schwer übersetzbare Wort «racket» bedeutet geradezu einen Betrug, der durch die Täuschung argloser Menschen herbeigeführt

wird, gegen die in irgendeiner Form eine überlegene Macht ausgespielt werden kann. Wer immer in den Vereinigten Staaten geweiht hat, wird diese niedrige Einschätzung des «politician» im Volke, beim Arbeiter und Farmer sowohl wie in den kultivierteren Schichten als eines der erstaunlichsten Phänomene festgestellt haben. Selbst Männer, die eine grosse Popularität zu geniessen scheinen, sind hiervon nicht ausgenommen. Die Finanzpiraten, die in der Epoche Theodore Roosevelts endgültig die Macht an sich rissen, hatten denn auch von ihren Gegenspielern auf der Seite des Staates eine äusserst geringe Meinung. Sie sahen in ihnen eine untergeordnete Abart der Spezies des Homo Americanus.

Hierfür zwei Beispiele für viele: Als Morgan mit Theodore Roosevelt wegen der bereits erwähnten grossen Eisenbahn-Holding-Gesellschaft, der Northern Security Company, zusammenstiess, schrieb er an den Präsidenten: «Sollten wir irgend etwas falsch gemacht haben, so senden Sie doch Ihren Mann [gemeint war der Generalstaatsanwalt der amerikanischen Regierung] zu meinem Mann [gemeint war ein Rechtsanwalt Morgans]; die beiden können die Sache dann in Ordnung bringen.» Dies war allerdings die Sprache entweder eines Souveräns zu einem anderen oder, wenn man will, eines Souveräns zu seinem Untergebenen. Theodore Roosevelt antwortete lakonisch: «*That can't be done*» Als der berühmte Eisenbahnkönig Hill, der mit der Morgan-Gruppe eng verbunden war, diese Geschichte hörte, tat er den überaus bezeichnenden Ausspruch: «Es erscheint wirklich ziemlich hart, wenn wir auf all das zurückblicken, was wir getan haben, dass wir gezwungen sein sollen, um unser Leben gegen politische Abenteurer zu kämpfen, die niemals etwas anderes getan haben, als sich auf ihren Stuhl zu setzen und ein Gehalt einzustreichen.»

Hier haben wir in einem Satz die Grundeinstellung der amerikanischen Hochfinanz zu den politischen Führern, die schliesslich für das Schicksal des ganzen Landes verantwortlich waren. Man braucht sich indes kaum darüber zu wundern, wenn man weiss, dass dieselben Politiker ja jeweils durch die Wahlfonds zur Macht gelangen, die ihnen von der Hochfinanz zur Verfügung gestellt werden. Es ist bekannt, dass zu

dem Wahlfonds von Theodore Roosevelt J.P. Morgan sen. 150'000 Dollar, die Standard-Oil-Gruppe 100'000 Dollar, J. Gould ebenfalls 100'000 Dollar, Harriman 50'000 Dollar unter vielen anderen beige-steuert haben. Infolgedessen betrachtete die Hochfinanz in den schliesslich aus den Wahlen hervorgehenden Politikern, selbst wenn sie Persönlichkeiten vom Range Theodore Roosevelts waren, doch nichts anderes als Geschöpfe, die ihr willfährig zu sein hatten. Jede eigene Regung der höchsten Instanzen des Staates erschien der Finanzoligarchie als eine Rebellion. Sie war bereits vor dem Weltkrieg zum eigentlichen Nutzniesser der staatsfremden, ja, staatsfeindlichen Grundlagen des amerikanischen Mythos geworden.

Ferdinand Lundberg, dessen 1937 in New York erschienenes Buch über die politische Rolle der amerikanischen Millionäre wie ein Volltreffer wirkte, behauptet sogar, auch Theodore Roosevelt sei in Wirklichkeit auf das engste mit dem Hause Morgan verbunden gewesen, und sein berühmter Kampf für die Auflösung der Northern Securities Company sei in Wirklichkeit nur ein Scheinkampf gewesen, da Morgan selbst die Wiederauflösung dieser Gesellschaft gewünscht habe. Lundbergs Beweise sind indes nicht ganz schlüssig. Fest steht allerdings, dass, wie wir schon erwähnten, Theodore Roosevelt gegen die Trusts weit mehr Theaterdonner inszenierte, als den darauffolgenden Handlungen der Regierung entsprach. Doch war Theodore Roosevelt überhaupt eine Persönlichkeit, deren Impulsivität einer Innenpolitik des goldenen Mittelweges nicht entgegenstand. Ob hierbei das Wort Gold im buchstäblichen Sinne zu verstehen ist, wie Lundberg behauptet, ist unwesentlich. Richtig ist, dass Theodore Roosevelt beim Volk den Eindruck zu erwecken vermochte, er sei ein grimmiger Gegner von Wall Street, während in Wirklichkeit in seiner Regierungsepoche keinerlei konstruktive Gesetzentwürfe vorgelegt oder gar durchgeführt wurden, die die nunmehr übermächtig gewordene Plutokratie in ihre Schranken verwiesen hätte. Im Gegenteil, gerade in der Epoche Theodore Roosevelts festigt sich die Macht der Hochfinanz und insbesondere des Bankhauses Morgan so sehr, dass sie nun unbestreitbar die unsichtbare Regierung bildet – the invisible government.

Noch ein letztes Moment aus der Epoche Theodore Roosevelts muss erwähnt werden, das für die spätere Entwicklung überaus bezeichnend ist. Während seiner Präsidentschaft taucht zum erstenmal seit dem Bürgerkrieg das Problem der weitgehenden *Selbständigkeit der Einzelstaaten* in ihrer Gesetzgebung als eine den ganzen Bund berührende Frage mit grösster Schärfe auf. Auch im Verhältnis zwischen Bund und Einzelstaaten ist die Grundlage der amerikanischen Verfassung in erstaunlichem Masse negativ. Dies hängt wiederum mit der Entstehung der Vereinigten Staaten zusammen. Auf dem Konvent in Philadelphia musste ein sehr schwieriges Kompromiss zwischen den bundesstaatlich ausgerichteten und den für eine Selbständigkeit der Einzelstaaten eintretenden Kräften der Gründungsstaaten geschlossen werden. Die Abneigung gegen eine starke zentrale Gewalt war in den Gründungsjahren der Union so gross, dass nach dem gewonnenen Unabhängigkeitskampf gegen England zeitweise sogar die Gefahr des Zerfalls der in der Konföderation von 1776 zusammengeschlossenen dreizehn ehemals englischen Kolonien bestand. Die gegenseitige Eifersucht schien unüberwindlich. Alle dreizehn Staaten hatten verschiedene Konstitutionen, die auf dem Kongress von Philadelphia wenigstens notdürftig auf einen einheitlichen Nenner gebracht werden mussten. Als dann der Kompromissvorschlag in Philadelphia ausgearbeitet war, wurde die neue Konstitution in vielen Staaten mit sehr knapper Mehrheit angenommen. Nur das Notwendigste war infolgedessen der zentralen Bundesgewalt übertragen worden. Die Selbständigkeit und Stärke der Einzelstaaten gegenüber der Zentralgewalt ging damit in den amerikanischen Mythos ein. Sie wurde zum ungeschriebenen Gesetz, nach dem sich jeder Präsident zu richten hatte.

Im X. Zusatzartikel zur Verfassung wurde schon 1791 festgelegt, dass «Befugnisse, die den Vereinigten Staaten durch die Verfassung nicht übertragen oder den Einzelstaaten durch sie nicht entzogen sind, den einzelnen Staaten oder dem Volke Vorbehalten bleiben». Eine durchaus negative Formulierung! Der Bund kann nur die Rechte ausüben, die ihm

ausdrücklich übertragen sind. Nun hat sich zwar in der geschichtlichen Entwicklung zwangsläufig eine immer grössere Stärkung der Zentralgewalt herausgebildet, aber dieser Weg zum einheitlich geleiteten Staat konnte immer durch Kräfte aufgehalten werden, die sich der Einzelstaaten um ihrer eigenen Zwecke willen zu bedienen wussten. Und gerade diese Kräfte hatten den amerikanischen Mythos für sich, auch wenn es sich darum handelte, dass riesige Kapitalgesellschaften den Partikularismus der Einzelstaaten für ihre Zwecke gegen die Zentralgewalt des Bundes missbrauchten. F.D. Roosevelts New Deal ist nicht zum wenigsten an dieser Tradition gescheitert.

In der Periode Theodore Roosevelts hätte sehr wohl die Möglichkeit bestanden, diesen sich mit der allmächtig werdenden Hochfinanz verbündenden Partikularismus der Staaten zu brechen, weil das Volk jede energische Massnahme des Präsidenten gegen Wall Street unterstützt hätte. Aber auch hier blieb die Regierung Theodore Roosevelts auf halbem Wege stecken. Im Staate New Jersey z.B. war bereits 1888 ein Governor auf die Idee gekommen, zum Zwecke der Hebung der Staatsfinanzen eine Gesetzgebung einzuführen, durch die in New Jersey Holdinggesellschaften gegründet werden konnten; das heisst der Staat New Jersey erlaubte bei ihm eingetragenen Gesellschaften das Kapital anderer Gesellschaften zu übernehmen. Diese Praxis widersprach ohne Zweifel der im letzten Jahrzehnt des vorigen Jahrhunderts beginnenden Antitrustgesetzgebung. Andere Staaten folgten dem aufmunternden Beispiel. Die Bundesgewalt versuchte mehrfach mit Hilfe von Urteilen des Obersten Gerichtshofes diese Ausnützung des Partikularismus der Einzelstaaten durch die Hochfinanz zu brechen, doch blieb ihr der Erfolg versagt.

So kündigten sich bereits in den anderthalb Jahrzehnten vor dem Weltkrieg immer unausweichlicher die grossen Probleme an, vor die die Vereinigten Staaten nach der Machtergreifung der Hochfinanz gestellt werden sollten. Der amerikanische Mythos ist indes noch ungebrochen. Noch immer sind die Nordamerikaner überzeugt, sie bewohnen das «freieste Land» der Welt. Die Geschichte der grossen Finanzpiraten scheint geradezu zu beweisen, wie die amerikanische Demokratie dem «Tüchtigen freie Bahn gibt».

Die «unbegrenzten Möglichkeiten» finden auch nach der Schliessung der physischen Grenze ihren Ausdruck in einer ungeheueren Steigerung der amerikanischen Produktion auf allen Gebieten. Kleine unbedeutende ehemalige Grenzflecken schießen zu Millionenstädten empor. Der Wohlstand auch der breiteren Massen hebt sich, wobei die schon länger Ansässigen in der Lage sind, den Neueinwandernden jeweils die unterste Stufe im Wirtschaftsleben zu überlassen und dadurch selbst weiter aufzusteigen. Hand in Hand damit gehen, wie wir später noch sehen werden, die ersten Versuche eines nordamerikanischen Imperialismus. Die vorbereitenden Schritte, um Amerika als Weltmacht zu einem neuen Faktor der Geschichte werden zu lassen, sind bereits getan.

Während weniger Jahrzehnte ist ein Industrieproletariat entstanden, das zwar innerhalb des Landes sich noch in einer dauernden Bewegung befindet und von Ort zu Ort zieht, um die jeweils beste Chance ausnützen zu können, das aber zwangsläufig damit beginnen muss, seinen Anteil an dem ungeheueren Anwachsen des Reichtums stärker und stärker zu fordern. Die kalvinistisch-puritanischen Grundlagen des amerikanischen Mythos verhindern freilich vorläufig ein Eindringen des Marxismus im europäischen Sinne. Alles überschattend muss sich indes nun die Konzentration der wirtschaftlichen und finanziellen Macht in wenigen Riesentrüsten auf den Gesellschaftsaufbau auswirken. Die Tradition der Geringschätzung der zentralen Bundesgewalt, die Tradition der negativen Regierungsform, die Tradition der Verachtung des Beamten oder im besten Fall seiner Gleichsetzung mit dem Angestellten irgendeines wirtschaftlichen Unternehmens und schliesslich das niedrige moralische Niveau, die durchschnittliche Korruption und die geringe Einschätzung des «politician» – alle diese Elemente, die die verschiedenen Seiten des amerikanischen Mythos widerspiegeln, müssen nun für die allgewaltig werdende Hochfinanz Ansatzpunkte für eine endgültige Stabilisierung ihrer Macht werden. Gesellschaftlich bildet diese Hochfinanz bereits eine exklusive Kaste, die auf sich selbst naiv die Sitten der englischen Oberschicht überträgt und sich von der von ihr abhängigen Presse feiern und beschreiben lässt, wie dies in England mit den Herzoginnen und

Herzogen, ihren Töchtern und gesellschaftlichen Zirkeln seit langem geschah. Eine Verkrustung der amerikanischen Tradition tritt ein. Es ist nur noch eine Frage der Zeit, ob die scheinbare Grenzenlosigkeit schliesslich doch auf eine Grenze stossen wird, durch die das ganze Land in den Wirbel einer Krise getrieben werden muss, durch die dann die ganze bisherige Lebensform und Ideologie der Vereinigten Staaten in Frage gestellt wird.

Wir können hier die sozialen Folgen des Weltkrieges übergehen, da wir hierauf in anderem Zusammenhang zu sprechen kommen, und uns der Entwicklung der amerikanischen Gesellschaft in dem Jahrzehnt zwischen Versailles und dem Ausbruch der grossen Krise im Jahre 1929 zuwenden. Nichts Prinzipielles ist über diesen Zeitraum auszusagen, wofür nicht schon in der Epoche zwischen der Schliessung der geographischen Grenze und dem Ausbruch des Weltkrieges die Wurzeln gelegt gewesen wären. Nur finden wir in dieser Epoche alle Einzelzüge, die den Wandel der Machtverhältnisse in den Vereinigten Staaten und die Veränderung des Gesellschaftsaufbaues bereits ankündigen, noch stärker ausgeprägt. Das wirtschaftliche Leben befindet sich nach einer kurzen und schmerzhaften Periode der Umstellung aus der Kriegswirtschaft nochmals in rapidem Aufschwung. Die Prosperity des Abzahlungsgeschäftes schliesst zunächst jeden Pessimismus gegenüber einer scheinbar ungehemmten Aufwärtsentwicklung aus. Autos, Eisschränke, Radioapparate, selbst die kleinsten Gegenstände des täglichen Bedarfs, alles wurde den Amerikanern und vor allem den Amerikanerinnen auf Abzahlung angeboten. Eine Kreditinflation setzte ein, die in keinem Verhältnis mehr zu der tatsächlichen Kaufkraft stand. Das Abzahlungssystem schuf den babylonischen Turm des amerikanischen Überkapitalismus. Von hier aus setzte später auch die Krise ein.

In dieser Periode tritt zum erstenmal eine Erscheinung auf, die für die nun mit voller Macht einsetzende Versteinerung des amerikanischen

Mythos typisch ist: die *Einwanderung*, die eine der Grundlagen der bisherigen «grenzenlosen» amerikanischen Entwicklung gewesen ist, wird beschränkt. Damit wird zum erstenmal zum Ausdruck gebracht, dass trotz der wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung die Vereinigten Staaten sich nun als eine «fertige Nation» zu fühlen beginnen und dass man den «unbeschränkten Möglichkeiten der Grenzenlosigkeit» nicht mehr traut.

Nach der offiziellen Statistik sind von 1820 bis 1920 26,3 Millionen Menschen nach den Vereinigten Staaten eingewandert. Hiervon kam der grösste Teil in den 40 Jahren zwischen 1880 und 1920 in das Land. In dem Jahrzehnt zwischen 1870 und 1880 beträgt die Einwanderung noch 2,5 Millionen, um in dem Jahrzehnt zwischen 1880 und 1890 auf 4,2 Millionen zu steigen. Zwischen 1890 und 1900 sind es 3,2 Millionen, zwischen 1900 und 1910 wird mit 5,5 Millionen der Höhepunkt erreicht, zwischen 1910 und 1920 wandern noch immer 3,4 Millionen ein. In den Jahren 1917, 1921 und 1924 werden die Grundlagen der neuen Einwanderungsgesetzgebung geschaffen, durch die sowohl die absolute Zahl der Einwanderer erheblich herabgemindert, wie vor allem durch die Einführung eines Quotensystems nach der rassischen Zugehörigkeit die Zusammensetzung der Einwanderung reguliert wird. 1924 wird die Gesamtzahl der jährlichen Einwanderer auf 165'000 beschränkt, von denen 86,6 v. H. den nordischen Ländern vorbehalten bleiben sollen, während für die Südeuropäer, Mexikaner und Slawen nur 13,4 v. H. zur Verfügung stehen. Die Einwanderung der Japaner und Chinesen wird völlig unterbunden.

Dies war ein bewusster Akt zur Verhinderung der Bildung eines Elendsproletariats, für das man bereits Aufstiegsmöglichkeiten im früheren Sinn nicht mehr sah. Auf der andern Seite sollte durch das Quotensystem der angelsächsische Charakter der Vereinigten Staaten unter allen Umständen erhalten und die «Überfremdung» durch katholische Einwanderer aus dem Süden und Osten Europas verhindert werden. Das Land, das später die deutsche Rassengesetzgebung zum Anlass wüthen der Ausfälle machen wird, beginnt praktisch mit einer Rassenschutzgesetzgebung, die über das Quotensystem in der Einwanderungspolitik

hinaus sogar in manchen Einzelstaaten bereits rasseneuigenische Massnahmen vorwegnimmt, wie sie später in Deutschland zum Gesetz werden. Zum 1 Juli 1927 wurde die Gesamtzahl der Einwanderer schliesslich auf 150'000 festgesetzt, wobei jeder Nation ein Anteil, der dem Verhältnis zur Gesamtbevölkerung der Union im Jahre 1920 entsprach, eingeräumt wurde.

Der bekannte amerikanische Rassenhygieniker Madison Grant erklärt hierzu: «Die Einwirkung der Masseneinwanderung der jüngsten Zeit und deren Nachkommenschaft wird sich in genügender Stärke geltend machen, um die Bevölkerungszunahme in den Vereinigten Staaten noch für einige Zeit zu sichern, aber alle Anzeichen deuten darauf hin, dass, falls überhaupt keine Einwanderung mehr geduldet wird, das zahlenmässige Wachstum der Vereinigten Staaten nach zwei oder drei Generationen zum Stillstand kommt, wahrscheinlich schon, bevor eine Bevölkerungsziffer von 150 Millionen erreicht sein wird – und mehr sind auch gar nicht nötig.»

Wir können hier auf das Rassenproblem in den Vereinigten Staaten nicht näher eingehen. Praktisch ist im letzten Jahrzehnt vor 1939 die Einwanderung so gut wie überhaupt gestoppt worden, bis auf die Scharen der Emigranten und vor allem der Juden, die sich naturgemäss der besonderen Begünstigung der Regierung Franklin Roosevelts erfreuten. Im dritten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts beginnt also einer der wichtigsten Impulse der bisherigen amerikanischen Entwicklung, die Einwanderung, plötzlich zu versiegen, wobei man versucht, das rassische Verhältnis so zu stabilisieren, dass von den weissrassigen Einwohnern etwa 70 v. H. nordischen Ursprungs bleiben. Ein Verhältnis, das sich allerdings auch bei völliger Unterbindung der Einwanderung zugunsten der Slawen und Südeuropäer, die auch in den Vereinigten Staaten eine grössere Fruchtbarkeit aufweisen, verschieben dürfte. Die Vereinigten Staaten wollen nunmehr die koloniale Periode bewusst als abgeschlossen ansehen, in der sie beinahe unbeschränkte Aufsaugemöglichkeit neuer Einwanderer besaßen. Und dies geschah, obwohl Amerika als Land des Überflusses unendlich viel mehr zu produzieren vermochte, als seine

Bevölkerung selbst in dem damals noch günstigen Jahren zu verbrauchen imstande war. Die Beschränkung der Einwanderung deutet infolgedessen als erstes Mahnzeichen darauf hin, dass ein Amerika im Entstehen im Begriff war, das sich von der Überlieferung des American Dream wesentlich zu unterscheiden begann.

Die grosse Wendung, die sich auf dem Gebiete der Einwanderungspolitik in den zwanziger Jahren in Amerika ankündigt, hat auf den übrigen Feldern der politischen Entwicklung keine Entsprechung. Diese Zeitspanne erscheint vielmehr als die unbeschränkte Vorherrschaft der Hochfinanz, die nun auch im Gegensatz zu ihrer bisherigen Tradition dazu übergeht, gelegentlich sogar wichtige Staatsämter – unter sorgfältiger Aussparung des Präsidentenpostens – zu besetzen. In der Periode Harding-Coolidge-Hoover reiht sich gleichzeitig ein Skandal an den andern. Der beherrschende Einfluss der Hochfinanz auf die Politik zeitigt seine Folgen.

Die Präsidentschaft *Hardings* gilt als eine der dunkelsten Perioden der amerikanischen Geschichte. Dieser unbedeutende, aus Ohio stammende Senator, der der amerikanischen Öffentlichkeit bis kurz vor seiner Nominierung so gut wie unbekannt gewesen war, wurde von der Rockefeller-Gruppe «entdeckt» und mit ihrer Hilfe auf dem Republikanischen Parteikonvent 1920 in den Sattel gehoben. Lundberg hat eine Liste von Grosskapitalisten, die eine ganze Seite füllt, zusammengestellt, die zum Wahlfonds Hardings beigesteuert haben. Er soll zehn Millionen Dollar betragen haben. Diese Liste ist mit einer Aufzählung der hervorragendsten Persönlichkeiten der amerikanischen Hochfinanz jener Periode identisch. In Harding schien das Grosskapital also jenen Typus der völlig unbedeutenden Puppe gefunden zu haben, durch die das Amt des Präsidenten innerlich völlig ausgehöhlt werden sollte. Der von dem Finanzkapital bereits seit zwei oder drei Jahrzehnten angestrebte Idealzustand schien erreicht zu sein. Coolidge, der Harding als Vizepräsident beigegeben wurde, war der Kandidat der Morgan-Gruppe gewesen, de-

ren Einfluss gegenüber der Rockefeller-Gruppe mit ihrem Kandidaten Harding auf diese Weise aufgewogen wurde. Schon die Präsidenten Taft und McKinley sind von kritischen Beobachtern der damaligen Zeit als «Standard-Oil-Präsidenten» bezeichnet worden. Harding sollte schliesslich im Ölgeruch, mit dem sich das Weisse Haus seit seinem Betreten erfüllt hatte, ersticken. Er ernannte Andrew W. Mellon zum Schatzsekretär. Damit zog zum erstenmal in ein wichtiges Staatsamt ein Mitglied der ersten Reihe der Finanzoligarchie ein. Hoover erhielt das Handelsministerium. So waren in diesem Kabinett Hardings die drei Präsidenten dieser Periode bereits versammelt.

Es ist kaum nötig, hier die schmutzige Geschichte der Skandale wiederzugeben, in deren schlimmstem, dem sogenannten Teapot Dome, Harding schliesslich unterging. Der Skandal gipfelte darin, dass der Innenminister Fall durch die verschiedenen Ölgesellschaften, vor allem durch die Sinclair Oil Company, ungefähr eine halbe Million Dollar Bestechungsgelder erhalten hatte, wofür Fall mit Hilfe des Sohnes des Präsidenten Theodore Roosevelt und dessen Bruder, Archibald Roosevelt, Ölländereien abtrat, die der amerikanischen Marine gehörten. Die Zahl der in den Skandal verwickelten Persönlichkeiten der Hochfinanz war beträchtlich. Präsident Harding selbst starb gerade rechtzeitig (ob durch Selbstmord, ist nicht geklärt). Fall wurde nach langjähriger Untersuchung 1931 wegen Bestechung zu Gefängnis verurteilt. Die Stufen des Weissen Hauses waren durch den Skandal reichlich befleckt.

Dennoch hatte die Explosion, mit der die kurze Präsidentschaft Hardings endete, keine grundsätzlichen Folgen. Vizepräsident Coolidge zog in das Weisse Haus ein, wo er nach seiner Wiederwahl im Jahre 1924 bis zum März 1929 verblieb. Persönlich sauber und ein Mann der kalvinistischen Tradition, war er gleich Harding nichts anderes als ein Geschöpf der Hochfinanz. Seine durchschnittliche Begabung war den Intrigen seiner Umgebung kaum gewachsen. Nüchtern und bar jeder staatsmännischen Phantasie, huldigte er der Tradition der schwachen, der negativen Regierung. Der Generalnenner seiner Überzeugungen bestand darin, dass er glaubte, «in den Vereinigten Staaten gäbe es viel zuviel Gesetze.

Er wolle infolgedessen nicht versuchen, neue hinzuzufügen. Noch einmal schien eine goldene Periode des *laisser-faire* angebrochen zu sein. Die Macht der Präsidentschaft der Vereinigten Staaten schien überhaupt gebrochen.

Coolidges Interesse konzentrierte sich darauf, dass die *Parteimaschine* der Republikaner möglichst reibungslos lief. In jener Zeit wurde der schon früher übliche Begriff der «Maschine» für das Parteisystem zur klassischen Formel. Ich habe in Amerika bemerkt, dass dabei der Durchschnittsamerikaner zwischen «machine» und «gang» nur einen sehr unbedeutenden Unterschied sieht. Die Parteipolitik wurde nun vollends zum Racket, durch das die Politiker durch den Missbrauch ihrer lokalen Macht in den Gemeinden, auf den Posten der Governors und schliesslich in den zentralen Stellen der Bundesbehörden ihre eigenen oder die Taschen ihrer Freunde füllten. Die berühmten Verhältnisse im Chicago jener Zeit, in dem die Gangster mit den Polizeichefs und deren Untergebenen gemeinsame Sache machten, waren nur das am meisten bekannte Beispiel für den Zustand, in den das gesamte Staatswesen geraten war. Das Judentum, das noch unter Theodore Roosevelt nur einen kleinen Anteil an der inneramerikanischen Entwicklung hatte, schob sich nun immer sichtbarer in den Vordergrund. Coolidge selbst wurde von dem Morgan-Partner Dwight Morrow und von Andrew Mellon, den er als Schatzsekretär beibehielt, geleitet. «Coolidge betete die reichen Männer an, weil sie reich waren; und Mellon war einer der reichsten Männer der Vereinigten Staaten. Seine Ansichten über die Finanzprobleme waren vorsintflutlich, und er hatte nicht die geringste Idee, wie man eine Gesetzgebung handhabt – in der Tat ein Gegenstand, mit dem er keinerlei Erfahrung hatte, es sei denn durch seine Verbindungen zur Republikanischen Parteimaschine von Pennsylvania. Coolidge aber nahm an, dass ein reicher Mann von Natur aus sich als erfolgreicher Schatzsekretär erweisen müsse... schreibt sogar der jüdische Professor Laski über jene Periode.

Dies ist indes noch ein harmloses Urteil. Die *Mellon-Gruppe* kontrollierte 35 Banken und 40 Industrie- und Handelsgesellschaften mit einem Gesamtkapital von 4,2 Milliarden Dollar. Durch zahlreiche Querverbin-

dungen war sie wieder mit dem Hause Morgan und mit Kuhn, Loeb & Co. und anderen Grossbanken verknüpft. Die Politik Mellons im Schatzamt war infolgedessen allein darauf gerichtet, den Monopolkapitalismus der Hochfinanz nun auch durch die oberste Bundesbehörde endgültig zu legalisieren. Sein wichtigster Berater im Schatzamt war der in Deutschland als Reparationsagent bekannt gewordene Parker Gilbert, der später ebenso wie Owen D. Young, der Verfasser des Youngplans, in das Bankhaus Morgan als Partner aufgenommen wurde. Eine der ersten Massnahmen Mellons war eine *Korrektur der Einkommensteuer*, durch die von einem auf den anderen Tag die grossen Finanzgesellschaften und Banken sechs Milliarden Dollar weniger Steuern zu zahlen brauchten. Obwohl der Reichtum der Finanzoligarchie ungeheuer angewachsen war, zahlten die hohen Einkommen von mehr als 300'000 Dollar schon im Jahre 1922 nur 366 Millionen Dollar Steuern, während sie 1916, noch vor der Einführung der Kriegsgesetze, eine Milliarde gezahlt hatten. So wurde die Entsendung Mellons in das Schatzamt zur *offenen Diktatur der Hochfinanz*. Schliesslich wuchs sich seine Amtsführung – Mellons Bildergalerie ist noch 1941 mit feierlich-preisenden Reden von Franklin Roosevelt in Staatsbesitz übernommen worden – zum offenen Racket aus. Dies geschah vornehmlich durch Zurückzahlung von angeblich zuviel gezahlten Steuerbeträgen. Die Liste dieser Steuerrückzahlungen füllte beim Ausscheiden Mellons aus dem Amt siebzehn Foliobände mit über zwanzigtausend Seiten. 1,2 Milliarden Dollar Steuerbeträge wurden während seiner Amtszeit an das Finanzkapital zurückerstattet. Mellon selbst liess sich sieben Millionen Dollar Steuern zurückvergüten, seine Gesellschaften vierzehn Millionen und Morgans United States Steel Corporation siebenundzwanzig Millionen.

Praktisch gab es am Ende der Amtsperiode Coolidge-Mellon-Morrow überhaupt keine Macht mehr in den Vereinigten Staaten, die gegen die unbeschränkte Vorherrschaft des Grosskapitals hätte Widerstand leisten können. Zwischen den Interessen der Hochfinanz und denen des Staates schien kein Unterschied mehr zu bestehen. Die Parteimaschine in allen

Staaten und Gemeinden befand sich völlig in ihrer Hand. Die Wahlen, die schon längst nur noch eine Angelegenheit der Wahlfonds geworden war, wurde vollends zur Farce. Der Oberste Gerichtshof, dem nach dem Prinzip der Gewaltenteilung in der amerikanischen Verfassung eine besondere Bedeutung zukam, war ebenfalls nach dem Wunsche des Grosskapitals umgeformt worden, nachdem William Howard Taft, der Präsident der USA von 1909 bis 1913, von Harding zum Obersten Bundesrichter ernannt worden war. Sechs unter den neuen Bundesrichtern standen einhellig auf der Seite des Finanzkapitals, wodurch bei fast allen Zweifelsfragen und auch Skandalprozessen, die in der letzten Instanz vor den Obersten Bundesgerichtshof kamen, die Mächte der Hochfinanz recht bekamen.

Die Wahlen im Herbst 1928 waren von den Demokraten und Republikanern wiederum mit der Aufbietung ausserordentlicher Geldmittel vorbereitet worden. Den Republikanern standen etwa neuneinhalb Millionen, den Demokraten sieben Millionen Dollar zur Verfügung, die durch Beiträge des Grosskapitals aufgebracht worden waren. Wie üblich ist die Liste der Spender für die Wahlfonds identisch mit einer Aufzählung der bekanntesten Namen des Finanzkapitals. Interessant ist, dass diesmal das jüdische Kapital bereits eine wesentlich grössere Rolle spielte als in früheren Wahlkämpfen. So finden sich u.a. drei Brüder Guggenheim, Mortimer Schiff, Otto Kahn, Herbert Strauss, Eugene Meyer, Julius Rosenwald auf der Republikanischen Spendenliste. Auf der Demokratischen Bernard Baruch, Herbert Lehman, Samuel Untermyer, Jerome Hanauer vom Bankhaus Kuhn, Loeb & Co., Samuel Lewisohn und andere. Der Republikanische Parteikonvent in Kansas City stand unter dem Zeichen eines heftigen Kampfes zwischen einer Gruppe, die den bewährten Sachwalter des Grosskapitals, den Schatzsekretär Mellon, zum Präsidenten vorgeschlagen hatte, und der Morgan-Gruppe, die in Herbert Hoover einen willfährigen Anwalt ihrer Interessen zu besitzen glaubte. Der Kampf wurde durch einen Morgan-Partner, Thomas Cochran, entschieden. Mellon erhielt die Zusage, dass er weiterhin das Schatzamt behalten sollte. Das System der amerikanischen Demokratie hatte sich nun hervorragend eingespielt. Es kam vor den

Volkswahlen nur darauf an, dass die einzelnen Finanzgruppen sich schliesslich darüber einig wurden, welche Posten ihre jeweiligen Vertreter in der künftigen Regierung einnehmen sollten.

In dem Trio Harding-Coolidge-Hoover ist der Präsident von 1929 bis 1933 die stärkste Persönlichkeit gewesen. Harding haben wir bereits als unbedeutenden Strohhalm kennengelernt, Coolidge war ein farbloser Anbeter der Finanzoligarchie. Hoover erscheint als die lebendige Verkörperung der Prosperity jener Zeit. Er war während des Weltkrieges als der Nahrungsmitteldiktator der USA in die vorderste Reihe der Politiker gerückt. Zwanzig Jahre lang hatte er vordem im britischen Weltreich als Vertrauensmann einer Londoner Bankengruppe in Afrika, Australien und Asien gearbeitet. In dieser Bankengruppe spielte die Londoner Zweigfiliale Morgan-Grenfell & Co. die wichtigste Rolle. Aus jener Zeit stammte die Verbindung zu Morgan und seinen Partnern Lamont und Dwight Morrow, die Hoover den Präsidentenposten endgültig sichern sollten. Zum Staatssekretär wählte er Henry L. Stimson, der ebenfalls mit dem Bankhaus Morgan in enger Verbindung stand. Schatzsekretär wurde entsprechend der Vereinbarung vor den Wahlen Mellon, Marineminister ein Direktor der American Telephone and Telegraph Go., die wieder dem Bankhause Morgan gehörte. Der Marineminister war ausserdem noch der Schwiegervater von Henry Sturgis Morgan – dem Sohn von J. P. Morgan jun. Bis auf den Multimillionär Mellon war also das Kabinett Hoovers praktisch die Morgan-Filiale in den Staatsräumen in Washington. Noch krasser als in der Periode Harding-Coolidge trat Hoovers Kabinett von vornherein als der Sachwalter der Hochfinanz in Erscheinung.

In der Rede, in der Hoover in Kansas City die Nominierung zum Präsidentschaftskandidaten annahm, erklärte er: «Die Chance ist gegeben, im Sinne der Politik der letzten acht Jahre fortzufahren. *Mit der Hilfe Gottes* werden wir bald den Tag sehen, an dem von dieser Nation überall der Fluch der Armut gewichen sein wird.» Sein Wahlsieg über den Demokratischen Governor von New York, Al Smith, wurde als bedeutendes Ereignis gefeiert. Smith, der erste katholische Präsidentschaftskan-

didat, hatte indes ebenso wie Hoover eine Gruppe des Finanzkapitals hinter sich, von der insbesondere das jüdische Bankhaus Lehman in New York zu erwähnen ist, das später in der Roosevelt-Epoche in Herbert Lehman den Governor von New York stellen sollte. In der damaligen Zeit schien der Kampf zwischen Smith und Hoover grundsätzliche Bedeutung zu haben, in Wirklichkeit waren es nur zwei einander bekämpfende Finanzgruppen, die diesen Kämpfen um die Präsidentschaft ihr besonderes Gepräge gaben. Die Demokratische Partei, die macht- und geldmässig den Republikanern lange unterlegen war, hatte sich in der Prosperity-Zeit allmählich ihre Hilfstruppen gesammelt. Schon sehen wir diejenigen Kräfte aufmarschieren, die später unter Roosevelt eine hervorragende Rolle spielen werden. Neben Herbert Lehman, der 1928 insgesamt eine Million Dollar für die Demokratische Partei aufgewandt hatte¹, trat damals bereits der aus Texas stammende Bankier Jesse Jones, später ein wichtiges Mitglied der Regierung Franklin Roosevelts, und der mächtige Industriekonzern Du Pont, in den ein Sohn Franklin D. Roosevelts später einheiratete (was nicht hinderte, dass ab 1936 die Du Ponts das New Deal erbittert zu bekämpfen begannen).

Die Amtsperiode Hoovers brachte den entscheidenden Wendepunkt. Die Börse hatte auf seine Wahl mit einem neuen Boom reagiert. Die Aktienkurse befanden sich in schwindelndem Aufstieg. Im September 1929 kletterten sie auf den höchsten bisher bekannten Stand. Das Versprechen Hoovers, dass er den unbegrenzten Wirtschaftsaufschwung der letzten acht Jahre weiter und immer weiter führen werde, schien sich voll zu bewahrheiten. In Wirklichkeit dominierte in diesem Jahr 1929 nur noch die Spekulation. Die Kaufkraft der Massen, insbesondere aber der Farmer, war in keiner Weise mit der sprunghaften Aufwärtsentwicklung der Aktien und Obligationen gewachsen. Die Irrealität dieser Prosperity vermochte indes niemand zu sehen. Der grosse Krach kam infolgedessen völlig unvermutet. Er begann am 24. Oktober 1929 zwischen

¹ F. Lundberg, a. a. O., S. 179

Am 10. und 11. Uhr morgens. Innerhalb weniger Stunden gab es plötzlich für eine grosse Anzahl von Aktien an der New-Yorker Börse keine Käufer mehr. Unter Thomas Lamonts Vorsitz (Morgan) wurde noch am selben Tag ein Konsortium der Hochfinanz gegründet, um den so überraschend ausgebrochenen Börsenkrach aufzuhalten. Vergeblich. Zwischen dem 24. Oktober und dem 12. November waren 30 Milliarden Dollar durch den Sturz aller Papiere an den Börsen der USA verloren worden – diese Summe entsprach den Gesamtkosten, die die Vereinigten Staaten im Weltkrieg gegen Deutschland aufgewandt haben. Sie war zehnmal so gross als die Gesamtkosten des Bürgerkrieges. Wir können uns in diesem Zusammenhang mit den wirtschaftlichen Gründen der im Jahre 1929 unabwendbar einsetzenden Krise nicht näher befassen. Wichtig für uns sind nur ihre psychologischen Auswirkungen und ihre politischen Folgen.

Der Verlust dieser 30 Milliarden Dollar an der Börse hatte selbstverständlich die ungeheuerlichsten Folgen auf die amerikanische Gesamtwirtschaft. Zehntausende, ja Hunderttausende hatten innerhalb weniger Tage ihr in Aktien angelegtes Vermögen zu zwei Dritteln, ja oftmals ganz verloren. Die Rückwirkung insbesondere auf die Luxusindustrie, auf den Verkauf von Autos, Radios, Eisschränken und all den anderen Bedarfs-
gütern der Zivilisation, auf deren Verbrauch die Ausweitung der «unsichtbaren Grenzen» im ersten Nachkriegsjahrzehnt in den Vereinigten Staaten vor allem beruhte, musste katastrophal sein. Ganze Käuferschichten fielen bereits nach diesen drei Wochen der sich jagenden Kursstürze mit einem Schlage aus.

Entscheidend ist nun, dass weder Hoover noch seine Auftraggeber im Kreise der Hochfinanz den grundsätzlichen Charakter der Krise erkannten. Hochfinanz und Regierung glaubten, dass es sich um eine jener Krisen handele, wie sie den Aufschwung und die Ausweitung des nordamerikanischen Wirtschaftslebens ständig in regelmässigen Abständen begleitet haben. Im Weissen Haus wurde daher eine Konferenz abgehalten, auf der Hoover die Parole «*Business as usual*» ausgab. Er empfahl den Banken, ihre Käufe einfach wie üblich fortzusetzen, das «Gleichgewicht»

werde sich dann alsbald von selbst wiederherstellen. Hoover und die Hochfinanz handelten zweifellos im Sinne des amerikanischen Mythos. Krisen mochte es geben, das war unbestreitbar. Durch die unbegrenzten Wirtschaftskräfte mussten sie sich indes wieder selbst regulieren. In der Umgebung Hoovers wurde daran erinnert, dass auch der Präsident van Buren im Jahre 1838 kurz nach seinem Amtsantritt von einer scharfen Krise überrascht worden war, die er mit folgender Rede beantwortete: «Alle Gemeinschaften sehen immer viel zuviel auf die Regierung. Selbst in unserm eigenen Land, wo die Macht und die Pflichten der Regierung so scharf begrenzt sind, sind wir geneigt, dies zu tun, insbesondere in Perioden einer plötzlichen wirtschaftlichen Abwärtsentwicklung. Dies darf jedoch nicht sein. Die Schöpfer unserer ausgezeichneten Verfassung und das Volk, das sie mit ruhiger Überlegung annahm, handelten nach einem gesünderen Prinzip. Sie urteilten weise, dass es um so besser für die allgemeine Prosperity ist, je weniger die Regierung sich in den Gang der privaten Wirtschaft einmischt. Ihre einzige Pflicht ist es, ein System von allgemeinen Gesetzen aufzustellen, durch die jeder Bürger und alle Interessengruppen einen Schutz geniessen, der es ihnen ermöglicht, den Lohn für ihre Tugend, ihren Fleiss und ihre Klugheit in Empfang zu nehmen!.»

Der Präsident von 1929 bemühte sich, nach dem Ausbruch der Krise nach demselben Prinzip wie der Präsident von 1838 zu handeln. Fast ein Jahrhundert war seit den Worten van Burens verflossen. Nichts aber, so glaubte man, hatte sich grundsätzlich für die Vereinigten Staaten geändert. Man musste nur die bereits zur Tradition, zur amerikanischen Tradition, gewordenen Spielregeln einhalten, alles würde sich dann wieder von selbst in gesunden Bahnen und in ewigem Fortschritt vorwärtsbewegen.

Van Burens Rede fuhr folgendermassen fort: «Wenn ich daher davon absehe, dem Kongress einen besonderen Plan für die Regulierung der Währung des Landes, für die Milderung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten vorzuschlagen, wenn ich nicht geneigt bin, in die übliche Entwicklung des Aussenhandels oder des Binnenhandels einzugreifen, so

¹ Zitiert nach Beard, Midpassage, a. a. O.

beruht dies auf der Überzeugung, dass derartige Massnahmen nicht in Einklang mit den verfassungsmässigen Pflichten der Regierung stehen und dass ihre Anwendung nicht der tatsächlichen und dauernden Wohlfahrt derjenigen dienen würde, die sie gegenwärtig wünschen.» Genau so verhielt sich H. Hoover. Für kurze Monate schien ihm die Entwicklung auch recht zu geben, da im Winter 1929/30 eine Erholung der Börsenkurse eintrat, bis im Frühjahr 1930 ein neuer und noch schärferer Absturz erfolgte, durch den die amerikanische Gesamtwirtschaft, durch die Oktoberkrise von 1929 schon tief getroffen, noch stärker in Mitleidenschaft gezogen werden musste. Bereits im Jahre 1930 wurde von verschiedenen Seiten dem Präsidenten der Plan für den Aufbau einer produktiven Arbeitslosenunterstützung vorgetragen. Das Weisse Haus lehnte dies als Verstoss gegen die Grundsätze und die Tradition des Amerikanismus strikt ab. Es waren jene Jahre, in denen Hoover unzählige Reden hielt, die stets in den Worten gipfelten: die Prosperity liege «just around the corner». Es könne nicht mehr lange dauern und alles sei wieder wie vorher, und die bei seinem Amtseintritt verheissene Aufwärtsentwicklung werde eintreten.

Die Wirtschaftskrise in den USA zog binnen kurzem weitere und weitere Kreise. Die «Weltwirtschaftskrise» entstand. Dem Zusammenbruch der österreichischen Kreditanstalt folgte der Bankenkrach in Deutschland und die Ablösung Englands vom Goldstandard. Hoover erklärte ein allgemeines Zahlungsmoratorium für die Kriegsschulden. Nur die Verzinsung der privaten Schulden, insbesondere derjenigen, die Deutschland zur Bezahlung der Reparationskosten hatte aufnehmen müssen, sollten weiterlaufen. Dies entsprach dem Rat, den ihm Thomas Lamont gegeben hatte. Mellon verliess das Schatzamt und wurde Botschafter in London. Die Entstehung der sogenannten Weltwirtschaftskrise, die in Wirklichkeit nichts anderes war als die Dämmerung des hochkapitalistischen Systems überhaupt, gab in den Vereinigten Staaten der Regierung eine verhängnisvolle Möglichkeit, Ursachen und Wirkungen miteinander zu verwechseln. Von 1931 ab wies Hoover darauf hin, dass die Krise ja nun weltweit sei und dass infolgedessen die Vereinigten Staaten von Bedingungen abhängig seien, auf die sie nicht mehr

allein Einfluss hätten. Amerika, so behauptete man nun, sei wie alle anderen Länder auch nur ein Opfer der allgemeinen Weltkrise. Mit dieser Parole zog denn auch Hoover 1932 in den Wahlkampf, den er gegen Franklin Roosevelt verlor. Von den vier Jahren seiner Präsidentschaft waren dreieinhalb Jahre von der sich ständig vertiefenden und ausweitenden Krise erfüllt gewesen. Um die Zeit des Wahlkampfes im Jahre 1932 war die Zahl der Arbeitslosen auf zwölf bis fünfzehn Millionen angestiegen. Statistisch sind sie niemals genau erfasst worden.

Der Apparat, den die Zentralregierung in Washington zur Verfügung hatte, war durch die Ereignisse vollständig überrannt worden. Mit Ausnahme des Zahlungsmoratoriums für die Weltkriegsschulden hatte die Regierung so gut wie nichts unternommen, um regulierend in die immer kritischer werdende Lage einzugreifen. Das einzig Erwähnenswerte ist die 1932 erfolgte Gründung der *Reconstruction Finance Corporation*, die durch grosszügige Kreditgewährung die notleidenden Banken und Industriefirmen über Wasser halten sollte. Nicht nur ein Gesetz zur Arbeitslosenunterstützung war indes von Hoover abgelehnt, sondern ebenso ein Gesetz zur Stabilisierung der landwirtschaftlichen Preise. Doch war die Landwirtschaft, die bis zum Weltkrieg immer die solide Grundlage der industriellen Weiterentwicklung gewesen war, in den zwölf Jahren Harding-Coolidge-Hoover ohnedies das verachtete Stiefkind der Bankenregierungen gewesen, die nicht einmal so klug waren, die bis dahin geltenden Grundregeln des amerikanischen Wirtschaftsystems zu beachten, nach denen die Landwirtschaft als die wichtigste geschlossene Käuferschicht für die Industrieprodukte wenigstens notdürftig vor den Schäden einer allzu weiten Preisspanne zwischen landwirtschaftlichen und industriellen Produkten bewahrt worden ist.

Ebenso wie der Präsident hatten sich auch seine Berater aus der Hochfinanz als völlig machtlos gegenüber diesem Zusammenbruch erwiesen. Der Kongress veranstaltete Untersuchungsausschüsse, aber keiner der Finanzgewaltigen, der hier Aussagen machen sollte, wie man helfen könnte, vermochte mehr als ein unzusammenhängendes Gestammel vorzubringen. Die Finanzoligarchie New Yorks hatte sich in diesem Jahr-

zehnt der zwanziger Jahre als der Herr der Welt gefühlt. Nun stellte sich heraus, dass sie sich nicht einmal über die Struktur ihrer eigenen nationalen Wirtschaft im Klaren war. Die Verhandlungsberichte dieser Untersuchungsausschüsse des Kongresses sind die schlagenden Dokumente dafür, dass auch die gerissensten Köpfe der Hochfinanz über den Horizont ihrer Finanzmanipulationen nicht hinauszusehen vermochten. Sie wussten ausgezeichnet, wie man mit verhältnismässig geringem Kapital eine ganze Pyramide von Holdinggesellschaften aufbauen konnte, durch die schliesslich weite Bezirke der amerikanischen Wirtschaft unter den Einfluss einer einzigen Finanzgruppe kam, aber über die Bedeutung all dieser Vorgänge für die Gesamtwirtschaft waren sie sich nicht im Klaren. Verzweifelt wandte sich Hoover an Morgan, Lamont und Morrow, fragte er Mellon oder den Finanzberater Kemmerer, der die Währung einer ganzen Reihe von europäischen und asiatischen Staaten in Ordnung gebracht hatte: es fiel ihnen einfach nichts ein. Ihr Latein, oder richtiger gesagt, ihr Amerikanisch war zu Ende. Fassungslos starrten sie auf die Kurszettel, die sich wie dunkle Hiobsbotschaften lasen. Einige der wichtigsten Aktien hatten sich an der New-Yorker Börse bis zum Ende der Periode Hoover folgendermassen entwickelt:

	Höchste Notierung am 3. Sept. 1929	Niedrigste Notierung im Jahre 1932
American Telephone & Telegraph	304	70 ¹ / ₄
General Electric	396 ¹ / ₄	34
General Motors	723 ³ / ₄	7 ⁵ / ₈
New York Central.....	256 ³ / ₈	8 ³ / ₄
Radio Corporation	101	2 ¹ / ₂
United States Steel	261 ³ / ₄	21 ¹ / ₄

Noch niemals hatte eine Krise länger als einige Monate gedauert. Der Kurszettel des Jahres 1932 war in der Tat das Todesurteil über diese ganze Epoche. Weder das amerikanische Volk, noch der Kongress, noch das Weisse Haus, noch gar die Hochfinanz, hatten aber irgendeine Vorstellung, aus welchen Wurzeln sich dieser Zusammenbruch herleitete. Stimmen der Kritik, die durch lange Jahre hindurch kaum mehr aufzutreten gewagt hatten, wurden laut. Aber diese Kritik richtete sich

nur gegen Einzelercheinungen, gegen die Allmacht des Bankhauses Morgan z.B., gegen die Schwindelgeschäfte, die von der Regierung und vom Obersten Gerichtshof gedeckt worden waren oder auch dagegen, dass Hoover und der bewährte Schatzsekretär Mellon unmittelbar nach dem Ausbruch der Krise im Jahre 1929 als einziges Hilfsmittel eine abermalige Herabsetzung der Einkommensteuer durchgeführt hatten, und zwar in einer Form, durch die gerade die Hochfinanz am besten bedacht worden war – der von ihr beherrschte Staat hatte, als die Krise begann, die Kursverluste wenigstens durch Steuerkürzungen wieder einigermaßen auszugleichen versucht!

Wir schreiben dieses Buch im Jahre 1941. Die Krise von 1929, ja selbst das Jahr 1932 scheinen weit zurückzuliegen. Dennoch sind es nur zwölf, beziehungsweise neun Jahre. Dem Zeitgenossen, der die ausserordentliche Entwicklung der dreissiger Jahre miterlebt hat, mögen sie freilich wie Jahrzehnte erscheinen. Im Leben der Völker sind sie es dennoch nicht. Die Entwicklung der amerikanischen Politik vor und während des jetzigen Krieges könnte kaum verstanden werden, wenn man sich den Zustand am Ende dieser Periode nicht genauer vor Augen führt. Er bildet die Grundlage für die Präsidentschaft Franklin Roosevelts. In dieser Zeit entwickeln sich im Keime bereits die meisten jener Probleme, die uns heute beschäftigen.

Der Weltkrieg hatte im inneren Gefüge der Vereinigten Staaten tiefe Spuren zurückgelassen. Zum ersten Mal waren die USA in einer weltweiten Auseinandersetzung als geschlossener Machtfaktor aufgetreten. Die herrschende angelsächsische Gruppe hatte einen Nationalismus amerikanischer Prägung entfaltet, durch den zwangsläufig die übrigen nationalen Gruppen in den Vereinigten Staaten entweder, wie die Deutschen, zu Bürgern zweiter Klasse degradiert oder aber, wie teilweise die Iren und die Süd- und Osteuropäer, zur rückhaltslosen Anerkennung des herrschenden Systems gezwungen worden waren. Weltpolitisch endete

der Weltkrieg mit einer Isolierung, die in der Ablehnung der Wilsonschen Ideen vom «Völkerbund», einer ewigen Allianz mit England und Frankreich und des Internationalen Gerichtshofs ihren Ausdruck fand. Das Pendel schwang aussenpolitisch zu den Traditionen der Abschließung Amerikas von der übrigen Welt zurück. Die Wirkungen im Innern kündigten indes bereits eine neue Entwicklung in den Vereinigten Staaten an.

Betrachtet man das erste Nachkriegsjahrzehnt als Ganzes, so sind es drei Erscheinungen von nationaler Bedeutung, die die Entwicklung der Vereinigten Staaten kennzeichnen: einmal die Herabsetzung und Sperrung der Einwanderung, sodann die Prohibition und schliesslich die vollständige Machtergreifung der Hochfinanz und die ebenso vollständige Aushöhlung der Demokratie, die auf allen Gebieten nur noch zu einer Fassade wird, hinter der die Oligarchie der Finanzpiraten ihre Macht ausübt.

Dass wir die *Prohibition* als eine der wesentlichen Elemente dieser Zeit in den Vereinigten Staaten ansehen, mag vielleicht zunächst erstaunen. Tatsächlich hat sie aber das Leben der amerikanischen Nation in den zwanziger Jahren weitgehend beherrscht. Der Kampf um ein trockenes oder ein nasses Amerika reicht schon in das 19. Jahrhundert zurück. Während des Weltkrieges haben sich die meisten Bundesstaaten zum trockenen Prinzip bekannt. Im Januar 1920 wurde die Prohibition durch die Ratifizierung des XVIII. Zusatzes zur Verfassung zum Bundesgesetz. Es ist erst nach dreizehn Jahren, im Dezember 1933, wieder aufgehoben worden. Seine Entstehung gründet sich auf sehr verschiedene Elemente. Am naheliegendsten ist der puritanische Grundzug des amerikanischen Lebens, der in dem Alkoholverbot seinen stärksten Triumph zu feiern schien. Niemand wird wohl auch bestreiten können, dass ohne die besonderen Kräfte der puritanisch-kalvinistischen Überzeugungen die Prohibition überhaupt hätte zum Gesetz werden können. Die zu einem immer mächtiger werdenden nationalen Faktor anschwellende «Antisaloon League» ist vor allem in den kleinen Städten und auf dem Lande von den Geistlichen der verschiedenen Kirchen und Sekten stark beeinflusst worden. Sie glaubten durch ein allgemeines Verbot des Alkohols

das amerikanische Volk dem Zustand eines «gottgefälligen» Lebens um einen wesentlichen Schritt näherzubringen. Wie stets in der amerikanischen Entwicklung fanden sich die Kirchen hierbei harmonisch mit massgebenden Vertretern der kapitalistischen Oberschicht zusammen. Die Arbeitgeber im Osten fanden es überaus praktisch, wenn insbesondere die neuen süd- und osteuropäischen Einwanderer ihre Arbeitsleistung nicht durch Alkoholgenuss schwächten. Ebenso hoffte man auf diese Weise im Süden dem Neger das entnervende Gift des Brandy entziehen und ihn hierdurch zu grösserer Arbeitsleistung zwingen zu können.

Diese beiden Elemente hätten indes wohl nicht genügt, wenn nicht ein anderer Machtfaktor fast geschlossen für die Prohibition hätte gewonnen werden können: *die amerikanische Frau*. Graf Hermann Keyserling hat hierauf zuerst hingewiesen, wenn auch vielleicht etwas einseitig. Richtig ist, dass in der Prohibition die für das amerikanische Leben so bezeichnende Vormachtstellung des weiblichen Geschlechts zum erstenmal in einer die ganze Nation umfassenden Gesetzgebung ihren Niederschlag fand. Die Auswirkungen der Prohibition wurden für die Entwicklung des Charakters der ganzen Nation von Bedeutung. Der mit dem Puritanismus verknüpfte Hang zur doppelten Moral wurde stark gefördert. Die Trinkgelage des Präsidenten Harding in einem Nebengebäude des Weissen Hauses z.B., die recht bald ein öffentliches Geheimnis waren, widersprachen nicht nur einem ungeschriebenen Moralgesetz, sondern auch dem geschriebenen Gesetz des Staates. Schon kurz nach der Einführung der Prohibition bildete sich infolgedessen der Brauch heraus, dass die Oberschicht geschmuggelten Alkohol jeder Qualität zu entsprechenden Preisen zur Verfügung hatte, während die Unterschicht auf das Gebräu der Schwarzbrenner angewiesen war, das insbesondere bei der Negerbevölkerung verheerend unhygienische Auswirkungen haben musste. Das gesamte Land befand sich dreizehn Jahre lang unter dem Terror dieses Gesetzes, gegen das bis auf eine kleine Minderheit jedermann versties. Als besondere Ironie musste es erscheinen, dass sich in jener Periode gerade die Mädchen und jungen Frauen, deren Mütter die Prohibition vornehmlich erzwingen hatten, das Trin-

ken in für europäische Verhältnisse jedenfalls erstaunlichem Umfang angewöhnten. Man kann in dieser Beziehung noch heute auf jeder Cocktail-Party in irgendeiner amerikanischen Gesellschaft bemerkenswerte Erfahrungen machen. Doch sind dies nur Randerscheinungen, die freilich im täglichen Leben dieser dreizehn Jahre eine bedeutende Rolle spielten und zeitweise alle anderen Probleme in den Schatten stellten.

Nun könnte man annehmen, dass die Einführung eines so einschneidenden Gesetzes, wie es das Alkoholverbot war, in scharfem Gegensatz zu allem steht, was wir bisher über das Verhältnis von Regierung und Gesetz zur Gesellschaft in den Vereinigten Staaten erwähnt haben. Dieser Widerspruch ist in der Tat höchst interessant. Während die Regierung und mit ihr das ganze Volk immer wieder betont, dass die amerikanische Gesetzgebung möglichst wenig in das Leben der Nation eingreifen soll, wird hier mit einer Zweidrittel-Mehrheit im Kongress und einer Dreiviertel-Mehrheit in den Bundesstaaten ein Zusatz zur Verfassung angenommen, der in die persönlichen Gewohnheiten jedes Einzelmenschen, wenn er nicht zufällig schon vordem Wassertrinker war, tief eingreift. Bei näherem Zusehen kann man indes entdecken, dass der Widerspruch weit geringer ist, als es zunächst scheint, ja dass die Prohibition sogar besonders typisch für den modernen Amerikanismus gewesen ist. Die dem amerikanischen Mythos entsprechende Auffassung vom Staat fordert, dass die Regierung in das Wirtschaftsleben nach Möglichkeit nicht eingreift. Parallel damit aber geht eine vor allem nach der Schliessung der Grenze immer stärker einsetzende *Normierung des gesamten Lebens* und darüber hinaus auch des Denkens. Das berühmte Beispiel, dass an einem bestimmten Frühlingstag die gesamte Männerwelt wie auf Befehl den Filzhut ablegt und den Strohhut aufsetzt, ist hierfür nur ein äusserlicher Beweis.

Die Industrialisierung dient in den Vereinigten Staaten schon seit Jahrzehnten, und in noch ganz anderer Weise als irgendwo in Europa, der Gleichmachung der Bedürfnisse und der Einengung jeden individuellen Geschmacks, der für den Europäer das Leben gerade erst lebenswert macht. Dies beginnt mit dem Essen, das sich für die breiten Schichten

entweder zu Hause auf der Patentnahrung der Konservenindustrie aufbaut, oder aber in Kettenrestaurants eingenommen wird, die über das ganze Land hin dieselbe Nahrung normiert und gleichförmig anbieten. Der Kettenladen für die kleineren Bedürfnisse des täglichen Lebens schliesst sich an. Das Warenhaus mit seiner völligen Uniformität der Kleidung bildet die nächste Stufe. Die Industrie, insbesondere die Bekleidungsindustrie für die Frau vermag allerdings zu immer billigeren Preisen eine verhältnismässig geschmackvolle, wenn auch schlecht gearbeitete Einheitsware auf den Markt zu bringen. Dies führt aber schon in kurzer Zeit dazu, dass jeder individuelle Wunsch nur mit unverhältnismässig grossen Geldausgaben befriedigt werden kann. Eine Lebensführung nach persönlichem Geschmack, wie sie sich in Europa immerhin der überwiegende Teil der Bevölkerung zu leisten vermag, wird das ausschliessliche Vorrecht der reichen Oberschicht. Alle anderen müssen sich in die Normierung einfügen, die bis zur Industrie der Leichenaufbahrung das gesamte Leben ergreift. Der Verstorbene wird je nach dem Geldaufwand auf verschiedene Weise durch Wachseinspritzungen zur Beschauung und Verabschiedung präpariert. Anzeigen, in denen die Herstellung eines preiswerten «peaceful smile» – des Lächelns des in Frieden Verstorbenen – angepriesen wird, finden sich täglich in der gesamten Lokalpresse.

Dieser Normierung entspricht eine unbeschränkte Diktatur der öffentlichen Meinung. Die besonderen Bedürfnisse, Geschmacksrichtungen und Lebensanschauungen der Frauen rücken hierbei gegenüber den sich im Geldverdienen erschöpfenden Männern mehr und mehr in den Vordergrund. Die Presse, die sich entweder unmittelbar im Besitz der grossen Finanzmächte befindet oder aber durch die Anzeigen von ihr in der Gestaltung des Textteiles völlig abhängig ist, dient dieser Normierung der öffentlichen Meinung, der Gleichförmigkeit dessen, was man sagt und tut und schliesslich denkt. Die Prohibition war infolgedessen nur eine für europäische Massstäbe besonders ungewöhnliche Spitzenleistung der Lebensnormierung, wie sie sich in demselben Amerika der wildwachsenden finanzkapitalistischen Wirtschaft für die breite Masse

entwickelte. Die Freiheit der eigenen Meinung, wie sie dem «American Dream» entspricht, ist theoretisch unbeschränkt. In Wirklichkeit aber ist sie durch diese Diktatur der öffentlichen Meinung insbesondere in den mittleren und kleineren Städten auf das äusserste eingeengt.

Gegen die herrschende Meinung zu verstossen, kann die Ausschliessung oder Nichtaufnahme in die gesellschaftlich führenden Klubs, die Kündigung der Stellung, die Weigerung der Gewährung von Kredit durch die Banken, kurz jede Art von gesellschaftlichem und wirtschaftlichem Boykott bedeuten. Städte wie New York, Chicago und in geringerem Umfang auch Washington und Philadelphia sind hierfür nicht typisch. In ihrem gewaltigen Sog fällt die eigene Willensäusserung des einzelnen weniger auf. In ihnen konzentriert sich daher auch bereits in den zwanziger Jahren die Schicht der Intellektuellen, die, oft an europäischen Vorbildern erzogen, ihr Leben für sich zu führen versucht und die zum Nährboden bestimmter amerikanischer Kulturleistungen wird, die unbestreitbar einen neuen und bemerkenswerten Zug in der Entwicklung der Nation schon in jenem Jahrzehnt erkennen lassen. Aber auch und gerade in diesen Riesenstädten ist das Leben des Durchschnittsmenschen nicht weniger normiert als in der kleinen Stadt, wo die Klubs der «Daughters of the Revolution», die «Elks» und «Kiwanis» eine unerbittliche Aufsicht über das Verhalten des einzelnen führen und die Matronen dieser Klubs ihre Fuchtel schwingen.

Diese Normierung des Lebens ist im 19. Jahrhundert durch die offene Grenze stark gemildert gewesen. Bei dem grossen Zug nach Westen konnte sich die Einzelpersonlichkeit in einer zeitweise fast unbeschränkten Freiheit bewegen, wenn es auch schon dort in den sich neu bildenden Gemeinden die Ansätze zu einer Allmacht der öffentlichen Meinung gegeben hat, die zu oft sehr erheiternden Zusammenstössen mit eigenwilligen Persönlichkeiten führte. Im Osten hingegen entsteht der Babbit, der normierte Mensch, der so handelt, wie *man* handelt, schon um die Mitte des vorigen Jahrhunderts, wie die Berichte vieler Reisenden bezeugen. In den zwanziger Jahren nun beherrscht er das Bild der gesamten Nation.

Schon vor dem Weltkrieg setzte freilich eine harte, ja beissende Gesellschaftskritik der Intellektuellen ein, die indes die Gesamtentwicklung weit weniger beeinflusste, als die eifrigen Leser von Sinclair Lewis in Europa angenommen haben dürften.

Die zweite für die zwanziger Jahre besonders wichtige Erscheinung, *den Einwanderungsstopp*, haben wir schon erörtert. Seine Folgen sind von ausserordentlicher soziologischer Bedeutung. Die immer erneute Festigung des amerikanischen Mythos war nicht unwesentlich davon abhängig, dass sich in den einwandernden Millionen ständig breite Schichten nachschoben, die bereit waren, die schwersten und niedrigsten Arbeiten zu übernehmen. Nur so war es möglich, dass auch nach der Schliessung der physischen Grenze um das Jahr 1890 innerhalb des Handarbeiterstandes sich eine dauernde soziale Verschiebung ergeben konnte, die dem Sohn zu gewährleisten schien, dass er es bei normaler Tüchtigkeit zum gehobenen Werkmeister bringen konnte, während der Vater noch ungelernter Arbeiter war. Die *«American Federation of Labour»*, die wichtigste Zusammenfassung der Gewerkschaften jener Epoche, verwandelte sich mit der Zeit aus einer ursprünglich revolutionären Bewegung in einen sozial fast exklusiven Klub. Der ungelernte Arbeiter, der neue Ankömmling aus Europa konnte in ihr allmählich immer schwerer Aufnahme finden. (Der Lebensweg einiger jüdischer Gewerkschaftsführer, die in kurzer Zeit in den Gewerkschaften an die oberste Stelle gelangten, ist hierbei keineswegs typisch.) In der *«American Federation of Labour»* begann sich ein ausgesprochenes Standesbewusstsein zu entwickeln. Dies war indes davon abhängig, dass der aus Europa nachdrängende Strom der Einwanderer nicht abriss, der den sozialen Aufstieg der bereits in Amerika lebenden Arbeiterschichten zu gewährleisten schien.

Gerade die Gewerkschaften waren es allerdings, die sich für den Einwanderungsstopp mit besonderem Nachdruck einsetzten, weil sie die Konkurrenz der Neuankömmlinge ausschalten wollten, die praktisch zu jedem beliebigen Lohn bereit waren, Arbeit zu übernehmen. Mit dem Einwanderungsstopp aber, den man schon mit einer festgesetzten Gesamtquote von 150'000 als gegeben ansehen darf, wurde der für Ame-

rika bis dahin so typische Prozess des Bevölkerungszuwachses nicht durch starke Geburtenkraft, sondern durch Nachschub aus dem Ausland beendet. Das Wachstum der amerikanischen Nation begann von nun ab mehr und mehr dem Wachstum aller übrigen weissen, hochzivilisierten Völker zu gleichen. Der Franzose Andre Siegfried, dessen Soziologie der Vereinigten Staaten um die Mitte der zwanziger Jahre erschien, bemerkte schon damals, das amerikanische Volk gebe durch die Einschränkung der Einwanderung kund, dass es nach seinem Empfinden eine gewisse jugendliche Entwicklungsperiode hinter sich habe und sich ihm ein neues Zeitalter aufte. «Vielleicht ist für Amerika die Änderung seiner Einwanderungspolitik das wichtigste historische Ereignis seit dem Sezessionskrieg. Sie ist die naturgemässe Folge der instinktiven Vorurteile und Befürchtungen und Theorien einer ganzen Nation.» Das war richtig beobachtet, obwohl in jenen Jahren an dem ewigen Fortbestand des American Dream eigentlich noch niemand zu zweifeln schien. Die Arbeiterschaft der USA fand sich jedenfalls mit dem Abschluss der zwanziger Jahre und um die Zeit des Einbruchs der grossen Krise bevölkerungspolitisch in einer Lage, die nicht mehr grundsätzlich von der Arbeiterschaft Deutschlands, Englands oder Frankreichs unterschieden war. Die Bevölkerung der USA war stabil geworden. Sie begann sich nach aussen hin abzuschliessen. Dies musste von grösstem Einfluss auf den sich umformenden Gesellschaftszustand der Vereinigten Staaten sein.

Auch die offene *Machtergreifung der Finanzoligarchie*, den dritten besonders hervorstechenden Zug der zwanziger Jahre, haben wir bereits im Umriss geschildert. Vor dem Einbruch der grossen Krise steht der einzelne amerikanische Bürger, ob er nun Arbeiter, Angestellter oder freier Geschäftsmann ist, den Riesen trusts und der Zusammenballung der Geldmacht in wenigen Banken gegenüber wie die Ameise dem Elefanten. Die Fiktion der Gleichheit, die Verfassung und Tradition gewährleisten, bleibt aufrechterhalten.

In der Theorie also ist die Ameise noch immer dasselbe wie der Elefant. Gewisse äussere Umstände des amerikanischen Lebens dienen dazu, diese Theorie, so absurd sie geworden ist, auch noch weiter zu stützen. Die Finanzmächte halten sich vor der Öffentlichkeit nach Möglichkeit verborgen. Die Namen der mächtigen Bankiers, die in Wirklichkeit ganz Amerika und seine Regierung beherrschen, werden der breiteren Öffentlichkeit oft erst dann bekannt, wenn sich mit ihnen ein grosser Skandal verbindet (daher auch die panische Angst vor Ehescheidungsprozessen in diesen Kreisen).

Auch die Normierung des privaten Lebens der gesamten amerikanischen Nation dient der Verschleierung der Herrschaft der Plutokratie. Es entwickelt sich ein billiger Massenluxus, dem freilich der peinliche Charakter des Talmi anhaftet, der aber über die krassen Unterschiede hinwegtäuscht. Ein in einem Warenhaus gekauftes Kleid für 4,95 Dollar unterscheidet sich auf den allerersten Blick nicht so sehr von einer im Luxussalon erstandenen Robe für fünfhundert Dollar, nicht so sehr jedenfalls wie dies in Europa der Fall wäre – aber nur für den allerersten Blick. Dies trifft auch auf die Nivellierung gewisser Vergnügungen, vor allem des Kinos zu. Auch der Ärmste kann sich denselben Film ansehen, der in der Privatvilla der Multimillionäre nach der von Kerzen beleuchteten Abendtafel den Gästen vorgeführt wird. Alle diese Umstände, wir greifen nur wenig heraus, tragen dazu bei, dass die tatsächlich erfolgte Umschichtung dem Volke in ihrer Bedeutung nicht ganz klar wird. Die neue exklusive Schicht der Finanzoligarchie, die im gesellschaftlichen Leben allein zählt, wird nach wie vor vom amerikanischen Mythos getragen, der ihr gleichzeitig die Handhabe zur Vergewaltigung des Staatsapparates durch die Tradition der «negativen Regierungspolitik» bietet.

In den zwanziger Jahren ist das gesamte amerikanische Volk in seiner überwältigenden Mehrheit davon überzeugt, dass Big Business mit Recht die Führung der Nation beanspruchen darf. Gelegentlich auftretende Streiks haben keine prinzipielle Bedeutung. Die Tatsache, dass ein Multimillionär das Schatzamt des Bundes zum einseitigen Vorteil der Hoch-

finanz verwaltet, findet keine ernsthafte Opposition. Die anscheinend ununterbrochen sich aufwärts entwickelnde Wirtschaft gibt auch der breiten Masse das Gefühl, dass, wenn sie auch die Skandalfälle der Hochfinanz verabscheut, im ganzen genommen alles seine richtige Ordnung hat. Die vom Big Business beherrschte Presse sorgt für die Popularisierung einzelner Wirtschaftsführer. Sie werden zu nationalen Heroen gemacht und als Vorbilder des Jahrhunderts gepriesen. Noch niemals schien das amerikanische Volk in seiner Geschichte so einheitlich zu sein wie gerade in diesem Jahrzehnt der zwanziger Jahre. In der amerikanischen Publizistik ist diese Zeit als die «goldene Glut», als das «Goldene Zeitalter» des Big Business bezeichnet worden. Das war es in der Tat.

Innerhalb der Finanzoligarchie hatte sich freilich gegenüber dem Zustand der Jahrhundertwende ebenfalls eine wichtige Umschichtung vollzogen. Noch gab es einige erratische Blöcke, die zu bestätigen schienen, dass der American Dream ungebrochen herrschte. Unter ihnen vor allem Henry Ford, der deshalb auch zum bedeutendsten Anziehungspunkt der allgemeinen Phantasie wurde. In ihm verkörperte sich das neue Zeitalter des Automobils. Sein Aufstieg aus kleinsten Anfängen schien noch einmal zu beweisen, wie sehr die alte Losung «freie Bahn dem Tüchtigen» der amerikanischen Wirklichkeit entsprach. Tatsächlich aber war die Erscheinung Henry Fords nur noch das Nachspiel einer im Wesentlichen bereits abgeschlossenen Periode. Die Zahl der Mitglieder der Hochfinanz und des Big Business, die entsprechend dem amerikanischen Mythos von unten angefangen hatte, war zusehends geringer geworden. Frederic L. Allen gibt für das Ende der zwanziger Jahre eine Zusammenstellung der fünfzig einflussreichsten Finanzgewaltigen von Wall Street. Im Gegensatz zu dem Ergebnis der Untersuchungen um die Jahrhundertwende zeigte sich, dass nicht weniger als vierzig unter ihnen ein abgeschlossenes Universitätsstudium hinter sich hatten. Grossenteils waren es nun schon die Söhne der Millionäre und Multimillionäre, die in der Grossindustrie und in der Hochfinanz das Szepter schwangen. Die Gründerzeit war bis auf wenige Ausnahmen vorbei. Die goldenen Dynastien waren entstanden. Die Atmosphäre in der *Park Avenue in New York*, in der die

Plutokratie nun lebte, war sehr verschieden von derjenigen der Millionäre der Jahrhundertwende. Der aus England importierte Snobismus treibt nun die merkwürdigsten Blüten. Expressionistische Kunst ist Trumpf. In breiter Front dringt gleichzeitig die jüdische Literatur und überhaupt die jüdische Art des gesellschaftlichen Lebens hier ein und wird bald zum charakteristischen Merkmal für den Lebensstil von Park Avenue überhaupt (was also nicht heisst von Amerika!). Hunderte, ja schliesslich Tausende von Menschen, die gar nicht dort wohnen können, bestechen irgendeinen Portier der Häuser von Park Avenue, um wenigstens diese Strasse als Briefadresse angeben zu können. Der in der wilden Gründerzeit herrschende Geist ist längst verschwunden.

Auch Puritanismus und Kirche verlieren im Kreise der Finanzaristokratie ständig an Boden. So wie es für Park Avenue keine Prohibition gab, so entfernt sich diese Schicht nun mit beständig wachsender Schnelligkeit von dem Leben des Durchschnittsamerikaners. Nur die demokratische Fassade bleibt aufrechterhalten. Eine zivilisatorische Verfeinerung tritt ein, durch die New York in seinen exklusiven Kreisen an Raffinertheit bald die bisherige «Alte Welt» übertreffen soll. Alle Degenerationerscheinungen des europäischen Westens werden hier noch überspitzt. Klubs entstehen, zu denen der Jahresbeitrag zehntausend Dollar und mehr beträgt. Kleine Atlantikinseln werden von solchen Klubs gekauft und von den Privatjachten der Multimillionäre angesteuert. Sie fühlen sich wahrhaft als die «Herren der Schöpfung»⁴⁴. Mit Stolz erklärt man, dass in der Park Avenue und in «Downtown» von New York, wo sich die Wolkenkratzer der grossen Bankgebäude, heisse Canons bildend, aneinanderdrängen, nunmehr der Puls der «demokratischen» Welt schlägt. In diesem Jahrzehnt hat das Judentum gleichzeitig New York erobert und in Chicago grosse Fortschritte gemacht. Damit aber wird der Betrug an den Massen, zu dem die moderne Form der amerikanischen Demokratie führen musste, nicht mehr naiv, sondern mit Zynismus gehandhabt. Das Judentum, das die Finanzoligarchie mehr und mehr durchdringt, weiss sich der amerikanischen Traditionen für seine eigenen Zwecke zu bemächtigen.

Die Atmosphäre in *Washington* in jener Periode ist von der New Yorks sehr verschieden. Schon äusserlich bildet Washington unter allen nordamerikanischen Städten eine Ausnahme. Hier ist alles in die Breite gebaut, keine Wolkenkratzer versperren den Horizont. Vom Frühjahr bis zum Herbst in saftigem Grün ertrinkend, erstreckt sich die Stadt über einen riesigen Raum; grossartig und weit, von herrlichen Parks durchzogen, die unmittelbar aus der Landschaft Virginias und Marylands herauswachsen, den beiden Staaten, auf deren Grenze der kleine District of Columbia liegt, der nur gerade den Stadtrand Washingtons umfasst. Es sollte als Hauptstadt keinem einzelnen Staate gegönnt sein – so gross waren Misstrauen und Eifersucht unter den dreizehn Gründungsstaaten der Union. Das Washington der zwanziger Jahre hat sich das Gesicht der stillen Residenz noch völlig bewahrt. Die Stadt zählte damals noch kaum 400000 Einwohner. Der Franzose L'Enfant, der im Auftrage George Washingtons den ersten Stadtplan entworfen hat, hat ganz aus dem Raumgefühl des Kontinents an eine weite und grosszügige Planung gedacht. Sie wurde für amerikanische Verhältnisse nur langsam ausgeführt. Fast ein Jahrhundert lang, ja bis in die jüngste Zeit, sind die grossen Avenuen Washingtons kaum repräsentiv genutzt gewesen. Während vier Eisenbahnstunden nördlich New York machtvoll in die Höhe schoss, um Amerika und der Welt die Saga der «unbegrenzten Möglichkeiten» zu verkünden, während dort jeder der grossen Finanz- und Industriegewaltigen sich durch einen Wolkenkratzer für die Ewigkeit im Granit Manhattans verankern wollte, blieben Kapitol und Weisses Haus in den vornehmen Massen erhalten, in denen sie einst von der virginischen Aristokratie entworfen worden sind, die die Führung im Unabhängigkeitskrieg und den ersten Jahrzehnten der jungen nordamerikanischen Republik besass. Kaum dass am Kapitol in der Mitte des vorigen Jahrhunderts einige Erweiterungsbauten vorgenommen wurden. Nur die Kuppel, die heute in so vielen Kapitolbauten der Staaten wiederkehrt, ist erst 1865 vollendet worden.

Nichts drückt den Unterschied zwischen New York, der Stadt des Big Business, und Washington, der Stadt der Regierung, schärfer aus, als die

Regierungsgebäude selbst, so wie sie bis zum Ende der zwanziger Jahre benutzt wurden. Senat und Oberster Gerichtshof drängten sich in qualvoller Enge in den beiden Flügeln des Kapitols. Mit dem State Department, d.h. dem Auswärtigen Amt, mussten sich das Kriegs- und Marineministerium in ein Gebäude teilen, das, westlich vom Weissen Haus gelegen, im letzten Drittel des vorigen Jahrhunderts entstanden war – in einem Stil, der an die grossen Hotels am Ufer des Genfer Sees erinnert, die ungefähr gleichzeitig erbaut worden sind. Östlich vom Wohnsitz des Präsidenten hatte man schon ungefähr ein halbes Jahrhundert früher das Schatzamt nach dem Vorbild der Madeleine in Paris errichtet. Dies war fast alles, was an Gebäuden der Regierung eines Staates zur Verfügung stand, der in Wirklichkeit ein Kontinent war! Washington sollte altväterlich, zurückhaltend und bescheiden erscheinen. So wollten es die Amerikaner, die nichts mehr lieben als ihre Tradition. Dahinter aber stand mehr: während in New York die Tempel des Geldes aufgetürmt wurden, sollte der Staat und seine Zentralverwaltung theoretisch den Rahmen der Gründerzeit nicht überschreiten. So wird das Bild Washingtons an der Schwelle des vierten Jahrzehnts dieses Jahrhunderts zum Symbol der Geringschätzung des Staatlichen und der Verwaltung. Zusammen mit New York werden beide Städte zum Ausdruck der Demokratie, wie man sie durch anderthalb Jahrhunderte in diesem Lande verstanden hat. In diesem bescheidenen Rahmen vollzog sich noch die Präsidentschaft von Harding, Coolidge und Hoover.

Am Stadtrand von Washington entstanden in jener Zeit zwei neue grosse Hotels, die mit den schönsten Luxushotels von New York, Chicago und San Franzisko wetteifern konnten. Sie standen in einem gewissen Gegensatz zu dem Bild, das damals Washington sonst bot. Das hatte seine Gründe. Diese Hotels nämlich waren, abgesehen von den Gästen fremder Regierungen, die mehr und mehr in die Hauptstadt der USA kamen, für die Bedürfnisse der Hochfinanz und von Big Business erbaut, deren Repräsentanten sich immer häufiger in Washington aufhielten. Schon seit den Zeiten von McKinley und Theodore Roosevelt hatten sich in Washington die sogenannten *Lobbies* gebildet, die ständigen Bü-

ros der grossen Trusts, Konzerne und vor allem der Banken, von denen aus die Regierung beeinflusst und bearbeitet werden sollte. In den zwanziger Jahren waren die Lobbies zu einer ständigen Einrichtung in Washington geworden, die zum typischen Bild der Hauptstadt gehörten. Hunderte von Interessenvertretern der Bankhäuser, des Stahls, des Kupfers, des Aluminiums, des Öls, der Eisenbahnen, der Autoindustrie und was immer man will, eilten täglich geschäftig zwischen den neuen grossen Hotels, den alten, hässlichen Regierungsgebäuden mit den knackenden Dielen und ihren kleinen, modern möblierten Büros hin und her. Sie alle wollten die Regierung zu diesem oder jenem Akt der Gesetzgebung oder der Verwaltung veranlassen, der zu ihrem Vorteil war. Sie alle schworen auf das Prinzip der Nichteinmischung des Staates in die Wirtschaft, aber für ihren besonderen Fall wollten sie eine Ausnahme: Hunderte von Ausnahmen täglich.

Ein dichtes und unübersehbares Netz von Beziehungen zwischen den Lobbies und ihren Auftraggebern in New York, Chicago, Detroit, Pittsburgh, San Franzisko und Los Angeles mit den Beamten bildete sich heraus, durch das die Staatsmaschine ununterbrochen bald in die eine, bald in die andere Richtung der Wünsche der sich widerstreitenden Interessentengruppen gerissen wurde. Die Senatoren und die Abgeordneten des Repräsentantenhauses wurden von den Lobbies aus bearbeitet. Glänzende Feste wechselten ab mit intimen Abendgesellschaften. Die Industrie und die Hochfinanz bezahlten, die Senatoren und Abgeordneten konnten jeden Tag Gäste sein. Dies war die besondere Investition des Big Business in die altväterliche Hauptstadt. Die Lobbies, für die es auch in den Hauptstädten der Einzelstaaten entsprechende Einrichtungen gab, wurden die genaue Entsprechung der lokalen «Parteimaschine», die selbst riesige Grossstädte den Wünschen kleiner, miteinander verfilzter Gruppen von Parteipolitikern und Wirtschaftsinteressenten zu unterwerfen vermochten, voran Tammany Hall, die berühmte Parteimaschine der Demokraten in New York, die Anlass zu einer Unzahl übelster Skandalfälle gegeben hat und von der jeder Demokratische Governor von New York abhängig ist, wie sich dies bei Al Smith, bei

Franklin D. Roosevelt und zuletzt bei Herbert Lehman zeigen sollte. Der Republikanische Staatsanwalt von New York Dewey, der sich in der zweiten Amtsperiode Roosevelts durch den (nur teilweise geglückten) Versuch einer Ausräucherung des Dschungels von Tammany Hall einen Namen gemacht hatte, wurde nur wegen des Mutes, den er gegenüber diesem offiziellen Gangstertum gezeigt hatte, zu einer so populären Figur, dass er als Kandidat der Republikaner für die Präsidentschaft 1940 ernsthaft in Frage kam.

Niemand war 1929 auch nur im Mindesten darauf vorbereitet, dass die Bedingungen, unter denen sich das Wachstum in die Weite des Kontinents vollzogen hatte, sich plötzlich einmal ändern könnten. Oberflächlich betrachtet, war sich alles gleich geblieben. Der Reichtum schien unerschöpflich. Die Wucht des immer nach vorwärts stürmenden Fortschritts schien ungebrochen. Dennoch hatte sich im Untergrund alles verändert, was den amerikanischen Mythos ausmachte. Wir haben die einzelnen Elemente geschildert und brauchen sie nur noch zu einem einheitlichen Bild zusammenzufügen. Die bisherige künstliche Bevölkerungsvermehrung durch die Einwanderung war zu Ende. Die Demokratie in der ursprünglichen Konzeption der Gründer der Vereinigten Staaten war längst durch die Parteimaschine vernichtet. Die Parteien selbst waren zum Spielball der Interessen der Hochfinanz geworden. Durch sie wurden die wichtigsten Staatsämter besetzt und in einer immerwährenden Reihenfolge von Kompromissen zwischen den gerade vorherrschenden Gruppen der Finanzoligarchie gegenseitig ausgehandelt. Die Demokratie war damit nach der Schliessung der Grenze langsam völlig erstarrt. Der wichtigste Bestandteil des amerikanischen Mythos, die ungehemmte und unbegrenzte Aufstiegsmöglichkeit des Tüchtigen, die durch mehr als ein Jahrhundert hindurch der Wirklichkeit in Amerika immerhin einigermaßen entsprochen hatte, war weggefallen oder doch zu einer so seltenen Ausnahme geworden, dass sie längst nicht mehr typisch war. Eine stationäre Bevölkerung wurde von einem immer starrer

werdenden Gehäuse der Wirtschaft umgeben, in dem der Raum für die Privatinitiative sich zusehends verengte, je schneller sich der Vorgang der Monopolisierung und der Vertrustung unter der Vorherrschaft Wall Streets vollzog.

Die Ameise stand nun dem Elefanten gegenüber. Eine herrschende Kaste, die Finanzoligarchie, hatte sich herausgebildet. Ein Proletariat im europäischen Sinne war entstanden, das nicht mehr hoffen konnte, durch das ununterbrochen fortschreitende Gesetz des Aufstieges sein Los zu verbessern. Ein Regierungsapparat, der diesen veränderten Umständen hätte Rechnung tragen und die Probleme eines modernen Massenstaates bewältigen können, war nicht vorhanden. Die Landwirtschaft war der Finanz- und Industriezusammenballung völlig zum Opfer gefallen. Zwischen 1920 und 1933 kam jede vierte Farm in den Vereinigten Staaten unter den Hammer, weil sie entweder ihre Schulden oder ihre Steuern nicht mehr bezahlen konnte. Das Kreditsystem der Landwirtschaft war völlig ruiniert. Aber auch die nun zum stationären Proletariat gewordene Industriebevölkerung befand sich in keiner besseren Lage. Das «amerikanische Wirtschaftswunder» war in Wirklichkeit nur die Prosperity einer ganz kleinen Minderheit der Nation. Für das Jahr 1929 wurde in einer von der Brookings¹ Institution herausgegebenen Schrift über die amerikanische Konsumkraft¹ festgestellt, dass an diesem Höhepunkt der Konjunktur nur 2,4 v. H. der amerikanischen Bevölkerung ein Einkommen von 10 000 Dollar und mehr im Jahr bezogen hatten. 19,6 v. H. hatten ein Einkommen zwischen 3 000 Dollar und 1 0000 Dollar bezogen. 78 v. H. der Bevölkerung der Vereinigten Staaten verfügten also über ein Jahreseinkommen von weniger als 3 000 Dollar, und von diesen 78 v.H. stand wiederum mehr als der Hälfte nur ein Einkommen von weniger als 1 500 Dollar im Jahr zur Verfügung. Selbst in diesem günstigsten Jahr der amerikanischen Wirtschaft, in dem die höchsten Börsenkurse der amerikanischen Geschichte erreicht worden sind, lebten 45 bis 50 v. H. der amerikanischen Bevölkerung an der Grenze des sozialen Elends. Das war die neue Grenze Amerikas!

¹ America's Capacity to Consume, a. a. O.

Diese neue Grenze war allerdings nicht beeinflusst von den Spekulationen der New-Yorker Börse, von der Übergipfelung der Holdinggesellschaften, von den Riesengewinnen der die Wirtschaft beherrschenden Hochfinanz. Mit dem Zusammenbruch des bisherigen amerikanischen Systems sollte sich diese Grenze des Elends in der verhängnisvollsten Weise immer weiter ausdehnen. Viele Millionen amerikanischer Familien sollten bald überhaupt völlig einkommenslos sein, als mit dem Einbruch der Krise das Problem der Arbeitslosigkeit wie ein furchtbares Gespenst mit Fledermausflügeln über das Land hinwegfegte.

So hatten sich unversehens alle Probleme im Untergrund geändert. Die dramatische Periode der inneren Expansion war zu Ende. Die Fragen, vor die sich die hochkapitalistisch organisierte amerikanische Gesellschaft gestellt sah, glichen auf ein Haar denen der hochzivilisierten Völker Europas. Während sich aber in Europa, langsam und unzureichend freilich, wenigstens in gewissem Umfange, die soziale Organisation mit der Entstehung des industrialisierten Massen Staates umgeformt und den neuen Verhältnissen angepasst hatte, gab es in den Vereinigten Staaten nichts dergleichen. Waren sie bisher als das fortschrittlichste Land der Welt angesehen, so mussten sie unter den hochzivilisierten Ländern der Erde plötzlich beinahe als das zurückgebliebenste erscheinen. Nur gewisse Teile Englands, die Slums in London und in den Hafenstädten, konnten an Zurückgebliebenheit mit diesem Amerika in eine fragwürdige Konkurrenz treten. Mit einem Mal stellte sich heraus, dass die Vereinigten Staaten, die der Welt so viel zu sagen zu haben schienen, in Wirklichkeit unendlich viel aufzuholen hatten, was in anderen Ländern ähnlicher Struktur schon eine Selbstverständlichkeit war. Eine völlige Umdrehung der bisher scheinbar feststehenden Begriffe schien notwendig. Die Einordnung der Vereinigten Staaten in das Bild des modernen Weltganzen musste an einer ganz anderen Stelle erfolgen, als man dies seit 150 Jahren gewohnt war.

Bei dem Ausbruch der grossen Krise wäre also eine Umwertung aller Werte in den Vereinigten Staaten notwendig gewesen. Diese aber erfolgte nicht. Es wäre zu oberflächlich, würden wir behaupten, dass sie nur deshalb nicht erfolgte, weil die eigentlichen Herren der Vereinigten

Staaten, weil die Hochfinanz sich naturgemäss hiergegen stemmte. Ihr Versagen und ihre Hilflosigkeit in den dreieinhalb Jahren der lawinenartigen Abwärtsbewegung unter der Präsidentschaft Hoovers war zu offensichtlich, als dass sie hätte Widerstand leisten können. Nein, die Umwertung erfolgte nicht, weil es niemanden gab, der neue Werte aufzustellen gehabt hätte.

Lange schon hatte sich der Prozess vorbereitet, durch den die amerikanische Wirklichkeit dem amerikanischen Mythos nicht mehr entsprach. Seit 1929 lag dies klar am Tage; aber das amerikanische Volk wollte es nicht sehen. Der Traum, den man so lange geträumt hatte, er sollte nicht in Schaum zerrinnen, so wünschte man. Es ging dem ganzen amerikanischen Volke so, wie jenem Millionär, den wir in einer Stadt des Mittelwestens trafen, der uns erzählte, dass er seine beiden zwölfjährigen Jungen jetzt dazu gezwungen habe, dass der eine Zeitungen und der andere bei Sportfesten im Stadion Speiseeis verkaufe. Die beiden Jungen hatten zu Hause eine der modernsten Villen der Vereinigten Staaten, aber unter Aufrechterhaltung der amerikanischen Tradition, um des Fortbestehens des amerikanischen Mythos willen, sollten sie, wie der Grossvater es getan hatte, als Zeitungs- und Eisverkäufer anfangen. Eine Illusion, die die Kinder dadurch zerstörten, dass sie den Chauffeur des Herrn Papa veranlassten, sie im feschen Sportkabriolett, fabrikneu, letzter Jahrgang, in das Zeitungshaus zu fahren, wo sie ihre Pakete abholten. Und der gute Neger hat wahrscheinlich auch die Zeitungen verkauft.

In der Krise erwies sich plötzlich, dass dieses Volk, das von aller Welt und von sich selbst als ein revolutionäres Volk angesehen wurde, das traditionsgebundenste der Welt war, dass es sich nicht mehr vorwärtsbewegen wollte, sondern beharrlich verlangte, dort stehenzubleiben, wo es nun einmal stand. Jetzt erwies sich, dass der amerikanische Mythos in der Lauge der Tradition galvanisiert worden war. Er erwies sich als die auf einem fremden Kontinent gefrorene Vorstufe der französischen Revolution. Eine, vom weiteren geschichtlichen Blickpunkt her gesehen, nur kleine Entwicklungsphase Europas war die Grundlage des Amerikanismus geworden, von der man sich nicht mehr entfernen woll-

te, als eine neue Wirklichkeit dies zu fordern begann. Ein Zwiespalt entstand, der nicht mehr mit der üblichen Formel «Amerika, das Land der Widersprüche» zugedeckt werden konnte.

In diesem Augenblick nun trat ein Mann an die Spitze der Vereinigten Staaten, der sich an den Versuch heranwagen wollte, Mythos und Wirklichkeit Amerikas wieder miteinander in Einklang zu bringen. Einer der alten, reichen Familien entstammend, war er in der üblichen amerikanischen Parteimaschine gross geworden und aufgestiegen. Er trug den Namen eines bekannten Präsidenten der jüngst vergangenen Zeit. Er war umgeben von einem Kreis jüdischer und amerikanischer Intellektueller, die sich seit längerer Zeit schon in den Salons von New York mit Reformplänen beschäftigt hatten. In den Tagen, da dieser Mann das Weisse Haus beziehen sollte, blies der Sturm ganz gewaltig. Ein neuer Bankenkra- ch bildete den Abgang der Periode Harding-Coolidge-Hoover. Der neue Mann und der ihn umgebende Kreis von Intellektuellen sahen sich vor ein unerhörtes Problem gestellt. Revolution? Reform? Waren er und dieser Kreis dafür gerüstet? Wussten sie überhaupt, dass der amerikanische Mythos in dieser neuen Zeit nicht mehr weiterbestehen konnte? Dies waren die bewegenden Fragen, als Franklin Delano Roosevelt im März 1933 den Eid auf die Verfassung leistete. Im Februar hatte eine neue Welle der Krise das Land in Zuckungen versetzt. Die Banken mussten geschlossen werden. Einige Versuche Hoovers mit seinem gewählten Nachfolger noch während der letzten Monate seiner Amtsperiode ein kurzfristiges Rettungsprogramm aufzustellen, waren fehlgeschlagen. Niemand hatte eine Vorstellung, welche Bedeutung der 4. März 1933 haben würde, an dem sich der Wechsel im Weissen Haus vollzog.

TEIL III

Aufstieg und Verfall des New Deal

Was ist Amerika? Wer kennt es? Ein Kontinent so vielfältig, dass es niemals gelingen wird, ihn auf eine Formel zu bringen. Eine ganze Welt liegt zwischen dem steifen Gentleman aus dem Süden Cordell Hull, der im State Department mit der Geste eines englischen Ministers seine Besucher empfängt, und jenem Bürgermeister von Seattle an der pazifischen Küste, der seine Wahl dadurch durchsetzte, dass er auf den Einfall kam, in der Kleidung des Mahatma Gandhi aufzutreten. Aber man braucht nicht so weit zu greifen. Eine einfache Fahrt durch New York zeigt uns nebeneinander Unterschiede von einer Krassheit, wie sie kaum irgendwo so unverbunden auf engem Raume bestehen. Setzen wir uns in einen Bus, der in Down-Town an der Südspitze Manhattans von der Battery Place erst den Broadway und dann die Fifth Avenue hinauffährt, die die ganze Insel Manhattan durchzieht. Zuerst sehen wir die gewaltigen Wolkenkratzer, die meist um die Jahrhundertwende entstanden, jene riesigen Bankungeheuer enthalten, deren Polypenarme das ganze Land und darüber hinaus einen wesentlichen Teil der Welt umspannen. Kurz vor der rührenden alten Trinity Church zweigt jene schmale und düstere Strasse ab, deren Namen Wall Street zum Symbol für den Finanzkapitalismus Amerikas geworden ist. Unser Wagen rollt aus diesem bedrücken-

den Viertel, das von Tausenden von gleichförmig angezogenen, gleichförmig denkenden und sprechenden Bankclerks bevölkert ist, am Woolworth Building – mit seinen gotischen Fenstern bis empor zum sechzigsten Stockwerk vorbei, durch einen charakterlosen und von Mittelmässigen Läden umsäumten Bezirk hinauf nach Uptown, bis er in der Gegend der Kreuzung der Fifth Avenue und der Zweiundvierzigsten Strasse jenen berühmten Abschnitt erreicht, wo sich Luxusgeschäft an Luxusgeschäft drängt, wo die teuersten Pelze, Porzellane, Teppiche, wo die raffinierteste Kosmetik und alle Schätze feilgeboten werden, die in irgendeinem Teil der Welt Erde, Tier und Mensch hervorbringen.

Wir verlassen in der Achtundvierzigsten Strasse den Bus, der dann am Central Park vorbei weiter nach Harlem in das trostlose Negerviertel mit seinen verwohnten, roten, von Ungeziefer und Schmutz starrenden Backsteinhäusern rollt. Wir beabsichtigen dabei keineswegs, von vornherein den Kontrasten nachzujagen. Sie werden sich von selbst heftig aufdrängen. Wir steigen auf die Stufen der Kathedrale St. Patrick und blicken auf das buntbewegte Bild zwischen dem schon im leichten Dunst verschwindenden Empire State Building und dem unmittelbar vor uns liegenden Rockefeller Centre mit seiner Anordnung von sich stufenartig überhöhenden Wolkenkratzern im modernsten und sachlichsten Baustil. Da an der Ecke ist Saks, eines der grössten jüdischen Luxusgeschäfte der Welt. Ein vornehmer livrierter Diener behütet es als Wachtposten des Reichtums mit der gut eingelernten Miene eines englischen Butlers und reisst die Wagenschläge der eleganten Autos auf, hunderte und aberhunderte, aus denen die Damen und «Damen» mit hurtigem und energischem Schritt steigen, der verrät, wie sehr sie sich in diesem Augenblick, da sie den roten Teppich betreten, der hineinführt in das Paradies ihrer Luxuswünsche, wieder und wieder am Ziele ihrer ungestillten Lebenssehnsucht glauben. Wir gehen noch ein paar Schritte weiter. Hinunter zur Park Avenue, am Waldorf-Astoria-Hotel mit seinen Dutzenden von Bars und Dinerräumen vorbei, zu jenen von aussen so entsetzlich einfalllosen Wohnburgen, in denen eine kleine Vierzimmerwohnung dreitausend und viertausend, eine grosse Wohnung aber 50-100'000 Dollar

im Jahr kosten kann. Wir kehren dann zur Fifth Avenue zurück, vorbei am Netherlands-Hotel, wo man für ein Appartement für den Tag fünfzig oder auch hundert Dollar zahlt, und lassen uns von unserem ortskundigen Begleiter von jedem der folgenden Häuser die Geschichte erzählen. Hier leben die Vanderbilts, dort die Kahns, dort ist das Haus von Whitney, bis zum März 1937 Präsident der Börse von New York, heute als einer der grössten Betrüger aller Zeiten in Sing-Sing, dort die Goulds und dort J.P. Morgan – und dann biegen wir in eine beliebige Strasse ab, die von der Fifth Avenue, wo sie am teuersten und snobistischsten ist, nach Westen führt, nachdem wir uns eine schwache Vorstellung von der Macht und dem Glanz und der gewaltigsten Geldzusammenballung in wenigen Familien gemacht haben, die die Welt je sah.

Wir biegen in eine dieser Strassen ein und gehen nur wenige Schritte, ein paar Blocks, so stehen wir plötzlich vor blinden Fenstern, Spelunken, fliegenden Händlern, die Strumpfbänder, Apfelsinen und Hosknöpfe anbieten, sehen herumlungernde Halbwüchsige, die noch niemals einen ordentlichen Beruf gehabt haben und wohl nie einen haben werden. Wir sind in den Slums von New York, noch nicht in den schlimmsten freilich, wie sie sich in Down-Town und an der Ostseite in Brooklyn und Bronx finden. Aber schon das, was wir hier gewahren, kann ein Menschenherz gefrieren lassen. Wir sehen nun fast nur noch missgestaltete und verwachsene Menschen, gemischt aus allen Rassen der Erde. Wir sehen in hundert und tausend leere und hungrige Augen, und wir sehen die bis zum Spasshaften und Spukhaften gehenden Versuche der Frauen dieser Welt der Slums, es den gemalten Prinzessinnen der Fifth Avenue, die doch nur fünf bis sechs Blocks weiter liegt, gleichzutun. Um welchen Preis? Um jeden Preis! Aber das gilt für die Geldprinzessinnen auch.

Unser ortskundiger Begleiter führt uns, als wir müde geworden sind, über ausgetretene Bananenschalen, weggeworfene Zeitungen, Unrat und Schmutz aller Art hinweg, und als wir unser Entsetzen über diese Gegend kundgetan haben, sagt er uns mit wissendem Lächeln, weder das eine noch das andere sei Amerika, was wir in diesen zwei Stunden gesehen hätten. Als wir einige Wochen später im Mittelwesten durch St.

Louis eine Strasse entlanggingen, die hinunter zum Mississippi führt, da sahen wir denselben Kontrast, nur dadurch etwas gemildert, dass der Reichtum der Prunkstrasse auch schon mehr Mimikry ist. In jenem Viertel, dicht am Flusse jedoch, wo die Asphaltstrasse plötzlich endet und neben dem holprigen Pflaster wieder dieselben ruinenhaften roten Backsteinhäuser mit den Feuerleitern an der Seite stehen, schauen uns dieselben blassen, hungrigen und zerquälten Bastardgesichter entgegen, die wir von den New-Yorker Slums her kennen und die uns in Chicago, Detroit und New Orléans wieder begegnen. Gewiss, wir haben auf einer Fahrt durch das Land in den mittleren und kleineren Städten Tausende von Häusern gesehen, in denen ein kleiner und solider Mittelstand lebt, aber wir haben auch im Süden zwischen verfallenen Negerhütten mitten in einem von Wasserlachen überfluteten Reisfelde weisse Farmer gesehen, die uns erzählten, dass dreissig oder vierzig Dollar im Monat eine Familie mit fünf Köpfen ernähren, kleiden und behausen müssen.

Dies ist der Hintergrund, vor dem Franklin D. Roosevelt 1933 den Versuch, das Gesellschaftssystem der Vereinigten Staaten umzuwandeln, unternahm. Die ersten hundert Tage seiner Präsidentschaft liessen nicht nur die Amerikaner, sondern die ganze Welt aufhorchen. Eine Fülle von Gesetzen, die auf den ersten Blick für Amerika von geradezu unwälzender Bedeutung zu sein schienen, prasselten wie ein Sturzbach aus dem Weissen Haus, und zwar buchstäblich aus dem Weissen Haus, weil der neue Kongress, in kaum jemals erreichter Einmütigkeit, schon in den ersten Tagen der Sondersitzung, zu der ihn der Präsident zusammenberufen hatte, Roosevelt beinahe diktatorische Gewalt verliehen hatte. Diese ersten hundert Tage der Roosevelt-Regierung schienen damals nicht anders als die erste Phase einer Revolution. Roosevelt hatte bei den Wahlen im Herbst 1932 die Mehrheit in zweiundvierzig von achtundvierzig Staaten erhalten. Der Beginn seiner Präsidentschaft schien anzukündigen, dass das amerikanische Volk nun reif wäre, einen andern Weg, einen neuen Kurs einzuschlagen, ein «New Deal».

Die Fülle der Gesetze in diesen ersten hundert Tagen, die Schärfe,

mit der Roosevelt sich während des Wahlkampfes mit Big Business, insbesondere dem Finanzkapital, von dem Hoover beherrscht war, auseinandergesetzt hatte, vermittelten den Eindruck, dass der neue Präsident mit einem fertigen Reformprogramm in das Weisse Haus eingezogen war. Improvisationen, Experimente nahm das Land unter dem Eindruck der nochmaligen Verschärfung der Wirtschaftskrise und des Bankkraches in den letzten Wochen der Hoover-Regierung zunächst willig hin. Hinter dem Präsidenten, so erklärten alsbald die Schlagzeilen der Zeitungen, stehe der geheimnisvolle Gehirntrust, gerüstet und bereit, die Vereinigten Staaten einem neuen und besseren Schicksal entgegenzuführen.

Wenig von all diesen Hoffnungen ist bekanntlich erfüllt worden. Man muss sie sich jedoch ins Gedächtnis zurückrufen, wenn man verstehen will, wie tief der Absturz des unter so dramatischen Umständen geborenen New Deal den Präsidenten selbst, wie das ganze Land treffen musste. Roosevelt ist durch jene stürmischen ersten hundert Tage, durch die Aktivität, die er entfaltete, und durch den Kontrast zu dem tatenlosen und einfalllosen Hoover auf lange Zeit hinaus als eine Persönlichkeit erschienen, die, weit über den Durchschnitt der amerikanischen Politiker hinausragend, auch alle jene Zeitgenossen in den Vereinigten Staaten in den Schatten zu stellen schien, die, wie man drüben sagt, aus «Präsidentenholz» geschnitzt sind. Das Auftreten grosser überragender Figuren in Europa und Asien war zudem der Bildung einer Roosevelt-Legende günstig. Die Zeit schrie nach Männern, die das Ausserordentliche, das Neue zu schaffen vermochten. Für die Vereinigten Staaten, so schien es, war ein solcher Mann mit Roosevelt an die Spitze des Staates gekommen.

Als Franklin Delano Roosevelt im Winter 1931/32 in den Vordergrund der demokratischen Präsidentschaftskandidaten rückte, war er Gouverneur des Staates New York, ein Amt, das zwar nicht der Verfassung, wohl aber dem Einfluss nach mit Recht als das zweitwichtigste Amt der Vereinigten Staaten bezeichnet worden ist. Roosevelt hatte in der «Maschine» der Demokratischen Partei also bereits eine wichtige Komman-

Dßohöhe erklommen. Keinesfalls gehörte er, wie einige Präsidenten vorher, die unvermutet auf dem Parteikongress als «dark horse» das Rennen gemacht hatten, zu den unbeschriebenen Blättern. Roosevelt war vielmehr damals in den Vereinigten Staaten bereits als ein routinierter, wendiger und in mannigfachen Parteikämpfen geschulter Politiker bekannt. Als ein «politician», nicht aber als ein Reformator oder gar als ein Revolutionär.

Die Familie Roosevelt war bereits im 17. Jahrhundert aus den Niederlanden eingewandert und im Staate New York ansässig geworden. Nicht viel später waren die Delanos, die Familie seiner Mutter, nach den Vereinigten Staaten gekommen. Beide Familien gehörten von Anfang an zu den wohlhabenden Mitgliedern der alten Gesellschaft, die in den Vereinigten Staaten während der Jahrzehnte vor dem Aufstieg der Riesenvermögen der Finanzpiraten die erste Rolle spielten. In der sanften, reizvollen Hügellandschaft am oberen Hudson, hundert Kilometer nördlich von New York, liegt, im englischen Kolonialstil erbaut, breit und einladend Hyde Park, der Landsitz der Roosevelts, auf dem Franklin 1882 geboren wurde. (Das Schicksal wollte es, dass er an einem 30. Januar zur Welt kam.) Hier lebten die Roosevelts das Leben von Country Squires, von «Landedelleuten», die sich, in gesicherten Verhältnissen, auf einen in der Metropole New York wohlgegründeten Reichtum stützen konnten. Jüdische Versippung in der Familie Roosevelt und Delano ist nachweisbar. Sie liegt indes in dem Zweig, dem Franklin Roosevelt entstammt, weit zurück und kann kaum wesentlich zur Erklärung seiner späteren Entwicklung herangezogen werden. Franklin Roosevelt ist ein Neffe fünften Grades von Theodore Roosevelt; seine spätere Frau Eleanor Roosevelt entstammt diesem anderen Zweig der Roosevelt-Sippe. Sie war die Lieblingsnichte des Präsidenten Theodore Roosevelt und ist mit Franklin Roosevelt ebenfalls weitläufig verwandt. Die jüdische Versippung des Roosevelt-Zweiges, aus dem Eleanor Roosevelt hervorging, ist unbestreitbar. Ihre Mutter ist die Jüdin oder Halbjüdin Rebekka Hall.

Franklin Roosevelt genoss die übliche Erziehung der Schicht, der er

entstammte. Er besuchte Groton School, eine dem Vorbilde Etons nachgebildete, exklusive und sehr teure Erziehungsanstalt, in die die Söhne der reichen Familien der Neuengland-Staaten geschickt wurden. Später wird er Student an der Harvard-Universität und studiert Jura. Bei seiner frühen Heirat ist Theodore Roosevelt Trauzeuge. Er tritt dann in ein New-Yorker Anwaltsbüro ein und wendet sich 1910 der Demokratischen Partei zu, die den zugkräftigen Namen Roosevelt gerne verwendet. Er wird in den Senat des Staates New York gewählt und spielt zwei Jahre später auf dem Demokratischen Konvent in Baltimore bereits eine gewisse Rolle hinter den Kulissen. Er setzt sich für die Wahl von Wilson ein und vermag auf Grund seiner umfangreichen Beziehungen in New York für Wilsons Wahl beträchtliche Summen in jenen New-Yorker Bankkreisen zu erwirken, die in Fehde mit dem Hause Morgan und seinen Republikanischen politischen Marionetten liegen. Aus dieser Zeit stammen die Beziehungen Franklin Roosevelts zu dem jüdischen Bankier Jakob Schiff vom Bankhaus Kuhn, Loeb & Co., sowie zu dem reichen Grundstücksmakler Henry Morgenthau sen., dem Vater seines späteren Schatzsekretärs und anderen. Franklin Roosevelt wird zur Belohnung für seine Dienste von Wilson zum Unterstaatssekretär im Marineministerium ernannt. Er bekleidet dieses Amt zwischen 1913 und 1920 und wird damit bereits eines der wichtigeren jüngeren Mitglieder des Kabinettes Wilson. Schon vordem ist sein Beitritt zu einer einflussreichen Freimaurerloge in New York erfolgt, in der eine Anzahl jüdischer Bankiers die wichtigste Rolle spielt.

Die Jahre des Weltkrieges, in denen Roosevelt dem engeren Kreise Wilsons angehörte, sind für seine spätere Laufbahn wie für die Entwicklung seiner Gedankenwelt bedeutsam geworden. Innerpolitisch hatte Wilson seinen Wahlfeldzug unter die Parole «New Freedom» gestellt. Unter Anknüpfung an die Auseinandersetzung Theodore Roosevelts mit der Vertrustung der amerikanischen Wirtschaft hatte Wilson zunächst den Schlachtruf gegen das Monopolkapital erneuert. Roosevelts «New Deal» erscheint als die Fortsetzung von Wilsons «New Freedom». Gleichzeitig hatte Roosevelt aus der Periode Wilson den Schluss gezo-

gen, dass man offenbar das Übergewicht des Grosskapitals, der Schwerindustrie und der mit ihr verbundenen Bankengruppen nur durch die Gewinnung anderer Bundesgenossen in der Wirtschaft eindämmen könnte.

Wir sahen, wie bereits bei der Wahl Wilsons diejenigen Kreise der Hochfinanz mobilisiert wurden, die sich durch die von Jahr zu Jahr weiter ausweitende Macht der Morgan-Gruppe bedroht fühlten. Dass es vor allem die jüdischen Bankkreise waren, die sich hinter den Demokraten sammelten, nimmt nicht wunder, da die Demokratische Partei, hervorgegangen und gestützt auf den im Bürgerkrieg geschlagenen Süden, alle jene Gruppen in den Vereinigten Staaten an sich zog, die ursprünglich in einem gewissen Gegensatz zu der «reinen» Yankee-tradition standen, die die Republikanische Partei verkörperte. Hierzu rechneten einerseits die Massen der Neueingewanderten, vor allem soweit sie süd- und osteuropäischen Ursprungs waren, andererseits aber auch die Juden, die bis in die Epoche Theodore Roosevelts hinein durch ein ungeschriebenes Gesetz aus dem gesellschaftlichen Leben der führenden Schicht ausgeschlossen blieben. So war es dem Bankier Schiff z.B. nicht möglich gewesen, Aufnahme in das «Social Register» zu finden, in dem nach Art des Gotha die «vornehmen» amerikanischen Familien verzeichnet wurden. Noch in der Epoche Theodore Roosevelts war das Social Register fast ausnahmslos arisch. Daher waren auch weniger die bekannten New-Yorker Klubs, sondern die *Logen* das Sammelbecken der unter der Oberfläche allmählich heranwachsenden Grossmacht des Judentums in USA, da die Logen, jedenfalls soweit sie nach dem Muster des Pariser Grand Orient organisiert waren, von vorneherein auf dem Prinzip der Gleichberechtigung von Juden und Ariern aufgebaut waren. Der Sieg der Demokratischen Partei im Jahre 1912, an dem wir Franklin Roosevelt bereits massgeblich beteiligt sahen, bedeutete für das Judentum gleichzeitig eine Durchbruchsschlacht. 1916 ernannte Wilson den wichtigsten geistigen Repräsentanten des Judentums, seinen engen Freund *Louis Dembitz Brandeis*, einen gebürtigen Ostjuden, zum Mitglied des Obersten Gerichtshofs, und der Sturm, den diese bedeutsame Ernennung eines noch dazu als radikal bekannten Juden entfesselte, war das letzte Sichaufbau-

men des Amerikanismus alten Stils gegen das Vordringen der Semiten. Brandeis wird uns bald als einer der geistigen Väter des New Deal wieder begegnen. In jenen Jahren schon hatte er auf den jungen Roosevelt entscheidenden Einfluss ausgeübt. Auch der stillschweigende Antisemitismus, durch den ganze Wohngegenden als «restricted» für Juden praktisch nicht zugänglich waren, wurde nun allmählich als ein «unamerikanisches Vorurteil» beseitigt, ohne dass hierüber in der Presse oder sonst in der Öffentlichkeit Diskussionen geführt wurden.

Auch aussenpolitisch sind diese Kriegsjahre die Vorstufe und Schule für Roosevelts spätere Anschauungen. Der englische Botschafter Sir Cecil Spring-Rice, dessen Aufgabe es war, die Vereinigten Staaten an der Seite Englands in den Krieg zu führen, fand in Roosevelt einen warmen Befürworter. Sir Cecil erzählt in seinen Memoiren, dass er sich in jener Zeit nirgends wohler gefühlt habe als im Hause Franklin Roosevelts, bei dem er zeitweise täglicher Gast war. Als 1915 und 1916 der Kampf um den Kriegseintritt der Vereinigten Staaten tobte, ist Roosevelt einer der überzeugtesten Fürsprecher der Alliierten in Washington. Nachdem das Ziel erreicht ist, wird Roosevelt von Wilson als ständiger Verbindungsmann der Delegation der englischen und französischen Aussenminister zugeteilt, die 1917 nach Washington geeilt sind. Es war dies jener denkwürdige Besuch Balfours in Washington, bei dem Wilson unter dem Einfluss von Brandeis die Errichtung eines Judenstaates in Palästina als Voraussetzung für die volle Beteiligung der USA am Weltkrieg forderte. Die Balfour-Deklaration über Palästina war das Ergebnis. Wir sehen Franklin Roosevelt hier also bereits an der Wiege einer der wichtigsten politischen Aktionen, die das Judentum in diesem Jahrhundert unternommen hat.

1918 wird Roosevelt als ständiger Verbindungsmann Washingtons nach London und Paris delegiert. Im darauffolgenden Jahre gehört er der amerikanischen Abordnung auf der Diktatkonferenz von Paris und Versailles an. Er gilt während der Pariser Diktatverhandlung als einer der wichtigsten jüngeren Berater Wilsons; wir sehen ihn dort im Umkreis Bernard Baruchs, des Wirtschaftsdiktators der Wilson-Ära, und William

G. Bullitts, der eben die ersten politischen Sporen verdiente. Der Kreis der persönlichen Verbindungen, in die Roosevelt in jenen Jahren des ersten Höhepunktes der englisch-amerikanischen-jüdischen Allianz hineinwächst, zeigt bereits eine erstaunliche Vollständigkeit. Wir finden hier alle Keime, die beim zweiten Akt des grossen weltgeschichtlichen Ringens sich entfalten werden. Roosevelt verfocht auch nach der Rückkehr aus Versailles noch die Linie Wilsons und trat dem Präsidenten bei seinem hoffnungslosen Feldzug für den Beitritt der Vereinigten Staaten zum «Völkerbund» zur Seite. Als er 1920 aus dem Marineministerium ausgeschieden war, wurde der nun 38jährige von der Demokratischen Partei als Kandidat für die Vizepräsidentschaft der USA vorgeschlagen. Als Präsidentschaftskandidat wurde ein Zeitungsbesitzer und Industrielles – James Cox – nominiert. Cox und Roosevelt blieben gegenüber Harding und Coolidge mit neun gegen sechzehn Millionen Stimmen in der Minderheit. Das amerikanische Volk wollte von dem Internationalismus der Wilson-Ära nichts mehr wissen. Nicht einmal die Südstaaten stimmten geschlossen für die Demokraten.

Roosevelts siebenjährige Beteiligung am Kabinett Wilsons sollte weittragende Folgen für seine Amtszeit als Präsident zeitigen. Innerpolitisch gewann er die Überzeugung, dass der amerikanische Kapitalismus durch wesentliche Reformen zwar nicht auf eine prinzipiell andere Basis gestellt werden, wohl aber von den Auswüchsen des Finanzpiratentums befreit werden müsse. Wichtiger noch waren seine aussenpolitischen Erkenntnisse. Roosevelt war aktiv bei der Schaffung des Versailler Diktats beteiligt gewesen. Er hatte Europa allein durch die englische Brille kennengelernt. Von dem besiegten Deutschland wusste er nichts. (Er ist nur gelegentlich als Knabe in Begleitung seines Vaters in Bad Nauheim gewesen.) Wie sein Lehrmeister Wilson war er davon überzeugt, dass, trotz aller während der Pariser Verhandlungen geschlossenen Kompromisse, Europa in Versailles seine dauernde politische Gestalt erhalten habe. Die mit dem Aufbau der Liga der Nationen festgelegte Machtordnung erschien ihm (abgesehen davon, dass er die Vereinigten Staaten gern an ihr beteiligt gesehen hätte) endgültig. Er teilt also

mit den Engländern den eingangs dargestellten Glauben, dass der Sinn des grossen Weltkrieges gewissermassen in einem Ende der Weltgeschichte, d.h. in einer Stabilisierung der bestehenden Machtverhältnisse für unabsehbare Zeiten, gelegen habe. Dass die Generation Churchill und Chamberlain, wie auch in Frankreich die der Briand und Barthou ihre wesentlichen Impulse aus dem Weltkrieg empfangen und hierüber niemals hinausgewachsen ist, ist allgemein bekannt. Dass diese Generation dem viel umfassenderen Ringen des zweiten Aktes der grossen Weltkrise nicht mehr gewachsen sein konnte, ergibt sich hieraus beinahe von selbst. Dass aber auch Franklin Roosevelt dieser Generation als einer der Väter von Versailles zuzurechnen ist, dass sich für ihn genau dieselbe Begrenzung des Blickfeldes ergab wie für die entsprechenden Engländer und Franzosen, ist dagegen weitgehend unbekannt. Dass dieser Mann während des Weltkrieges völlig in die britische Gedankenwelt hineinwuchs, kurzum, dass er in dem für jeden Menschen so wichtigen vierten Jahrzehnt seines Lebens sich auf ein Weltbild festlegte, das mit den Illusionen der führenden Staatsmänner der Alliierten identisch war, dies alles bietet erst den Schlüssel für den späteren Präsidenten Roosevelt.

Im Jahre 1921 widerfuhr Roosevelt ein furchtbares persönliches Missgeschick. Durch ein zu kaltes Bad zog er sich eine spinale Kinderlähmung zu. Er wurde zum Krüppel und war von nun ab von den Hüften abwärts gelähmt. Sein mit Energie geführter Kampf gegen diese Krankheit dauerte Jahre. Die Heilbäder von Warm Springs schufen soweit Besserung, dass er später wenigstens an Krücken gehen konnte. Die psychologischen Folgen dieses unheilbaren körperlichen Gebrechens blieben indes bedeutend. In den sieben folgenden Jahren übt Roosevelt seine frühere Tätigkeit als Rechtsanwalt in beschränktem Umfange wieder aus, wobei nicht verschwiegen werden darf, dass er 1922 als Direktor einer in Kanada eingetragenen Gesellschaft «European Investors Company» Geschäfte mit der deutschen Inflationsmark macht, die in höchstem Masse obskur, einerseits auf die Ausplünderung des von der Not der Inflation zerrütteten Deutschland, auf der anderen Seite auf die Verleitung seiner amerikanischen Mitbürger zu zweifelhaften Anlagen hinauslief.

Roosevelt lebt nun als Squire am Hudson, in mannigfache Geldgeschäfte verstrickt, das Leben eines wohlhabenden Grossbürgers. Schon 1924 greift er in die Politik wieder ein. Er schlägt Al Smith auf dem Demokratischen Parteikonvent in New York für den Posten des Governors vor. 1928 ist es Roosevelt, der auf dem Demokratischen Parteikonvent Smith als Präsidentschaftskandidaten durchsetzt, während Smith Roosevelt zum Kandidaten für den Governor von New York macht. Smith wird von Hoover geschlagen, Roosevelt dagegen wird gewählt und bezieht in Albany, der Regierungsstadt des Staates New York, dieses wichtige Staatsamt. In der Zwischenzeit haben sich seine alten Beziehungen zu wirtschaftlich massgebenden Kreisen New Yorks noch weiter gefestigt. In der Demokratischen Partei ist er wieder eine Macht, um die sich nun die unendlichen Verfilzungen des typischen amerikanischen politician schlingen.

Bereits um die Jahreswende 1931/32 konnte für den November 1932 ein Wahlsieg der Demokraten als sicher gelten. Von allen in Frage kommenden Kandidaten war Roosevelt die stärkste Persönlichkeit. Der Kampf um die Nominierung des Demokratischen Präsidentschaftskandidaten kann daher hier übergangen werden. Wichtig dagegen sind die kapitalistischen Kräfte, die wie bei jeder Präsidentschaftswahl als Geldgeber die Richtung der zukünftigen Präsidentschaft von vorneherein beeinflussten. Bei seiner zweiten Wahl als Governor von New York im Jahre 1930 (die Amtszeit des Governor beträgt nur zwei Jahre) waren als wichtigste Geldgeber drei grosse jüdische Finanziere aufgetreten. In erster Linie das New-Yorker Bankhaus Lehman (geschätztes Privatvermögen 169 Millionen Dollar), das 1932 in Herbert Lehman den Nachfolger Roosevelts als Governor von New York stellte. Sodann die Familie Straus, die Besitzer des grössten Warenhauses von New York, R.H. Macy and Co., das durch die riesigen Anzeigen, die es täglich an die gesamte New-Yorker Presse zu vergeben hat, praktisch sämtliche New-

Yorker Zeitungen beeinflusst. Und schliesslich der grosse Grundstücks- und Börsenmakler Bernard Baruch (geschätztes Vermögen 37,5 Millionen Dollar), der Chef des Kriegsindustrieamtes der Wilson Periode. Er wird später im Weissen Haus als engster Berater des Präsidenten ein- und ausgehen. Diese selben Kräfte wurden für die Präsidentschaftswahl 1932 mobilisiert. Baruch und sein Sohn gaben 65'000 Dollar, die Familie Straus 50'000 Dollar, der Beitrag des Hauses Lehman ist nicht bekannt, aber jedenfalls beträchtlich. Die von Lundberg zusammengestellte Liste der Geldgeber bei der ersten Wahl Roosevelts ist überaus bezeichnend. Neben diesen drei grossen jüdischen Glans finden sich mit beträchtlichen Summen noch die jüdischen Familien Guggenheim (Kupfer), Filene (Warenhaus in Boston), Warner (von der bekannten Filmfirma Warner Brothers) und andere beteiligt. In dieser Liste findet sich ferner die reiche Gattin des späteren Unterstaatssekretärs Sumner Welles, der spätere Handelsminister Roosevelts, Jesse Jones, der Bankier Josef Kennedy, der spätere Botschafter in London, die Familie Bullitt, die Familie Drexel-Biddle, beide aus Philadelphia, die später die Botschafter in Moskau, Paris bzw. Warschau stellten, während das Warenhaus Macy dadurch belohnt wurde, dass Roosevelt später Jesse Straus zum Botschafter in Paris ernannte. Die übrigen Geldgeber rekrutierten sich meist aus der Lebensmittel- und Warenhausindustrie, wobei vor allem die monopolisierte Zigarettenindustrie im Vordergrund stand.

Schon diese Liste der Geldgeber für Roosevelts Wahlkampf beweist, dass der Präsidentenwechsel im März 1933 niemals eine Revolution bedeuten konnte. Die Machtübernahme Roosevelts war in Wirklichkeit nichts anderes als ein Sieg der in der Periode Harding-Coolidge-Hoover politisch an die Wand gedrückten Leichtgüterindustrie über die Kapitalgüterindustrie und die mit ihr verbündeten Machtgruppen, vor allem das Bankhaus Morgan. Tatsächlich waren fast sämtliche Massnahmen, die durch das New Deal Roosevelts in Gang gesetzt wurden, dazu geeignet, der Lebensmittel-, Warenhaus- und Leichtgüterindustrie Vorteile auf Kosten der Schwerindustrie (Stahl, Kohlen, Eisenbahn, Automobilindustrie und Kraftwerke) zu verschaffen. Diese fundamentale Tatsache ist

durch den alsbald vom Kreis des New Deal und gelegentlich von Roosevelt selbst erhobenen Schlachtruf gegen die Zusammenballung des Reichtums bei wenigen Familien übertönt worden. Dass dieser Schlachtruf niemals etwas anderes war als ein amerikanisches Ballyhoo, wird schon dadurch bewiesen, dass bei den Roosevelt-Wahlen von 1936 und 1940 annähernd dieselben mächtigen Kapitalgruppen den Präsidenten wiederum zur Finanzierung seines Wahlkampfes zur Verfügung gestanden haben. Hätten sie im Ernst befürchtet, dass Roosevelt, wie es die von Morgan und anderen finanzierte Presse behauptete, ein anderes sozialistisches Amerika heraufführen wollte, hätte er zum mindesten bei seiner zweiten und dritten Wiederwahl keinen Cent mehr von der Plutokratie bekommen.

Wir nehmen die Gefahr, den Leser zu ermüden, in Kauf und geben hier eine Auswahl der Geldgeber der zweiten Roosevelt-Wahl. Sie stellt nichts anderes als die Probe aufs Exempel dar und ist noch beweiskräftiger als die erste Liste, da die Plutokratie inzwischen ja vier Jahre lang Zeit gehabt hatte, die tatsächliche Auswirkung des New Deal zu prüfen. Einige Familien, wie z.B. die Du Ponts und der Verleger Hearst, hatten sich von Roosevelt allerdings abgewandt, andererseits finden wir unter den Geldgebern nach wie vor die Lebensmittelindustrie vorherrschend. Die Familie Straus (Warenhaus Macy) ist wiederum mit 20'000 Dollar vertreten, die American Tobacco Co. und Reynolds Tobacco Co. mit annähernd 80'000 Dollar, Kennedy gibt der Demokratischen Partei eine Anleihe von 37'000 Dollar. Neu hinzu kommen nun unter anderem die Besitzer des Warenhauses Woolworth und eine grosse Anzahl jüdischer Namen, unter denen Lawrence Steinhardt genannt sei, der später mit der Botschaft in Moskau belohnt wurde, sowie sein Vorgänger Davies, ein Eisschrankfabrikant, der 26'000 Dollar beisteuerte. Auch Robert Bingham, der Vorgänger von Kennedy als Botschafter in London hatte sich mit 10'000 Dollar in den diplomatischen Dienst eingekauft. Der Bankier Harriman, der später von Roosevelt zum Verkaufsgenten der amerikanischen Kriegsindustrie in London ernannt wird, findet sich in dieser Liste ebenso wie der spätere Schatzsekretär Morgenthau. Die jüdischen Namen überwiegen im Übrigen bei der zweiten Roosevelt-Wahl. Zu den

bereits genannten erwähnen wir hier ohne weitere Bezeichnung eine Reihe von Namen: Marc Eissner, Emil Schwartzhaupt, John Turtletaub, Christian Feigenspan, Fred Pabst, L. Rosenthal, Samuel Feiz und andere.

Neu bei der zweiten Wahl Roosevelts war allerdings, dass auch die Gewerkschaften zum erstenmal mit beträchtlichen Summen in den Wahlkampf eingriffen. Von dieser Seite flossen Roosevelt 770'000 Dollar zu. Der Anteil der Plutokratie am Wahlfonds überstieg diese Summe allerdings um das Vielfache.

Dies ist der Hintergrund, von dem aus man sowohl die Gesetzgebung wie die Schlagworte des New Deal betrachten muss. Wie stark sich der Einfluss der einzelnen Geldgebergruppen in diesem oder jenem Gesetz, in dieser oder jener Rede Roosevelts und seines engeren Kreises auswirkte, ist hierbei ziemlich gleichgültig. Die Abhängigkeit seines Reformwerkes von mächtigen plutokratischen Gruppen war vom ersten Augenblick an gegeben. Die stürmische Periode der ersten hundert Tage der Roosevelt-Ära hat dies verschleierte, die dann folgende Entwicklung aber bestätigt.

Versetzen wir uns nochmals in das Frühjahr 1932, in dem es für Roosevelt beschlossene Sache wurde, zum Kampf um die Präsidentschaft anzutreten. Als gewiegener, ja gerissener Taktiker spürte er, dass dieser Kampf nicht auf übliche Weise geführt werden konnte und dass weder die Unterstützung bestimmter Gruppen des Kapitals noch die Hilfe der Demokratischen *politicians*, über deren meist recht beschränkten Horizont er sich keiner Täuschung hingab, ausreichen würde. Als Governor von New York, als das politische und gesellschaftliche Zentrum der Metropolis des amerikanischen Ostens, befand sich Roosevelt indes in einer wesentlich anderen Lage als fast alle Präsidentschaftskandidaten vor ihm (vielleicht Wilson ausgenommen). Der Kreis seiner Beziehungen beschränkte sich nicht wie bei den meisten amerikanischen politicians auf andere Politiker und auf die Vertreter der grossen Konzerne, Banken und Trusts, er war vielmehr gerade in New York mit jener spezi-

fischen Intellektuellenschicht in Berührung gekommen, die etwa seit dem Ausgang der Epoche Theodore Roosevelts ziemlich unbemerkt von der grossen Öffentlichkeit herangewachsen war. Insbesondere die Columbia-Universität in New York und die Harvard-Universität bei Boston hatten sich zu Pflanzstätten einer kritischen sozialen Gesellschafts- und Rechtsphilosophie entwickelt, ohne dass sich dies (die Epoche Wilson wieder ausgenommen) auf die praktische Entwicklung der amerikanischen Politik und Wirtschaftspolitik bisher wesentlich ausgewirkt hatte. Aus diesem Kreise nun beschloss Roosevelt sich die Hilfstruppen für seine Präsidentschaft zu rekrutieren. Hier hoffte er eine Schar von Männern zu finden, mit denen dem Land die neue Parole gegeben werden konnte, auf die es, verängstigt durch die Auswirkungen der furchtbaren Krise, sehnsüchtig wartete.

In diesen Pflanzstätten eines neuen kritischen Amerikanismus spielt das Judentum eine hervorragende Rolle. Sowie es einerseits seit der Jahrhundertwende in breiter Front in die Sphäre der Hochfinanz eingedrungen war, so hatte es seit der Ernennung von Brandeis zum Mitglied des Obersten Gerichtshofs auch in die Intellektuellensphäre eine breite Bresche geschlagen. In Harvard hatte ein Schüler und enger Freund von Brandeis, ein in Wien geborener jüdischer Professor, *Felix Frankfurter*, eine riesige «Schule» entwickelt, die schon seit Wilsons Zeiten das amerikanische öffentliche Leben allmählich zu durchdringen begann. Auf diesen Kreis der Harvard-Universität griff Roosevelt infolgedessen schon vor seiner ersten Präsidentenwahl zurück. Noch stärker war dies indes zunächst mit dem Kreis um die Columbia-Universität der Fall, zu dem ein anderer enger Freund Roosevelts, der Jude *Samuel Rosenman* (in Roosevelts Spitznamenjargon «Sammy the Rose» genannt), die Verbindung schlug. Rosenman und Harry Hopkins, den Roosevelt in New York als Angestellten von Fürsorgeinstitutionen kennengelernt hatte, brachten ihn auf den Gedanken, dass einige der Professoren der Columbia-Universität zu der Vorbereitung der nun fällig werdenden Wahlreden herbeigezogen werden könnten. Rosenman, der von Roosevelt zum Obergericht von New York ernannt wurde, und Hopkins sind im Übrigen

auch die einzigen aus diesem ersten, aus Professoren der Columbia-Universität gebildeten «Brain Trust» geblieben, die von Roosevelt als engste Berater über alle Wechselfälle des New Deal hinweg beibehalten wurden.

Die Entstehung des ersten Gehirntrasts entsprang der Notwendigkeit, ein neuartiges und umfassendes Wahlprogramm vorzubereiten. Roosevelt selbst bewegte sich in jener Zeit – wie übrigens auch später – in nur sehr allgemeinen Vorstellungen: «dass etwas anderes werden müsste.» Was und wie, war ihm keineswegs klar. Professor *Raymond Moley*, der von Rosenman mit Roosevelt bekannt gemacht wurde, beschreibt in seinen Erinnerungen (erschieden 1939, nachdem er längst von Roosevelt abgefallen war), wie er mit andern Kollegen der Columbia-Universität wöchentlich mehrfach nach Albany zum Governor Roosevelt fuhr, um dort «Instruktionsstunde» zu halten. Landwirtschaft, Industrie, das Bankensystem, die Aussenhandels- und Zollpolitik, all dies wurde systematisch von den «brain-trusters» mit dem künftigen Präsidenten durchgegangen. Roosevelt selbst konnte zwar nicht alles aufnehmen, was die Schar seiner eifrigen Präzeptoren ihm allabendlich vortrug, aber mit dem praktischen Verstand des Politikers wusste er sie nun dort einzusetzen, wo er sie am notwendigsten benötigte; zur Abfassung seiner Wahlreden. Von Moley stammt der Begriff «New Deal». Selbst die wichtigste Programmerkklärung Roosevelts, die Rede bei der Annahme seiner Kandidatur, war von den «Geisterhänden» (ghost writers) der Columbia-Professoren verfasst.

Der erste Gehirntrast unter der Leitung von Moley war ziemlich zufällig entstanden. Seine Mitglieder hatten sich bei der Abfassung der Wahlreden Roosevelts etwas aufeinander eingespielt, aber sie vertraten keineswegs ein einheitliches Programm, und noch weniger besaßen sie Erfahrung in praktischer Regierungspolitik. Zunächst musste Roosevelt bei der Bildung seines ersten Kabinetts darauf Rücksicht nehmen, dass die demokratische Parteimaschine durchaus nicht darauf vorbereitet war,

eine durchgreifende Reform des gesamten Staates in Szene zu setzen. Die massgebenden Kräfte der Parteimaschine, vor allem die historische Domäne der Demokraten in den Südstaaten, waren vielmehr genau so traditionsbefangen wie die massgebenden Republikaner. Roosevelt sah sich infolgedessen veranlasst, repräsentative Vertreter des konservativen Südens in die Schlüsselposition seines Kabinetts zu berufen. Nance Garner, ein bärbeissiger mit allen Wassern gewaschener Parteimann aus Texas mit dem bezeichnenden Spitznamen «Cactus-Jack», wurde schon auf dem Parteikonvent als Vizepräsident ausersehen und Cordell Hull aus Tennessee, ein steifer Senator, der seit Jahr und Tag den Senat durch endlose Reden über eine Zollpolitik im Sinne von Adam Smith gelangweilt hatte, wurde Staatssekretär. Garner und Hull, dies war von vornherein klar, waren als alte Routinepolitiker gewiss nicht geneigt, einer wilden Reformpolitik zuzustimmen. Bis auf Moley, der Unterstaatssekretär im State Department wurde, auf den Innenminister Ickes und den als Landwirtschaftsminister aus der Schriftleitung einer westlichen Farmerzeitung geholten Henry Wallace blieb der Gehirntrust im Kabinett in untergeordneter Stellung. Dennoch war die stürmische Gesetzgebung der ersten hundert Tage sein Werk. Roosevelt hatte indes alles so eingerichtet, dass die Columbia-Professoren ihm möglichst nicht über den Kopf wachsen sollten. Vom ersten Augenblick seiner Regierung an gab es daher neben dem offiziellen Kabinett eine «Palastjunta», die einflussreicher war als die Minister selbst, die aber nach aussen hin keinerlei wirkliche Verantwortung trug. Die Widersprüche dieses Systems, das dem opportunistischen Charakter des Präsidenten entsprach, haben später zum Zusammenbruch seiner innenpolitischen Konstruktion und zum Versanden des New Deal wesentlich beigetragen.

Der Kreis um Roosevelt, der den neuen kritischen und intellektuellen Amerikanismus vertrat, fühlte mit Unbehagen, dass der amerikanische Mythos und die amerikanische Wirklichkeit einander nicht mehr entsprachen. Sein Ziel, und dies war die eigentliche Absicht des New Deal,

war, die Folgerungen daraus zu ziehen, dass die amerikanische Gesellschaft nunmehr in ein Stadium eingetreten war, in dem sie sich nicht mehr wesentlich von den hochkapitalistischen Nationen in Europa unterschied. Der Gehirntrust beabsichtigte infolgedessen mit der Tradition der negativen Regierungspolitik zu brechen und dem Staat jene Entscheidungsgewalt und Macht zu erobern, die er sogar in den liberalen Demokratien Europas besass. Das, was in den Vereinigten Staaten beinahe wie eine Revolution wirken musste, waren für europäische Begriffe die allerselbstverständlichsten Dinge. Wir sahen, wie es Hoover abgelehnt hatte, von der Bundesregierung aus etwas für die Unterstützung der Arbeitslosenarmee zu tun, die inzwischen auf fünfzehn Millionen Menschen – die Familienmitglieder mit eingerechnet auf etwa fünfundvierzig Millionen oder ein Drittel der amerikanischen Bevölkerung – angewachsen war. Der Gehirntrust wollte demgegenüber eine grosszügige Unterstützung der Arbeitslosen teils direkt, teils durch produktive Arbeitslosenhilfe einführen.

Die Krise war zweifellos durch die völlige Anarchie der wirtschaftlichen Gewalten entstanden. Dem New Deal schwebte infolgedessen eine Politik der gemeinsamen Planung von Wirtschaft und Regierung vor, keineswegs aber etwa eine Planwirtschaft im eigentlichen Sinne. Auf dem Gebiete der Landwirtschaft sollte dies durch eine freiwillige oder, wenn es nicht anders ging, auch erzwungene *Eindämmung der Überproduktion* und damit verbunden durch eine stetige Hebung des katastrophal abgesunkenen Preisniveaus erreicht werden; in der Industrie durch einen *Zusammenschluss der verschiedenen Industriezweige* zur Vermeidung einer ständigen Preisunterbietung, die sich wiederum nur als eine Senkung des Lohnniveaus durch Kinderarbeit und unstabiler Arbeitsverhältnisse für die erwachsenen Arbeiter auswirken musste. Daneben sollten die wilden Börsenspekulationen durch ein neues Börsen- und Bankgesetz unterbunden und der Willkür der Unternehmer dadurch gesteuert werden, dass man den Arbeitern prinzipiell das *Gewerkschaftsrecht* zugestand, das bis dahin von vielen Grossbetrieben zum mindesten in der Praxis bestritten wurde.

Wie man sieht, war dieses Programm, gemessen an europäischen Ver-

hältnissen, alles andere als radikal. Roosevelt, als ein Mitglied der plutokratischen Gesellschaft, die am oberen Hudson als Squires auf ihren Landgütern lebte, ihm, der schliesslich durch das Kapital einer mächtigen Finanzgruppe zur Macht gekommen war, lag es gewiss fern, den Amerikanismus in die Richtung einer sozialistischen Planwirtschaft umformen zu wollen. Was das New Deal wollte, war also verhältnismässig sehr bescheiden. Er beabsichtigte lediglich, das amerikanische kapitalistische System den veränderten Verhältnissen anzupassen, unter denen das amerikanische Volk nach der endgültigen Schliessung der Grenze nunmehr leben musste. Dies alles wollte er innerhalb des demokratischen Systems erreichen. Der Gedanke an eine Diktatur lag ihm in diesem ersten Stadium gewiss noch fern, wenn er für eine erhebliche Verstärkung der Bundesgewalt sowohl gegenüber den Einzelstaaten wie gegenüber dem Kongress und dem Obersten Gerichtshof eintrat. Und dennoch – diese Angleichung des Amerikanismus an die neuen Gegebenheiten widersprach dem amerikanischen Mythos, in dem der grösste Teil aller Amerikaner befangen war. Nur so überhaupt ist es zu erklären, dass die vom New Deal aufgestellten Prinzipien schon nach kurzer Zeit nicht nur von der plutokratischen Oberschicht, sondern auch von weiten Teilen des Volkes selbst als revolutionär empfunden wurden. Die Krise war da, unbestreitbar, sie hatte ein Drittel der amerikanischen Nation, wenn man die Farmer hinzunimmt, weit über die Hälfte an den Rand der Verzweiflung, des Hungers, der wirtschaftlichen Vernichtung gebracht. Als aber dagegen Abhilfe geschaffen werden sollte, stellte sich heraus, dass diejenigen Kräfte, die im Laufe der letzten Jahrzehnte die eigentlichen Nutzniesser des amerikanischen Mythos, des freien Spiels der Kräfte, des Verzichts auf eine wenigstens regulierende Tätigkeit des Staates gewesen sind, so stark waren, dass sie jede Veränderung als eine Sünde gegen den amerikanischen Geist anprangerten.

Dem spielte allerdings die Unzureichendheit Roosevelts und seines Gehirnrusts sehr bald in die Hände. Schon nach wenigen Monaten sollte sich zeigen, dass die neue Verwaltung nicht nach einem einheitlichen Plan vorgehen konnte, zumal es hierfür überhaupt keinen zureichenden

Apparat gab, sondern dass sie mit beständigen, oft wenig durchdachten Improvisationen von der Hand in den Mund leben musste. Dem Chaos, in das die wildgewachsene hochkapitalistische Wirtschaft der Vereinigten Staaten hineingeraten war, musste auf Seiten des New Deal nun zwangsläufig ein Chaos von schnell aufgeschossenen Organisationen entsprechen, die sich in ihren Kompetenzen überschritten und durch das Fehlen eines geschulten Beamtenapparates, der, wie wir sahen, dem amerikanischen Mythos strikt widersprach, nun zwangsläufig zur Beute der lokalen Parteipolitiker und ihrer Cliques wurden. Nur zu bald musste es offenbar werden, dass allein mit einer kleinen Intelligenzgruppe (und noch dazu einer vornehmlich jüdischen) ein so gewaltiges Unternehmen wie der Staatsumbau des nordamerikanischen Kontinents gar nicht möglich war. Dort, wo in Europa ähnlich grosse Aufgaben zu meistern waren, konnten sie nur von einer Führungsschicht übernommen werden, die von der mächtigen Woge einer Volksbewegung vorangetragen wurde. Diese aber fehlte in den USA vollständig. Roosevelt konnte sich zwar auf die Unzufriedenheit der Massen stützen, aber dies war eine rein negative Kraft.

Wir müssen hier noch kurz bei der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Philosophie verweilen, die dem New Deal ursprünglich zugrunde lag. Die Reformversuche in der Ära Theodore Roosevelts und Wilsons beschränkten sich auf einen im ganzen genommen theoretischen Kampf gegen die Vertrustung der amerikanischen Wirtschaft und gegen die Monopolstellung, die Wall Street seit der Jahrhundertwende endgültig an sich gerissen hatte. Der Schlachtruf gegen die Trusts hatte zwischen 1890 und 1933 die Konzentration der Wirtschaftskraft des gesamten Landes bei wenigen Banken und Trusts nicht verhindert. Er beruhte auf einer, vor allem von Brandeis entwickelten, Philosophie, nach der «alle Probleme des amerikanischen Lebens gelöst wären, wenn Amerika wiederum eine Nation von kleinen Besitzern» und, wie sich Moley skeptisch ausdrückt, «von Gemischtwarenhändlern an der Ecke der Haupt-

strasse und Schmieden unter blühenden Kastanienbäumen» werden würde. Bis zum Auftreten des New Deal war diese von Brandeis entwickelte These der Notwendigkeit der Zerschlagung der Grossbetriebe zur Rettung des «american dream» das A und O des radikalen Liberalismus in USA Wilson, der diese Theorie übernahm, musste infolgedessen mit seinem Reformversuch des «New Freedom» scheitern.

Der Gehirntrust ging im Gegensatz hierzu von der Tatsache aus, dass die Grossbetriebe und die Massenproduktion aus dem amerikanischen Leben nicht mehr wegzudenken waren. Er verwarf die These von Brandeis als romantisch. Da aber auf der andern Seite Roosevelt und der Gehirntrust nicht daran dachten, vom Staate her Vorkehrungen zu treffen, durch die die politische Macht der Finanzoligarchie wirklich im Kern getroffen worden wäre, mussten sie einen mittleren Weg suchen und nach dem Grundsatz: Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass, verfahren. Aus diesem Dilemma entstand die Halbheit der Massnahmen, wie auch die Verworrenheit der Grundsätze des New Deal. Hierüber konnten auch gelegentliche rednerische Ausbrüche gegen den Finanzkapitalismus nicht hinwegtäuschen. So entstand die unklare Theorie der Partnerschaft von Regierung und Wirtschaft, wie sie Roosevelt am 17. Mai 1933 in einer von Moley verfassten Rede umriss: «Es ist vollständig falsch», so sagte er, «wenn man die Massnahmen, die wir getroffen haben, als Regierungskontrolle über die Landwirtschaft, die Industrie oder über das Verkehrswesen bezeichnet. Es handelt sich vielmehr um eine Teilhaberschaft (*partnership*) zwischen der Regierung einerseits und der Industrie, der Landwirtschaft und dem Verkehrswesen andererseits. Nicht um eine Teilhaberschaft, was die Profite angeht, da die Gewinne nach wie vor dem Unternehmer zugute kommen sollen, sondern um eine Teilhaberschaft in der Planung und eine Teilhaberschaft in der Kontrolle der Ausführung der Pläne.» Moley bemerkte hierzu, dass Roosevelt allerdings die Unterschiede zwischen der Philosophie von Brandeis – der Zerschlagung von Big business – und der Philosophie von Partnerschaft von Regierung und Industrie niemals richtig verstanden habe.

Die dem am meisten umstrittenen Gesetzesakt des New Deal, dem «National Industrial Recovery Act» (NIRA), zugrunde liegende Theorie musste sich geradezu als eine Sanktionierung der Vertrustung der amerikanischen Wirtschaft auswirken und damit der Hochfinanz recht eigentlich ihre Machtstellung garantieren. Es war das Tragikomische, dass dies weder Roosevelt noch der Gehirntrust, noch die Hochfinanz und der in ihrem Sinne arbeitende Oberste Gerichtshof bemerkten. Die NIRA sah vor, dass die einzelnen Betriebe der verschiedenen Wirtschaftszweige sich einem «Gesetz der fairen Konkurrenz» (*Code of fair competition*) unterwerfen sollten, durch den eine einheitliche Preis- und Lohnregulierung in den verschiedenen Wirtschaftszweigen erreicht werden sollte. In knapp zwei Jahren wurden tatsächlich Dutzende solcher Codes aufgestellt. Wäre das Gesetz durch den Obersten Gerichtshof nicht ausser Kraft gesetzt worden, so hätte dies zwangsläufig zu einer Erdrückung der noch bestehenden Mittelbetriebe in den durch Codes zusammengefassten Wirtschaftszweigen geführt.

Alle Massnahmen des New Deal bauten auf der von der amerikanischen Volkswirtschaftslehre entwickelten Theorie der Kaufkraftsteigerung als dem Allheilmittel wirtschaftlicher Krisen auf. Henry Ford hatte schon längst vordem seine Theorie der hohen Löhne entwickelt. Durch eine Senkung des Geldwertes, die durch die Abwertung des Dollars erreicht werden sollte, hoffte man mit Hilfe der damals modernen monetären Konjunkturpolitik schliesslich jene Kaufkraftsteigerung erreichen zu können, durch die das breite Publikum wieder in die Lage versetzt werden sollte, die Massenkonsumgüter, die die amerikanische Industrie anzubieten hatte, in gesteigertem Masse aufzunehmen. Wir können hier auf die Irrtümer der monetären Konjunkturlehre und der Kaufkrafttheorie nicht näher eingehen. Der Hinweis mag genügen, dass die Erhöhung des Lohnniveaus durch die Massnahmen des New Deal ebensowenig wie der Gedanke der Teilhaberschaft zwischen Regierung und Wirtschaft zu der vom nationalsozialistischen Deutschland geförderten Gemeinschaft zwischen Betriebsführung und Arbeiterschaft führte. Es handelte sich im Gegenteil darum, dass die Roosevelt-Regierung die Tech-

nik des Klassenkampfes im europäischen Sinne gewissermassen durch Gesetz einführen und dekretieren wollte. Ein höchst merkwürdiges Unterfangen, das überhaupt nur verständlich wird, wenn man sich daran erinnert, dass der Unternehmer in Amerika, das heisst vor allem die Direktoren der Riesentrusts, bis dahin in ihren Betrieben unumschränkte Diktatoren waren, die nach eigenem Ermessen die Löhne festsetzen und je nach der Konjunkturlage Arbeiter in Massen einstellen oder entlassen konnten.

Henry Ford hatte durch das Prinzip der hohen Löhne, das allerdings nur sehr relativ zu verstehen war, weil seine Betriebsorganisation einen entsetzlichen Verschleiss der Arbeitskraft bedeutete, aus freien Stücken die Willkür der Lohnfestsetzung in einem für den Arbeiter scheinbar günstigeren Sinne gehandhabt. Wenn man indes zu Zeiten der Depression durch die endlosen Hallen der Ford-Werke gegangen ist und gesehen hat, wie nur noch ein kleiner Bruchteil der Arbeiter beschäftigt war, während Zehntausende in den Arbeitervierteln von Detroit dem Elend preisgegeben waren, so ergab sich, dass selbst bei diesem berühmten Musterbeispiel des «sozialen Unternehmers» die Lage der Arbeiterschaft oft verzweifelt schlecht war. Der Gehirntrust glaubte nun dieser Verelendung der Massen durch eine künstliche Kaufkraftsteigerung und die Legalisierung des Gewerkschaftsrechtes entgegenzutreten zu können. Zum erstenmal wurde als Folge der «NIRA»-Gesetzgebung die industrielle Reservearmee der Millionen ungelerner, meist neu zugewandter Arbeiter in dem *Committee of Industrial Organization* (CIO) von John Lewis erfasst, das sich von der AFL abspaltete. Durch eine grosse Zahl von überall im Lande schnell aufgezogenen Schlichtungsausschüssen für Arbeitsstreitigkeiten sollte durch die Regierung die alte Macht des Finanzkapitalismus mit der neu entstandenen Macht der Gewerkschaften zum Ausgleich gebracht werden.

Dieses System musste indes versagen, da nun die Gewerkschaften ihre neue Lage durch wilde Streiks ausnützten – die CIO wurde zur Er-

finderin des Sitzstreiks – während die Unternehmer mit ebenso wilden Betriebschliessungen und Arbeiterausschliessungen antworteten. Was hier also letztlich erreicht wurde, war auch auf dem Gebiet der Arbeitsverfassung lediglich die Nachholung eines in Europa längst vorhandenen Zustandes, der sich indes in den kapitalistischen europäischen Ländern bereits ad absurdum geführt und den Weg für die nationalsozialistische Arbeitsverfassung schliesslich frei gemacht hatte. Das New Deal legte zwar den staatlichen Eingriff in die Arbeitsstreitigkeiten fest, aber der Staat wurde auf eine Schlichter- und Polizistenrolle beschränkt, durch die er im Grunde sowohl dem Finanzkapitalismus wie den Gewerkschaften gegenüber machtlos blieb. Er war darauf angewiesen, im Konfliktsfalle beiden Teilen gut zuzureden, was selbstverständlich bei den grossen Massensstreiks oder Massenausschliessungen wirkungslos bleiben und der amerikanischen Gesamtproduktion jährlich viele Millionen von verlorenen Arbeitstagen kosten musste.

Die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung in USA in der bereits 1886 gegründeten «*American Federation of Labour*» haben wir bereits erwähnt. Die AFL wurde die Organisation der «Aristokratie» der Arbeiterschaft. Sie wollte sich ebenso gegen die Unternehmer wie noch weit mehr gegen die hereinströmenden Einwanderer schützen – gegen die «dirty foreigners», die schmutzigen Ausländer, wie das Kosewort noch heute heisst, das dem mittellosen Einwanderer so liebevoll entgegenhält, sobald er den Schrecken der Polizeiuntersuchung in Ellis Island entronnen ist. An sozialer Gesetzgebung war die AFL als Selbstschutzorganisation der bereits bodenständigen gehobenen Arbeiterschicht wenig interessiert, weil diese sich ja nur auf die grosse Masse beziehen konnte, nicht aber auf diese oberste Schicht der gelernten Arbeiter, die ohnedies von jedem vernünftigen Unternehmer in einem Lande rücksichtsvoller behandelt wurde, in dem es immer Überfluss an ungelerten, aber immer Mangel an gelernten Arbeitern gab. Von jeher war es daher eine nordamerikanische Eigenart, dass es eine Art Klassenkampf innerhalb der Arbeiterschaft gab. Jay Gould, einer der grossen Finanzpiraten um die Jahrhundertwende, pflegte mit echt jüdischem Zynismus zu sagen, dass er jederzeit die eine Hälfte

der Arbeiter anstellen könne, um die andere totzuschlagen! Die Konzentration des Grosskapitals machte nun die Masse der Arbeiter vollends rechtlos, da gerade die meisten Riestrusts der Stahl- und Autoindustrie einen gewerkschaftlichen Zusammenschluss ihrer Arbeiter verboten. 1929 beschäftigten 8 v. H. aller industriellen Unternehmungen in den USA 70 v. H. aller Industriearbeiter! Nur drei Gesellschaften beschäftigten 70 v. H. aller Arbeiter der Automobilindustrie, und die United States Steel Corporation allein 45 v. H. aller Arbeiter in der Stahlindustrie. Durch die New-Deal-Gesetzgebung trat nun allmählich eine grosse Gewerkschaftsfront der Kapitalfront entgegen.

John Lewis war als Vorsitzender der Vereinigten Kohlenbergarbeiter schon beinahe zwei Jahrzehnte der wichtigste Gewerkschaftsführer der AFL, ehe er mit seiner CIO 1935 aus der AFL ausschied, um sie von nun ab auf das heftigste zu bekämpfen. 1925 schon hatte ihm Coolidge das Arbeitsministerium angeboten, und 1932 trug ihm Hoover die republikanische Kandidatur für die Vizepräsidentschaft an. Lewis lehnte jedoch beide Anerbieten ab, um sich nach 1933 in einem Zweckbündnis mit Roosevelt zusammenzufinden. Es hat die zweite Präsidentschaftswahl nicht überlebt. 1937 schon trat ein ernsthaftes Zerwürfnis zwischen Roosevelt und Lewis ein, da für den Präsidenten eine starke Macht in der Nähe des «Thrones» keineswegs erwünscht war. Lewis verlangte vom wiedergewählten Präsidenten ein klares soziales, antikapitalistisches Programm. Roosevelt wollte dies keineswegs und weigerte sich, Miss Perkins, seinen schwachen und Kompromissen zuneigenden Arbeitsminister, durch einen Mann zu ersetzen, der wirklich Front gegen das Finanzkapital gemacht hätte. Der Riss zwischen Lewis und Roosevelt wurde dadurch so gross, dass der Präsident beschloss, Lewis nicht mehr ins Weisse Haus einzuladen. 1940 trat Lewis dann offen gegen die Kandidatur Roosevelts und die Kriegspolitik des Präsidenten auf. Er beschuldigte den Präsidenten, dass er die Sache der Arbeiterschaft an die britische Plutokratie und ihre amerikanischen Helfer verrate.

Als Roosevelt wiedergewählt wurde, überliess Lewis infolgedessen den Platz des Präsidenten der CIO dem Vorsitzenden der Gewerkschaft

der Arbeiter der Stahlindustrie Philip Murray, einer wesentlich blässeren Figur. Nach wie vor ist Lewis der ungekrönte König der CIO, nach wie vor ist er der Vorsitzende der Kohlenarbeitergewerkschaft. Seine charakteristische Erscheinung mit den buschigen Augenbrauen und der mächtigen Löwenmähne wird vielleicht in der amerikanischen Innenpolitik auch später noch eine Rolle spielen, zumal er sich mit Charles Lindbergh zur Bekämpfung der Kriegshetze in den USA zusammengefunden hat.

Der Kampf um die innere Linie der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung ist durch Lewis' Haltung zum Kriege noch schärfer geworden. Die Gegner, die ihm in der CIO selbst erwachsen sind, sind bezeichnenderweise zwei Ostjuden, David Dubinsky und Sidney Hillmann, die sich beide in die Führung der Gewerkschaften der Bekleidungsindustrie emporgearbeitet haben. Roosevelt benutzte die zwischen Hillmann und Lewis bestehenden Spannungen und setzte im Winter 1940/41 Hillmann an eine wichtige Schlüsselstellung seines neuen Aufrüstungsapparates. Dies brachte naturgemäss Lewis erst recht in Harnisch. Neben die Spaltung der Gewerkschaftsbewegung zwischen AFL und CIO ist infolgedessen seitdem auch eine Spaltung der CIO selbst in einen Lewis-Flügel und einen Hillmann-Flügel getreten.

Die Persönlichkeit von Lewis ist ausserhalb Amerikas viele Jahre hindurch sehr falsch eingeschätzt worden. Man verwechselte ihn und sein Programm wegen seines scharfen Radikalismus mit kommunistischen Unterströmungen, die es zweifellos in der CIO auch gegeben hat. Der Radikalismus von Lewis hat indes mit Kommunismus nicht das geringste zu tun. Ihm schwebt vielmehr ein neugeordnetes Amerika vor, in dem unter allen Umständen die Macht des Finanzkapitalismus gebrochen sein muss. Dies sind auch die Gründe, die seine temperamentvolle Ablehnung der Aussenpolitik Roosevelts mitveranlasst haben, da Lewis in der Verbindung Roosevelts mit der britischen Finanzoligarchie nur den Versuch sieht, die ursprünglich vom New Deal aufgestellten Ziele zugunsten der Hochfinanz in Amerika in den Hintergrund treten zu lassen. Die konsequente Haltung, die er von 1937 ab gegenüber dem Präsidenten einnahm, bewies jedenfalls, dass es sich hier um einen Mann

von starkem Charakter handelt, der den naheliegenden Verlockungen, die ihm eine Kompromisspolitik geboten hätte, nicht erlegen ist. Wäre er seiner innersten Überzeugung nach Kommunist, hätte das Finanzkapital leichtes Spiel gegen ihn. Gerade aber weil er dies nicht ist, sieht es in John Lewis vielleicht die einzige wirklich ernste Gefahr, die ihm vorläufig unter den zersplitterten inneramerikanischen Kräften droht. Es wittert, dass hier nicht nur innerpolitische Taktik verborgen sein könnte, sondern der Ansatz zu einer Idee, der weder das Finanzkapital noch Roosevelt etwas entgegenzusetzen hätten.

Nachdem die CIO sich als Massenorganisation auftrat, folgte ihr auch die AFL bis zu einem gewissen Grade auf diesem Wege. Anfang 1940 behaupteten beide Organisationen über etwa vier Millionen Mitglieder zu verfügen, was ungefähr 19 v. H. der erwerbstätigen Bevölkerung der USA entsprach. Die grösste Zahl der CIO-Mitglieder rekrutiert sich aus der Stahl-, Automobil-, Hotel- und Transportindustrie. Die Folge dieses Anwachsens der Gewerkschaften war ein ebenso starkes Anwachsen der Streiks. 1930 wurden 637, 1937 dagegen 4'740 Streiks gezählt.

Die Schwerindustrie gab infolgedessen nicht weniger als achtzig Millionen Dollar für ihre Streikbrechagenturen, für die Anschaffung von Tränegasapparaten, Hochspannungsumzäunungen, Gewehren und Munition für die Fabrikwächter und schliesslich für die Bezahlung ihres Spionagesystems innerhalb der Arbeiterschaft aus. Wenn man diese achtzig Millionen Dollar und andererseits die Methode der Sitzstreiks als einen Beitrag zur Lösung der sozialen Fragen verstehen will, wie dies Roosevelt offenbar tut, wenn er die Welt über die einzigartigen Er rungenschaften der Vereinigten Staaten belehrt, muss man allerdings eine bescheidenere Vorstellung von einem modernen volksregierten Gemeinwesen besitzen als wir.

Adele sozialen Massnahmen des New Deal dienten dazu, das nachzuholen, was in Europa und insbesondere in Deutschland an sozialer Gesetzgebung schon seit vielen Jahrzehnten erreicht ist.

Dies gilt zum Beispiel für die Sozialversicherung, die im *Social Security Act* (SSA) im August 1935 eingeführt wurde. Da Roosevelt mit den meisten wichtigsten New-Deal-Gesetzen zu jenem Zeitpunkt bereits durch den Einspruch des Obersten Gerichtshofs gescheitert war, musste er die Sozialversicherung den Einzelstaaten übertragen. Es kam nur zur Rahmenlegung durch den Bund. Diese verzettelte sich später in endlose Kämpfe zwischen den Einzelstaaten und dem Schatzamt in Washington um den Finanzausgleich der für die Sozialversicherung aufzubringenden Summen. Das deutsche Sozialversicherungswerk unter Bismarck ist unendlich weitgreifender als das des SSA und erfasst von vornherein die gesamten arbeitenden Schichten, während der SSA sich nur auf die Industriearbeiterschaft bezieht, die Landarbeiter, die Hausangestellten und der grösste Teil der Büroangestellten hingegen ausgeschlossen bleiben. Die tatsächlich geleisteten Versicherungsbeiträge für die über 65-Jährigen bleiben weit hinter den deutschen Sätzen zurück. Der Mindestsatz wurde auf zehn Dollar im Monat festgesetzt. Praktisch liegt er zwischen zehn und dreissig Dollar. Dabei ist weder von einer Knappschaftsversicherung, noch gar von der Errichtung der unzähligen Erholungsheime oder einer Organisation wie «Mutter und Kind» die Rede, wie sie in Deutschland teils schon seit langem besteht, teils von der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt ins Leben gerufen und sogar während des Krieges auf eine immer breitere Grundlage gestellt wurden. Die Naivität, mit der diese kümmerlichen Ansätze einer sozialen Versicherung als eine «einmalige Errungenschaft des New Deal» Amerika und der übrigen Welt dargeboten wurde, war kaum zu übertreffen.

Von den grossen Problemen, die der Gehirntrust 1933 vorfand, erwies sich die Beschränkung des *Monopolkapitalismus* der Finanzoligarchie von vornherein für Roosevelt als unmöglich. Das einzige, was auf diesem Gebiet erreicht wurde, war eine gewisse Beschränkung der Spekulation durch den Exchange and Security Act und ein neues Bankgesetz, wodurch, um mit Roosevelts eigenen Worten zu sprechen, «die Sparer in die Lage versetzt werden sollten, ihre Ersparnisse auf den Banken so anzulegen, dass sie gegen die spekulative Verwendung ihres Geldes

durch andere Leute gesichert sind und Kapitalanlagen in Wertpapieren tätigen können, ohne durch Spekulation getäuscht und betrogen zu werden». Schon das zweite Ziel ist nicht erreicht worden, wie die grosse Zahl betrügerischer Bankrotte bewies, von denen nur der des mit dem Bankhaus Morgan verbundenen Präsidenten der New-Yorker Börse Richard Whitney erwähnt sei.

Das Problem der Arbeitslosigkeit fand eine ebenso unzureichende Lösung. Die Wirtschaftsankurbelung durch Dollarabwertung und NIRA-Gesetzgebung vermochte nur einen verhältnismässig kleinen Teil der 13-15 Millionen Arbeitslosen aufzusaugen, die es 1933 gab. Das New Deal musste infolgedessen eine ganze Reihe von sich teilweise überschneidenden Organisationen schaffen, die für die Unterstützung der Arbeitslosen bestimmt waren. Die zuerst geschaffene Federal Emergency Relief Administration beruhte auf dem primitiven Prinzip der Natural- und Geldunterstützung der Arbeitslosen ohne jede Gegenleistung. Durch diese Verwaltungsbehörde, deren Leitung Harry Hopkins übertragen wurde, wurden zunächst nur Volksküchen und Kleiderbeschaffungsämter für die Linderung der äussersten Not eingerichtet. Es konnte sich hier nur um eine vorübergehende Massnahme handeln. Die Ausführung wurde den lokalen Verwaltungsbehörden überlassen, woraus sich sofort eine Anzahl von Korruptionsskandalen ergab.

An die Stelle dieser Organisationen trat 1935 ebenfalls wieder unter Leitung von Harry Hopkins die *Works Progress Administration*. Diese später durch ihre politische Korruption berüchtigt gewordene WPA war der grosse Versuch des New Deal, durch produktive Erwerbslosenfürsorge die Arbeitslosigkeit, die von der Wirtschaft offensichtlich nicht beseitigt werden konnte, durch den Staat zum Verschwinden zu bringen. Bereits ein Jahr nach der Errichtung des WPA im März 1936 wurden 3,8 Millionen WPA-Arbeiter gezählt, die für die verschiedensten Aufgaben zu Löhnen eingesetzt wurden, die weit unter dem Existenzminimum lagen. Im Durchschnitt der ersten drei Jahre erhielten die WPA-Arbeiter

55 Dollar im Monat. Sie konnten davon weder leben noch sterben, waren aber vollständig in Abhängigkeit der WPA-Organisation geraten, die über keinerlei Stab von vorgebildeten und eingearbeiteten Mitarbeitern in der Sozialverwaltung verfügte, so dass die lokalen WPA-Organisationen zwangsläufig unter die Herrschaft der korrupten Parteimachine gerieten, die in den WPA-Arbeitern das willkommene Material für Wahlkämpfe sowohl im lokalen Bereich wie im Bundesausmass sahen. Harry Hopkins, der als engster Freund und gefügiges Werkzeug des Präsidenten die WPA beherrschte, hatte damit gleichzeitig ein Mittel in der Hand, widerspenstigen Senatoren, Abgeordneten und auch Governors der Einzelstaaten zu drohen, in ihre Gebiete würden, wenn sie die Regierung im Kongress nicht unterstützten, keine WPA-Aufträge gelegt, was zu schweren lokalen Misshelligkeiten führen musste. Sind doch die Senatoren und Abgeordneten in erster Linie die Anwälte ihrer Staaten und Wahlbezirke, die dafür zu sorgen haben, dass sie einen möglichst grossen Anteil des zu verteilenden Kuchens nach Hause bringen.

Die Industrie war der WPA selbstverständlich feindlich gesinnt, zumal unter der Leitung von Innenminister Ickes alsbald die *Public Works Administration* (PWA) errichtet wurde, der die Durchführung grosser Hoch- und Tiefbauunternehmungen übertragen wurde, zu denen teilweise private Firmen, teilweise aber auch die weit billigeren WPA-Arbeiter herangezogen wurden.

Die WPA hat im Durchschnitt der Jahre 1935-39 jeweils 2,1 Millionen Menschen beschäftigt und hierfür sechs Milliarden Dollar ausgegeben, wobei sich der bereits erwähnte Durchschnitt von 55 Dollar pro Kopf und Monat ergibt. Unzählige Häuser, Strassen und Tausende von verschiedenen Projekten sind auf diese Weise gebaut und durchgeführt worden. Dennoch hat dieses System auch für die Arbeiter der WPA keinen wirklichen Vorteil gebracht, und zwar aus zwei Gründen: einmal weil die Beschäftigung bei der WPA im Allgemeinen ein bis höchstens zwei Jahre nicht überschreiten darf. Danach fallen die WPA-Arbeiter der lokalen Fürsorge anheim. Sodann aber, und dies ist der wichtigere Grund, weil die gelernten Arbeiter bei der WPA in die einfachste und

größte Arbeit zurückgezwungen werden, durch die zum Beispiel ein Feinmechaniker, dessen Arbeit von einer gewissen Fingerfertigkeit abhängig ist, schon im Laufe einer kurzen Zeit seine bisherige Gewandtheit verliert und sozial endgültig zurücksinkt. Aus diesem Grunde konnte das WPA-System höchstens für die unterste Stufe des ungelerten Arbeiters einen zeitweisen Nutzen bringen, während sie den höher entwickelten Arbeiter für die Zukunft in Anbetracht der scharfen Konkurrenz, der er sich bei einer Neueinstellung gegenübersehen, ruinierte. Es war auch in Europa eine Erfahrungstatsache, dass Arbeiter, die erst einmal einige Jahre von ihrer normalen Beschäftigung ausgeschlossen waren, nur sehr schwer, ja oft überhaupt nicht mehr in ihre frühere Tätigkeit wieder eingeschaltet werden konnten. Die Statistiken der WPA haben dieses bestätigt, ohne dass man in der Lage gewesen wäre, durch die Zuteilung von qualifizierter Arbeit Abhilfe zu schaffen.

Diese Massnahmen der Roosevelt-Regierung bedeuteten im Prinzip zweifellos den Bruch mit der überlieferten Tradition der Vereinigten Staaten. Der Staat wurde unversehens zu einem Riesenunternehmer, der für WPA und PWA Milliardenbeträge auswarf und von dem Millionen Arbeiter direkt abhängig waren. Da aber gleichzeitig die Fiktion der freien Wirtschaft aufrechterhalten und in der Machtsphäre der Hochfinanz eine wirkliche Reform nicht durchgeführt wurde, da Big Business vor allem im industriellen Mittelwesten, im Gebiet der grossen Seen die Regierungsmassnahmen durch einen «Kapitalstreik» blockierte und sich weigerte, Investitionen vorzunehmen, durch die Arbeiter aufgesaugt worden wären, musste dieser Versuch in einem heillosen Chaos enden, das grosse Ähnlichkeit mit dem Zustand Deutschlands während der Epoche Brüning zeigt. Das Prinzip der Teilhaberschaft von Staat und Wirtschaft an der Planung, wie es Roosevelt ursprünglich vorgeschwebt hatte, erwies sich als undurchführbar. Richtige Ansätze hatten durch falsche Handhabung die erhofften Ergebnisse nicht gezeitigt. Eine Abgrenzung der staatlichen von der privaten Sphäre erwies sich als unmöglich. Die Berater Roosevelts, die den ursprünglichen Gehirntrust gebildet hatten, wurden daher zu Ende der ersten Regierungsperio-

de des Präsidenten entlassen. Moley und General Johnson, der bei der Führung der NIRA verantwortlich gewesen war, wechselten nach dem zweiten Wahlkampf zur Opposition über.

Noch drängender als auf dem industriellen Sektor waren bei der Amtsübernahme Roosevelts die Probleme in der *Landwirtschaft*. Wir haben bereits gezeigt, wie der Aufbau der kapitalistischen amerikanischen Wirtschaft sich auf den Schultern der Farmer vollzog, die während der Epoche Harding-Coolidge-Hoover zum Stiefkind der USA herabgesunken waren, nachdem im Weltkrieg infolge des Bedarfs der Alliierten eine ungeheuere Ausweitung der landwirtschaftlich genutzten Fläche im Mittelwesten erfolgt war. Weit über ein Drittel der Bevölkerung der Vereinigten Staaten lebte in unvorstellbarem Elend unter dem Existenzminimum, gleichzeitig aber war der Überfluss der landwirtschaftlichen Produktion, die für den nach dem Weltkrieg plötzlich ausgefallenen Weltmarkt gedacht war, so gross geworden, dass die Farmer buchstäblich in ihrem Weizen, ihrer Baumwolle und ihren sonstigen Agrarprodukten erstickten. Die 1929 einsetzende Weltwirtschaftskrise hatte für sämtliche Agrarprodukte einen Preissturz um annähernd 50 v. H. gebracht, so dass die ohnedies schon überschuldeten Farmer keinen Ausweg mehr vor sich sahen. Die Gesamthypothekenlast der amerikanischen Landwirtschaft betrug 1910 3,3 Milliarden, 1932 aber 10-12 Milliarden Dollar. Gleichzeitig war das landwirtschaftliche Gesamteinkommen von 12 auf 5 Milliarden Dollar zusammengeschrumpft.

Eine Farm nach der andern kam unter den Hammer, aber die versteigernden Banken fanden schliesslich nicht einmal mehr Käufer. Eine einzige Versicherungsgesellschaft, die Metropolitan Life Insurance Co., musste in diesen Jahren 9600 unverkäufliche überschuldete Farmen mit 2 Millionen Acres übernehmen. Im Mittelwesten und im Süden mehrten sich die Gebiete, in denen über Dutzende und aber Dutzende von Meilen alle Farmhäuser verlassen oder völlig verkommen waren. Die Wildnis,

die im 19. Jahrhundert bis zum Weltkrieg allmählich in dem grossen Zug nach dem Westen zurückgedrängt worden war, stand plötzlich wieder auf und erhob sich drohend gegen den Menschen. In einem Land, in dem selbst der Pfarrer seine Tätigkeit als «job» bezeichnet und ganz unbekümmert von «Ghurch business» spricht, war selbstverständlich die Landwirtschaft und die Bebauung des Bodens und die Fürsorge für ihn niemals etwas anderes gewesen als ein Geschäft, das man ebensogut betreiben konnte wie jedes andere auch. Dies ist nicht etwa die kritische Ansicht des Europäers, sondern die amerikanische Ansicht selbst. «Die gesamte amerikanische Geschichte ist durch den Kampf zwischen Stadt und Land beeinflusst worden. Aber dies war nicht wie in vielen andern Ländern ein Kampf zwischen verschiedenen Typen der Zivilisation. In den Vereinigten Staaten ist der Farmer ein Teil des industriellen Systems. In den Vereinigten Staaten betrachtet der Farmer seinen Boden, sein Haus und seine Scheune als Business, aus dem er seinen Profit in barem Geld zu ziehen hat.»¹

Noch 1910 betrug der Anteil der landwirtschaftlichen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung der USA 33 v. H., 1940 war er auf 24 v. H. abgesunken. Kaum irgendwo in der Welt hatte der Verstärkerprozess in einem solchen Umfange eingesetzt. Der Anteil der Landwirtschaft am Nationaleinkommen hatte sich gleichzeitig von 25 v. H. im Jahre 1910 auf 15 v. H. 1940 vermindert. Es war die grosse Frage an den New Deal und darüber hinaus an den Amerikanismus überhaupt, ob es gelingen würde, die allmähliche Vernichtung der amerikanischen Landwirtschaft aufzuhalten und ein Agrarprogramm durchzuführen, das die Grundlagen der amerikanischen Gesellschaft, die noch immer agrarisch sind, retten würde. In der Landwirtschaft und im Typus des amerikanischen Farmers hat der Amerikanismus seine äusserste Ausprägung erfahren; in ihm hat die Rationalisierung der amerikanischen Gesellschaft ihren Höhepunkt erreicht. Mit Stolz hatten die Nordamerikaner darauf hingewiesen, dass ihr Farmsystem dazu geführt hatte, dass die USA 52 v. H. des in der Welt erzeugten Getreides und 42 v. H. der Baumwolle hervorbrachten, dass ihre Fleisch-, Zucker- und Tabakpro-

¹ Fortune, Februar 1940

duktion die obersten Plätze in der Weltstatistik erreicht hatte. Also, so war die Schlussfolgerung, hatte sich die Angleichung der Landwirtschaft an die Industrie wunderbar bewährt, war dieser Farmer das Spitzenprodukt landwirtschaftlicher Betätigung in der Welt. Die Produktionszahlen schienen, wenn irgendwo, so auf dem Gebiete der Landwirtschaft zu beweisen, dass amerikanische Methoden, amerikanischer Lebensstil und die amerikanische Einstellung zum Grund und Boden die Zukunft für sich hat.

Gerade auf diesem Felde aber sollte das New Deal seine stärkste moralische Niederlage erfahren, obwohl Henry Wallace, Roosevelts Landwirtschaftsminister (der 1941 zum Vizepräsidenten der USA aufrückte) in scharfer Analyse die Defekte des amerikanischen Agrarsystems aufgedeckt hatte. Weder er noch seine Berater aus dem Gehirntrust konnten die drängenden Probleme lösen. Die Agrarpolitik des New Deal wurde zu einem System aneinandergestückter Aushilfen, durch die zwar kurzfristige Milderungen der Agrarkrise, niemals aber ihre wirkliche Behebung erreicht werden konnten. Wallace sah als das Grundproblem der mechanisierten amerikanischen Landwirtschaft die Überproduktion an, nachdem der Weltmarkt im Zuge der über die ganze Erde gehenden Autarkiebestrebungen unversehens zusammengeschrumpft war. Das New Deal wollte infolgedessen nicht eine Erzeugungsschlacht der Landwirtschaft in Gang setzen, sondern im Gegenteil, er begann den *Kampf gegen die Erzeugung*. Dies war der Grundgedanke des 1933 in Kraft getretenen *Agricultural Adjustment Act* (AAA). Eine wirklich aufbauende Wirtschaftspolitik hätte sich niemals auf eine solch rein negative These festlegen lassen, solange dem Überfluss auf dem Lande in den Städten die furchtbarsten Mangelerscheinungen gegenüberstanden. An keiner Stelle ist klarer zu sehen als in dieser Agrarpolitik, dass das New Deal nicht ein Plan zur Neuformung der nordamerikanischen Gesamtwirtschaft und zu ihrer Angleichung an die Bedingungen dieses Jahrhunderts gewesen ist, sondern ein unzusammenhängendes Konglomerat von Einzelgesetzen, die immer nur von den scheinbaren Bedürfnissen eines bestimmten Teilsektors ausgingen, nie aber von der amerikanischen Wirtschafts- und Sozialverfassung als Gesamterscheinung.

Nur so war es verständlich, dass Wallace in seiner Agrarpolitik ebenfalls ganz mechanistisch von der Kaufkrafttheorie ausging. Er stellte fest, dass der amerikanische Farmer auf allen Gebieten zu viel produzierte, dass infolgedessen ein hemmungsloser Verfall der Preise eingetreten war und durch die Verschuldung der Landwirtschaft das gesamte Agrarsystem erdrückt werden musste. Wallace zog daraus den Schluss, dass die landwirtschaftliche Produktion radikal bis zu jenem Punkt eingeschränkt werden müsse, bis zu dem sich das Angebot soweit verknapp hätte, dass es der tatsächlichen Nachfrage gleichkomme. Wie man sieht, entsprach also die Theorie, die hinter dieser Agrarpolitik stand, völlig dem klassischen Liberalismus. Dessen waren sich indes die Schöpfer dieser amerikanischen Agrarpolitik durchaus nicht bewusst. Da sie den Farmer durch eine Reihe von Zwangsmassnahmen und staatlichen Eingriffen veranlassten, seine Felder nicht mehr zu bebauen und seine Ernten zu vernichten, da sie staatliche Gelder als Prämien dafür aussetzten, dass ein Farmer, der zweihundert Acres besass, davon nur noch siebzig bebaute, kamen sie sich ausserordentlich fortschrittlich, ja revolutionär vor. Tatsächlich gelang es auch, das Nettoeinkommen der Landwirtschaft von 4,3 Milliarden Dollar im Jahre 1933 auf 7 Milliarden Dollar 1935 zu heben. Das schnelle Ansteigen der Preise war allerdings zu einem wesentlichen Teil auf die katastrophale Dürre 1935 und die ihr folgenden Staubstürme und Überschwemmungen 1936/37 zurückzuführen; Es ist unglaublich, aber Roosevelt sah in der Dürre seinen willkommensten Bundesgenossen, der zusammen mit der AAA dieses «Wunder» der Kaufkraftsteigerung der amerikanischen Landwirtschaft vollbracht hatte. Erinnern wir uns hier daran, dass vor allem das Kapital der Konsumgüterindustrie hinter Roosevelt stand und seine Wahlen finanzierte, so konnten diese Auftraggeber mit dem zunächst erzielten Ergebnis in der Tat zufrieden sein. Für drei Milliarden Dollar konnten die Farmer mehr Waren aus den grossen Kaufhäusern der Industriestädte, mehr Zigaretten, Radios usw. beziehen, mit Stolz wies man darauf hin, dass es 1933 bereits gelungen war, 7,6 Millionen Acres Weizenfläche von der Bebauung auszuschalten – und dies stets vor dem Hintergrund einer

städtischen Bevölkerung, unter der Millionen nicht wussten, wie sie das tägliche Brot beschaffen sollten! Der Farmer wehrte sich instinktiv gegen diese Politik. Als aber Dürre und Staubstürme der Regierung zu Hilfe kamen, gab er den Widerstand auf und wurde zum willenlosen Objekt der Weisen des New Deal, zumal er zunächst ja auch mit mehr Bargeld in der Tasche klimpern konnte.

In Wirklichkeit war diese Agrarpolitik von Henry Wallace nur eine Fortsetzung der Tradition der negativen Regierungspolitik mit andern Mitteln, mit den Mitteln des Staatseingriffs, der indes nur sinnvoll sein kann, wenn er von gesamtwirtschaftlichen Erwägungen geleitet wird, wie dies zur gleichen Zeit in Deutschland geschah. Wallace, der in jener Zeit aussenpolitisch noch nicht der allgemeinen späteren Verblendung anheimgefallen war, hat den erstaunlichen Erfolgen des Reichsnährstandes in den ersten Jahren nach der nationalsozialistischen Machtübernahme auch entsprechende Achtung gezollt, ohne dass er freilich begriff, dass diese Erfolge nur deshalb möglich waren, weil die deutsche Agrarpolitik gerade nicht den kurzsichtigen Interessenstandpunkt eines Standes zugrunde legte.

Nur zu bald sollte sich denn auch herausstellen, dass durch die Agrarpolitik des New Deal, selbst wenn sie nicht vom Obersten Gerichtshof verworfen worden wäre, prinzipiell an der Lage des amerikanischen Farmers wenig geändert worden ist. Die Verschuldung war durch die staatliche Kreditgewährung zwar zurückgegangen. Schon 1937 setzte indes ein neuer Verfall der Agrarpreise ein, da der kurze Aufschwung nur zu einer weiteren Mechanisierung der landwirtschaftlichen Produktion geführt hatte, ohne dass die Grundfrage, nämlich eine prinzipielle Reform des Verteilungsapparates, geregelt gewesen wäre. Einige Jahre nach dem Beginn des New Deal sah man sich demselben Problem wieder gegenüber wie im Jahre 1933. Drohend und düster aber tauchte dahinter das Gespenst der völligen Vernichtung des amerikanischen Bodens durch den furchtbaren Gegner der Wasser- und Winderosion auf.

Was die *Erosion* in Nordamerika bedeutet, kann wohl niemand ganz ermessen, der nicht in den Südstaaten oder in den Prärieländern des Westens selbst auf jene trostlosen Einöden gestossen ist, die oft plötzlich aus grünen Wiesenlandschaften als furchterregende Zeugen der Zivilisation herauswachsen. Der Amerikaner nennt diese vom Tode bedrohte oder schon erstorbene Landschaft «the man made desert» – die vom Menschen hervorgebrachte Wüste. Als wir an der Grenze von Tennessee und North Carolina zum ersten Mal auf eine solche Wüste trafen, war es schon Nacht. Der Mond war aufgestiegen und beleuchtete mit silbrigem Schimmer die sanften Hänge und Wiesen zu beiden Seiten unserer gewundenen Bergstrasse. Wir hatten den Tag über die herrlichen Steineichenwälder, die riesigen wilden Rosenbüsche und hohen Jukasträucher, die den Südabhang der Smoky Mountains zu einem der schönsten Gebiete der Vereinigten Staaten machen, nach langen Autotagen in sengender Hitze genossen. Am Abend waren wir an traurigen Farmhäusern vorbeigekommen, deren trostlose Öde uns nach der wilden Üppigkeit der Smokies melancholisch berührt hatte.

Da mit einem Mal, vom Auto aus erst allmählich erkennbar, verwandelte sich die Landschaft in einer fast unheimlichen Weise. Die Wiesen hatten aufgehört, an ihrer Stelle war ein Gewirr von Kratern und Trichtern getreten. Für den ersten Blick sah es aus, als ob wir mitten in ein von schweren Granaten aufgewühltes Schlachtfeld geraten seien. Die Meilen zogen sich hin. Wir hielten immer wieder an, um vom Strassenrand aus beim unsicheren Licht des Mondes besser sehen zu können, um was es sich hier eigentlich handeln könnte. Je weiter wir kamen, desto unheimlicher wurde diese Trichterlandschaft. Nun waren die Gräben schon weit über mannshoch. Wir beschlossen, dass wir dieses eigenartige Bruchfeld bei Tage sehen müssten, und übernachteten in einem kleinen Ort, der mit seiner einen grell beleuchteten Strasse und seinem etwas windschiefen Gasthof wirkte, als läge er am Ende der Welt. Als wir am nächsten Morgen das stickige Hotelzimmer verliessen, sahen wir, dass wir mitten in einer Wüste waren. Soweit das Auge reichte, nichts als

kahler, vom Regenwasser ausgewaschener rotbrauner Lehm. Graben neben Graben. Kein Baum, kein Strauch, kein Grashalm. Selbst die arabische Wüste schien uns damals in der Erinnerung verglichen mit dieser Landschaft noch von lieblicher Freundlichkeit. Wir waren in einem Gebiet des «manmade desert», das sich, wie wir nun erfuhren, über 130 Quadratkilometer erstreckte.

Die ungeheuren Regenmengen im Gebiet der südlichen Appalachen und der Smoky Mountains waschen unerbittlich den Humus weg, wenn die Erdrinde nicht einen Pflanzenwuchs trägt, der den Boden bindet – also Gras, Wald oder Klee. Wo überall man in dieser Mittelgebirgsgegend die Abhänge gepflügt und Mais oder Weizen gebaut hat, entstehen alsbald jene Rinnen an der Erdoberfläche, die zuerst noch unscheinbar in den Feldern auftreten, sich von Jahr zu Jahr erweitern, bis die menschliche Bodenkultur von den zahllosen Bachbetten Quadratmeter um Quadratmeter zurückgedrängt und allmählich vernichtet wird. Der Tod jedes Pflanzenwuchses und das Ende jeder menschlichen Lebensmöglichkeit ist das Schicksal einer solchen Landschaft.

Rund zwölftausend Quadratkilometer, das entspricht der Grösse von Sachsen, sind im Süden in der näheren Umgebung des Tennesseeetales durch schwerste Erosion bereits unkultivierbar geworden. Vierzigtausend Quadratkilometer, das entspricht einem Gebiet von Württemberg, Baden und Hessen zusammengenommen, zeigten dort 1938 Erosionserscheinungen, die mit Sicherheit ebenfalls zum Tod der Kulturlandschaft führen müssen, falls nicht in diesen Jahren entscheidende Gegenmassnahmen getroffen werden. Nicht selten kommt es vor, dass ein einziger schwerer Regenfall in den Mais- und Baumwollgebieten eine 2,5 cm dicke Humusschicht fortschwemmt. Die Farmer haben hier im Süden ebenso wie in den Präriestaaten des Mittelwestens nach der wilden Abholzung Anbaumethoden angewandt, die zum Kultur- und Untergang ganzer amerikanischer Grosslandschaften führen müssen, wenn nicht sofortige Hilfe eingreift. Dazu kommen die Hochwasser des Tennessee, des Ohio und des Mississippi, die bereits Millionenwerte vernichtet haben, ehe überhaupt der Entschluss gefasst wurde, den Kampf gegen die

Naturgewalten im grossen Stile aufzunehmen.

Die Ausdehnung des insgesamt in den Vereinigten Staaten durch die Erosion von Wasser und Wind bedrohten Gebiets, das durch falsche Bodenkulturen vom Menschen selbst in Gefahr gebracht worden ist, grenzt ans Phantastische. 200'000 Quadratkilometer sind durch die Wassererosion bereits zerstört, weitere 200'000 Quadratkilometer sind bereits so weit ausgewaschen, dass sie produktiven Zwecken nur noch bedingt zugeführt werden können und in weiteren 400'000 Quadratkilometern zeigt die Humusschicht durch die Wassererosion bereits bedenkliche Austrocknungserscheinungen. Dazu kommen im Nordwesten 20'000 Quadratkilometer, die durch die Staubstürme bereits völlig ausgeblasen und zerstört sind, und weitere 240'000 Quadratkilometer, für die die Winderosion eine ernste Gefahr bedeutet. Insgesamt sind weit über eine Million Quadratkilometer in Gefahr, sich in «man made desert» zu verwandeln: das entspricht einem Gebiet von zweimal der Grösse Frankreichs. Es ist ein Siebentel der Gesamtoberfläche der Vereinigten Staaten. Die gesamte landwirtschaftlich genutzte Fläche einschliesslich der Weiden ist 1930 auf etwas über drei Millionen Quadratkilometer berechnet worden. Rund ein Drittel dieser Fläche ist in diesen Jahren entweder schon unbenutzbar geworden oder befindet sich in der schwersten Gefahr, durch den Wind ausgeblasen und durch den Regen ausgewaschen oder durch die Überschwemmungen zerstört zu werden.

Man sollte glauben, dass ganz Amerika, seit die tödliche Gefahr erkannt ist, sein gesamtes nationales Leben nur auf das eine Ziel gerichtet hat, sie rechtzeitig zu bannen und durch eine gewaltige Kraftanstrengung die Rettung seines Kulturbodens zu erzwingen. Das erstaunliche jedoch ist, dass in den grossen Städten, die oft hart am Rande der gefährdeten Gebiete liegen, mit Ausnahme der Fachleute, sich kaum jemand für diese Dinge interessiert. Die Zeitungen und Zeitschriften, die für jeden Eheskandal eines leidlich reichen Mannes Spalten und Spalten zur Verfügung haben, die Tag für Tag ihre Leser durch verzerrte Berichte aus Europa unterhalten, rühren dieses Problem nur dann an, wenn

es durch eine Diskussion in Washington zur innerpolitischen Sensation wird. Dass aber die tödliche Bedrohung Amerikas durch die Rache der sinnlos ausgebeuteten Natur die eigentliche Sensation ist, die dies Land dem objektiven Beobachter bietet, nehmen sie nicht wahr. Auch dies ist eine Folge des amerikanischen Mythos, unter dessen Bann der Mensch nun auf einen scheinbar unendlichen Fortschritt ausgerichtet war, den er durch Raub und Ausbeutung zu erreichen hoffte, während er allein durch Pflege und Planung zu erreichen gewesen wäre.

Die Kreise des New Deal beschäftigten sich selbstverständlich vom Amtsantritt Roosevelts an mit der Gefahr der Erosion. Wallace schlug ein umfassendes Reformprogramm vor. Es war jedoch bezeichnend, dass in einem Bericht an den Präsidenten¹ zwar die Gefahr zugegeben, aber gleichzeitig betont wurde, sie sei nicht so ernsthaft, weil selbst in den am meisten gefährdeten Gebieten noch genügend ungenutztes Land vorhanden sei, so dass die Nahrungsmittel- und Faserversorgung der USA keineswegs bedroht sei. 1934 wurde von dem dem Innenministerium unterstehenden «Land Resources Board» ein Plan zur Aufforstung vorgelegt, und schon vorher war das «Civilian Conservation Corps» (CCC), der im Wesentlichen nach deutschem Muster organisierte Arbeitsdienst, in den bedrohten Gebieten zur Anlage von Terrassen in den erodierten Hügellandschaften eingesetzt worden. 1936 schliesslich wurde vom Kongress der «Soil Conservation and Domestic Allotment Act» beschlossen, durch den den Farmern der bedrohten Gebiete Mittel zum Kampf gegen die Bodenerosion zur Verfügung gestellt wurden. Sowohl die 500 Millionen Dollar, die zunächst für diesen Zweck bewilligt wurden, wie die Massnahmen des Innenministeriums und der Einsatz der GGG standen jedoch in keinem Verhältnis zu dem wahrhaft gigantischen Ausmass der Gefahr. Der Generalstab des New Deal vermochte mit Hilfe der wissenschaft-

¹ Report of the Presidents Research Committee on Social Trends, New York 1933

lichen Vorarbeiten der landwirtschaftlichen Hochschulen die Bedrohung, die bis dahin von keinem USA-Präsidenten als nationales Ereignis angesehen worden war, wohl zu erkennen, er vermochte auch die richtigen wissenschaftlichen Methoden anzuwenden, aber im Ganzen genommen blieben die Gegenmassnahmen im Stadium des Experiments stecken.

Schon in seinen Wahlreden hatte Roosevelt auf all diese drängenden Probleme hingewiesen, ein richtiger Anlauf war erfolgt, aber das durchgreifende nationale Programm der Bodenerhaltung blieb aus. Im Kongress weigerten sich die Vertreter derjenigen Staaten, die nicht zu den dringendsten Notgebieten gehörten, die Bodenfrage als so vordringlich anzusehen, wie sie in Wirklichkeit war. Der Oberste Bundesgerichtshof bestritt, dass landwirtschaftliche Probleme durch Bundesgesetz geregelt werden dürften, und behauptete, dies sei nach der Verfassung den Einzelstaaten vorbehalten. Infolgedessen musste man sich entschliessen, die Durchführung des «Soil Conservation Act» ab Januar 1938 den einzelnen Governors zu überlassen, wodurch ein schnelles und grosszügiges Handeln selbstverständlich nicht mehr möglich war. Die regionalistischen und partikularistischen Tendenzen, mit denen das New Deal auf allen Gebieten zu kämpfen hatte, traten vielleicht nirgends krasser als bei der Bodenfrage in Erscheinung. Wenn weite Gebiete plötzlich von einem neuen Unheil bedroht wurden, wie etwa der Mittelwesten von den Staubsturmkatastrophen 1934/35 oder die Staaten des Mississippibeckens von den verheerenden Hochwassern des Jahres 1937, war der Kongress wohl zu bewegen, gelegentlich auch grosse Geldmittel zur Verfügung zu stellen; ein sinnvolles Ineinandergreifen der einzelnen Massnahmen durch eine alle Widerstände brechende Gesamtplanung wurde jedoch durch das System der Demokratie immer wieder verhindert. Für den objektiven Beobachter mag die Engstirnigkeit des Kongresses, gewisser oppositioneller Governors der Einzelstaaten und der Interessentengruppen unverständlich erscheinen. Tatsächlich aber ist die Roosevelt-Regierung niemals in der Lage gewesen, diese Schranke zu überspringen, die ihrem Reformprogramm, auch dort, wo es dringendsten Notwendigkeiten entsprach, den Weg versperrten.

Dies sollte sich nirgends, fast wäre man geneigt zu sagen, tragischer erweisen als bei dem einzigen Projekt des New Deal, das seiner ganzen Anlage nach dazu geeignet schien, die erstarrten politischen und wirtschaftlichen Lebens- und Denkformen in den Vereinigten Staaten mit einem gewaltigen Ruck wirklich revolutionär zu durchbrechen. Wir meinen den grossen Versuch einer modernen Landschaftsgestaltung, der im Tale des Tennessee 1933 durch die «*Tennessee Valley Authority*» (TVA) begonnen wurde. Das Einzugsgebiet des Tennessee, das mit 41'000 Quadratmeilen ungefähr so gross ist wie die Ostmark, Oberbayern und Niederbayern zusammen, war seit langem das schlimmste Notstandsgebiet der USA. Die Lebensbedingungen, die wir in dieser Gegend noch fünf Jahre nach dem Einsetzen der TVA-Arbeit sahen, waren erschütternd. Das Schicksal der «Poor White», der armen Weissen in dieser Gegend, unterschied sich nicht mehr von dem der Neger, ja Tausenden von Negern in anderen Gegenden dürfte es weit besser gehen als vielen der zwei Millionen Einwohner des Tennesseegebietes. Hier nun beschloss der New Deal ein Probestück, ein «Metermass» («Yardstick») seiner Planung zu schaffen, das für die Landschaftsgestaltung des gesamten nordamerikanischen Kontinents vorbildlich und bahnbrechend sein sollte.

Am Mittellauf des Tennessee befand sich noch aus dem Weltkrieg das damals vom Bund errichtete Kraftwerk und die Stickstofffabrik von Muscle Shoals. Der Kongress hatte zweimal beschlossen, dass dieses Werk als Staatseigentum weiterbetrieben werden sollte. Coolidge und Hoover hatten dies aber durch ihr Veto verhindert, da sie der Überzeugung waren, dass die Bundesregierung keine Industriebetriebe in Besitz haben dürfte. Roosevelt übernahm sofort beide Werke, übertrug sie der TVA und stellte ihr die Aufgabe, ein ganzes System von Staudämmen zu errichten, die, hintereinander gestaffelt, von den Quellflüssen des Tennessee bis dicht an seine Mündung in den Ohio einander folgen sollten. Elf solcher Riesendämme sollten die immer wiederkehrende Überschwemmung an der Mündung des Ohio und des Mississippi verhindern, die zu einem wesentlichen Teil auf die Wassermassen zurückzuführen sind, die der Tennessee beiden Strömen zubringt.

Dies war der Anlass. Bis zur Errichtung der TVA war die Sorge für die Regulierung des Flusses und der Erosionsschäden rings an seinen Ufern den sieben Staaten zugefallen, die er durchläuft. Das wurde nun der TVA übertragen. Als unabhängige Bundesbehörde sollte sie praktisch für das ganze Schicksal einer Grosslandschaft verantwortlich sein. Neben die Aufgabe der Hochwasserregulierung traten nämlich sofort andere, nicht minder wichtige Aufgaben. Als man in Washington mit dem Aufbau des TVA-Programms begann, sagte man sich, dass man es kaum verantworten könne, 500 Millionen Dollar für die Erbauung der elf Dämme auszugeben, wenn man nicht gleichzeitig die dabei anfallende Wasserkraft ausnützen würde. Damit aber wurde das Problem politisch; denn die Erzeugung von Elektrizität war bisher ausschliesslich Sache von Privatgesellschaften, die Staudämme (unter anderem auch einen am Tennessee) nach ihrem privaten Gutdünken errichtete, um die gewonnene Elektrizität in der umliegenden Gegend verkaufen zu können. Diese Privatgesellschaften sahen in der TVA plötzlich eine staatliche Konkurrenz entstehen. Sie beschlossen sie um jeden Preis zu bekämpfen.

Die TVA begann alsbald mit dem Schlagwort «Elektrizität für alle» in ihrem Gebiet eine gewaltige Propaganda zu entfalten. Die Strompreise ihrer ersten fertiggestellten Kraftwerke unterboten die privaten um mehr als 50 v. H. Dies Schlagwort «Elektrizität für alle» kann man nur verstehen, wenn man im Tennesseeetal mehrfach nachts grössere Strecken mit dem Auto gefahren ist. Fast nirgends in jenen armseligen Farmerhütten kann man elektrisches Licht entdecken. Hier herrscht noch die Ölfunzel. Neun Millionen Farmhäuser hatten 1937 in den Vereinigten Staaten noch keinen Anschluss an elektrische Leitungen. In den Staaten des Tennesseegebiets waren nach einer Zählung von 1930 weniger als drei v. H. der Farmer elektrifiziert! Zu den Strompreisen der Privatgesellschaften war eine Ausdehnung der Elektrifizierung so gut wie ausgeschlossen; das bedeutete, dass eine zeitgemässe Verwertung der Milchprodukte in diesem heissen Klima nur bedingt möglich war, und dies war wiederum einer der Gründe, weshalb man von der die Erosion verhütenden Gras- und Viehwirtschaft zu dem gefährlichen Mais-

oder Baumwollanbau übergegangen war, durch den die Vernichtung so weiter Landstrecken durch Wassererosion möglich geworden ist. So schliesst sich der Kreis. Ohne Elektrizität keine Viehwirtschaft, ohne Viehwirtschaft kein Grasanbau, ohne Gras: Erosion und Kulturtod.

Um die TVA gruppierte sich infolgedessen ein ganzer Stab von Sonderorganisationen für die planmässige Aufforstung, Terrassierung (nach diesen Plänen würden weite USA-Landstriche später einmal den Terrassenkulturen der chinesischen Lössgebiete gleichen), für die Beratung der Landwirte zur Einführung einer richtigen Fruchtfolge und für die Heranziehung neuer Handwerker und von Kleinindustrie auf Grund des billigen Stromes. Hier schien in der Tat ein neues, zukunftsreiches Amerika entstehen zu wollen. Nirgends in den Vereinigten Staaten sind wir auf einer ausgedehnten Reise auf einen ähnlichen Einsatzwillen gestossen. Ein Unternehmen war mit der TVA im Entstehen begriffen, das im Rahmen des übrigen New Deal wie ein eigenartiger Fremdkörper wirkte. Nur ein Bruchteil der Amerikaner war sich darüber klar, dass dieses «Probestück», in dem zum erstenmal der Versuch einer wirklichen Gemeinschaftsleistung gemacht wurde, die weittragendsten Folgen haben können. Das Gebiet der TVA begann sich etwa um das Jahr 1938 zu einer «Bundesprovinz» zu entwickeln.

Schon hatte der greise Senator Norris, der vor allem hinter dem TVA-Projekt stand, einen Gesetzesvorschlag eingebracht, der auf die Einteilung der Vereinigten Staaten in ein System von sieben grossen Bundeskraftprovinzen hinauslief. Ebenso wie das Tennesseeetalgebiet die Grenzen der Einzelstaaten überschneidet, sollten diese sieben Kraftprovinzen nun auch nach dem Gesichtspunkt der grossen natürlichen Landschaften zueinandergeordnet werden. In jeder dieser Kraftprovinzen sollte eine riesige Staudammanlage Lebensnerv und Zentrum der künftigen wirtschaftlichen Entwicklung sein. Die im Westen entstandenen grossen Dammanlagen schienen eine solche Entwicklung vorzubereiten. Aussichten eröffneten sich, vor denen das bisherige Programm des New Deal als kümmerliches Stückwerk erscheinen musste.

Hier aber setzte das Grosskapital zum entscheidenden Angriff an.

Und, um das Ergebnis vorwegzunehmen, es siegte auf der ganzen Linie. Roosevelt, der entweder die Konsequenzen des TVA-Programms nicht begriffen hatte, oder aber, was weit wahrscheinlicher ist, diese Konsequenzen überhaupt nicht wünschte, wich zurück. Die für einen Augenblick über dem dunkel verhangenen amerikanischen Himmel gelichteten Wolken schoben sich dichter denn je zusammen. Das Probestück sollte für unabsehbare Zeiten ein Bruchstück bleiben, das für die Gesamtentwicklung der USA ohne wesentliche Bedeutung ist. Das Finanzkapital der Elektrizitätsindustrie vertritt die Interessen von mindestens zwölf Milliarden Dollar. Es ist in gewaltigen Holdinggesellschaften zusammengefasst, in denen die Betriebe ohne Rücksicht auf ihre geographische Lage und auf die sonstigen allgömeinwirtschaftlichen Bedingungen miteinander verbunden sind. In der Periode Hoovers erst war die phantastischste dieser Holdinggesellschaften der Elektrizitätswirtschaft, die des Juden Samuel Insull, der nicht weniger als 61 einzelne Gesellschaften kontrollierte, in einem gewaltigen Skandal verkracht. Trotzdem konnten es die Kapitalisten der Elektrizitätsindustrie wagen, sich dem TVA-Programm unter Einsatz ihrer ganzen Macht entgegenzustellen, ohne dass sie von der Empörung des Volkes zurückgeschlagen wurden!

Aber gibt es in unserem Sinne überhaupt ein Volk in USA? Die Roosevelt-Regierung jedenfalls entschloss sich zuju Paktieren. Das Elektrizitätskapital bestach zunächst den von Washington eingesetzten Vorsitzenden der TVA, einen gewissen Arthur E. Morgan. Seine Mitdirektoren bezichtigten ihn vor einer Kongresskommission offen der Sabotage an der TVA im Interesse der privaten Kraftgesellschaften¹. Morgan (er hat mit der Bankierfamilie Morgan nichts zu tun) erklärte plötzlich, der billige Strompreis der TVA sei eine rein propagandistische Massnahme und beruhe auf keiner Rentabilitätsrechnung. Nachdem auf diese Weise der Boden vorbereitet war, führte Wendell Willkie, der Präsident der mächtigen «Commonwealth and Southern»-Elektrizitätsgesellschaft, den entscheidenden Schlag gegen die TVA und die staatliche Planung der Elektrizitätswirtschaft. Er erklärte sich bereit, an die TVA

¹ New York Times vom 27. Mai 1938

einige von seiner Gesellschaft kontrollierte Kraftwerke im Tennesseeetal zu verkaufen, um dadurch in diesem Gebiet eine einheitliche Planung zu ermöglichen, aber nur unter der Bedingung, dass die Regierung zustimme, dass weder eine weitere Ausbreitung der TVA, noch eine Wiederholung des Experiments in anderen Gegenden in Betracht käme¹. Der Handel kam tatsächlich im Frühsommer 1938 zustande. Die Regierung erklärte sich mit den von Willkie – als dem Interessenvertreter der zwölf Milliarden Dollar Elektrizitätskapital – aufgestellten Bedingungen einverstanden. Die Reichweite der TVA wurde endgültig begrenzt. Das grosse Projekt des Senator Norris, der Errichtung von sieben Kraftprovinzen, versank lautlos in den Archiven des Kongresses.

Roosevelt, der nach seinem zweiten Amtsantritt 1937 im Prinzip für dieses Projekt eingetreten war, liess plötzlich nichts mehr von sich hören. Warum und weshalb wird wohl eine spätere Geschichtsschreibung erst völlig aufdecken. Im Tennesseeetal wurde die bereits bestehende Organisation nach dem vorhandenen Plan weiter ausgebaut, aber dabei hatte es sein Bewenden. Willkie schliesslich erreichte es, dass die «Commonwealth and Southern» für ihre Kraftwerke im Tennesseeetal 78,6 Millionen Dollar erhielt, obwohl die Schätzer der Bundesregierung ihren Wert nur auf 55 Millionen beziffert hatten. Diese 23 Millionen Dollar mehr, die der amerikanische Steuerzahler an die Gesellschaften des Mr. Willkie bezahlen musste, haben nicht gehindert, dass zwei Jahre später derselbe Mann als Republikanischer Präsidentschaftskandidat auftrat. Es war im höchsten Mass eigenartig, dass die Demokraten die Rolle Willkies im Kampf gegen die TVA im Wahlkampf nur sehr geringfügig auswerteten. Alles spricht dafür, dass das Probestück TVA ein Probestück dafür gewesen ist, dass die massgebenden Kräfte des New Deal den Mitteln und Lockungen nicht widerstehen konnten, die die Hochfinanz auszuspielen wusste. Das höchst eigenartige Verhältnis Roosevelt-Willkie, das sich dann 1940/41 vor den Augen der erstaunten Öffentlichkeit zu entwickeln begann, mag Hintergründe haben, die die Amerikaner sehr erstaunen würden, wüssten sie sie.

¹ New York Times vom 15. Mai 1938

Anfang Juli 1937 hatte Roosevelt in einer Botschaft an den Kongress über regionale Planungen erklärt: «Die Wasserkräfte der Nation müssen vor privaten Monopolbetrieben geschützt und zum Wohle des Volkes verwandt werden.» Ein Jahr später liess er es zu, dass die kraftvollen Ansätze einer neuen regionalen Planung, für die er selbst eingetreten war, durch das private Monopolkapital vernichtet wurden. 1936, vor der zweiten Roosevelt-Wahl hatte Wallace geschrieben: «Vielleicht die schärfste Anklage, die gegen das kapitalistische System erhoben werden kann, ist die Art und Weise, in der der entfesselte Individualismus sich bei der Ausbeutung der natürlichen Grundlagen auswirkt: So nämlich, dass die physischen Unterlagen des ewigen nationalen Lebens zerstört werden.» Wallace erinnerte damals an Nordwestchina und Kleinasien als warnende Beispiele¹. Im Jahre 1940 aber stellten Albertson und Waver, zwei amerikanische Gelehrte, fest, dass sich der Staubkessel im amerikanischen Mittelwesten in den vier letzten Jahren um Hunderte von Quadratmeilen vergrössert und dass die am schlimmsten mitgenommenen Gegenden einen völlig wüstenartigen Charakter angenommen hatten. Im Mittelpunkt der sich neubildenden Wüste sei der Erdboden mit drei Fuss hohen Staubdünen bedeckt, Disteln und Kakteen seien die einzigen Pflanzen, die dort noch wachsen. Dieser Bericht der «American Association for the Advancement of Science» war in der Tat ein vernichtendes Urteil über sieben Jahre New Deal. Programme waren entworfen worden. In kleinem Stil und manchmal auch in grösserem Ausmass hatte man hier und dort experimentiert, aber die entscheidenden Grundprobleme waren kaum einen Schritt der Lösung näher gekommen. Es war dies just jene Zeit, in der die Führung der Vereinigten Staaten sich anschickte zu verkünden, dass der amerikanische Lebensstil der erstrebenswerteste Zustand für alle Welt sei.

Doch sind wir der Entwicklung der Dinge vorausgeeilt. Um die Jahreswende 1936/37 schon traf das Ereignis ein, durch das Präsident Roose-

¹ Henry Wallace, *Whose Constitution?*, a. a. O.

velt sich endgültig gezwungen sah, den bisherigen Weg des New Deal zu verlassen, um sich als Matador auf die Bühne der Weltpolitik zu begeben.

Die Gesetzgebung des New Deal besass im Ganzen, wie wir gezeigt haben, nichts Revolutionäres oder gar Ausserordentliches. Mit dürren Worten gesagt, handelte es sich lediglich darum, dass die Vereinigten Staaten im grossen Umformungsprozess, der über die Welt ging, sich den Bedingungen angleichen mussten, unter denen sie nun zu leben gezwungen waren. Dass der Staat hierbei sich beständig grössere Rechte sichern musste, war nicht mehr als selbstverständlich. Das Ergebnis der Eingriffe des New Deal in die Wirtschaft entsprach nur etwa dem Zustand, der in den liberal-demokratischen Staaten Europas längst bestand. Und dennoch widersprach dieses Experiment offensichtlich der zum amerikanischen Mythos verdichteten Tradition. Das Volk sowohl wie der Kongress, die nur das Nächstliegende sahen – die Überwindung der Krise – waren sich dessen in den ersten Jahren des New Deal nur unklar bewusst. Hier aber trat nun der *Oberste Gerichtshof* der Vereinigten Staaten in die Schranken und warf sich zum Hüter der Verfassung, der Tradition und damit schliesslich des erstarrten amerikanischen Mythos auf. Fast die gesamte Gesetzgebung der ersten vier Jahre New Deal wurde vom Obersten Gerichtshof unerbitterlich verworfen. Das auf der Lehre der Gewaltenteilung von Montesquieu aufgebaute Verfassungsprinzip der Vereinigten Staaten fiel dem Präsidenten und seinem Kreis machtvoll in den Arm. Dem Präsidenten ist die Exekutive übertragen, dem Kongress die Gesetzgebung und dem Obersten Gerichtshof die staatsrechtliche Überwachung, ob Verwaltung und Gesetzgebung sich mit der Verfassung in Einklang befinden. Alle grossen staatsrechtlichen Fragen, wie die Streitigkeiten zwischen Bund und Einzelstaaten sowie zwischen den Einzelstaaten untereinander, und vor allem die Frage, wie weit die Zuständigkeit der Bundesgesetzgebung reicht, wird von ihm entschieden. Seine neun Mitglieder haben sich im Laufe von anderthalb Jahrhunderten ein derartiges Ansehen erworben, dass sie gewissermassen die Verfassung selbst verkörpern.

Der Oberste Gerichtshof, den Roosevelt vorfand, als er ins Weisse

Haus einzog, bildete indes keine Einheit. Auf der einen Seite standen vier alte Herren, die in der Tradition der Vereinigten Staaten etwas Unantastbares sahen. Als sture Republikaner hatten sie alle eine Vergangenheit, die sie in irgendeiner Form mit dem schnellen Emporwachsen des Finanzkapitalismus verband. Auf der anderen Seite stand eine Minderheit von drei Bundesrichtern, von denen zwei durch Wilson in den Obersten Gerichtshof entsandt worden waren: die Juden Brandeis und Cardozo. Der dritte, Harlan Stone, war von Coolidge ernannt worden (er ist von Roosevelt im Juni 1941 zum Chief Justice, zum Vorsitzenden des Obersten Gerichtshofs befördert worden). In der Mitte stand der Chief Justice Hughes zusammen mit dem ebenfalls gemässigten Bundesrichter Roberts. Da der Oberste Gerichtshof mit Mehrheitsbeschluss entscheidet, war die Stellungnahme von Hughes und Roberts ausschlaggebend. Viele Urteile gegen das New Deal wurden mit fünf gegen vier Stimmen vom Obersten Gerichtshof entschieden. Ein einigermassen groteskes System, das allen Zufällen Tür und Tor offen lässt! Und dies um so mehr, als die obersten Bundesrichter ja schliesslich ebenfalls aus den beiden Parteimaschinen hervorgegangen sind.

Einer von Hughes Vorgängern war der frühere Republikanische Präsident Taft. Hughes selbst war vordem Governor von New York, später Republikanischer Präsidentschaftskandidat und unter Harding und Coolidge Staatssekretär (1921-1925) gewesen. Eine majestätische und respektheischende Erscheinung, wusste er während der nun folgenden heftigen Kämpfe eine olympische Atmosphäre um sich zu schaffen, die die Auseinandersetzung zwischen dem Obersten Gerichtshof und Roosevelt noch schwieriger gestaltete. Wie Donnerkeile fielen denn auch die Schläge aus dem tempelartigen Gebäude des Obersten Gerichtshofs, dessen marmorene Prunkfassade die überladene Symbolik des dekadenten Rom mit plutokratisch-amerikanischem Geschmack vereinigt. In Hughes schien sich noch einmal die ganze Kraft des amerikanischen Traditionalismus zusammenzuballen. Es darf dabei allerdings nicht übersehen werden, dass er 1916 als Republikanischer Präsidentschaftskandidat von der Morgan- und Rockefeller-Gruppe gemeinsam finanziert worden war und dass er nach seiner Niederlage prompt zum Ersten

Rechtsberater der Standard-Oil-Gesellschaften ernannt wurde. Hoover hatte ihn 1930 zum Chief Justice erhoben, nachdem er nach seiner Tätigkeit als Staatssekretär sogar noch einmal den Weg zur Standard Oil zurückgefunden hatte. Seine Karriere war also eng mit dem Finanzkapital verbunden gewesen.

Nachdem im Februar 1935 das sogenannte Goldklauselurteil dem Obersten Gerichtshof bereits als Auftakt der New Deal-feindlichen Entscheidungen gedient hatte, wurde am 6. Mai ein Pensionsgesetz für Eisenbahnbeamte für ungültig erklärt, und zwar, weil es einen Gegenstand behandelte, der nach Ansicht des Obersten Gerichtshofs nur durch die Einzelstaaten, nicht durch den Bund geregelt werden durfte. Dieses Prinzip sollte dann in allen späteren Urteilen des Obersten Gerichtshofs wiederholt werden. Es warf sich zum Beschützer der *Rechte der Einzelstaaten* auf, da sie für all das zuständig seien, was nicht ausdrücklich in der Verfassung dem Bund vorbehalten sei. Wir haben dieses Prinzip bereits als einen ständig wiederkehrenden Bestandteil des amerikanischen Mythos kennengelernt. Der Oberste Gerichtshof wollte also unter allen Umständen die bisher herrschende Tradition der negativen Regierungspolitik aufrechterhalten. Im Übrigen sah die Mehrheit der Bundesrichter ihren Auftrag darin, amerikanische Bürger vor einer Beeinträchtigung ihres Eigentumsrechts zu schützen. Im Falle des Eisenbahnpensionsgesetzes waren diese «amerikanischen Bürger» die riesigen kapitalistischen Eisenbahngesellschaften. Der Oberste Gerichtshof behauptete, das Gesetz sei «der Versuch, eine bestimmte Klasse von Arbeitnehmern vor Alterssorgen zu bewahren, indem man die Rechte des privaten Eigentums in einer Weise beeinträchtigt, durch die die Eisenbahngesellschaften ihre Pflichten dem Publikum gegenüber im zwischenstaatlichen Verkehr nicht mehr erfüllen könnten.» Diese Gesetzgebung lag also auf derselben Linie wie Hoovers Ablehnung einer Arbeitslosenunterstützung, als das Land bereits über zwölf Millionen Arbeitslose hatte.

Ebenfalls im Mai 1935 wurde dann aus Anlass eines belanglosen Einzelfalles die NIRA-Gesetzgebung durch den Obersten Gerichtshof einstimmig ausser Kraft gesetzt. In diesem Falle stimmte auch Brandeis

mit den übrigen Richtern, da dieser Teil des New Deal, wie wir bereits ausgeführt haben, seiner Theorie von der Notwendigkeit der Auflösung der amerikanischen Wirtschaft in Kleinbetriebe widersprach. Anfang Januar 1936 wurde dann der «Agricultural Adjustment Act» als ungesetzlich erklärt. Auch hier sprach sich die Mehrheit des Gerichtshofs dahin aus, dass die Regulierung und Kontrolle der landwirtschaftlichen Produktion ausschliesslich den Einzelstaaten zustehe und dass der Kongress für derartige Zwecke kein Geld für Prämien ausgeben dürfe, das aus allgemeinen Steuermitteln aufgebracht worden sei. Diese Entscheidung erfolgte in einem Augenblick, in dem ein erheblicher Teil der amerikanischen Farmer durch die Überschuldung nicht mehr Eigentümer ihres Landes, sondern tatsächlich nur noch Pächter waren, die in ihren verfallenen Farmhäusern von den Banken und Versicherungsgesellschaften gerade noch geduldet wurden.

Der Gerichtshof beschuldigte Präsident und Kongress der ungesetzlichen Verfassungsüberschreitung durch eine Ausdehnung der Bundesgewalt, die dem Geist der Verfassung widerspreche, die auf den Rechten der Einzelstaaten aufgebaut sei. Die Demokratie führte sich damit selbst ad absurdum. Ein Staat, in dem die letzte Entscheidungsgewalt schliesslich auf ein Richterkollegium fällt, das noch dazu unabsetzbar ist und dessen Mitglieder auf Lebenszeit gewählt sind, kann den komplizierten Tatbeständen unserer heutigen Zeit niemals gerecht werden. Roosevelt musste plötzlich erkennen, dass ihm durch die olympischen Donnerkeile aus dem Marmorgebäude am anderen Ende der Pennsylvania-Avenue der Weg für eine Reform überhaupt versperrt wurde. Grollend erklärte er auf seiner Pressekonferenz, der Oberste Gerichtshof habe die Verfassung im Lichte der «horse and buggy»-Tage ausgelegt, im Lichte einer Epoche also, in der Pferd und Planwagen das amerikanische Leben beherrschten.

Der Oberste Gerichtshof war gewiss in seiner Mehrheit mit jenem Teil des Finanzkapitals verbündet, der in Roosevelt eine Gefahr für die herrschenden Schichten sah, so wenig berechtigt dies auch in Wirklichkeit war. Darüber hinaus aber entstanden diese Urteile aus der Überzeugung,

dass prinzipiell überhaupt jede Angleichung der amerikanischen Gesetzgebung an den Zustand, in dem die Nation jetzt lebte, zu verwerfen war. Die alten Herren glaubten, dass die Krise nur eine Oberflächenerscheinung sei, die automatisch durch das freie Spiel der Kräfte wieder verschwinden würde. Das milde Reformprogramm des New Deal erschien ihnen bereits als «unamerikanisch». Der Zusammenstoß Roosevelts mit dem amerikanischen Mythos war nunmehr erfolgt. Ehe er sich versehen hatte, war er an die Grenzen gestossen, die die amerikanische Demokratie, die der «American dream» vor jeglichen neuen Gedanken, auch wenn sie sich aus unausweichlichen Zwangslagen ergeben, aufgerichtet hat. Durch das New Deal selbst wären auch ohne das Zutreten des Obersten Gerichtshofes die grundlegenden Fragen der Neuformung der amerikanischen Wirtschaft und Gesellschaft niemals gelöst worden. Nun aber kam zu allem Überfluss noch hinzu, dass das New Deal ein Opfer des erstarrten Amerikanismus wurde.

Um die Zeit, da Roosevelt im Jahre 1936 die Vorbereitungen für seinen zweiten Wahlkampf traf, verschwanden die bis dahin massgebenden Mitglieder des Gehirntrusts aus der Umgebung des Weissen Hauses. Sie wurden durch radikalere Berater abgelöst. Zunächst noch unbemerkt vom breiten Publikum entstand der zweite Gehirntrust. Ungefähr von diesem Zeitpunkt ab gewinnen die Schüler des jüdischen Professors Felix Frankfurter in der Verwaltung in Washington und in der Umgebung des Weissen Hauses das Übergewicht. Dies beruhte nicht auf Zufall. Es ist vielmehr das Ergebnis eines seit langem sorgfältig ausgedachten Planes, durch den sich Frankfurter eine der wichtigsten Schlüsselpositionen in den Vereinigten Staaten zu sichern wusste.

Felix Frankfurter, seit Januar 1939 Mitglied des Obersten Gerichtshofs der USA, ist 1882 in Wien geboren. 1894 kam er nach New York. Zwölf Jahre später verlässt er die Harvard-Universität, wo ihn Brandeis als brauchbaren Zögling entdeckt hatte. Im Jahre 1906 bereits wurde

Henry L. Stimson, der spätere Staatssekretär unter Hoover und Kriegsminister unter Roosevelt, auf ihn aufmerksam. Stimson war damals gerade Staatsanwalt in New York geworden. Im Auftrage Theodore Roosevelts, dem Frankfurter ebenfalls bald zugeführt wurde, baute er dieses Amt zu einer umfangreichen Institution aus, die bei dem Kampf gegen die Trusts, der damals geführt wurde, eine Rolle spielte. Stimson kam auf diese Weise mit dem Hause Morgan, das er bekämpfen sollte, in Berührung, wurde aber alsbald einer der politischen Sachwalter der Morgan-Gruppe. Frankfurter fuhr in seinem Kielwasser. Als Stimson 1911 Kriegsminister wurde, nahm er Frankfurter in das Ministerium mit sich. Schon damals war sein Einfluss als der engste Berater des Kriegsministers bedeutend.

Als Frankfurter dann 1914 zum Professor in Harvard ernannt wurde, begann er bereits alle Ämter in Washington mit seinen Schülern zu durchsetzen und hieraus ein System zu machen. 1917 wurde er selbst Beigeordneter Staatssekretär im Kriegsministerium und schliesslich Vorsitzender des Kriegsarbeitsamtes. Um diese Zeit trifft er mit Franklin Roosevelt zusammen und zieht ihn in den Umkreis des Salons, den er mit Frau Frankfurter in Washington unterhielt und in dem sich zu jener Zeit schon die wichtigsten Minister wie auch englische Diplomaten und reiche jüdische Bankiers trafen.

Die Freundschaft zwischen Frankfurter und Roosevelt ist seitdem niemals mehr unterbrochen worden. War es der Jude Rosenman, der den ersten Gehirntumor auswählte, so fiel Frankfurter die viel umfassendere Aufgabe zu, nicht nur für den Präsidenten, sondern für alle grossen Regierungsämter in Washington geeignete Berater auszusuchen. Hierauf aber war Frankfurter seit langem eingerichtet. Schon vor dem Weltkrieg war er zu dem Schluss gekommen, dass die amerikanische Beamtenorganisation denkbar ungenügend war. Er nahm sich als massgebendes Vorbild den britischen Civil Service, den er mit Unterstützung von Harold Laski, einem jüdischen Professor in London, studierte. Er erkannte hierbei, dass in einem grossen Beamtenapparat demjenigen riesige Macht zufallen müsse, der die Schlüsselpositionen zu besetzen ver-

mag. In England war dies durch die «hundert Familien» der Hocharistokratie seit langem mit Geschick geschehen. Konnte der Aufbau eines neuen Verwaltungssystems in USA nicht demjenigen, dem diese Aufgabe zufiel, einen fast unbeschränkten Einfluss sichern? Einen Einfluss, der selbst den der Hochfinanz in den Schatten stellen konnte?

Frankfurter beschloss seine theoretischen Studien praktisch anzuwenden. Sein Seminar in der Harvard-Universität wurde eine Kükensfarm für fähige junge Leute, die Frankfurter auf Grund der ihm nun zur Verfügung stehenden Beziehungen in wichtige Positionen schob. Dadurch, so rechnete er sich aus, konnte er im Laufe der Zeit wie eine Spinne im Netz seine Fäden nach allen Seiten ausdehnen. Zuerst versorgte er Brandeis und andere oberste Bundesrichter mit Sekretären. Als der Jude Eugene Meyer 1932 von Hoover zum Präsidenten der Reconstruction Finance Corporation gemacht wurde, mit der damals die Depression bekämpft werden sollte, stellte ihm Frankfurter beinahe seinen gesamten Stab. Die bereits unter Henry Stimson begonnene Praxis der Stellenvermittlung dehnte sich unabsehbar aus und – dieses Stellungsvermittlungsbüro verschaffte dem scheinbar harmlos hinter seinen Büchern vergrabenen Harvard-Professor eine unheimliche Bedeutung. Seine Leute sassen überall, und die meisten seiner Leute waren Juden.

So übernimmt Frankfurter für Roosevelt die Doppelrolle des Ratgebers und des geheimen Personalchefs für das New Deal. Wo immer neue Leute gebraucht wurden, wandte man sich an Frankfurter, und Frankfurter hatte sie zur Verfügung. Die beiden besten Pferde in seinem Stall waren zwei junge Rechtsanwälte: Tom Corcoran, ein blauäugiger, temperamentvoller Ire (Jahrgang 1900), und Ben Cohen, ein schweigsamer, etwas professoral wirkender Jude ungefähr des gleichen Alters. Nach verschiedenen Umwegen «verkaufte» Frankfurter diese beiden an den damaligen intimsten Berater Roosevelts, den Professor Moley, der sie alsbald für die Abfassung von Präsidentenreden und von Gesetzentwürfen einsetzte. Corcoran und Cohen arbeiteten wie siamesische Zwillinge: Corcoran geschäftig im Vordergrund, Cohen als die Gedanken-

maschine im Hintergrund. Ungefähr zwei Jahre nach ihrer Bekanntschaft mit Moley hatten sie ihn mit Frankfurters Hilfe aus dem Weissen Hause verdrängt. «Tommy the Cork», wie er von Roosevelt genannt wird, war nun zum ständigen Berater des Präsidenten aufgestiegen. Zusammen mit Hopkins, Innenminister Ickes und Generalstaatsanwalt Jackson (jetzt ebenfalls im Obersten Gerichtshof) bildeten sie den innersten Kreis des New Deal. Frankfurter sparte sich selbst (ebenso wie Rosenman) für grosse Aufgaben auf. Es genügte, dass seine jungen Leute täglich das Ohr des Präsidenten hatten.

Corcoran und Cohen sind indes nur die bekanntesten von Frankfurters «Young Boys», die die Organisation des New Deal zu beherrschen begannen. Die amerikanischen Journalisten Alsop und Kintner schätzen, dass mindestens drei- bis vierhundert «Frankfurter Würstchen» in die wie in einem Treibhaus aufschliessende Bürokratie des New Deal hineingesetzt wurden. In allen Ministerien wie in den neuen New Deal-Organisationen nehmen sie im Allgemeinen den Posten des an zweiter und dritter Stelle Verantwortlichen ein. Nach aussen hin werden bekannte Politiker der Demokratischen Partei vom Präsidenten aus taktischen Gründen vorgeschoben, die Richtung aber bestimmen diese dreihundert bis vierhundert New-Dealer, deren Mittelpunkt Corcoran ist, der wiederum seine allgemeinen Richtlinien von Frankfurter erhält. Einige Namen mögen als Beispiel für die Zusammensetzung dieser Avantgarde Frankfurters genügen: Isador Lubin wird der wichtigste Mitarbeiter von Frau Perkins im Arbeitsministerium, der ebenfalls jüdische James Landis wird in die Reconstruction Finance Corporation geschoben. Der Jude Oliphant wird die rechte Hand des Schatzsekretärs Henry Morgenthau, dem der Kreis des New Deal trotz seiner jüdischen Abstammung nicht ganz traut. Mordecai Ezechiel kommt zu Wallace ins Landwirtschaftsministerium, in dem er alsbald die wichtigsten Agrargesetze entwirft.

In das Innenministerium placieren Frankfurter und Corcoran ganze Scharen ihrer Leute, vor allem in die Public Works Administration. Dasselbe gilt natürlich für die WPA und schliesslich sogar für das konservative State Department, wo Hull, kein Freund des New Deal, sich aller-

dings verhältnismässig zugeknöpft zeigt. Ihm wird als Beigeordneter Unterstaatssekretär der vordem bereits in der Finanzpolitik des New Deal bewährte Berle zugeteilt, der ebenso wie der spätere Botschafter in London G. Winant zum engsten Schülerkreise Frankfurters gehört. Wir könnten diese Liste über Seiten fortsetzen. Das System tritt indes deutlich genug hervor. Roosevelt selbst verlor natürlich sehr bald den Überblick über diese zahllosen Pflanzstätten Frankfurters. Durch sein Amt und die Macht aus der Schar der New-Dealer herausgehoben, wurde er in vielen Fällen zum Spielball der Intrigen seiner Untergebenen und Berater. Die Atmosphäre von Washington, die früher durch die Lobbies der Hochfinanz und von Big Business bestimmt war, wurde nun vollends undurchsichtig. In einem kleinen roten Haus an der Ecke von R-Street, in dem Corcoran sein Hauptquartier aufgeschlagen hatte, wurde die Politik entworfen, die der Präsident später ausführte. Die Machtstellung, die sich Frankfurter auf diese Weise geschaffen hat, kann kaum gross genug eingeschätzt werden. Man hat ihn den mächtigsten Mann in den USA genannt – mit Recht! Der Präsident war von früh bis spät mit seinen Leuten umgeben, die ihm seine Meinung ins Ohr bliesen.

Die geistige Unselbständigkeit Roosevelts, seine Abneigung gegen scharfe gedankliche Durcharbeitung schwieriger Probleme, seine Gewohnheit, sich Reden durch Dritte schreiben zu lassen, dies alles war den Bestrebungen Frankfurters, der geheime Herrscher der Vereinigten Staaten zu werden, überaus dienlich. Wir wissen nicht genau, welche Rolle den Logen hierbei zukommt, doch dürfte sie nicht gering sein. Tatsache war jedenfalls, dass schon bald für jeden, der beim Präsidenten etwas erreichen wollte, die Notwendigkeit bestand, sich mit Frankfurter gut zu stellen.

Dieses System musste selbstverständlich den Senatoren und Abgeordneten der Demokratischen Parteimaschine mit der Zeit unheimlich werden. Sie sahen den Präsidenten inmitten einer Gruppe von Männern, die bis auf wenige Ausnahmen keinerlei politische Verantwortung trugen, die aber dennoch die Politik des Landes völlig beherrschten. Das musste zu Schwierigkeiten führen, wie auch das hinter Roosevelt stehende

Grosskapital der Warenhäuser und der Leichtindustrie misstrauisch zu werden begann, soweit es nicht zu den «Eingeweihten» gehörte, da eine grosse Zahl der von Frankfurter nach Washington gebrachten Rechtskundigen gleichzeitig eine führende Rolle in politischen Organisationen spielten, deren kommunistische Neigungen allgemein bekannt waren. Wir haben damit jenes Stadium erreicht, in dem Roosevelt für kurze Zeit den Versuch machte, seine eigene Machtstellung und das New Deal durch das Aufgreifen von antikapitalistischen Parolen vor dem drohenden Zerfall zu bewahren. Corcoran und Cohen, Hopkins und Ickes waren weit extremere Ratgeber als Moley und der erste Gehirntrust. Es war dieser Kreis, der den Präsidenten anstachelte, er solle den Kampf mit dem lästigen Obersten Gerichtshof, koste was es wolle, aufnehmen.

Als Roosevelt im November 1936 von Hyde Park nach der Wahl nach Washington zurückkehrte, glich sein Einzug in der Hauptstadt beinahe einem altrömischen Triumph. Hatte er 1932 eine Mehrheit von 7 Millionen Stimmen erreicht, so war sie nun auf 11 Millionen gestiegen. Es hätte nur noch gefehlt, so schrieb damals ein amerikanischer Beobachter, dass der geschlagene republikanische Präsidentschaftskandidat Landon in Ketten hinter dem Wagen des Präsidenten dem jubelnden Volke gezeigt wurde. Die Demokraten besaßen die stärkste Mehrheit, über die seit dem Bürgerkrieg jemals eine Partei verfügt hatte. Nur in zwei Staaten waren die Republikaner bei der Präsidentschaftswahl in der Überzahl gewesen. Roosevelt sah in diesem überwältigenden Wahlerfolg das Mandat der amerikanischen Nation, den mit dem New Deal begonnenen Kurs unbeirrt weiter zu steuern. Er glaubte nun ähnlich wie die europäischen Volksführer ein geeintes Volk hinter sich zu haben. Theoretisch gab es kaum mehr eine Macht in den Vereinigten Staaten, die ihn hindern konnte, das Reformtempo der ersten hundert Tage von 1933 auf die nun vor ihm liegenden vier Jahre auszudehnen. Durch die Wahl von 1936 fühlte sich Roosevelt zum erstenmal als der unumschränkte Herr des

nordamerikanischen Kontinents. Das Volk, so glaubte er, hatte bestätigt, dass seine Präsidentschaft ein Wendepunkt in der amerikanischen Geschichte werden sollte.

Den kurzen Zwischenraum bis zum neuen Amtsantritt benützte er zu einer Reise nach Südamerika, die unter dem Schlagwort der «guten Nachbarschaft» als ein riesiges Propagandaunternehmen in Szene gesetzt wurde. Nach seiner Rückkehr schwirrten die intimen Berater eifriger denn je um das Weisse Haus. Auf einer kurzen Sitzung teilte er den demokratischen Parteiführern mit, dass die Session des neuen Kongresses das grösste Reformwerk durchzuführen haben werde, das die Vereinigten Staaten bisher gesehen haben. In kurzen Strichen skizzierte er sein Programm. Die erstaunten Parteiführer nahmen zur Kenntnis, dass der Präsident keine Diskussion darüber zuliess, ja, dass er auch keine Einzelheiten bekanntgab. In dem wiedergewählten Roosevelt sahen sie sich unvermutet einem Diktator gegenüber. Und in dieser Richtung gingen auch unbestreitbar die wichtigsten Gesetze, die Roosevelt binnen weniger Monate durchpeitschen wollte. Neben der bereits erwähnten Ausdehnung des Prinzips der TVA auf die ganzen Vereinigten Staaten sollte ein Lohn- und Arbeitszeitgesetz, ein neues Landwirtschaftsgesetz an Stelle des ausser Kraft gesetzten AAA und schliesslich zwei Gesetze angenommen werden, die den Mittelpunkt des ganzen neuen Systems darstellen sollten: Ein Gesetz zur Reorganisation der Verwaltung, durch das die Präsidentschaft gegenüber dem Kongress an Macht ausserordentlich gewonnen hätte. Roosevelt verlangte, dass der Kongress seine Kontrolle über die Verwaltung vollständig aufgebe. Gleichzeitig wünschte er eine Verwaltungsreform, die durch die wie Pilze aus der Erde geschossenen zahllosen, in ihren Kompetenzen sich überschneidenden New Deal-Organisationen unerlässlich schien. Über den wichtigsten seiner Gesetzesvorschläge schwieg sich indes der Präsident zunächst noch aus.

Anfang Februar 1937 fand im Weissen Haus der übliche feierliche Jahresempfang für den Obersten Gerichtshof statt. Es war dies die einzige Gelegenheit, bei der der Präsident mit den Mitgliedern des Obersten Gerichtshofs persönlich zusammenkam. Ein schon während der ersten

Präsidentschaft unternommener Versuch, den Chief Justice zu regelmässigen gemeinsamen Besprechungen der grossen politischen Fragen zu veranlassen, war damals von Hughes als «ungesetzlich» abgelehnt worden. Bei diesem Essen nun sassen die alten Herren um Roosevelt und einige Mitglieder des neuen Gehirntrasts versammelt. Niemand ahnte, dass zwei Tage später der Präsident zum grossen Schlag ausholen wollte. Selbst sein Kabinett, selbst die wichtigsten Parteiführer im Kongress waren völlig uninformiert. In aller Stille hatte Roosevelt mit dem Justizminister Cummings, Corcoran und Cohen den Plan ausgearbeitet. Das Kabinett erfuhr ihn eine halbe Stunde bevor er dem Kongress und der Presse zugeleitet wurde. All dies entsprach dem neuen «Präsidentialstil», den Roosevelt nun glaubte einführen zu können.

Diese äusseren Umstände sind deshalb besonders wichtig, weil sich aus ihnen zweifelsfrei ergibt, dass Roosevelt nach der Wahl von 1936 genau das anstrebte, was er später, als er eine schwere Niederlage erlitten hatte, aussenpolitisch in jeder seiner Reden leidenschaftlich verdammt: *ein autoritäres System*. Das Durcheinander, das in der ersten New Deal-Periode durch die Gewaltenteilung zwischen Präsident, Kongress und Oberstem Gerichtshof entstanden war, schien nach einer autoritären Lösung geradezu zu schreien; Roosevelt war entschlossen sie zu wählen. Durch das Wahlergebnis glaubte er auch, für eine völlige Veränderung der bisherigen Verfassungsgrundlage der USA die Macht zu besitzen.

Für den europäischen Betrachter wäre eine solche Entwicklung wohl ganz natürlich erschienen, wenn nicht Roosevelt später jenes selbe demokratische System als die einzige Heilmöglichkeit für die ganze Menschheit angepriesen hätte, das er Anfang 1937 in den Vereinigten Staaten ausser Kraft zu setzen suchte (wobei berücksichtigt werden muss, dass die Gesetzesvorschläge über den Obersten Gerichtshof und über die Verwaltungsreform nur den Anfang für noch viel weitergehende Gesetze bilden sollten). Roosevelts Hass gegen das autoritäre Prinzip beruht daher auf seiner Enttäuschung, dass er selbst sich dieses Prinzips nicht hat bedienen können.

Sein am 5. Februar 1935 veröffentlichter Gesetzentwurf über die *Neugestaltung des Obersten Gerichtshofs* sah vor, dass jedem Richter, der

das siebzigste Lebensjahr erreicht hat und der nicht freiwillig zurücktritt, ein Ersatzmann beigegeben werden sollte, der dann praktisch das Amt zu übernehmen hätte. Dem Präsidenten schwebte dabei offenbar das System der katholischen Kirche vor, die zu alten (oder unbequemen) Bischöfen einen Koadjutor beizugeben pflegt, durch den der residierende Bischof zur Attrappe wird. Da die Obersten Bundesrichter auf Grund der Verfassung unabsetzbar sind, wollte Roosevelt durch diesen Trick um die kaum durchführbare und sich auf Jahre erstreckende Prozedur einer Verfassungsänderung hinwegkommen. (Eine Verfassungsänderung muss, abgesehen von einer Zweidrittelmehrheit im Kongress, auch von drei Vierteln der Parlamente aller Einzelstaaten ratifiziert werden.) Drei Richter im Obersten Bundesgericht waren dem New Deal zugeneigt; infolgedessen schlug Roosevelt vor, dass der Präsident bis zu sechs solcher Koadjutoren ernennen dürfe. Auf diese Weise, so hoffte er, würde er die sechs unbequemen alten Herren alsbald durch sechs willfährige Werkzeuge ersetzt haben. Die Begründung des Gesetzes war mit Vorwürfen gegen die Unfähigkeit des Alters durchsetzt, die inzwischen, da Roosevelt sich den 74-jährigen Stimson zum Kriegsminister geholt hat, besonders eigenartig anmuten. «To pack the Court» – den Gerichtshof parteiisch nach seinem eigenen Willen zusammensetzen, dies war der Schlachtruf des Weissen Hauses. Es war der Versuch eines Staatsstreiches.

Der Plan war kaum veröffentlicht, als etwas Erstaunliches geschah. Nicht die schwache Republikanische Opposition im Kongress erhob alsbald ihre Stimme gegen den Entwurf des Präsidenten, sondern eine Reihe einflussreicher Demokratischer Senatoren waren es, die schon nach wenigen Tagen öffentlich Widerstand leisteten. Ein Kampf hub an, von dem die zeitgenössische amerikanische Publizistik nicht mit Unrecht gesagt hat, dass es die schärfste Auseinandersetzung seit dem Bürgerkrieg war. Fünfeinhalb Monate lang versuchte der Präsident sein bedrohtes Prestige zu retten, bis er schliesslich gezwungen wurde, seinen Vorschlag zurückzuziehen. Die heisse Augustsonne brütete schon über Washington, als die Opposition im Senat den Sieg über das Weisse Haus

endgültig davontrug. Dieser Kampf um die «Supreme Court Bill» wurde zum innerpolitischen Wendepunkt der Präsidentschaft Roosevelts. In ihm stiess der Schöpfer des New Deal an die Grenzen, die ihm das amerikanische System zog.

Die Kräfte, die sich gegen den Präsidenten stellten, umfassten beinahe das gesamte Volk. Er hatte fest auf die Unterstützung der Farmer und der Gewerkschaften gerechnet. Die Organisationen der Farmer sahen indes in diesem Versuch einer kalten Revolution und einer Aushöhlung der Verfassung einen unerwünschten Bruch mit der amerikanischen Tradition. John Lewis, der Führer der CIO-Gewerkschaften, stimmte zwar im Prinzip mit Roosevelt überein, wollte aber nicht zulassen, dass Roosevelt selbst sich eine fast unbeschränkte Machtfülle aneignete. Er hatte erhebliche Summen zur Wahl beigesteuert und sah daher in Roosevelt sein Geschöpf, ausserdem wollte er sich seine eigenen Aussichten auf die Präsidentschaft nicht dadurch verbauen, dass er Roosevelts zweifelhaftes Sozialprogramm unterstützte. Die Farmer, die Gewerkschaften und auch der Mittelstand, die wenige Monate vorher den Wahlsieg Roosevelts getragen hatten, fielen offen von ihm ab. All diese Gruppen sahen in der Verfassung das einzige Bindeglied, das die auseinanderstrebenden regionalen und klassenpartikularistischen Tendenzen zusammenhält. Die Verfassung wird dem Amerikaner in der Schule als das zweite Heilige Buch neben die Bibel gestellt. In ihr fliessen alle Kräfte zusammen, die den amerikanischen Mythos ausmachen. «Die grossen Prinzipien, die in der Heiligen Schrift, die in der Verfassung der Vereinigten Staaten und in der Unabhängigkeitserklärung enthalten sind, die die Bibel und das Grundgesetz unserer Freiheiten sind, sind heute ebenso wahr wie an dem Tage, an dem sie geschrieben wurden», erklärte in jenen Monaten ein Abgeordneter.

Im Senat waren es vor allem die Demokratischen Senatoren aus dem *Süden und Mittelwesten*, die das Stoppzeichen für den Vormarsch des New Deal gaben. Im Süden ist die Oligarchie der Demokratischen Partei der unbestrittene Alleinherrscher. Bei den Wahlen stellten dort schon seit Jahrzehnten die Republikaner nicht einmal Kandidaten auf. Die Berufspolitiker des Südens sind rauhe Gesellen. Seit langem schon miss-

trauten sie der «Palastclique» um das Weisse Haus. Frankfurter Leute waren ihnen, die sich nach Sitte, Manieren und Sprache von der jüdischen Intelligenz New Yorks wesentlich unterschieden, höchst widerwärtige Erscheinungen. Diese Clique aber bildete die eigentliche Regierung, während die traditionellen Berufspolitiker aus dem Süden zuletzt nicht einmal mehr in die Pläne eingeweiht wurden, die man im Weissen Hause schmiedete. Es kam hinzu, dass die konservativen Elemente sich über die Begünstigung des Sitzstreiks der CIO durch Roosevelt immer mehr beunruhigt fühlten und dass sie von der Lohn- und Arbeitszeitgesetzgebung befürchteten, die auf den Negern aufgebaute Arbeitsverfassung des Südens könne durch die schematische Einführung eines gleichen Mindestlohnes bedroht werden.

An die Spitze der Oppositionellen Demokraten trat im geheimen Einverständnis mit Vizepräsident Jack Garner der Senator *Burton Wheeler* (Montana), der einst wesentlich zur Wahl Roosevelts beigetragen und dafür Einfluss auf das Weisse Haus erhofft hatte, den er nie erhielt. Es ist derselbe Wheeler, der später auch die Opposition der Friedenspartei gegen Roosevelts Kriegspolitik anführen sollte. Er erreichte es, dass sich die Republikaner auf eine Verschwörung des Schweigens einigten, um dem Präsidenten die Möglichkeit zu rauben, die ganze Frage auf die Ebene der Parteidisziplin zu schieben. Die Republikanischen Stimmen waren jedoch der Demokratischen Opposition sicher. Das Grosskapital der Banken und der Schwerindustrie finanzierte die Propaganda. So kam es schliesslich, dass nach heftigsten Kämpfen der Verfassungsausschuss des Senats mit knapper Mehrheit das Projekt Roosevelts verwarf. In ihrem Bericht erklärt diese Senatskommission, der Vorschlag des Präsidenten sei «unnötig, nichtig, er bedeute eine höchst gefährliche Verletzung des konstitutionellen Prinzips ohne Vorgang und ohne Berechtigung; er verletze die heilige Tradition der amerikanischen Demokratie; unter dem Anschein des Rechts suche er in Wirklichkeit etwas Verfassungswidriges zu erreichen; und dies sei noch dazu durch beinahe betrügerische Methoden ins Werk gesetzt worden».

So stark waren die Leidenschaften aufgewühlt worden, dass dem

Präsidenten der Vereinigten Staaten vom Senat und noch dazu von seinen eigenen Parteianhängern derartiges gesagt werden konnte. Mit Ausnahme des Lohn- und Arbeitszeitgesetzes wurden auch später, als der Präsident durch seine nun alsbald einsetzende Kriegshetze die Kontrolle über den Kongress wiedererlangte, fast alle seine innerpolitischen Gesetzesvorschläge nicht mehr weiterbehandelt. Vor allem der Gesetzesvorschlag über die Verwaltungsreform, von der Opposition als «Dictator-Bill» bezeichnet, verschwand nunmehr in der Versenkung. Roosevelt, im Winter 1936/37 vielleicht der mächtigste Präsident der USA, war im Sommer 1937 ein geschlagener Mann. Nicht nur der Kongress, sondern das ganze Land hatte sich gegen ihn gewandt. Der Ruhm des Unbesiegbaren war von ihm genommen. Plötzlich war er wieder nur Politiker unter anderen Politikern. Ein dramatischer Absturz mit schlimmen Folgen!

Das New Deal vermochte sich vom Schlag des Sommers 1937 auch dann nicht zu erholen, als das Problem des Obersten Gerichtshofes längst in den Hintergrund getreten und auf ganz natürliche Weise gelöst wurde, nämlich zum Teil durch den Rücktritt, zum Teil durch den Tod der meisten der neun alten Herren. Bereits im Spätsommer 1937 konnte Roosevelt die erste, durch einen Rücktritt freigewordene Lücke füllen. Bis zum Sommer 1941, als auch der Chief Justice Hughes das Feld räumte, waren acht von den neun Richterstellen durch Vertraute Roosevelts besetzt. Der neunte, Harlan Stone, der einzig Überlebende der drei von vornherein New Deal-freundlichen Richter, wurde Chief Justice. Frankfurter, wie eine Reihe anderer persönlicher Freunde Roosevelts, bestimmte nun das Gesicht des Obersten Gerichtshofes. Von dieser Seite her wäre dem New Deal in folgedessen schon bald keine Gefahr mehr erwachsen. Wie oft im politischen Leben, war jedoch der Anlass längst hinter den Auswirkungen des Kampfes zurückgetreten. Nicht die Frage des Obersten Gerichtshofes war mehr entscheidend, sondern die

Tatsache, dass der Präsident öffentlich vor dem Lande blossgestellt und dass die Opposition in der Demokratischen Partei zu einer Dauereinrichtung geworden war, die sich nun auch anderer strittiger Fragen bemächtigte. Als entscheidend hatte sich herausgestellt, dass der Wahlsieg des Jahres 1936 keineswegs die Bedeutung hatte, die ihm Roosevelt und vor allem Corcoran, Cohen, Hopkins und Ickes zugeschrieben hatten. *Der Präsident war eben nicht, wie er geglaubt hatte, von einer grossen und echten Volksbewegung getragen*, von einer Erneuerungsbewegung, mit der sich auch der erstarrte amerikanische Mythos hätte überwinden lassen. Die Wahlmassen waren vielmehr ein Konglomerat von Interessenten, genau wie die Demokratische Fraktion im Kongress. Diese ganz verschiedenen Interessen aber liessen sich nicht in einer grossen Kraftanstrengung auf ein einheitliches Ziel ausrichten. Der Versuch war von Roosevelt zunächst mit demokratischen Mitteln gemacht worden. Diese hatten versagt. Dann hatte er den Sprung zur Diktatur gewagt, und auch dies war missglückt, weil dies innerhalb des demokratischen Systems niemals möglich sein konnte.

Roosevelt versank nun nach dem schweren Rückschlag vollends im Strudel der Parteipolitik. Als 1938 die Zwischenwahl für den Kongress herannahte, versuchte er mit Hilfe von Corcoran und Hopkins die Senatoren und Abgeordneten, die ihm beim Streit um den Obersten Gerichtshof entgegengetreten waren, von der Wiederwahl auszuschliessen. Das Volk kümmerte sich indes nicht darum, und sämtliche Gegner Roosevelts in der Demokratischen Partei wurden wiedergewählt. Gleichzeitig aber zeigte der neue Kongress eine für den Präsidenten weit weniger günstige Zusammensetzung. Die Republikaner erhöhten die Zahl ihrer Sitze im Repräsentantenhaus von 89 auf 170, im Senat gewannen sie ebenfalls an Sitzen. In den Einzelstaaten siegten 18 Republikaner als Governors. Der Kongress besass zwar immer noch eine Demokratische, aber keine New-Deal-Mehrheit mehr.

Der Sommer 1937 war nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich der grosse Wendepunkt. Ungefähr gleichzeitig mit der Niederlage des Präsidenten in der Frage des Obersten Gerichtshofs begann eine neue

scharfe Abwärtsentwicklung der gesamten nordamerikanischen Wirtschaft. Das Grundprinzip des New Deal, die auf der Kaufkrafttheorie beruhende Erhöhung der Preise, wurde auf das schärfste bedroht. Sowohl auf dem landwirtschaftlichen wie auf dem industriellen Sektor kündigte sich ein allgemeiner Preisverfall an. Industrie und Handel hatten sich in Erwartung weiterer Preissteigerungen und Lohnerhöhungen mit Vorräten stark eingedeckt. Gleichzeitig hatte der Präsident unter dem Druck von Big Business und des Kongresses die Ausgaben der Bundesregierung wesentlich gesenkt und die Unterstützungs- und Ankurbelungsgelder, die in dem Zeitraum 1934-1936 vier Milliarden Dollar ausgemacht hatten, wesentlich zusammengestrichen. Alle diese Faktoren ergaben nun zusammen eine neue Wirtschaftskrise: die *Roosevelt-Depression*. Im Frühjahr 1938 zählte man bereits wieder zehn bis zwölf Millionen Arbeitslose. Das innerlich unzusammenhängende Gesetzeswerk des New Deal erwies sich nicht nur grundsätzlich, sondern nun auch praktisch gegenüber den schweren strukturellen Missständen in allen Teilen der amerikanischen Wirtschaft als wirkungslos. Bereits um die Jahreswende 1937/38 zeigte es sich, dass man auf keinem Gebiet einen wesentlichen Schritt weiter war als 1933. Der Wirtschaftsindex der New York Times¹, der vor dem Ausbruch der Krise von 1929 auf 115 gestanden hatte, war 1933 auf 65 abgesunken. Bis August 1937 war er unter verschiedenen Schwankungen wieder auf 110 angestiegen, um dann an der Jahreswende 1937/38 bis auf 85 und im Sommer 1938 auf 76 abzusinken.

So war die Lage völlig verfahren. Das New Deal war tot. Eine Möglichkeit weit ausholender grösserer Reformen bestand nicht mehr. Die Gesetze der zweiten New Deal-Periode zeigen nur eine gedankenlose Wiederholung derjenigen Massnahmen, die sich bereits in der ersten Periode als unwirksam erwiesen hatten. Man pumpte einfach neuerdings gewaltige Summen in die WPA, die PWA und die Reconstruction Finance Corporation. Allein im Mai 1938 bewilligte der Kongress neuer-

¹ Bei diesem Index wird ein «normaler» Beschäftigungsstand gleich hundert gesetzt. Der Index wird aus einem Durchschnitt sämtlicher Industrien einschliesslich der Landwirtschaft errechnet und gilt als zuverlässig.

dings drei Milliarden Dollar für diese Organisationen. In der Landwirtschaft wurde ein neuer Agricultural Adjustment Act eingeführt, der auf denselben Prinzipien beruhte wie der frühere, nämlich auf einer drastischen Beschränkung des Anbaus. Die Farmer, die im vorhergehenden Jahre 80 Millionen Acres bebaut hatten, durften nur noch 52 Millionen Acres anbauen. Das Lohn- und Arbeitszeitgesetz schliesslich wurde unter dem Druck der Abgeordneten der Südstaaten derart verwässert, dass es ebenfalls keine entscheidenden Neuerungen brachte. Die Einführung des ursprünglich vorgesehenen Mindeststundenlohnes von 40 Cents wurde auf das Jahr 1945 gesetzlich vertagt. Die Zwischenregelungen, die bis dahin gelten sollten, waren ohne wesentliche Bedeutung.

Das entscheidende Kriterium für den Aufstieg und den Zerfall des New Deal ist und bleibt *die Frage der Arbeitslosigkeit*. «Fortune», die Zeitschrift der Grossindustrie, schätzte 1940 die Gesamtausgaben, die der Bund, die Einzelstaaten und die Gemeinden für die Behebung der Arbeitslosigkeit und für die Unterstützung und die Sicherung des nackten Lebens der Arbeitslosen gemacht haben, auf die nahezu unfassbare Summe von neunzehn Milliarden Dollar. Diese gewaltige Summe ist in einem Zeitraum von sieben bis acht Jahren durch die zahllosen Organisationen des New Deal ausgegeben worden, *ohne dass es gelungen wäre, irgend etwas Prinzipielles zu erreichen*. Es gibt in den Vereinigten Staaten Statistiken für alles. Für Schweine, für die Stahlproduktion und für die Anzahl der jungen Mädchen, die sich einem Schönheitswettbewerb gestellt haben. Nur über die Zahl und Entwicklung der Arbeitslosigkeit gibt es keine offizielle Statistik. Die von der «American Federation of Labour» durchgeführte monatliche Zählung, die wir hier wiedergeben, liegt z.B. meist niedriger als die des «Hamilton Instituts». Sie ist indes die gebräuchlichste. Nach Ansicht der massgebenden volkswirtschaftlichen Institute muss diesen Ziffern jedoch in den meisten Jahren eine Zahl von ein bis zwei Millionen Arbeitslosen zugerechnet werden,

die von der Statistik nicht erfasst worden sind. Die Statistik der AFL gibt folgendes Bild der Entwicklung der Arbeitslosigkeit:

1929:	1,8	Millionen	1935:	10,6	Millionen
1930:	4,7	„	1936:	9,3	„
1931:	8,5	„	1937:	8,3	„
1932:	12,8	„	1938:	11,0	„
1933:	13,2	„	1939:	10,4	„
1934:	11,4	„	1940:	9,2	„

Auch nach dieser unvollständigen Statistik hat Roosevelt also in keinem Jahr ein Absinken der Arbeitslosigkeit unter die Achtmillionen-grenze erreicht. Im Durchschnitt der Jahre 1934/40 hielt sich die Arbeitslosigkeit auf einem Stand von neun bis zehn Millionen. Hiervon sind nach Schätzung der «Fortune» mindestens sechs Millionen nicht auf Rationalisierungsmassnahmen in der Industrie und Landwirtschaft zurückzuführen. Diese sechs Millionen haben also in all diesen Jahren niemals eine Arbeitsstelle besessen; dies entspricht etwa dem Zuwachs der arbeitenden Bevölkerung in den letzten zehn Jahren! 1939 stellte der National Youth Administrator Williams fest, es gäbe in den Vereinigten Staaten vier bis sechs Millionen junge Menschen im Alter von 16 bis 24 Jahren, die überhaupt noch niemals Arbeit gefunden hätten. Dreissig bis vierzig Millionen Menschen haben also, wenn man die Familienmitglieder der Arbeitslosen mitzählt, auch während der Zeit der bombastischen Programmkündigungen des New Deal beständig das bittere Los des gerade noch am Leben erhaltenen Unterstützungsempfängers erfahren. Eine Jugend wuchs heran, die sich ausserhalb der amerikanischen Gesellschaft befand. «Für ein Drittel der Bevölkerung gibt es kein wirtschaftliches System, und von dem anderen Bevölkerungsteil bekommt dieses Drittel keine Antwort auf seine anklagenden Fragen», schrieb «Fortune» 1940. Sie fuhr fort:

«Die meisten dieser Ausgestossenen werden jetzt durch öffentliche Mittel unterhalten. Die Wirtschaft der USA hat bewiesen, dass sie ausgezeichnete Profite machen kann, ohne diese zehn Millionen zu beschäftigen. Die Tatsache bleibt bestehen, dass sie ausgestossen sind. Die Tatsache bleibt bestehen, dass vom Standpunkt der Wirtschaft aus kein

Grund besteht, warum sie überhaupt am Leben sind. Die Tatsache bleibt bestehen, dass keine der bisherigen „Lösungen“ aufrechterhalten werden kann, wenn derjenige Teil unseres Wirtschaftssystems, der funktioniert, seinen eigenen Reichtum und seine Selbstachtung erhalten will.¹ Dieses schrieb das führende Organ des New Deal-freundlichen Teils von Big Business¹. Es ist in der Tat das Todesurteil für das New Deal, für Roosevelts gesamtes innerpolitisches Reformwerk wie auch für die ebenso ideenlose Opposition des Finanzkapitals und der Schwerindustrie. Es ist das Todesurteil über das amerikanische System, über die amerikanischen Ideale, über den amerikanischen Mythos.

Aber diese Kehrseite des «unbeschränkten Fortschritts», des «immer glücklicheren Lebens» unter dem Gesetz der Demokratie, zu dem die ganze Welt bekehrt werden soll, beschränkt sich nicht auf die zehn Millionen Ausgeschlossenen allein. Wir haben in dem Abschnitt «Die Erstarrung des amerikanischen Mythos» die Einkommensverhältnisse von USA vor dem Ausbruch der Krise skizziert². Für das Jahr 1936, also vier Jahre nach dem Einsetzen des New Deal, hat das National Resources Committee eine Untersuchung über die Verteilung des Nationaleinkommens in den Vereinigten Staaten angestellt, aus der sich ergibt, dass ein Drittel des beschäftigten Teiles der amerikanischen Nation ein Jahreseinkommen von weniger als 750 Dollar bezogen hat, wobei wiederum 17 v. H. weniger als 500 Dollar im Jahre verdienen. Dreizehn Millionen Familien und Einzelpersonen rechnen zu dieser Gruppe, von denen nur vier Millionen durch die WPA oder PWA beschäftigt wurden; während 70 v. H., darunter 5,9 Millionen Familien mit zwei oder mehr Personen, sich ohne die geringste Beihilfe vom Staat oder den Gemeinden durchzuschlagen haben. 471 Dollar betrug der durchschnittliche Jahresverdienst dieses einkommensmässig untersten Drittels der amerikanischen Nation! Dabei ist zu berücksichtigen, dass von dieser Summe in rund sechs Millionen Fällen mehrköpfige Familien zu ernähren waren.

Ein weiteres Drittel der amerikanischen Nation bezog ein Durchschnittseinkommen von 1076 Dollar. Es zeigt sich also, dass auch das

¹ Fortune, Februar 1940, Seite 94 ² Vgl. S. 90

Einkommen der amerikanischen Mittelklasse im Durchschnitt wesentlich unter dem Einkommen der deutschen Mittelklasse liegt. Auf der anderen Seite stehen an der Spitze dieser auf den Kopf gestellten Einkommenspyramide 87 Familien und Einzelpersonen, die zusammen ein Jahreseinkommen von 157 Millionen Dollar bezogen haben. *Die am besten verdienenden 44'727 Familien und Einzelpersonen der Vereinigten Staaten haben zusammen über drei Milliarden Dollar Jahreseinkommen bezogen, das ist um eine ganze Milliarde mehr, als die 7,6 Millionen Amerikaner zusammen verdient haben, die im Durchschnitt weniger als \$00 Dollar im Jahre erhielten.* Dies also ist das Amerika des New Deal.

Das «National Resources Committee» hat die gesamte Bevölkerung der USA schematisch in zehn zahlenmässig gleiche Teile zerlegt, durch die zehn Einkommensgruppen geschaffen wurden. Hierbei ergab sich, dass die 10 v. H., die 2'600 Dollar jährlich und darüber verdienten, 36 v. H. des Nationaleinkommens erhielten, was ungefähr dem Anteil entspricht, den 70 v. H. aller Einkommensbezieher der kleinen und mittleren Einkommen zusammen bezogen haben.

Wir haben hierbei noch nicht einmal die besonderen Probleme, die die Neger für die amerikanische Demokratie darstellen, erwähnt, die in den Südstaaten von den Bürgerrechten praktisch ausgeschlossen sind. Wir haben nicht erwähnt, dass in neun Südstaaten des «freiesten aller Länder» Wahlsteuern bestehen, durch die die Unterschicht der Bevölkerung überhaupt verhindert wird, ihre Stimme abzugeben. Wir haben es uns versagen müssen, auch nur einen Bruchteil der sozialen Elendszustände zu schildern, in denen ganze Staaten leben, wie im Gebiet der südlichen Appalachen, im berühmten Cotton-Belt, dem Baumwollgürtel, in dem nur noch ein Drittel der Farmer auf ihren eigenen Farmen sitzt, während der Rest in den Stand von armseligen Pächtern herabgesunken ist. Wir haben auch nicht erwähnt, dass in Cleveland im Winter 1939/40 ein Drittel der Bevölkerung von Unterstützungen abhängig war und dass der

Governor von Ohio in diesem Winter eines Tages beschloss, an 1'600 hungrige Arbeitslose für drei Wochen keine Unterstützung auszuzahlen, weil er Republikaner war und mit der WPA nicht zusammenarbeiten wollte. Wir haben schliesslich nicht erwähnt, dass uns einer der massgeblichsten Industriellen im Mittelwesten, dessen fast völlig stillgelegter Riesenbetrieb wir einige Monate vor den Wahlen von 1938 besuchten, seelenruhig erklärte, er könnte natürlich Tausende von Arbeitern einstellen, wenn er sich entschliessen würde auf Vorrat zu arbeiten, aber er tue dies nicht, weil er hoffe, eine vermehrte Arbeitslosigkeit sei ein zugkräftiges politisches Propagandamittel für die Republikaner. Dies alles ist das Amerika des New Deal, wie auch der ebenso ideenlosen Opposition gegen das New Deal. Als die Roosevelt-Depression 1937 einsetzte, gab es auf der Liste der WPA z.B. in Detroit 12'000 Arbeitslose. Sechs Monate später waren es 100'000. Das System der halben Massnahmen hatte sich als ein amerikanisches Ballyhoo, als ein reiner politischer Propagandatrick erwiesen, hinter dem kein wirklicher Gemeinschaftsgeist stand. Es war die gleiche Zeit, zu der der jüdische Governor von New York, der Millionär Lehman und der halbjüdische Bürgermeister von New York LaGuardia mit den ersten massiven Angriffen gegen Deutschland an die Öffentlichkeit traten.

Wenn die Roosevelt-Depression in der zweiten Hälfte des Jahres 1938 einem allmählichen Wiederansteigen der Konjunktur wich, so war dies nur zum geringen Teil eine Folge der Regierungspolitik. Um jene Zeit, da sich die Kriegsgefahr in Europa immer stärker zusammenballte, begannen sämtliche Provinzen der Weltwirtschaft die Auswirkungen einer nahen Kriegskonjunktur zu spüren. Die europäischen Mächte, voran England, tätigten ungeheure Vorratskäufe. Hiervon blieb selbstverständlich auch die amerikanische Wirtschaft nicht unberührt. Hierüber waren sich auch die Weisen in Washington klar. Hatten sie bisher wenigstens in der Illusion gelebt, das New Deal bedeute ein einheitliches Reformwerk, dessen einzelne Teile sinnvoll ineinandergriffen, so wurden sie nun drastisch darüber belehrt, dass die verschiedenen Massnahmen nur die Oberfläche des amerikanischen Problems geritzt hatten.

Das einzige Ergebnis dieser fünf Jahre war, dass man wenigstens die Fundamente einer Verwaltung, wie sie ein moderner Massenstaat benötigt, gelegt hatte. Washington war, um eine Bemerkung von Colin Ross wiederzugeben, zu einer Art Peking von Nordamerika geworden, zu einer Beamtenstadt, in der sich die neuen Viertel der Bundesbehörden von Jahr zu Jahr weiter ausbreiteten. Von der stillen Residenz von einst war nichts mehr übriggeblieben. Aber die Energien verpufften in einem Leerlauf ohne Gleichen.

Auch ein Republikaner als Präsident hätte, das war die allgemeine Meinung, viele der Massnahmen des New Deal gewiss nicht rückgängig gemacht, weil sie zum Teil einfach dem Zwang der eisernen Notwendigkeit entsprachen. Wenn man indes in jener Zeit Amerika bereiste, traf man in allen Schichten der Bevölkerung und in allen Teilen des Landes auf eine tiefe Niedergeschlagenheit, ja auf Hoffnungslosigkeit. Die Anhänger des New Deal fühlten, soweit sie eine gewisse Übersicht besaßen, dass das Experiment gescheitert war. Die Gegner sprühten von Hass gegen den Präsidenten und die ihn umgebende Clique, aber auch sie wussten, nach einem positiven Programm befragt, nichts zu sagen als die alten Sprüchlein von dem Automatismus der Wirtschaft und dem freien Spiel der Kräfte. Nirgends gab es eine Idee, nirgends einen Glauben, nirgends sogar eine wirkliche Überzeugung.

Und der Präsident? Ging es ihm anders? Nicht um ein Haar! Auch er wusste, dass er sich auf seinem bisherigen Wege hoffnungslos in einer Sackgasse befand. Er war mit dem erstarrten Mythos zusammengestossen. Der Mythos hatte sich als stärker erwiesen als der Versuch einer Neuordnung, die keine wirkliche neuordnende Kraft in sich hatte. An den Symptomen der Krise, die das amerikanische Volk so tief befallen hatte, hatte man wohl herumkuriert. Einiges war auch richtig gesehen worden. Aber im Ganzen waren die eigentlichen Probleme, um die es sich handelte, von der Eindämmung des wilden Finanzkapitalismus angefangen, bis zur Erweckung eines echten Nationalgefühls und eines Verantwortungsgefühls für die Gesamtheit, unberührt geblieben. Die *Juden* um Roosevelt hatten die meisten Pläne des New Deal entworfen.

Es zeigte sich indes mit dem Zusammenbruch des ganzen Versuches, dass die jüdische Intelligenz nicht imstande ist, wirklich weitschauend und schöpferisch zu planen. Sie ist nur in der Lage, zu analysieren und kurzfristige Heilmittel zu erfinden, die indes eine bereits ausgebrochene Krankheit nicht an der Wurzel treffen. Die Grenze, die der jüdischen Intelligenz durch den Mangel an wirklichem Schöpferium gesetzt ist, beweist das Fiasko des New Deal geradezu schlagend. Kein Diskussionsklub kann das Genie ersetzen. Darin aber verloren sich Frankfurters junge Leute schon bald nach den ersten Fehlschlägen.

Dass nach den Hoffnungen des Jahres 1933, die damals die Vereinigten Staaten durchzogen, alle scheinbar so entwicklungsfähigen Keime in diesem moralischen Zusammenbruch endeten, hatte tiefere Gründe. Es wäre billig, würde man dies einfach auf die Unzulänglichkeit der Menschen allein zurückführen, die das New Deal getragen haben. Zweifellos waren diese Menschen unzureichend, aber es war eben kein Zufall, dass Erscheinungen wie Frankfurter und seine meist jüdische Gefolgschaft schliesslich die Szene beherrschten. Die Krise war 1929 plötzlich wie ein Tropengewitter über den nordamerikanischen Kontinent hereingebrochen. Sie hatte diese Nation, die in Wirklichkeit noch immer erst im Begriffe ist, überhaupt eine Nation zu werden, die mit den Problemen des «Schmelztiegels», der Aneinandergewöhnung der verschiedenen Einwandererschichten wie auch der verschiedenen Landschaften noch längst nicht fertig war, in einem Zustand überrascht, in dem die Voraussetzungen für eine neue Gemeinschaftsentwicklung einfach noch nicht vorhanden waren. Man darf nicht vergessen, dass die Vereinigten Staaten zwar einen riesigen zivilisatorischen Apparat aufgebaut hatten, dass sie aber bis vor kurzem doch noch alle wesentlichen Symptome eines Koloniallandes zeigten. Wohl gab es eine eigene amerikanische Tradition, deren Macht und Beharrungsvermögen wir so stark in den Mittelpunkt unserer Darstellung rückten, weil sich gerade hierüber der Europäer am wenigsten im Klaren ist. Aber diese Tradition war dennoch nicht ein eigenes Gewächs oder doch nur zum Teil, sie war Leihgut von Europa und vor allem von England. So wie sie einstmals

über den Ozean gelangt war, blieb sie unwandelbar stehen. Die schöpferischen Kräfte der Amerikaner warfen sich auf die wirtschaftliche Entwicklung des Kontinents (dies ist auch der Grund, weshalb jede Betrachtung über Amerika wenigstens im Vordergrund weitgehend wirtschaftlich orientiert ist). Eine eigene amerikanische Kultur war gerade erst in schüchteren Anfängen im Entstehen begriffen. Die Hinneigung der Finanzoligarchie, der durch ihr Geld das ganze Leben beeinflussenden Oberschicht also, zur Nachahmung des britischen Lebensstils war zudem einer eigenständigen amerikanischen Kulturentwicklung hinderlich.

So war es nur natürlich, dass die emotionalen Kräfte der Nation sich immer wieder an das klammerten, was im Flusse der stürmischen Entwicklung des Kontinents das einzig Feststehende zu sein schien, eben an die Tradition. Die starke Vorherrschaft der Frau, des grundsätzlich konservativen Elements, wirkte noch besonders in dieser Richtung. Nicht das amerikanische Girl, das durch den Film und zahllose Amerikanismen als der vorherrschende Typ der Amerikanerin im Ausland erscheint, ist ja der eigentliche Träger dieser Vorrangstellung des weiblichen Geschlechts. Es ist vielmehr die Klubfrau von der Mitte der Dreißig bis ins biblische Alter, die im Mittelpunkt fast aller Erscheinungen und Entwicklungen in den Vereinigten Staaten steht. Diese «Töchter der Revolution» mögen sich engherzig und puritanisch, wie in den Kleinstädten des Mittelwestens zeigen, oder aber hemmungslos extravagant bis zum Geschmacklosen wie die «First Lady» im Weissen Haus, immer wirken sie in der Richtung einer *Erhaltung der bestehenden Einrichtungen*, da sie ihre Vorrangstellung diesen Einrichtungen zu verdanken glauben.

Auf einen ins Unendliche verlängerten Notstand war daher die amerikanische Nation in keiner Weise eingerichtet. Ebenso wenig wie die beherrschenden Figuren des Finanzkapitals Hoover nach dem Einbruch der Krise einen vernünftigen Rat geben konnten, da es sich um Tatbestände handelte, die weit über den Horizont dieser Kreise hinausgingen, ebensowenig vermochte etwa die Arbeiterschaft oder gar das *Farmer-tum* mit einem Programm hervorzutreten, das auf die Entwicklung neuer Gemeinschaftskräfte gerichtet gewesen wäre. Die amerikanische Tradi-

tion hatte jeden einzelnen Amerikaner und jede Interessengruppe gelehrt, im Falle der Not zuerst und nur an sich selbst zu denken. So tat man dies denn auch.

Dies waren die geradezu idealen Voraussetzungen für das Vordringen des Judentums auf die Kommandobrücke des Staates, zu der es bis dahin so gut wie keinen Zugang hatte. Da die emotionalen Kräfte, die bis dahin mit Wucht das amerikanische Leben, ja die geschichtliche Entwicklung des nordamerikanischen Erdteils vorwärtsgetragen hatten, nun plötzlich nach rückwärts gebunden waren, glaubte man die sich unvermutet auftürmenden Probleme auf rein rationale Weise lösen zu können. Ein Mann wie Roosevelt brachte hierfür natürlich nicht die Voraussetzungen mit. Er ist kein Genie, sondern ein Taktiker, der höchstens allgemeine nebelhafte Vorstellungen über die Zukunft Amerikas besitzt. Ein solcher Politiker musste für das Judentum, dem er sich durch die Freimaurerloge schon seit früher Jugend verbunden fühlte, ein geradezu idealer Ansatzpunkt werden. Beweglicher als der Durchschnitt seiner Nation sah er in dem ebenfalls weit beweglicheren Judentum und dem aus der jüdischen Schule Hervorgegangenen eine geistige Überlegenheit, mit deren Hilfe er glaubte, die Reform durchführen zu können. Er selbst blieb Dilettant, gleichgültig ob seine Reden von Moley und Rosenman, von Corcoran und Cohen oder von Berle verfasst wurden. Der jüdische Rationalismus erwies nun überall, wo er an die Bedienung der entscheidenden Hebel herankam, seine atomisierende Kraft. Es entstanden Dutzende, ja Hunderte von Einzelplänen, meist nicht völlig falsch, oft, vor allem in der Landwirtschaft, allerdings durchaus vom verkehrten Ende aufgezäumt, die zusammengenommen nun kein sinnvolles Ganze, sondern ein halb autoritäres, halb freiwirtschaftliches Chaos ergaben. Die meisten dieser Planungen waren nicht auf weite Sicht, sondern als Augenblickslösungen von Notständen gedacht, wie dies der Mentalität des Taktikers Roosevelt entsprach. Der Vergleich mit der Notverordnungs politik Brüning in Deutschland drängte sich uns schon auf. Nur handelte es sich bei Amerika um einen ganzen Kontinent, dessen Neuformung auf diese Weise noch weniger möglich war.

Wäre es gelungen, die emotionalen Kräfte der Nordamerikaner von ihrem erstarrten Mythos weg auf ein neues schöpferisches Ziel zu lenken, hätten sich grosse Entwicklungen vollziehen können. Eine Neugeburt Amerikas wird auch erst erfolgen können, wenn ein Mann aufstehen wird, der sich an diese jetzt erstarrten Seelenkräfte wendet und sie neu erweckt. Das New Deal vermochte dies nicht, es bot kein schöpferisches Ziel, das die Phantasie der ganzen Nation angeregt und beflügelt hätte. Es war nicht einmal eine geschlossene Wirtschaftslehre, sondern das Produkt einiger jüdischer Gelehrtschulen, die nun endlich die Gelegenheit fanden, auf Grund ihrer Theorien in der Praxis zu experimentieren. Es konnte nicht ausbleiben, dass dies zu einem vernichtenden Fehlschlag führte. Als er eintrat, gab es niemand, der nun noch versucht hätte, sich für die Ideen des New Deal einzusetzen. Sie waren innerhalb eines Jahrfünfts nicht nur abgenützt, sie waren gar nicht mehr vorhanden.

Roosevelt hat instinktiv nach seiner Niederlage im Streit um den Obersten Gerichtshof erkannt, dass seine eigenen schöpferischen Kräfte nicht ausreichten, um einen neuen amerikanischen Mythos zu begründen. Er sah im Gegenteil, dass sein eigener Mythos als Führer erschöpft und in Gefahr geraten war. Das einzige Argument, das er in jener Zeit gebrauchte, war die Berufung auf das Wahlergebnis: «*Das Volk ist mit mir*», war die ständige Formel, die er damals allen warnenden Stimmen gegenüber gebrauchte. Als kurz darauf die Arbeitslosigkeit wieder auf zehn bis zwölf Millionen anstieg, wusste er, dass dies Argument nicht mehr lange zu gebrauchen war. Von jenem Zeitpunkt an suchte er infolgedessen geradezu fieberhaft nach einem neuen Betätigungsfeld, auf dem schliesslich doch noch bewiesen werden konnte, dass er der «grosse demokratische Führer» war, der «grosse weisse Vater», der berufen ist, die Geschicke seines Landes, ja der Welt machtvoll in die Hand zu nehmen. «Ein früherer Vertrauter des Weissen Hauses», stellt Alsop fest,

«wusste zu berichten, Roosevelt habe einen geradezu mystischen Glauben in seine eigene Fähigkeit, seine Rolle mit vollkommener Richtigkeit auszufüllen, R. Moley schreibt in seinen Erinnerungen aus der Zeit vor der Wahl 1936: «In diesem Wahlkampf, so sagte Roosevelt zu mir, gibt es nur einen Gegenstand des Kampfes, und das bin ich selbst.» «Dies», schreibt Moley, «war die Quintessenz des Wahlkampfes von 1936. In ihm wurde der Wähler nicht aufgefordert, einem bestehenden Regierungskurs zuzustimmen, er sollte lediglich seinen Glauben an einen Mann ausdrücken.»

So sahen die nächsten Mitarbeiter Roosevelts ihren Chef. Es war vorauszusehen, dass er sich mit der Niederlage des New Deal nicht zufriedengeben würde. Er wollte vielmehr dem amerikanischen Volk, seinen Freunden und sich selbst beweisen, dass es dennoch einen Ausweg gab. Es ist nicht zu bestreiten, dass für diese seine mystische Überzeugung von sich selbst psychologisch seine körperliche Lähmung eine überaus wesentliche Rolle gespielt hat. Er, der eigentlich ein Krüppel ist, hatte es dennoch vollbracht, das höchste Staatsamt der USA zu erreichen. Seine schwere physische Behinderung hatte naturgemäss einen starken Minderwertigkeitskomplex in diesem Mann erzeugt, den er dadurch überzukompensieren suchte, dass er sich in Rollen hineinsteigerte, die die tatsächlichen Kräfte seines geistigen Haushalts weit überstiegen. Nichts ist hierfür bezeichnender als der Glaube, man könne sich durch irgendwelche Fachleute die Reden machen und die Gedanken einflössen lassen, wenn man dann nur selbst die Kraft habe, sie überzeugend vorzutragen. Ich habe Roosevelt persönlich nur einmal im Weissen Haus in jenem bekannten ovalen, mit Bildern von Schiffsmodellen geschmückten Empfangsraum beobachten können. Der bestimmende Eindruck war, dass man sich einer Schauspielnatur gegenüber befand, die hinter scheinbarer Nonchalance beständig gespannt ihre Wirkung auf die Umwelt beobachtet. Roosevelt sitzt bei seiner Pressekonferenz auf einem Schaukelstuhl, auf dem er ununterbrochen hin- und herwippt, um den Eindruck grösster Beweglichkeit zu erwecken, während er in halb scherzhaftem Tone die Fragen des Tages mit den Journalisten bespricht, die dichtgedrängt seinen Schreibtisch umringen.

Es ist nicht der Geltungsdrang, der für einen Politiker von Genie gefährlich wird, wohl aber muss die Übersteigerung des Geltungsdranges für einen Menschen von durchschnittlichem Format, in dessen Händen sich Macht angesammelt hat, schlimmste Folgen haben. Pompejus, der Zar Alexander I., in der neuesten Geschichte Poincaré, sind, um nur einige besondere typische Fälle zu nennen, Beispiele, bei denen das Missverhältnis zwischen Wollen und Sein, zwischen Geltungstrieb und eigener Fähigkeit zum Misserfolg führte, ohne dass dies den Charakter der Tragödie angenommen hätte, die immer nur dann eintritt, wenn das Genie die Grenzen seiner Zeit zu weit hinter sich gelassen hat und in eine neue Epoche hineingestürzt ist, der die Zeitgenossen erst allmählich zu folgen vermögen. Roosevelt rechnet dem ersten Typus zu. Das in den Vereinigten Staaten für ihn gefundene Witzwort des «*Emergency-Franklin*», des «Notstands-Franklin», trifft das Wesentliche genau. Die politische Existenz dieses Mannes leitet sich aus einer Kette von Notständen her, von denen nicht einer gelöst wird, die aber Roosevelt das suggestive Gefühl geben, «dass es ohne ihn nicht geht», «dass man nicht mitten in der Furt die Pferde wechselt».

Es ist eine bekannte Erfahrung in der Geschichte der USA, dass ein Präsident in seiner zweiten Amtsperiode den Kongress und selbst das Volk nicht mehr willig findet, seiner Führung zu folgen, weil nun, kaum hat er sein Amt zum zweiten Mal angetreten, alle Politiker bereits an den Nachfolger und an die Möglichkeit denken, dass in wenigen Jahren sämtliche wichtige politische Posten ausgewechselt werden. Insofern war die an und für sich erstaunliche Niederlage Roosevelts nach seinem grossen Wahlsieg nur eine Erscheinung, die in der Geschichte der amerikanischen Präsidentschaft häufig ist. Nun war Roosevelt mit dem Ehrgeiz zur Macht gekommen, nicht nur einer der grössten amerikanischen Präsidenten, sondern darüber hinaus eine der grossen weltgeschichtlichen Figuren zu werden, die machtvoll in die Geschehnisse der Völker eingreifen. Dieser Ehrgeiz hatte sich während der ersten fünf bis sechs Jahre seiner Präsidentschaft immer weiter gesteigert, die Neigung zur Autokratie war insbesondere in Anbetracht der geringen Fähigkeit und persönlichen An-

ziehungskraft der meisten seiner innerpolitischen Gegner immer noch weiter gestiegen, und er war mächtig dadurch angestachelt worden, dass er erst am Beispiel Mussolinis und dann am Beispiel Adolf Hitlers Männer in Europa am Werke beobachtete, die ihre Ziele mit ungleich grösserer Durchschlagskraft anstrebten. Zum Ehrgeiz gesellte sich nun in schneller Steigerung eine ungestillte Eifersucht und ein Konkurrenzgefühl, das ihm den Gedanken, 1940 abtreten und wieder als Squire in der Stille des Hudsonales leben zu müssen, vollends unerträglich machte. Das innerpolitische Reformwerk war tot, und es bestand keine Aussicht, es in grossem Stile wieder zum Leben zu erwecken. Das New Deal stellte sich nun als eine jener vielen Bewegungen heraus, mit denen überall in der Welt nach der Katastrophe des Weltkrieges die Anpassung an die neuen Verhältnisse versucht wurde, und nicht einmal als eine der erfolgreichen. Die furchtbaren Missstände in den Vereinigten Staaten bestanden fort, aber ohne diktatorische Gewalt waren sie offensichtlich nicht zu beheben. Der Versuch, die diktatorische Gewalt durch eine kalte Revolution zu erlangen, war missglückt. Infolgedessen, und hier sind wir nun am Kernpunkt angelangt, beschloss Roosevelt zuerst instinktiv, bald aber schon mit vollstem Bewusstsein, eine noch viel grössere herbeizuführen, einen Notstand von einem Ausmasse, bei dem ihm dann das Volk die Gefolgschaft nicht mehr verweigern könnte.

Bereits im Jahre 1936 war das neue *Kriegswirtschaftsgesetz* der Vereinigten Staaten vom Kongress verabschiedet worden. Es sah vor, dass der Präsident im Falle der «National Emergency» unumschränkte Macht über das gesamte innere Wirtschaftsleben der USA erhalten sollte. Das kleine braune Heftchen, in dem dieses Gesetz niedergelegt ist, lag vom Herbst 1937 ab, wie viele Besucher des Weissen Hauses bezeugten, stets auf dem Schreibtisch des Präsidenten. Es war die grosse Verlockung. Würden sich nicht durch eine Ausnützung der sich ständig verdüsternden europäischen Entwicklung für die Vereinigten Staaten ganz andere, ungeahnte Möglichkeiten ergeben? Würde der Präsident, wenn es in Europa zum Konflikt käme, nicht sehr bald in der Lage sein, jenen nationalen Notstand zu erklären, durch den er all die Vollmachten bekommen wür-

de, die er so bitter entbehrt hatte? Würde eine, wenn auch nur bedingte Einmischung der Vereinigten Staaten in diesen europäischen Konflikt nicht ganz von selbst eine Lage herbeiführen, durch die sich die strikte amerikanische Tradition, dass niemand länger als acht Jahre Präsident sein soll, durchbrechen liesse? Wäre dann nicht das bis dahin unerhörte Ereignis einer dritten Kandidatur von vornherein gesichert?

All diese Erwägungen haben Roosevelt vom Sommer 1937 ab unablässig beschäftigt. Je peinlicher die Rückschläge im Jahre 1938 sich auswirkten, desto mehr wurde auch Roosevelt von den Möglichkeiten fasziniert, die ein Bruch mit der bisherigen aussenpolitischen Tradition der Vereinigten Staaten – dem Isolationismus – und eine Rückkehr zur Politik Wilsons bedeuten konnte. Dass es sich hierbei um das Schicksal zahlloser Völker, um den Tod von Hunderttausenden, ja vielleicht von Millionen handeln müsse, dass eine solche Politik nur unsägliches Unglück in die Welt bringen musste, dies spielte dabei schon keine Rolle mehr. Der Zynismus, der das besondere Kennzeichen des «aufgeklärten» Kreises um das Weisse Haus ist, liess solche Erwägungen gar nicht zu. Und nicht nur der Zynismus allein, sondern der eifersüchtige Hass gegen den erfolgreichen Führer des deutschen Volkes und schliesslich der Glaube, dass der amerikanische Kontinent dazu berufen sei, die bisherige Weltordnung, die offenbar England allein nicht mehr aufrecht erhalten konnte, unter allen Umständen zu sichern. All diese Momente trugen dazu bei, dass sich der innerpolitisch geschlagene, ja erledigte Roosevelt nun auf das weltpolitische Spiel stürzte. Hier, so hoffte er, wären die Lorbeeren zu gewinnen, die ihm im Inland versagt blieben, und im Endergebnis könnte damit auch die innerpolitische Situation gewandelt werden.

Von jeher war Roosevelt, wie wir gesehen haben, Anhänger der «internationalistischen», d.h. nach England gerichteten Schule gewesen. Als einer der Väter des Diktats von Versailles, als der Betreuer der Kommission der alliierten Aussenminister im Weltkrieg in den Vereinigten Staaten, war es für Roosevelt ganz natürlich dort wieder anzuknüpfen, wo er 1920 am Ende der Wilson-Epoche aufgehört hatte. Die puritani-

sche Überzeugung, dass man selbst die «reine Lehre» gegen die Häresie der totalitären Staaten vertrete, wie sie in Wilsons berühmtem Wort «make the world safe for Democracy» ihren ersten Triumph gefeiert hatte, stand plötzlich wieder auf. Wie jene Aristokraten des ancien regime hatten diese Verfechter der demokratischen Heilslehre nichts gelernt und nichts vergessen. Die antisemitische Politik Deutschlands hatte zudem die engsten Berater des Präsidenten, voran Felix Frankfurter, längst zu dem Entschluss gebracht, dass die Macht der Vereinigten Staaten zum geeigneten Zeitpunkt gegen Deutschland ausgespielt werden müsse. Frankfurter aber, der sich während des Streits um den Obersten Gerichtshof weislich zurückgehalten hatte, war nun als «Kenner der europäischen Verhältnisse» in diesen entscheidenden Monaten zwischen dem Herbst 1937 und dem Winter 1938/39 öfter Gast im Weissen Hause als zuvor. Ein deutscher Beobachter, der um jene Zeit mit Frankfurter zusammentraf, berichtet, dass, als er Frankfurters Zimmer betrat, ihm dieser vor Hass beinahe an die Kehle sprang.

Noch immer lebten, wie Roosevelt am Beginn seiner ersten Amtsperiode gesagt hatte, ein Drittel der Amerikaner in Elendswohnungen, war ein Drittel der Amerikaner im Lande des Überflusses unterernährt, war ein Drittel der Amerikaner schlecht bekleidet und der Kälte ausgesetzt. Präsident Roosevelt aber predigte zum Kreuzzug, um die ganze Welt für die amerikanischen Ideen zu retten! Kaum jemals in der Geschichte hat sich etwas Widersinnigeres zugetragen, aber das Volk der Vereinigten Staaten bemerkte es nicht. Die Maschine, von dem geheimen Kreis um das Weisse Haus gesteuert, begann zu stampfen. Die Hasspropaganda schwoll an. Der nordamerikanische Kontinent schickte sich an, in rasender Fahrt die Katastrophe in Europa zu beschleunigen und seiner eigenen entgegenzueilen.

TEIL IV

Auf der Suche nach dem Feind

U ngefähr ein Jahr vor dem Ausbruch des zweiten grossen Welt-kriegs in diesem Jahrhundert sahen wir im Chicago die Para-de, die sich über viele Stunden anlässlich des Unabhängigkeitstages über den glutheissen, aufgeweichten Asphalt der Michigan-Avenue bewegte. Unter den Abteilungen der Armee und der Marine marschierte ein kleines Häuflein alter Männer in sonderbaren altmodischen Uniformen. Ihnen voraus wurde eine zerfetzte amerikanische Fahne getragen. Einige fuhren im Wagen, weil sie nicht mehr gehen konnten. Es waren die Veteranen aus dem spanisch-amerikanischen Krieg von 1898, die letzten Überlebenden der «Rauhen Reiter», mit denen Theodore Roosevelt seine Aussenpolitik des «Dicken Stockes» eingeleitet hatte. Das Publikum begrüsst sie mit weniger stürmischen Ovationen als die Abteilungen des Heeres, der Schulen und der männlichen und weiblichen Pfadfinder. Offenbar war es sich nicht darüber im Klaren, welche Bewandnis es mit diesen alten Männern hatte, auf deren Schärpen man die mit goldenen Buchstaben gestickten Worte: Kuba, Philippinen, Porto Rico lesen konnte. Sie zogen vorüber als eine Erinnerung daran, dass in jenem Jahr die Geschichte der Vereinigten Staaten als imperialistische Grossmacht erst vierzig Jahre alt war.

Nur ein gutes Menschenalter!

Der spanisch-amerikanische Krieg und die ihm unmittelbar vorausgehenden Jahre sind in der Tat der grosse Wendepunkt, von dem ab sich die Vereinigten Staaten in überraschend kurzer Zeit aus einem noch immer halb kolonialen und weltpolitisch an der Peripherie liegenden isolierten Kontinent in die Reihe der grossen imperialistischen Weltmächte vorschieben. Wir sehen, wie dieser Vorgang fast genau parallel läuft mit der Erreichung der geographischen Grenze auf dem nordamerikanischen Festland selbst. Von seiner Entstehung ab ist der *Dollarimperialismus* unauflöslich verbunden mit der Machtzusammenballung bei der Hochfinanz. Ebenso wie der innere Staats- und Parteienapparat von der Jahrhundertwende ab von ihr endgültig beherrscht wird, wird auch die Aussenpolitik des sich reckenden Giganten im amerikanischen Norden von den expansiven Interessen der grossen Wirtschaftsgruppen bestimmt. Erdöl, Zinn, Kupfer, Zucker, Kautschuk und Finanzanleihen sind die Stichworte, nach denen sich diese Aussenpolitik vollzieht. Strategische Gesichtspunkte, durch die der Erwerb einer Reihe von Stützpunkten in geographischer Schlüssellage nach britischem Vorbild erfolgt, ordnen sich in das System des Dollarimperialismus ein. Das State Department – das Auswärtige Amt der Vereinigten Staaten – ist dabei im Wesentlichen die grosse Geschäftsagentur des Finanzkapitals, das die Machtmittel des Staates diplomatisch und militärisch für die Kapitalinteressen der verschiedenen beherrschenden Wirtschaftsgruppen einsetzt. Die Marinetruppen, die insbesondere im karibischen und nördlichen südamerikanischen Raum auftreten, sind die Vollstrecker der grossen Planungen der Hochfinanz. Sie haben die Rohstoffe ebenso wie die Zinsdienste der Anleihen sicherzustellen. Für die Entwicklung der amerikanischen Aussenpolitik in Mexiko und Mittelamerika sind die Bank- und Erdölinteressen ebenso massgebend wie für die Fernostpolitik das «Chinakonsortium», das von der Morgan-Gruppe beherrscht wird. Vom Weltkrieg ab gilt dies auch für die Europapolitik, bei der die Diplomatie im Kielwasser des von der Hochfinanz eingeschlagenen Kurses der Anleihepolitik fährt.

Weder die Dollardiplomatie noch die spätere Kriegspolitik Roosevelts und der neue amerikanische Imperialismus entsprechen den Grundsät-

zen, nach denen sich die Aussenpolitik der Vereinigten Staaten ursprünglich entwickelt hat. Um den grossen Zug der geschichtlichen Entwicklung übersehen zu können, müssen wir uns mit ihnen zunächst befassen. Wir werden daher, bevor wir auf die Periode Roosevelt eingehen können, einen Blick auf die *Traditionen der amerikanischen Aussenpolitik* zu werfen haben, wir werden uns dann mit der unter Staatssekretär Stimson eingeleiteten *Wendung zur Machtpolitik* im Fernen Osten befassen und schliesslich die in der Neutralitätsgesetzgebung hervorbrechende *Gegenströmung* kennenlernen. Die vorsätzliche *Wendung zur Kriegspolitik* unter dem dreimal wiedergewählten Präsidenten Roosevelt wird sich dann von diesem Hintergrund abheben. Die Ideengeschichte der amerikanischen Aussenpolitik ist gleichzeitig die Geschichte der amerikanischen Propaganda. Kaum ein anderes Land hat seine aussenpolitischen Ideen von Anfang an in dem Masse als «Weltideen» verkündet wie die Vereinigten Staaten. Die Suggestion des Amerikanismus hat denn auch bis in unsere Tage Wirkungen ausgelöst, die nur durch die unkritische Hinnahme dieser Propaganda in weiten Gebieten der Welt möglich waren. Dies galt ebenso in der Epoche der ursprünglichen Abwehrideologie der Monroe-Lehre, wie in der des Dollarimperialismus (zu der Weltkrieg und Nachkriegszeit hinzuzurechnen sind), wie schliesslich in der jüngsten Epoche der Weltherrschaftsbestrebungen unter Roosevelt. Dem inneren Zusammenhang dieser drei Epochen gilt die Darstellung dieses und der folgenden Teile unseres Buches.

Die Ideen der amerikanischen Aussenpolitik waren im 19. Jahrhundert – im britischen Zeitalter – dem allgemeinen Zuge der Weltpolitik fremd, ja entgegengesetzt. Während England damals das universale Prinzip der «Allgegenwart» in allen Erdteilen verkörperte und die Weltkarte mit buntscheckigen Einflussgebieten an allen Ecken und Enden gleichzeitig überzog, war die amerikanische Aussenpolitik – fussend auf George Washingtons Warnung vor der Einmischung in die Konflikte Europas – *Erdteilpolitik*, Sie trat dem britischen Universalismus, dem Anspruch auf Rechte und Vorrechte überall in der Welt, als raumbundener, auf einen Erdteil beschränkter Regionalismus entgegen. So ist sie in der be-

rühmten Erklärung des Präsidenten Monroe vom 2. Dezember 1823 formuliert worden. Mit der Aufstellung dieses raumgebundenen aussenpolitischen Prinzips ist damals unversehens einer der grossen Wendepunkte der Politik der grossen Mächte erreicht worden.

Der ursprüngliche Gehalt der *Monroe-Doktrin* ist später, etwa seit 1896/98, durch den Dollarimperialismus überwuchert und schliesslich in sein Gegenteil verkehrt worden. Das Ordnungsprinzip, das indes Monroe und sein Staatssekretär John Quincy Adams formuliert haben, rechnet heute wie damals zu den grossen und unvergänglichen Lehren, deren wirkliche Befolgung und sinngemässe Anwendung nicht nur für Amerika, sondern auch für die anderen Erdteile die Konfliktstoffe derart beschränken müsste, dass der Ausbruch neuer Weltkriege schwerlich mehr zu erwarten wäre. Die Monroe-Doktrin in ihrer ursprünglichen Gestalt entsprach gewiss ebenso der halbkolonialen Situation, in der sich damals die Vereinigten Staaten befanden, wie sie ein Ausdruck der geographischen Insellage des amerikanischen Kontinents war, der nach dem Unabhängigkeitskrieg und dem englisch-amerikanischen Krieg 1812/14 damals ebenso unangreifbar erscheinen musste, wie er es heute noch ist. Der eigentliche Sinn dieser Lehre ist indes von Raum und Zeit unabhängig. Er ist so modern und entspricht so sehr den Gegebenheiten der heutigen Welt, dass Adolf Hitler sich zu den Gedanken, die ursprünglich in der Monroe-Doktrin ausgesprochen waren, rückhaltlos bekennen, ja, dass er sie als *eine der Grundlagen einer künftigen Weltordnung* ansprechen konnte. Die Geschichte der amerikanischen Aussenpolitik der letzten Jahrzehnte ist nichts als ein fortgesetzter und immer weiter um sich greifender Verrat an den grossen Prinzipien, die George Washington und James Monroe aufgestellt haben.

Die Äusserung Adolf Hitlers über die Monroe-Doktrin erfolgte während des Frankreichfeldzuges im Führerhauptquartier gegenüber dem amerikanischen Korrespondenten Karl v. Wiegand am 9. Juni 1940. Sie lautet: «Ich glaube nicht, dass die Doktrin, wie sie Monroe proklamiert hat, als eine einseitige Inanspruchnahme der Nichteinmischung aufgefasst werden konnte oder kann. Denn der Zweck der Monroe-Doktrin bestand nicht nur darin, zu verhindern, dass europäische Staaten sich in

amerikanische Dinge einmischen – was übrigens England, das selbst ungeheure territoriale und politische Interessen in Amerika besitzt, fortgesetzt tut – sondern dass ebenso Amerika sich nicht in europäische Angelegenheiten einmengt. Die Tatsache, dass selbst George Washington eine derartige Warnung an das amerikanische Volk ergehen liess, bestätigt die Logik und Vernünftigkeit dieser Auslegung. Ich sage daher: Amerika den Amerikanern, Europa den Europäern.»

Die Worte Washingtons, auf die Adolf Hitler sich hierbei bezog, sind jene berühmten Sätze aus seiner Abschiedsbotschaft: «Es ist unklug, wenn wir uns durch künstliche Bindungen in Schwankungen der europäischen Politik oder den Wechsel zwischen europäischen Freundschaften und Feindschaften verwickeln lassen... Die einzig wahre Politik für uns ist die, unseren Kurs zu steuern, frei von jedem dauernden Bündnis mit irgend einem Teile der auswärtigen Welt.»

Die Monroe-Doktrin bedeutet nichts als eine Fortentwicklung der von Washington aufgestellten Grundsätze. Sie ist von derart fundamentaler Wichtigkeit, dass wir wenigstens kurz bei ihr verweilen müssen, zumal die herrschende amerikanische Staatslehre noch heute daran festhält, «die Monroe-Doktrin nehme unter den politischen Grundsätzen der Vereinigten Staaten den obersten Rang ein. Sie sei der Ausdruck des einzigen feststehenden Gedankens der Aussenpolitik, der dauernden Einfluss auf die Führung der Staatsgeschäfte habe» (John A. Kasson). Ihre Entstehung führt uns in das Zeitalter der Heiligen Allianz. Die spanischen Kolonien in Südamerika hatten eben ihre Unabhängigkeit erlangt. 1822 waren die neuentstandenen Republiken von Monroe anerkannt worden. Im darauffolgenden Jahre war in Spanien im Auftrage der Heiligen Allianz eine französische Armee einmarschiert, um die dort bestehende konstitutionelle Monarchie wieder in eine absolute Monarchie zu verwandeln. Dies war ohne besondere Schwierigkeiten geglückt, und die Allianz befasste sich nun mit der Frage, ob die Möglichkeit bestehe, auch die bisherigen spanischen Republiken in Südamerika wieder unter spanische Herrschaft zurückzuführen.

Das stiess in England auf erhebliche Widerstände, da sich gerade in diesen Jahren der britische Aussenhandel mit Südamerika stark entwickelt hatte. Ganning, der damalige Leiter der britischen Aussenpolitik, befürchtete nun, der wachsende wirtschaftspolitische Einfluss Englands in Südamerika würde einen erheblichen Rückschlag erleiden, wenn es etwa der Heiligen Allianz gelänge, die spanischen Kolonien wieder zurückzuerobern. Dies hätte Madrid nur mit französischer Hilfe erreichen können. Für Ganning tauchte daher das Gespenst eines französisch-spanischen Handelsmonopols in Südamerika auf, das er von vornherein zu verhindern bestrebt war. So wandte er sich an die Regierung der Vereinigten Staaten mit dem Vorschlag, England und die USA sollten mit einer gemeinsamen Erklärung hervortreten, dass sie die Zurückgewinnung der Kolonien durch Spanien für ausgeschlossen hielten und dass sie die Übergabe irgendeines Teiles dieser Besitzungen an eine andere Macht nicht gleichgültig mit ansehen könnten.

Hierüber berichtete Richard Rush, der amerikanische Gesandte in London, nach Washington, nicht ohne hinzuzufügen, dass er ein gewisses Misstrauen gegenüber den Motiven der Vorschläge Cannings nicht unterdrücken könne. «Es stellt sich heraus», so schrieb er an Staatssekretär Adams, «dass England seine eigenen Zwecke verfolgt und bemüht ist, hierfür unsere Hilfe in Anspruch zu nehmen. Was die Unabhängigkeit der neuen amerikanischen Staaten zu deren eigenem Besten betrifft, so scheint dies eine ganz andere Frage für die englische Diplomatie zu sein. Es handelt sich um Frankreich, dessen Macht nicht vergrössert werden darf, nicht um Südamerika, das befreit werden soll.» In Washington kam man infolgedessen zu dem Schluss, dass man keinesfalls mit England eine gemeinsame Erklärung abgeben dürfe, sondern dass man selbständig vorgehen müsse, um gegen den britischen Imperialismus ebenso einen Damm aufzurichten wie gegen den französisch-spanischen. Und dies um so mehr, als sich die Vereinigten Staaten gleichzeitig auch gegen die russischen Ansprüche wenden mussten, die damals der Zar von Alaska aus (das erst 1867 von den USA gekauft wurde) auf Kalifornien erhob. Das Ergebnis dieser Erwägungen war dann die Botschaft von Monroe an den Kongress. Sie ist ein umfangrei-

ches, mehrere Seiten füllendes Dokument, aus dem wir hier nur die Kernsätze anführen:

«An den Kriegen der europäischen Mächte in Angelegenheiten, die sie selbst betreffen, haben wir uns niemals in irgendeiner Weise beteiligt; auch verträgt es sich nicht mit unserer Politik, dies zu tun. Nur wenn unsere Rechte angetastet oder ernstlich bedroht werden, weisen wir Kränkungen zurück und treffen Massnahmen für unsere Verteidigung.... Wir sind es der Aufrichtigkeit und den freundschaftlichen Beziehungen, die zwischen den Vereinigten Staaten und den europäischen Mächten bestehen, schuldig, zu erklären, dass wir jeden Versuch, ihr System auf irgendeinen Teil dieser Erdhälfte auszudehnen, als gefährlich für unseren Frieden und unsere Sicherheit ansehen würden . . . Gegen die bestehenden Kolonien oder Besitzungen irgendeiner europäischen Macht haben wir nichts einzuwenden gehabt und werden wir nichts einwenden. Aber hinsichtlich der Regierungen, die ihre Unabhängigkeit erklärt und aufrechterhalten haben und deren Unabhängigkeit wir nach gründlicher Erwägung und aus Gründen der Gerechtigkeit anerkannt haben, könnten wir ein irgendwie geartetes Eingreifen einer europäischen Macht, um sie zu unterjochen oder sonstwie Gewalt über ihr Schicksal zu erlangen, nur als den Beweis einer unfreundlichen Einstellung gegen die Vereinigten Staaten ansehen.»

Die Politik gegenüber Europa wird dann schliesslich folgendermassen umrissen: «Unsere Politik Europa gegenüber ... bleibt dieselbe, nämlich: Jede Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines seiner Staaten zu vermeiden, die jeweilige de-facto-Regierung als die für uns legitime anzusehen, freundliche Beziehungen zu ihr zu pflegen und diese Beziehungen durch eine freimütige, feste und mannhafte Politik dauernd zu gestalten, in allen Fällen die berechtigten Ansprüche jeder Macht zu befriedigen, aber Kränkungen von keiner zu dulden.»

Die Monroe-Doktrin ist weder zum amerikanischen Gesetz erhoben, noch ist sie von fremden Mächten mit einer einzigen Ausnahme als geltendes Völkerrecht anerkannt worden. Die Ausnahme war das Statut der

Liga der Nationen, in dem Wilson im Artikel 21 die ausdrückliche Anerkennung der Monroe-Doktrin erzwang, obwohl die Vereinigten Staaten später der Liga gar nicht beitraten. Jeder Vertrag aber, den von nun ab die Vereinigten Staaten abschlossen, jede diplomatische Vereinbarung, die sie trafen, stand nach amerikanischer Auffassung unter dem Vorbehalt der Monroe-Doktrin, deren Auslegung indes stets souverän Sache der Vereinigten Staaten bleiben sollte. Sie ist später mehrfach durch amerikanische Präsidenten autoritativ ergänzt worden, so vor allem durch den Präsidenten Polk im Jahre 1845 und mit der Entstehung des Dollarimperialismus wiederum durch die Präsidenten Cleveland und Theodore Roosevelt. Ein Versuch, die jungen südamerikanischen Republiken zur Anerkennung der Monroe-Doktrin zu bewegen, der bereits 1825 auf einer panamerikanischen Konferenz in Panama gemacht wurde, schlug indes fehl. Es war insbesondere die britische Diplomatie, die dies zu verhindern wusste, wie denn überhaupt die Monroe-Doktrin bis 1898 vornehmlich gegen England angewandt und ausgespielt worden ist.

Das Moderne und Zukunftweisende an der Monroe-Doktrin war nicht etwa, dass durch diese Lehre überhaupt hätten Kriege verhindert werden können, wohl aber, dass mit ihrer Aufstellung und der stillschweigenden Billigung durch die anderen Grossmächte für einen langen Zeitraum Erdteilkriege ausgeschaltet worden sind, die sonst wohl unvermeidlich entstanden wären. Der südamerikanische Raum hätte ohne Monroe-Doktrin zum Schlachtfeld der aufeinander stossenden Interessen der verschiedenen europäischen Grossmächtsvölker wie auch der Vereinigten Staaten und so zum Keimboden für Weltkriege werden können. Der positive Gehalt der Monroe-Doktrin war also, der ursprünglichen Idee ihrer Urheber nach, eine Abgrenzung der Erdteile und ihrer politischen Einflussphären. Sie widersprach damit der universalistischen Theorie der Engländer, deren entgegengesetztes Prinzip es war, dass England in allen Weltteilen «Interessenzonen» errichtete, die dazu dienten, dass England überall, sei es in Asien, sei es in Europa oder in Amerika, den Anspruch erhob, auf die politische Gestaltung der verschiedenen Räume einzuwirken und sie besonderen britischen Zwecken dienbar zu machen.

Aus diesem Grunde ist auch von England stets geleugnet worden, dass die Monroe-Doktrin ein Bestandteil des Völkerrechts sei. Als Ganning von ihr Kenntnis nahm, erhob er sofort Einwendungen, obwohl die damalige Haltung der amerikanischen Regierung taktisch jenen Zielen diene, die auch England selbst anstrebte. Noch die offizielle Darstellung der britischen auswärtigen Politik der Universität Cambridge, die nach dem Weltkrieg erschien, behandelt daher das Prinzip der Monroe-Doktrin mit auffallender Kühle, ja, mit kaum unterdrückter Gehässigkeit. Triumphierend stellt sie fest, dass nach dem ersten Fehlschlag der Panamerikanischen Konferenz in Panama (1825) sich unter den Delegierten von Südamerika ein tiefes Misstrauen in die Gutgläubigkeit der grossen Macht im Norden ausbreitete. Die Republiken waren daher gehalten, sich enger an britischen Rat und britische Hilfe in ihren Kämpfen gegen die Anfangsschwierigkeiten ihrer neugewonnenen Freiheit anzulehnen. » Dass hierbei Grossbritannien als Protektor der Sklaverei auftrat, während die Nordstaaten der Union schon damals die Sklaverei abschaffen wollten, sei nur als amüsanter Seitenblick auf die britische Humanität angemerkt¹.

Die Monroe-Doktrin beruhte also darauf, dass die Vereinigten Staaten jede Einmischung eines fremden Imperialismus in die amerikanische Sphäre ablehnten und als Angriff auf ihre eigene Hoheit betrachteten, während sie umgekehrt – *und dies gab dieser Politik überhaupt die moralische Berechtigung* – versprachen, ihre eigene Machtsphäre nicht in fremde Räume auszudehnen, sich der Einmischung in die aussenpolitischen Streitigkeiten und in die Innenpolitik der europäischen Staaten zu enthalten und die jeweils tatsächlich herrschende Regierung als legitim anzuerkennen. Für die gesamte amerikanische Sphäre war also die Monroe-Doktrin von vornherein nichts anderes als eine politisch-völkerrechtliche Umschreibung der Unantastbarkeit des amerikanischen Lebensraumes, aus der die Vereinigten Staaten allerdings das Recht ableiteten, die Ordnung der gesamten amerikanischen Welt selbst verantwortlich in die Hand zu nehmen. Nach aussen beruhte das Prinzip auf

¹ The Cambridge History of British Foreign Policy, Bd. II, S. 234, Cambridge 1923,

der von den Vereinigten Staaten versprochenen Gegenseitigkeit der Nicht-einmischung.

Dieses Prinzip ist dann mit dem Beginn des Dollarimperialismus mehr und mehr verlassen worden. Seit 1898 verlangen die Vereinigten Staaten auf Grund der Monroe-Doktrin nach wie vor, dass alle anderen Mächte sich einer Einmischung in die amerikanische Sphäre enthalten, während sie für sich selbst das Recht in Anspruch nehmen, sich überall dort, wo sie angeblich Interessen zu vertreten haben, in fremde Sphären einzumischen. Da seit der Jahrhundertwende und zumal nach dem Weltkrieg der amerikanische Finanzkapitalismus buchstäblich überall in der Welt durch Anleihen, Finanzberater und andere Mittel «Interessenzonen» errichtet hatte, wurde die Monroe-Doktrin schliesslich in ein Mittel der allgegenwärtigen und allumfassenden Intervention in Südamerika, Europa, Afrika und Asien umgefälscht. *Aus einem zunächst rein defensiven Prinzip zur Abgrenzung der Erdteile wurde ein imperialistisches Offensivinstrument erster Ordnung.* Wenn wir daher heute von der Monroe-Doktrin als von einem wichtigen Grundsatz einer künftigen Weltordnung sprechen, so ist damit nicht die universalistisch-imperialistische Verfälschung der Monroe-Doktrin gemeint, sondern jenes ursprüngliche Prinzip der Gegenseitigkeit der Nichteinmischung, auf das sich auch Adolf Hitler in seiner Äusserung über die Monroe-Doktrin bezogen hat.

Es waren bezeichnenderweise die Engländer, die unter Verzicht auf ihre bisherige Haltung seit der Jahrhundertwende eine rein imperialistische Auslegung der Monroe-Doktrin unterstützten, weil sie auf diese Weise in den Vereinigten Staaten einen gelehrigen Schüler ihrer eigenen Weltherrschaftslehre und einen Helfer für die Aufrechterhaltung jenes weltpolitischen Gleichgewichtes zu finden hofften, aus dem England bereits durch anderthalb Jahrhunderte so grossen Nutzen gezogen hatte, das sich aber nun allmählich zu verschieben drohte. Der Zugriff der Vereinigten Staaten auf die Philippinen und die endgültige Annexion von Hawaii sind daher von England ausgesprochen begünstigt worden, nachdem sich kurz vorher die deutsch-englischen Bündnisverhandlungen unter Salisbury zerschlagen hatten, die, wenn sie von Erfolg begleitet ge-

wesen wären, der Weltgeschichte eine andere Richtung gegeben hätten. In jener Zeit tauchen denn auch Begründungen für den sich schnell entwickelnden amerikanischen Imperialismus auf, die nur allzu fatal an entsprechende Äusserungen der Engländer bei ihren kolonialen Eroberungen erinnern. Als man 1898 den Spaniern die Philippinen abgenommen hatte, erklärte Präsident McKinley: «Gott hat den Vereinigten Staaten die Pflicht auferlegt, den unter der spanischen Misregierung verdummten und entarteten Filipinos die Segnungen wahrhaft christlicher Kultur nahezubringen».

In London trafen diese Phrasen auf volles Verständnis. Dort war man gerade mit dem beginnenden Burenkrieg beschäftigt, zu dem aus dem altbekannten Arsenal ganz ähnliche ideologische Verbrämungen des nackten Imperialismus benötigt wurden. Diese Verfälschung der Monroe-Doktrin, unter deren Schutzmantel sich der Dollarimperialismus zu entwickeln und zuerst in die asiatische und später in die europäische Sphäre überzugreifen begann, ist um jene Zeit in den Vereinigten Staaten selbst sehr wohl bemerkt worden. Bis zum Weltkrieg, ja bis heute gab es stets eine mächtige Partei, die sich gegen weltpolitische Abenteuer, ja, die sich sogar gegen die imperialistische Auslegung der Monroe-Doktrin in Mittel- und Südamerika erregt wandte. Es waren im Wesentlichen die Mächte des Finanzkapitalismus in Gemeinschaft mit ihrer «ausserpolitischen Geschäftsagentur», dem State Department, die diese Opposition, die sich auf die ursprünglichen Ideen von Washington, Jefferson, Monroe und Adams berief, mundtot zu machen wusste. Erst in unserer Zeit ist dann auch die amerikanische Staatsrechtslehre fast geschlossen der Verfälschung der Monroe-Doktrin gefolgt.

Gerade in den letzten Jahren haben Präsident Roosevelt und sein Kreis den Eindruck zu vermitteln versucht, als ob die Vereinigten Staaten während des letzten Jahrhunderts durch ihre sich auf die Monroe-Lehre gründende Politik ein Hort des Friedens gewesen seien und als ob die «Westliche Hemisphäre» von den Wirren, in die sich Europa und Asien immer wieder hineingezogen sahen, verschont geblieben wäre. Diese

Legende verflüchtigt sich beim ersten Blick auf die amerikanische Geschichte seit der Erklärung der Monroe-Doktrin. Sie zeigt von 1823 bis 1941 eine Kette von nicht weniger als vierundzwanzig nordamerikanischen Angriffsunternehmungen, wobei weder die Kämpfe mit den Indianern noch verschiedene kleinere Interventionen in Ostasien mitgerechnet sind. Bei keinem dieser vielen Angriffskriege und Revolutionen, die Amerika geführt oder entfesselt hat, sind die Vereinigten Staaten der angegriffene Teil gewesen. *In allen Fällen waren sie auch nach der amerikanischen Geschichtsdarstellung selbst die Angreifer.*

In einem Anhang am Schluss des Buches haben wir sämtliche wichtigeren Angriffskriege, die die USA in den letzten hundert Jahren geführt haben, zusammengestellt. Die Übersicht über diese zahllosen Angriffskriege wie über die Revolutionen, die die Vereinigten Staaten kaltblütig und unter Einsatz grosser Macht- und Geldmittel in kleineren Ländern entfesselten, gibt indes nur einen ungefähren Überblick über die tatsächliche Entwicklung des Dollarimperialismus. Zu diesem System gehört es, dass der kriegerische Angriff und die Landung nordamerikanischer Marinesoldaten, die für ganz Mittel- und Südamerika wie auch für Ostasien das Symbol des Yankeeimperialismus sind, nur als letztes Mittel eingesetzt wurden. Seit dem letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts wurde die *Politik der Anerkennung oder Nichtanerkennung* süd- und mittelamerikanischer Regierungen zu einem der wichtigsten Instrumente des USA-Imperialismus. Wenn in irgendeinem südamerikanischen Staat eine Revolution ausbrach, die sich gegen den Yankee-Einfluss mittelbar oder unmittelbar richtete, erzwang Washington durch die Nichtanerkennung solcher Regierungen häufig eine neue Revolution, durch die dann irgendwelche Gruppen an die Macht kamen, die bereit waren, sich der Herrschaft des Dollars zu unterwerfen.

Der Weltkrieg, der in dieser Liste der unprovokierten Angriffskriege der Vereinigten Staaten nur als einer unter vielen erscheint, hat natürlich eine weit grundsätzlichere Bedeutung. Die Kriegserklärung Wilsons war der erste formale Bruch grossen Stiles mit der ursprünglichen Idee der Monroe-Doktrin. Konnte man die von der Republikanischen Partei be-

stimmte Epoche von 1896 bis 1912 als das Zeitalter des imperialistischen Isolationismus ansprechen, so traten mit Wilson ganz neue aussenpolitische Strömungen in den Vordergrund. Die Gegenseitigkeit der Nichteinmischung, die die Grundlage der Monroe-Doktrin war, verschwand. Statt dessen entwickelte nun Wilson die Prinzipien der kollektiven Sicherheit und eines kollektiven Internationalismus, die dann von England und Frankreich übernommen und in der Epoche der Genfer Liga zum obersten Grundsatz der europäischen Westmächte gemacht wurden. Für die Westliche Hemisphäre wollten indes die Vereinigten Staaten den Vorbehalt der Monroe-Doktrin ungebrochen aufrechterhalten. Tatsächlich hat sich Genf auch niemals in Streitigkeiten zwischen amerikanischen Staaten einzumischen vermocht.

Das Pendel schwang nach dem Weltkrieg wieder zum imperialistischen Isolationismus der Vereinigten Staaten zurück. Die Epoche Harding-Coolidge-Hoover knüpfte im Wesentlichen dort an, wo bereits McKinley und Theodore Roosevelt gestanden hatten. Die Vereinigten Staaten griffen in dieser Zeit in die europäischen Verhältnisse nur indirekt ein, während sie gleichzeitig den Kampf um Südamerika intensiv fortsetzten, und zwar insbesondere gegen England, dessen mächtige Kapitalposition vor allem in den ABG-Staaten einen steten Anlass zu Reibungen bildete. Die Beziehungen zu Europa sind nun dadurch bestimmt, dass die Vereinigten Staaten das grösste Gläubigerland der Welt geworden sind. Onkel Sam hatte sich in Onkel Shylock verwandelt, wie die Engländer bitter tagtäglich in ihrer Presse erklärten. Die Alliierten des Weltkrieges sowie die neugebildeten europäischen Staaten schuldeten nach dem Waffenstillstand und der ersten Wiederaufbauperiode den Vereinigten Staaten insgesamt 10,35 Milliarden Dollar, von denen 4,2 Milliarden allein auf Grossbritannien, 3,4 Milliarden auf Frankreich und 1,6 Milliarden auf Italien entfielen. Durch diese neue Rolle als Weltgläubiger wurde indes auch in der Periode von Harding bis Hoover der Dollarimperialismus gegenüber Europa fortgesetzt. Waren es bisher Kuba, Haiti, San Domingo und

Nikaragua, wo amerikanische Botschafter als Vollstrecker der Wünsche von Wall Street auftraten, so war es nun das zu Boden geworfene Deutsche Reich, in dem unter der Bezeichnung «Reparationsagenten» die von der amerikanischen Regierung autorisierten Vertreter des Bankhauses Morgan – Dawes, Young und Parker Gilbert auftraten. Sie erschienen allerdings nicht als offizielle Regierungsvertreter, sondern als «einfache amerikanische Bürger» an der Spitze der Tributkommissionen, deren letzte Deutschland bis zum Jahre 1988 tributpflichtig machen wollte.

Die Rolle, die in Südamerika die amerikanischen Marinesoldaten spielten, übernahmen die französischen Negerregimenter an Rhein und Ruhr. Es war indes nicht nur Deutschland, das auf diese Weise zum Objekt amerikanischer Finanzberater wurde, sondern auch eine Anzahl kleinerer europäischer Staaten, wie z.B. Polen, die Türkei und andere. Zwischen 1920 und 1930 waren es etwa 25 Länder, in denen sich amerikanische Finanzberater auf dem Umweg über die Budget- und Anleihepolitik wesentlichen Einfluss auf die auswärtige und Handelspolitik verschafft hatten. Einer der bekanntesten, Edwin Kemmerer, hat allein in zehn Staaten als Finanzberater gewirkt. Einige dieser Tributeintreiber waren Beamte im State Department gewesen, wie z.B. Charles Dewey, ehe er als Finanzberater nach Polen ging. Die oben bereits erwähnte Gewohnheit, die wichtigsten Botschafter- und Gesandtenposten durch repräsentative Mitglieder der Finanzoligarchie zu besetzen, kam hinzu. Die Tätigkeit des Morgan-Partners Dwight Morrow als Botschafter in Mexiko diente z.B. den Sonderinteressen des amerikanischen Ölkapitals, während Dawes als Botschafter in London ebenfalls die Interessen des Hauses Morgan vor allem in den damals tobenden Kämpfen zwischen England und den Vereinigten Staaten um Südamerika vertrat.

Der Dollarimperialismus reichte nun weit über die Westliche Hemisphäre hinaus. Er trat in Deutschland ebenso auf wie in Iran. Er hatte Südamerika fast völlig unterworfen und sah nun im Fernen Osten das wichtigste aller zukünftigen Betätigungsfelder. Hier, so glaubte man in Washington und New York, biete sich für die amerikanische Macht die

grösste Chance der Errichtung einer Interessenzone von ungekannten Ausmassen. Ganz China, so hoffte man, würde sich in eine mittelbare amerikanische Kolonie verwandeln lassen. Der Ferne Osten gab denn auch nach dem Kriege den nächsten Anlass zu einem abermaligen Bruch mit den Prinzipien der Monroe-Doktrin, der im letzten Jahre der Präsidentschaft Hoovers durch den Staatssekretär Henry Stimson erfolgte.

Die Monroe-Doktrin sieht ausdrücklich die Anerkennung der De-facto-Regierungen in Europa als Grundprinzip der amerikanischen Aussenpolitik vor. Der Ferne Osten ist in ihr naturgemäss nicht erwähnt, weil er um 1823 als weltpolitisches Problem noch gar nicht existierte. Als Staatssekretär Stimson nach der Eroberung der Mandchurei durch Japan am 7. Januar 1932 in einer Note an die japanische und chinesische Regierung, die später als die *Stimson-Doktrin* bekanntgeworden ist, mitteilte, die Vereinigten Staaten würden Gebietsveränderungen, die sich auf Grund kriegerischer Ereignisse ergeben hätten, nicht anerkennen, war damit ohne allen Zweifel das Prinzip der Monroe-Doktrin der Nichteinmischung ebenso grundsätzlich durchbrochen wie durch den Kriegseintritt von 1917. Entsprechend dem weltweiten Einfluss, den der Dollarimperialismus des grössten Tributgläubigers sich erworben hatte, konnte dieser Schritt nur bedeuten, dass die Vereinigten Staaten in Zukunft die gegenüber den südamerikanischen Ländern geübte Oberherrschaft nun auf wichtige andere Gebiete der Welt jenseits der Westlichen Hemisphäre zu übertragen beabsichtigen. Die Anerkennung oder Nichtanerkennung einer Regierung hatte sich bereits, wie wir gesehen haben, zu einer der wichtigsten Waffen der amerikanischen Aussenpolitik in der westlichen Hemisphäre entwickelt. Diese Waffe sollte nunmehr im Fernen Osten, gegebenenfalls aber auch in Europa angewandt werden. Sie ist später nach der Eroberung Abessiniens durch Italien, die sich gewiss von der Eroberung Hawaiis durch die USA in nichts unterschied, ebenso verwendet worden, wie man dies beim Zusammenschluss Deutschlands und Österreichs versuchte. Auch heute noch gibt es für das State Department einen «Freistaat Danzig», eine Tschecho-Slowakei usw. Die Stimson-Doktrin stellt daher den Übergang der Vereinigten

Staaten vom imperialistischen Isolationismus der Zeit nach dem Weltkrieg zu einem neuen expansiven Imperialismus dar, der in der Epoche Franklin Roosevelts sich dann voll entfalten sollte.

Stimson bezog sich in seiner Note an Japan und China ausdrücklich auf den sogenannten *Kellogg-Pakt* (unterzeichnet am 27.8.1928). Er erklärte, die Vereinigten Staaten seien nicht bereit, irgendeine Situation, einen Vertrag oder ein Übereinkommen anzuerkennen, das im Gegensatz zu den Verpflichtungen des Kellogg-Paktes stehe. Nun ist der Kellogg-Pakt, durch den die «Ächtung des Krieges» erreicht werden sollte, von vorneherein ein mehr als fragwürdiges und dehnbare Vertragsinstrument gewesen. Er verdammt den Krieg als «Instrument der nationalen Politik». Wie Carl Schmitt hierzu treffend bemerkt hat, bedeutet dies, dass es einerseits Kriege geben soll, die als Instrument der nationalen Politik verboten sind, dass es aber andererseits «erlaubte Kriege» geben soll, die etwa in der Art einer Völkerbundsaktion als «gerecht» bezeichnet werden. Mit anderen Worten: der Kellogg-Pakt war der Versuch des mit dem französischen und englischen verbundenen amerikanischen Imperialismus zu bestimmen, welche Kriege erlaubt und welche verboten sein sollten, welche Kriege geächtet und welche als moralisch einwandfrei geführt werden dürften.

Sowohl hinter dem Kellogg-Pakt wie hinter der sich auf ihn gründenden Stimson-Doktrin vom Januar 1932 stand die Idee, dass die grossen herrschenden Imperialismen Englands, Frankreichs und Amerikas dafür Sorge zu tragen hätten, dass an der in Versailles aufgerichteten Weltordnung durch die an die Tür pochenden aufstrebenden Grossmachtvölker unter keinen Umständen gerüttelt werden dürfe. Durch die Dollardiplomatie waren ungeheure Gebiete der Welt ausserhalb der Westlichen Hemisphäre praktisch dem amerikanischen Finanzdiktat unterworfen. Auch vom amerikanischen Gesichtspunkt aus war die Welt «endgültig» verteilt. An dieser Weltordnung sollte nicht mehr gerüttelt werden. Der Kellogg-Pakt wie die Stimson-Doktrin waren der Ausdruck dieser politischen Machttheorie. Mit der tatsächlichen Verbannung des Krieges hatten sie nichts zu tun, da die Nutzniesser der bestehenden Weltordnung sich weder in Asien noch in Europa Mühe gaben, vorsorglich die

Ursachen und Gründe für etwa zu befürchtende Kriege durch eine gerechte Verteilung der Weltrohstoffe und durch das freiwillige Aufgeben des Tributsystems zu beseitigen. Zugrunde lag also mit einem Wort der Versuch, die grossen zivilisierten Nationen in Völker erster und zweiter Klasse einzuteilen und mit allen Mitteln zu verhindern, dass die Völker zweiter Klasse an den Vorrechten der Völker erster Klasse teilhaben konnten. Von nun ab wurde das Wort «Weltfriede» eine der Waffen im imperialistischen Arsenal der Vereinigten Staaten; denn was war Weltfriede von Kellogg und Stimson? Nichts anderes als die Erzwingung der Aufrechterhaltung der in Versailles geschaffenen Ordnung!

Während indes die Vereinigten Staaten in Europa dem Versailler Diktat selbst nicht beigetreten und auch den Beitritt zur Genfer Liga vermieden hatten, während sie also England und Frankreich die Rolle des Polizisten in Europa überlassen hatten, hatten sie im Fernen Osten dafür Sorge getragen, dass dort ein Vertragssystem entstand, durch das die imperialistisch-kapitalistische Unterwerfung Chinas und die Herabwürdigung eines grossen Landes zur «amerikanischen Interessenzone» vertragsmässig festgelegt wurde. Der erste Schritt hierzu war die *Washingtoner Flottenkonferenz* vom Jahre 1921 gewesen, auf der die amerikanischen Diplomaten erreichten, dass das bis dahin bestehende britisch-japanische Bündnis vom Jahre 1902 aufgelöst und durch einen Viermächtevertrag zwischen den Vereinigten Staaten, England, Frankreich und Japan ersetzt wurde, in dem die Flottenstärken Amerikas, Englands, Japans und Frankreichs auf 5:5:3:1,75 festgelegt wurden, wobei die italienische Flotte gleichstark wie die französische sein sollte. Die Auflösung des britisch-japanischen Bündnisses bedeutet für die Vereinigten Staaten einen gewaltigen Fortschritt für ihre Machtpolitik im Fernen Osten, da nun die Möglichkeit bestand, Japan in der Zukunft zu isolieren, falls es sich etwa dem von den USA in China verfochtenen Prinzip der «Offenen Tür» widersetzen sollte.

Unmittelbar anschliessend an die Flottenkonferenz gelang es denn auch, im Februar 1922 in Washington den sogenannten *Neunmächtevertrag* unter Dach und Fach zu bringen, durch den sämtliche am Südostpazifik interessierten Mächte sich verpflichteten, «die Souveränität, die

Unabhängigkeit und die territoriale und verwaltungsmässige Unantastbarkeit Chinas und das Prinzip der Offenen Tür» zu garantieren. Japan konnte nur mit grosser Mühe zur Unterzeichnung dieses Vertrages bewegt werden, durch den, wie sich Griswold, der Geschichtsschreiber der amerikanischen Fernostexpansion, ausdrückt, «die Fernostpolitik der Vereinigten Staaten zum internationalen Gesetz erhoben wurde». Tatsächlich bedeutet der Flottenvertrag zusammen mit dem Neunmächteabkommen von Washington die Errichtung einer nordamerikanischen Vorherrschaft im Fernen Osten. Dies war das eigentliche positive Ergebnis des Weltkrieges für die USA. England war gezwungen worden, seine erste Rolle im Fernen Osten aufzugeben, und Japan war zunächst in eine rein defensive Position zurückgeworfen. Dies wurde schon dadurch unterstrichen, dass im Washingtoner Flottenvertrag Japan und Amerika übereinkamen, die Südseeinseln nicht zu befestigen und die dort bereits bestehenden Befestigungen nicht weiter auszubauen. Die amerikanische Offensivzone war damit allerdings auf Hawaii als vorgeschobensten westlichsten Punkt begrenzt, während die Philippinen, Guam und die Aleuten unbefestigt bleiben sollten, umgekehrt konnte aber Japan seine weit in den Pazifik hereinreichenden Erwerbungen militärisch nicht verwenden, denen viel grössere Bedeutung zukam. Angesichts der unbestreitbaren wirtschaftlichen Überlegenheit der Vereinigten Staaten konnte dieses Abkommen sich auf die Dauer nur zu Ungunsten Japans auswirken.

Die Erwerbung der Philippinen im spanisch-amerikanischen Krieg hatte für die Machtpolitik in Ostasien die Grundlage gelegt. Nimmt man Manila als den Mittelpunkt eines Radius von 2'500 Meilen, «dann sieht die Einbildungskraft fast die Bevölkerung der halben Welt von dort aus mit Waren versehen, denn es wohnen und arbeiten innerhalb dieses Umkreises, der Wladiwostok, Indien, das Arabische Meer, Ozeanien und Nordaustralien umfasst, annähernd 800 Millionen Menschen»¹. Dies waren ohne allen Zweifel auch die Erwägungen gewesen, die schon bei der Erwerbung der Philippinengruppe für das amerikanische Finanzka-

¹ Nearing/Freeman, a. a. O.

pital eine ausschlaggebende Rolle gespielt hatten. Die *American-Chinese Development Company* hatte im selben Jahr 1898 die Konzession für den südlichen Teil der grossen Bahnstrecke Peking-Kanton erworben, die als kontinentale Transversale ganz China erschliessen sollte. Schon vordem war amerikanisches Kapital in die Mandschurei eingeströmt. Während aber die anderen Grossmächte China in Interessenzonen aufgeteilt hatten, waren die Vereinigten Staaten als der zuletzt Gekommene daran interessiert, dass China möglichst als Ganzes erhalten blieb, weil nur so sich das amerikanische Kapital die fundamentale Position erobern konnte, die es zu gewinnen hoffte. Thomas Lamont, der «Aussenminister» des Hauses Morgan, hat dies ganz offen ausgesprochen. Es versteht sich, dass später die Vereinigten Staaten diese ihre Politik gegenüber den europäischen Interessenten mit hohen moralischen Prinzipien umkleideten. Während die europäischen Mächte Teile aus dem grossen Kuchen haben wollten, hofften die Finanzpiraten der Grossbanken New Yorks die Beute ungeteilt und als Ganzes in ihren Tresor einbringen zu können.

An der Mandschurei waren vor allem Harriman und das mit ihm verbündete jüdische Bankhaus Kuhn, Loeb und Co. interessiert. Harriman stellte damals den kühnen Entwurf eines Bahnprojektes rund um die Welt auf, in dem ein zu entwickelndes mandschurisches Eisenbahnnetz eine wichtige Rolle spielte. 1911 gelang es einem internationalen Bankenkonsortium, unter der Führung von J.P. Morgan die sogenannte chinesische Währungsanleihe durchzusetzen, durch die der chinesischen Regierung 50 Millionen Dollar zu 5 v. H. aufgezwungen wurden. Durch diese Anleihe, so hoffte man, würde man in der Lage sein, ständig auf die Innenpolitik Chinas einwirken zu können. Durch diese amerikanischen Kapitalinteressen in der Mandschurei wie auch durch die Anleihepolitik des Chinakonsortiums wurde der weltpolitische Gegensatz zu Japan als eine endgültige Barriere einer friedlichen Entwicklung Ostasiens aufgerichtet. Unmittelbar nach dem Weltkrieg reiste Lamont persönlich nach Japan, um ein neues Chinakonsortium vorzubereiten. 1920 war es wiederum unter der Führung der Morgan-Gruppe und unter Beteiligung

britischer und auch zunächst noch japanischer Bankgruppen zustande gekommen. Mit China selbst wurde über die Gründung dieses neuen Konsortiums gar nicht verhandelt – obwohl nach aussen das State Department ständig von der Souveränität der inzwischen entstandenen jungen chinesischen Republik sprach.

Es war Japans Bestreben seit dem Abschluss des Neunmächtevertrages, sich der Fesseln, die seiner natürlichen Expansionspolitik in Asien damit auferlegt waren, wieder zu entledigen. Man sah in Tokio, wie das amerikanische Kapital nun in immer reichlicher fließendem Strom ganz China überschwemmte und wie der riesige natürliche Reichtum dieses Landes auf diese Weise unter amerikanischen Einfluss geriet. Als dann im September 1931 der japanische Gegenstoss in der Mandchurei erfolgte und in kurzer Zeit das gesamte mandchurische Gebiet unter japanische Herrschaft gebracht war, hoffte Stimson durch die Veröffentlichung seiner Nichtanerkennungsdoktrin England und vielleicht auch Frankreich zu einer gemeinsamen Intervention gegen Japan mitzuzureisen. Die Idee des «Krieges für die Aufrechterhaltung der kollektiven Sicherheit», die das nachfolgende Jahrzehnt dann völlig beherrschen sollte, ist bei diesem Anlass zum erstenmal von einer imperialistischen Grossmacht formuliert worden. Schon damals sprach man in Amerika davon, dass der «Weltfriede» durch einen Krieg gegen Japan gerettet werden müsse. England zeigte sich indes noch nicht bereit, auf diesen gefährlichen Vorschlag einzugehen. Wenige Tage nach der Veröffentlichung der Stimson-Doktrin erklärte vielmehr das Foreign Office, dass es in Japan das Vertrauen habe, dass die Politik der «Offenen Tür» auch in der Mandchurei weiter befolgt werde. In der ganzen Welt und insbesondere in Japan wurde diese Verlautbarung des Foreign Office als eine sichtbare Zurückweisung der amerikanischen Ansprüche aufgefasst.

Vergeblich führte Stimson mit Sir John Simon eine Reihe erregter transatlantischer Telefongespräche, durch die er die Teilnahme Englands an einer gemeinsamen Aktion gegen Japan doch noch zu erreichen hoffte. England zog sich auf die Liga der Nationen zurück, die zwar die Stimson-Doktrin übernahm, im Übrigen aber die Ergreifung von Sanktionen ablehnte. Im Herbst 1932 entstand der neue mandchurische

Staat. Japan wurde in Genf formell «verurteilt» und schied daraufhin aus der Liga aus. Die erste Runde des nun anhebenden Kampfes um die neue Weltordnung war unter der Parole «Asien den Asiaten» gegen die Interessen der amerikanischen Hochfinanz gewonnen worden. Japan hatte dabei erfahren, dass ihm in den Vereinigten Staaten ein erbitterter Gegner erwachsen war, der den Anspruch auf seine Interessen in China niemals freiwillig preisgeben wird. Umgekehrt galt in den Vereinigten Staaten in jenen Jahren Japan als der «Hauptfeind». Unter dem Einfluss des Finanzkapitals hatte die amerikanische Presse eine wilde Agitation gegen die Japaner entfaltet, durch die das amerikanische Volk in die Überzeugung hineingesteigert worden war, eine japanische Aktion in der Mandschurei und in Nordchina bedrohe die «Sicherheit» der Vereinigten Staaten. Nichts konnte absurder sein.

Der Bruch der Monroe-Doktrin durch die Stimson-Doktrin erscheint uns heute als das dramatische Vorspiel jener Politik beständiger Einmischung in die Fragen anderer Erdteile, die später die Präsidentschaft Franklin Roosevelts kennzeichnen sollte. Stimsons Versuch, die Maschinerie der «kollektiven Sicherheit» gegen Japan in Gang zu setzen, schlug fehl. Der Geist aber, aus dem diese Politik geboren wurde, begann nun die Vereinigten Staaten mehr und mehr zu beherrschen. Insbesondere das State Department wurde zum Vertreter einer imperialistischen Einmischungspolitik in allen Weltteilen. S.R. Hornbeck, der Leiter der Fernöstlichen Abteilung im State Department, hatte Stimson bereits damals zu seiner unüberlegten Aktion gegen Japan angestachelt. Bis heute ist der verhängnisvolle Einfluss dieses Mannes für die Fernostpolitik der Vereinigten Staaten massgebend geblieben. Bald sollten ihm in der Europäischen Abteilung Politiker von ähnlich hartnäckiger imperialistischer Überzeugung zur Seite treten. «In Stimsons Geist», schreibt Griswold, «mischten sich die wirtschaftlichen Träume der Dollardiplomaten und all jener Propheten des vergangenen Jahrhunderts, die in China den ungeheueren Markt der Zukunft sahen mit den Visionen und dem Ideal der Missionare, durch deren Augen fast alle Amerikaner sich gewöhnt hatten, die 13 Probleme Chinas zu sehen.» Der Geist Wil-

sons begann wieder aufzustehen. Stimson erklärte typisch, der Zweck seiner Politik sei, «der moralischen Entrüstung in der ganzen Welt über den Friedensbruch in der Mandschurei Ausdruck zu verleihen». Hatte sich Amerika im ersten Nachkriegsjahrzehnt nach dem Fiasko der Wilsonschen Ideale damit begnügt, die Früchte der Dollardiplomatie rings um die ganze Erde einzuheimsen, so verband sich dies nun wiederum mit dem Anspruch, die Welt moralisch zu belehren und «auf den richtigen Weg zu führen». Dass dieser richtige Weg zufällig derjenige war, den Stimsons Freund Lamont schon ein Jahrzehnt früher bei der Errichtung des finanzkapitalistischen Chinakonsortiums eingeschlagen hatte, wurde dabei natürlich nicht erwähnt. Acht Jahre später sehen wir Stimson im Kabinett Roosevelts als Kriegsminister wieder auftauchen. Die Prinzipien, mit denen er damals den Imperialismus der Vereinigten Staaten moralisch zu umkleiden versuchte, sind dann zur Grundlage der Aussenpolitik der USA überhaupt geworden. England, das bei der Erklärung der Stimson-Doktrin noch zögerte, befand sich dann im Krieg. Die Voraussetzungen, die Stimson schaffen wollte, waren eingetreten. Nur hatte er übersehen, dass Japan inzwischen eine Militärmacht ersten Ranges geworden war.

Für die erste Periode der Aussenpolitik Franklin Roosevelts war indes zunächst eine gewisse Milderung des nordamerikanischen Imperialismus bezeichnend. Die Probleme der Innenpolitik und der Versuch, durch das New Deal die Vereinigten Staaten zu reformieren, beherrschten den Vordergrund. Von 1933 bis 1937 steht für die Roosevelt-Regierung die Aussenpolitik in der zweiten Linie. Sie ist in diesen ersten Jahren das Werk Cordell Hulls, den Roosevelt 1933 zum Staatssekretär machte. Hull gehörte nicht zum ursprünglichen Freundeskreis des Präsidenten. Seine Ernennung war ein Kompromiss mit der Mächtegruppe der Senatoren des demokratischen Südens. In den ersten Monaten seiner Tätigkeit im State Department hat ihm Roosevelt daher in Bullitt und

Raymond Moley zwei Berater aus dem «inneren Zirkel» des New Deal an die Seite gegeben. Hull hat sich dieses Einflusses indes zu entledigen gewusst. Erst später musste er die Führung der Aussenpolitik an das Weisse Haus selbst abtreten.

Hull ist in vieler Hinsicht die Verkörperung des alten Amerika. Wenn er in dem wunderlichen Gebäude des State Department fast scheu das unansprechende Zimmer betritt, in dem er täglich die Presse empfängt, wenn er dann umständlich sein Pincenez putzt und schliesslich mit leiser, etwas stockender Stimme, auf den Rücken einer Stuhllehne gestützt, einige Bemerkungen zum Tage macht, könnte man ihn kaum für einen Mann von besonderem Format halten. Doch verrät die Gestalt und das leicht melancholische Antlitz einen starken, wenn auch starren Charakter. Es weht um ihn der enge provinzierische Geist des amerikanischen Südens. Dabei steht das Pedantische und Konventionelle seines Auftretens nicht völlig unbewusst im Gegensatz zu der bis zum Schauspielerischen legeren Haltung seines Nachbarn im Weissen Haus. Geboren 1871 in einem kleinen Blockhaus in den undurchdringlichen Wäldern von Tennessee, stammt er aus einer Gegend, die, von beiden Ozeanen ebenso entfernt wie von der Metropolis New York, den kontinentalen Amerikanismus rein entwickelt hat. Seine Verwandten sitzen noch heute dort als kleine Farmer und Kolonialwarenhändler. Wäre dieser Mann nicht Staatssekretär geworden, wäre er dadurch nicht gezwungen, sich täglich mit Problemen fremder Völker zu befassen, für deren Ursprung und bewegende Kräfte er auch nicht das leiseste Gefühl hat, müsste man ihn sympathisch finden. 24 Jahre lang vertrat er Tennessee im Abgeordnetenhaus und zwei Jahre im Senat, bis er Staatssekretär wurde. Er war dort Fachmann für Erbschaftssteuern und Zolltarife. Niemand im Kongress konnte es seit langem auf diesen beiden Gebieten mit ihm aufnehmen.

Als er ins State Department einzog, war er fest überzeugt, der grösste Teil sowohl der innerpolitischen wie der Probleme der Weltpolitik liessen sich durch eine liberale Zoll- und Aussenhandelspolitik beheben. Dies war seine fixe Idee. Er war überdies als «Internationalist» in der Endphase Wilsons stark hervorgetreten. Bis zum Schluss hatte er sich

für die Unterzeichnung des Versailler Diktates und für den Beitritt der USA zur Genfer Liga eingesetzt. Von jeher vertrat er die Meinung, dass, wenn Wilson Erfolg gehabt hätte, «der Frieden im wahren Sinne des Wortes» für die ganze Welt gesichert gewesen wäre. Europa und Ostasien hat er aus eigener Anschauung kaum je kennengelernt. Er begnügte sich damit, das Weltbild, das er sich nun einmal gemacht hatte, in die Praxis der Aussenpolitik umsetzen zu wollen. Als der *letzte Doktrinär des Freihandels*, der irgendwo an wichtiger Stelle der Welt noch die Aussenpolitik eines grossen Staates leitet, erwies er sich als völlig blind für die Fragen, die unser Jahrhundert überall in der Welt aufgeworfen hat. Cordell Hull, der steife Gentleman aus dem Süden, ist darum nicht minder zu einer verhängnisvollen Kraft geworden als der engere Kreis um das Weisse Haus.

Er begann damit, eine Unzahl von Handelsverträgen mit den verschiedensten südamerikanischen und später auch europäischen Staaten abzuschliessen. Je nachdem, ob ihm das leicht oder schwer fiel, gewöhnte sich Hull allmählich daran, die Staaten in «böse» und «gute» einzuteilen. So gehört es zu den Merkwürdigkeiten der Desorganisation unserer heutigen Welt, dass die naiven Urteile und Sympathien eines engstirnigen Politikers aus den amerikanischen Südprouvinzen bedeutsam für das Schicksal von Völkern werden können. Für seine Utopie gab es weder drängende nationale noch soziale Probleme in der übrigen Welt. Auf Grund der Handelsstatistiken liess sich vielmehr mit dem Rechenstift genau feststellen, auf welche Weise ein «Maximum an allgemeiner Wohlfahrt» in allen vier Weltgegenden erreicht werden könnte. Erscheinungen, die in dieses Bild nicht passten, wurden als «nationalistische Psychosen» oder noch Schlimmeres angesprochen. Jede tiefere Einsicht in die Wurzeln, aus denen sich die Unordnung, ja die Erkrankung ganzer Weltteile herleiteten, fehlte. Mit Recht schreibt der amerikanische Publizist Hubert Herring schon 1938: «Die Amerikaner sollten untersuchen, wie stark die friedlichen Demokratien die politische und wirtschaftliche Katastrophe mit verursacht haben, die einen grossen Teil Europas verschlang und heute Asien bedroht. Mr. Cordell Hull beschäftigt sich nicht mit solchen Grundfaktoren. Seine Moralpredigten verlie-

ren daher an Kraft. Niemand kann sich mit den laufenden Weltnöten auseinandersetzen, der von der Behauptung ausgeht, dass der Vertrag von Versailles gerecht und ehrenhaft war... Die Weltkarte ist für Cordell Hull fertig, und obschon er die etwaige Notwendigkeit für Änderungen freimütig zugestehen würde, gibt er doch keinerlei Fingerzeige, wie dies geschehen könnte.»

Die Aussenpolitik des New Deal begann indes mit einem merkwürdigen Widerspruch. Roosevelt hatte die für den Sommer 1933 anberaumte *Londoner Weltwirtschaftskonferenz* zunächst begrüsst und die Stabilisierung der Währungen als Ziel aufgestellt. Hull trat in London denn auch als feierlicher Oberpriester der Wiederherstellung der liberalen Weltwirtschaft auf, als Roosevelt Anfang Juli in einem Telegramm an die Konferenz mitteilte, die Stabilisierung des Dollar käme nicht in Betracht. In typischer Sprunghaftigkeit hatte der Präsident seine Meinung unter dem Einfluss anderer Berater geändert. Die Konferenz löste sich daraufhin auf. Es war der letzte Versuch, die Weltwirtschaft im alten Stile wieder in Gang zu bringen. Die Vereinigten Staaten blieben zunächst noch bei der Isolierungspolitik.

Auch auf anderen Gebieten zeigten sich ähnliche Tendenzen. Im April 1934 wurde vom Kongress der sogenannte *Johnson-Akt* angenommen, durch den bestimmt wurde, dass keine Person in den Vereinigten Staaten berechtigt ist, Geld an irgendeine fremde Regierung zu leihen, die sich bei der Rückzahlung ihrer Schulden an die Vereinigten Staaten im Rückstand befindet. Dies war der vorläufige Schlusstrich unter die endlose Kriegsschuldendebatte, die während der Präsidentschaft Hoovers im Vordergrund der Aussenpolitik gestanden hatte. Es war hierbei der ausgesprochene Wille des Kongresses, eine Wiederholung der amerikanischen Anleihepolitik während des Weltkrieges zu vermeiden. Mit Ausnahme von Finnland hatten sämtliche Anleiheempfänger aus dem Weltkrieg mit der Zahlung ihres Zinsen- und Amortisationsdienstes aufgehört. Amerika, so schien es, hatte hieraus die Konsequenzen gezogen.

Auf einer anderen Ebene lag die im September 1933 vollzogene Anerkennung der *Sowjetunion* durch die Roosevelt-Regierung. Litwinow

war zu den Verhandlungen nach Washington gereist. Hierauf hatte der linke Flügel der Demokraten gedrängt, aber auch das Grosskapital hoffte, sich durch die Anerkennung der Sowjetunion den russischen Markt erobern zu können. Dies ist allerdings erst 1941 unter wesentlich anderen Bedingungen erfolgt!

Es entsprach der aussenpolitischen Ideologie dieser Anfangszeit, dass die Vereinigten Staaten auf den verschiedensten Feldern zunächst bestehende Schwierigkeiten zu bereinigen versuchten. Den *Philippinen* wurde im Jahr 1934 die Unabhängigkeit für das Jahr 1946 versprochen. Bis zu diesem Zeitpunkt sollte das amerikanische Militär von den Philippinen zurückgezogen und eine selbständige Zivilverwaltung errichtet werden. Die Aussenpolitik spielte bei diesem Entschluss zunächst nur eine untergeordnete Rolle. Der Kongress wurde vielmehr von wirtschaftlichen Erwägungen bestimmt. Es waren vor allem die Farmer, die in den Vereinigten Staaten selbst Zucker anbauten, die diesen Entschluss erzwangen. Roosevelt, der zunächst die drohende Politik Stimsons gegen Japan nicht fortzusetzen beabsichtigte, stimmte dem Kongress unter der Voraussetzung zu, dass die Vereinigten Staaten auch in der Zukunft gewisse Sonderrechte für die Flotte auf den Philippinen behalten sollten.

Auf derselben Linie lag zunächst auch die Südamerikapolitik der neuen Regierung. 1933 trat in Montevideo die 7. Panamerikanische Konferenz zusammen. Auf der 6. Konferenz in Havanna im Jahr 1928 hatten die Südamerikaner mit sehr kräftigen Worten ihren Abscheu vor der Interventionspolitik der Yankees kundgetan. Hull verkündete nun in Montevideo die «*Politik der guten Nachbarschaft*» und unterschrieb einen Vertrag, an dem alle amerikanischen Staaten bis auf Kanada teilhatten, der vorsah: «Kein Staat hat das Recht, in die inneren oder äusseren Angelegenheiten eines anderen Staates zu intervenieren.» 1934 wurde das Platt-Amendment aufgehoben, jene Regelung, durch die die zahlreichen Interventionen auf Kuba in der amerikanischen Verfassung verankert waren. Der Versuch, die Monroe-Doktrin aus einem Prinzip der Vereinigten Staaten in ein Prinzip aller Länder der Westlichen Hemisphäre zu

verwandeln, schien tatsächlich gewisse Fortschritte zu machen. Die Grundlage dieser Politik war allerdings, dass mittlerweile die wirtschaftliche Stellung der Vereinigten Staaten in Südamerika so stark geworden war, dass ihre Vorherrschaft auch unter Aufgabe der rauheren Formen der Dollardiplomatie möglich erschien.

Das Misstrauen der Südamerikaner gegen jede bindende Vereinbarung mit den Yankees war indes durch die Gesten der ersten Jahre der Roosevelt-Regierung keineswegs völlig verschwunden. Sie liessen sich nur zum Abschluss von nichtssagenden Konsultativpakten bewegen. Die Aufrechterhaltung der Handelsbeziehungen zwischen Südamerika und Europa war gerade in diesen Jahren der Weltwirtschaftskrise für alle diese Länder von entscheidender Bedeutung. Sie beabsichtigten nicht, sich durch ein verschwommenes panamerikanisches Ideal von ihrer historischen Verbindung mit Europa abschneiden zu lassen. Südamerika sah in der Formel der «Politik der guten Nachbarschaft» zunächst eben nur eine Formel und witterte dahinter die Gefahren einer neuen Phase des Dollarimperialismus. Man hatte dafür in Rio, Buenos Aires und Valparaiso gute Gründe:

In Europa sowohl wie im Fernen Osten begannen sich die Spannungen zu verdichten. Die Abessinienkrise war zwar vorübergezogen, ohne dass Washington über einige unfreundliche Erklärungen an die italienische Adresse hinaus sich dazu geäußert hätte, aber in Südamerika befürchtete man, dass der Grundsatz der strikten Verweigerung jeglicher Art von militärischen Beistandsleistungen bei nichtamerikanischen Auseinandersetzungen von den Vereinigten Staaten nicht respektiert werden würde. Hinzu kam, dass die Handelspolitik Hulls von 1935 ab den Außenhandel insbesondere Deutschlands zu diskriminieren versuchte. Hull begann in seinen Handelsverträgen Klauseln gegen einen Export nach solchen Ländern einzufügen, «deren Ausfuhr unmittelbar durch die Regierungen subventioniert wird».

Und schliesslich sahen sich die südamerikanischen Länder ebenfalls von 1935 ab durch Washington in der *Rüstungsfrage* unter Druck gesetzt. In Buenos Aires (1936) haben Roosevelt und seine Berater, vor allem Sumner Welles, dem in diesen Jahren die Führung der südameri-

kanischen Beziehungen anvertraut war, versucht, die südamerikanischen Staaten zu einer Aufrüstung zu veranlassen, die von Nordamerika finanziert und durch Anleihen sichergestellt werden sollte. Dies war, mitten in der Zeit, in der die Formel von der «guten Nachbarschaft» Trumpf war, bereits ein bedenkliches Anzeichen für die Rückkehr der USA zur üblichen Dollardiplomatie.

Als dann Washington Anfang 1937 mit Brasilien in Verhandlungen zwecks *Vermietung von Kriegsschiffen* eintrat, wurden diese Befürchtungen in allen südamerikanischen Staaten immer stärker. Argentinien erhob formell Einspruch und erklärte den Plan der Vermietung von Kriegsschiffen als eine gröbliche Verletzung der panamerikanischen Idee, da er dazu geeignet sei, südamerikanische Staaten in fremde Streitigkeiten zu verwickeln. Als der brasilianische Präsident Vargas jedoch im Herbst 1937 sein Regime in eine autoritäre Regierung umwandelte, zogen die Vereinigten Staaten ihr Leih- und Pachtangebot, das als der unmittelbare Vorläufer des späteren Leih- und Pachtgesetzes an England anzusehen ist, wieder zurück. Alle diese Ereignisse hatten jedenfalls dazu geführt, dass die Politik der «guten Nachbarschaft» in Südamerika selbst als erheblich kompromittiert angesehen wurde.

Während so die anfänglich scheinbar sogar antiimperialistischen Intentionen der Roosevelt-Regierung durch ein allmähliches Wiederbeginnen der Dollardiplomatie in Südamerika in düsteres Zwielicht getaucht wurden, war die Stimmung des amerikanischen Volkes wie auch des Kongresses strikt gegen jede Verwicklung der Vereinigten Staaten in einen ausseramerikanischen Konflikt gerichtet. Im Jahre 1934 hatte ein Senatskomitee unter der Leitung von Gerald P. Nye eine umfangreiche *Untersuchung der nordamerikanischen Munitionsindustrie* begonnen, aus der einwandfrei hervorging, dass die Rüstungsindustrie und die Hochfinanz für den Kriegseintritt der Vereinigten Staaten 1917 verantwortlich gewesen waren. Das Land verlangte daraufhin stürmisch, dass durch Gesetz-

gebung eine Wiederholung derart verbrecherischer Vorgänge verhindert würde. Als im darauffolgenden Frühjahr die Abessinienkrise Europa zu erschüttern begann, handelte der Kongress schnell und entschlossen.

Ende August 1935 wurde das *erste Neutralitätsgesetz* verabschiedet, durch das der Verkauf oder Transport von Waffen und Munition an Kriegführende verboten wurde, sobald der Präsident die offizielle Feststellung traf, dass irgendwo in der Welt ein Kriegszustand eingetreten sei. Dieses erste Neutralitätsgesetz sah ferner vor, dass der Präsident Reisen von amerikanischen Bürgern auf Schiffen von kriegführenden Nationen verbieten konnte. Roosevelt sowohl wie vor allem Hull und die Beamten des State Department versuchten, den Kongress schon damals an dieser Neutralitätsgesetzgebung zu hindern. (Der Historiker Beard schreibt sogar: «Roosevelt und Hull verabscheuten den Neutralitätsakt von 1935 von Grund aus.») Als dann der italienisch-abessinische Krieg ausgebrochen war, liess Roosevelt keinen Zweifel daran, dass er die Sanktionspolitik Englands und der Genfer Liga moralisch zu unterstützen beabsichtigte. Er liess die neue Neutralitätsgesetzgebung zum erstenmal spielen. Sie musste sich in diesem Fall einseitig gegen Italien wenden. Zu weiteren Festlegungen des Präsidenten kam es indes nicht, da das Hoare-Laval-Abkommen dem abessinischen Konflikt die gefährliche Spitze nahm. Die üblichen Abstimmungen, durch die die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten dauernd untersucht wird, zeigten indes damals, «dass das Volk mehr Vertrauen in die Fähigkeit des Kongresses als in die des Präsidenten hatte, die Vereinigten Staaten ausserhalb des Krieges zu halten» (T.A. Bailey).

1936 ergänzte der Kongress den Neutralitätsakt durch die Vorschrift, dass an Kriegführende keine Anleihen gewährt werden durften, und nach dem Ausbruch des Bürgerkrieges in Spanien wurde die Neutralitätsgesetzgebung Anfang 1937 auch auf den spanischen Bürgerkrieg ausgedehnt. Alle diese Massnahmen vollzogen sich mehr oder minder gegen den Willen des Präsidenten. Einige Äusserungen aus dem Weissen Haus sowohl wie auch von Staatssekretär Hull hatten das Misstrauen der

Mehrheit des Kongresses in eine wirklich neutrale Haltung der Exekutive erweckt. Das amerikanische Volk hat wohl niemals stärker als gerade in jenen Jahren seinem Wunsch Ausdruck gegeben, dass es eine Wiederholung der Situation des Weltkrieges zu vermeiden wünschte. Noch war indes Roosevelt mit den innerpolitischen Problemen so stark beschäftigt, dass seine Absicht, die alleinige Führung in der Aussenpolitik zu übernehmen, zurückstand. Noch brandeten die Wogen eines herannahenden grossen europäischen und asiatischen Konflikts nur wie ein fernes Murmeln an die Küsten Amerikas. Noch hatten die wenigsten eine Vorstellung, wie schnell und wie gross diese Gefahren sich durch die Parteinahme des Präsidenten entwickeln konnten.

Als im Frühjahr 1937 der Kongress die zunächst nur auf zwei Jahre berechnete Neutralitätsgesetzgebung zu erneuern hatte, beschlossen Roosevelt und Hull in das neue Neutralitätsgesetz unter allen Umständen Vorschriften einzufügen, durch die der britischen Regierung gegenüber Deutschland und Italien der Rücken gesteuft werden sollte. Auch die Einflüsse des Finanzkapitals, das sonst in dieser Zeit mit Roosevelt auf schlechtem Fusse stand, drängte in dieser Richtung. Es waren die Monate, in denen die Aufmerksamkeit des Kongresses durch den Streit um den Obersten Gerichtshof völlig ausgefüllt war. Die Neutralitätsgesetzgebung schien demgegenüber von geringerer Bedeutung zu sein. Auf diese Weise gelang es tatsächlich, einen Neutralitätsakt zum Gesetz werden zu lassen (1.5.1937), durch den die Macht des Präsidenten ganz erheblich erweitert und England gleichzeitig in dem Glauben ermuntert wurde, es werde im Ernstfall trotz des Vorherrschens des Friedenswillens im amerikanischen Volke die Vereinigten Staaten hinter sich haben.

Es wurden zwei neue Bestimmungen eingeführt, die von grösster Tragweite sein sollten: Das eine war die berühmt gewordene *Cash-and-Carry-Klausel*, durch die vorgeschrieben wurde, dass alle von Kriegführenden in Amerika gekauften Waren bar bezahlt und auf neutralen oder Schiffen der Kriegführenden abgeholt werden mussten. Die zweite Bestimmung sah vor, dass der Präsident für den Handel mit Kanada auch während eines Krieges, in den das Britische Reich verwickelt ist, Aus-

nahmen anordnen kann, die es gestatten, dass die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Kanada und den Vereinigten Staaten ungehindert weiterlaufen. Die Cash-and-Carry-Klausel war ohne Zweifel eine einseitige Begünstigung Grossbritanniens, da dieses Land im Kriegsfall allein über die notwendigen Goldvorräte und über die notwendigen Schiffe verfügte, um Waren in Amerika zu kaufen und sie abzuholen. In der Tat hatte der britische Handelsminister Lord Runciman Anfang 1937 in Washington eine Reihe von geheimen Konferenzen mit Roosevelt gehabt, in denen die Grundlinien des neuen Neutralitätsgesetzes besprochen worden sind. Der Kongress hatte mit seiner Neutralitätsgesetzgebung ganz andere Absichten verfolgt. Schliesslich aber war ein Neutralitätsbegriff zustande gekommen, durch den *die Neutralität der Vereinigten Staaten zu einem Instrument der britischen Weltpolitik gemacht wurde*. Das war die Vorstufe für Roosevelts späteres Weltherrschaftsprogramm.

Senator Hiram Johnson aus Kalifornien, eines der angesehensten Mitglieder des Senats, erklärte noch während der Abstimmungsdebatte unverhüllt, dass das Neutralitätsgesetz nichts anderes als ein geheimes Bündnis mit Grossbritannien sei. Er sagte: «Zunächst streichen wir die Profite ein, dann aber verstecken wir uns im Hintergründe, damit irgendein anderer das Risiko trage. Diese Entschliessung wird uns nicht aus dem Kriege heraushalten, weil sie die bitterste Verstimmung bei allen Kriegführenden ausser denjenigen entfachen wird, die stark genug sind, um unsere Rohstoffe zu erlangen. Sie macht uns im Atlantik zu Bundesgenossen Grossbritanniens. Keine andere Nation als Grossbritannien kann mit Sicherheit das Meer überqueren und seine Handelsschiffe über den Atlantik geleiten.» Dies alles schien damals dem Kongress nicht so wesentlich. Unglückseligerweise gab er damit Roosevelt ausserpolitisch weitgehend freie Hand. Die Folgen für die amerikanische Nation sollten sich bald als unabsehbar erweisen.

Der Kongress sowohl wie die gesamte amerikanische Nation waren in diesen fünf Jahren von 1933 bis 1937 einer mannigfachen Propaganda für einen neuen «Internationalismus» ausgesetzt, die teils von den Juden in Amerika ausging, teils von britischen Propagandazentralen. (Schon

1933 hatten die Juden eine Boykottbewegung gegen deutsche Waren zu entfesseln versucht, die sich indes nur bedingt durchzusetzen vermochte. Gewisse Anzeichen sprachen immer deutlicher dafür, dass Roosevelt und Hull bereit waren, sich in diese ideologische Weltfront einzuordnen. Erst die Neutralitätsgesetzgebung vom Frühjahr 1937 schuf hierfür jedoch reale Grundlagen. Die überwältigende Mehrheit des amerikanischen Volkes war sowohl der jüdischen wie der britischen Propaganda, wie auch der aussenpolitischen Festlegung durch den Präsidenten feindlich gesinnt. Charles Beard formulierte diese damals herrschende Überzeugung treffend:

«Im Mittelpunkt dieser amerikanischen Lebensanschauung stand die Idee, dass durch innerpolitische Massnahmen die amerikanische Zivilisation verbessert werden soll, nachdem mindestens ein Drittel des Volkes schlecht behaust, schlecht gekleidet, schlecht ernährt und schlecht erzogen ist. Zur Verteidigung dieser Zivilisation und ihres Kontinents genügt bei einer entsprechend klugen Politik eine kleine, aber schlagkräftige Armee und Flotte. Verbunden mit dieser Anschauung war die Überzeugung, dass die amerikanische Demokratie nicht versuchen sollte, die Atlaslast der ‚Bürde des weissen Mannes‘ in der Form eines weltüberspannenden Imperialismus auf sich zu laden und dass sie nicht versuchen sollte, in die schwierigen Probleme der europäischen Nationen einzugreifen.»

Die Vertreter dieser Auffassung, von der sich damals nur eine kleine Minderheit von jüdischen Publizisten und sonstigen Politikern ausschloss, beriefen sich auf die Theorien von John A. Hobson, der darauf hinwies, dass der Imperialismus vornehmlich durch eine falsche Verteilung des Reichtums im Innern grosser Länder entsteht, d.h. durch riesige Kapitalansammlungen, die im Inland keine hohen Profite mehr finden können und infolgedessen den Weg nach aussen suchen und dann die Politik mit sich fortreissen. Die Heilung von diesem Übel kann infolgedessen niemals durch einen «fiktiven» Weltmarkt, sondern nur durch entsprechende innerwirtschaftliche Massnahmen erfolgen, durch eine gesündere Verteilung des nationalen Reichtums, durch die der Wohlstand und die Kaufkraft des ganzen Volkes gehoben wird. Die Wendung

Roosevelts von einer dem allgemeinen Wunsch der Amerikaner entsprechenden Neutralitätspolitik zur Kriegspolitik und Kriegshetze lässt sich auf den Monat genau festlegen. Im August 1936, vor der zweiten Präsidentschaftswahl also, hält Roosevelt eine umfassende aussenpolitische Rede in Chautauqua. In ihr erklärt er noch seine Absicht, «die Neutralität aufrechtzuerhalten, wie gross auch immer der Druck dagegen von aussen oder innen sein möge... Sollte in einem anderen Kontinent wieder Krieg ausbrechen, wollen wir die Tatsache nicht übersehen, dass sich Tausende von Amerikanern finden würden, die versucht wären, um schnöden Mammons willen unsere Neutralität zu vernichten. Sie würden uns sagen, und unglücklicherweise würden ihre Ansichten weite Verbreitung finden, dass das Arbeitslosenproblem der Vereinigten Staaten gelöst würde, wenn sie diese und jene Waren für kriegführende Nationen produzieren und sie verschiffen könnten. Sie würden uns sagen, dass, wenn sie Kredit an die kriegführenden Nationen geben könnten, die Zinsen in den Vereinigten Staaten dafür benutzt werden können, um Wohnhäuser und Fabriken zu bauen. Sie würden uns sagen, dass Amerika den Welthandel an sich reissen könnte... . Wenn wir die Wahl haben, ob wir Profite machen oder Frieden haben wollen, wird die Nation antworten: Wir wollen den Frieden.»

Es erscheint nachträglich schier unglaublich, dass Roosevelt noch 1936 so gesprochen hat. Man glaubt geradezu eine Rede von Lindbergh von 1940 vor sich zu haben. Damals war er noch überzeugt, das New Deal in den Vereinigten Staaten zum Siege führen zu können. Wir sahen, wie im Frühjahr und Sommer 1937 alle diese Hoffnungen zusammengebrochen waren und wie er am Ende des Streits um den Obersten Gerichtshof ein politisch beinahe erledigter Mann war. Die amerikanische Nation hatte sich von ihm abgewandt. Dies war Ende August 1937. Während er gleichzeitig sieht, wie Adolf Hitler in seinem eigenen Bereich von Erfolg zu Erfolg eilt, wie das Arbeitslosenproblem in Deutschland um diese Zeit schon so gut wie gelöst ist, wie die ganze Nation sich hinter den selbstgewählten Führer schart, sieht er seine eigene weltgeschichtliche Rolle dahinschwenden. Gleichzeitig beginnt Japan im Fer-

nen Osten nach einer Pause von fünf Jahren sein Programm der grossasiatischen Raumeinheit wieder aufzunehmen. Am 7. Juli 1937 waren bei der Marco-Polo-Brücke in der Nähe von Peking die ersten Schüsse gefallen, die den neuen japanisch-chinesischen Krieg heraufbeschwören sollten. In diesem Augenblick nun sieht Roosevelt die grosse Chance. War es ihm nicht geglückt, durch friedliche Mittel zur weltgeschichtlichen Figur zu werden, so soll ihm nun der Krieg dazu verhelfen.

Sechs Wochen nach dem Zusammenbruch des New Deal und nur ein gutes Jahr nach der Neutralitätsrede von Chautauqua tritt er am 5. Oktober 1937, anlässlich der Einweihung einer Brücke in Chicago, mit jener Rede hervor, die schon heute dem Geschichtsschreiber als der eigentliche Beginn eines neuen Weltkrieges erscheinen muss. Bis zu diesem Augenblick waren das Ringen Deutschlands um seine Gleichberechtigung und seinen Lebensraum und das Ringen Japans um die Erreichung einer grossasiatischen Föderation Bewegungen, die auf den europäischen bzw. asiatischen Raum beschränkt blieben und die keineswegs zu einem weltüberspannenden Krieg, sondern schliesslich zu einer Abgrenzung der neuen Lebenssphären der jungen Grossmachtvölker mit den Interessenbereichen der alten Grossmächte hätte führen können. Kein wirkliches amerikanisches Interesse war in Mitleidenschaft gezogen. Nicht die geringste Notwendigkeit für einen Weltkonflikt lag vor, als nun Roosevelt plötzlich generelle Prinzipien in aggressivstem Tone aufstellte, durch die Nordamerika die in anderen Weltgegenden vorhandenen Spannungen unvermutet auf sich selbst bezog und damit sofort künstlich verschärfte. Von jenem 5. Oktober 1937 bis zum Ausbruch des Krieges von 1939 und schliesslich der offenen Beteiligung der Vereinigten Staaten an diesem Kriege führt die kaum mehr unterbrochene Linie der bewussten Heraufbeschwörung der Katastrophe. Roosevelt erklärte in Chicago:

«Unschuldige Völker und Staaten werden grausam in der Gier nach Macht und Herrschaft geopfert, die kein Gefühl für Gerechtigkeit besitzt... Wenn sich solche Dinge in anderen Teilen der Welt ereignen, so

soll sich niemand einbilden, dass Amerika davon verschont bleibt, dass es Gnade zu erwarten hat, dass diese Westliche Hälfte der Erde nicht angegriffen wird und dass sie fortfahren kann, ruhig und friedlich zu leben... Die friedliebenden Nationen müssen sich gemeinsam gegen jene Vertragsverletzungen und jene Missachtung menschlicher Instinkte zur Wehr setzen, die heute einen Zustand internationaler Anarchie und Unbeständigkeit schaffen, vor dem es kein Entweichen durch Isolierung oder Neutralität gibt... Der Friede, die Freiheit und die Sicherheit von 90 v. H. der Weltbevölkerung sind bedroht durch die verbleibenden 10 v. H., die mit einem Zusammenbruch aller internationalen Ordnung und allen Rechts drohen ... Wenn eine physische Krankheit sich epidemisch auszubreiten beginnt, beteiligt sich die Gemeinschaft an einer *Quarantäne* der Patienten, um die Allgemeinheit vor der Ausbreitung der Krankheit zu schützen.»

Dies waren die wichtigsten Punkte der sogenannten Quarantänerede. Wie man sieht, enthält sie bereits im Kern alle Elemente, die später die Kriegspolitik Roosevelts kennzeichnet: 1. Die Behauptung einer angeblichen Bedrohung der Westlichen Hemisphäre, ohne dass hierfür ein vernünftiger Grund genannt werden kann. 2. Die Behauptung, dass die Nachkriegsverträge eine wirkliche Ordnung der Welt herbeigeführt hätten, die nun durch Kräfte der Anarchie bedroht würde, während in Wirklichkeit die vollständig internationale Anarchie und die Rechtlosigkeit und politische Deklassierung grosser Kulturvölker das Ergebnis dieser Nachkriegsverträge war. 3. Die Behauptung, dass die im Diktat von Versailles und den sonstigen Verträgen der ersten Nachkriegsjahre aufgerichtete Machtordnung endgültig zu sein habe und dass diejenigen, die davon benachteiligt sind, von den Nutzniessern dieser Machtordnung mit Gewalt zurückgeschlagen werden müssen. 4. Schliesslich, dass die Aufrechterhaltung des «Weltfriedens» infolgedessen auch durch einen Krieg erzwungen werden müsse, falls es nicht gelingen sollte, die jungen und benachteiligten Grossmachtvölker, die später als die Habenichtse bezeichnet wurden, einzuschüchtern und auf die Dauer in einem verlorenen Winkel anzuketten.

Die Rede von Chicago rief in den Vereinigten Staaten einen wilden

Sturm der Entrüstung hervor. Am nächsten Tage enthüllte die «New York Herald Tribune», dass der Text schon einige Tage vorher dem Foreign Office in London zur Kenntnis gegeben worden war. Die grosse Mehrzahl der Amerikaner war infolgedessen davon überzeugt, dass der Präsident völlig unerwartet die Neutralitätspolitik zugunsten eines verschleierte Bündnisses mit England aufzugeben versuchte. Fast des ganzen Landes bemächtigte sich eine fieberhafte Aufregung, da es diesen Kurs nicht billigte. Insbesondere im Kongress mehrten sich alsbald die Stimmen, die zur Besonnenheit rieten. Unter der Führung des Abgeordneten *Ludlow* wurde ein Gesetzesentwurf eingebracht, der eine Volksabstimmung für den Fall eines ausserhalb der Vereinigten Staaten zu führenden Krieges vorsah. Die unvermutete Kriegsdrohung des Präsidenten schien mächtige Gruppen im Kongress diesem Gesetzesentwurf Ludlows geneigt zu machen.

Auf der anderen Seite triumphierte nun plötzlich die zunächst verhältnismässig kleine Minderheit, die schon seit langem darauf ausging, das Gewicht der Vereinigten Staaten sowohl in Europa wie in Ostasien in die Waagschale des Kampfes der Mächte zu werfen. Es waren drei höchst verschiedene Kräfte, die sich hier bezeichnenderweise sofort zu Worte meldeten: Zwei Tage nach der Rede von Chicago veröffentlichte *Henry Stimson* in den «New York Times» einen ganzseitigen Brief, in dem er die Rede des Präsidenten als eine «Führertat» begrüsst, die hoffentlich «Amerika dazu veranlassen werde, sich auf seine Verantwortlichkeiten in dieser Krise zu besinnen und sie in die Tat umzusetzen». Stimson, als eines der führenden Mitglieder der Republikanischen Partei und als enger Vertrauensmann des Hauses Morgan und des amerikanischen Konsortiums zur Ausbeutung Chinas, gab damit zu erkennen, dass das Finanzkapital zum ersten Mal mit einer Handlung des Präsidenten einverstanden war. Aus dieser Wurzel sollte sich später der Friedensschluss zwischen Roosevelt und der Hochfinanz, der Eintritt Stimsons in Roosevelts Kabinett und die Aufstellung Willkies als Scheinkandidat der Republikanischen Partei entwickeln.

Ähnlich begeistert äusserte sich der führende jüdische aussenpoliti-

sche Publizist *Walter Lippmann*, ein enger Freund des Kreises um Frankfurter. Das Judentum, das schon seit 1933 versucht hatte, die amerikanische Politik gegen Deutschland auszurichten, witterte, dass nun endlich der Zeitpunkt herannahte, zu dem seine Rachepläne verwirklicht werden konnten. Vielfältige Vorarbeiten waren in der Stille geleistet worden. Nun konnten sie offen zutage treten.

Und schliesslich erklärte der «*Daily Worker*», das Blatt der Kommunisten, einen Tag nach der Chicago-Rede: «Die Kommunistische Partei begrüsst die Begründung einer positiven amerikanischen Friedenspolitik durch den Präsidenten. Es besteht nicht der geringste Zweifel darüber, dass sie die wesentlichen Merkmale dessen enthält, was allein geeignet ist, Amerika aus dem Kriege zu halten. Eine derartige Politik ist von der Kommunistischen Partei von jeher gefördert worden.⁴ Was die Kommunisten unter «Friedenspolitik» verstanden, war seit eh und je bekannt. So, wie sich in der Chicago-Rede alle wesentlichen Elemente der späteren Kriegspolitik des Präsidenten finden, so sind auch sofort die Kräfte, die diese Politik unterstützen werden, in ihren drei verschiedenen Ausprägungen auf dem Plan: Hochfinanz, jüdische Intelligenz und Kommunisten.

Was erhoffen sie sich? Gewiss, sehr verschiedenes! Die Hochfinanz und die mit ihr verbundene Gruppe der Schwerindustrie beurteilte zunächst ihre eigenen Aussichten bei der Entstehung eines etwaigen Krieges weniger hoffnungsfroh als vor 1917. Sie sah in Roosevelt einen von der herrschenden Schicht Abtrünnigen. Sein Reformplan war indes gescheitert, und die Möglichkeit, den ehrgeizigen Mann im Weissen Haus nunmehr für ganz andere Zwecke einspannen zu können, schien für Männer wie Thomas Lamont oder den jüdischen Grossbankier Bernard Baruch immerhin verlockend. Die hochkapitalistischen Diehards glaubten, im Falle eines Krieges werde sehr schnell aus den Vereinigten Staaten eine Militärdiktatur werden, die dann mit der Gewerkschaftsbewe-

gung gründlich aufräumen würde. Umgekehrt hofften die Kommunisten, die als Organisation zahlenmässig unbedeutend waren, die aber durch weit verbreitete Vereinigungen, wie z.B. die «League for Peace and Democracy», mittelbar einen grossen Einfluss ausübten, ebenfalls, dass durch einen Krieg und die innere Krise, die er auslösen musste, ihr Ziel, die Errichtung der Diktatur des Proletariats, wesentlich gefördert werden könnte. Zwischen diese beiden Tendenzen eingeklemmt stand der Präsident mit seinem engeren Beraterstab, der von einer kriegerischen Entwicklung oder doch einem «Notstand» ebenso wie die Hochfinanz und die Kommunisten erwartete, dass ihm dann unbeschränkte diktatorische Vollmachten zufallen würden, wie sie in dem als Gesetz bereits vorliegenden *Industrial Mobilization Plan* vorgesehen waren. Alle drei Gruppen erhoben in der Öffentlichkeit lautes Getöse für die Erhaltung der Demokratie, während sie in Wirklichkeit, jede für sich, die Aufrichtung einer mehr oder minder offenen Diktatur zur Erreichung ihrer eigenen Ziele wünschten. Einig waren sie sich nur darin, dass alles dafür getan werden müsse, damit dieser Notzustand eintrete.

So ist es zu erklären, dass an sich so völlig verschiedene Gruppen wie die Hochfinanz und die Kommunisten vom Oktober 1937 ab mit Roosevelt Hand in Hand zu arbeiten begannen und sich ihm mit ihren Macht- und Geldmitteln zur Verfügung stellten. Zweifellos stellte hierbei das Judentum, das sowohl in der Hochfinanz wie im linksradikalen Flügel stark vertreten war, das verbindende Element dar. Dies war um so eher möglich, als, wie wir gesehen haben, von der zweiten New-Deal-Periode ab Roosevelt fast überhaupt nur noch mit jüdischen Beratern umgeben war. Das Zweckbündnis zwischen Hochfinanz und Linksradikalismus war naturgemäss allein auf die Aussenpolitik beschränkt. In der Zeit, in der die Sowjetunion durch den deutsch-russischen Pakt vom August 1939 ausgeschaltet war, kam es sogar zu heftigen Anschuldigungen gegen die Kommunisten von seiten der beiden anderen Gruppen. Erst nach dem Ausbruch des Krieges gegen die Sowjetunion wurde die Einigkeit wiederhergestellt, die zwischen 1937 und 1939 bei den Interessenten am Kriege bereits bestanden hatte.

Die Unehrlichkeit der von allen drei kriegshetzerischen Gruppen ausgehenden Propaganda, die sich in dem Stichwort «Demokratie» traf, war von vornherein gegeben, da alle drei Gruppen in Wirklichkeit die Diktatur erstrebten. Hier lag von vornherein die eigentliche Schwäche, hier waren die inneren Widersprüche der Position, die nun von den Vereinigten Staaten bezogen wurde. Während sich Roosevelt sowohl wie die Hochfinanz und der Linksradikalismus als die Anwälte der «Menschheit» gegen die «Barbarei» gebärdeten, erschienen alle diese Phrasen jedem tiefer Blickenden höchst unglaubwürdig. Zahlreiche Senatoren und Abgeordnete wiesen nun unablässig darauf hin, dass die drei Gruppen der Kriegshetzer nicht von einer grossen Idee durchdrungen waren, sondern dass im besten Falle nackter Machttrieb ihr Handeln bestimmte, wenn nicht Profitgier und Schlimmeres. Die Juden allerdings, die den Präsidenten ständig bearbeiteten und beeinflussten, waren von alttestamentarischem Hass gegen Deutschland geleitet. Für sie galt von Anfang an, dass ihnen jedes Mittel recht war, das schliesslich zur Herbeiführung einer Weltkonstellation gegen das deutsche Volk und die nationalsozialistische Idee der Gemeinschaft dienen konnte.

Der britische Einfluss gesellte sich nun der sich vom Oktober 1937 ab hektisch entfaltenden Kriegspropaganda in den Vereinigten Staaten hinzu. Wir haben im zweiten Abschnitt dieses Buches die soziologische Grundlage der beständigen Verstärkung des britischen Einflusses vor allem in der amerikanischen Geldoligarchie skizziert. Wir haben auch bei der Schilderung des Entwicklungsganges Roosevelts gezeigt, welche überragende Rolle die Orientierung nach England schon in seinen jüngeren Jahren und vor allem während und kurz nach dem Weltkrieg gespielt hat. In den Jahren von 1937 ab sollten diese englischen Unterströmungen in der amerikanischen Politik und Gesellschaft eine politisch ausschlaggebende Bedeutung erhalten. Es verhält sich dabei nicht etwa

so, dass wir erst nachträglich diese Momente in den Fluss der amerikanischen Entwicklung hineininterpretieren.

Zwei amerikanische Bücher, in denen die verhängnisvolle Rolle des britischen Einflusses und die Zwangsläufigkeit, mit der die Aussenpolitik Roosevelts und der beiden anderen kriegstreiberischen Gruppen schliesslich den Krieg auslösen musste, sind vielmehr bereits 1937 bzw. 1938 erschienen. *Quincy Howe* hat in seinem grundlegenden Werk «England Expects every American to do his Duty» ein erstaunlich klar-sichtiges Bild von dem verhängnisvollen Einfluss entworfen, den die Nachäffung Englands in der amerikanischen Oberschicht ebenso wie, die gesellschaftlichen und geschäftlichen Verbindungen der Engländer nach Amerika auf die amerikanische Aussenpolitik schliesslich haben musste. Nicht minder scharfsinnig hat *Hubert Herring*, der Herausgeber von «Harpers Magazine, in seinem Buche «And so to War», das im März 1938 abgeschlossen wurde, vorausgesagt, dass der neue Kurs Roosevelts unter allen Umständen zu einem kriegerischen Konflikt von ungeheurem Ausmass führen müsste. Er sagte am Schlusse seines Buches: «Wir steuern auf eine unvermeidliche Verwicklung in die Kriege Europas und Asiens zu. Der Präsident der Vereinigten Staaten begeht mit ruhigem Gewissen und voller Absicht Dinge, die ihn mit Woodrow Wilson vor der Geschichte zu einem der gefährlichsten Männer stempeln, die je im Weissen Haus gesessen haben. Der Staatssekretär fordert durch seine Unbeugsamkeit und seinen Glauben an die Nützlichkeit des Zwanges gleichfalls das harte Urteil der Geschichte heraus. Beider Weg ist der Weg zum Krieg.» Und Quincy Howe schrieb: «Das anglo-amerikanische Bündnis, das sich auf die Aufrechterhaltung des Status quo in der ganzen Welt gründet, ist praktisch durch nichts gerechtfertigt. Weit davon entfernt, das Prinzip einer weltweiten Zusammenarbeit aufzustellen, versucht es lediglich die Uhrzeiger vom 20. zum 19. Jahrhundert zurückzustellen – wie es Lord Lothian in seinem Aufruf an die Vereinigten Staaten zugegeben hat, sie mögen England helfen, die imperialistische Ordnung wiederherzustellen, wie sie fünfzig oder hundert Jahre früher bestanden hat. Dieser Anwalt einer englisch-amerikanischen Ver-

einigung hofft, eine englisch-amerikanische Herrschaft über die eine Hälfte der Erde zu errichten. Wie die andere Hälfte leben soll, ist ihm offensichtlich gleichgültig.»

Beide Bücher wie zahllose Aufsätze in der «Saturday Evening Post» jener Zeit beweisen, dass die Gefahren, die sich mit Roosevelts Wendung zur Kriegspolitik ergaben, längst vor dem Ausbruch der Katastrophe erkannt worden sind. Es lag also nichts «Zwangsläufiges» in dieser Politik. Bewusst und planmässig wollte sie vielmehr den Krieg in Europa und damit die Erklärung eines «Notstandes» in den Vereinigten Staaten heraufzuführen.

Das britische Netzwerk, das politisch und gesellschaftlich über die Vereinigten Staaten gespannt war, musste in der Tat bei dem Beginn einer europäischen Krise von höchster Bedeutung werden. Den Untergrund bildeten jene kulturellen Institutionen, die von englischer Seite Cecil Rhodes und von amerikanischer Andrew Carnegie ins Leben gerufen hatten. Beide Magnaten der hochkapitalistischen Piratenzeit waren überzeugte Anhänger der Notwendigkeit einer englisch-amerikanischen Union, für deren Herbeiführung die Rhodes-Stipendien in Oxford, wie grosse Teile der wissenschaftlichen Carnegie-Stiftungen bestimmt waren. Der Präsident des *Carnegie-Endowment for International Peace*, Nicholas Murray Butler, hat gleichzeitig als Rektor der grössten amerikanischen Universität, der Columbia University in New York, eine übertragende organisatorische Stellung im wissenschaftlichen Leben der Vereinigten Staaten. Butler hat diese Stellung, unterstützt durch die gewaltigen Gelder der Carnegie-Stiftung, im letzten Jahrzehnt vor Ausbruch des Krieges systematisch dazu benutzt, um das amerikanische Volk davon zu überzeugen, dass sein Schicksal auf Tod und Leben mit dem Englands und des Empire verbunden sei.

Eine eigene Organisation, die 1917 gegründete *English-Speaking Union*, wurde von diesen Kreisen ins Leben gerufen. Durch sie sollte die breitere Oberschicht der Vereinigten Staaten dazu erzogen werden, dass sie das Schicksal ihres eigenen Landes unauflöslich mit dem britischen verbunden sah. Nichts ist bezeichnender als dass das amerikanische Di-

rektorium der English-Speaking Union in seinen wichtigsten Posten mit Männern besetzt ist, die direkt oder indirekt vom Hause Morgan abhängig sind. Das Haus Morgan aber war schon während des Weltkrieges der aktive Mittelpunkt der britisch-amerikanischen Allianz. Ähnlich wie in England die Mitglieder des engeren Kreises der Plutokratie, finden wir auch in den Vereinigten Staaten immer wieder denselben Personenkreis in den Direktorien der verschiedensten Vereinigungen vertreten, die zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung gegründet worden sind. So stellt sich z.B. heraus, dass auch die *League of Nations Association*, die dazu berufen war, Propaganda für eine Annäherung der Vereinigten Staaten an den «Völkerbund» zu machen, von Partnern des Hauses Morgan ins Leben gerufen und finanziert worden ist. Dasselbe gilt für die besonders einflussreiche *Foreign Policy Association*, in deren Direktorium sich die Frau des «Aussenministers» der Hochfinanz Thomas Lamont zusammen mit Felix Warburg, dem Morgan-Partner Owen D. Young und dem Journalisten William Allen White finden.

Alle diese Organisationen haben es verstanden, durch zahllose Vorträge, durch die Organisation eines starken Echos in der Presse und im Rundfunk beständig die Aufmerksamkeit des amerikanischen Publikums auf sich zu lenken. Ihre wissenschaftlichen Abteilungen, ihre Zeitschriften beeinflussten weiteste Kreise und insbesondere die zahlreichen Frauenklubs, von denen so unendlich viel für die Entwicklung der öffentlichen Meinung in den Vereinigten Staaten abhängt. Rechnet man schliesslich noch hinzu, dass die massgebendsten Journalisten der «New York Times», soweit sie nicht Juden sind, geborene Engländer sind, zieht man in Betracht, dass z.B. der Chef aller europäischen Korrespondenten dieser einflussreichsten amerikanischen Zeitung, F. Birchall, englischer Nationalität ist, so ergibt sich, dass die Briten in den Vereinigten Staaten über gewichtige Machtinstrumente verfügten, mit denen die öffentliche Meinung durchgesetzt werden konnte. Hinzu kam der wirtschaftliche Einfluss in zahllosen Gesellschaften, vor allem der Finanz und des Versicherungswesens, durch den bedeutende kapitalistische Gruppen in ihren finanziellen Interessen auf Tod und Leben mit der britischen Plutokratie verbunden waren.

Diese Kräfte begannen nun von 1937 ab, nachdem der Präsident selbst das Zeichen dafür gegeben hatte, mit der jüdischen und kommunistischen Propaganda, die sich schon vorher gegen Deutschland wie auch gegen Japan entfaltet hatte, parallel zu wirken. Wer etwa im Jahre 1938 sowohl die Vereinigten Staaten wie England besucht hat, konnte dabei feststellen, dass die Organisationen des Hasses und der Verhetzung in Amerika viel schneller und gründlicher gearbeitet hatten als in England selbst. Verunglimpfungen Hitlers und des deutschen Volkes im Allgemeinen, wie übrigens auch eine indirektere Verächtlichmachung der anderen europäischen Völker mit Ausnahme des englischen, trieben bereits Blüten, von denen sich niemand eine Vorstellung machen kann, der sie nicht selbst tagtäglich gesehen hat. In England selbst war zu jenem Zeitpunkt wohl nur die eigentliche Kriegspartei um Churchill, Eden und Duff Cooper zur Herbeiführung eines Krieges bereits endgültig entschlossen. Die britische Politik und das Foreign Office hatten sich durch das Einsetzen ihres Propagandaapparates in den Vereinigten Staaten zunächst wohl nur eine Rückendeckung zu schaffen versucht. Bald aber sollten sie selbst zu den Gefangenen derjenigen Kräfte werden, die sie sich als Bundesgenossen gesichert hatten. Mit der Rede des Präsidenten in Chicago waren die Dämme gebrochen.

Roosevelt hatte zu diesem Zeitpunkt allerdings noch gar nicht entschieden, nach welcher Seite sich das Hauptgewicht der neuen aggressiven Aussenpolitik der Vereinigten Staaten wenden würde. Es ist dies eine der seltsamsten Erscheinungen, die es wohl je in der Weltgeschichte gegeben hat: *Die Vereinigten Staaten waren und sind die einzige Grossmacht, von der wir wissen, die keinen natürlichen Feind besitzt.* Dies war von jeher der völlig ungewöhnliche Vorteil, dessen sich die USA erfreuen konnten. Die einzige Gefahr, die ihnen gedroht hatte, die Expansion des britischen Weltreiches, solange es die fast unbestrittene Alleinherrschaft zur See besass, bestand nicht mehr, seitdem die Engländer so-

wohl in Europa wie in Ostasien die Partnerschaft der Vereinigten Staaten für bestimmte weltpolitische Zwecke – z.B. die Bildung eines Gegengewichtes gegen Russland im Fernen Osten, dann gegen Japan schon seit der Jahrhundertwende – gesucht hatten. Diese aus der geographischen Lage entspringende «natürliche Feindlosigkeit» hatte in der inneren Politik von jeher die Folge gehabt, dass kein Druck von aussen den schwierigen inneren Verschmelzungsprozess der einander vielfach entgegengesetzten landschaftlichen und auch rassischen Tendenzen beschleunigte. Der amerikanische Traditionalismus, die Erstarrung des amerikanischen Mythos, wie wir sie geschildert haben, und der ungehemmte Individualismus des Finanzkapitals, dies alles war überhaupt nur durch die Insellage des nordamerikanischen Kontinents denkbar und möglich.

So entsprach die traditionelle amerikanische Isolierungspolitik in der Tat einer einzigartigen Situation. Selbst im Russischen Reich, das im Osten und Westen immer unmittelbar von der Entwicklung der Politik der anderen Grossmächte betroffen war, konnte sich niemals ein derart abgeschlossenes Kontinentalgefühl entwickeln wie in den Vereinigten Staaten. Kaum hat man im Osten New York oder im Westen Kalifornien landeinwärts hinter sich gelassen, spürt man, wie unendlich weit die Bewohner des eigentlichen Inlandes Amerikas sowohl von Europa wie vom Fernen Osten entfernt sind. Dies hat auch dem Mittelwesten zu seiner berühmten Stellung als Zentrum der Isolierungspolitik verholfen.

Roosevelt beschloss nun, nachdem seine Persönlichkeit nicht ausgereicht hatte, die einander widerstrebenden Kräfte des nordamerikanischen Kontinents von innen auf ein einheitliches Ziel auszurichten, künstlich einen Druck von aussen zu erzeugen und das Volk – einschliesslich der Südamerikaner – dazu zu «erziehen», dass es sich durch ausseramerikanische Mächte bedroht fühlen sollte. Wir haben gesehen, dass man sogar zeitlich genau fixieren kann, wann dieser Entschluss gefallen ist. Der Zynismus allerdings, der zu einer solchen Handlungsweise gehört, ist kaum zu überbieten, da es ja sehr bald klar war, dass eine solche Politik unter allen Umständen einen Krieg heraufbeschwören musste. Allerdings glaubte Roosevelt in dieser Periode noch, dass

der Krieg von anderen Völkern geführt werde und dass die Vereinigten Staaten es gar nicht nötig haben würden, sich aktiv an ihm zu beteiligen. Was er wollte und brauchte, war nur die Herbeiführung des «Notstandes» in Amerika selbst, d.h. die Herbeiführung einer ungeheuren Rüstungskonjunktur, die auf anderem Wege nicht zu erreichen war. Also ein «Feind» war nötig, eine «Bedrohung» der Vereinigten Staaten musste glaubhaft gemacht werden.

In der Tat schien Roosevelt zuerst geglaubt zu haben, dass Japan als ein solcher Feind ausreichen würde. Die Rede von Chicago wurde denn auch zuerst mehr auf Japan denn auf Deutschland und Italien bezogen. Die Propagandamaschine lief an, um Japan als ein drohendes Schreckgespenst erscheinen zu lassen. Wir erwähnten bereits, dass die Chicago-Rede vorher dem Foreign Office in London zugänglich gemacht worden war. Roosevelt suchte, wie von amerikanischer Seite später nachgewiesen wurde¹, um diese Zeit England zu «einer gemeinsamen englisch-amerikanischen Blockade gegen Japan zu bewegen und zwar nicht nur zu einer Blockade durch Propaganda, sondern durch die beiden Flotten». Schon in diesem Augenblick setzte also die amerikanische Geheimdiplomatie ein, durch die die Vereinigten Staaten durch unterirdische Abmachungen festgelegt werden sollten. England liess sich aber nur zur Einberufung einer internationalen Konferenz unter Teilnahme der Vereinigten Staaten bewegen. Sie trat in Brüssel im November 1937 zusammen und endete mit demselben Fiasko wie alle ähnlichen Versuche vom Genfer Podium aus. Japan, das sich durch die Rede Roosevelts in seiner Ehre getroffen fühlte, lehnte die Beteiligung überhaupt ab. Von dem amerikanischen Vorschlag einer Blockade Japans durch die englisch-amerikanische Flotte blieb nichts übrig als die Entsendung einiger amerikanischer Kreuzer nach Singapur, die mit der Eröffnung der neuen britischen Flottenbasis begründet wurde (Februar 1938). Die englische Regierung wollte sich noch in keiner Weise festlegen. Immerhin war durch das Auftauchen amerikanischer Flotteneinheiten in Singapur, das mit einer amerikanisch-englisch-französischen Note an Japan verbunden wur-

¹ John T. Flynn a. a. O.

de, es solle über seine künftigen Flottenbaupläne Auskunft geben, zum erstenmal deutlich gemacht, dass die Regierung in Washington Singapur als «amerikanisches» Problem ansehen wollte. Der Auftakt zum neuen amerikanischen Imperialismus war damit erfolgt.

In der Zwischenzeit rollte bereits die Propagandamaschine in Amerika selbst, und der Präsident tat alles, um das Land mit ihrem Dröhnen zu erfüllen. Fast kein Tag vergeht von nun ab, an dem nicht durch irgendwelche Sensationsmeldungen, die sehr oft vom Weissen Haus beeinflusst waren, die «Erziehung» des amerikanischen Volkes zum Krieg weitergetrieben wurde. Die Juden in der Presse, im Rundfunk und in den Parteien hatten ihre grosse Chance erkannt. Bald schon sollte dieser Apparat ganz automatisch weiterlaufen. Bald schon sollte Deutschland im Mittelpunkt dieser Hetzpropaganda stehen und der «Feind» endgültig gefunden sein. Wir können aus der Flut des Materials nur die wichtigsten Beispiele herausgreifen, aus denen sich die Technik dieser alsbald hemmungslos das Land überschwemmenden Völkerverhetzung ergibt.

Noch im Dezember 1937 gelang es Roosevelt, seinen Gegner bei der Präsidentschaftswahl von 1936, den ehemaligen Governor von Kansas *Alfred Landon*, zu einem offenen Brief an den Präsidenten und zu einer Verurteilung der Friedenspartei zu veranlassen, die damals noch um den bereits erwähnten Gesetzesvorschlag Ludlows kämpfte, durch den die Entscheidung über Krieg oder Frieden einer Volksabstimmung übertragen werden sollte. Landon schrieb an Roosevelt: «Ich gratuliere Ihnen zu Ihrem festen ‚Nein‘ gegen eine vorgeschlagene Gesetzgebung, die dem Kongress die Macht nehmen würde, den Krieg zu erklären.» Die Antwort Roosevelts an Landon erregte Aufsehen, weil in ihr der Präsident zum erstenmal seinen Führungsanspruch in der Weltpolitik formulierte. Er schrieb: «Man kann die Augen nicht davor verschliessen, dass Amerika ein Teil einer grossen Welt von anderen Nationen ist, und als solche sind wir selbst zur *Führerschaft* bei dem Versuch, sich dem Ziel des allgemeinen Friedens zu nähern, verpflichtet.» Das Wort «*leadership*» war in solchem Zusammenhang seit Wilson in den Vereinigten Staaten nicht mehr gebraucht worden. Bereits Anfang Januar 1938 gelang es denn auch, die Ludlow-Entschiessung im Repräsentantenhaus

mit dem knappen Stimmverhältnis von 209 gegen 188 Stimmen zu Fall zu bringen. Nur 21 Stimmen fehlten damals, und eine Friedenspolitik der Vereinigten Staaten wäre erzwungen und die zynische Suche Roosevelts nach dem Feind beendet gewesen. Niemals nämlich, das war klar, hätte man bei einer Volksabstimmung eine Mehrheit für einen unprovokierten Angriffskrieg erzielen können. Herring erwähnt, dass Roosevelts Wahlmanager James Farley vor dieser entscheidenden Abstimmung «vom Telefon einen höchst wirksamen Gebrauch machte. Kongressmitglieder, die für ihre Wahlbezirke Vorteile erwarteten und diese Vorteile als Argument für ihre Wiederwahl brauchten, wurden an jene einfache Tatsache erinnert, die kein Abgeordneter in den Vereinigten Staaten ungestraft vergessen darf.»

In dieses Frühjahr 1938 fallen die letzten Versuche des New Deal, die neue wirtschaftliche Katastrophe mit den bisherigen Mitteln abzuwenden. Ein neues riesiges staatliches Investitionsprogramm, vor allem zugunsten der WPA, wird vom Kongress beschlossen. Der Präsident aber ist an diesen Versuchen nicht mehr so wie früher interessiert. Von nun ab tritt der New-Deal-Kreis mit Corcoran und Cohen stärker in den Hintergrund. Eine neue Mannschaft wird zur täglichen intimen Besprechung in den Privaträumen des Weissen Hauses versammelt. Von den bisherigen Beratern behalten nur der Jude Rosenman, dem wir schon bei der Gründung des New Deal begegneten, Hopkins und vor allem Felix Frankfurter ihre alte Bedeutung. Sie werden nun zur Formulierung der neuen aggressiven aussenpolitischen Pläne eingesetzt. Frankfurter ist auch in der jetzt beginnenden Phase der wichtigste Mann hinter den Kulissen. Sein glühender Hass gegen den Nationalsozialismus und das deutsche Volk überhaupt gewinnt nun auf den Präsidenten einen übermächtigen Einfluss. Wie vorher in der innenpolitischen Phase hält er sich indes klug zurück und beschränkt sich auf seine geheime Beraterrolle. Hatte er vordem seine Zöglinge Corcoran und Cohen dafür eingesetzt,

die Reden des Präsidenten zu entwerfen und hierdurch in der täglichen innenpolitischen Routinearbeit seinen Einfluss dauernd in der Umgebung Roosevelts spielen zu lassen, so war es nun der New Dealer *Adolph A. Berle*, dem Frankfurter dieselbe Rolle für die Aussenpolitik zuschob. Berle war ursprünglich, wie die übrigen Gehilfen Frankfurters, im New-Deal-Apparat beschäftigt gewesen, bis ihn sein Beschützer rechtzeitig als Beigeordneten Unterstaatssekretär im State Department untergebracht hatte. In Berle wurde nun dem Präsidenten der Mann beigegeben, der von der Rede in Chicago ab fast alle seine wichtigen aussenpolitischen Erklärungen, wie auch einen grossen Teil der offiziellen Noten formulierte. Als Instrument Frankfurters sollte er sich bald unschätzbar machen.

Neben Berle gehört von nun ab Hull, der bis dahin keineswegs zum inneren Kreis des Präsidenten zählte, und schliesslich als Dritter im Bunde Sumner Welles zu den engsten Beratern des Präsidenten. Schon morgens zum Frühstück erschienen diese drei in den privaten Räumen des Weissen Hauses, um mit dem dann noch zu Bett liegenden Präsidenten die Telegramme der auswärtigen Missionen der vergangenen Nacht durchzusprechen. *Sumner Welles*, von seinen Untergebenen der «Kalte Fisch» genannt, begann dabei den alternden Hull immer mehr in den Hintergrund zu spielen und die eigentliche Durchführung der amerikanischen Aussenpolitik zu übernehmen. Sozial aus derselben Schicht wie Roosevelt stammend und von Jugend an mit dem Präsidenten befreundet (Jahrgang 1892), gilt Welles in diesem Kreis als Diplomat der alten Schule. Wortkarg, mit harten, vollkommen beherrschten Gesichtszügen, die kein «Keep Smiling» kennen, strahlt er eine unnahbare Distanz aus, die durch die Eleganz seiner Kleidung und das äussere Gehaben eines Sprosses aus einer der reichsten Familien der Vereinigten Staaten unterstrichen wird. Seine Frau haben wir bereits in jenen Kreisen kennengelernt, die zum Wahlfonds Roosevelts erhebliche Summen beigesteuert haben. Welles ist 1915 auf Roosevelts persönliche Empfehlung in den auswärtigen Dienst eingetreten, wo er zunächst in Tokio und Buenos Aires eingesetzt wurde. Eisige Abneigung gegen Japan und die Überzeugung von der Richtigkeit eines verhüllten Dollarimperialismus in

Südamerika waren die Grundsätze, die er dann als Leiter der Südamerikanischen Abteilung im Staatssekretariat zu entwickeln begann. Aus der persönlichen Beeinflussung der südamerikanischen Politiker mit einer fein abgestuften Skala von Mitteln machte er eine ganze Wissenschaft. Ebensovienig wie Hull hat indes Welles aus eigener Anschauung irgendeine Vorstellung von den bewegenden Kräften in Europa. (Als die einzige äussere Verbindung zu unserem Erdteil mag seine Kusine gelten, die mit dem Zeremonienmeister des Königs von Italien, Marchese d'Aieta, vermählt ist.)

In Welles vor allem fand der Präsident einen Berater, der die These, dass die Welt der Zukunft durch die «Westliche Hemisphäre» beherrscht werden müsse, mit der eisernen Konsequenz eines am Vorbild der britischen Herrschaftsmethoden aufgezogenen Imperialisten vertrat. So war es natürlich kein Zufall, dass Welles sich 1938 aus Europa ausgerechnet denjenigen amerikanischen Diplomaten in seine engste Umgebung ins Staatssekretariat nach Washington holte, der als der schärfste und hartnäckigste Gegner des Nationalsozialismus galt, den bisherigen Gesandten in Wien, Messersmith. Dieser hatte bis zum letzten Augenblick seinen ganzen Einfluss gegen den Anschluss und den erklärten Willen des gesamten deutschen Volkes im ehemaligen Österreich einzusetzen versucht und sich hierbei vor allem des jüdischen Finanzkapitals in Wien um das Haus Rothschild bedient. Der Rat von Messersmith spielt in den entscheidenden Monaten 1938/39 auch im Weissen Haus eine verhängnisvolle Rolle. Später wurde er zum Botschafter in Kuba ernannt.

Dies war im Wesentlichen der Beraterkreis, der nun in Washington die Schaffung einer Kriegsstimmung planmässig organisierte. Ihm entsprach jenseits des Atlantik die Besetzung der wichtigsten Botschaften mit einer Anzahl von Männern, die teils die Befehle des aussenpolitischen Gehirntrusts auszuführen, teils aber auch an Ort und Stelle durch entsprechende Informationen auf die Entscheidung in Washington selbst einzuwirken hatten. Der amerikanischen Tradition folgend, waren für die Botschafterposten fast ausschliesslich Dollarmillionäre ausersehen worden; solche allerdings, die seit jeher mit Roosevelt in engen persön-

lichen Beziehungen gestanden hatten. Bereits 1936 war William C. Bullitt, Erbe eines millionenschweren Kohlenmagnaten aus Philadelphia, auf die persönliche Initiative Roosevelts hin von Moskau nach Paris versetzt worden, wo er an die Stelle des jüdischen Millionärs Jesse Straus trat (Warenhaus Macy, New York), den wir als Hauptfinanzier der ersten und zweiten Roosevelt-Wahl kennengelernt haben. Vom Frühjahr 1938 ab wurden Bullitt durch eine interne Anordnung sämtliche amerikanische Botschafter und Gesandte in Europa (einschliesslich des darüber wenig entzückten Kennedy in London) dienstmässig unterstellt. Bullitt wurde Roosevelts Hauptberater jenseits des Ozeans. In kritischen Zeiten pflegte der Präsident täglich mit ihm mehrfach zu telefonieren und die Linie seiner europäischen Politik bis ins kleinste Detail abzustimmen. Es ist später versucht worden, bestimmte Äusserungen von Bullitt nur seinem persönlichen Temperament zuzuschreiben. Die enge Verbindung, die Tag und Nacht vor dem Kriegsausbruch und dann noch bis zur Niederlage Frankreichs zwischen Bullitt und Roosevelt bestand, erhärtet indes, dass Bullitt das getreue Spiegelbild der Politik des Weissen Hauses gewesen ist und dass alle seine Äusserungen einem wohlberechneten Plan entsprangen.

Bullitt (Jahrgang 1891) war während der Versailler Diktatkonferenz zum erstenmal durch eine Sondermission in Erscheinung getreten, die ihn im Auftrag Wilsons nach der Sowjetunion führte, nachdem er vorher bereits als Leiter der Geheimabteilung für mitteleuropäische Angelegenheiten im Staatssekretariat eine gewisse Rolle gespielt hatte. Er erstattete 1919 aus Moskau einen Bericht, in dem er schon damals für die Anerkennung der Sowjets und für die Einstellung des Krieges der Alliierten gegen Lenin eintrat. Da ihm Wilson indes kein Gehör schenkte, trat er aus dem Staatsdienst aus. Moley berichtet, wie er dann 1933 nach dem Amtsantritt Roosevelts sich in dessen New-Yorker Hotel einmietete und ihm ständig in den Ohren lag, er möge ihm einen entsprechenden Job beschaffen. Diese Möglichkeit ergab sich nach der Anerkennung der Sowjets. 1934 zog er als erster amerikanischer Botschafter im roten Moskau ein. Seine ursprüngliche Begeisterung endete indes mit einer herben

Enttäuschung. Als er 1936 nach Paris übersiedelte, war er, der von Stalin persönlich offenbar recht schlecht behandelt worden ist, voll Abscheu über die Zustände im Sowjetreich. In Paris sollte er nun nach dem Startschuss von Chicago alsbald eine Tätigkeit entfalten, die für die Herbeiführung des Krieges von geradezu ausschlaggebender Bedeutung geworden ist. Er hat den Franzosen unablässig den Glauben eingeflösst, die ganze Macht der USA stehe im Kriegsfall hinter Frankreich. Die französische Kriegspartei bekam durch diese Zusicherungen Bullitts, der sich in der eitlen Rolle des Potentaten aus einer fernen Welt gefiel, immer mehr Auftrieb. Zeitweise schien dieser Snob aus Philadelphia, dessen oberflächliche Urteile selbst dem diplomatischen Korps auf die Nerven gingen, ganz Paris zu beherrschen. Er trat als Überfranzose auf, bis – als Ergebnis – Paris in deutsche Hände fiel.

Während Roosevelt nach Berlin Hugh Wilson, einen ausgesprochenen Berufsdiplomaten, setzte, mit dem er bezeichnenderweise keinen engeren persönlichen Kontakt hatte, wurde Warschau mit einem engen Freund Bullitts, Drexel-Biddle, besetzt, einem Mitglied der mit dem Hause Morgan eng verbundenen Bankierfamilie Biddle aus Philadelphia. Erst nach Wien und dann nach Sofia wurde ebenfalls einer der Dollarmillionäre, G.H. Earle entsandt, der später durch seine wüsten Gelage in den Sofioter Nachtbars wie durch Schlägereien und insbesondere durch seine Rolle bei der Reise Donovans als würdiger Stellvertreter Bullitts in Europa bekannt geworden ist. Nach London schliesslich kam Joe Kennedy, einer der wenigen Millionäre und Grossbankiers, die sich aktiv in den Aufbau des New Deal eingeschaltet hatten. Kennedy, von irischer Abstammung und katholisch, sollte sich später als der einzige dieser Dollarmillionäre erweisen, der bis zu einem gewissen Grade nicht nur seine eigene Meinung wahrte, sondern der auch aus Überzeugung die Kriegstreibereien des Weissen Hauses wenn wohl nicht ablehnte, so doch jedenfalls in ihren Konsequenzen nicht billigte. Die Verbindung mit der Kriegspartei in England ist denn auch weniger über Kennedy als über Bullitt gelaufen, der ebenso wie mit dem Präsidenten mit der eigentlichen Zentralfigur der Kriegstreiber in England, mit Sir Robert Vansittart, tägliche telefonische Verbindung unterhielt.

Schon bald nach dem Anschluss hatte sich die Spannung in Europa durch die nun brennend gewordene Frage der Sudetendeutschen zusehends verdichtet. Der aussenpolitische Gehirnrust in Washington und Europa konnte nun zum erstenmal «in grosser Form» in Aktion treten. Es würde zu weit führen, wenn wir ein Mosaikbild aller Einzelheiten entwerfen würden, mit denen Roosevelt nun auf die europäische Politik Einfluss zu gewinnen versuchte. Der Kampf drehte sich im Wesentlichen für ihn um die Gewinnung Europas für seine eigenen Ziele. Die Kriegspartei in England war zunächst in den Hintergrund getreten. Auch Vansittarts Einfluss war nach dem Ausscheiden Edens aus dem Kabinett (20.2.1938) offiziell beschränkt worden. Chamberlain hatte ihm als Zivilleiter des Secret Service allerdings eine Aufgabe übertragen, die sich besonders verhängnisvoll auswirken musste: die Organisation der britischen Propaganda in den Vereinigten Staaten. Hierdurch konnte sich die Konspiration der Kriegshetzer in Washington und London, die sich im Winter 1937/38 gegenüber Japan noch nicht voll ausgewirkt hatte, erst voll entfalten.

Zu den Dollarmillionen, die die amerikanischen Juden für die Propaganda gegen Deutschland aufbrachten – im Sommer 1938 finanzierte z.B. das Judentum eine kurzlebige, prachtvoll aufgemachte Zeitschrift «Ken», die nur der Erzeugung des Hasses gegen den Nationalsozialismus diene – kamen nun die Pfundmillionen, die Vansittart durch die zahllosen Kanäle der britischen Propaganda in den Vereinigten Staaten einsetzte. Diese Propaganda aber richtete sich damals in erster Linie gegen Chamberlain selbst! Er wurde dem amerikanischen Volk als ein schwächerer Narr dargestellt, dessen Versuche, am Frieden festzuhalten, verabscheuungswürdig wären. Der Ausdruck «Appeaser» wurde damals zur beliebtesten Schmähung erhoben. Und dies nicht zum wenigsten durch das Geld und die Einflüsse, die Vansittart von London aus spielen liess. Roosevelt und sein Kreis boten ebenfalls alles auf, um eine Einigung zwischen Deutschland und England zu verhindern. Als die Krise sich zuspitzte, war es Bullitt, der zum ersten Male das ganze Gewicht der Vereinigten Staaten in die Waagschale der Kriegsparteien in

Europa warf. Am 3. September 1938 erklärte er in Anwesenheit der französischen Kabinettsmitglieder Bonnet, Mandel und de La Chambre auf einem Bankett in Bordeaux: «Frankreich und die Vereinigten Staaten sind unzertrennbar im Krieg und im Frieden verbunden.»¹ Der Ausspruch Bullitts wurde in Frankreich als Bestätigung dafür aufgefasst, dass im Kriegsfall die Vereinigten Staaten an die Seite Englands und Frankreichs treten würden. Hull hielt die üblichen Moralpredigten und erklärte, die Welt sei von internationaler Anarchie und Gesetzlosigkeit bedroht. Indes hatte die Äusserung Bullitts in den Vereinigten Staaten eine derart heftige Kritik hervorgerufen, dass Roosevelt sich gezwungen sah, sie zu dementieren². In London und Paris wurde man daher vorsichtig in der Beurteilung der wirklichen amerikanischen Haltung. Es kam zu Berchtesgaden, Godesberg und schliesslich zu München. Der Frieden war noch einmal gerettet worden.

Während man nun hätte denken sollen, dass auf Grund der dauernden Reden über den Weltfrieden die amerikanische Politik erleichtert aufgetaucht hätte, setzte in Washington geradezu ein Sturm der Entrüstung ein, der sich insbesondere über das Haupt Chamberlains ergoss. Der Präsident selbst liess keinen Zweifel daran, dass er die Vereinbarung von München missbilligte. Hatte er indes mit Ausnahme des Versuchs einer Flottenblockade gegen Japan im Winter 1937/38 bis dahin noch eine Festlegung der Vereinigten Staaten vermieden oder sie jedenfalls nur durch Bullitt unförmlich aussprechen lassen, so setzte unmittelbar nach München eine fieberhafte Aktivität im Weissen Hause ein, die zunächst zum Ziel hatte, diejenigen Kräfte in England endgültig in die Enge zu treiben, die ebenso wie Adolf Hitler und Mussolini an die Möglichkeit einer friedlichen und dauernden Lösung der europäischen Spannung glaubten. Hier nun wurde der neben Frankfurter zweitwichtigste jüdische Berater eingeschaltet, der die Verbindung zur Kriegspartei in England bereits sichergestellt hatte: *Bernard Mannes Baruch*.

In England war der aus München zurückkehrende Chamberlain be-

¹ Time, 12. September 1938 ² Time, 19. September 1938

kanntlich von der Kriegspartei mit heftiger Opposition empfangen worden, während ihm das Volk wegen der Erhaltung des Friedens zujubelte. Duff Cooper legte ostentativ sein Amt als Marineminister nieder. Churchill machte kein Hehl daraus, dass er Chamberlain für einen «gefährlichen Verräter» hielt. Chamberlain sah sich infolgedessen gezwungen, zur Beruhigung dieses Flügels der Konservativen jenes übereilte Aufrüstungsprogramm schon kurz nach München anzukündigen, durch das der eben erreichte Friedensschluss sofort wieder in Frage gestellt wurde. Ohne klare Linie schwankte er zwischen beiden Gruppen der Tories hin und her. Die englische Kriegspartei beschloss nun Verstärkung aus Washington zu holen. Sie wandte sich in Rundfunkreden an die Vereinigten Staaten. Eden hatte mit einer solchen transatlantischen Rede schon am Vorabend von Godesberg begonnen. Am 16. Oktober 1938 folgte Churchill mit einem Aufruf an das amerikanische Volk, es solle gemeinsam mit England den Diktatoren Widerstand leisten. «Wollen die Amerikaner warten», so fragte Churchill genau sechzehn Tage nach München, «bis die britische Freiheit und Unabhängigkeit zu Boden geschlagen ist, damit sie dann die Sache der Demokratie allein verfechten müssen, wenn sie zu drei Vierteln bereits ruiniert sein wird?» Dies waren genau die Stichworte, die Roosevelt von der britischen Kriegspartei brauchte. Baruch hatte die Vermittlung übernommen, zu welchem Zweck der 68jährige unmittelbar nach München zu einer kurzen Reise nach London entsandt wurde.

Baruch war bereits vor dem Weltkrieg als Bankier und Börsenmakler zum dreissigfachen Dollarmillionär geworden. Seine Bankfirma diente den Interessen der beiden gigantischen jüdischen Kupfermonopolfirmen Guggenheim und Lewison. 1915 war er von Wilson in dessen engeren Stab berufen worden. Er gehörte damals zu jenen Kräften, die den Kriegseintritt der Vereinigten Staaten betrieben. 1917 wurde er an die Spitze einer Kommission für die Beschaffung von Kriegsgerät für die Alliierten gestellt. 1918 schuf er das amerikanische Kriegsindustrieamt (War Industries Board), das praktisch die gesamte amerikanische Industrie kontrollierte und regulierte. Vor einem Untersuchungsausschuss des

amerikanischen Senats hat er später den denkwürdigen Ausspruch getan: «Ich hatte im Kriege wahrscheinlich mehr Macht als irgendein anderer; das stimmt zweifellos.» Wilson nahm ihn zur Pariser Diktatkonferenz als seinen Hauptfinanzberater mit. Oftmals ist Baruch als einziger zu den Beratungen der damaligen «Grossen Vier» zugezogen worden. Die finanziellen Bestimmungen des Versailler Diktats zur Ausblutung Deutschlands waren im Wesentlichen sein Werk. Auch der Dawesplan, durch den Deutschlands Zahlungskraft bis an den Rand versklavt wurde, ist hauptsächlich noch von Baruch entworfen worden. Wir sehen, wie wiederum einer der Urheber des Versailler Diktats und noch dazu eines der mächtigsten Mitglieder des New-Yorker Finanzjudentums von Roosevelt an einem entscheidenden Punkt der geschichtlichen Entwicklung zu einer aktiven Rolle bestimmt wird.

Die Wiedereinschaltung Bernard Baruchs in die aktive Politik war für den Geist, der in Washington herrschte, um so bezeichnender, als ein Untersuchungsausschuss des Repräsentantenhauses unter dem Vorsitz des Abgeordneten W.J. Graham festgestellt hatte, dass *Baruch seinen Posten als Präsident des Kriegsindustrieamtes zu Schiebungen missbraucht hatte*, die selbst amerikanische Ausmasse übertrafen. Baruch war, wie bereits erwähnt, in grossem Stile an Kupfergeschäften des Guggenheim-Trusts und des Anaconda-Trusts interessiert. Schon vor der Kriegserklärung hatte er mit diesen Kupfergesellschaften einen Preis für die Aufkäufe des Staates vereinbart, durch den der bis dahin übliche Gewinn von 33 v. H. auf 200 v. H. gesteigert wurde. Einigen Gesellschaften wurde durch Baruch im Jahre 1917 sogar ein Gewinn von 800 v. H. zugeschanzt. Das Graham-Komitee klagte Baruch und seinen Gehilfen Eugene Meyer, der später von Hoover zum Präsidenten der Reconstruction Finance Corporation ernannt wurde, an, beide hätten durch diese Preisfestsetzungen den amerikanischen Staat um Hunderte von Millionen Dollar betrogen. Baruch konnte allerdings nachweisen, dass er während des Krieges selbst keine Aktien jener Gesellschaften besass, die er begünstigte. Tatsächlich hat er aber gerade jenen Kupfertrusts, denen er selbst seinen Aufstieg zum dreissigfachen Dollarmillionär verdankte,

riesige Gewinne vermittelt. Ausserdem spielte er unmittelbar nach dem Kriege in den Direktorien dieser Kupfertrusts wieder eine ausschlaggebende Rolle. Hatte es jemals ein Graham-Komitee gegeben? Als Baruch von Roosevelt wieder hervorgeholt wurde, schien sich niemand mehr an den Kupferskandal des Weltkrieges zu erinnern.

Baruch verfügte, wie in der Vorrede zu seinem 1941 neu aufgelegten Bericht über die amerikanische Industrie im Kriege wörtlich zu lesen steht, über «engsten Kontakt zu europäischen Staatsmännern und besonders zu Winston Churchill. Er war im höchsten Masse entsetzt über das schnelle Anwachsen der deutschen Militär- und Luftmacht und über die Nonchalance, mit der die amerikanische Regierung diese Probleme behandelt hatte?»⁶ In jenen Tagen nach München, nachdem Baruch in London die unmittelbare Verbindung zu Churchill hergestellt und ihm wahrscheinlich mitgeteilt hatte, dass er als erklärter Führer der britischen Kriegspartei das Vertrauen Roosevelts wie auch des amerikanischen Finanzjudentums habe, kehrte er nach Washington zurück, wo er in der zweiten Oktoberhälfte eingeladen wurde, im Weissen Haus selbst mehrere Tage zu wohnen, damit gewisse Konferenzen sich ungestört abwickeln konnten. Als Baruch diese Besprechungen verliess, erklärte er: «Amerika braucht einen Aufrüstungsplan, der in fünf Jahren 5,7 Milliarden Dollar verschlingen wird.» Er sprach gleichzeitig von einer «realen und akuten deutschen Gefahr in Südamerika. Dies ist das einzige Gebiet, wohin Hitler sich zur Eroberung von Rohstoffen wenden kann. Die südamerikanischen Republiken sind wehrlos, nur die USA können sie vor der Eroberung durch eine so starke Militärmacht wie Deutschland bewahren.» Wenige Tage vorher hatte Churchill in einer Rundfunkrede an das amerikanische Volk erklärt: «Selbst in Südamerika beginnen die Naziinrigen die dortige Gesellschaft ungeachtet der Monroe-Doktrin zu unterterminieren.» Man sieht, wie die Churchill-Baruch Transatlantik Company ausgezeichnet zusammenspielt!

Die bei Baruchs Aufenthalt in London vereinbarten Stichworte wurden nun wechselseitig ausgespielt, so dass das amerikanische Volk allmählich den Eindruck erhalten musste, es sei wirklich von einer ernsthaften deutschen Gefahr bedroht. Vansittarts Propagandamaschine in

den Vereinigten Staaten war nach München nur wenige Tage gestoppt worden. Jetzt verstärkte sie ihre Tourenzahlen. Man kann rückblickend sagen, dass schon wenige Wochen nach München die amerikanische Regierung und die britische Kriegspartei der ganzen Welt vollkommen klargemacht hatten, dass sie auf den baldigen Ausbruch eines Krieges hinarbeiteten. Die Achsenmächte waren nun gezwungen, sich auch ihrerseits auf diese letzte Eventualität einzustellen, obwohl Adolf Hitler und Mussolini daran festhielten, dass es ihnen mit Hilfe der britischen Friedenspartei gelingen würde, den Einfluss der Kriegshetzer schliesslich dennoch auszuschalten.

Die Reise Ribbentrops nach Paris und das deutsch-französische Friedensabkommen, das in diesen Wochen vorbereitet wurde, sollten insbesondere dazu dienen, einen neuen Ausbruch des europäischen Konflikts zu vermeiden. In diese schon wieder sehr erregten Tage fiel nun die Ermordung des deutschen Legationssekretärs vom Rath durch den Juden *Herschel Grynszpan* in Paris. Es kam daraufhin zu scharfen antisemitischen Demonstrationen in Deutschland, die Roosevelt erneut zum Anlass nahm, um Öl ins Feuer zu giessen. Die amerikanische öffentliche Meinung wurde bis zum äussersten aufgeputscht. *Dorothy Thompson*, die Frau von Sinclair Lewis¹, die bereits während der Sudetenkrise erklärt hatte, das Beste wäre, wenn die Vereinigten Staaten den Krieg an Deutschland erklärten, eröffnete an der Fifth Avenue ein Unterstützungsbüro für den Mörder Grynszpan und sammelte Geld, um den Rechtsanwalt Moro-Giafferri, der vorher den Massenmörder Landru verteidigt hatte, als Anwalt Grynszpans zu gewinnen. Ihre hysterischen Radioreden gellten über das Land. Der Präsident selbst liess sich in einer Pressekonferenz zu einer unverschämten Äusserung gegen Deutschland hinreissen und berief Botschafter Wilson aus Berlin ab, woraufhin dann die Reichsregierung auch Botschafter Dieckhoff aus Washington abzureisen bat. Dreiviertel Jahr vor dem eigentlichen Ausbruch des Krieges

¹ Sie hat sich inzwischen von Sinclair Lewis scheiden lassen, weil dieser hervorragende Schriftsteller ihre geschmacklose Kriegshetze ablehnte und sich zu Lindbergh bekannte.

hatte Roosevelt durch die Abberufung des amerikanischen und die erzwungene Zurückziehung des deutschen Botschafters bereits dafür gesorgt, dass die normalen diplomatischen Beziehungen nicht mehr funktionieren konnten.

Mitte Dezember wurde schliesslich Innenminister Ickes beauftragt, eine völlig unqualifizierte und von Verbalinjurien strotzende Rede gegen Deutschland zu halten. Alsop und Kintner, die beiden offiziellen amerikanischen Geschichtsschreiber dieser Periode – Alsop ist ein entfernter Vetter des Präsidenten – sagen hierzu: «Als die Wilhelmstrasse den Text der Rede von Ickes empfangen hatte, beauftragte sie den Geschäftsträger, in Washington zu protestieren. Der Präsident und Welles hatten dies vorausgesehen. Als der unglückliche deutsche Geschäftsträger im State Department erschien, war Welles schon für ihn bereit. Er hatte kaum seinen Protest vorgebracht, als Welles ihn in seinem eisigsten Stil hinauswarf. Die Presse erklärte, dass der Protest zurückgewiesen worden sei. Auch im günstigsten Falle ist Welles steif und zugeknöpft, in diesem Falle aber war sein Benehmen so, dass selbst die Fettschicht eines arktischen Walfisches gefroren wäre. Welles erheiterte sich an der Angelegenheit sehr. Roosevelt war später über diese Geschichte ebenso entzückt, als er sie sich brühwarm erzählen liess.» Aus dieser amerikanischen Schilderung mag man ersehen, wie bewusst und zynisch von Roosevelt, Welles, Bullitt und anderen schon damals der Versuch gemacht wurde, Deutschland zu provozieren und die mit dem Münchener Abkommen erreichte Besserung der Atmosphäre in Europa wieder zu trüben. Selbst die Verherrlichung eines gemeinen politischen Mörders musste dazu herhalten.

Inzwischen schickte man sich in Washington an, auch aus dem anderen Stichwort, das unablässig von der amerikanischen Agitation ausgegeben worden war, der angeblichen Bedrohung Südamerikas durch Deutschland, politisches Kapital zu schlagen. Schon die Äusserungen Baruchs, Hulls und Churchills zu diesem Thema waren offensichtlich darauf be-

rechnet, auf die im Dezember 1938 in Lima zusammentretende Achte Panamerikanische Konferenz Eindruck zu machen, zu der Hull an der Spitze einer grossen amerikanischen Delegation in dem Augenblick abfuhr, als der amerikanische Botschafter in Berlin nach seiner Abberufung in Washington eintraf. Diese Konferenz war indes durch Roosevelt selbst schon vor dem Höhepunkt der Sudetenkrise im August 1938 auf eine seltsame Weise vorbereitet worden:

Der Präsident war damals einer Einladung der kanadischen Universität Kingston gefolgt und hatte auf *kanadischem Boden* eine Rede gehalten, die in dem Satze gipfelte: «Ich gebe Ihnen meine Versicherung, dass das Volk der Vereinigten Staaten nicht müssig dabeistehen wird, falls kanadischer Boden durch irgendein anderes Reich bedroht werden sollte.» Die üblichen dunklen und unklaren Behauptungen über angebliche Angriffsabsichten anderer Mächte auf die beiden amerikanischen Kontinente gingen diesen Worten voraus. Kanada, das bisher als Glied des britischen Weltreiches völlig ausserhalb aller panamerikanischen Bestrebungen stand, wurde so unvermutet in die Monroe-Doktrin miteinbezogen. Die Engländer selbst reagierten süssauer. Einerseits entsprach die Erklärung ihrer Linie der stärkeren Rückendeckung durch die Vereinigten Staaten, andererseits war es vollkommen klar, dass ein Verteidigungsversprechen für ein Gebiet, das in Wirklichkeit auch nicht der geringsten Angriffsdrohung ausgesetzt sein konnte, nach geschichtlicher Erfahrung nichts anderes bedeutete, als die Einbeziehung in die nordamerikanische Einflussosphäre. Über nichts hatten die Briten bis dahin eifersüchtiger gewacht, als über die Sicherheit Kanadas vor den Expansionsbestrebungen der USA, die seit dem Weltkrieg mit ihren Kapitalanlagen die Engländer in Kanada weit überflügelt hatten. Der Mantel der Monroe-Doktrin über Kanada bedeutete also zweierlei: Einmal sah Roosevelt hier eine neue Möglichkeit, seine völlig ungerechtfertigte Behauptung einer Bedrohung der westlichen Hemisphäre zu wiederholen und dadurch die bereits nervös werdende Stimmung in den Vereinigten Staaten aufzustacheln, andererseits aber kündigte sich damit zum erstenmal an, dass der neue USA-Imperialismus unter Umständen auch vor dem britischen Empire nicht Halt machen würde. Eine französisch-kan-

dische Zeitung schrieb offen: «Der Herr schütze uns in den nächsten Jahren vor unseren Freunden!»

Nun hoffte Roosevelt, die Konferenz in Lima dazu benutzen zu können, um den USA-Imperialismus auch gegenüber den südamerikanischen Staaten endgültig befestigen und den gesamten südamerikanischen Kontinent zu einer einzigen riesigen Luft- und Marinebasis der USA ausbauen zu können. Hull hatte kaum seine Antrittsbesuche in den feierlich-altmodischen Hotelräumen der zwanzig ausser den USA-Vertretern erschienenen süd- und mittelamerikanischen Aussenminister gemacht, als er mit dem Plan hervortrat, sämtliche Teilnehmerstaaten der Konferenz sollten sich zu einem automatisch wirksamen Militärpakt zusammenschliessen. Dies hätte angesichts der geringen Rüstung der grossen südamerikanischen Staaten nichts anderes zu bedeuten, als dass der Generalstab der USA schon damals hätte von allen militärisch wichtigen Punkten Besitz ergreifen können. Zu diesem Zwecke hatte Hull in Lima sämtliche Militär- und Marineattachés der USA in Mittel- und Südamerika um sich versammelt. Ihre geheimen Beratungen mit dem Staatssekretär liefen dauernd als zweite Konferenz neben der offiziellen Zusammenkunft der Aussenminister her. Der Plan Hulls scheiterte jedoch an dem Widerstand des argentinischen Aussenministers Gantilo, der die Gefährlichkeit der Entwürfe Hulls sofort erkannt hatte und sich kurz nach Eröffnung der Konferenz «aus Gesundheitsgründen» an die chilenischen Seen begab, um auf diese Weise eine einmütige Annahme der nordamerikanischen Vorschläge zu durchkreuzen. Durch diese Haltung Argentiniens kam es dann auch schliesslich dazu, dass der imperialistische Expansionsversuch der Vereinigten Staaten zurückgeschlagen wurde. Die Erklärung von Lima, die am Weihnachtstag 1938 unterzeichnet wurde, enthielt nichts als eine nochmalige Bekräftigung der farblosen Solidaritätserklärung von Buenos Aires einschliesslich eines Konsultativabkommens für den Fall einer Bedrohung von aussen.

Dies bedeutete einen schweren Rückschlag für die militärischen Pläne Roosevelts, der umso gewichtiger war, als die von den Vereinigten Staaten völlig beherrschten und abhängigen Vertreter ausgerechnet Panamas,

Haitis und Kubas, sich auf Weisung Hulls in wüsten Schimpfereien gegen die «deutsche Barbarei» ergangen hatten. Obgleich die meisten der vertretenen süd- und mittelamerikanischen Regierungen reine Diktaturregierungen waren, wurde die Fiktion des «gemeinsamen Interesses der amerikanischen Demokratien» aufrechterhalten. Ein Widerspruch, auf den schliesslich sogar die nordamerikanische Presse hinwies. Auch das zweite Ziel Hulls auf der Konferenz, die wirtschaftliche Ausschaltung Deutschlands in Südamerika, konnte nicht erreicht werden. Der deutsche Import nach den meisten südamerikanischen Ländern hatte sich ausserordentlich gehoben (Anteil Deutschlands am Import Brasiliens 1933 12 v.H. 1937 24 v.H., am Import Chiles 11,4 v.H. und 26 v.H. usw.), so dass die südamerikanischen Regierungen keinen Grund sahen, diese für sie selbst vorteilhaften Handelsbeziehungen einzuschränken. Die südamerikanischen Staaten übersahen sehr wohl, dass der vom Präsidenten veranlasste Alarm über eine angebliche Bedrohung Südamerikas nichts anderes als ein Bluff war, hinter dem sich der abgewandelte Dollarimperialismus verbarg.

Der Präsident liess sich durch die Enttäuschung von Lima in seinem verhängnisvollen Kurse indes nicht beirren. Die übliche Botschaft zum Jahresanfang an den Kongress strotzte erneut von Verdächtigungen gegen Deutschland, Italien und Japan. In ihr kam zum erstenmal das Schlagwort «*Methods short of War*» vor – Methoden, die bis an den Rand des Krieges führen, aber nicht den Krieg selbst bedeuten – das von nun ab die amerikanische Aussen- und Rüstungspolitik beherrschen sollte. Die Neujahrsbotschaft 1939 war bereits ein verschleiertes Hilfsversprechen an England und Frankreich. Sie strotzte von Kriegsdrohungen.

In Europa herrschte zu diesem Zeitpunkt verhältnismässige Ruhe. Der Präsident aber sprach vom Krieg und verlangte nun offiziell die *Aufhebung des Waffenausfuhrverbots* sowie weitere Bewilligungen für das bereits von Baruch angekündigte riesige *Aufrüstungsprogramm*. Die Vereinigten Staaten sollten eine Flotte erhalten, die das bereits im Mai 1938

vom Kongress angenommene grosse Flottenbauprogramm noch erweitern sollte, obwohl bereits bei den Kongressverhandlungen im vorhergehenden Jahre die Admiralität hat zugeben müssen, «dass die vorhandene Flotte vollkommen ausreichte, um sowohl Japan wie einen etwaigen Angriff vom Atlantik her von den amerikanischen Küsten fernzuhalten». Massgebende Senatoren, wie auch der Historiker Beard, kamen daher zu dem Schluss, dass dieses «Überflotten»-Bauprogramm niemals der Verteidigung, sondern nur Angriffszwecken dienen konnte. Später wird man die Beweise dafür erhalten, dass seit dem Frühjahr 1938 Roosevelt geheime Besprechungen mit der britischen Admiralität eingeleitet hatte, die auf die gemeinsame Operation der beiden Flotten in allen sieben Weltmeeren hinausliefen.

Das Entscheidende an dieser ganzen Periode ist, dass Roosevelt und sein aussenpolitischer Gehirnrust den Krieg als etwas schlechthin Unvermeidliches darstellten, dass sie ununterbrochen bestrebt waren, die in England noch immer starken Kräfte für die Erhaltung des Friedens zurückzudrängen und dass sie schliesslich die Hilfe der Vereinigten Staaten, ja, den aktiven Kriegseintritt in Aussicht stellten. Bereits im November 1938 hatte sich eine Unterhaltung Bullitts mit dem polnischen Botschafter *Potocki* folgendermassen vollzogen: «Auf meine Frage, ob die Vereinigten Staaten an einem solchen Krieg teilnehmen würden, antwortete er: ‚Zweifellos ja, aber erst dann, wenn England und Frankreich zuerst losschlagen.‘ Die Stimmung in den Vereinigten Staaten ist, wie er sagte, gegenüber dem Nazismus und Hitlerismus so gespannt, dass schon heute unter den Amerikanern eine ähnliche Psychose herrscht wie vor der Kriegserklärung Amerikas an Deutschland im Jahr 1917.» Ganz ähnlich äusserte sich Bullitt einige Monate später, im Februar 1939, gegenüber dem polnischen Botschafter in Paris, Lukasiewicz: «Sollte ein Krieg ausbrechen», sagte er damals, «so werden wir sicherlich nicht zu Anfang an ihm teilnehmen, aber wir werden ihn beenden.»¹ Unzählige ähnliche Äusserungen dürften in diesen Monaten von Roosevelt selbst,

¹ Deutsches Weissbuch Nr. 3, Polnische Dokumente (auch für die vorhergehenden und folgenden polnischen Zitate).

von Bullitt und anderen Vertrauten gegenüber europäischen Diplomaten der Westmächte gemacht worden sein, wie sie von den polnischen Botschaftern in ihren geheimen Berichten nach Warschau mitgeteilt wurden.

Ende Februar 1939 kam es zu einem alarmierenden Zwischenfall. Bullitt hatte im Auftrage des Präsidenten eine geheime französische Militärmission nach den Vereinigten Staaten eingeladen. Bei dieser Gelegenheit stürzte ein französischer Pilot bei einem Versuchsfluge ab. Der Senat raste geradezu, nachdem sich nun herausstellte, dass der Präsident fremde Militärmissionen heimlich und gesetzwidrig mit den militärischen Geheimnissen der amerikanischen Wehrmacht vertraut machte. Um den Sturm beizulegen, lud Roosevelt schliesslich das militärische Untersuchungskomitee des Senats zu sich ins Weisse Haus. In der üblichen Weise malte er ein dunkles Bild von den Verhältnissen in Europa und behauptete neuerdings, Deutschlands eigentliches Ziel sei es, die Vereinigten Staaten zu überfallen. Nach der offiziellen amerikanischen Version kam es hierbei zu folgender Aussprache:

Roosevelt: «Aus diesen Gründen muss die Sicherheit der Rheinfront die Vereinigten Staaten notwendig interessieren.»

Ein Senator: «Meinen Sie, dass also unsere Grenze am Rhein liegt?»

Roosevelt: «Nicht so, aber praktisch ist die gesamte Welt bedroht, wenn die Rheinfront bedroht ist. Sollte sie einmal durch Hitler fallen, wäre die Reichweite der deutschen Aktionsmöglichkeiten unbegrenzt.»

Dieses Gespräch ist auch in Bullitts Unterhaltung mit Botschafter Lukasiewicz bestätigt worden. Ohne Wortklauberei bedeutete es, dass der Präsident der USA in der Tat behauptete, die Grenzen der Vereinigten Staaten lägen am Rhein! Die Äusserung Roosevelts wurde damals schon der Öffentlichkeit bekannt. Wie üblich, war das grosse Publikum empört. Die ganze Angelegenheit wurde dann mit Dementis vertuscht, der eigentliche Zweck aber war erreicht: Die Kriegspartei in London konnte nun mit noch viel grösserer Sicherheit das Argument der amerikanischen Hilfe in ihre Pläne einsetzen. Sie zögerte nun nicht mehr, alles so

vorzubereiten, dass eine Katastrophe schliesslich unvermeidlich werden musste. Dies aber hätte sie ohne die amerikanischen Zusicherungen niemals gewagt.

Auch ohne Kenntnis der Geheimarchive ist es uns weitgehend möglich, die wirkliche Rolle, die Roosevelt vor dem Ausbruch des Krieges gespielt hat, zu enthüllen. Es ergeben sich hierbei folgende drei Stadien: 1. Herbst 1937: Antrag an England auf eine gemeinsame Blockade Japans. 2. Frühjahr 1938: Nach der Ablehnung dieses Antrages geheime Verständigung der britischen und amerikanischen Admiralstäbe über das künftige Flottenbauprogramm beider Nationen und strategische Abstimmung der gemeinsamen künftigen Operationen im Atlantik und Pazifik. 3. März 1939: Geheime Zusicherung des Präsidenten, dass er im Kriegsfall England und Frankreich sowohl durch Materiallieferungen wie auch im Notfall aktiv zu Hilfe kommen werde.

Wie man sieht, ist das dritte Stadium das ausschlaggebende. Wir sind hierüber durch eine Enthüllung der beiden ausgezeichnet informierten amerikanischen Journalisten Allen und Pearson unterrichtet, die am 14. April 1939 in der Zeitung «Washington Times Herald» und einer Reihe anderer Zeitungen erschien. Diese Enthüllung ist merkwürdigerweise bei der bisherigen Darstellung der Vorgeschichte des Krieges nicht berücksichtigt worden, obwohl sie offensichtlich den Schlüssel dafür gibt, weshalb England es überhaupt gewagt hat, trotz seiner militärischen Unterlegenheit die wahnsinnigen Forderungen Polens und die Ablehnung aller gemässigten deutschen Vorschläge in Warschau so zu unterstützen, dass der Krieg schliesslich unvermeidlich wurde. Gewisse britische Kreise gestützt vor allem auf die City, seien im Februar und März 1939 bereit gewesen, durch Handelsvertragsverhandlungen mit Deutschland das in München erreichte Abkommen auch wirtschaftlich zu unterbauen und auf eine neue, gesündere Grundlage zu stellen. (In der Tat war es ja im März 1939 so weit, dass eine britische Industriedelegation nach

Deutschland abreisen wollte.) Hull, der über diese Verhandlungen Informationen erhalten habe, sei der Ansicht gewesen, sie hätten einen Bruch des 1938 unterzeichneten britisch-amerikanischen Handelsvertrages dargestellt. Die amerikanische Regierung habe infolgedessen die Mitte März mit der Selbstauflösung der Tschecho-Slowakei zusammenhängenden Vorgänge benutzt, um Chamberlain brüsk vor ein Ultimatum zu stellen. *Erst durch dieses Ultimatum sei dann der Umschwung in England eingetreten.* Tatsache ist, dass die englische Regierung am 14. März, dem Tag, vor dem Hacha das deutsch-tschechische Übereinkommen unterzeichnet hatte, in einer offiziellen Pressekonferenz im Foreign Office mitteilte, dass keinerlei Grund für eine Alarmstimmung bestehe und dass die britische Regierung den Ereignissen völlig ruhig gegenüberstehe. Dieselbe Haltung nahm London indes auch noch am 15. März nach der Unterzeichnung ein.

Allen und Pearson erklären nun, dass in der Nacht zum 16. oder am 16. März Roosevelt an Chamberlain eine ultimative Note geschickt habe. In ihr habe es kurz und bündig geheissen, dass England keinerlei moralische oder materielle Hilfe mehr von den Vereinigten Staaten erwarten könne und dass auch der Verkauf von Flugzeugen an England sofort eingestellt werde, falls die britische Regierung an der Politik von München weiter festhalte. In dieser Note sei Roosevelt so weit gegangen, dass er die Frage stellte, ob England eigentlich ebenfalls bereits eine «Nazi-Nation» oder ob es noch eine Demokratie sei. Er habe gefordert, die Politik der britischen Regierung müsse in den nächsten Tagen hierauf der amerikanischen Regierung Antwort geben. Die Note habe sich darauf bezogen, dass Roosevelt schon unmittelbar nach München Chamberlain durch Kennedy habe mitteilen lassen, dass die Politik des Appeasement nach seiner Ansicht aufgegeben werden müsse. Chamberlain habe damals vage zugestimmt, und dies sei der Grund gewesen, weshalb Roosevelt vom Oktober 1938 ab all jene provokatorischen Reden und Massnahmen unternommen habe, die in den vorhergehenden Seiten beschrieben worden sind. Roosevelt habe dann aber festgestellt, dass gewisse englische Kreise Berlin darauf aufmerksam gemacht hätten, dass sie keineswegs mit der provokatorischen und aggressiven Politik Washingtons

übereinstimmten. (Das trifft nach deutschen Quellen zu.) Dies sei der Grund für jene schwere Krise in den englisch-amerikanischen Beziehungen gewesen, die dann in Roosevelts Ultimatum vom 16. März ihren Höhepunkt gefunden haben.

Tatsache ist, dass die britische Regierung die Erklärung des Protektorats Böhmen und Mähren in den ersten beiden Tagen, die der Unterredung zwischen dem Führer und Hacha folgten, in ruhiger und vernünftiger Haltung aufnahm. Auch in London sah man also die Bildung des Protektorats zunächst als eine unvermeidliche Entwicklung an, nachdem Tiso die Slowakei von den Tschechen losgetrennt hatte. Tatsache ist ferner, dass Roosevelt in diesen Tagen vor Wut kochte und dass das State Department sofort damit begann, feindselige Erklärungen abzugeben. Dies alles spricht dafür, dass Chamberlain nicht etwa durch die zwangsläufige Entwicklung in Böhmen, Mähren und der Slowakei, sondern durch das Ultimatum Roosevelts zu jener Politik gebracht worden ist, die den Krieg früher oder später unvermeidlich machte. Roosevelt ist es also gewesen, der den Umschwung in diesen entscheidenden Tagen Mitte März 1939 herbeigeführt hat. (Nur nebenbei sei angemerkt, dass er damals Benesch nach Washington kommen liess und mit ihm mehrfach konferierte.)

Bereits im Februar hatte Bullitt dem polnischen Botschafter in Paris, Lukasiewicz, gesagt: «Die Vereinigten Staaten verfügen England gegenüber über verschiedene und ungeheuer bedeutsame Zwangsmittel. Allein die Drohung ihrer Anwendung dürfte genügen, England von einer Kompromisspolitik auf Kosten Frankreichs zurückzuhalten.» Hier findet sich also bereits derselbe Gedanke, der wenige Wochen später in die Tat umgesetzt worden ist. Wären diese Zwangsmittel von Roosevelt gegenüber England nicht in ultimativer Form angewandt worden, hätten alle Aussichten dafür bestanden, dass das deutsch-englische Verhältnis schliesslich doch in ein ruhiges Fahrwasser gekommen, dass eine vernünftige Regelung des Korridorproblems auf Grund der gemässigten deutschen Vorschläge erzielt worden und dass so schliesslich eine allgemeine Befriedung Europas eingetreten wäre. Noch Ende März 1939 wiederholte

Bullitt in einer weiteren Besprechung mit Lukasiwicz – Polen verlangte damals von England Garantien – seine Mitteilung, dass «die Vereinigten Staaten im Besitze von Mitteln seien, mit denen sie einen wirklichen Zwang auf England ausüben könnten. An die Mobilisierung dieser Mittel werde er ernstlich denken».

Alles Weitere, was nun folgte, ist in diesem Zusammenhang verhältnismässig uninteressant. Durch Monate hindurch hatte der Präsident mit der britischen Kriegspartei erst durch die Vermittlung Baruchs, dann auf direktem Wege – ein Besuch Edens in den Vereinigten Staaten kurz nach München soll nicht unerwähnt bleiben – zusammengewirkt, um die zarte Pflanze einer europäischen Friedensentwicklung bis zur Wurzel zu vernichten. Er hatte sich dabei nicht gescheut, ultimative Druckmittel gegen England in Anwendung zu bringen, bis schliesslich der schwache und greisenhafte Chamberlain zur Kriegsbereitschaft gebracht war. Churchill, Eden und Vansittart unterstützten diese Aktion Roosevelts innerhalb der Konservativen Partei. Niemals aber wären sie aller Voraussicht nach ohne die aktive Rolle, die der amerikanische Präsident übernahm, zum Ziele gekommen. Wieweit Roosevelt dabei seine verfassungsmässigen Kompetenzen überschritt, wieweit er sein eigenes Volk unter Übergewalt des Kongresses auf die Beteiligung an diesem Kriege festlegte, wird wohl erst später einmal ein amerikanisches Untersuchungskomitee feststellen. Dass er, der auch im buchstäblichen Sinne weit vom Schuss sass, indes die Hauptverantwortung für die Entstehung des Krieges im Jahre 1939 trägt, kann schon heute von niemandem mehr bestritten werden, der die geheimen Vorgänge in diesen Monaten überschaut: Ohne Roosevelts dauerndes Eingreifen wäre die Kriegspartei in England zur Ohnmacht verurteilt gewesen.

Im März 1939 belegte Roosevelt die deutsche Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten ohne ersichtlichen Grund mit Sonderzöllen. Am 11. April trat er auf seiner Pressekonferenz zum erstenmal mit dem hervor, was

er eigentlich während dieser Monate meinte. An diesem Tage war in der «Washington Post» ein Leitartikel erschienen, in dem es hiess: «Es ist nun Sache der Vereinigten Staaten, die Führung in der Bekämpfung der Diktatoren zu übernehmen, sei es durch Drohungen, sei es, wenn dies nicht ausreicht, durch Krieg.»

Roosevelt erklärte der amerikanischen Presse ausdrücklich, dass er diese Gedankengänge völlig billige. Diese offenerzige Bemerkung erwies sich jedenfalls als der geeignete Auftakt für das wenige Tage später – am 15. April – an Hitler und Mussolini gesandte Telegramm, in dem er die Führer der beiden volksregierten Staaten aufforderte, sie sollten das Gebiet und die Besitzungen von einunddreissig europäischen und vorderasiatischen Staaten und Protektoraten garantieren. Die Abfassung dieses Telegramms war nach Form und Inhalt derart ungewöhnlich, dass sogar Churchill in einem offenerzigen Augenblick von den «taktlosen Worten» dieses Dokuments sprach. Schon durch seine in Deutschland und in Italien natürlich bekanntgewordene Äusserung von der Pressekonferenz vom 11. April war erwiesen, was Roosevelt mit dieser Botschaft beabsichtigte. Die Antwort wurde ihm am 28. April in jener berühmten Rede Adolf Hitlers zuteil, die für alle Zeiten zu den Meisterwerken politischer Redekunst rechnen wird. In einundzwanzig Punkten erteilte der Führer des deutschen Volkes Roosevelt eine derart gründliche und im Übrigen auch gerade für die öffentliche Meinung in Amerika verständliche Lektion, dass man im Weissen Haus die Köpfe zusammensteckte und schliesslich übereinkam, sich am besten gar nicht zu rühren. Es hatte sich herausgestellt, dass sogar die schon verhetzte amerikanische öffentliche Meinung die Argumente Hitlers so einleuchtend fand, dass dagegen so gut wie nichts zu sagen war.

Die unausgesetzten Provokationen vor und nachher blieben von der höchsten deutschen Stelle unbeantwortet, da tatsächlich in dieser Rede alles Grundsätzliche, was über Politik und Methode Roosevelts gesagt werden musste, bereits enthalten war. Während sich nun im Juni die Vereinigten Staaten zu dem Empfang des britischen Königspaares rüsteten, versuchte Roosevelt mit Aufbietung aller Mittel das Waffenaus-

fuhrverbot an Kriegführende durch den Kongress aufheben zu lassen. Wie Alsop und Kintner bezeugen, brach in der entscheidenden Konferenz mit der Senatskommission Hull sogar in Tränen aus, als er sah, dass die Senatoren seiner Aufforderung nicht Folge leisteten! Auch der jüdische Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Repräsentantenhauses, Sol Bloom, konnte trotz aller Bemühungen, Drohungen und Erpressungen nicht mehr erreichen. Der Kongress weigerte sich noch immer, Roosevelt in seiner Kriegspolitik zu unterstützen.

Dagegen konnte die amerikanische Regierung von sich aus auf einem anderen weltpolitischen Felde eine wichtige Entscheidung treffen, durch die ebenfalls neue scharfe Spannungen erzeugt werden mussten: Am 27. Juli 1939 kündigte sie den seit fast dreissig Jahren in Kraft befindlichen *Handelsvertrag mit Japan*. Ab Ende Januar 1940 sollte danach ein vertragsloser Zustand einsetzen, obwohl sich der Handelsvertrag für beide Seiten hervorragend bewährt hatte. Noch 1938 hatte Japan 7,7 v. H. der amerikanischen Gesamtausfuhr aufgenommen, während 6,5 v. H. der amerikanischen Gesamteinfuhr aus Japan kamen. Die Vernichtung dieses wichtigen weltwirtschaftlichen Instruments entsprach dem wohlberechneten Kriegsplan. Die europäische Krise war mittlerweile, wie Roosevelt dies mit seinem Ultimatum an Chamberlain im März gewünscht hatte, weiter und weiter gediehen. Bullitt telefonierte aus Paris dem Präsidenten, dass man dort die Lage inzwischen für aussichtslos hielt. Ununterbrochen liefen geheime Besprechungen mit den Engländern, die sich nur noch um die beim Kriegsausbruch zu treffenden Massnahmen drehten. Das Ergebnis dieser geheimen Verhandlungen war die Forderung Englands auf eine gewisse «Arbeitsteilung» zwischen England und Amerika: Die Engländer verlangten, dass die Vereinigten Staaten von vornherein die Last der Verantwortung im Fernen Osten auf sich nehmen sollten, da die britische Hochseeflotte auf längere Zeit nicht in der Lage war, durch die Entsendung eines starken Geschwaders nach

Singapur oder nach Hongkong die englische Macht dort selbst zur Geltung zu bringen.

Chamberlain scheint in diesen geheimen Beratungen immer wieder darauf hingewiesen zu haben, dass die Vereinigten Staaten durch ihre Haltung im März ja selbst für die in Europa hoffnungslos gewordene Lage verantwortlich seien. Als Voraussetzung für die nun von England offen eingeschlagene Kriegspolitik wurde daher in London eine drohende Haltung der Vereinigten Staaten gegenüber Japan gefordert. Dies waren die Hintergründe für die Kündigung des japanisch-amerikanischen Handelsvertrages. Sie widersprachen den wohlverstandenen Interessen Amerikas vollständig, da der amerikanische Handel mit Japan weit bedeutender als der amerikanische Handel mit China war. Andererseits waren nach Berechnungen aus dem Jahre 1931 die britischen und die japanischen Kapitalanlagen in China ungefähr gleich hoch. Sie betragen damals 36,7 bzw. 37 v. H. der gesamten ausländischen Anlagen, während der amerikanische Anteil sich nur auf 6 v. H. belief. Von den 758 Millionen Dollar, die die Vereinigten Staaten 1935 im gesamten fernöstlichen Bereich angelegt hatten, waren 387 Millionen in Japan, dagegen nur 132 Millionen in China investiert. Allerdings war es gerade das Bankhaus Morgan, das, wie wir schon zeigten, im Chinakonsortium massgebend beteiligt war und das infolge seines übermächtigen Einflusses auf die amerikanische Regierung stets eine antijapanische Politik durchzusetzen vermochte. Diese Tendenzen waren während der New-Deal-Periode in den Hintergrund getreten. In dem Augenblick aber, in dem die geheimen britisch-amerikanischen Abmachungen der letzten Monate vor Kriegsausbruch sich politisch auszuwirken begannen, musste auch automatisch der Einfluss der Morgan-Gruppe in Washington wieder steigen. Die Tatsache, dass Japan sich zum drittbesten Kunden der Vereinigten Staaten entwickelt hatte, spielte bei diesen Erwägungen offenbar keine Rolle. Die schönen Prinzipien Hulls, den Weltfrieden durch Handelspolitik zu retten, schienen dort, wo sie machtpolitischen Tendenzen widersprachen, schnell vergessen zu sein. Mit der Kündigung des japanischen Handelsvertrages wurde die europäische

Spannung automatisch auf den Fernen Osten übertragen, da Japan sich nun der sicheren Grundlagen seines Aussenhandels beraubt und sich gezwungen sah, sich auf andere Methoden und Wege zu besinnen, wie es diese Grundlagen im fernöstlichen Raum selbst wiedergewinnen könnte.

Im letzten Monat vor dem Kriegsausbruch schliesslich ordnete Roosevelt die Verstärkung des Bundesamtes zur Bekämpfung der Spionage (Federal Bureau of Investigation) an, um damit der Sensationspresse neuen Auftrieb zu geben, die beständig die Kriegsstimmung durch die Aufmachung von ganz geringfügigen Spionageprozessen schürte. Im August schliesslich wurde auch entsprechend den Anregungen Baruchs bereits ein Kriegsbeschaffungsamt (War Resources Board) gegründet, dessen Leitung bezeichnenderweise nicht mehr einem der Leute des New Deal, sondern einem ausgesprochenen Vertreter der Hochfinanz, Edward Stettinius aus dem Direktorium der U.S. Steel Corporation (Morgan-Gruppe), übertragen wurde. Als dann schliesslich die Spannung Ende August ihren Höhepunkt erreichte, ordnete der Präsident persönlich an, dass die «Bremen», die gerade in New York lag, einige Tage nicht ausfahren durfte. Er hoffte, sie auf diese Weise sicher in die Hände der Engländer spielen zu können, was jedoch durch die Geschicklichkeit ihres Kapitäns zum Gelächter der ganzen Welt misslang. Damit eröffnete der Präsident schon vor dem eigentlichen Kriegsausbruch die nun nicht mehr abreissende Kette seiner unneutralen Akte.

Der Kriegsausbruch selbst liess ihn, den Friedensfreund, reichlich unberührt. Alsop und Kintner berichten, dass er am 1. September, 2 Uhr 40 morgens, durch einen Anruf Bullitts aus Paris geweckt wurde, der ihm die Tatsache der ersten Schlachten in Polen mitteilte. «Der Präsident bewies jedoch ein gesundes Nervensystem, er legte sich wieder hin und schlief weiter bis um 6 Uhr 30, als Bullitt abermals anrief und mitteilte, dass er Daladier resigniert und tieftraurig angetroffen habe.» Am 3. September, nach der britisch-französischen Kriegserklärung, sprach

er zum amerikanischen Volk. Seine Rede gipfelte in dem bezeichnenden Satz: «Diese Nation wird neutral bleiben, aber ich kann nicht verlangen, dass jeder Amerikaner auch in seinen Gedanken neutral sein soll. Im Übrigen gab er die Versicherung ab, dass die Vereinigten Staaten aus dem Kriege herausbleiben und «dass die Regierung zu diesem Zwecke jede Anstrengung machen würde».

Zum 21. September wurde der Kongress einberufen, und die Aufhebung des Waffenembargos gegen England und Frankreich verlangt. Erst am 3. November gelang es indes, diesen Beschluss des Kongresses herbeizuführen, da die Kräfte, die sich für eine strikte amerikanische Neutralität einsetzten, noch immer überraschend stark waren. Gleichzeitig hielt Hull in Panama eine Panamerikanische Konferenz ab, auf der beschlossen wurde, dass in einer sogenannten Sicherheitszone, in einem Abstand von 300 Meilen jenseits der gesamten nord- und südamerikanischen Küste, Kriegshandlungen nicht geduldet werden sollten. England selbst hat sich an diesen Beschluss niemals gehalten, wie im Dezember 1939 der Kampf eines britischen Flottenverbandes mit der «Graf Spee» sowie zahllose Einbrüche zur Verfolgung deutscher Handelsschiffe bewiesen.

Der Präsident wurde auch nach dem schnellen deutschen Sieg in Polen von der Überzeugung geleitet, dass es aller Voraussicht nach genügen würde, wenn die Vereinigten Staaten als «Arsenal der Demokratien» England und Frankreich mit Kriegsmaterial belieferten, wenn man sich also auf die «*Methods short of War*» beschränkte. In dieser Überzeugung wurde er vor allem durch Bullitt bestärkt, der in der französischen Armee und insbesondere in der Maginotlinie ein unüberwindliches Hindernis für einen siegreichen deutschen Feldzug im Westen sah. Wie die britische Regierung dürfte in jener Zeit Roosevelt geglaubt haben, dass man den Krieg als «Sitzkrieg» durch eine langausgedehnte Blockade gegen Deutschland gewinnen könne. Roosevelts strategische Ansichten über den Verlauf des Krieges gründeten sich auf den *Glauben an die absolute Überlegenheit der Seemacht über die Landmacht*. Kein Gebiet des modernen Lebens besass seit jeher für den Präsidenten ein

grösseres Interesse als die Kriegsmarine. So wie seine Privaträume im Weissen Haus mit unzähligen Bildern von Schiffen geschmückt sind, wie er eine Sammlung von Schiffsmodellen besitzt, mit denen er nach den in Amerika üblichen «intimen Berichten aus dem Weissen Haus» sonntags wie ein Junge zu spielen pflegt, so verbrachte er auch während seiner Präsidentschaft einen nicht unerheblichen Teil seiner Zeit bei der amerikanischen Marine. Als 1941 Halifax auf dem eben in Dienst gestellten neuen britischen Schlachtschiff «King George V.» ankam, stürzte sich Roosevelt, unter Missachtung jeglichen Protokolls, auf die Falltreppe, nicht, weil er es nicht erwarten konnte, den hageren puritanischen Lord in die Arme zu schliessen, sondern weil er darauf brannte, dieses neueste grosse Kriegsschiff sofort mit eigenen Augen in allen Details besichtigen zu können.

Die theoretischen und strategischen Überzeugungen, die diesem Glauben an die Allmacht der Flotte im modernen Krieg zugrunde liegen, hat sich Roosevelt während seiner Tätigkeit im amerikanischen Marineamt im Weltkriege erworben. In der amerikanischen Marine herrschten damals noch die Theorien des Kapitäns und Marineschriftstellers *Alfred Mahan*, der kurz vor der Jahrhundertwende eine berühmte Buchserie: «Der Einfluss der Seemacht auf die Geschichte», veröffentlicht hatte, in der nachgewiesen wurde, dass im modernen Krieg die Seemacht unter allen Umständen die Überlegenheit besitzen müsse. Schon Theodore Roosevelt ist bei seinen imperialistischen Bestrebungen von Mahan stark beeinflusst worden, wie übrigens auch Kaiser Wilhelm II. und der japanische Admiral Togo. Mahan hatte auf reichlich pedantische Weise einfach die Geschichte der britischen Seemacht systematisiert und die Politik der Erwerbung von Stützpunkten, kolonialen Einflussgebieten usw. zu einem allgemeinen Prinzip erhoben. Roosevelt glaubte nun als gelehriger Schüler Mahans, dass durch die geheime Zusammenarbeit der britischen mit der amerikanischen Flotte und die entsprechende Aufgabenteilung im Atlantik und Pazifik der Kriegsausgang von vornherein festläge. Auch Churchill, der ebenfalls zu den Schülern Mahans zu rechnen ist, huldigte der gleichen Auffassung. Die Maginotlinie schien zudem dieser strategischen Schule nichts als eine glückliche Übertragung

des Prinzips der Überlegenheit des Schlachtschiffes auf den Landkrieg zu sein. Umso furchtbarer war die Überraschung, als erst in Norwegen die kleine deutsche Kriegsmarine und dann in Holland, Belgien und Frankreich das deutsche Heer alle diese Theorien wie ein Kartenhaus zum Zusammensturz brachten. Der Krieg, den Roosevelt so glühend herbeigesehnt und für dessen Vorbereitung er alles getan hatte, begann sich plötzlich anders zu entwickeln, als man vorausgesehen hatte. Probleme von einer Gewalt und Bedeutung tauchten auf, die man niemals geglaubt hatte in die scheinbar so sichere Rechnung einsetzen zu müssen. Der Krieg war zur Revolution geworden.

So bringt der Mai 1940 die entscheidende Krise der westlichen Kriegführung und Strategie wie auch die Krise der Kriegspolitik Franklin Roosevelts.

TEIL V

Erziehung zum Krieg

Im Jahre 1915 schrieb Wilsons Staatssekretär Lansing in einem Memorandum: «Die furchtbarste Schwierigkeit, mit der wir es zu tun haben, ist die, dass die Aktion [d.h. der Eintritt in den Krieg] hinausgeschoben werden muss, bis ein allmählicher Prozess der Erziehung und der Aufklärung erreicht ist.» Dies waren die berühmten Worte, mit denen Lansing dem Präsidenten klarzumachen versuchte, dass das amerikanische Volk zum Krieg «erzogen» werden müsse.

Im Jahre 1938 erschien in einer von Liddell Hart herausgegebenen Buchreihe in London ein schmales Bändchen mit dem Titel «Propaganda im nächsten Kriege». Der Verfasser war der Engländer Sidney Rogerson. In ihm hiess es: «Es wird wesentlich schwerer sein, die Vereinigten Staaten davon zu überzeugen, dass sie unsere Partei nehmen. Dazu wird der Glaube an eine ausgesprochene Bedrohung Amerikas notwendig sein, eine Bedrohung, die durch Propaganda jedem einzelnen Bürger nahegebracht werden muss, ehe Amerika nochmals die Waffen zu einem Kriege aufnimmt, der ausserhalb der Vereinigten Staaten geführt werden muss.» Dieses also war das Rezept für das «Erziehungsprogramm», das die Engländer vor dem Ausbruch des Krieges sogar in Buchform gedruckt hatten. Das Buch von Rogerson war allerdings, als sich die Krise

im Jahre 1939 zuzuspitzen begann, in Amerika nirgends mehr zu erhalten. Die englischen Agenten hatten es schleunigst in allen Buchläden aufgekauft und vernichtet. Das Programm stand indes fest.

Ende April 1940 hatte der Rechtsanwalt Frederic R. Coudert in sein Büro in New York achtzehn Herren zu einer Sitzung eingeladen, in der das Programm der Erziehung Amerikas zum Kriege entworfen wurde. Die Einzelheiten sind später durch eine Indiskretion bekanntgeworden. Sie wurden sogar dem Senat in aller Ausführlichkeit mitgeteilt¹. Die Zusammenkunft in diesem Rechtsanwaltsbüro in Manhattan sollte von grosser Bedeutung werden. Hier trafen sich nämlich die massgebenden Männer der amerikanischen Hochfinanz, der britischen Propaganda und die Verbindungsleute zur amerikanischen Regierung, um das «*Committee to Defend America by Aiding the Allies*» zu gründen, das Komitee zur Verteidigung Amerikas durch Hilfe an die Alliierten, das im Jahre 1940 Millionen von Dollars ausgab, um das amerikanische Volk davon zu überzeugen, dass es seine Neutralität so schnell wie möglich aufgeben müsse.

Frederic R. Coudert, der Einberufer der Sitzung, war während des Weltkrieges der erste Rechtsberater der britischen Botschaft in Washington gewesen. Er hatte damals ungeheure Summen für Agitationszwecke im Auftrage der englischen Botschaft in Amerika verwandt und war ein reicher Mann durch seine Tätigkeit für die Briten geworden. Auch nachdem er 1920 nicht mehr offiziell für die Botschaft tätig war, war er stets unter den intimsten Beratern des jeweiligen Botschafters Seiner Majestät. Mit Lord Lothian, der um jene Zeit dieses Amt innehatte, verband ihn noch dazu eine enge persönliche Freundschaft. Durch die Person des Einberufers dieser Geheimsitzung liegt es also auf der Hand, dass Lothian selbst es war, der die Gründung des Zentrums der Kriegspromaganda in den Vereinigten Staaten angeregt hatte.

Von den achtzehn Anwesenden sind uns die wichtigsten mit Namen bekannt: Thomas W. Lamont, der allmächtige Partner von J. P. Morgan;

¹ Congressional Record, 15. Juni 1940, S. 12606ff., siehe auch 20625ff.

Henry L. Stimson, der jetzige Kriegsminister; Frank L. Polk, ein Rechtsanwalt, dessen Firma zu den ständigen Rechtsberatern des Bankhauses Morgan gehört¹; Nicholas M. Butler, der Präsident der Columbia-Universität und der Carnegie-Stiftung; James Conant, Präsident der Harvard-Universität; Clark M. Eichelberger, der Geschäftsführer der britisch beeinflussten League of Nations Association und schliesslich der Journalist William Allen White. Wendell Willkie war ebenfalls eingeladen, wie er später zugab², aber zufällig verhindert. Dies war der neue Generalstab der Kriegspropaganda in den Vereinigten Staaten. Thomas Lamont und Henry Stimson fielen darin die wichtigsten Rollen zu. Mit der Gründung dieses Komitees (wir nennen es der Kürze halber White-Komitee) war die *Aussöhnung zwischen Roosevelt und dem Finanzkapital* nun auch offiziell erfolgt. Wir haben in den vorhergehenden Abschnitten gezeigt, wie das Finanzkapital und insbesondere das Haus Morgan Roosevelt ursprünglich scharf bekämpften. Eine erste Annäherung war bereits im Januar 1938 erfolgt, als Roosevelt Thomas Lamont zum erstenmal zu einer langen Aussprache im Weissen Haus empfangen hatte. Die aggressive Aussenpolitik des Präsidenten war damals gerade gestartet und die Plattform geschaffen worden, auf der er sich mit dem wichtigsten Exponenten der Hochfinanz, ungeachtet der bisherigen Streitigkeiten, treffen konnte. Um dieselbe Zeit hielten Ickes und Corcoran noch Reden gegen das Finanzkapital. Es wird berichtet, dass Lamont das Weisse Haus nach jener ersten Unterredung in der besten Stimmung verliess. Er wusste schon damals, dass das New Deal künftig keine Gefahr mehr für die Millionäre von Wall Street sein würde. Vorsichtig begann er auch in der Öffentlichkeit für Roosevelt einzutreten.

Stimson, Coudert und Polk hatten bereits aus dem Weltkrieg Erfahrung in der «Erziehung zum Krieg». Diese drei hatten 1916/17 im Mittelwesten und Westen eine grosse Vortragsreise veranstaltet, in der für den Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg geworben wurde. Es ist nachweisbar, dass Stimson schon damals zu denjenigen Politikern

¹ Polk war 1919/20 Unterstaatssekretär im State Department und da mit der Versailler Epoche verbunden. ² Porter Sargent, a. a. O. S. 356

gehörte, die vom Hause Morgan ausgehalten wurden. Seine enge Verbindung mit Felix Frankfurter haben wir bereits erwähnt, ebenso seine begeisterte Zustimmung zu Roosevelts Rede in Chicago. Als Staatssekretär hat sich Stimson bei der Morgan-Bank «königlich» für die ihm früher geleistete Unterstützung erkenntlich zeigen können. Er war es, der 1930 dafür sorgte, dass die deutsche Reparationsanleihe monopolartig durch das Bankhaus Morgan in den Vereinigten Staaten eingeführt wurde. Das Haus Morgan hat an dieser Emission allein Millionen verdient. Schon 1910 hatte das Bankhaus Morgan 25'000 Dollar für eine Kandidatur Stimsons als Governor von New York ausgegeben. Er fiel durch, wurde aber prompt von Präsident Taft (1909-1913) zum Kriegsminister ernannt. Als er schliesslich von Hoover zum Staatssekretär erhoben wurde, sollte sich die «Investition» aus dem Jahre 1910 für das Bankhaus Morgan reichlich bezahlt machen. Stimson, humorlos, trocken, 1941 im 75. Lebensjahr, ist der Inbegriff des Dollarimperialismus der letzten Jahrzehnte. Als fanatischer Kriegshetzer vor dem Eintritt der USA in den Weltkrieg, als Leiter einer vom Grosskapital geforderten bewaffneten Intervention in Nicaragua 1927, als Generalgouverneur der Philippinen (1927-1928) – stets galt er der Mehrheit des Kongresses als verdächtig, stets war er unbeliebt, galt er als Doktrinär mit beschränktem Horizont. Sein Spitzname *Wrong-Horse-Harry* – Harry, der immer auf das falsche Pferd setzt – ist dafür bezeichnend.

Das Finanzkapital war also entschlossen, eine das ganze Land erfassende Propaganda für die Beteiligung am Krieg zu entfesseln. 1916 hatte das Bankhaus Morgan an sein Zweighaus Morgan, Grenfell & Co. nach London telegraphiert: «Wir wünschen, dass Sie wissen, dass wir mit Erziehungsarbeit beschäftigt sind, um den Weg für eine neue französische Anleihe zu ebneten.» Am selben Punkt war man jetzt wieder angelangt. Die Hochfinanz witterte ein neues ungeheures Geschäft. Man benötigte nur ein durch die dunklen Finanztransaktionen des Weltkrieges nicht kompromittiertes Aushängeschild, und dies glaubte man in dem temperamentvollen Publizisten *William Allen White* gefunden zu haben. In jener Geheimsitzung in Couderts Büro wurde dieser kleine bewegliche Mann aus dem amerikanischen Mittelwesten, der sich durch die Auf-

merksamkeit so mächtiger Herren zunächst sehr geschmeichelt fühlte, zum Präsidenten des Propagandakomitees gemacht.

William Allen White ist ein seltsamer Fall. Als der Herausgeber einer winzigen Zeitung in der ebenso winzigen Stadt Emporia in Kansas hatte er in Hemdsärmeln und mit offener Weste wie Hunderte andere kleine Editors seine «Emporia Daily Gazette» zusammengeklebt. Mit der Zeit begann er indes in der Republikanischen Parteimaschine von Kansas eine Rolle zu spielen, und schliesslich erlangte sein Witz eine Art Berühmtheit im ganzen Lande. Er begann Bücher zu schreiben, darunter eine Verherrlichung von Coolidge – es hiess «Ein Puritaner in Babylon» – und wurde nun in den Salons von New York herumgereicht. Eine hohe Stellung in der Freimaurerei ebnete hier White die Wege. Roosevelt nennt ihn vertraulich «Bill», und Frankfurter zählt ihn zu seinen Freunden. Als der Präsident 1939 Frankfurter zum Bundesrichter ernannt hatte, sandte er an White ein Telegramm «I have done it» – ein Beweis, dass White zu den unberechenbaren Kräften im Schatten des Weissen Hauses gehört. Lamont, Stimson und die anderen Drahtzieher glaubten in dem leicht geröteten, überall bekannten Apfelgesicht Whites die geeignete Maske zum Beweis der Redlichkeit ihrer Absichten gefunden zu haben.

Es kann gleich vorweggenommen werden, dass sie sich darin täuschten. Der über siebzigjährige Herr aus Emporia hatte nämlich zum Erstaunen der Zyniker in New York tatsächlich noch einen Rest von Gewissen. Anfang Januar 1941 legte er den Vorsitz des Komitees mit der Begründung nieder, «in zwei Unterorganisationen, nämlich in New York und Washington, sei eine Gruppe von Kriegshetzern vorherrschend. Er könne aber nicht Leiter einer Organisation bleiben, die dazu benutzt werde, den Krieg heraufzubeschwören.» Diese Kriegshetzer waren niemand anders als die Herren von Wall Street, die die ersten Schecks zur Finanzierung des White-Komitees gegeben hatten. White selbst hatte naiv geglaubt, es handele sich tatsächlich darum, Amerika aus dem Kriege herauszuhalten und nur England zu unterstützen. Die Episode zeigte jedenfalls, wie stark im Mittelwesten ein Gefühl für die

¹ American Mercury, März 1941

Verwerflichkeit einer amerikanischen Kriegspolitik noch immer vorhanden war. Das Komitee selbst hatte allerdings zu jener Zeit seinen Zweck bereits erfüllt, da nun durch das Leih- und Pachtgesetz die unmittelbare Beteiligung der Vereinigten Staaten am Krieg schnell vorwärtsgetrieben wurde.

Die Geldmittel, die die Hochfinanz bei jener geheimen Zusammenkunft in Couderts Büro zur Verfügung stellte, müssen gewaltig gewesen sein, da die Vereinigten Staaten alsbald durch das White-Komitee mit schreienden deutschfeindlichen Plakaten, ganzseitigen Zeitungsinseraten, Hetzfilmen, Theaterstücken und Vorträgen, die alle von dieser Stelle aus finanziert wurden, vollends überschwemmt wurden. 1916/17 hatten Thomas Lamont und Morgan eine ganz ähnliche Organisation, die sich damals «*National Security League*» nannte, ins Leben gerufen und finanziert, deren Zweck es ebenfalls gewesen war, das Land auf den Kriegseintritt vorzubereiten. Eine Untersuchungskommission des Repräsentantenhauses hatte später festgestellt, dass Morgan und sein Kreis diese Propagandaorganisation nur deshalb gegründet hatten, um die von ihm aufgelegten englischen, französischen und sonstigen Anleihen besser im Publikum unterzubringen. Diese Untersuchungskommission wollte sogar ein Gerichtsverfahren gegen das Haus Morgan wegen dieser National Security League einleiten, das indes durch die Macht Morgans niedergeschlagen werden konnte (zumal auch Stimson damals bereits an dieser Organisation beteiligt gewesen war).

Das Erstaunliche an den Vorgängen im Jahre 1940 war nun, dass immerhin das belastende Material aus all diesen Untersuchungskommissionen vorlag, durch das die Rolle des Hauses Morgan während des Weltkrieges aufgedeckt worden war – insbesondere durch die Kommission unter dem Vorsitz des Senators Nye – dass aber dennoch das Volk in den Vereinigten Staaten einer unbekümmerten Wiederholung dieses widerwärtigen Spieles ausgeliefert war, ohne in der Lage zu sein, sich dagegen zu wehren¹. Eine Reihe von Senatoren und Abgeordneten unter der Führung von *Burton Wheeler*, den wir bereits als den Gegenspieler

¹ Für die Propaganda im Weltkrieg: Peterson, a. a. O., und auch heute noch Schönemann, Massenbeeinflussung a. a. O.

Roosevelts im Kampfe um den Obersten Gerichtshof kennengelernt haben, trat zwar der Kriegspropaganda mit grossem Mut und erstaunlicher Unerschrockenheit entgegen. Ihnen gesellten sich Männer hinzu, wie der weltbekannte Ozeanflieger Lindbergh und der katholische Priester Coughlin, der zuerst in seinen Rundfunkansprachen – später wurde ihm von dem Privatkapital, das den Rundfunk beherrscht, diese Möglichkeit genommen – und dann in seiner Zeitschrift unablässig gegen die Kriegshetzer wettete. Das Bündnis zwischen Roosevelt und der Hochfinanz, das mit der Gründung des White-Komitees auch öffentlich in Erscheinung trat, war indes ein übermächtiger Gegner für diese kleine Schar von Vertretern einer wirklich amerikanischen und dem Volksinteresse entsprechenden Aussenpolitik.

Die Hochfinanz stellte nun unbeschränkte Geldmittel für die Kriegsagitation zur Verfügung, während die Regierung über alle staatlichen Zwangsmassnahmen, einschliesslich der Erpressung der Abgeordneten, verfügte, die sich aus der Beherrschung der Staats- und Partemaschinen ergaben. Dennoch darf der Einfluss in dieser amerikanischen Friedenspartei, die in Lindbergh einen Mann von ungewöhnlich moralischen Qualitäten an der Spitze hat, nicht unterschätzt werden. Die verschiedenen Abstimmungen, die in kurzen Abständen durch das «American Institute of Public Opinion» von Gallup vorgenommen wurden, zeigten, dass die überwältigende Mehrheit der Amerikaner nach wie vor die Beteiligung der USA am Krieg scharf ablehnte. Die erste dieser Abstimmungen, die nach dem Ausbruch des Krieges in Europa vorgenommen wurde, ergab, dass 94 v. H. des amerikanischen Volkes gegen die Beteiligung am Kriege waren. Im Dezember 1939 erhöhte sich diese Ziffer sogar noch auf 96,5 v. H. Noch Ende Mai 1941 ergab sich, dass 79 v. H. aller Amerikaner gegen den Kriegseintritt waren, eine Ziffer, die auch im Juli, also nach dem Ausbruch des Krieges gegen die Sowjetunion gleichblieb und sich im Herbst 1941 auf 80 v. H. stabilisierte. Es ist hierbei anzumerken, dass die von Gallup angewandten Methoden der Kriegspartei von vornherein günstig sind, so dass diese Ergebnisse das wahre Bild noch nicht einmal getreu widerspiegeln. Die Zusam-

mensetzung der Geldgeber des White-Komitees gibt über die Hintergründe der Kriegsagitation den besten Aufschluss. Wir müssen es uns versagen, hier auch nur annähernd vollständig all jene Finanzkreise aufzuführen, die sich am White-Komitee beteiligten. Schon die wichtigsten Namen zeigen indes, wie die Profitinteressen des Finanzkapitals die Vereinigten Staaten nun systematisch in den Krieg hineinhetzen.

Thomas Lamont hat im April 1915 in Philadelphia in kleinem Kreise eine Rede gehalten, in der er offen aussprach, dass die Hochfinanz Interesse daran hätte, dass der europäische Krieg möglichst lange dauern sollte. Er begründete dies damit, dass durch einen länger dauernden Krieg die Vereinigten Staaten (worunter er etwas vereinfacht natürlich das Bankhaus Morgan verstand) aus einer Schuldner- in eine Gläubiger-nation verwandelt würden. Es war das die Zeit, in der das Haus Morgan die erste grosse französische Anleihe von 500 Millionen Dollar vorbereitete, mit der im Oktober 1915 das grosse Anleihegeschäft in Gang kam. Zu seiner völligen Ausnutzung musste aber der Krieg so lange wie möglich dauern. Dieses Geständnis Lamonts – wir verdanken es Lundberg – ist höchst bedeutsam.

Das Haus Morgan war übrigens während des Burenkrieges bereits den Engländern beigesprungen und hatte durch drei Anleihen von zusammen 143 Millionen Dollar im Jahre 1901 ein Fünftel der Kosten des Burenkrieges gedeckt. Nichts mag besser die Hohlheit aller humanitären Phrasen illustrieren, als dass Lamont später erklärt hat, «das Haus Morgan war nie einen Augenblick neutral, seitdem das kleine Belgien überrannt worden war. Trotzdem Wilson auf Unparteilichkeit sogar in Gedanken drängte, nahmen wir uns vor; alles zu tun, was in unserer Macht lag, um den Alliierten so rasch wie möglich zum Sieg zu verhelfen.»¹ (Man beachte übrigens die fast wörtliche Übereinstimmung dieser Äusserung Lamonts mit der Erklärung Roosevelts nach dem Kriegsausbruch am 3. September 1939.) Das Haus Morgan wurde jedenfalls kurz nach dem

¹ Tansill, a. a. O. S. 57

Ausbruch des Weltkrieges zum Einkaufsagenten der englischen und französischen Regierungen ernannt. Edward Stettinius sen., der als Zentraleinkäufer für das Haus Morgan arbeitete, gab später an, dass er für etwa 1,8 Milliarden Dollar Waren, Munition, Lebensmittel usw. im britischen Auftrage gekauft hatte. Sein Sohn bekleidet jetzt denselben Posten. Es gibt also in Amerika bereits «Erbhöfe des Kriegsgewinns».

Das Bankhaus Morgan hat nach den Feststellungen des Nye-Untersuchungsausschusses von den insgesamt 2,1 Milliarden, die die Alliierten in Amerika ausgaben, fünf Sechstel umgesetzt. Daneben ging das eigentliche Anleihegeschäft. Bis zum Kriegseintritt Amerikas hatten die Alliierten für 2,5 Milliarden Dollar Anleihen erhalten, die fast völlig unter der *Führung des Hauses Morgan* untergebracht wurden. Wie gross die Profite eigentlich gewesen sind, die Morgan, Lamont, Morrow, Davison und die anderen Morgan-Partner aus dem Weltkrieg gezogen haben, ist als Endsumme nicht bekannt. Für Morgan persönlich sind sie auf mindestens 100 Millionen beziffert worden, wobei der eigentliche «grosse Profit» nicht einmal durch die Anleihen und die direkten Verkäufe an die Alliierten gemacht wurde, sondern durch die ungeheuren Rüstungsgewinne der Riesengesellschaften, die praktisch vom Hause Morgan kontrolliert wurden. Die United States Steel Corporation z.B., die vom Hause Morgan beherrscht wird, wies auf Grund der ihr durch Morgan zugeteilten Kriegsaufträge im Jahre 1916 einen Nettogewinn von 271 Millionen Dollar aus. Diese eine Gesellschaft zahlte zwischen 1915 und 1919 355 Millionen Dollar Dividende. Ähnlich verhält es sich mit einer grossen Anzahl anderer vom Hause Morgan beherrschter Konzerne und Trusts. Die Kriegsanleihen im engeren Sinne brachten dem Hause Morgan einen Reingewinn von 30 Millionen Dollar. Diese Kreise also waren die eigentlichen Gewinner auf den Schlachtfeldern Europas im Weltkrieg. Der amerikanische Botschafter in London während des Weltkrieges, *W.H. Page*, hat im März 1917 an Wilson ein Telegramm gesandt – es wurde im Dezember 1934 durch den Nye-Ausschuss veröffentlicht – in dem dies in offenen Worten zum Ausdruck kam. Er kablete an den Präsidenten:

«Ich bin sicher, dass der Druck der heraufkommenden Krise nunmehr

über die finanziellen Hilfsmöglichkeiten des Hauses Morgan für die britische und französische Regierung hinausgewachsen ist. Höchstwahrscheinlich ist der einzige Weg, unsere augenblickliche beherrschende Handelsposition aufrechtzuerhalten und eine Panik zu vermeiden, der, Deutschland den Krieg zu erklären. Wenn die Vereinigten Staaten den Krieg gegen Deutschland erklären, so könnte England und den Alliierten durch eine Anleihe die grösste Hilfe gegeben werden... Wir können unseren Handel aufrechterhalten und ihn ausweiten, bis der Krieg zu Ende ist. Und nach dem Kriege würde Europa Nahrungsmittel und ungeheure Mengen von Material benötigen, um seine Friedensindustrien neu aufzubauen. Auf diese Weise würden wir den Profit eines ununterbrochenen und wahrscheinlich sich noch erweiternden Handels auf lange Jahre hinaus ernten.»

Dahin also hatte im Weltkrieg das Haus Morgan das amerikanische Volk geführt! Als nun Thomas Lamont, der im Weltkrieg bei Wilson schliesslich zu zentralem Einfluss gelangt war, im Weissen Haus wieder auftrat und als bekannt wurde, dass er für das Committee to Defend America by Aiding the Allies den ersten grossen Scheck beigesteuert hatte, musste jedermann wissen, wohin der Kurs ging. Und dies umso mehr, als Lamont in der Zwischenzeit einen so übermächtigen Einfluss auf die gesamte amerikanische Presse erlangt hatte, dass es ihm z.B. möglich war, das oben wiedergegebene Telegramm von Page an Wilson, das ganz krass die Gründe zeigt, die die Vereinigten Staaten 1917 in den Krieg führten, fast in der gesamten amerikanischen Presse zu unterdrücken. Wie sagte doch Präsident Roosevelt so einleuchtend? «Die Vereinigten Staaten müssen vor allem für die Pressefreiheit eintreten und ein sicherer Zufluchtsort für die Wahrheit sein.» Nun, bereits 1934 wurde dem amerikanischen Volk dieses vielleicht wichtigste Dokument der Weltkriegsgeschichte durch einen Machtspruch aus dem Hause Morgan vorenthalten. Dafür sehen wir alsbald einflussreichste amerikanische Verleger, voran den Juden Sulzberger von der «New York Times» und Henry Luce, den Verleger von «Life», «Time» und «Fortune» im White-Komitee als Geldgeber auftauchen. Die Hochfinanz hat-

te die sogenannte Pressefreiheit schon längst abgeschafft und nur eine Freiheit der Beschimpfung anderer Länder übriggelassen. «Lamont ist buchstäblich überall in der amerikanischen Presse zu finden. Wo seine geheime Macht über den amerikanischen Journalismus beginnt und wo sie endet, könnte nur durch eine Regierungsuntersuchung festgestellt werden.» Lundberg, der dies schreibt, berichtet zudem, dass sowohl bekannte Journalisten, wie Lippmann, Dorothy Tompson u.a., wie auch die Zeitschriften «Life», «Time» und «Fortune» finanziell von ihm abhängig seien.

Lamont selbst ist erst geraume Zeit nach der Gründung des White-Komitees – am 28. Januar 1941 – unverhüllt mit der Forderung hervorgetreten, die Vereinigten Staaten sollten in den Krieg eintreten. Es war dies die Zeit des Kampfes um das Leih- und Pachtgesetz, in dem er sich nun offen mit Roosevelt identifizierte: «Ich tue alles», sagte er damals, «was in meiner Kraft steht, um der gegenwärtigen Regierung zu helfen. Ich fordere die nationale Einheit in der Unterstützung des Präsidenten und seiner Pläne, England zu helfen. Wir Geschäftsleute sind die Todfeinde einer Befriedung, da eine Befriedung nichts anderes bedeuten würde, als die vollständige Aufgabe unserer Interessen.»

Diese Solidaritätserklärung Lamonts mit dem Präsidenten war gleichzeitig das öffentliche Todesurteil über die angeblichen Bestrebungen des New Deal, den übermächtigen Einfluss der Hochfinanz in den Vereinigten Staaten zu brechen. Von etwa 1900 ab bis zur Periode Hoovers hatte das Bankhaus Morgan und die mit ihm verbündeten Kräfte die Vereinigten Staaten beherrscht. Nun war der Versuch Roosevelts, die Grundlagen für einen anderen Gesellschaftsaufbau in den Vereinigten Staaten zu legen, schon längst zur unwesentlichen Episode geworden. Er war vergessen und mehr als dies, der Präsident war zur Marionette der Hochfinanz geworden, wie seine Vorgänger seit 1897 dies mehr oder minder ausgeprägt alle gewesen waren. Denn daran lässt die Finanzgeschichte der USA keinen Zweifel: Wenn Morgan oder Lamont einen Präsidenten lobten oder versprachen, mit ihm durch dick und dünn zu gehen, dann war der Präsident in der Tat ihr Mann. Dabei muss man sich daran erinnern,

dass es nur wenige Jahre her war, seit die Roosevelt-Regierung in den ersten stürmischen Monaten nach ihrem Amtsantritt aufgedeckt hatte, dass weder das Bankhaus noch Morgan und Lamont persönlich zwischen 1929 und 1933 auch nur einen Cent Steuern bezahlt hatten, und zwar mit der Begründung, dass sie in diesen Jahren nichts verdient hätten! Man muss sich daran erinnern, dass der Kongress in der Hauptsache dadurch zur Neutralitätsgesetzgebung veranlasst wurde, dass die düstere Rolle des Hauses Morgan im Weltkrieg durch den Nye-Ausschuss aufgedeckt worden war und es nun geschichtlich feststand, dass die Vereinigten Staaten niemals in den Krieg eingetreten wären, wenn die Anleihenpolitik des Hauses Morgan nicht vorausgegangen wäre.

Verzweifelt versuchten einige Senatoren zusammen mit Lindbergh das amerikanische Volk daran zu mahnen, dass die 125'000 amerikanischen Jungen, die auf den Schlachtfeldern Flanderns und Frankreichs geblieben waren, ein Blutopfer für die Hochfinanz darstellten, die aus dem Weltkrieg ihre Millionengewinne geschöpft hatte. Der Propagandaapparat des White-Komitees übertönte diese warnenden Stimmen. In jenen Monaten wurde man an eine merkwürdige Erscheinung erinnert, die die weissen Kolonialpioniere in den Prärien des amerikanischen Westens zu ihrem Schrecken kennengelernt hatten. Es kommt dort vor, dass sich plötzlich der grossen Herden eine merkwürdige und unerklärbare Unruhe bemächtigt. Die Tiere drängen sich nervös zusammen, dann bricht die Herde mit donnerndem Hufschlag über alle Koppeln und Zäune und rast wie von einer wilden Angst befallen zu Hunderten, ja manchmal zu Tausenden über die weite, von den sengenden Strahlen der Sonne durchglühte Ebene, bis sie irgendwo auf einen Abgrund trifft, in den die Tiere dann brüllend und von einem dumpfen Schicksal getrieben hineinspringen. Die Farmer des Westens nennen diese rätselhafte Erscheinung *Stampede*. Riesige Vermögen sind auf diese Weise oft innerhalb einer Stunde verloren worden. Die Massenpsychose, die nun in den Vereinigten Staaten einsetzte, mag wohl später als ein politisches Stampede erscheinen. Während aber draussen in den Prärien unerklärbare

Einflüsse des Klimas die Herde aufscheuchen, lassen sich auf dem politischen Felde die Ursachen nur zu genau ergründen. Die Verwandlung der Seele des Weissen Mannes auf amerikanischem Boden durch die Einwirkungen von Klima und Natur dürfte allerdings viel grösser sein, als dies dem oberflächlichen Blick erscheint, der nur die zivilisatorische Ähnlichkeit mit Europa zu sehen vermag. Jede Art von Propaganda in Amerika rechnet daher mit der besonderen Disposition zur Massenpsychose in diesem Kontinent.

Die Liste der Geldgeber des «Committee to Defend America by Aiding the Allies» ist im Frühjahr 1941 veröffentlicht worden. Die Summen, die dabei als Beiträge zugegeben wurden, stimmten natürlich nicht. Immerhin war die Namenliste aufschlussreich genug. Neben Morgan und Lamont fanden sich noch einige andere Morgan-Partner sowie aus der Hochfinanz Felix M. und James F. Warburg, Frank Altschul, der Vertreter der grossen jüdischen Pariser Bank Lazard Frères in New York, der als Ritter der Ehrenlegion eine hervorragende Rolle in der Verbindung zwischen den amerikanischen und französischen Logen gespielt hatte. Die Liste bestand etwa zur Hälfte aus jüdischen Namen. Sie enthielt zum Beispiel zehn verschiedene Abarten von Levy (Levee, Levitt, Levisohn und andere). Namen wie Untermyer, Gottesman, Goldsmith, Goodman, Kahn, Marx, Israel Matz, Mossman, Samuel Schneiderson, Steinhardt, Strauss, Wertheim, Guggenheim, Goldwyn waren unter vielen anderen hierfür typisch. Die Hochfinanz war ferner durch Winthrop W. Aldrich, den Generaldirektor der Chase National Bank, einen der grössten Finanzgewaltigen von Wall Street neben Morgan, vertreten. Die Rüstungsindustrie unter anderem durch die Mitglieder des Bankhauses Lehman Brothers.

Die Interessen dieses Bankhauses geben noch einen besonders typischen Einblick in die Zusammenhänge von Kriegshetze und Rüstungsindustrie, die sich nun in den Vereinigten Staaten erneut zu entwickeln begannen. Das Bankhaus Lehman ist eine Macht für sich. Bereits in den zwanziger Jahren wurde das Vermögen der gesamten Lehman-Familie als das sechzehntgrösste in den USA mit 130 Millionen Dollar angegeben. Durch Heirat eines Mitgliedes der Lehman-Familie ist sie zudem

mit den Inhabern des grossen französischen Bankhauses Lazard Frères verbunden, das vor 1939 die Kriegspropaganda in Frankreich finanzierte, durch die das französische Volk ins Unglück gestürzt worden ist. Seit 1937 etwa begann sich nun das Bankhaus Lehman auf riesige Millioneninvestierungen in der amerikanischen Flugzeugindustrie zu spezialisieren. Die grosse Öffentlichkeit auch in New York hatte wohl keine Ahnung, dass die Kriegsreden des Governors Herbert Lehman in unmittelbarem Zusammenhang mit den Flugzeugwerken standen, die gleichzeitig durch die Lehman-Bank in Kalifornien und den Südweststaaten finanziert wurden. Ähnlich verhält es sich mit dem Bankhaus Warburg, dessen Schecks ebenfalls dem White-Komitee zuflossen, und vielen anderen.

So war der Zusammenhang zwischen der Kriegsagitation und der Hochfinanz ähnlich wie während des Weltkrieges vollkommen wiederhergestellt. Das Haus Morgan hatte zwar das Einkaufsmonopol von England diesmal nicht erhalten, weil man sich denn doch scheute, die Wiederholung so offen in Szene zu setzen. Immerhin hatte sich die Morgan-Bank 1940 entsprechend dem neuen amerikanischen Bankgesetz, das eine Scheidung zwischen Depositen- und Effektenbanken vorschreibt, in eine Trustkompanie umgewandelt, d.h. in eine Effektenbank, deren alleinige Besitzer John P. Morgan und Th. Lamont sind. Der Grund für diese Umwandlung war eine neue ungeheure Finanztransaktion, die Millionengewinne versprach. Im Frühjahr 1941 beauftragte das britische Schatzamt Morgan & Co. fast monopolartig mit dem Verkauf der englischen Wertpapiere in den Vereinigten Staaten. Hierzu musste aber die entsprechende Stimmung geschaffen werden. Dieses ungeheure Geschäft bildete also den eigentlichen Hintergrund für das Interesse, das das Haus Morgan wieder an der «Erziehung» des amerikanischen Volkes zum Kriege nahm. Thomas Lamont, inzwischen schon 73 Jahre alt, wurde mit Recht erneut als die «mächtigste Persönlichkeit der westlichen Hemisphäre» angesprochen. Der englische König hatte ihn und Morgan, als er 1939 in New York geweilt hatte, mit seinem Besuch beehrt. Als dann im Herbst 1940 England zum täglichen Ziel der grossen deutschen Luftangriffe wurde, stellte Morgan mit fürstlicher Geste dem

englischen Königspaar seinen Landsitz in den Midlands zur Verfügung, offenbar in der Annahme, dass dies ein sicherer Ort sei als Sandringham oder der Buckingham Palace. Sein Schloss in Aldenham trägt den bemerkenswerten Namen «Wall Hall». Diese Walhalla der Plutokratie, unter deren 22 Badezimmern sich Georg VI. nun das geeignete aussuchen darf, ist eine sinnige Apotheose für Wall Street!

Wir erwähnten, dass an der geheimen Sitzung im April 1940 im Büro von Coudert, auf der das White Committee gegründet wurde, auch die Präsidenten der Harvard- und der Columbia-Universitäten teilgenommen haben. In der Tat waren es gerade einige *amerikanische Universitäten*, die nun in der geistigen Kriegshetze eine besondere Rolle zu spielen begannen. Für den Plan des Generalstabes der Kriegstreiber war dies von erheblicher Bedeutung, da die Äusserung eines Professors dem Volke immer als ein gewissermassen objektives, wissenschaftliches Zeugnis erscheint, das gewiss nicht mit irgendwelchen Kapital- und Profitinteressen in Zusammenhang gebracht wird. Dr. James Conant, der Präsident der Harvard-Universität, erklärt denn auch in einer durch das White-Komitee organisierten Rundfunkrede¹, «England müsse nicht nur Hilfe ,short of war' gegeben werden, sondern diese Hilfe müsse durch unmittelbaren Beistand der amerikanischen Marine und Armee erweitert werden, wenn dies notwendig sei». Als einer der ersten setzte sich damit also der Leiter einer der grössten wissenschaftlichen Institutionen in den Vereinigten Staaten offen für den Kriegseintritt Amerikas ein. In den Zeitungen wurde dies nicht als politische Äusserung, sondern als das Ergebnis «wissenschaftlicher» Überlegungen behandelt und entsprechend ausgewertet. Ganz ähnlich verhielt sich Nicholas M. Butler, der Präsident der Columbia-Universität, der uns als Verwalter des «Carnergie Endowment for International Peace» bereits als eine der mächtigsten Säulen des englischen Einflusses in den Vereinigten Staaten begegnet ist.

¹ Daily Telegraph, 21.11.1940

Die Hintergründe dieser Rolle der wichtigsten amerikanischen Universitäten würde unverständlich bleiben, wüsste man nicht, dass sie sich in Wirklichkeit vollständig in Händen des Finanzkapitals befinden, das unter den Treuhändern der grossen Universitäten die ausschlaggebende Rolle spielt. Die Hochfinanz sah in der Beeinflussung der Universitäten von jeher eines der wichtigsten Mittel, um die amerikanische öffentliche Meinung in dem wichtigen Sektor der Heranbildung der akademischen Jugend ganz in ihrem Sinne zu lenken. Da die Universitäten im Wesentlichen auf private Stiftungen angewiesen sind und entsprechend dem amerikanischen Mythos der Staat auch auf diesem Gebiete möglichst wenig öffentliche Gelder in die Hochburgen der amerikanischen Erziehung investiert, war es den Finanzmagnaten überaus einfach, sich hier auf dem Umweg über grosse Geldzuwendungen, Stipendien, Erbauung von Universitätshäusern usw. einen schlechthin beherrschenden Einfluss zu sichern. Von den 33 Treuhändern, die z.B. das Vermögen der Harvard-Universität verwalten, sind nicht weniger als zwölf Mitglieder der Hochfinanz (Bankkapital), sechs kommen aus dem Grosshandel, vier aus den grossen Eisenbahngesellschaften usw. Prof. J. Davis hat ausgerechnet, dass in den 27 wichtigsten amerikanischen Universitäten unter insgesamt 659 Treuhändern sich nicht weniger als 254 Bankiers befinden, während der Rest durch das Grosshandels-, Eisenbahn-, Elektrizitäts- und sonstige Kapital gestellt wird.¹ So kommt es, dass in den vier wichtigsten Universitäten der Einfluss der verschiedenen Gruppen der Hochfinanz sich folgendermassen verteilt: In der Harvard-Universität besitzt das Bankhaus Morgan den ausschlaggebenden Einfluss; Thomas Lamont war dort jahrelang der Präsident der Treuhänder. In der Yale-Universität teilen sich die Morgan- und die Rockefeller-Gruppen in die Vormachtstellung. In der Columbia-Universität ist die New York National City Bank, die ebenfalls zur Morgan-Gruppe gehört, massgebend, während die Universität von Chicago durch die Rockefeller-Gruppe beherrscht wird.

Die Folge dieser Machtstellung der Hochfinanz im amerikanischen Wissenschaftsleben ist eine unbemerkte Zensur der Professoren und

¹ A. a. O.

hier insbesondere der sozialwissenschaftlichen, soziologischen und juristischen Fakultäten. Kritiker der Auswüchse des Finanzkapitalismus wurden durch die Einflüsse der Hochfinanz stets nach kurzer Zeit unter irgendwelchen Vorwänden entfernt, wie z.B. Thorstein Veblen, der bekannte Sozialwissenschaftler, dem die Chicago-Universität wegen einer angeblichen Liebesaffäre den Stuhl vor die Türe setzte. In Wirklichkeit war er der Rockefeller-Gruppe unangenehm aufgefallen. Bereits während des Weltkrieges waren infolgedessen die amerikanischen Universitäten Brutstätten der Hetzpropaganda gewesen, für die sich viele amerikanische Professoren, als sie später wieder nach Deutschland kamen, verlegen entschuldigten. Am schlimmsten aber hatte sich die Carnegie-Stiftung für Internationalen Frieden benommen. Butler sass im Ausschuss dieser Stiftung schon damals mit grossen amerikanischen Waffenfabrikanten und an der Rüstungsindustrie interessierten Bankiers zusammen. Die Carnegie-Stiftung erklärte infolgedessen im April 1917: «Die aussichtsreichste Methode, um einen dauerhaften internationalen Frieden zu erreichen, ist, einen Krieg gegen Deutschland mit dem Ziel eines Endsieges der Demokratien zu führen.» Ein Kritiker jener Periode schreibt:

«Man hätte glauben müssen, dass die Carnegie-Stiftung durch die Einkünfte aus zehn Millionen Dollar die Unabhängigkeit ihrer Meinung verstärkt hätte, in Wirklichkeit hatte dies den gegenteiligen Effekt. Tatsächlich glaubte sie nicht ernstlich an ihre eigene Propaganda. Verbunden mit Big Business, wie sie war, identifizierte sich die Carnegie-Stiftung mit dem Erfolg der Alliierten. Die grossen Gelder, die sie zur Verfügung hatte, machten sie nicht weniger, sondern mehr abhängig als die weniger reich bedachten Universitäten. Der Enthusiasmus der Treuhänder für den Krieg war so gross, dass sie im November 1917 ihre hasserfüllten Resolutionen gegen Deutschland noch einmal wiederholten.» Die Carnegie-Stiftung hat denn auch sofort dem White-Komitee grössere Summen zur Verfügung gestellt, nachdem schon vorher der Generalsekretär von White, der Jude Clark Eichelberger, als Vorsitzender der «League of Nations Association» von Butler unterstützt worden war.¹

¹ Rechenschaftsbericht der Carnegie Endowment für 1936

Thomas Lamont selbst ist im Übrigen als Präsident des Verwaltungsrates der «Carnegie Endowment» an dieser Entwicklung ebenso unmittelbar beteiligt wie Morgan, dessen Sohn Henry S. Morgan jetzt die ausschlaggebende Rolle im Verwaltungsrat der Harvard-Universität spielt.

Kaum war im Schaltwerk der Hochfinanz der Entschluss gefallen, die Kriegspolitik Roosevelts zu unterstützen und ein politisches Stampede im amerikanischen Volk durch eine planmässige «Erziehung» vorzubereiten, als man nur auf die verschiedenen Knöpfe zu drücken brauchte, um die entsprechenden kriegslüsteren Resolutionen der verschiedenen Universitäten zu erhalten. Ein ungeheurer Apparat setzte sich in Bewegung, der, vom White-Komitee geleitet, dem kleinen Kreis der Mitglieder der Hochfinanz zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung zur Verfügung stand. Dahinter zeichneten sich in grossen Linien bereits die Möglichkeiten für neue Kriegsgewinne ab, die, wie man hoffte, die Millionenprofite des Weltkrieges noch weit in den Schatten stellen würden. Roosevelt wäre es wohl kaum möglich gewesen, den beständig opponierenden Kongress und das, wie aus den Gallup-Abstimmungen hervorgeht, den Frieden wünschende Volk auf die abschüssige Bahn seiner Kriegspolitik zu ziehen, wenn er nicht durch den Friedensschluss mit dem Finanzkapital wieder jene Mächte für sich gehabt hätte, die schon Wilson auf seinem Weg in den Krieg vorangegangen waren. Es ist ein sehr düsteres Bild der Weltgeschichte, das sich hier enthüllt. Hinter den moralischen Phrasen taucht die Fratze der Kriegsgewinne auf. Immer häufiger wird der Anspruch erhoben, dass Amerika der Welt ein neues Moralstatut des «allgemeinen Friedens» geben müsse, während gleichzeitig die Banken und die Kriegsindustrie sich daran machen, ihren Apparat in Gang zu setzen, mit dem sie die blutige Ernte der Schlachtfelder in schäbiges Gold umzusetzen hoffen.

Jener 29. April 1940, an dem die Prokonsuln der Hochfinanz den Beschluss fassten, die Kriegspropaganda in den Vereinigten Staaten zu finanzieren, ist ein Datum, das nicht übersehen werden darf, wenn man die moralischen Kräfte, die sich in diesem Krieg gegenüberstehen, ge-

geneinander abwägt. Präsident Conant von der Harvard-Universität erklärte während des Kampfes um das Leih- und Pachtgesetz, es handle sich jetzt nicht um einen imperialistischen, sondern um einen religiösen Krieg! Unmittelbar vorher aber hatte sein Treuhänder und Geldgeber Lamont, den wir als den Neugründer des ausbeuterischen China-Kon-sortiums bereits 1920 im Fernen Osten tätig sahen, offen ausgesprochen: Japan müsse ein für allemal die Idee einer neuen Ordnung in Asien aufgeben. «Die einzig mögliche Antwort der Vereinigten Staaten auf die Drohung im Fernen Osten ist eine stetig wachsende Hilfe für Europa und eine zusätzliche Hilfe für China¹.» Dies also waren die «religiösen» Unterströmungen der sich in Amerika rasch entfaltenden Kriegspropaganda. Was niemand für möglich gehalten hatte, wurde wahr: der Zynismus, mit dem im Weltkrieg das amerikanische Volk auf die Schlachtfelder gejagt worden ist, konnte sogar noch übertroffen werden. Blickt man von diesem dunklen Hintergrunde aus auf den Krieg, den Deutschland und seine Verbündeten führen, so erscheint er allerdings in noch viel tieferem Sinn als ein Revolutionskrieg.

Soll also Park Avenue die Welt beherrschen? Und zu welchen Zielen? Für das Jahr 1927 hatte man ausgerechnet, dass die viertausend Familien, die in Park Avenue lebten, zusammen ein Jahresbudget von 280 Millionen Dollar verbrauchten. Hiervon haben die viertausend Frauen und ihre Töchter allein 85 Millionen für ihre Kleider ausgegeben, d.h. 21'000 Dollar für jede Mutter und jeweils eine Tochter. Das Essen für diese viertausend Familien belief sich auf 32 Millionen Dollar, die jährlichen Anschaffungen an Juwelen auf 20 Millionen, an Autos auf 16 Millionen, an Privatjachten auf 7 Millionen und die Ausgaben schliesslich für Blumen, «kleine Geschenke» und Süßigkeiten auf 10 Millionen Dollar². Dies also wäre die Kultur, für die es zu kämpfen gilt! Und für die sie alle sterben sollen, die Soldaten Chinas, Indiens, Australiens und Englands, Südafrikas, Kanadas und Ägyptens. Nennen wir hier also die Dinge doch endlich beim richtigen Namen! Sprechen wir aus, was der Sinn des Krieges für diese Schicht ist, die nach dem Bündnis zwischen

¹ Associated Press, 13. 11. 1940 ² The New Republic, 25. Mai 1927

Lamont und Roosevelt die Kriegspropaganda zu finanzieren begann. Um welche Freiheit handelt es sich eigentlich? Doch nur um die, dass der Park Avenue aus allen Ländern der Erde weiterhin Milliarden als Tribut zufließen – und wenn es sein muss – als Profit aus einem Krieg. Es handelt sich um die Freiheit zum Kriegsgewinn.

Am 10. Mai 1940 begann die grosse Offensive des deutschen Westheeres gegen die Aufmarschstellung der Franzosen und Engländer in Holland, Belgien und Nordfrankreich. In Paris und London erklärte man, es sei zu begrüssen, dass der Sitzkrieg beendet sei. Roosevelt liess in seinem Arbeitszimmer eine riesige Karte der Westfront aufstellen. Aus dem Kriegsministerium wurde ein General beordert, der sie ständig auf dem Laufenden halten sollte. Nicht zweimal wie bisher, sondern sechs- und achtmal telefonierte Roosevelt nun täglich mit Bullitt in Paris, der ihm die letzten Informationen, die er jeweils erlangen konnte, durchsagen musste. Am 14. Mai hatte Holland kapituliert, und in der Nacht vom 15. auf den 16. Mai gab Bullitt die Hiobsbotschaft durch, dass die berühmte Maginotlinie in einer Breite von 100 Kilometern südlich Maubeuge durchbrochen sei. Die Wirkung im Weissen Haus war geradezu unbeschreiblich. Wie ein Kartenhaus brachen alle Berechnungen über den voraussichtlichen Verlauf des europäischen Krieges von einer Nacht auf die andere zusammen. Berle, der Verfasser der aussenpolitischen Reden des Präsidenten, und sein Lehrmeister Frankfurter, Welles und Hull, sowie der Chef des Generalstabes General Marshall wurden eilends herbeigeholt. Der Präsident befand sich in einem Zustand schwer depressiver Hysterie. Es war erst ein Jahr vergangen, seit er den Senatoren angedeutet hatte, der Rhein sei die Grenze Amerikas. Was also sollte er nun sagen? In aller Eile wurde in jener Nacht eine Sonderbotschaft zurechtgezimmert, die der Präsident am nächsten Tage persönlich dem Kongress vorlesen wollte. Roosevelt glaubte, die Stunde sei gekommen, zu der man dem amerikanischen Volk endlich vorgaukeln konnte, dass es von den Deutschen, die eben siegreich die Maginot-

linie durchstießen, bedroht sei. Da man keine Zeit hatte und ein zureichendes militärisches Gutachten nicht vorlag, rechnete Berle auf Grund eines Flugplanes der amerikanischen und europäischen Verkehrsfluggesellschaften einfach die Flugstunden aus, in denen das Gebiet der Vereinigten Staaten von verschiedenen vorgeschobenen Punkten des Atlantik aus zu erreichen ist. Auf diese primitive Weise entstand Roosevelts sogenannte Geographierede vor dem Kongress am 16. Mai:

Er forderte 1'182 Millionen Dollar für militärische Zwecke, «um jeder Blitzoffensive die Stirn bieten zu können». Er verlangte den Ausbau der amerikanischen Flugzeugindustrie bis zu einer Kapazität von 50'000 Flugzeugen jährlich. Und dies wurde mit den von Berle in einer halben Stunde zusammengeschriebenen Flugentfernungen einzelner Punkte im Atlantik begründet. «Von den Fjorden Grönlands sind es nur vier Stunden Flug bis Neufundland und nur sechs Stunden bis nach Neu-England. Von den Azoren sind es ebenso nur sechs Stunden bis nach Neu-England. Wenn die Bermudas in die Hand des Feindes fielen, benötigten moderne Bomber nur noch drei Stunden, um unsere Küsten zu erreichen. Von einem Stützpunkt auf den Antillen könnte Florida in 200 Minuten erreicht werden. Die an den Westküsten Afrikas gelegenen Inseln sind nur 1'500 Meilen von Brasilien entfernt. Moderne Flugzeuge, die von den Kapverdischen Inseln abfliegen, können in sieben Stunden in Brasilien sein. Brasilien ist nur vier Stunden Flug von Caracas in Venezuela entfernt und zweieinhalb Stunden von der Zone des Panamakanals. Die Panamakanalzone ist nur zweieinviertel Stunden von Tampico in Mexiko entfernt und Tampico selbst nur zweieinviertel Stunden von St. Louis, Kansas-City und Omaha.»

Also sprach der Präsident. Das amerikanische Volk war fassungslos. Auch der kleinste Lehrer an einem College in Omaha oder St. Louis konnte nicht begreifen, dass seine mehr als tausend Meilen vom Atlantik und fast einen halben Erdumfang von Europa entfernte Stadt nun plötzlich von einem «Blitzangriff» bedroht sein sollte. Schliesslich wusste auch der blutigste militärische Laie, dass durch die Unmöglichkeit, eine

Bodenorganisation in den von Roosevelt erwähnten Gebieten zu errichten, von daher den Vereinigten Staaten niemals eine Gefahr drohen konnte. Die «Geographierede», dieses Produkt einer hysterischen Nacht, in der Bullitt halbstündlich mit Roosevelt telefoniert hatte, war an Dilettantismus nicht mehr zu überbieten. Aber der Kongress beugte sich und bewilligte. Er hatte damals keine Ahnung, auf welche leichtfertige Weise die Argumente des Präsidenten zusammengeschart worden waren.

Hanson W. Baldwin, der ständige strategische Sachbearbeiter der «New York Times», derjenigen Zeitung also, die politisch den Unsinn der angeblichen Bedrohung Amerikas im Sinne des Präsidenten am rücksichtslosesten vertritt, hat in seinem im Juni 1941 erschienenen Buche «*United We Stand*» über diese ganze Methode der künstlichen Panikmache ein vernichtendes Urteil gefällt. Er schreibt:

«Der Autor kennt nicht einen einzigen verantwortlichen Offizier der Armee oder der Marine und ebenso wenig einen Beamten, der glaubte, dass die Vereinigten Staaten auch in dem Falle, dass Deutschland den Krieg gewinnt, durch eine direkte Invasion bedroht seien. Man braucht nur die Schwierigkeiten zu erwägen: Keine etwa feindliche europäische oder asiatische Macht besitzt in der westlichen Hemisphäre territorialen Besitz oder Stützpunkte. Der Atlantik erstreckt sich über mindestens 3'000 Meilen. Zwischen 4'000 und 7'000 Meilen liegt der Pazifik zwischen dem amerikanischen Kontinent und Asien. Eine Invasionsarmee könnte dieses Land allein zu Schiff oder mit dem Flugzeug erreichen, da Armeen nicht zum Sieg schwimmen können. Keine einzige Macht ausser England verfügt über eine Flotte, die gleich stark wie die unsrige ist. Keine zwei anderen Mächte bauen so viele Schlachtschiffe wie wir. Eine Schlachtflotte ist wesentlich schlagkräftiger in der Nähe ihrer eigenen Stützpunkte. Ihre Gefechtskraft nimmt ab, je weiter sie sich von ihren eigenen Stützpunkten entfernt und je näher sie an die feindlichen Basen heranrückt. Die Möglichkeiten für schlagkräftige Operationen liegen für die Schlachtflotten zwischen 1'500 und 3'000 Meilen.»

«Es kommt hinzu, dass die Schlachtflotten nicht in erster Linie darauf

eingerrichtet sind, Küstenbefestigungen anzugreifen. Sie sind keine Gefahr für einen Kontinent, sondern dazu gebaut, um die Seeverbindungen zu kontrollieren. Unsere eigene Flotte ist voraussichtlich in der Lage, in ihren eigenen Gewässern die vereinigten Flotten von Deutschland, Italien und Japan abzuwehren, über die diese Mächte zurzeit verfügen ... In der Luft ist die Frage noch schwieriger. Wie alle militärischen Beobachter wissen, war Oberst Lindbergh vollkommen im Recht, wenn er sagte, eine Invasion aus der Luft gegen die Vereinigten Staaten sei unmöglich. In seiner berühmten Geographierede gebrauchte Präsident Roosevelt die Luftwaffe offenbar nur als den grossen bösen Wolf, um das Land zu erschrecken und die Notwendigkeit der Aufrüstung zu begründen. Seine Vergleiche sollten infolgedessen nicht allzu wörtlich genommen werden; seine Ziffern über die Flugentfernungen wurden falsch ausgelegt. Luftstreitkräfte haben bisher nicht bewiesen, dass sie in der Lage sind, ein Gebiet zu erobern. Die Luftwaffe ist eine furchtbare Vernichtungsmaschine, aber für sich allein könnte sie niemals ein Instrument des Sieges gegen Amerika sein.»

«Ungefähr 90 v. H. der in der ganzen Welt zurzeit verfügbaren Bomber haben einen Radius zwischen 300 und 900 Meilen. Für Massenflüge von Bombern liegt zurzeit die Grenze bei 1'000 Meilen (500 Meilen hin, 500 zurück). Einige wenige Küstenpunkte am Atlantik könnten infolgedessen von Europa aus durch kühne Vorstösse erreicht werden, militärisch würde dies indes wenig bedeuten ... Ebenso wenig können Fallschirm- oder Luftlandetruppen mit Flugzeugen in solcher Menge transportiert werden, dass sie einen Kontinent erobern könnten. Grosse Flugzeuge wie unsere Clipper könnten vierzig Mann transportieren, aber es könnte sich hierbei nur um Selbstmordabteilungen handeln, die höchstens für Sabotage eingesetzt werden könnten». Hanson W. Baldwin rechnet dann aus, dass der Transport einer Invasionsarmee nur mit bewaffneten Handelsdampfern möglich wäre und dass auch dies nach Lage der Dinge eine Gefahr für die Vereinigten Staaten nicht darstelle, und kommt dann zu dem Schluss:

«Der Einfluss der Entfernung und der Ozeane auf militärische Opera-

tionen ist noch immer so bedeutend und unsere eigene Stärke im Verhältnis auch zu einer starken feindlichen Kombination so gross, dass die Schwierigkeiten einer direkten Invasion so gut wie unüberwindlich sind. Wenn man auch dies als unmöglich ansprechen darf, so liegt eine direkte Invasion der Vereinigten Staaten von Europa oder von Asien innerhalb der nächsten zehn Jahre so nahe bei dem militärisch Unerreichbaren, wie überhaupt nur etwas sein kann.» Abschliessend erklärt Hanson Baldwin, dass eine Invasion nach den Vereinigten Staaten also unmöglich sei, wenn ein etwaiger Feind nicht über Stützpunkte in der Westlichen Hemisphäre selbst verfüge. Hierin stimmten, so betont er, alle militärischen Fachleute überein.

Dies also ist das Urteil eines der hervorragendsten strategischen Beobachter der Vereinigten Staaten aus dem Sommer 1941. Es könnte schwerlich überzeugender dargelegt werden, wie Roosevelt mit bewusst falschen und dilettantischen Argumenten versucht hat, dem amerikanischen Volk einen tödlichen Schrecken einzujagen und eine Massenhysterie zu erzeugen, wie er sie für seine eigenen Zwecke benötigte. Die Argumente der «Geographierede» kehrten seitdem in den verschiedensten Abwandlungen in allen Reden des Präsidenten wieder. Wir sahen, wie diese Argumente bereits 1937 in Chicago zum erstenmal auftauchten. Sie hatten weder mit Strategie noch mit Verteidigung der Vereinigten Staaten etwas zu tun. Sie waren vielmehr lediglich zu dem Zeitpunkt, zu dem sie zuerst ausgesprochen wurden, dazu bestimmt, Roosevelt die Möglichkeit zu geben, mit der seit Washington bestehenden Tradition, dass kein Präsident länger als acht Jahre im Amt sein durfte, zu brechen. Roosevelt erstrebte die dritte Präsidentschaftsperiode. Diese aber war nur zu erreichen, wenn das Volk der Überzeugung war, dass es ernsthaft bedroht sei. Am 16. Mai hatte er, wie erwähnt, vom Kongress 1,2 Milliarden für Aufrüstungszwecke verlangt. Am 31. Mai forderte er eine weitere Milliarde und am 10. Juli 1940 schliesslich die Riesensumme von 4 Milliarden 848 Millionen Dollar.

Mittlerweile vollzog sich in Europa schnell das Schicksal des ersten Opfers der vagen und niemals einlösbaren Hilfsversprechungen des Präsidenten Roosevelt. Bereits am 3. September 1938 hatte Bullitt in Bordeaux erklärt, die Vereinigten Staaten und Frankreich seien im Frieden wie im Krieg unauflöslich miteinander verbunden. Die Rolle Bullitts in den kritischen Monaten des Sommers 1939 haben wir bereits geschildert. Französische Politiker wie Reynaud sind ohne Zweifel beim Kriegsausbruch der Meinung gewesen, sie hätten die Macht der Vereinigten Staaten hinter sich. Dies war ihnen unzählige Male in unzweideutiger Form durch Bullitt mitgeteilt worden. Nun, da die Katastrophe eintrat, versuchte Bullitt bis zum letzten Augenblick diejenigen Kräfte in Frankreich, die noch an der Fortsetzung des aussichtslosen Kampfes festhielten, zu stärken. Am 9. Juni 1940, als die deutschen Armeen nach der Flandernschlacht schon durch die sogenannte Weygandlinie hindurchbrachen, fuhr er mit einer kleinen Abordnung von französischen Politikern und dem Erzbischof von Paris nach Domremy in Lothringen, dem Geburtsort der Jungfrau von Orléans, um dort ausgerechnet einen Altar einzuweihen. Derselbe Mann, der vordem die Verbindung zwischen den USA und den Sowjets hergestellt und als erster USA-Botschafter nach Moskau gegangen war, legte nun am Denkmal der Jungfrau von Orléans im Namen des Präsidenten Roosevelt einen Strauss weisser Rosen nieder und erklärte, das französische Blut, das zurzeit fliesse, werde für die Werte von 2'000 Jahren christlicher Zivilisation vergossen! Er sprach von deutscher Grausamkeit und Bestialität und endete mit der Hoffnung auf einen französischen Sieg – dies war fünf Tage vor der Einnahme von Paris.

Als sich dann eine Woche später Reynaud verzweifelt mehrfach an Roosevelt wandte und um die Einlösung des Blankoschecks bat, waren es nichtssagende Redensarten, mit denen er aus Washington abgespeist wurde. Und wieder einige Wochen später, als bei Oran und dann bei Dakar die britische Flotte auf französische Schiffe schoss und Hunderte von französischen Matrosen ums Leben kamen, hatte man in Washington nur noch Hohn, Spott, Verachtung und schliesslich sogar offene Be-

schimpfungen für Frankreich übrig. Die weissen Rosen am Denkmal von Domrémy waren längst verwelkt. Auch der Marschall Pétain gehörte nun offenbar zu den Führern der «barbarischen Völker». Bullitt war nach Amerika zurückgefahren und sprach in Philadelphia über dasselbe Frankreich, dessen Eintritt in den Krieg er mit allen Mitteln betrieben hatte, als einem morschen Gerüst, das niemals imstande gewesen sei, ernsthaft Widerstand zu leisten. Dies war das klägliche Ende einer Freundschaft, an die die Franzosen geglaubt und auf die vertrauend sie ins Feld gezogen waren. Sie waren kaum besiegt, als die amerikanische Presse Ansprüche auf Dakar zu erheben begann. Der Dank aus Washington kam prompt.

Schon vom Frühjahr 1940 ab standen alle Schritte des Präsidenten im Zeichen der *bevorstehenden Wahl*. Es galt für ihn einerseits das amerikanische Volk dauernd im Gefühl des Schreckens, des Ausnahmezustandes, der unmittelbaren Bedrohung zu halten, das allein den Hintergrund für eine dritte Präsidentschaft abgeben konnte, andererseits aber musste Roosevelt den Eindruck erwecken, als ob er entschlossen sei, eine aktive Teilnahme der Vereinigten Staaten am Kriege zu verhindern. Schritt für Schritt war die «Erziehungsarbeit» des amerikanischen Volkes zum Krieg durch Regierung und Finanzkapital durchgeführt worden. Nun aber bestand grosse Gefahr. Roosevelt wusste genau, dass die Mehrheit, über die er noch im amerikanischen Volke verfügte, aller Voraussicht nach knapp sein, ja, dass es vielleicht auf nur einige 100'000 Stimmen ankommen würde. Und er wusste auch genau, dass nach wie vor sich die überwältigende Mehrheit der Amerikaner trotz aller Schreckens- und Greuelpropaganda sehr wohl darüber klar war, dass die Vereinigten Staaten nicht bedroht waren, dass sie infolgedessen jede Kriegspolitik ablehnte. Nichts lag näher, als dass endlich die systematische Kriegstreiberei des Präsidenten im Wahlkampf von einem überzeugten Manne der Friedenspartei Punkt für Punkt vorgerechnet wurde.

Die Senatoren Taft und Vandenberg, die auf der Republikanischen Seite zu den Präsidentschaftskandidaten zählten, gehörten, wenn auch nicht sehr ausgeprägt, zu jenem Kreis amerikanischer Politiker, der die Kriegspolitik und Kriegshetze ablehnte. Auch der New-Yorker Staatsanwalt Dewey neigte eher dieser Richtung zu, ihm fehlte allerdings auf ausserpolitischem Felde jede Erfahrung. Roosevelt hatte sich durch seine aggressive Aussenpolitik unzählige Angriffsflächen selbst geschaffen. Die Niederlage Frankreichs und die schmäbliche Behandlung, die er der Vichyregierung widerfahren liess, kamen hinzu. Schon wies die Opposition auf die Mitschuld Roosevelts an der europäischen Katastrophe immer deutlicher hin.

Aus allen diesen Gründen machte daher der Präsident um die gleiche Zeit, da er auf so exaltierte Weise die gar nicht vorhandenen Bedrohungen Amerikas an die Wand malte, einen verzweifelten Versuch: Er suchte zu erreichen, dass die Wahlen überhaupt abgesagt und dass er als «Notpräsident» von Demokraten und Republikanern gemeinsam nominiert würde. In der zweiten Junihälfte entliess er daher plötzlich seine bisherigen Marine- und Kriegsminister und holte sich den Verleger der «Chicago Daily News», Frank Knox, in das Marineamt und Stimson in das Kriegsministerium. Beide hatten in der Republikanischen Partei eine hervorragende Rolle gespielt. Knox war bei der Wahl von 1936 Republikanischer Kandidat für die Vizepräsidentschaft gewesen. Seine Zeitung, an der das jüdische Bankhaus Kuhn, Loeb & Co. finanziell interessiert ist, war eines der einflussreichsten Republikanischen Organe. Stimsons Vergangenheit, seine Verbindung mit dem Hause Morgan und seine Neigung zu fortwährenden Interventionen in Asien und Europa haben wir ebenso wie seine enge Freundschaft mit Felix Frankfurter bereits geschildert.

Roosevelt hegte die Hoffnung, dass durch diese Ernennungen die Republikanische Partei bewogen würde, sich auf ihn als Einheitskandidaten zu einigen. Kurz bevor Harry Woodring, Stimsons Vorgänger im Kriegsministerium, ausgetrieben wurde, hatte er in der Öffentlichkeit erklärt: «Es gibt eine verhältnismässig kleine Clique von internationalen Finanzleuten, die wünschen, dass die Vereinigten Staaten den Krieg er-

klären und sich mit allem, was wir besitzen, einschliesslich unserer Männer, in den europäischen Wirrwarr stürzen sollen. Diese Leute lieben mich nicht, weil ich dagegen bin, dass unsere eigene Verteidigungskraft zu dem Zweck geschwächt wird, um 3'000 Meilen von uns entfernt Hitler in den Arm zu fallen. Allenfalls aber werden diese Leute mich zwingen zurückzutreten.» So war es denn auch gekommen. Mit der Ausbootung Woodrings wurde einer der letzten Widerstände in der näheren Umgebung Roosevelts gegen die offene Kriegspolitik beseitigt. Dieses Zeugnis von Roosevelts Kriegsminister, im Juni 1940 abgegeben, bewies jedenfalls, wie man selbst in diesen Kreisen die neue Allianz zwischen dem Präsidenten und der Hochfinanz beurteilte. Das taktische Ziel, das der Präsident mit der Ernennung von Stimson und Knox verfolgte, wurde jedoch nicht erreicht. Die Republikaner lehnten den Gedanken der Einheitskandidatur ab.

Dies wurde nun der Anlass für den vielleicht ungeheuerlichsten Wahlbetrug, den die an Zwischenfällen reiche Geschichte der USA kennt. Nach dem Fehlschlag der Stimson-Knox-Ernennung brandete die Gefahr, die Aussenpolitik des Präsidenten könnte in den Mittelpunkt des Wahlkampfes gestellt werden, immer bedrohlicher an das Weisse Haus heran. Mit allen Mitteln versuchte daher Roosevelt zu erreichen, dass als Republikanischer Gegenkandidat ein Mann aufgestellt wurde, der sich von vornherein festlegte, dem Volke die eigentlichen Absichten des Präsidenten, den Eintritt in den Krieg, nicht zu enthüllen. Im anderen Falle war damals Roosevelts Niederlage sicher, da er sofort Millionen von Frauenstimmen verloren hätte. Hier nun trat die neue Allianz mit Wall-Street zum erstenmal auch innerpolitisch in Erscheinung. Thomas Lamont (Morgan) und der Jude Frank Altschul (Lazard Frères) fuhren heimlich nach Philadelphia zum Republikanischen Parteikonvent und leiteten ungesehen von einem verborgenen Hotelzimmer aus den Kampf um die Ernennung des Republikanischen Präsidentschaftskandidaten. Ihr Mann aber hiess *Wendell Willkie* – der Präsident der mächtigen Elektrizitätsgesellschaft Commonwealth & Southern.

Die von dem Hause Morgan finanziell abhängige grosse Zeitschrift «Fortune» hatte im Frühjahr für den im weiteren Publikum bis dahin völ-

lig unbekanntem Willkie zum erstenmal die Trommel gerührt. Noch bei Beginn des Parteikonvents in Philadelphia schien er kaum irgendwelche Chancen zu besitzen. Für ihn sprach lediglich, dass er aus dem Mittelwesten stammte (Jahrgang 1892) und sich aus verhältnismässig kleinen Anfängen emporgearbeitet hatte. Gegen ihn aber fiel stark ins Gewicht, dass er nicht nur selbst vielfacher Millionär ist, sondern dass er als Mitglied des Aufsichtsrates der First National Bank, die von der Morgan-Bank kontrolliert wird, zum engeren Umkreis von Wall Street Nr. 23 gehörte. Dazu kam, dass er ursprünglich der Demokratischen Partei angehörte und dass er erst nach 1936 zu den Republikanern hinübergewechselt war. Wir haben ihn bereits als den heftigsten Gegner des TVA kennengelernt und jenes überaus seltsame Geschäft erwähnt, mit dem 1938 der Kampf zwischen Privatkapital und TVA durch Willkie entschieden worden ist. Dass Thomas Lamont es war, der seine Nominierung in Philadelphia schliesslich durchsetzte, steht ohne Zweifel fest. Die Verbindungen waren vielgestaltig. Nach der Wahl stellte sich z.B. heraus, dass Stimson, der von Beruf Rechtsanwalt ist, durch die ihm gehörende Rechtsanwaltsfirma Putnam & Roberts ständig durch riesige Finanztransaktionen mit Willkies Gesellschaft Commonwealth & Southern verbunden war. Robert McCormick, der Besitzer der mächtigen «Chicago Tribune», die Willkies Kandidatur uneingeschränkt unterstützt hatte, schrieb unmittelbar nach der Wahl:

«Willkie mag nicht imstande oder vielleicht auch nicht willens sein, seine durch und durch ehrlose Rolle zu erklären, die er während des Wahlkampfes gespielt hat. Das Land hat indes ein Recht darauf, hierüber etwas zu erfahren. Wer organisierte das Netzwerk der Konspiration während des Konvents in Philadelphia? Es war ein unglaublicher Betrug.» Und Philipp LaFollette sprach von einem «von vornherein verabredeten Kampf, in dem der Präsident und Willkie beide ihre Friedensliebe ausdrückten, während sie in Wirklichkeit gemeinsam auf der Strasse gehen wollten, die zum Krieg führt, wenn einmal die Wahl vorbei sein würde».

So ereignete sich denn das seltsame Schauspiel eines Wahlkampfes, in dem Roosevelts Gegner dasjenige Gebiet sorgfältig aussparte, auf

dem allein er einen entscheidenden Erfolg hätte erringen können, nämlich die Aussenpolitik. Die Hochfinanz hinter dem William-Allen-White-Komitee hatte dies mit Aufbietung aller ihr zur Verfügung stehenden Macht- und Geldmittel erreicht, während Roosevelt dafür die bindende Zusage gegeben hatte, dass er künftig Angriffe aus seinen eigenen Reihen gegen Wall-Street nicht mehr zulassen werde. Tatsächlich sind sie von diesem Zeitpunkt ab auch vollständig unterblieben. Millionen von Stimmen, die Willkie bei der Wahl erhielt, wurden ihm gegeben, weil die Wähler damit ihren Protest gegen die Aussenpolitik Roosevelts ausdrücken wollten. Sie ahnten nicht, dass sie schon vor dem Wahltag in jedem Falle betrogen waren. Die Rolle, die Willkie dann nach dem November 1940 spielen sollte, seine Reise als Agent des Präsidenten nach London, und die führende Stellung, die er alsbald im Kreise der Kriegspartei einnahm, zeugten im Übrigen dafür, dass die Konspiration zwischen Roosevelt und der Hochfinanz bis in alle Einzelheiten vorbereitet gewesen ist. Der Ausgang des Wahlkampfes ergab eine ziemlich geringe Mehrheit für Roosevelt. Der Präsident erhielt 27,2 Millionen, Willkie 22,3 Millionen Stimmen.

Der Wahlkampf war aber auch in anderer Hinsicht ein Betrug von ungewöhnlichem Ausmass. In den letzten Tagen vor der Wahl trat der Präsident mit einer Reihe von Reden vor das Volk, die alle darin gipfelten, *dass er für Amerika den Frieden erhalten wolle*. Diese Äusserungen sind so wichtig, dass wir sie hier im Wortlaut anführen wollen. Roosevelt erklärte am 30. Oktober 1940 in Boston: «Wir bewaffnen uns nicht zu dem Zweck eines Kampfes oder einer Intervention in einen fremden Streit. Ich wiederhole nochmals, wir stehen zu dem Programm unserer Partei, wir werden uns nicht an fremden Kriegen beteiligen, noch werden wir unsere Armee oder unsere Marine zum Kampf in fremde Länder ausserhalb Amerikas senden, es sei denn im Falle eines Angriffs. Da ich zu euch Vätern und Müttern rede, gebe ich nochmals diese Versiche-

rung. Ich habe dies schon öfters gesagt, aber ich wiederhole: Unsere Jungens werden nicht in einen fremden Krieg geschickt werden.»

Genau sechs Monate später drang Roosevelt indes nach Grönland vor, und dreiviertel Jahr später wurde Island, das doch zweifellos zu den «fremden Ländern ausserhalb Amerikas» gehört, von diesen selben «amerikanischen Jungens» auf Befehl des Präsidenten besetzt.

Am 28. Oktober 1940 erklärte Roosevelt in New York: «Die Regierung hat es unternommen, alle die Zufälle auszuschalten, die in der Vergangenheit zum Krieg geführt haben. Wir haben es klar gesagt, dass Schiffe unter amerikanischer Flagge nicht Munition in kriegführende Länder bringen können und dass sie sich ausserhalb der Kriegszone halten müssen.»

Schon im April 1941, zu dem Zeitpunkt also, an dem Libyen von General Rommel bereits wieder erobert wurde, erliess Roosevelt eine Verordnung, dass das Rote Meer nicht zur Kriegszone rechne und dass infolgedessen dorthin amerikanische Transportschiffe mit Kriegsmaterial fahren dürfen. Das Rote Meer befand sich aber zu dieser Zeit ständig unter der Einwirkung der deutschen Luftwaffe. Und im Sommer und Herbst 1941 gab Roosevelt den Befehl, dass amerikanische Schiffe unmittelbar in die Kriegszone um England fahren sollten. Dies also war der Sinn der Versprechungen des Präsidenten vor der Wahl, die am 3. November 1940 in einer Rede in Brooklyn mit folgendem Satze abgeschlossen wurde: «Ich kämpfe, um dieser Nation den Wohlstand und den Frieden zu erhalten. Ich kämpfe, um unser Volk aus dem Kriege herauszuhalten und um fremde Regierungsauffassungen den USA fernzuhalten.»

Längst vor der Wahl schon war in Amerika selbst immer wieder darauf hingewiesen worden, dass Wilson 1916 seinen Wahlkampf ebenfalls mit dem Versprechen der Erhaltung des Friedens geführt hatte. Längst vor dem war es allen Einsichtigen klar, dass der Präsident nun offen dem Kriege zustrebte. Der gewaltige Propagandaapparat, mit dem Regierung und Hochfinanz während der Wahlmonate das ganze Land erfüllten, und der Wahlbetrug, der bei der Aufstellung Wendell Willkies

von vornherein in Szene gesetzt worden war, hatten indes genügt, um das amerikanische Volk völlig mit Blindheit zu schlagen. Was hätte es im Übrigen auch tun sollen, nachdem der eine Kandidat ebenso wie der andere im geheimen Einverständnis miteinander von Frieden sprach und Krieg meinte? Das Volk hatte in Wirklichkeit gar keine Wahl. Diesmal aber sollte sich die Fiktion der Demokratie nicht nur verhältnismässig harmlos dadurch rächen, dass irgendeine Partei an der Futterkrippe blieb. Diesmal ging es um grausamere und furchtbarere Dinge. Als das amerikanische Volk im November 1940 zur Wahlurne schritt und damit glaubte, entsprechend der demokratischen Überlieferung, sein Schicksal selbst zu gestalten, war es das willenlose Werkzeug jener unsichtbaren kleinen Gruppe im Hintergründe, die den Wahlkampf und in gewissem Sinne auch den Wahlausgang längst vorher festgelegt hatte.

Im 8. Abschnitt des 1. Artikels der Verfassung der Vereinigten Staaten ist vorgesehen, dass der Kongress allein das Recht besitzt, Krieg zu erklären. Im 2. Abschnitt des Artikels 2 wird dem Präsidenten indes die Befugnis des Oberbefehls über die Armee und die Flotte der Vereinigten Staaten zuerkannt. Der Präsident kann also selbst den Kriegszustand nicht erklären, er kann aber als Oberbefehlshaber der Wehrmacht, wenn er will, eine Lage schaffen, die den Krieg unvermeidlich macht. Dies geschah im April 1846. Seit Jahren bestanden zwischen den Vereinigten Staaten und Mexiko Streitigkeiten um die Grenze von Texas und Neumexiko. Der Kongress wollte keinen Krieg, Präsident Polk aber wollte ihn. Er entsandte infolgedessen den General Taylor mit einer Armee an die mexikanische Grenze und liess gegenüber der mexikanischen Stadt Matamoros Schiessübungen abhalten und eine Blockade einrichten, durch die die mexikanischen Truppen jenseits des Rio Grande von der Nahrungsmittelzufuhr abgesperrt wurden. Die Mexikaner versuchten alles, um den bewaffneten Konflikt zu vermeiden. Schliesslich aber gingen sie mit einer kleinen Abteilung gegen die ungerechtfertigte Blockade der nordamerikanischen Armee vor. Polk erklärte

hierauf in einer Botschaft an den Kongress: «Der Krieg ist ungeachtet unserer Anstrengungen, ihn zu vermeiden, durch einen Angriffsakt von Mexiko ausgebrochen». Dem Kongress blieb nichts anderes übrig, als sich der von Polk geschaffenen Lage zu beugen und auch formell den Krieg zu erklären. Bei der Abstimmung erhob sich zwar ein Abgeordneter aus dem Mittelwesten und erklärte, dieser Krieg sei «unheilig, ungerechtfertigt und verdammungswürdig», aber dies half nichts mehr. Durch seine Befugnisse als Oberbefehlshaber der Wehrmacht hatte der Präsident gegen den Willen fast des gesamten Landes den Ausbruch des Krieges erzwungen.

Man braucht nur statt Polk Franklin Roosevelt einzusetzen und man hat das Bild, das sich ab Mai 1940 entrollte. Bis dahin war der Präsident nur daran interessiert gewesen, dass andere Länder Krieg führten und er infolgedessen den «Notstand» erklären könnte. Von nun ab wollte er sich selbst unter allen Umständen an diesem Kriege beteiligen. Er glich nun einem Mann, der gegen alle Widerstände ein schweres Fass auf den Kamm eines Hügels in der sicheren Hoffnung hinaufwälzt, dass es, oben angelangt, auf der anderen Seite von selbst herabrollen werde. Die Methoden, mit denen Roosevelt die Vereinigten Staaten Schritt für Schritt überlegt und planmässig in den Krieg hineintreibt, der die amerikanischen Interessen nicht berührt und an dem sich das amerikanische Volk nicht beteiligen wollte, zeugen gewiss von taktischem Geschick. Dies ist allerdings für die schlechteste Sache angewandt worden, die es in der Welt gibt: für die minutiöse Vorbereitung eines unprovzierten Angriffskrieges. Eine Übersicht der Etappen, in denen Roosevelt seinen vorgefassten Plan abrollen liess, ergibt von Mai 1940 bis Ende 1941 folgende Phasen:

1. Die machtmässigen Grundlagen für eine aggressive Aussenpolitik waren im Frühjahr 1940 noch nicht vorhanden. Roosevelt setzte infolgedessen gegen alle Widerstände die *Einführung der allgemeinen Wehrpflicht* durch, obwohl die Opposition mit Recht hervorhob, dass eine grosse amerikanische Armee überhaupt nur einen Sinn haben könne, wenn sie als Expeditionsarmee gedacht sei. Während in allen

anderen Ländern der Welt die allgemeine Wehrpflicht in der Tat eine Verteidigungsmassnahme ist, konnte sie angesichts der Unangreifbarkeit der USA nur als Vorbereitung zum Angriff aufgefasst werden. Das Gesetz wurde vom Präsidenten nach dreimonatigem Kampf mit dem Kongress am 16. September 1940 unterzeichnet. Gleichzeitig war auch die Flottenrüstung, deren Ursprünge bereits in das Jahr 1938 reichen, in einem aggressiven Sinne erweitert worden. Der Beschluss, eine Zweiozeanflotte bis 1946/47 zu erbauen, umfasste vor allem den Bau schwerer Schlachtschiffe, die nur in einer ausgesprochenen Angriffsflotte sinngemässe Verwendung finden können.

2. Am 2. September 1940 wurden durch einen Notenwechsel zwischen dem britischen Botschafter Lord Lothian und Staatssekretär Hull 50 ältere Zerstörer an England abgetreten. Dafür erklärte sich Grossbritannien bereit, den Vereinigten Staaten auf 99 Jahre militärische Stützpunkte auf Neufundland, den Bermudainseln, den Bahamainseln, Jamaika, Santa Lucia, Trinidad, Antigua und Britisch-Guayana «umsonst und ohne Vorbehalt» zu verpachten. Die Übertragung der Zerstörer bedeutete den ersten offenen Bruch des geltenden Völkerrechts, nach dem die Übertragung von Kriegsmaterial aus dem Besitz der Wehrmacht eines neutralen Landes an ein kriegführendes Land als unneutraler Akt gilt.

3. Am 10. Januar 1941 wurde durch die amerikanische Regierung im Kongress das Leih- und Pachtgesetz (Lend-and Lease Bill) eingebracht, auf Grund dessen sich künftig die Englandhilfe entwickeln sollte. Das Gesetz forderte Vollmachten für den Präsidenten, «jedes für die USA wichtige Rüstungsmaterial herstellen zu lassen, es an die Regierungen, die für die Verteidigung der USA wichtig sind, zu verkaufen, zu übertragen, auszutauschen, zu verleihen, zu verpachten oder irgendwie abzutreten. Jedes Rüstungsmaterial zu reparieren oder instand zu setzen, den in Frage kommenden Regierungen Informationen über Rüstungsmaterial zu geben und die Ausfuhr solchen Rüstungsmaterials freizustellen».

Das Leih- und Pachtgesetz widersprach ebenso wie vorher die Übertragung der Zerstörer der Haager Friedenskonvention, der alleinigen Grundlage des geltenden Völkerrechts. Einer der hervorragendsten Völ-

kerrechtslehrer der Vereinigten Staaten, H.W. Briggs, der Mitherausgeber des «American Journal of International Law» hatte im Oktoberheft 1940 dieser Zeitschrift geschrieben: «Die Zerstörer sind nun übertragen. Aber niemand möge sagen, dass das rechtmässig geschehen sei. Die Auslieferung dieser Schiffe durch die Regierung der Vereinigten Staaten an eine kriegführende Macht ist eine Verletzung unserer Neutralität, eine Verletzung unseres nationalen Rechts und eine Verletzung des Völkerrechts.»

Diese Worte gelten sinngemäss erst recht für das Leih- und Pachtgesetz. Die Cash-Klausel, durch die bis dahin fremde Regierungen gezwungen waren, Rüstungslieferungen in bar zu bezahlen, wurde nun ausser Kraft gesetzt. Von der Kriegspartei wurde nach der Unterzeichnung des Gesetzes – sie erfolgte am 11. März 1941 – triumphierend erklärt, die Vereinigten Staaten seien nun das Kriegsarsenal Englands. Sie bezeichnete das Leih- und Pachtgesetz als den Wendepunkt der amerikanischen Aussenpolitik von der Isolierung zum offenen Interventionismus. Gleichzeitig hatte der Präsident diktatorische Vollmachten erhalten und damit den Senat, bisher das wichtigste Regierungsinstrument der USA, in jene Lage versetzt, die an die Rolle des Senats der spätrömischen Zeit erinnert. Der Opposition gelang es lediglich durchzusetzen, dass ausdrücklich in dem Gesetz festgestellt wurde, dass nach wie vor die amerikanische Marine nicht zum Konvoi für amerikanische Handelsfahrzeuge berechtigt sei und dass die Handelsschiffe entsprechend dem Neutralitätsgesetz nicht in die Kriegszone fahren dürfen. Dies aber störte Roosevelt in keiner Weise. Nachdem ihm die Durchbruchschlacht gegen die Friedensmehrheit im amerikanischen Volke mit dem Leih- und Pachtgesetz gelungen war, kam es für ihn lediglich darauf an, seine Vollmachten als Oberster Befehlshaber gegen den erklärten Volkswillen auszunutzen.

4. Im März und April 1941 wiederholten Roosevelt und Hull das zynische Spiel der Aufhetzung eines europäischen Staates, das sie bereits einmal mit Frankreich mit Erfolg durchgeführt hatten. Auf das Betrei-

ben Roosevelts hin schloss sich *Jugoslawien* einer der Achse feindlichen Konstellation an, was zu seinem Untergang führen musste.

5. Im April 1941 beginnt dann die neue Phase, in der der Präsident Massnahmen trifft, die geeignet sind, Zwischenfälle und Zusammenstöße hervorzurufen und die nur dem einen Zweck dienen, Vorwände zu schaffen, um die Vereinigten Staaten nun aktiv nach dem Muster des Präsidenten Polk in den Krieg zu verwickeln. Dieses frivole Spiel beginnt am 7. April mit einer Note Hulls an den dänischen Gesandten in Washington von Kauffmann, in der die Einrichtung von militärischen Stützpunkten der USA auf *Grönland* gefordert wird, da dieses innerhalb der westlichen Hemisphäre liege. Kauffmann stimmt dem ohne Rechtsgrundlage am 9. April zu, obwohl die dänische Regierung sofort erklärte, dass sie das Abkommen als ungültig und rechtswidrig ansehe.

Am 11. April erklärt Roosevelt, das *Rote Meer* gelte nicht mehr als Kriegszone und könne von Schiffen der Vereinigten Staaten befahren werden, obwohl das Rote Meer beständig im Bereich deutscher Flugzeuge liegt. Hier wird also zum erstenmal räumlich, eigens zu dem Zweck, um Zwischenfälle zu schaffen, in die Kriegszone vorgestossen.

Am 24. April wird in Washington offiziell mitgeteilt, dass die *Patrouillenfahrten* der amerikanischen Kriegsschiffe und die Flüge der amerikanischen Luftwaffe über die 300-Meilen-Zone im Atlantik auf mindestens 1'000 Meilen nach Osten ausgedehnt werden. Es wird hierbei kein Zweifel gelassen, dass diese Patrouillenfahrten dazu dienen, etwaige deutsche Kriegsschiffe, die von der amerikanischen Marine und Luftwaffe in diesem Gebiet angetroffen werden, der englischen Flotte zu signalisieren. Während der Kongress zu diesem Zeitpunkt ein offenes Bündnis mit England aller Voraussicht nach noch immer abgelehnt hätte, benutzt der Präsident seine Vollmachten als Oberster Befehlshaber, um das militärische Zusammenwirken der amerikanischen Wehrmacht mit der britischen von sich aus in Gang zu setzen. Die Ausdehnung dieser sogenannten Patrouillentätigkeit ist völkerrechtlich bereits nicht mehr nur ein unneutraler Akt, sondern der unverschleierte Auftakt eines offenen Angriffs.

6. Am 4. Mai 1941 erklärt Roosevelt, «die USA seien bereit, für die Erhaltung der Demokratie in der ganzen Welt zu kämpfen». Am 27. Mai proklamiert er den *unbegrenzten nationalen Notstand* und erklärt, «die Vereinigten Staaten würden sich jedem deutschen Versuch, die Meere zu beherrschen, widersetzen und Grossbritannien jede nur mögliche Hilfe gewähren».

Am 28. Mai weist Roosevelt ausdrücklich darauf hin, dass er den Patrouillendienst in die Gebiete ausgedehnt habe, in denen Deutschland Handelskrieg führe. Entsprechend seiner Taktik «Schritt für Schritt» erklärt er aber, es sei nicht beabsichtigt, die Neutralitätsgesetzgebung abzuschaffen. Am 29. Mai schliesslich wird endgültig ein Gesetz angenommen, durch das praktisch die *Schiffe* sämtlicher europäischer Staaten in nordamerikanischen Häfen *beschlag* werden.

Erst ab Ende Mai kommt also Roosevelt offiziell auf das Schlagwort der *«Freiheit der Meere»* zurück. Die Neutralitätsgesetzgebung des Kongresses war gerade zu dem Zwecke erlassen, um die im Weltkrieg aus dem Begriff der «Freiheit der Meere» entstandenen Schwierigkeiten endgültig auszuschalten und von vornherein eine Verwicklung der amerikanischen Handels- und Kriegsschiffahrt in einen Konflikt auf dem Atlantik durch entsprechend scharfe Bestimmungen unmöglich zu machen. Dieser erklärte Wille des Volkes wird nun durch Roosevelt eigenmächtig ausser Kraft gesetzt.

7. Am 5. Juni erklärt Hull, die *deutsch-französische* Zusammenarbeit liefe den Interessen der Vereinigten Staaten zuwider, und am 8. Juni, die französische Insel Martinique und Guadeloupe ständen unter der Kontrolle der Vereinigten Staaten. Dies entspricht den bereits in Roosevelts Rede vom 27. Mai ausgesprochenen Drohungen gegen *Portugal*. Der Präsident hatte unzweideutig seine Absicht eines Angriffes auf die *Azoren* angekündigt, was zu einem scharfen Protest der portugiesischen Regierung in Washington geführt hatte.

Am 14. und 15. Juni 1941 werden, nachdem die Guthaben aller anderen europäischen Staaten bereits eingefroren sind, auch die *deutschen und italienischen Guthaben* in den Vereinigten Staaten beschlag

und das Deutsche Reich aufgefordert, seine *Konsulate* sowie die Deutsche Informationsbibliothek in New York bis zum 10. Juli zu schliessen. Hierfür wird keinerlei zureichende Begründung gegeben. Deutschland und Italien treffen die entsprechenden Gegenmassnahmen.

Bereits am 30. Juni erklärt dann Marineminister Knox, «die USA müssten ihre Flotte einsetzen, die Stunde des Losschlagens sei gekommen». Trotz aller dieser sich vom unneutralen und unfreundlichen Akt zu offenen Angriffshandlungen steigenden Massnahmen der USA bewahren indes Deutschland und Italien ihre friedliche Haltung und geben deutlich zu erkennen, dass sie dem Plan des Präsidenten, der die Achsenmächte systematisch zu provozieren versucht, nicht in die Hände arbeiten werden.

8. Infolgedessen geht Roosevelt am 7. Juli 1941 wieder einen Schritt weiter und lässt *Island* durch USA-Truppen besetzen. Die Insel liegt inmitten der offiziell bekanntgegebenen deutschen Seekriegszone und ist nur 965 Kilometer von den deutschen Stützpunkten in Norwegen entfernt. Roosevelt weist gleichzeitig die Flotte an, «alles Notwendige zu tun, um die Sicherheit des Verbindungsweges zwischen Island und USA zu garantieren». Mit anderen Worten: Roosevelt gibt den Befehl an die amerikanische Flotte, auf deutsche Kriegsschiffe, die in den Gewässern von Island angetroffen werden, zu schiessen. Entsprechend der Verschleierungstaktik gegenüber dem amerikanischen Volk wird dies allerdings nicht ausdrücklich, sondern nur indirekt mitgeteilt. Kurz darauf wird bekannt, dass auf Island ebenso wie bereits in Nordirland grosse amerikanische Flugstützpunkte eingerichtet werden, von denen ununterbrochen Aufklärungsflüge gestartet werden sollen.

9. Am 18. Juli 1941 gibt die USA-Regierung eine *Schwarze Liste* von 1'800 Personen und Handelshäusern Südamerikas heraus, die mit den Achsenmächten Handel treiben, und verfügt den Boykott gegen sie und die Einfrierung ihrer Guthaben in USA. Gleichzeitig wird gegen *Japan der vollkommene Boykott* erklärt und der japanisch-amerikanische Handel praktisch unterbunden, da jeder einzelne Kauf von der Erteilung einer Lizenz abhängig gemacht wird.

10. Im August 1941 findet das *Atlantiktreffen* zwischen Churchill und

Roosevelt statt, durch das die Vereinigten Staaten endgültig auf ein Bündnis mit England festgelegt werden.

11. Als im September 1941 trotz aller im Atlantik und im Roten Meer sorgfältig vorbereiteten Massnahmen noch immer kein Zwischenfall zwischen der amerikanischen und deutschen Marine eingetreten ist, wird am 5. September ein solcher Zwischenfall mit dem amerikanischen Zerstörer «Greer» und einem deutschen U-Boot künstlich konstruiert. Am 11. September teilt Roosevelt daraufhin mit, dass er nun an die amerikanische Flotte «innerhalb einer amerikanischen Sicherheitszone Befehl zum Schiessen auf deutsche Kriegsschiffe gegeben habe». Am darauffolgenden Tag lehnt Hull eine nähere Erklärung über den Umfang dieser sogenannten Sicherheitszone schon mit der Absicht ab, Verwicklungen unter allen Umständen eintreten zu lassen. Die amerikanische Presse erklärt, diese Sicherheitszone reiche bis nach Irland und England einerseits, bis nach Suez und Burma andererseits. Unmittelbar darauf erklären Roosevelt, Hull und Knox, das Neutralitätsgesetz müsse aufgehoben werden.

12. Mitte Oktober ereignet sich ein weiterer Zwischenfall mit dem USA-Zerstörer «Kearney» im Atlantik. Obwohl der Bericht der amerikanischen Admiralität zugibt, dass dieser Zerstörer zuerst mit Wasserbomben gemeinsam mit britischen Seestreitkräften Jagd auf ein deutsches U-Boot gemacht habe, und dann hierbei torpediert wurde, hält Roosevelt in einer Rede am 28. Oktober an der falschen Behauptung fest, «Kearney» sei angegriffen worden. In der gleichen Rede behauptet er, er sei im Besitz einer amtlichen deutschen Karte, in der eine Neuaufteilung Südamerikas nach deutschen Wünschen eingetragen sei. Auf Befragen weigert er sich jedoch am darauffolgenden Tage, diese Karte vorzuzeigen. Die Reichsregierung antwortet hierauf mit einer Zirkularnote an alle neutralen Regierungen, in der festgestellt wird, dass es sich bei dieser angeblichen Südamerika-Karte um eine Fälschung handelte. Roosevelt ist nicht in der Lage, das Gegenteil zu beweisen.

13. Am 10. Oktober bringt der Präsident im Kongress ein Abänderungsgesetz ein, durch das das Neutralitätsgesetz praktisch aufgehoben werden soll. Die Klauseln, die die Bewaffnung amerikanischer Han-

delsschiffe und das Befahren der Kriegszone verbieten, sollen gestrichen werden. Dieser Abänderungsvorschlag wird vom Senat mit 50 gegen 37 Stimmen, vom Repräsentantenhaus mit 212 gegen 194 Stimmen – also nur mit 18 Stimmen Mehrheit – angenommen und von Roosevelt am 17. November 1941 unterzeichnet. Damit sind die letzten Hemmungen, die das Neutralitätsgesetz bis dahin noch der Kriegspolitik des Präsidenten entgegengesetzte, gefallen. «Die Verabschiedung der Revision des Neutralitätsgesetzes war überhaupt nur durch nie dagewesene Gewaltmethoden der Regierung gegen einzelne Abgeordnete möglich.» Der Demokratische Senator Tydings erklärte im Plenum des Senats, dieser Akt sei dazu angetan, die Vereinigten Staaten unter allen Umständen in den Krieg zu führen. Er erklärte gleichzeitig, die Geheimberichte der Bundesmarine über die Fälle «Greer» und «Kearney» hätten erwiesen, «dass die Vereinigten Staaten, ganz gleich, ob mit Recht oder mit Unrecht, in diesen Fällen die Angreifer gewesen seien.»

14. Ende November 1941 gibt das State Department bekannt, *Niederländisch-Guayana* sei von nordamerikanischen Truppeneinheiten nach einer Vereinbarung mit der niederländischen «Regierung» in London besetzt worden. Selbstverständlich hatte man die in England im Exil lebenden holländischen «Minister» dazu gezwungen, ihre Zustimmung zu geben. Holländisch-Guayana besitzt reiche Bauxitlager, die Roosevelt durch die Besetzung an sich bringen wollte.

15. Bei den *Verhandlungen mit Japan* lehnen Roosevelt und Hull Anfang Dezember 1941 die Möglichkeit eines gütlichen Übereinkommens endgültig ab. Sie stellen Japan ein Ultimatum, dass es mit den Achsenmächten brechen und sich aus Indochina und China zurückziehen solle. Damit wird der Krieg im Fernen Osten heraufbeschworen. Der Krieg bricht am 8. Dezember morgens aus. Am 11. Dezember schliessen sich das Deutsche Reich und Italien unter Hinweis auf die lange Kette zahlloser Provokationen und Angriffsakte der USA Japan an und erklären den Kriegszustand mit den Vereinigten Staaten.

¹ New York Journal American, 15. November 1941

Diese nüchterne Zusammenstellung enthält nur die wichtigsten Etappen der Aggressionspolitik «Schritt für Schritt», mit der Roosevelt und seine Gefolgsleute zwischen Mai 1940 und Dezember 1941 die Vereinigten Staaten planmässig in den Krieg führten. Dutzende von Reden, Erklärungen, kriegsmässigen Vorbereitungen und Handlungen wären in diese Übersicht einzufügen, wenn sie auch nur annähernd vollständig sein sollte. Schon in dieser gedrängten Form zeigt sie indes, wie der Präsident in einer fortlaufenden Kette von Wortbrüchen, Verleumdungen und offensichtlichen Angriffshandlungen das Volk der USA Meter um Meter näher an den Abgrund heranzerrt, bis schliesslich die Lawine allein in den Schlund hinunterrollen wird. Keine einzige dieser Reden und Handlungen konnte auch nur den Schatten eines Beweises erbringen, dass von Europa oder Asien aus irgendeine Angriffshandlung, ja auch nur eine Einwirkung auf die Vereinigten Staaten oder auf den mittel- und südamerikanischen Kontinent geplant, geschweige denn vorbereitet gewesen wäre. Für keinen einzigen dieser unneutralen Akte und keine der späteren Angriffshandlungen konnte eine nur irgend zureichende Begründung gegeben werden. Gleichzeitig war das amerikanische Volk, wie wir auf Grund der Gallup-Abstimmungen schon bewiesen, diesem von Roosevelt provozierten Angriffskrieg in seiner überwältigenden Mehrheit abgeneigt.

Es stellt sich indes heraus, dass in diesem amerikanischen System der Demokratie der Wille des Volkes keine Rolle spielt, ja dass es insbesondere nach dem Wahlbetrug des Jahres 1940 nicht einmal die Möglichkeit hatte, seinen Willen zu äussern. Diese Übersicht gibt also gleichzeitig den erdrückenden Beweis, dass in den Vereinigten Staaten «Demokratie» in Wirklichkeit gar nicht mehr besteht. Die herrschende Schicht ist vielmehr in der Lage, unter vollständiger Missachtung des Volkswillens einen Angriffskrieg entsprechend ihren eigenen Wünschen auf Machterweiterung und Kriegsgewinne vom Zaun zu brechen. Lange noch wurde das amerikanische Volk durch sich immer wiederholende Versprechen – typisch hierfür ist z.B. die noch im Mai 1941

gegebene Zusicherung, das Neutralitätsgesetz solle unberührt bleiben, die dann im September widerrufen wurde – in der Illusion gehalten, es handle sich noch immer um Massnahmen «short of war», durch die Amerika dennoch nicht in den Krieg aktiv hereingezogen und die Entsendung der amerikanischen Jungen als Soldaten keineswegs nötig würde. Es gehörte zu diesem System, diese Illusion dem Volke auch dann noch zu lassen, als in Wirklichkeit die Angriffshandlungen den Weg zum Krieg bereits unvermeidlich gemacht hatten. Die Aussen- und Kriegspolitik, die hier getrieben wurde, vollzog sich auf dem Hintergrund eines fortdauernden Betrugens nach innen. Erst im letzten Moment, so beabsichtigte man, sollte der Schleier fallengelassen werden. Das amerikanische Volk, auf die Nachrichtengebung seiner Presse und seines Rundfunks angewiesen, war sich denn auch noch im Frühjahr und Sommer 1941 keineswegs, so erstaunlich dies ist, über die einzig mögliche Konsequenz klar, zu der die Politik des Präsidenten führen musste. Charles Lindbergh, der Bezwingler der Ozeane, erhob vergeblich seine warnende Stimme. Vom Präsidenten mit einem Schmähwort aus dem Bürgerkrieg als «Copperhead», als gefährliche Giftschlange, verleumdet und beschimpft, erging es ihm und allen aufrechten Amerikanern, die sich auf dem Weg zum Krieg entgegenzustellen wagten, so wie dies Mark Twain in seinem «Mysteriösen Fremden» um die Jahrhundertwende prophetisch vorausgeahnt hatte:

«Einige anständige Männer werden mit Argumenten in Wort und Schrift gegen den Krieg opponieren. Erst wird man ihnen zuhören und ihnen sogar Beifall spenden, aber dies wird nicht lange dauern; die anderen werden lauter schreien, und bald werden die Redner mit Steinen beworfen, und das freie Wort wird unterdrückt werden, und zwar mit Hilfe der Massen, die im Herzen dem Redner recht geben. Aber sie werden nicht wagen, das öffentlich zu sagen, und dann nimmt die ganze Nation den Kriegsruf, der vom Katheder und von der Kanzel erschallt, auf, und die gegen den Krieg reden, müssen schweigen.» Im Herbst 1941 war es soweit.

TEIL VI

Amerika versinkt im Rüstungswirrwarr

Als der Krieg ein halbes Jahr alt war, lag auf dem Schreibtisch des Präsidenten mitten zwischen Andenkenbildern und Skizzen von Schiffsmodellen noch immer die kleine braune Broschüre mit dem Aufdruck «Industrial Mobilization Plan», in der beschrieben stand, wie man im Kriege Diktator werden kann. Damals, als Roosevelt mit dem erstarrten amerikanischen Mythos zusammengestossen und von ihm bezwungen worden war, war alles so einfach erschienen. Man musste, so glaubte man, nur auf das Ziel hinarbeiten, durch Verwicklungen nach aussen im Innern den Notstand erklären zu können. Dann würden plötzlich die in der kleinen braunen Broschüre vorgesehenen Gesetze dem Präsidenten die Macht geben, um das New Deal dennoch durchzusetzen. Aber nun sah alles wesentlich anders aus. Die Verwicklungen nach aussen, die man so sehlich herbeigewünscht und Schritt für Schritt selbst herbeigeführt hatte, sie waren nun da. Der «Industrial Mobilization Plan» aber blieb ein totes Stück Papier. Er war kein Zaubermittel, wie Roosevelt durch all die Jahre seit seiner innerpolitischen Niederlage im Sommer 1937 geglaubt hatte. Der Präsident hatte neidisch und mit scheelen Augen gesehen, wie in Deutschland, als es notwendig wurde, die gesamte

Wirtschaft und das gesamte Volk auf ein einziges Ziel ausgerichtet waren. Liess sich dies nun nicht in den Vereinigten Staaten unversehens damit erreichen, dass man das wirtschaftliche Mobilisierungsgesetz in Gang setzte?

Längst war nun das ursprüngliche Ziel, das New Deal, in den Hintergrund getreten. Das Bündnis, das Roosevelt von 1938 ab mit der Hochfinanz allmählich einging, hatte die inneren Frontstellungen von Grund auf verändert. Nun, da der Kongress gezwungen worden war, ungeheure Summen für die Aufrüstung zu bewilligen, musste der vom Präsidenten selbst herbeigeführten inneren Machtlage auch Rechnung getragen werden. Die Kriegsagitation war nur durch die Hilfe von Wall Street erfolgreich gewesen. Konnte man die Hochfinanz nun etwa plötzlich wieder ausschalten und auf der Grundlage des Industriellen Mobilisierungsplanes systematisch vom Staat aus den gewaltigen Versuch einer amerikanischen Planwirtschaft in die Wege leiten? Dies alles waren natürlich Illusionen gewesen, mit denen man sich nicht mehr aufhalten konnte. Der Präsident und die Hochfinanz hatten sich unter der Parole des Krieges gefunden. Nun aber verlangte Big Business seinen Anteil. Es forderte, dass es die Organisation der Kriegswirtschaft auch selbst in die Hand nehmen und von Anfang an seine Gewinne aus ihr ziehen könne. Dies aber konnte nur bedeuten, dass die amerikanische Aufrüstung alsbald in ein Chaos von sich widerstreitenden Plänen, Interessen, Organisationen und einander bis aufs Messer bekämpfenden Behördenapparaten versinken musste.

Es war ausserordentlich einfach im Mai 1940 vor den Kongress zu treten und zu verlangen, dass binnen eines Jahres 50.000 Flugzeuge hergestellt werden sollten. Sie aber wirklich zu produzieren, die Bedürfnisse der amerikanischen Armee und Flotte mit der Hilfe an England, China usw. abzustimmen, die staatlichen Notwendigkeiten mit den Wünschen der Privatindustrie und der Hochfinanz in Einklang zu bringen, dies alles waren Aufgaben, auf die die innere Struktur der Vereinigten Staaten in keiner Weise eingerichtet war. So kam es, dass sich schon nach einiger Zeit herausstellte, dass sich trotz des Reichtums des

Landes der in Washington erhobene Weltmachtanspruch durchaus nicht im Einklang mit den vorhandenen Möglichkeiten der Organisation befand.

Abermals klafften Theorie und Wirklichkeit scharf auseinander. Das Fiasko des New Deal sollte sich in einer anderen Form und auf einer anderen Ebene schnell im Fiasko der Rüstungsorganisation wiederholen.

Vor der Verkündung der allgemeinen Wehrpflicht, im Sommer 1940, bestand das *Heer der Vereinigten Staaten* aus 491'000 Mann, von denen über die Hälfte, nämlich 251'000 Mann zur Nationalgarde gehörte, die militärisch nur teilweise ausgebildet war. Diese Armee war vollkommen ungenügend ausgerüstet. Sie verfügte z.B. am 1. August 1940 über 18 mittlere und über 67 leichte Tanks. Nach der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht, durch die aber keineswegs alle wehrfähigen Männer zwischen 21 und 25 Jahren erfasst wurden, weil hierfür weder die Ausrüstung noch die Unterkunftsmöglichkeiten vorhanden waren, war die Armee im Januar 1941 auf etwa 643'500 Offiziere und Mannschaften angewachsen. Der Generalstab stellt für den 1. Juli 1941 ein Soll von 1'418'000 Offizieren und Mann auf, das knapp erreicht worden ist. (Bis zum Sommer 1942 soll es auf 1,8 Millionen Mann angewachsen sein.) Hierunter befanden sich 300'000 Mann Nationalgarde, die nur bedingt als vollwertig eingesetzt werden konnten. Die Armee bestand 1940 aus 5 regulären Infanteriedivisionen und einer Kavalleriedivision; die Nationalgarde aus 18 Infanterie- und 4 Kavalleriedivisionen. Im Sommer 1941 wurden 27 Infanterie-, 2½ Kavallerie- und 4 motorisierte Divisionen aufgestellt, zu denen 4 dem Hauptquartier unterstehende Panzerbataillone kamen. Man braucht nur die im deutsch-sowjetischen Krieg eingesetzten Millionearmeen und ihre Ausrüstung mit diesen Ziffern zu vergleichen, um zu sehen, dass die Vereinigten Staaten noch auf Jahre hinaus keine erstrangige Kriegsmacht sein werden.

Da eine allgemeine Wehrpflicht vorher nicht bestanden hatte, war das ausgebildete Mannschaftspotential der Vereinigten Staaten auch gegen Ende 1941 wesentlich geringer als etwa das Belgiens im Jahr 1939. Die kleine amerikanische Armee hatte der Insellage zwischen den Ozeanen

und der tatsächlichen Unangreifbarkeit der Vereinigten Staaten entsprechen. Solange man in Washington eine Aussenpolitik trieb, durch die praktisch die Entsendung eines Expeditionskorps von grösserem Ausmass nicht in Betracht kam, war diese kleine Armee völlig ausreichend. Das Wehrpflichtgesetz sah ursprünglich die Einziehung der neuen Rekruten nur auf 18 Monate vor. Im August 1941 verlängerte der Kongress die Dienstzeit der bereits Eingezogenen – bemerkenswerterweise mit einer einzigen Stimme Mehrheit – auf 30 Monate. Dies bedeutet, dass – entsprechend dem bisherigen Programm – die Vereinigten Staaten etwa bis zum Frühjahr 1944 über eine Armee von 4100'000 Mann verfügen werden. Die Gesamtzahl der Männer zwischen 21 und 35 Jahren beträgt 16 Millionen. Schon bei der Planung des Wehrpflichtgesetzes stellte sich aber heraus, dass auf Jahre hinaus der Mangel an Material aller Art so gross war, dass man zufrieden sein musste, innerhalb von vier bis fünf Jahren etwa ein Viertel dieser Zahl ausbilden zu können. Am Abschluss der Herbstmanöver 1941 wurde von den militärischen Berichterstattern der amerikanischen Presse und Fachpresse übereinstimmend berichtet, die Manöver hätten gezeigt, dass die amerikanische Armee fast auf allen Gebieten nur über bestimmte Modelle der modernen Waffe verfügte und dass von einer zureichenden Ausbildung auch der bereits Eingezogenen nur in sehr bescheidenem Masse gesprochen werden könne. Diese Ergebnisse standen im umgekehrten Verhältnis zu der riesigen Propaganda, die gleichzeitig vor allem die über das ganze Land verbreitete Zeitschriftenpresse für Armee und Flugwaffe sowie die Marine mit martialischen Bildern machte.

Die amerikanische *Kriegsflotte* umfasste im Sommer 1941 15 Schlachtschiffe, 6 Flugzeugträger, 37 Kreuzer, 165 Zerstörer und 109 U-Boote, zusammen also 332 Einheiten. Die japanische Kriegsflotte, soweit deren Stärke bekannt ist (Japan hat in den letzten Jahren keine Ziffern über seine Marinebauten mehr veröffentlicht, und man darf annehmen, dass sie wesentlich höher sind), verfügte über mindestens 10 Schlachtschiffe, 6 Flugzeugträger, 44 Kreuzer, 135 Zerstörer und etwa 80 U-Boote, zusammen also über 275, wahrscheinlich aber über mehr

als 300 Einheiten. Der japanische Angriff auf Pearl Harbour am 8. Dezember 1941 hat daher eine *Flottenüberlegenheit Japans* hergestellt. Die drei amerikanischen Schlachtschiffe «West Virginia», «Arizona» und «Oklahoma», sowie zwei Flugzeugträger wurden versenkt. Drei weitere Schlachtschiffe und mehrere Kreuzer beschädigt. Der Kern der Pazifik-Schlachtflotte schrumpfte damit auf 6 bis 8 Schlachtschiffe zusammen:

Von den verbleibenden 12 Schlachtschiffen sind drei, die «New York», «Texas» und «Arkansas», völlig veraltet und kommen für grössere Operationen nicht mehr in Betracht. Der Rest stammt im Wesentlichen aus der Zeit kurz vor und nach dem Weltkrieg und ist ebenfalls nicht auf dem letzten Stand der Marinetechnik, vor allem was die Deckpanzerung gegen Bomben angeht. Dafür konnte im Herbst 1941 das neue Schlachtschiff «North Carolina» in Dienst gestellt werden, dem 1942 das Schlachtschiff «Washington» folgen wird. Von den Zerstörern stammen 74 noch aus dem Weltkrieg, die übrigen sind seit 1932 gebaut worden. Von den Unterseebooten sind 68 veraltet und kaum mehr zu verwenden.

Die Flotte der Vereinigten Staaten verteilte sich bis zum 1. Februar 1941 dergestalt, dass sich der geringere Teil mit den drei veralteten Schlachtschiffen im Atlantik befand, während die zwölf modernen Schlachtschiffe zusammen mit dem grössten Teil der sonstigen Hochseeflotte teils an der pazifischen Küste, teils in Hawaii stationiert waren. Diese Verteilung entsprach der stillschweigenden Zusammenarbeit mit dem Admiralstab der britischen Flotte. Bei dieser Aufgabenteilung hatte England den Atlantik, die Vereinigten Staaten den Pazifik zu «übernehmen». Am 1. Februar 1941 ist dann eine Umgruppierung erfolgt, die der strategische Experte Hanson Baldwin als mehr nominell denn aktuell bedeutsam anspricht. Die sogenannte «patrol force», die aus 125 Kriegsfahrzeugen besteht und für ständige Kreuzfahrten zusammengestellt ist, wurde die neue Atlantikflotte. Die Hauptmacht blieb indes im Pazifik und gliederte sich in die eigentliche Schlachtflotte (bestehend aus dem grössten Teil der Schlachtschiffe, den Flugzeugträgern, Kreuzern und Zerstörern), in die Erkundungsflotte (bestehend aus Kreuzern,

Flugzeugen mit grossem Radius und Unterseebooten) und in die Stützpunktflotte, bestehend aus älteren Kriegsschiffen und Hilfsschiffen. Gleichzeitig wurde in Manila ein kleines Geschwader aus leichten Kriegsfahrzeugen stationiert. Diese Verteilung sollte also die *Zweiozeanflotte* vorwegnehmen, deren Bau 1938 durch Bewilligung des Kongresses vorbereitet und 1941 endgültig beschlossen worden ist. Dieses ungeheure Bauprogramm sieht den Bau von 368 Kriegsfahrzeugen vor. Die Zweiozeanflotte kann vor dem Jahr 1947 nicht vollendet sein. Sie soll dann aus 29 Schlachtschiffen (17 Neubauten einschliesslich «North Carolina» und «Washington»), 16 Flugzeugträgern (12 neuen), 91 Kreuzern (54 neuen), 364 Zerstörern (200 neuen) und 185 Unterseebooten bestehen. Von den Schlachtschiffen sind fünf (einschliesslich «North Carolina» und «Washington») auf 35'000 Tonnen berechnet, fünf auf 45'000 Tonnen, zwei auf 50-55'000 Tonnen und fünf auf 58'000 Tonnen. Der Mannschaftsstand dieser Flotte soll dann etwa 600'000 Offiziere und Matrosen betragen. Die Kosten für diese Flotte werden mit 6 Milliarden Dollar, die Kosten für die Einrichtung der Marinebasen, Kasernen usw. mit 4 Milliarden Dollar berechnet¹.

Im Sommer 1941 waren von diesem Bauprogramm 78 Kriegsschiffe an 17 Werften in Auftrag gegeben. Für 282 Kriegsschiffe war die Ausarbeitung der Pläne befohlen. In erster Linie will man versuchen, die 50 an England im September 1940 abgetretenen Zerstörer durch 40 neue Zerstörer zu ersetzen. Im Jahre 1941 wurden die Schlachtschiffe «North Carolina» und «Washington», ein Flugzeugträger, vierzehn Zerstörer und zehn U-Boote fertiggestellt. Vom Stapel liefen drei Schlachtschiffe, sechs Kreuzer, neunzehn Zerstörer und dreizehn U-Boote. Auf Kiel gelegt wurden zwei Schlachtschiffe, drei Flugzeugträger, achtzehn Kreuzer, achtzig Zerstörer und vierundzwanzig U-Boote. Mit der Fertigstellung der fünfzehn vorgesehenen weiteren Schlachtschiffe ist vor 1946/47 nicht zu rechnen. Die in Pearl Harbour erlittenen Verluste fallen also schwer ins Gewicht.

Die *Luftwaffe* der Armee verfügte im Sommer 1940 über 2'494 Flugzeuge. Hiervon waren indes nur 863 Kampfflugzeuge und nur 500 wur-

¹ Angaben nach Congressional Record u. Hanson Baldwin, a. a. O.

den als geeignet für eine moderne Kriegführung angesprochen. Die Luftwaffe der Armee verfügte über 3'143 Piloten. Die Luftwaffe der Marine verfügte ebenfalls etwa über 3'000 Piloten. Im Übrigen aber war auch sie bemerkenswert klein. Sie besass 550 Flugzeuge, die für den Gebrauch auf Flugzeugträgern bestimmt waren, und 300 modernere Bomber mit weitem Radius. Mit anderen Worten: die USA-Wehrmacht verfügte überhaupt über keine einsatzfähige Luftwaffe. Hier sollte daher das Aufrüstungsprogramm am schnellsten und wirkungsvollsten in Gang gesetzt werden. Es erwies sich aber bald, dass die von Roosevelt so bedenkenlos aufgestellten Ziele zunächst unerreichbar waren. Im Jahr 1939 sind insgesamt 2'600 Flugzeuge für militärische Zwecke in den Vereinigten Staaten hergestellt worden. Dies entsprach kaum einer Monatsproduktion derjenigen Länder, die bereits über eine entwickelte Luftwaffe verfügten! Bis zum Juli 1942 sollte nun die amerikanische Armee und Marine 20'000 bis 30'000 Flugzeuge besitzen. Und gleichzeitig sollten den Engländern (einschliesslich der vor dem Leih- und Pachtgesetz bereits in Auftrag gegebenen 14'000 Apparate) 30'000 Flugzeuge zur Verfügung gestellt werden. Das war das Programm auf dem Papier.

Bereits Ende 1940 stellte sich jedoch heraus, dass diese Ziffern unter allen Umständen in dem vorgesehenen Zeitraum unerreichbar bleiben mussten. Die offiziellen Produktionsziffern, die sicherlich nicht absichtlich geringer angegeben wurden, betragen in der zweiten Hälfte des Jahres 1940:

und im ersten Halbjahr 1941:

<u>Juli.....</u>	547	Januar	1036
<u>August.....</u>	586	Februar ...	972
September ..	670	<u>März.....</u>	1216
Oktober	742	<u>April.....</u>	1389
November ..	779	<u>Mai.....</u>	1334
Dezember ..	900	<u>Juni</u>	1395

Diese Ziffern schliessen aber sowohl die Schulflugzeuge wie die grossen Zivilflugzeuge der amerikanischen Luftfahrtgesellschaften mit ein. Wieviel Kampfflugzeuge darin enthalten waren, ist nicht bekanntgegeben worden. Während Knudsen, der Chef des Aufrüstungsamtes, be-

hauptete, die Vereinigten Staaten hätten im ersten Halbjahr 1941 500 Bomber im Monat produziert, wurde geschätzt, dass die Produktion von schweren Bombern im Mai 1941 unter 100 im Monat lag¹.

Nach der offiziellen Statistik sind im Jahr 1940 in das britische Empire insgesamt 1499 Flugzeuge ausgeführt worden. Im Dezember 1940 z.B. konnte die Luftwaffe der Armee weniger als 50 Kampfflugzeuge aus den Fabriken in Empfang nehmen. So erwies sich, dass das im Frühsommer 1940 aufgestellte Programm aus den verschiedensten Gründen viel zu optimistisch war und dass die Schwierigkeiten nicht, wie man angenommen hatte, nach wenigen Monaten zu überwinden waren, sondern dass sie im Gegenteil dadurch beständig anwuchsen, dass gleichzeitig Rohmaterial für die verschiedensten Aufrüstungszwecke gebraucht wurde und sie, nicht aufeinander abgestimmt, miteinander in Widerspruch gerieten. Es war uns natürlich nur möglich, hier gewissermassen eine Momentphotographie des Rüstungsstandes der Vereinigten Staaten zu geben, wie er sich bis zum Spätherbst 1941 entwickelt hat. Immerhin umfasst dieses Bild bereits die Zeitspanne von weit über einem Jahr, in dem sich das Aufrüstungsprogramm zugleich mit dem Verkaufs- und Pachtprogramm an England in Gang befindet, so dass dieses Momentbild auch Rückschlüsse zum mindesten auf die nähere Zukunft zulässt.

Die Schwierigkeiten der amerikanischen Aufrüstung liegen tief im Wirtschafts- und Lebenssystem des amerikanischen Volkes beschlossen. Ihre Ursprünge sind nicht zufällig oder vorübergehend, sie sind vielmehr grundsätzlicher Natur. Der Wirrwarr der Organisationen, die alsbald in Washington entstanden, ist nur der Ausdruck davon.

Bereits im Sommer 1940 hatte Roosevelt die «National Defense Advisory Commission» (NDAC) gegründet: ein beratendes Komitee, das sowohl hohe Regierungsfunktionäre wie eine Reihe von massgebenden Männern der Hochfinanz und Big Business umfasste. Der Präsident der

¹ F. G. Hanighen in Harpers Magazine, August 1941

United States Steel Corporation (Morgan-Gruppe), *Edward Stettinius*, dessen Vater wir bereits als den Grosseinkäufer des Hauses Morgan für die Alliierten im Weltkrieg kennengelernt haben, gehörte ihm ebenso an wie der Generaldirektor der General Motors Werke, *William Knudsen*, einer der erfolgreichsten grossen Kapitäne der Autoindustrie (dänischer Abstammung). Diese Kommission sollte nicht selbst die Aufrüstung in Gang setzen, sondern nur die einzelnen Ministerien beraten. Dies erwies sich als undurchführbar, so dass der Präsident Anfang Januar 1941 zwei Organisationen ins Leben rief, nämlich das «*Office of Emergency Management*» (OEM) in dem unter seiner persönlichen Leitung die gesamten Aufrüstungsfragen zusammenlaufen sollten. Als ausführende Organisation wurde ein «*Office for Production Management*» (OPM) gebildet, das aus drei Abteilungen besteht: einer für die Produktion im eigentlichen Sinn unter dem Vorsitz von Knudsen, einer zweiten für die Regulierung der Arbeiterfragen, die mit der Produktion zusammenhängen, unter dem jüdischen Gewerkschaftsführer *Sidney Hillman*. Unter Stettinius schliesslich stand die Abteilung für die sogenannten Prioritäten, die zu entscheiden hatte, welche Produktions- und Materialzuteilungen vor anderen vordringlich behandelt werden sollten. Für einen Augenblick schien es, als ob in dieser neuen Organisationsform nun tatsächlich das Kriegsindustrieamt, wie es unter Baruch im Weltkrieg bestanden hat, zu neuem Leben erweckt worden sei. Tatsächlich hatte auch Baruch den Präsidenten massgebend bei der Gründung dieser Organisationen beraten. Sehr bald aber stellte sich heraus, dass das OPM doch nur für einen Teilsektor der gesamten Aufrüstungsfragen zuständig war. Wie die Pilze schossen andere Organisationen aus der Erde, deren Zuständigkeiten sich mit denen des OPM überschneiden.

Harry Hopkins, der schon im Januar und Februar 1941 von Roosevelt nach London entsandt worden war, wurde nach der Annahme des Leih- und Pachtgesetzes die Gesamtaufsicht über die Lieferungen an England und die anderen aus der Lease-and Lend Bill zu beliefernden Staaten übertragen. Hierzu gehörte nicht nur China, sondern bemerkenswerterweise auch die meisten südamerikanischen Staaten. Diese Lieferungen

nach Süd- und Mittelamerika dienten in Wirklichkeit der Einrichtung und Vorbereitung amerikanischer Luft- und Seestützpunkte, wurden aber durch das Leih- und Pachtgesetz entsprechend getarnt. Daneben wurde unter dem jüdischen Oberbürgermeister von New York, *LaGuardia*, ein Amt für zivile Verteidigung und unter Innenminister *Ickes* ein Amt für die Brennstoffversorgung (Office of Oil Coordination) geschaffen. Dies wurde notwendig, weil die amerikanische Tankerflotte, die bisher das Benzin und Rohöl vom mexikanischen Golf und aus Kalifornien nach der Ostküste gebracht hatte, nun plötzlich nur noch teilweise zur Verfügung stand, da sie an England bzw. zur Umgehung des Neutralitätsgesetzes an Panama abgetreten worden war. Infolgedessen begann sich in den Oststaaten, den Hauptverbrauchern von Öl und Benzin, eine gewisse Knappheit geltend zu machen.

Schliesslich erteilte Roosevelt einem der führenden Köpfe des früheren New-Deal-Apparates, *Leon Henderson*, den Auftrag, ein Amt zur Preisüberwachung zu gründen (Office of Price Administration and Civilian Supply), das dafür Sorge tragen sollte, dass sich die sprunghaft eintretenden Preissteigerungen auf allen Gebieten nicht zu einer offenen Inflation auswüchsen. Selbstverständlich überschritten sich die Zuständigkeiten dieses neuen Preisdiktators mit denen von Knudsen, wie umgekehrt mit denen des Schatzamtes und des Handelsministeriums. Die verschiedenen Wehrmachtteile behielten ausserdem ihre Einkaufsbüros nicht nur bei, sondern blähten sie zu riesigen Behörden auf, so dass Rüstungsaufträge und Prioritätszuweisungen sowohl von den Wehrmachtteilen selbst wie vom OPM erteilt werden konnten.

Nach etwa einem halben Jahr hatte sich ein derart chaotisches Durcheinander der verschiedenen Organisationen ergeben, dass sich weder die Fabrikanten noch die Lieferanten, noch die zu beliefernden zivilen und militärischen Dienststellen mehr durchfinden konnten, welche der zahllosen Behörden in einer bestimmten Einzelfrage nun eigentlich zuständig war. In wenigen Monaten hatte sich der Wirrwarr, den wir während der ersten New-Deal-Periode bereits einmal geschildert haben, in einer ungleich schlimmeren Form wiederholt. Der Präsident selbst zeig-

te sich ausserstände, durch eine klare Verteilung der Zuständigkeiten auch nur die Richtung anzugeben, in der er sich die Entwicklung der verschiedenen Produktionszweige vorstellte. Als schliesslich fast ein Zusammenbruch des Führungsstabes der Rüstung drohte, wurde Roosevelts wohlbekannter Freund *Rosenman*, der jüdische Richter aus New York, nach Washington geholt und mit einer Neuplanung des gesamten Rüstungsapparates beauftragt. Das Ergebnis, das Ende August bekanntgegeben wurde, war die Gründung einer neuen Organisation, die nun als Dachorganisation alle übrigen in sich aufnehmen sollte, ohne dass aber die Zuständigkeit der Einzelorganisationen hätte gegeneinander abgegrenzt werden können.

Dieser von Rosenman erfundene Überrüstungsausschuss wurde «*Supply Priorities and Allocations Board*» (SPAB) getauft. An seine Spitze wurde *Vizepräsident Wallace* gestellt, der damit gewissermassen das Amt eines Rüstungsministers erhielt. Sein Stellvertreter wurde der bisherige Grosseinkäufer der OPM, Donald Nelson, der gleichzeitig das Amt der Prioritäten erhielt. Dem Ausschuss gehörten ferner Marineminister Knox, Kriegsminister Stimson, der Preisdiktator Henderson, Harry Hopkins und Sidney Hillman sowie Knudsen an. Stettinius wurde an Stelle von Hopkins, der als Verbindungsmann zum Präsidenten über allen Wassern schweben sollte, mit der Englandhilfe beauftragt. Auch dieses Bild von der Rüstungsorganisation ist nur eine Momentaufnahme aus dem Herbst 1941. Sie ist typisch für die strukturellen Schwierigkeiten, denen sich die Vereinigten Staaten mit ihrer Aufrüstungspolitik gegenübersehen. Sie sind durch die Gründung der SPAB noch nicht behoben.

Bis zum 30. Juni 1941 betrug die sowohl für Lieferungen an die Vereinigten Staaten wie für Lieferungen nach dem Leih- und Pachtgesetz bewilligte Gesamtsumme 46,9 Milliarden Dollar. Es erwies sich indes als unmöglich, diese Summe auch nur annähernd unterzubringen, da die industrielle Kapazität in keiner Weise für derartig riesige Aufträge eingerichtet war. Die tatsächlich abgeschlossenen Aufträge erreichten knapp die Summe von 21 Milliarden Dollar¹. Diese Aufträge beziehen

¹ Fortune, August 1941

sich aber zum grössten Teil auf ein Programm, das sich über viele Jahre erstreckt: Man braucht dabei z.B. nur an die Marinebauten zu denken, für die in der Tat bereits an Schiffswerften Aufträge für Neubauten erteilt sind, die erst im Jahr 1944 in Arbeit genommen werden können. Diese Riesensumme ergab infolgedessen ein verzerrtes Bild über die aktuelle Wirtschaft und Rüstungskraft der Vereinigten Staaten. Nur ein Drittel der 21 Milliarden Dollar – 7 Milliarden Dollar – bezogen sich auf Aufträge für Kriegsmaterial oder indirekte Rüstungsaufträge, die zwischen Herbst 1940 und Sommer 1942 geliefert werden sollen. Von dieser Summe sind wiederum nur etwa 100 Millionen Dollar Pacht- und Leihmaterial für England. In den Jahren 1942/43 kann nur eine allmähliche Steigerung dieser Ziffern erwartet werden.

Die Schwierigkeiten der amerikanischen Aufrüstung brauchten uns nicht zu beschäftigen, wenn sich hinter ihnen nicht prinzipielle Fragen verbergen würden, die das Gesamtgefüge der amerikanischen Gesellschaft betreffen. Sie haben grundsätzliche Bedeutung; denn natürlich wäre es kaum denkbar, dass die grossen Spezialisten der amerikanischen Massenproduktion den Wirtschaftsapparat nicht hätten entsprechend umstellen können, wenn hier nicht zwei gegensätzliche Meinungen aufeinandergeprallt wären, die sich beständig gegenseitig aufhoben. Roosevelt hatte die Spitzenbehörde der Aufrüstung teils mit *New Dealers*, teils mit Vertretern des *Big Business* besetzt. Das Ergebnis musste der alten Fabel von dem Krebs, dem Schwan und dem Fisch gleichen, die gemeinsam einen Karren ziehen sollen.

Die New-Deal-Gruppe, bestehend aus Hopkins, Henderson und Hillman, war der Anschauung, dass so schnell wie möglich die gesamte amerikanische Wirtschaft in den Dienst des Rüstungsprogramms gestellt und darüber hinaus einem Planungsamt unterstellt werden müsse. Dies war also das alte Planwirtschaftsprogramm aus den Anfangsjahren Roosevelts. Diese Gruppe trat insbesondere für den beschleunigten Bau

riesiger neuer Fabrikanlagen vor allem in der Motorenindustrie und der Urproduktion ein; sie hoffte, auf diese Weise endlich das Problem der Arbeitslosigkeit beseitigen zu können. (Wie wir sahen, betrug diese Ende 1940 noch immer neun Millionen. Sie ist dann bis Mitte 1941 auf etwas unter sechs Millionen gesunken, um aber alsbald wieder anzusteigen, weil durch die Aufrüstung das Material in der Industrie für den zivilen Bedarf alsbald knapp wurde. Henderson schätzte im August 1941, dass man hierdurch mit zwei Millionen zusätzlichen Arbeitslosen zu rechnen habe¹.) Die New-Deal-Gruppe stellt sich also vor, dass die TLUSA ihre Friedenswirtschaft so schnell wie möglich aufgeben und das gesamte Volk unter ein Kriegswirtschaftsgesetz gestellt werden sollte, das eine sofortige drastische Einschränkung des Zivilbedarfs, d.h. der Produktion von Gütern bedingt hätte, die dem allgemeinen Massenkonsum dienen.

Dieser Gruppe trat innerhalb des neuen Rüstungsapparates der aus Big Business und der Hochfinanz hervorgegangene Kreis mit Knudsen, Stettinius und Harriman an der Spitze energisch entgegen. Mit dem Schlagwort «*Business as usual*» trat er dafür ein, dass die normale Friedensproduktion in den Vereinigten Staaten im Wesentlichen ungeschmälert weitergehen müsse und dass von einer Überexpansion der amerikanischen Industrie deshalb keine Rede sein dürfe, weil man im Weltkrieg die Erfahrung gemacht habe, dass sich dies später nur rächen könne. Dahinter standen natürlich die realen Gewinninteressen der Grossindustrie und der Hochfinanz. Eine der ersten Massnahmen von Knudsen war es gewesen, mit Hilfe des Präsidenten die Gesetzgebung zu beseitigen, durch die die Kriegsgewinne abgeschafft werden sollten.

«Zu den besonderen Schwierigkeiten rechnete die Profitbegrenzung durch den Vinson-Trammel Act und die unbewegliche Skala der vom Schatzamt zugelassenen Gewinne. Mit Hilfe des Weissen Hauses wurden diese Schwierigkeiten beseitigt und die Profitbegrenzung aufgehoben», erklärte Knudsen selbst im April 1941 voll Stolz². Unter seinen Zuhörern sassen Thomas Lamont, Owen D. Young von der Morgan-

¹ The United States News, 15. August 1941 ² Rede vor der Academy of Political Science vom 16.4.1941

bank, Frederic Coudert, N. M. Butler und andere Vertreter des Finanzkapitals. Der Bericht sagt, dass der Beifall für Knudsen überwältigend gewesen sei. Big Business sah endlich wieder die Gelegenheit zu grossen Gewinnen. Es wollte sich nun durch eine Abdrosselung des inneren zivilen Marktes das Geschäft nicht verderben lassen – und schon gar nicht durch Planwirtschaft und ein Neuaufleben des verhassten New Deal. Die amerikanische Industrie hatte vielmehr die Besserung der Konjunktur zu einer erheblichen Produktionssteigerung der Massenkonsumgüter benutzt, voran die Automobilindustrie, die so lange gedrosselt war. In der letzten Augustwoche 1941 wurden in den Vereinigten Staaten 109'000 Autos produziert, das waren 51'000 mehr als in der letzten Augustwoche 1940. Gleichzeitig waren die Preise nicht unerheblich gestiegen, so dass es zwischen Knudsen als dem Vertreter von Big Business und Henderson als dem Vertreter des New Deal erregte Auftritte gab, bis schliesslich eine Produktionseinschränkung der Autoindustrie um 25 v. H. beschlossen wurde.

In Knudsens OPM hatte sich bereits dasselbe System entwickelt, das wir im Kriegsindustrieamt Baruchs kennengelernt haben. Es wimmelte von seriösen Herren, die «für einen Dollar im Jahr» ihre wertvollen Dienste zur Verfügung stellten. Diese «dollar-a-year-men» waren die Direktoren aus den Riesentrusts der Banken und Industrie, die auf diese Weise sich aus der Schlüsselstellung der staatlichen Auftragserteilung riesige Rüstungsaufträge mit entsprechend hohen Preisfestsetzungen für ihre Unternehmungen zu sichern hofften. Das Ergebnis war denn auch schlagend: Im Herbst 1941 stellte sich heraus, dass 75 v. H. aller Rüstungsaufträge an nur 56 grosse Firmen gegangen waren¹. Von den 185'000 Fabrikunternehmungen der USA war also nicht einmal 1 pro Mille am Rüstungsgeschäft beteiligt worden. Die Aufrüstungsgewinne kamen in der Tat dem Monopolkapital der Riesentrusts fast allein zugute.

Die Morganbank hatte sich dabei mit Stettinius wieder den Eckplatz auf dem Sofa der Profite gesichert. Während Stettinius als der Haupteinkäufer für England unter dem Leih- und Pachtgesetz auftrat, wurde *Averell Harriman*, der Sohn des schon vor dem Weltkrieg verstorbenen Ei-

¹ Time, 25. August 1941

senbahnkönigs, der Hauptverkäufer. Harri-man wurde zum ständigen Beauftragten des OPM in London und später auch in Moskau ernannt. Dies «rechtfertigte» sich wohl dadurch, dass er bereits im März 1929 den Vorsitz des damals neu gegründeten Trusts «American Aircraft» übernommen hatte, während er andererseits durch seine Firma W.A. Harriman Securities Corporation einer der grössten Versicherungsmagnaten der Vereinigten Staaten und auch Englands ist, da seine Versicherungsgesellschaften durch eine Anzahl von Verwicklungen mit grossen englischen Unternehmungen verknüpft sind. Die beiden Schlüsselpositionen im Englandgeschäft wurden also von der United States Steel Corporation (Morgan) und der Flugzeugindustrie (Warburg und Lehman) besetzt. Wie Lamont richtig vorausgesehen hatte, als er Roosevelt plötzlich zu unterstützen begann, sollte sich dieser Krieg zu einem vielleicht noch viel grösseren Raubzug der Hochfinanz entwickeln als der vorige. Die New-Deal-Gruppe versuchte diese Entwicklung abzubremsen. Vergeblich. Henderson erntete dabei nicht mehr als einen Achtungserfolg. Die scharfen Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Gruppen, die nun für die Aufrüstung verantwortlich sind, müssen allerdings zu dauernden Stockungen in diesem Apparat führen, durch die nicht zum wenigsten die Engpässe hervorgerufen worden sind, in die sich alsbald die amerikanische Aufrüstung von den verschiedensten Seiten her hineingetrieben sah.

Man stand nun vor der überaus schwierigen Aufgabe, dem amerikanischen Publikum klarzumachen, dass es für die Aufrüstung in seinem Privatbedarf erhebliche Einschränkungen in Kauf nehmen müsse. Die gesamten Lebenshaltungskosten waren sprunghaft gestiegen, voran die Preise für Agrarprodukte, so dass die Arbeiter durchgehend höhere Löhne verlangten. Eine Welle der wirtschaftlichen Unsicherheit ging plötzlich über das ganze Land. Die damit verbundenen Streiks hatten vielleicht wirtschaftlich keine besondere Bedeutung, verstärkten aber die fortdauernden sozialen Spannungen. Die CIO stellte nun das sogenannte «*closed-shop-Prinzip*» in den Vordergrund ihres Kampfes, d.h. die Forderung, dass alle Arbeiter eines Betriebes Mitglieder der Gewerkschaften sein sollten. Dies wurde von den meisten grossen Gesellschaften erbittert abgelehnt.

Die Probleme erschwerten sich insbesondere dadurch, dass die hochspezialisierte amerikanische Industrie gar nicht ohne weiteres von der Friedensproduktion auf Kriegsmaterial umzustellen war. Die ausserordentlich leistungsfähigen Spezialmaschinen der Autoindustrie waren z.B. derart genormt, dass sie für den Bau von Flugzeugmotoren nicht eingesetzt werden konnten. Während sich so also eine Knappheit an Werkzeugmaschinen sofort in der Aufrüstung geltend machte, musste die schliesslich gegen den Widerstand der Industrie erzwungene Einschränkung im Automobilbau die peinlichsten Folgen auf dem Arbeitsmarkt haben. Bankrotte und Liquidationen von Grossverkäufern wirkten sich heftig auf das gesamte übrige Wirtschaftsleben aus. Die Aufrüstung schuf also einen Boom für einen Teilsektor der Wirtschaft, während sie in einem anderen eine neue Depression auslöste. Das Transportproblem bereitete riesige Schwierigkeiten, da die Eisenbahnen auf eine Steigerung der Industriekapazität von grösserem Ausmass nicht eingerichtet waren und infolgedessen Waggons in Auftrag geben mussten. Dies Rohmaterial ging aber wieder der Rüstung ab. Alle diese Erscheinungen wurden durch politische Einflussnahmen und durch Sonderinteressen einzelner mächtiger Wirtschaftsgruppen schliesslich so weit kompliziert, dass die *Zuteilung der Prioritäten* in einen schlimmen Skandal einmündete. Prioritäten waren von den Riesen trusts durch unlautere Mittel ergattert und weiterverschachert worden – und zwar für Industrien, die gar keine Rüstungsaufträge besaßen. Die herrlichen Zeiten, da Mellon im Schatzamt sass, schienen für Big Business wieder aufzuleben.

Eine psychologische Krise von erheblichem Ausmass begann sich anzukündigen, als sich die Erkenntnis zu verbreiten begann, dass sich das Rüstungsgeschäft zum schlimmsten Racket der amerikanischen Geschichte auswuchs und dass abermals Millionengewinne durch «Geschäfte mit dem Tod» eingestrichen wurden. Das Jahr 1940 hatte eine ausserordentliche Steigerung der Gewinne gebracht. Nach einer Aufstellung der «National City Bank» in New York betrug der Reingewinn von rund 2'600 Aktiengesellschaften im Jahr 1940 4'253 Millionen Dollar im Vergleich zu 3'565 Millionen Dollar im Jahr 1939. Dies bedeutete

eine Zunahme des Reingewinns um 19 v. H. Die Verzinsung des Kapitals dieser Aktiengesellschaften betrug im Jahr 1940 durchschnittlich 7,4 v. H. im Vergleich zu 6,3 v. H. im Jahre 1939. Wenn man bedenkt, dass in das Jahr 1940 erst der Beginn des eigentlichen Aufrüstungsgeschäftes fällt, kann man annehmen, dass die Gewinnspanne voraussichtlich 1941 schon etwa 40 v. H. über dem Stand von 1939 liegen dürfte.

Das Durcheinander der zahllosen sich überschneidenden Organisationen für die amerikanische Aufrüstung förderte ein erstaunliches Ergebnis zutage: Niemand hatte damit gerechnet, dass sich in diesem Land der gewaltigsten Rohstoffvorkommen Engpässe der industriellen Produktion ergeben würden, die sich so scharf auswirken könnten, dass dadurch die Aufrüstung überhaupt in Frage gestellt und auf gewissem Gebiete um Jahre verschoben werden müsste. Die massgebenden Männer der amerikanischen Wirtschaft wie auch der Regierung standen bei Kriegsausbruch unter dem Eindruck eines 1937 von einem Mitglied der Harvard-Universität veröffentlichten Buches: «Die Strategie der Rohstoffe», in dem eindrucksvoll nachgewiesen wurde, dass die Vereinigten Staaten das einzige Land in der Welt seien, das über sämtliche wichtigen, zur Kriegsführung notwendigen Rohstoffe in genügendem Umfang verfügte. Dieses Buch, eine sorgfältige wissenschaftliche Untersuchung, war in den Jahren vor dem Krieg in der angelsächsischen Welt als grosse Sensation aufgenommen worden. Es schien aus ihm hervorzugehen, dass rohstoffärmere Länder, wie Deutschland, überhaupt nicht imstande seien, einen langen Krieg zu führen. Umso verblüffender war es, dass sich Deutschland mit Hilfe seiner unermüdlichen Erfinder, seiner Werkstoffe und gleichzeitig natürlich auch mit Hilfe der Ausdehnung seines Machtkreises auf wichtige Rohstoffgebiete allein durch eine überlegene Organisation eine ausreichende Versorgung zu sichern vermochte, während umgekehrt das Organisationschaos in den Vereinigten Staaten die schnelle Ausschöpfung der Rohstoffquellen verhin-

derte. Es stellte sich bereits im Winter 1940/41 heraus, dass man schwierige Engpässe auf dem Gebiete der Stahlproduktion, des Aluminiums, des Zinns und des Gummis zu durchschreiten hatte. Das Problem des «Flaschenhalses», des bottleneck, wie man in Amerika sagt, trat plötzlich beherrschend in den Vordergrund.

Die Abneigung der Privatindustrie zu grossen Investitionen, die in der Nachkriegszeit nur Schwierigkeiten bei einer dann wieder normalen Marktorganisation bedeuten würden, hatten zur Entstehung dieser Engpässe beigetragen. Nicht weniger aber der Dilettantismus der Regierung, die zwar planmässig das Land in den Krieg hineinführte und beständig erklärte, es sei das «Arsenal der Demokratie», die aber keinerlei staatliche Vorratswirtschaft in den wichtigen Rohstoffgebieten zu betreiben vermochte, weil sie dadurch offenbar erneut mit der starren amerikanischen Tradition in Konflikt geraten wäre. So kommt es, dass ein verhältnismässig rohstoffarmes Land wie Deutschland auf Jahre hinaus durch seine Vorratswirtschaft und die vorsorgliche Organisation seiner Industrie einen Vorsprung vor den rohstoffreichen Vereinigten Staaten besitzen wird, der durch die Besetzung der russischen Überschussgebiete nun überhaupt kaum mehr einzuholen ist.

Die Leitung der OPM glaubte, dass es nur nötig sei, der Zivilwirtschaft die Rohstoffe fortzunehmen, um über eine genügende Menge für die Kriegswirtschaft zu verfügen. Dabei übersah man die mit derartigen Entscheidungen im demokratischen System verbundenen politischen Schwierigkeiten. Auch bei vollständiger Ausschaltung des zivilen Verbrauches reichten zudem die Produktionsmöglichkeiten von Rohstoffen, wie Aluminium für den Bedarf der Aufrüstung bei weitem nicht aus. 1938 betrug die Gesamtproduktion von Aluminium in den Vereinigten Staaten nur 364 Millionen Pfund; «das war wenig mehr, als für die Belieferung der Flugzeugfabriken für vier Monate nötig ist, wenn die Flugzeugproduktion die vorgesehene Höhe erreicht»¹. Noch im Dezember 1940 erklärte Stettinius in einer Mitteilung des OPM, eine Aluminiumknappheit sei nicht zu befürchten. Zwei Monate später wurde es notwen-

¹ Fortune, August 1941

dig, den Privatverbrauch drastisch einzuschränken. Im nächsten Monat begann man plötzlich im Lande Aluminiumkochtöpfe einzusammeln, und im Juli 1941 gab das OPM schliesslich bekannt, wegen Aluminiummangels sei ein Rückgang der Flugzeugproduktion in den folgenden drei Monaten unvermeidlich. Es stellte sich schliesslich heraus, dass allein der militärische Bedarf von Aluminium für Anfang 1942 auf 100 Millionen Pfund im Monat geschätzt wurde, dass aber auch bei der grössten Anstrengung höchstens 60-70 Millionen Pfund produziert werden konnten. Man musste sich daher entschliessen, neue Werke bauen zu lassen, in denen aber vor Ende 1942 die Produktion nicht aufgenommen werden kann. «Fortune» stellt daher fest, dass «der Strom» von Kriegsmaterial im Jahr 1942 viele Monate hindurch eingeengt sein wird. Der Gesamtbedarf an Aluminium wurde schliesslich mit 1'400 Millionen Pfund angegeben. Die Wasserkraft reichte aber höchstens für die Produktion von 642 Millionen Pfund aus. Es ergab sich, dass die Anlage von neuen hydroelektrischen Werken, die für die Aluminiumproduktion eingesetzt werden sollten, sich dadurch verzögerte, dass wichtige Maschinenteile, die ebenfalls aus Aluminium hergestellt werden, nicht geliefert werden konnten.

Der Grund für diesen Engpass bestand allein darin, dass die gesamte Aluminiumproduktion der Vereinigten Staaten in der von der Mellon-Gruppe kontrollierten Aluminium Company of America monopolartig zusammengefasst ist. Diese mächtige Gesellschaft verhinderte den Ausbau von neuen Aluminiumwerken, aus denen ihr später hätte eine Konkurrenz erwachsen können. Sie weigerte sich ausserdem, die Aluminiumbelieferung an ihre bisherigen grossen Zivilkunden, vor allem an die Autoindustrie, drastisch herabzusetzen. Hierfür aber hatte Herr Knudsen als Chef der General-Motors-Werke ein ausreichendes Verständnis!

Ähnlich erstaunliche Erscheinungen zeigten sich auf dem Gebiete der Stahlproduktion. 1939 verteilte sich die Stahlproduktion der Welt etwa so, dass die Vereinigten Staaten 35 v. H., das Deutsche Reich mit dem Generalgouvernement über 20 v. H., die Sowjetunion 14, England 10, Frankreich 6 und Japan 5 v. H. produzierten. (Der Rest von 10 v. H.

verteilte sich auf die übrigen Länder.) Bis zum Herbst 1941 hatte Deutschland seinen Anteil an der gesamten Stahlproduktion der Welt durch die Rückgliederung Lothringens und die Beherrschung des wichtigsten Stahlzentrums der Sowjetunion auf eine Höhe gebracht, die diejenige der Vereinigten Staaten und Englands zusammengenommen bereits erreichte. Die Kapazität der Stahlindustrie der Vereinigten Staaten betrug 1940 82 Millionen to. Im Januar 1941 wurde mit 6,9 Millionen to die höchste Produktion der amerikanischen Geschichte erreicht (Durchschnittsproduktion 1918: 4,1 Millionen, 1929: 5,3 Millionen to im Monat). Voll Begeisterung schrieb «Fortune» noch im Frühjahr 1941: «Selbst für eine Nation, die mit industriellen Statistiken übersättigt ist, hören sich die Ziffern der Stahlproduktion wie das Rollen eines mächtigen Donners an.» Das war eine zu poetische Auffassung. Es ergab sich, dass die Stahlkapazität der Vereinigten Staaten den zivilen Bedarf nicht gleichzeitig mit dem militärischen befriedigen konnte. Noch Ende Februar 1941 hatte Roosevelt selbst auf Grund eines Berichtes der Stahlindustrie erklärt, die Stahlkapazität der Vereinigten Staaten sei gross genug, um den zivilen Bedarf, die eigene Aufrüstung und die Bedürfnisse Englands und der anderen Leih- und Pachtstaaten zu befriedigen. Knapp drei Monate später musste der Stahlbedarf jedoch scharf rationiert werden, und schliesslich kam man zu dem Schluss, dass man neue Anlagen mit einer zusätzlichen Kapazität von 10 Millionen Tonnen bauen müsse. Die Schwierigkeit war nur, dass der Bau dieser Anlagen selbst zunächst riesige Mengen Stahl verschlingen musste. Seit dem Sommer 1941 machte sich der Mangel von Stahl beim Bau von Schiffen, Röhrenleitungen und Eisenbahnwaggons peinlich bemerkbar. Es wurde schliesslich festgestellt, dass im Jahr 1942 nur noch 36 Millionen to Stahl für den zivilen Verbrauch übrigbleiben würden und dass infolgedessen in dem gesamten zivilen Sektor der amerikanischen Wirtschaft eine Depression unvermeidlich sei.

Noch viel schwieriger gestalteten sich die Verhältnisse auf denjenigen Gebieten, in denen die Vereinigten Staaten nicht über eine entsprechend ausreichende Eigenproduktion verfügen. Im Sommer 1941 bemerkte

man plötzlich, dass sowohl die *Kautschuk*- als auch die *Zinnvorräte*, die im Lande aufgestapelt waren, ungefähr den Bedarf bis zur Jahreswende 1941/42 decken könnten. Die inzwischen eingetretene Knappheit an Schiffsraum begann sich nun fühlbar auszuwirken. Die Notwendigkeit, Kautschuk über den ganzen Pazifik aus Niederländisch-Indien herbeizuschaffen, schien erhebliche Sorge zu bereiten und noch grössere die Zinnfrage, da das britisch-holländische Zinnmonopol in der Welt auf der eigenartigen Arbeitsteilung beruht, dass das in Bolivien gewonnene Zinn erst nach England in die dortigen Schmelzanlagen gebracht wird, um von da aus wieder an die Zinnkonsumenten in der ganzen Welt verteilt zu werden. (Die USA selbst verfügen über keine eigene Zinnproduktion.) Mit verhaltenem Ingrimm bemerkte man in Fachkreisen: «In Texas wurde zwar ein Schmelzwerk errichtet, jedoch konnten die Vereinigten Staaten nicht von der Vorherrschaft des englisch-holländischen Monopols befreit werden. Diese Vereinigung hat durch Jahrzehnte das Zinnerz der Welt im Würgegriff gehalten. Das Schmelzwerk in Texas wird ebenfalls in Händen der holländischen Gesellschaft sein, und nur die kleinere Hälfte des bolivianischen Zinnerzes wurde der britischen Kontrolle entzogen. Der Rest macht weiterhin die lange gefährliche Reise nach England zu einem durch Bomben gefährdeten Schmelzprozess und wird dann über den Atlantik zurück nach den Vereinigten Staaten ausgeführt werden.»¹

Alle diese Schwierigkeiten könnten natürlich gelöst werden, wenn eine einheitliche Führung die Vereinigten Staaten für ein wirkliches Ziel hätte begeistern können. Davon aber kann keine Rede sein. Die beiden Gruppen innerhalb des kriegswirtschaftlichen Generalstabs stehen sich feindlich gegenüber und widersprechen sich in der Praxis dauernd.

«Die grösste Krise in Amerika wie in England ist die Krise der Führung; aus welchem Grunde immer, die Männer, die fähig wären, Amerika zu retten, sind entweder nicht vorhanden, oder sie Fortune, August

1941 wurden nicht in den öffentlichen Dienst berufen. Dass Deutschland mit einer Bevölkerung von 80 Millionen imstande ist, die erforderlichen Führer zu finden und dass Amerika mit seinen 132 Millionen das nicht vermag, ist im Grunde eine glatte Verdrehung der mathematischen Gesetze¹.»

Fähige Führer entstehen allerdings nicht kraft mathematischer Gesetze, sondern durch die Verbindung von Persönlichkeit und Idee. Das Rüstungschaos hat die Öffentlichkeit der Vereinigten Staaten in tiefes Unbehagen versetzt, dessen Wurzeln sie sich nicht erklären kann. Es ist jedoch kein Zufall, wenn der Nationalsozialismus zwei Männer, Göring und Todt, hervorgebracht hat, die, vereint, mit ihren Apparaten die riesigen Aufgaben der Rüstung eines an Rohstoffen armen Volkes zu meistern vermochten. Es ist auch keine «Verdrehung der mathematischen Gesetze», dass es hierfür in den Vereinigten Staaten keine Entsprechung gibt. Das Land besitzt weder ein Ziel, von dem es wirklich überzeugt wäre, dass es dafür kämpfen müsse, noch besitzt es eine weltanschaulich geschlossene Grundlage, durch die die Verbindung von Persönlichkeit und Idee erreicht werden könnte. Wir sahen, wie Roosevelt mit seinem New Deal versuchte, das Fehlen einer wirklichen Massenbewegung zu ersetzen, und wie ihm dies misslang. An die Stelle des New Deal wollte er nun den Krieg und die Kriegswirtschaft setzen, aber auch dies muss misslingen und, wie die Kreise um Lewis und Lindbergh voraussehen, zu noch völlig unabsehbaren inneren Umwälzungen führen.

Der gewaltige Rüstungsapparat, über den an sich die Vereinigten Staaten verfügen, wird gewiss erhebliche Leistungen hervorbringen, aber sie müssen sich infolge der inneren Uneinheitlichkeit der Männer am Schaltwerk beständig immer wieder zersplittern. Im Sommer 1941 waren 300 Rohstoffe und Produktionsmaterialien auf die Liste der Prioritäten gesetzt, d.h. sie waren entweder schon knapp oder drohten alsbald knapp zu werden. Die sechs verschiedenen Ämter, die nun über die Prioritäten zu entscheiden hatten, taten dies völlig nach eigenem Gutdünken und in einer sich dauernd widersprechenden Form. Die Ge-

¹ Fortune. August 1941

sichtspunkte der Armee waren verschieden von denen der Marine und die beider wiederum anders als die der an ihren Profit denkenden Privatwirtschaft, während die auf staatliche Planung ausgehenden Kräfte wie Leon Henderson allen dreien feindlich gegenüberstanden. Alle diese Stellen aber hatten unmittelbar Entscheidungsgewalt; sie konnten Anordnungen treffen, die ganze Sektoren der amerikanischen Wirtschaft auf das stärkste betrafen.

Die Probleme, die die Aufrüstung stellt, münden in die Grundfragen des modernen Amerikanismus: Auch hier trifft die amerikanische Wirklichkeit auf den erstarrten amerikanischen Mythos, der eine produktive Fortentwicklung des inneren gesellschaftlichen Aufbaus verhindert. Dass dies so ist, dass eine auf die Verbindung des Sozialen mit dem Nationalen scharf ausgerichtete Führerschaft nicht entstehen konnte, wird nun schliesslich als eine «Verdrehung der mathematischen Gesetze» empfunden! Vernichtender konnte der Bankrott der amerikanischen Ideen kaum ausgedrückt werden.

Eine Bilanz der voraussichtlichen Entwicklung der amerikanischen Aufrüstung ist auch hier nur als Momentbild möglich. Mitte Januar 1941 musste Knudsen vor der Senatskommission für Auswärtige Angelegenheiten zugeben, dass eine vollständige Materialbeschaffung für die bis zum Sommer 1941 vorgesehene Armee von 1,4 Millionen Mann nicht vor Ende 1942 vollendet sein könne. Er erklärte, dass man bei der ersten Schätzung gehofft habe, dieses Programm bis zum 1. Juli 1942 erfüllen zu können. Verzögerungen in der Produktion des schweren Materials seien aber unvermeidlich. Dies bedeutet, dass weltpolitisch im Jahr 1942 auch die kleine Armee von knapp 1½ Millionen Mann kaum ins Gewicht fällt und dass auch im günstigsten Falle eine grössere wohl-ausgerüstete amerikanische Expeditionsarmee vor dem Winter 1943/44 kaum zur Verfügung stehen kann.

Geht man die Produktionsmöglichkeiten der einzelnen Waffenarten durch, so ergeben sich Ende 1941 mit Ausnahme vielleicht der leichten Waffen überall erstaunliche Produktionslücken, die nach amerikanischer Ansicht meist erst ab 1943 stärker aufgefüllt werden können. Am fühlbarsten dürfte sich dies auf dem Gebiet der Geschützproduktion und

der Panzer auswirken. Im Sommer 1941 wurden z.B. monatlich zwölf 3,7-cm-Pak hergestellt, während der Bedarf der amerikanischen Armee allein mit 6'000 angegeben wurde. Noch grösser war die Produktionslücke bei der Flak. Hier betrug die Jahresproduktion 1941 etwa 250 Stück. Mit der Herstellung von schweren Panzerwagen wird man vor 1942 überhaupt nicht beginnen können, und auch dann ist die Serienproduktion zunächst noch nicht möglich. Was schliesslich die Flugzeugindustrie angeht, so darf nach dem Foreign Policy Report¹ angenommen werden, dass die bis zum Sommer 1941 erteilten Aufträge die Industrie bis zum Winter 1944/45 beschäftigen werden. Die vorgesehene Ausweitung der Kapazität um mindestens 600 v. H. bereitet Schwierigkeiten, die wohl nur in einem Lande ganz ermassen werden können, das selbst eine riesige Entwicklung der Flugwaffe erlebt hat. Das von Roosevelt für den Zeitraum eines Jahres geforderte Programm wird also im günstigsten Falle in der drei- bis vierfachen Frist erreicht werden können.

So lassen sich die Probleme der Aufrüstung in einigen Sätzen zusammenfassen, die «Fortune» im März 1941 schrieb: «Selbst der Enthusiasmus und die Hingabe Knudsens, der vor seinem schwerbeladenen Schreibtisch in Washington sitzt, können nicht das Unmögliche erreichen. Er kann nicht, gestern zurückkaufen. Die härteste Tatsache, die über unser Flugzeugbauprogramm zu sagen ist, ist, dass Flugzeuge und Maschinen nicht dann plötzlich da sein können, wenn man sie verlangt. Es liegen vielmehr Jahre zwischen der Auftragserteilung und der Ablieferung. Kriege werden durch einige wenige Entscheidungen gewonnen. Aber diese Entscheidungen müssen lange im Voraus getroffen werden. Das wusste Hitler, das wusste Göring. Die Erklärung für unsere gegenwärtige geringe Produktion an Flugzeugen ist einfach die, dass die Aufträge nicht eher erteilt wurden. Das ist eine wenig angenehme Wahrheit. Aber es ist die Wahrheit.»

In den Engpässen, in die die amerikanische Aufrüstung sich alsbald gezwängt sah, entwickelte sich schnell auch noch ein anderer Gefahrenherd. Eine Preissteigerung auf allen Gebieten schien unvermeidlich. Vom Herbst 1941 ab überschritten die Verknappungserscheinungen die

¹ Januar 1941

Sphäre der Produktionsgüter und griffen unmittelbar in die der Konsumgüter über. Die Industrie errechnete, dass sie ohne Preissteigerung den vielfältigen Aufgaben nicht gewachsen sei. Die Arbeiter verlangten höhere Löhne, nachdem sie sahen, dass sie für den Dollar immer weniger erhielten. Das Gespenst der Inflation pochte unvermutet an die Tore der Vereinigten Staaten. Leon Henderson, dem die Aufgabe der Preisregulierung übertragen wurde, begann ein System auszuarbeiten, das praktisch lebhaft an die ersten Regelungen der NIRA von 1933 bis 1934 erinnerte. Der Plan, die Industrie durch die Preiscodes zu binden, tauchte plötzlich wieder auf, nachdem er solange in der Versenkung verschwunden war. Daneben wurde es notwendig, ein völlig neues Steuersystem einzuführen, in dem die Einkommensteuer zum erstenmal von wirklicher Bedeutung in den Vereinigten Staaten sein wird. Während wir dieses Buch abschliessen, sind diese Probleme alle noch völlig offen, und wir müssen uns mit dem Hinweis begnügen, dass die amerikanische Kriegswirtschaft Fragen aufwirft, die den amerikanischen Wirtschafts- und Gesellschaftsaufbau wesentlich verwandeln werden. Zu welchem Ende, kann indes niemand voraussagen.

Die drängenden inneramerikanischen Probleme sind durch die Einbeziehung der Vereinigten Staaten in den Krieg einer Lösung nicht nähergebracht worden. Die Aufrüstung, von der sich Roosevelt in Verbindung mit dem Notstand alles versprach, erwies sich keineswegs als ein Zaubermittel. Sie brachte vielmehr alle Widersprüche, in denen die amerikanische Gesellschaft befangen ist, nur noch schärfer zum Vorschein. Der Appell an die nationale Disziplin, der niemals wirkungslos ist, mag dies für eine gewisse Zeit übertönen, aber er wird nicht ausreichen. Auch wenn die letzte dünne Scheidewand, die die Vereinigten Staaten im Herbst 1941 vom Krieg noch trennt, gefallen sein wird, wird das amerikanische Volk nicht wissen, warum es eigentlich die ungeheuren Anstrengungen und Entbehrungen eines modernen Angriffskrieges auf sich nehmen muss. Nach zwei Jahren intensiver Kriegssagitation wollen noch immer 80 v. H. an diesem Krieg selbst nicht beteiligt sein. Sie wissen nicht, weshalb er sie überhaupt angeht. Roosevelt sah ganz

mechanisch in der Entfesselung und in der Teilnahme an dem Krieg ein Allheilmittel für die verfahrenere innere Lage. Die Hochfinanz sah die Möglichkeit neuer Milliarden Gewinne. Das Volk aber sah nichts. Es fühlte sich weder bedroht noch wollte es sich im Grunde über die westliche Erdhälfte hinaus an den Streitigkeiten der übrigen Weltmächte beteiligen. Hier nun wurde ein neues Instrument der Verlockung in das Orchester der Kriegstreiber eingeführt, das zuerst als sanfter, dunkler Unterton, aber bald alles übertönend mit mächtigstem Fortissimo gespielt wurde:

Die Möglichkeit einer amerikanischen Weltherrschaft als das Ergebnis dieses Krieges wurde plötzlich zum Leitmotiv der inneren Propaganda.

TEIL VII

Die Proklamation des «Amerikanischen Jahrhunderts»

Die Junisonne lag über den Ufern des breit dahin rauschenden und noch so indianisch anmutenden Potomak. Man zählte das Jahr 1939. Nur wenige Monate noch trennten die Welt vom Kriege. Entlang den verträumten Wegen, die durch hohes Gras zum Fluss hinabführten, standen die Posten der Nationalgarde. Einige Dampfboote legten an, und bald fuhr eine grosse Gesellschaft hinauf zu dem freundlichen, von Kastanien umschatteten Landsitz des Gründers der amerikanischen Republik. Das bescheidene Haus in seinen strengen und edlen Massen, weiss schimmernd im Grün der saftigen Wiesen, erwartete den seltsamsten Besuch, seit es erbaut war. Die Gesellschaft hielt sich nicht lange dort auf. Der schlanke Herr in der blauen Uniform eines englischen Admirals, der im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit aller stand, versuchte die leichte Verlegenheit, die bei diesem Anlass nicht zu vermeiden war, durch gezwungene Scherze zu übertönen. Man stieg wieder in die Wagen und fuhr noch ein kleines Stück seitwärts in ein niedriges Gehölz, bis sich ein unscheinbares Tempelchen aus rotem Backstein erhob. Das Gitter vor dem Eingang war geöffnet. Das Innere barg einen einfachen Sarkophag. Dort legte der Admiral einen Kranz nieder, auf dessen Schleife stand: «George VI. and Elizabeth to George Washington.»

Im Jahre 1886 hatte Andrew Carnegie, der Stahlkönig, der bei seinem Tode ein Vermögen von 400 Millionen Dollar hinterliess, in einem Buch, das er «Die triumphierende Demokratie» genannt hatte, geschrieben: «So wird also Amerika die Welt bald zu seinen Füßen sehen; die amerikanische Verfassung wird mehr und mehr als das Muster aufgestellt werden, das neue Nationen adoptieren und die alten zu erreichen suchen werden.»

War nicht in jenen Junitagen der Traum Carnegies zur Wirklichkeit geworden?

Hatte nicht der König Britanniens und der Dominien, der Kaiser von Indien, das Oberhaupt über mehr als 500 Millionen Menschen vor demjenigen Mann seine Reverenz gemacht, der als Abtrünniger und Rebell dem britischen Diadem einst den schönsten Stein ausgebrochen hat? Bei jener Zeremonie am Grabe Washingtons sah das britische Königspaar ein wenig hilflos aus.

Sie waren die einzigen unter allen Anwesenden, die sich zu bemühen versuchten, den tieferen Sinn dieses Aktes nicht zu verstehen. Hätte man sich denken können, dass die Urgrossmutter, die alte Queen, zu jenem Ort gewallfahrtet wäre? Oder selbst der elegante Eduard VII.? Nicht einmal der Vater des regierenden britischen Königs hätte dies über sich gebracht. Es wäre ihm als ein Verstoss gegen all das erschienen, was die englische Tradition seit Jahrhunderten aufgebaut hat. Es mag sein, dass in jenem Augenblick George Washingtons einunddreissigster Nachfolger, als er der Zeremonie seiner königlichen Gäste zusah, zum erstenmal plastisch das Ziel vor Augen sah, der schon drohend am Horizont heraufziehende Krieg müsse dazu benutzt werden, um eine amerikanische Weltherrschaft aufzurichten.

Noch war es wohl nicht so weit, dass «Amerika die Welt zu seinen Füßen sah», wie Carnegie prophezeit hatte. Aber sprachen nicht viele Zeichen dafür, dass es dahin kommen könnte? War es nicht schon deutlich, dass Britannien ganz anders noch als während des Weltkrieges um die Vereinigten Staaten werben musste, wenn es das Risiko des Krieges auf sich nehmen wollte? War es nicht sogar schon so, dass Britannien diesen Krieg führen musste, weil Amerika dies wollte? Und war dami

nicht bereits das britische Weltreich der letzten Souveränität seiner eigenen Entscheidungen über Krieg und Frieden, Leben und Tod, Herrschaft und Untergang beraubt?

In jenen Tagen war dies alles nur im Keim zu sehen. Aber schon ein Jahr später, im Juni 1940, sollte Churchill von der Tribüne des Unterhauses ausrufen: Niemand kann die Vereinigung des Empires mit Amerika aufhalten. «Wie der Mississippi», sagte er in Anlehnung an ein altes amerikanisches Negerlied, «strömt es dahin, lasst es strömen! Lasst es strömen mit starken Wellen zu breiteren Ufern und besseren Tagen – it just keeps rolling along.» Das war sehr poetisch gesagt. Dahinter aber stand kalt und nüchtern der Anspruch Amerikas auf die Beherrschung der Welt, die England entglitten ist.

Wenige Monate vor dem Königsbesuch in Washington war gleichzeitig in London und New York ein Buch eines amerikanischen Publizisten erschienen, das unter dem Titel «*Union Now*» den ins einzelne ausgearbeiteten Vorschlag einer Vereinigung Englands, der Vereinigten Staaten, Frankreichs und der kleineren westeuropäischen Demokratien in einem Bundesstaat enthielt. Das Echo, das diese Veröffentlichung erfuhr, war ungewöhnlich. Wickham Steed, der Herausgeber der «Times» während des Weltkrieges und seitdem der Erzfeind einer deutsch-englischen Verständigung, erklärte, das Buch sei epochemachend. Lionel Curtis, der grosse Theoretiker des modernen britischen Imperialismus, schrieb, das Buch sei ein Meilenstein der Geschichte. Sein Verfasser war Clarence K. Streit.

Streit¹ war als junger Mann mit einem Sonderauftrag dem amerikanischen Geheimdienst von Wilsons Friedensdelegation in Paris zugeteilt worden und hatte seit 1929 die «New York Times» in Genf vertreten. Dort war er mit dem unzulänglichen Apparat der Liga in enge Berührung gekommen und hatte den Gedanken gefasst, einen viel zugkräftigeren Plan in die Debatte zu werfen. Der Erfolg seines Buches gerade

¹ Clarence Streit ist wohl Halbjude; seine Mutter hiess Emma

in England war erstaunlich und bezeichnend für die Situation; denn das in «Union Now» entwickelte Programm konnte überhaupt nicht anders verstanden werden als ein Versuch Amerikas, sich nicht nur das britische Empire, sondern auch die Hälfte Europas auf kaltem Wege durch das Ausspielen seiner Übermacht einzuverleiben. Streit verlangte also einen staatlichen Zusammenschluss der Vereinigten Staaten mit England, den fünf Dominien, Frankreich, Belgien, Holland, Dänemark, Norwegen, Schweden, Finnland und der Schweiz. «Zusammen», so schrieb er, «besitzen diese fünfzehn Länder ungefähr die halbe Erde, beherrschen sie alle Ozeane, regieren sie die halbe Menschheit. Annähernd zwei Drittel des Welthandels wickelt sich zwischen ihnen und ihren Besitzungen ab. Sie besitzen praktisch das gesamte Gold der Welt und fast den gesamten in den Banken aufgehäuften Reichtum, vereint wären sie die stärkste Militärmacht.»

Der springende Punkt in Streits Plan war nun, dass sämtliche Staaten, die der neuen Union beitreten sollten, ihren kolonialen Besitz als Eigenbesitz verlieren und an das neue Machtgebilde abgeben sollten. Dieses aber sollte genau nach dem Muster der amerikanischen Verfassung aufgebaut werden. Hierdurch sollten durch ihre Bevölkerungsstärke die Vereinigten Staaten das Übergewicht gewinnen. Je eine halbe Million Stimmen sollte berechtigt sein, einen Abgeordneten für das neue Unionsparlament zu wählen. Unter 540 Sitzen, die dieses Parlament haben würde, wären dann 252 amerikanisch – unter Hinzurechnung von 21 kanadischen Sitzen 273, also die Mehrheit. Auf den Verfassungsplan, der völlig naiv gerade jene amerikanischen Einrichtungen auf das neue Machtgebilde übertragen will, deren verkrampte Erstarrung wir kennengelernt haben, lohnt es sich kaum näher einzugehen. Interessant ist daran nur, dass die südamerikanischen Republiken auffälligerweise von diesem nordamerikanischen Vorschlag ausgeschlossen bleiben sollten. Sie sollten offenbar den Vereinigten Staaten als gesonderte Herrschaftsdomäne freundlichst vorbehalten bleiben. Dafür wünschte Streit die historische Einheit Europas zu zerschlagen und durch die Einbeziehung sowohl Frankreichs wie der kleineren Staaten, die man damals als «Oslogruppe» bezeichnete, quer durch den europäischen Kontinent eine

Scheidelinie zu legen, bis zu der praktisch der amerikanische Herrschaftsbereich vorgeschoben werden sollte.

Auf diese Weise sollten nicht nur die britischen, sondern auch die französischen, belgischen und holländischen Kolonien in das von Amerika beherrschte Machtgebilde eingebracht werden. Indien sollte bezeichnenderweise die Gleichberechtigung versagt bleiben. Die übrigen Völker, vor allem Deutschland, Italien und Japan, aber auch China und der Sowjetraum sollten nach Streits damaliger Ansicht durch die Errichtung einer solchen Union allmählich zur Aushungerung, zur machtmässigen Einschrumpfung gebracht und schliesslich zur Anerkennung der amerikanischen Lebens- und Machtform als dem obersten Gesetz der Welt gezwungen werden. Phantastisch? Absurd? Jedenfalls höchst bezeichnend dafür, wie sich in amerikanischen Köpfen das Bild der Welt zu malen begann.

Streits Programm wäre kaum der Erwähnung wert, wenn es nicht in der gesamten angelsächsischen Welt eine ungewöhnliche Resonanz hervorgerufen hätte. In England sowohl wie in Amerika wurde alsbald die Werbetrommel für diesen Plan mit lautem Schall gerührt. Streit selbst begann eine Organisation aufzuziehen, das Geld hierzu kam von den Bankhäusern Morgan und Altschul (Lazard Frères), die wir bereits als die Geldgeber für das William-Allen-White-Komitee kennengelernt haben. In Washington wurde ein Union-Press-Verlag und entsprechende Korrespondenzen gegründet. Versammlungen im ganzen Land erregten immer grössere Aufmerksamkeit. Ganzseitigen Anzeigen in den grossen Zeitungen folgten Artikel in den Zeitschriften selbst. Henry Luce stellte seine einflussreichen Organe «Life», «Time» und «Fortune» zur Verfügung. Die ebenfalls weitverbreitete illustrierte Zeitschrift «Look» brachte bereits die Abbildungen der Persönlichkeiten, die den künftigen Kongress der «Union» bilden sollten¹. Schliesslich aber übernahm Eleanor Roosevelt den Vorsitz in einer Versammlung², auf der Clarence Streit in Washingtons grösstem Saal, der Constitution Hall, sein Programm vor den Spitzen der amerikanischen Gesellschaft entwickelte.

Damit war angedeutet, dass das Kriegsziel des Präsidenten in dieser

¹ 29. Juli 1941 ² 20. Februar 1941

oder jener Abwandlung mit dem Programm von Union Now übereinzustimmen schien. Die Aussenpolitik Roosevelts, deren aggressive und expansive Entwicklung wir Schritt für Schritt verfolgt haben, mündete nun also in ein Programm ein, das die Beherrschung der Welt offen zum Ziele hatte. Der Präsident selbst vermied es natürlich, sich in der Öffentlichkeit bereits vorzeitig festzulegen. Die gut informierte Zeitschrift «News Week» berichtete indes¹: «Der Präsident und Frau Roosevelt sind beide ausserordentlich an der universalen Idee einer Weltunion interessiert und haben sich hierüber in verschiedenen privaten Unterredungen mit Clarence Streit eingehend unterhalten. Natürlich wird das Staatsoberhaupt dieses Thema nicht öffentlich anschneiden, ehe es nicht durch eine längere Zeit hindurch zur öffentlichen Diskussion gestellt und ehe nicht das isolationistische Grundgefühl der Amerikaner gebrochen ist.»

So wurde Clarence Streit zum Intimus des Weissen Hauses, wie andererseits zum aussenpolitischen Berater von Willkie. Abermals bildete sich um den Präsidenten ein *neuer Gehirntrust*. Nunmehr der vierte. Der erste unter Rosenman und Moley war völlig innerpolitisch auf das New Deal gerichtet. Der zweite mit Frankfurter, Corcoran und Cohen verband mit den Ideen des New Deal bereits die aussenpolitische Konzeption des Kampfes gegen den Nationalsozialismus. Der dritte mit Berle und Welles setzte sich das Ziel, den Krieg unvermeidlich zu machen, ohne dass dadurch die Vereinigten Staaten selbst durch eine unmittelbare Beteiligung engagiert werden sollten. Der vierte Gehirntrust nun ging einen wesentlichen Schritt weiter. *Die Unterwerfung des gesamten Erdkreises unter die amerikanische Macht und unter die amerikanischen Ideen wurde sein Programm*. Willkie, Streit, der Verleger Henry Luce und Willkies Wahlmanager Davenport, der Herausgeber der Zeitschrift «Fortune», bildeten den Kern dieses neuen geheimen Kreises um das Weisse Haus. Drüben aber musste Churchill rufen: «It just keeps rolling along...»

Streits ursprüngliches Programm wurde durch die Ereignisse des europäischen Krieges verändert. Vom Sommer 1940 ab hatte es keinen

¹ 30. September 1940

Sinn mehr, Frankreich, Holland, Belgien und die skandinavischen Länder in diesen Plan einzubeziehen. In Frankreich hatte man zudem der unter dem Titel «Union of Chaos» erschienene Übersetzung von Streits Buch keine ernstliche Bedeutung beigemessen, da es selbst dem anglomansten Franzosen klar war, dass ein solches Programm das Ende Frankreichs überhaupt bedeuten musste. Streit hatte entsprechend der neuen Lage hurtig auch ein neues Programm entworfen. Es hiess jetzt einfach: *Union now with Britain*. Das Beiwerk fiel weg. Die Frage blieb übrig, ob die Vereinigten Staaten und das Empire in einen angelsächsischen Überstaat unter amerikanischer Führung verwandelt werden könnten. Auch hier wiederum wurde der Vorschlag ganz naiv und konkret bis in die letzten Einzelheiten hinein ausgearbeitet. Das angelsächsische «Überparlament» sollte nun aus 49 Männern bestehen: aus 27 Amerikanern und 22 englischen und Empirepolitikern mit Roosevelt als Präsidenten und Churchill als Premierminister. Dieser neue Vorschlag Streits war das Ergebnis seiner Unterhaltungen mit dem Präsidenten. Ganz Washington sprach davon, dass Roosevelt selbst dieses Verhältnis der britischen und amerikanischen «Parlamentssitze» festgelegt hatte.

In England waren es von Anfang an zwei verschiedene Kreise, die sich für das Unionprojekt einsetzten: die imperialistischen Empirepolitiker, die sich von Cecil Rhodes und Lord Milner herleiteten, und andererseits ein kleiner, aber einflussreicher Kreis intellektueller Juden der linksliberalen Richtung. Die Imperialisten standen zunächst im Vordergrund.

Cecil Rhodes hatte in seinen letzten Lebensjahren den Plan gefasst, nach dem Muster der Jesuiten eine geheime britische Gesellschaft zu gründen, deren Mitglieder in allen Teilen des Empires für die Idee der beständigen Erweiterung des Weltreichs arbeiten sollten. In seinem Testament vermachte er in folgedessen sein Geld für eine Reihe von Stiftungen, die dem folgenden Zwecke dienen sollten: «Der Ausdehnung der

britischen Herrschaft über die Welt und insbesondere der Besitzergreifung des gesamten afrikanischen Kontinents durch britische Siedler sowie der Besitzergreifung von Palästina, Mesopotamien, Cypern, Kreta, Südamerika, der Küste Chinas und Japans und», so schliesst fundamental dieser Absatz des Testaments: «der schliesslichen Wiedereinfügung der Vereinigten Staaten als eines integralen Bestandteils des britischen Empire».

Ungefähr gleichzeitig umriss Andrew Carnegie die amerikanischen Wunschträume: «Der einzig mögliche Weg für England besteht in der Wiedervereinigung mit seiner gigantischen Tochter. Andernfalls müsste Britannien mit Sicherheit auf einen zweitrangigen Platz abstürzen. Es wäre damit zu verhältnismässiger Bedeutungslosigkeit verurteilt.»

Carnegies Ausspruch und Rhodes Testament stammen aus den Jahren kurz vor der Jahrhundertwende. 1902 schrieb ein amerikanischer Schriftsteller T.W. Stead – er war sowohl mit Carnegie wie mit Rhodes in Fühlung – ein Buch mit dem alarmierenden Titel «*The Americanization of the World*». Für das Programm einer Union gab es also sowohl von England wie von Amerika her tiefreichende Wurzeln. Die Frage war allerdings, ob entsprechend dem Programm von Rhodes die Vereinigten Staaten wieder zu einem Glied des Empire werden oder ob entsprechend dem Programm von Carnegie das Empire zu der Aussenbastion der Vereinigten Staaten gemacht werden sollte. An dieser Problematik hatte sich nichts geändert, als im Frühjahr 1939 sowohl in England wie in Amerika plötzlich das Thema einer angelsächsischen «Federal Union» aufgeworfen wurde. Die Engländer und die Amerikaner meinten jeweils etwas völlig anderes, wenn sie von «Union Now» sprachen. Beide glaubten mit dem Programm einer Wiedervereinigung der angelsächsischen Mächte eine besonders schlaue Formel gefunden zu haben, um den künftigen Partner in grossem Stil hereinzulegen.

Auf englischer Seite war es um jene Zeit besonders der Kreis um «Round Table», die vielleicht wichtigste politische Zeitschrift des Empire unter der Führung Lord Lothians, der sich mit einer gewissen Begeisterung für die Idee einer Federal Union einsetzte. Dieser Kreis be-

stand aus den unmittelbaren Nachfahren von Cecil Rhodes und Lord Milner. Er hatte sich in Südafrika während des Burenkrieges zusammengefunden und hatte nach 1902 die neue föderalistische Verfassung Afrikas entworfen, die in der Tat den letzten grossen propagandistischen Erfolg der Empire-Idee dargestellt hatte. In eingeweihteren Kreisen nannte man diese Gruppe «Lord Milners Kindergarten». Ihr gehörten neben Lothian, der im Herbst 1939 zum Botschafter in Washington ernannt wurde, der inzwischen ebenfalls verstorbene Generalgouverneur von Kanada Lord Tweedsmuir an, sowie Geoffrey Dawson, der frühere Chefredakteur der «Times», und zahlreiche Persönlichkeiten, die an den wichtigsten Kommandostellen des Empire, wie teilweise auch der Finanzzentren der City, standen. Das Royal Institute for International Affairs (Chatham House) in London war ihr grosses Propagandabüro. Hier wurde die Empirepolitik entworfen. Hier traf sich der innerste Kreis der britischen Macht, soweit er nicht den in noch grösserer Stille wirkenden jüdischen Zentralen angehörte. Der geistige Mittelpunkt dieser Gruppe war der Oxford Professor Lionel Curtis, der gerade 1939 ein umfangreiches Buch über die künftige Weltordnung vollendet hatte, in dem bereits von englischer Seite der Plan eines föderalistischen Weltstaates unter britischer Führung erörtert wurde.

Diese Männer um «Round Table» sahen den Krieg vom Jahr 1938 ab als unvermeidlich an, sie teilten indes nicht den leichtfertigen Optimismus eines Churchill oder Eden. Sie wussten vielmehr nur zu genau, wie schwach England war. Der Gedanke einer britisch-amerikanischen Union erschien ihnen daher als Hoffnungsstrahl. Liess sich nicht auf diesem Umweg die furchtbare Gefahr, die sie im Falle eines Krieges über England schweben sahen, abschirmen? Bot sich nicht eine Möglichkeit, Amerika sofort in den Krieg zu verwickeln, wenn es mit England in einer irgendwie gearteten Union verbunden war? War nicht auf diese Weise auch die Möglichkeit für einen gewaltigen britischen Propagandafeldzug in den Vereinigten Staaten gegeben, dessen Erfolg man sonst angesichts des ausgesprochenen Friedenswillens der Mehrheit des amerikanischen Volkes skeptisch beurteilen musste? Dieser Kreis, der den

Gedanken der Union alsbald in zahllosen englischen Zeitschriften populär zu machen versuchte, sah also darin einfach ein Mittel, um den Krieg zu gewinnen. Dass diese Union unter britischer Führung stehen und entsprechend dem Testament von Rhodes letztlich auf eine Wiedereinfügung der Vereinigten Staaten in das britische Weltreich hinauslaufen würde, bezweifelte man im politischen Generalstab des Empire nicht. Zumindest sah er in diesem Programm einen Hinterausgang, durch den es gelingen könnte, die Substanz zu retten, wenn wirklich Not am Mann war.

Genau umgekehrt stellten sich diese Probleme den nüchternen Blicken der amerikanischen Kreise dar, die sich alsbald des Uniongedankens bemächtigten. Gewiss, die alte Vorliebe für die englische Lebensart spielte bei ihnen noch immer eine Rolle. Sie waren indes schon vor dem Ausbruch des Krieges zu der Überzeugung gelangt, die britische Firma befinde sich bereits in Liquidation und werde einen ernsthaften Zusammenstoß nicht mehr aushalten. Arthur Krock, der einflussreiche Hauptkorrespondent der «New York Times» in Washington, hatte dem bereits im Sommer 1938 nach einem kurzen Besuch in England offen Ausdruck gegeben: «Die Londoner City», so schrieb er, «einst die Finanzhauptstadt der Welt, scheint endgültig abhängig von der Wirtschaft und dem Finanzkapital der Vereinigten Staaten geworden zu sein. Sie handelt und denkt kaum noch, ohne dass Amerika als Führer in Betracht gezogen wird... Die Tatsache, dass die Londoner City ihre finanzielle und wirtschaftliche Führerschaft an New York und Washington abgetreten hat, ist von erstrangiger Bedeutung. Die Änderungen, die dies mit sich bringt, sind erstaunlich und umfassend. Die ersten und die letzten täglichen Gedanken der britischen Börsenmakler, Bankiers und Industrieführer gehen nun nach New York und Washington. Die meisten von ihnen sind dauernd über den transatlantischen Fernschreiber gebeugt. Bei keinem früheren Besuch in England hat der Schreiber ähnliche Beobachtungen gemacht.»¹

Diese Worte Krocks spiegelten genau das wider, was die massgebenden Kreise der amerikanischen Hochfinanz über England dachten. Jenes amerikanische Überlegenheitsgefühl, dem Carnegie um die Jahrhundert-

¹ New York Times, 10. August 1938

wende bereits einen frühzeitigen Ausdruck gegeben hatte, begann nun die Szene zu beherrschen. Die Möglichkeit, Amerika könnte in nicht allzu ferner Zeit die ungeheure Erbschaft des britischen Weltreichs antreten, wurde nun wohl zum erstenmal konkret von der Hochfinanz in New York erwogen. Der Unionsgedanke war kaum in die Debatte geworfen, als ihn Morgan und Lamont aufgriffen und durch ihre Zweigstelle Morgan & Grenfell in England mit dem Einsatz bedeutender Geldmittel propagandistisch vertreten liessen. Das Haus Morgan trat dabei nach bewährter Methode nicht selbst in Erscheinung. Zur Finanzierung der Unionsbewegung in England wurde vielmehr eine von Morgan abhängige jüdische Maklergesellschaft Nathan & Roselli benutzt. Es waren dann auch vornehmlich die grossen jüdischen Bankhäuser der City, die sich dem Unionsgedanken schon damals uneingeschränkt zur Verfügung stellten. Der breiten Öffentlichkeit, die sich der fast unbemerkt eingetretenen Machtverschiebung zwischen London und New York noch keineswegs bewusst war, die vielmehr fest an den Fortbestand des britischen Zeitalters glaubte, erschienen diese Diskussionen zunächst nur als nebelhafte Hirngespinnste. In der Stille der einflussreichen Klubs von Pall-Mall jedoch gab man sich keinen Täuschungen hin und erörterte eifrig, wie sich auch im Falle der Notwendigkeit einer Union mit Amerika die britische Vorherrschaft aufrechterhalten liesse.

Für beide Teile stand fest, dass die Einbeziehung Frankreichs und der kleineren europäischen Länder in den Unionsplan auf die eigentliche Gestaltung der «Weltführung», wie man sie sich für die Zukunft dachte, keinerlei Einfluss haben könne. Doch wurde Streits ursprüngliches Programm als nützlich empfunden, weil man auf diese Weise nicht nur grosse wirtschaftliche und koloniale Einflussgebiete in das Geschäft einzubringen hoffte, sondern vor allem auch jene Armeen, die man bei der kommenden Auseinandersetzung mit Deutschland als Blutspender im Westen und Norden Europas gegen die deutsche Wehrmacht auftreten lassen wollte.

Die Lenkung der grossen Weltunion aber sollte den Angelsachsen vorbehalten bleiben. Ein deutscher Beobachter in London schrieb spä-

ter über jene Periode: «Es war faszinierend, mit welcher Geschicklichkeit die Amerikaner in England ihre zukünftigen Partner überspielten. Sie taten es mit einer wunderbaren Kenntnis der Naivität des britischen Überheblichkeitsempfindens. Sie erweckten in öffentlichen Diskussionen niemals den Anschein, als ob sie je daran zweifelten, dass in diesem zukünftigen Commonwealth Gleichberechtigung gewährt werden würde, und sie liessen die Engländer ruhig in dem Glauben, dass die Begabung zur Weltführung des ‚old school tie – England‘ unsterblich sei und deshalb entsprechenden Führungsrang in der zukünftigen britischen Welt-GmbH beanspruchen dürfe. Die Engländer ihrerseits machten hingegen unter vier Augen kein Hehl daraus, dass sie ihre lieben Vettern aus Amerika tüchtig über die Ohren zu hauen gedachten und dass das ganze Theater einer Federal-Union nur ein notwendiges Requisit für die kommende Kriegführung sei, um die amerikanische Finanz an diesem Krieg möglichst hoch zu interessieren und um sie dann, wenn sie diesen Krieg für England finanziert und beliefert hätte, in der gleichen Weise zu verabschieden wie 1919.»¹

Ab Mai 1940 änderte sich auch auf diesem Felde die Szene dramatisch. Der nur leicht verhüllte Ton der Geringschätzung gegenüber England, wie er schon in Krocks oben zitierte Äusserung mitschwang, wurde nun zum Leitmotiv der amerikanischen Haltung. Das stolze England war nach Dünkirchen innerhalb weniger Wochen nun auch in den Augen der Weltöffentlichkeit vom Gipfel seiner einsamen Machtstellung herabgesunken. Das Ende des britischen Zeitalters, das sich jahrzehntelang vorbereitet hatte, war plötzlich nicht mehr zu verbergen. Alle Gewichte im britisch-amerikanischen Verhältnis verschoben sich einseitig nach Washington und New York. Britannien sank in die Rolle eines Bittstellers herab, der offen zugeben musste, dass er ohne fremde Hilfe nicht mehr imstande sei, den Krieg weiterzuführen und das Empire zusammenzuhalten. Die Abtretung der englischen *Stützpunkte im Karibischen Meer*, auf den Bermudas und in Neu-Fundland an die Vereinigten Staaten gegen 50 alte Zerstörer war hierfür nur ein Symbol. Roosevelt be-

¹ Paul Graf Toggenburg, a. a. O.

zeichnete diesen Austausch als das beste Geschäft der Vereinigten Staaten seit dem Ankauf von Louisiana im Jahre 1803. Zum erstenmal seit Jahrhunderten konnte eine andere Weltmacht eine britische Notlage zu einer Erpressung kaltblütig ausnutzen. Wer hätte dabei nicht an die Umstände gedacht, unter denen einst England Gibraltar oder Cypern erworben hat.

Von noch prinzipiellerer Bedeutung war der merkwürdige Notenaustausch zwischen Hull und Lothian am 29. August und 2. September 1940 über die *britische Flotte*, durch den plötzlich enthüllt wurde, dass England offenbar bereits dicht vor der Kapitulation gestanden hatte. Roosevelt hat wahrscheinlich die Engländer wie im März 1939 zur Fortführung des Kampfes sogar mit Drohungen, wie sie bereits gegen Chamberlain angewandt worden waren, gezwungen, und dennoch misstraute er ihnen. Nur so ist es zu erklären, dass Hull eine Note an Lothian richtete, in der er anfragte, ob es den Tatsachen entspreche, dass Churchill am 4. Juni 1940 im Parlament erklärt habe, dass die britische Flotte keinesfalls ausgeliefert oder versenkt würde, falls die Lage in den Gewässern um die britische Insel für die britische Flotte unhaltbar werde. Hull fragte weiter, ob in der Tat dann die britische Flotte nach Übersee zur Verteidigung anderer Teile des Empire entsandt würde. Diese Frage wurde von Lothian in einer Form bejaht, die keinen Zweifel übrigliess, dass die englische Flotte in einem solchen Falle praktisch mit der amerikanischen vereinigt werden würde.

Das waren geradezu einzigartige Dokumente. Roosevelt liess sich als Voraussetzung für eine weitere Hilfe durch die Engländer formell bestätigen, dass er sie, falls sie dennoch unterliegen würden, wenigstens legitim beerben könne. Einige Wochen vorher hatte Churchill im letzten Augenblick Reynaud das Angebot einer englisch-französischen Union in der Hoffnung gemacht, er könne auf diese Weise die Flotte und das Kolonialreich des geschlagenen Frankreichs erben. Der wahre Machtcharakter hinter der Idee der Federal Union war damit von England selbst noch enthüllt worden. Nun aber musste es sich gefallen lassen, dass diese selbe Methode von Amerika gegenüber Britannien angewandt wurde. Frankreich hatte unter dem Einfluss Pétains selbst in der schwersten Stunde das britische Ansinnen abgelehnt. England hingegen musste das

amerikanische Ultimatum, das indirekt in diesem Notenwechsel enthalten war, bedingungslos annehmen und die Vorherrschaft der Vereinigten Staaten im künftigen englisch-amerikanischen Verhältnis rückhaltlos anerkennen.

Dies war kaum geschehen, als in Amerika alle Dämme kluger Zurückhaltung gegenüber dem englischen Partner brachen. Hatte man vor dem Ausbruch des Krieges die englisch-amerikanischen Unionspläne noch im Sinne einer Gleichberechtigung beider Mächte entwickelt, so wurde von nun ab in Amerika die Oberherrschaft und die letzte Entscheidungsgewalt gefordert. Kaum, dass man sich noch Mühe gab, die Demütigung und Unterwerfung Englands in verschleierte Worte zu kleiden – der absolute amerikanische Weltherrschaftsanspruch trat nun schrankenlos auch gegenüber Britannien hervor. Regierung, Hochfinanz und Publizistik einigten sich auf die Formel, in der künftigen amerikanisch-britischen GmbH müsse den* Vereinigten Staaten die Rolle des *Seniorpartners* und England die des *Juniorpartners* zufallen. Die britische Oberschicht, die, von Verblendung geschlagen, diese Entwicklung selbst heraufgeführt hatte, verstummte vor Ingrimm und Entsetzen. Lord Lothian, der sich die Verbindung der beiden angelsächsischen Weltreiche wesentlich anders vorgestellt hatte, starb buchstäblich an gebrochenem Herzen.

Diese Oberschicht musste indes die Folgen ihrer eigenen Fehler tragen und durfte nicht einmal ihre wahren Gefühle offen ausdrücken. Sie hatte sich im März 1939 dem Ultimatum Roosevelts gebeugt und damit die Entwicklung, die zum Kriege treiben musste, eingeleitet. Sie hatte im Juli und August 1940 wiederum auf eine ultimative Forderung Roosevelts hin die durch Adolf Hitler gebotene grosse Chance, den Krieg ehrenvoll zu beenden, nicht ergriffen. Nun war sie zum Schweigen verurteilt. Ein Frieden mit Deutschland hätte die Erhaltung des Empire und die Zurückdrängung des amerikanischen Vorherrschaftsanspruches bedeutet. Nur der Verzicht auf eine hegemoniale britische Politik in Europa

wäre notwendig gewesen. Unter dem Druck und im Vertrauen auf Roosevelt hatte man dies in London ausgeschlagen und sich dem Vabanquespieler Churchill anvertraut, der als Halbamerikaner auch gar nicht das Gefühl hatte, dass mit der Entscheidung für die Fortsetzung des Krieges die Souveränität der britischen Weltmacht im früheren Sinne unter allen Umständen verlorengehen müsse.

Der vierte Gehirntrust Roosevelts trat in Aktion. Man liess die Wahlen vorübergehen, um dann sofort mit neuen Formulierungen vor die Öffentlichkeit zu treten. *Henry Luce*, der sowohl Morgan wie dem Präsidenten nahestehende Generaldirektor des «Time»-Zeitschriftenkonzerns, entfaltete das Sternenbanner über Britannien. «Beinahe alle Sachverständigen», schrieb er in «Life»¹, «sind sich darüber einig, dass England allein den Krieg nicht gewinnen kann. Wenn nun auch England von Zeit zu Zeit seine Kriegsziele verkündet, so ist doch das amerikanische Volk ständig in der Lage, diesen britischen Kriegszielen auf das wirksamste zuzustimmen oder sie abzulehnen. Im Gegensatz hierzu aber wird England unter allen Umständen zustimmen müssen, wenn Amerika etwa Kriegsziele proklamieren sollte.» Zu glauben, dass Amerika das Spiel Englands spiele, sei geradezu absurd. Dies sei höchstens in der Vergangenheit so gewesen. Für die Gegenwart aber gelte: «Grossbritannien ist bei jeder Art von Partnerschaft mit dem britischen Empire vollkommen bereit, dass die Vereinigten Staaten die Rolle des Seniorpartners übernehmen. Dies gilt schon seit langem. Ernst zu nehmende Engländer haben daher immer bedauert, dass Amerika nicht die Möglichkeit, sich die Führung in der Welt anzueignen, längst ergriffen hat.» Diese Behauptung belegte Luce mit einem Zitat aus der Londoner Wirtschaftszeitschrift «Economist»², das lautet: «Wenn irgendeine ständige engere Verbindung zwischen England und den Vereinigten Staaten erreicht wird, kann ein Inselvolk von weniger als 50 Millionen nicht er-

¹ 17. Februar 1941 ² Der «Economist» ist im Besitz von Churchills abenteuerlicher Kreatur Brandan Breckan, einem Finanzpiraten, der erst als Privatsekretär Churchills und dann als Informationsminister beschäftigt wurde. Man sieht, wie sich hier die Bälle gegenseitig zugespielt werden»

warten, dass es dabei der Seniorpartner wird. Der Schwerpunkt und die letzten Entscheidungen müssen in wachsender Masse in Amerika liegen. Wir können diese historische Entwicklung nicht aufhalten.» Daraufhin sprach Luce als Sprachrohr des Weissen Hauses den folgenreicheren Satz aus: «Die überragend wichtige Feststellung, die hier zu machen ist, lautet, dass jetzt die Gelegenheit, die Führung zu ergreifen, bei uns ist. Wir führen nun unseren eigenen Krieg.»

Der Aufsatz von Luce wurde als ein zwei Seiten füllendes Inserat von den «New York Times» übernommen und hundertfach nachgedruckt. Es war nicht die Stimme eines verstiegenen Einzelgängers, die sich hier erhob, es war die neue *Roosevelt-Doktrin*. Nach der Ablehnung des letzten deutschen Friedensvorschlages war nun England auf Gnade und Ungnade an den amerikanischen Wagen gefesselt. Man ersparte ihm nichts. Im Weissen Haus ging man zwar noch immer mit einer gewissen Behutsamkeit zu Werke; dies hatte aber lediglich innerpolitische Gründe, weil der Präsident noch nicht glaubte, dass das Volk schon zu dem neuen Weltherrschaftsanspruch «erzogen» sei. Umso offener sprachen sich die Zeitschriften aus.

Ein Jude Rubin Gotesky machte den Vorschlag¹, England müsse, um die Schwierigkeiten einer Verfassungsänderung, wie sie entsprechend dem Plane von Streit notwendig wäre, zu vermeiden, mit seinen sämtlichen Dominions und Kolonien um Aufnahme in die Vereinigten Staaten bitten. Das Schlagwort «England, der 49. Staat der USA», wurde plötzlich geläufig. In «Current History»² konnte man lesen: «Der Mittelpunkt der bisherigen Weltordnung in Europa geht unter. Keine Nation auf oder in der Nähe dieses Kontinents ist in der Lage, die Führung für eine neue dauernde Weltordnung zu übernehmen... . Dieses europäische Unvermögen zwingt Amerika dazu, entweder die Führung in der kommenden Epoche zu übernehmen oder sich mit einem neuen dunklen Mittelalter von unbegrenzter Zeitdauer abzufinden. England wird als Schuldernation aus diesem Krieg hervorgehen. Der erste Weltkrieg kostete Gross-

¹ The Living Age, Juni 1941 ² Juni 1941

britannien seine Gläubigerposition in Nordamerika – sowohl in den Vereinigten Staaten wie in Kanada. Der zweite wird ihm den grössten Teil seiner noch verbliebenen Investitionen in Südamerika und im Fernen Osten kosten ... Im besten Falle können die Engländer erreichen, dass sie ihre Existenz als Volk retten. Dagegen werden sie nicht mehr über die vitalen Reserven verfügen, um die Führung der Welt in einer neuen Epoche zu übernehmen.... *Der einzige Frieden, an dem wir überhaupt Interesse haben, ist eine Pax Americana*, genau in demselben Sinne, in dem es einstmals eine Pax Romana und Pax Britannica gegeben hat.» Und noch deutlicher werdend erklärte Gotesky:

«Das konservative Element in England wird einer solchen Entwicklung für kurze Zeit hartnäckigen Widerstand entgegensetzen. Es sah stets in Amerika seinen grossen Handelsrivalen. Es war empört über die Durchdringung Kanadas mit amerikanischem Kapital. Trotzdem sind annähernd 50 v. H. aller Werte in Kanada bereits in amerikanischem Besitz. Wenn England sich mit den Vereinigten Staaten zusammenschliessen muss, bedeutet dies, dass es noch weitere Märkte dem amerikanischen Kapital öffnen muss.* Warum, so fragen diese englischen Konservativen, sollen sie an die Amerikaner ihre hart erworbenen Profite abtreten? Aber angesichts der Tatsachen, wie sie jetzt in der Welt vorliegen, lösen sich diese Argumente in Rauch und Dunst auf.

Hier war also nicht mehr von Moral und Humanität die Rede, sondern nur noch von einem erbarmungslosen Geschäft. Gewiss, es waren dies alles noch «private» Stimmen, aber die amerikanische Regierung handelt genau nach diesem Rezept. Auf die Verpachtung der Westindischen Inseln folgte eine amerikanische Option auf das Öl der Bahreininseln im Persischen Golf. Gleichzeitig verkündete Schatzsekretär Morgenthau im Januar 1941, England habe nun einen Offenbarungseid geleistet, und es habe sich erwiesen, dass praktisch kein Gold mehr auf der Insel sei. Es sei entweder schon in den Vereinigten Staaten oder auf dem Wege dorthin. Harry Hopkins und Wendell Willkie erschienen in London, um eine Bestandsaufnahme der englischen Zahlungs- und Leistungsfähigkeit zu machen. Unter dem Deckmantel des Leih- und Pachtgesetzes sollte das

grosse Geschäft des britischen Ausverkaufs vor sich gehen. Die Engländer sahen sich schliesslich nach der Verkündung des amerikanischen Anspruches auf die Seniorpartnerschaft in der verzweifelten Lage, dass sie nun unter allen Umständen den Krieg verlieren werden, sei es an den Feind oder – an den Freund.

Die amerikanische Rechnung lautete nun so: Verliert England, so tritt automatisch Amerika das Erbe zumindest in Kanada, wahrscheinlich aber auch in anderen Teilen der Welt an. Kann sich hingegen England halten, so ist es in jedem Falle so geschwächt, dass es im Rahmen der neuen angelsächsischen Kombination nur noch die Rolle des *Brilliant Second* zu spielen vermag und dem amerikanischen Kapital wie der amerikanischen Macht die erste Rolle überlassen muss. Während Roosevelt Deutschland beständig als den Hauptfeind bezeichnete und die Reihe seiner Angriffshandlungen abspielen liess, schickte er sich an, als der Testamentsvollstrecker der britischen Weltmacht aufzutreten.

Das amerikanische Volk war auf eine solche Entwicklung in keiner Weise vorbereitet. Weder was die innere wirtschaftliche Verfassung nach dem Fiasko des New Deal anging, noch was die Rüstung und den Einsatz tatsächlicher Macht anbetraf, war es in der Lage, grössere Verantwortungen zu übernehmen. Ja, selbst auf dem Felde der Idee gab es keinen innerlich begründeten Führungsanspruch – nicht einmal gegenüber England. Die ganze amerikanische Geschichte widersprach ja offensichtlich einer solchen Entwicklung. Schliesslich stand an ihrem Anfang der Unabhängigkeitskrieg. Schliesslich war George Washington als der Staatsgründer der Heros des Kampfes gegen England gewesen. Man scheute indes vor nichts zurück. Der amerikanische Romanschriftsteller Kenneth Roberts schrieb ein dickleibiges Buch «Oliver Wiswell», das in eine Verherrlichung der Feinde George Washingtons einmündete und den Unabhängigkeitskrieg als einen historischen Irrtum hinstellte. Der verräterische General Benedict Arnold, der im englischen Solde Washington im gefährlichsten Augenblick in den Rücken gefallen war, wurde nun plötzlich zum Helden erhoben. Die jüdische Presse rührte die Werbetrommel und machte aus Kenneth Roberts' Buch den Bestseller des Jahres 1941. Während man in England gepresst und schüchtern von

einer «Heimkehr zur erwachsenen Tochter» sprach, wurde in Amerika für die «Wiedergutmachung des Unrechts von 1776» Reklame gemacht. Das Leih- und Pachtgesetz, das zufällig die Nummer 1776 trug, bot hierfür ein geeignetes Wortspiel.

Mit düsteren Worten umriss die skeptische «Saturday Evening Post» die neue Lage: «Es ist nicht ein neues Kapitel der amerikanischen Geschichte», so schrieb sie, «das jetzt aufgeschlagen wird. Es ist ein neues Buch mit einem neuen Thema. Die Geschichte, die mit der Erklärung der Unabhängigkeit begann, ist beendet. Wir haben mit unserer Vergangenheit gebrochen. Wir haben unsere Neue Welt, unsere Splendid Isolation, unsere geographischen Vorteile, durch die wir gegen jeden Angreifer wie 3:1 standen und unsere eigene politische Religion über Bord geworfen. Es gibt nicht länger mehr eine Monroe-Doktrin. Stattdessen gibt es jetzt einen amerikanischen Internationalismus, von dem wir nicht wissen, was er bedeutet. Von jetzt ab gibt es keinen fremden Krieg mehr für uns. Jeder Krieg, der irgendwo in der Welt geführt wird, ist jetzt auch unser Krieg.»

In diesem Augenblick nun trat die zweite Gruppe, die neben der Hochfinanz an dem angelsächsischen Unionsgedanken von Anfang an auf das lebhafteste interessiert war, aktiv in Erscheinung: die *linksliberal-jüdische*. Sah die amerikanische Hochfinanz in dem Programm einer Federal Union ein riesiges Geschäft für unabsehbare Zeiten, so sah die liberal-jüdische Gruppe die Möglichkeit der Stabilisierung ihrer Macht. Den Präsidenten selbst finden wir wie immer in der Mitte zwischen beiden Gruppen mit Verbindungen nach allen Seiten. Sein Freund Felix Frankfurter steht im Mittelpunkt der zweiten Gruppe. Seit langem schon hatte er zu einem bestimmten Kreise britischer und jüdischer Intellektueller in London engste Verbindungen angeknüpft, der in Opposition zur herrschenden Partei der Tories stand. Neben bekannten «pazifistischen» Ideologen, die zur Erreichung ihres «Friedens» den Krieg für ein unver-

meidliches Mittel hielten, wie Norman Angell, handelte es sich hier vor allem um den Professor der Nationalökonomie *Harold Laski*, der sich in der Labour Party einen ungewöhnlichen Einfluss zu verschaffen gewusst hatte.

Laski, von unscheinbarem, etwas verweichlichem Aussehen, ist der Sohn des langjährigen Vorsitzenden des Board of Deputies of British Jews, der mächtigen Spitzenorganisation des englischen Judentums, die schon seit dem 19. Jahrhundert immer grösseren Einfluss auf die englische Innenpolitik gewonnen hat¹. Als Austauschprofessor war Laski häufig an den grossen Universitäten der Vereinigten Staaten tätig gewesen, als aktiver Zionist war er ein enger Mitarbeiter des Obersten Bundesrichters Brandeis. Bei den Kämpfen um Palästina war er sogar von den amerikanischen Juden als ihr Sachwalter bei der britischen Regierung ernannt worden. Im offiziellen London war Laski denkbar unbeliebt. Stattdessen hatte er das Vertrauen des mächtigen Führers der britischen Transportgewerkschaften *Ernest Bevin* erworben. Als nun mit der Bildung des Kabinetts Churchill Bevin ins Arbeitsministerium einzog und neben Churchill und Beaverbrook zum wichtigsten Mann des Kriegskabinetts aufrückte, war damit automatisch Laski in London eine ähnlich zentrale Beraterfunktion gesichert, wie sie Frankfurter in Washington besass. Als dem Programmierer der Linken mussten sich ihm nun alle Türen öffnen. Die Zusammenarbeit dieser beiden jüdischen Professoren wirkte sich zunächst, wie bei Frankfurter üblich, auf die Besetzung der wichtigsten Posten aus, die als Zwischenglieder eingeschaltet werden konnten. *John G. Winant*, einer der Schüler Frankfurters, der bereits als zeitweiliger Präsident des Internationalen Arbeitsamtes in Genf mit Bevin und Laski eng zusammengearbeitet hatte, wurde zum Botschafter in London gemacht. *Ben Cohen*, den wir als wichtiges Mitglied des zweiten Roosevelt'schen Gehirnrusts in der New-Deal-Periode kennengelernt haben, wurde ihm als ständiger Berater an die Londoner Botschaft beigegeben. So zog der Gehirnrust unbemerkt, fast durch eine Hintertür, in der britischen Hauptstadt ein.

Die Ziele dieses nun auf wichtige Schlüsselpositionen in London und Washington verteilten Kreises sind sicherlich wesentlich andere als die

¹ Vgl. G. Wirsing, Engländer, Juden, Araber a. a. O.

der finanzkapitalistischen Gruppe. Nach der Abreise Winants wurde in der «New York Times» vorsichtig angedeutet, er sei weniger als Botschafter Amerikas denn als *Botschafter des New Deal* nach London gefahren. Allmählich kristallisierte sich heraus, dass diese jüdischen Gruppen zunächst das New Deal nach England verpflanzen und dass sie es dann auf die ganze Welt auszudehnen beabsichtigen. In diesem Sinne wurde der Gedanke der Federal Union von ihnen aufgeworfen, und zwar mit einer ausgesprochen innerpolitischen Zuspitzung in England: Die Brechung der Machtstellung der bisherigen britischen Oberschicht, die Vernichtung der hundert Familien, die als der beherrschende Kreis der Konservativen England und das Empire bisher sowohl politisch wie finanziell leiten, ist das eigentliche Anliegen dieser Gruppe.

Der tiefe Zwiespalt, der sich durch die angelsächsische Ideologie auf beiden Seiten des Atlantik hindurchzieht, wird damit offenbar. Während der Plan des Zusammenschlusses der beiden angelsächsischen Mächte für das Finanzkapital lediglich die Bedeutung hat, dass seine Macht und seine Ausbeutungsmöglichkeiten weltweit und für unabsehbare Dauer gesichert werden, sieht dieser Kreis jüdischer Intellektueller in einer Union die Möglichkeit der Beseitigung gerade der Schichten, die England bisher repräsentiert haben. Er scheut sich auch nicht, insgeheim selbst das englische Königtum bei dieser Gelegenheit «abzuschreiben» und hofft auf diese Weise ein Endprodukt zu erzielen, das sich mit gewissen Abstrichen vom Sowjetreich nur unbedeutend unterscheidet. Seit der Einbeziehung der Sowjets in die angelsächsische Front gegen Europa hat das Gewicht dieser radikalen Kreise selbstverständlich dauernd zugenommen. Die englischen Tories befinden sich nun bereits in einer Verteidigungsstellung, und sie sehen mit Bangen, dass ihnen abermals die Beherrschung der englischen Innenpolitik zu entgleiten beginnt, nachdem es mühsam gelungen war, den ersten Angriff der Arbeiterpartei unmittelbar nach der Bildung des Kabinetts Churchill abzuschlagen.

Diese Spaltung der angelsächsischen Welt in Hochfinanz und jüdisch bestimmten Radikalismus ist von grosser Bedeutung, weil dadurch keine

der beiden Seiten in der Lage ist, ein Kriegsziel zu formulieren, das gegenüber dem Nationalsozialismus eine gleich starke Plattform abgeben könnte. Die schwächliche Verwaschenheit des sogenannten Atlantikprogramms, das Roosevelt und Churchill im August 1941 ausgaben, der Rückgriff auf die abgebrauchten Plattheiten der Wilson-Ära, erklärt sich unmittelbar aus diesem Dilemma. Daneben vertritt das jüdische Element im Programm einer angelsächsischen Union seine Sonderinteressen. Was könnte für den jüdischen «Weltbürger», gleich ob er auf der kapitalistischen oder der liberal-radikalen Seite steht, erfreulicher sein als die Einführung eines «Weltpasses», der ihm in der Tat das Bürgerrecht und die ungehinderte Beweglichkeit im grösseren Teile der Erde verschaffen würde? So sind es denn auch in England neben Laski Gestalten wie Hore Belisha, die sich für die Errichtung der Federal Union mit besonderer Begeisterung einsetzen und in einem Wortspiel an Stelle der *Independence* (Unabhängigkeit) eine *Interdependence* (wechselseitige Abhängigkeit) fordern.

Gleichzeitig bildet aber dieses jüdische Element im Mittelpunkt der angelsächsischen Unionsbewegung auch das Hindernis für eine echte soziale Revolution sowohl in England wie in Amerika. Dieselben Gründe, aus denen wir das Experiment des New Deal trotz gewisser richtiger Ansatzpunkte scheitern sahen, gelten auch hier. Das Judentum ist nicht zur Schaffung und Durchsetzung eines grossen schöpferischen Programms fähig, sondern höchstens zur Analyse und zur Aneinanderstückung von Aushilfen. Seine Verquickung sowohl mit dem Finanzkapitalismus wie mit dem mechanistischen Linksliberalismus des vorigen Jahrhunderts verhindert die Bildung echter Massenbewegungen und einer revolutionären Neuschöpfung der angelsächsischen Volksordnungen. Alle diese Programme sind daher nicht positiv, sie sind immer nur durch den Hass gegen den Nationalsozialismus bestimmt und verlieren sich dort im Nebel, wo die sozialen Ideen unserer Zeit ein Bekenntnis und klare Gedanken verlangen. Der Krieg hat in beiden angelsächsischen Reichen nur die Widersprüche schärfer zutage gefördert, nicht aber schöpferische Kräfte frei gemacht, die zur Lösung der Krise, in der sich die ganze Menschheit befindet, etwas Bedeutendes beizutragen hätte. Selbst bis in die Aussen-

positionen setzt sich dieser Zwiespalt fort, wie die dauernden inneren Streitigkeiten in Australien ebenso beweisen wie die auf höchst unsicherem Grunde aufgebaute Tyrannis von Smuts in Südafrika. Diese angelsächsische Welt bleibt noch immer dem Hochkapitalismus verhaftet. Sie ist zwar unter der Gewalt des Krieges zu einem Zusammenschluss nach aussen fähig, aber nach innen verflüchtigen sich all jene Schlagworte und angeblichen Kriegsziele in den verwirrenden Gegensätzen von Klassenkampf, Profitstreben des Finanzkapitals und halbmarxistischen Programmen ohne Verbindlichkeit. Nirgends vermag sich der Blick über eine klare Landschaft zu erheben, in der an die Stelle des Chaos dieser sich gegenseitig aufhebenden Kräfte eine neue Ordnung treten würde.

Die Übermacht des Amerikanismus in seiner doppelten Ausprägung – Morgan und Frankfurter – ist in der angelsächsischen Kombination seit dem Jahre 1940 zweifellos gegeben. Ebenso ist es sicher, dass dieser Amerikanismus eine Veränderung der britischen Gesellschaftsordnung erstrebt. Willkie drückte dies nach seinem Besuch in London folgendermassen aus: «Die britische Industrie wird weder während noch nach dem Kriege sozialisiert werden. Dagegen wird der Reichtum der alten Aristokraten, das Einkommen der Herzoge und Herzoginnen, die von ihren Landgütern leben, der Vergangenheit angehören, wenn der Krieg vorbei sein wird. Die Industrie dagegen wird im Privatbesitz bleiben und das kapitalistische System wird weiter herrschen.»¹ Mit anderen Worten, man hofft, das Vordringen des Amerikanismus in England werde eine Angleichung Britanniens an die Vereinigten Staaten nach sich ziehen. Das amerikanische Minderwertigkeitsgefühl gegenüber den ehrwürdigen Traditionen des ehemaligen Mutterlandes versucht sich nun dadurch Luft zu schaffen, dass es diese Traditionen einfach überrennt – es ist die genaue Entsprechung zu den immer wieder zu beobachtenden Überheblichkeitsausbrüchen. Die Psychologie des Amerikanismus schwankt ständig zwischen diesen beiden Polen.

In England war man noch lange überzeugt, dass die grosse Summe der Erfahrung, über die die führende Schicht, auf weltpolitischem, wie auch

¹ Time, 24. Februar 1941

auf finanziellem und wirtschaftlichem Felde verfügt, sich letztlich auch gegenüber diesem massiven Ansturm des Amerikanismus durchsetzen werde. Mit voller Überlegung wurde versucht, die schwache britische Stellung durch die Bildung von Heldenlegenden und die Einwirkung auf die amerikanische Sentimentalität zu verbessern. Das eigenartige Unterfangen, aus jeder britischen Niederlage einen «heroischen Rückzug» und aus dem hart mitgenommenen London eine Stadt von Helden zu machen, dient ebenso diesem Ziel wie die Verherrlichung der, gemessen an den ungeheuren Leistungen der deutschen Luftwaffe, verhältnismässig bescheidenen Einsätze der RAF. Man bemüht sich in England, ihre Soldaten gewissermassen zu Erzeugeln der angelsächsischen Welt zu machen. Auch bei voller Einschätzung der britischen Zähigkeit erscheinen indes diese Versuche, dem Amerikanismus durch die Bildung von englischen Heldenlegenden eine starke emotionale Kraft entgegenzusetzen, ziemlich hoffnungslos. Mit Erbitterung, ja wahrscheinlich unter der Oberfläche mit ausgesprochenem Hass muss man in England sehen, wie die Amerikaner die Insel zynisch und kaltblütig als ihre «erste Frontlinie» bezeichnen, die den Ansturm auszuhalten habe, während Amerika im Hintergrund in seiner unangreifbaren Position die Erträge organisiert, die der Krieg schon jetzt abwirft.

Bis auf jenen jüdisch-liberalen Kreis, der mit dem Unionsgedanken die Macht in England erringen will, ist denn auch die Begeisterung für «Union Now» in England schnell verschwunden. Der Halbamerikaner Churchill und der Kanadier Beaverbrook sprechen nur für eine Minderheit. Aber selbst die Formulierung, die Beaverbrook im März 1941 gefunden hat, eine «*Union of Interests and Purposes*», eine Interessen- und Zweckgemeinschaft, ist wesentlich nüchterner als die idealistisch verbrämten Machtansprüche, die die Amerikaner mit der Idee der Federal Union verbinden. Die Verschiebung des Schwergewichts innerhalb der angelsächsischen Welt nach Amerika wird aller Voraussicht nach von Dauer sein.

Henry Luce hat seine bereits erwähnten programmatischen Darlegungen «*The American Century*» – Das amerikanische Jahrhundert – überschrieben. Wie nun stellt er sich dies nach der Niederzwingung Englands in die Rolle des Juniorpartners vor? «1919 hatten wir», so sagt er, «die goldene Gelegenheit, einzigartig in der Geschichte, die Führung der gesamten Welt zu übernehmen. Wir verstanden diese Gelegenheit nicht und wiesen sie zurück. Roosevelt muss dort erfolgreich sein, wo Wilson zurückwich. Unsere Welt von zwei Milliarden Menschen ist zum erstenmal in der Geschichte ein unteilbares Ganzes. Diese Welt des 20. Jahrhunderts muss sich, wenn sie gesund und kräftig leben will, in grösstem Ausmasse in ein amerikanisches Jahrhundert verwandeln. Das 19. Jahrhundert ist das Jahrhundert der Engländer gewesen. Nun kommt das amerikanische Zeitalter.» Die Frage sei, so erklärt Luce, was für eine allgemeine Lebensform und welche Ideen Amerika zu bieten habe. Er ist um die Antwort nicht verlegen:

«Wenn wir erst die leblosen Argumente des Isolationismus hinter uns gelassen haben, so werden wir entdecken, dass es bereits einen gewaltigen amerikanischen Internationalismus gibt. Der amerikanische Jazz, die Filme aus Hollywood, der amerikanische Slang, amerikanische Maschinen und Konserven (patented products) sind in der Tat das einzige, was jede Gemeinschaft in der Welt von Sansibar bis Hamburg einmütig anerkennt. Ohne dass wir es beabsichtigt haben, sind wir bereits eine *Weltmacht in allen trivialen Angelegenheiten*. Aber Amerika ist auch bereits der wissenschaftliche und künstlerische Mittelpunkt der Welt. Im Übrigen sind die Amerikaner in den letzten Jahrzehnten viel gereist und kennen mehr von der Welt als jedes andere Volk. Auch die weltweite Erfahrung des amerikanischen Handels darf nicht vergessen werden.» Amerika sei nun die Kraftstation, von der die Ideale in die Welt hinausgetragen würden und durch die das Leben der Menschheit von dem Niveau der Tiere zu dem erhoben werden könne, was bereits der Psalmist als «ein wenig niedriger als das der Engel» bezeichnet habe. Amerika sei der gute Samariter des 20. Jahrhunderts...

Um aber vollends deutlich zu machen, was diese Samaritertätigkeit bedeuten soll, wird gesagt: «Amerika und seine Freunde [also der Juniorpartner England] hätten dafür zu sorgen, dass ihre Schiffe und ihre Langstreckenflugzeuge dorthin gehen können, wohin sie wünschen, wann sie es wünschen und wie sie es wünschen.» Asien z.B. sei zurzeit nur einige wenige hundert Millionen Dollar für Amerika wert. Es müsse aber erreicht werden, dass es jährlich den Amerikanern vier, fünf, ja zehn Milliarden einbringe. Dies seien die Massstäbe, in denen man denken müsse, wenn man nicht Schwäche beweisen wolle. Nimmt man hinzu, dass im Atlantikprogramm Roosevelts und Churchills offen mitgeteilt wurde, die Angelsachsen müssten ihre militärische Überlegenheit unter allen Umständen aufrechterhalten, falls es ihnen gelinge, den Krieg zu gewinnen, so ergibt sich das abgerundete Bild dessen, was sich der neue Gehirntrust unter einer amerikanischen Weltherrschaft der Zukunft vorstellt.

Russell W. Davenport, der Wahlmanager Willkies, hat dieses Programm später noch genauer ausgeführt.¹ «England», so schrieb er, «besitzt mehr Kolonien sowohl dem Raum wie der Bevölkerung nach als alle anderen Nationen zusammen. Zum grösseren Teil sind sie unterentwickelt, sind ihre Menschen nur notdürftig erzogen und unterernährt. Die Vereinigten Staaten dagegen besitzen mehr Gold als alle anderen Nationen zusammen. Das meiste davon wird in Kentucky gehortet, wo es keinerlei nützlichen Zwecken dient. Wenn das amerikanische Gold und die britischen Kolonien zusammengefasst würden, würde eine neue Epoche anbrechen. Das politische Ziel würde die Hebung des Lebensstandards und die Erweiterung der Kaufkraft sein, und die Märkte des neuen gemeinsamen Gebietes würden sich dadurch ungeheuer ausdehnen ... Australien ist reif für eine weitere Industrialisierung. Die südamerikanischen Länder haben grosse Rohstoffschätze, die sie aus Mangel an Kapital nicht entwickeln konnten. Dasselbe gilt für China, für dessen Entwicklung Kapital und Maschinen eine grundlegende Erfordernis darstellen. Die Vereinigten Staaten», so schliesst er, «können jedoch ihren Nach-

¹ Fortune, August 1941

barn in der Industrialisierung nicht beistehen, solange jeder einzelne in einem verschiedenen nationalen Bereich lebt.»

Hier sind die Elemente der künftigen amerikanischen Weltherrschaft, wie sie sich der programmatische Souffleur Willkies vorstellt, bereits vollkommen klar herausgearbeitet. England sollen die Kolonien unter dem Vorwand eines «gemeinsamen Gebietes» abgenommen werden. Dazu soll das amerikanische Gold und in einigen Jahren die amerikanische Seeherrschaft treten. Auf diese Weise soll ein ungeheurer Ausbeutungskonzern entstehen, der sich darauf aufbaut, dass alle Völker, die an ihm beteiligt sind, ihre Souveränität aufgeben. Was schon in Clarence Streits «Union Now» im Keime enthalten war, wird hier nun brutal fortentwickelt: die Herrschaft des amerikanischen Mammonismus. Dieses neue Utopia beherrscht die massgebenden Köpfe im Mittelpunkt der amerikanischen Macht. Die Welt hat es bereits einmal erlebt, welche furchtbaren Wirkungen amerikanische Utopien für das Schicksal ganzer Völker und Erdteile gehabt haben. Man kann diese geschichtliche Erfahrung nicht achtlos beiseiteschieben. Das was sich in den Vereinigten Staaten in diesen Jahren an utopischen Weltstaatsideen zusammenbraut, ist für alle Völker ungleich gefährlicher und muss ungleich ernster genommen werden als das ideologische Programm Wilsons. Wilson ging von der Idee der Selbstbestimmung der Völker aus, die er dann später verraten hat. Davenport, Luce, Streit und die anderen Berater des Weissen Hauses hingegen erklären, die Idee der Selbstbestimmung müsse zugunsten des von den Vereinigten Staaten beherrschten Weltmachtgebildes zurückgedrängt werden, und zwar nicht nur die Selbstbestimmung der Völker, sondern sogar die der Kontinente, wie Streits ursprünglicher Entwurf, der die Hälfte Europas unter amerikanische Vorherrschaft bringen wollte, um die andere Hälfte damit zur Ohnmacht zu verdammen, beweist.

Der amerikanische Professor Peterson hat in einer umfassenden Arbeit über die verhängnisvolle Rolle der britischen Propaganda im Weltkrieg geschrieben: «Das Ziel der Propaganda war die Befestigung des Glaubens, dass die Mittelmächte und besonders Deutschland den Krieg

mit voller Absicht herbeigeführt haben, um zur Weltherrschaft zu gelangen.» Das Zeugnis J.P. Morgans vor dem Nye-Komitee stellt das Endprodukt dieser Propaganda dar. Er erklärte dort: «Die gesamte deutsche Nation hat den Krieg mit dem Schrei nach Weltherrschaft begonnen.»

Dies war also bereits im Weltkrieg das Schlagwort, mit dem Morgan seine «Erziehung» der Amerikaner zum Krieg erfolgreich durchgeführt hat. Das Ergebnis war, dass schliesslich das Haus Morgan als der innerste Machtkern der Vereinigten Staaten der Nachkriegszeit ein System aufzurichten vermochte, das von Weltherrschaft zeitweise nur noch sehr wenig unterschieden war. Das einzige, woran es diesem Herrschaftsversuch der amerikanischen Hochfinanz über alle Erdteile gebracht, war eine gewisse Systematik in der finanziellen Unterjochung der einzelnen Völker. Man liess die Finanzberater und Währungsdiktatoren ohne inneren zusammenhängenden Plan von China bis Polen, Deutschland und Frankreich bis Peru nach ihrem eigenen Gutdünken wirtschaften. Diesen Fehler will man offenbar jetzt vermeiden. Wie im Weltkrieg Morgan und Wilson, sprechen jetzt Roosevelt, Willkie und Lamont von der deutschen Absicht auf Errichtung einer Weltherrschaft. Während aber im Weltkrieg die Amerikaner ihre wahren Ziele noch hinter der Ideologie Wilsons verbargen und sich, wie man zugeben mag, auch noch kaum über das Programm klar waren, auf das sie hinauswollten, verkünden sie jetzt unbeschwert von allen Hemmungen den Anbruch des «Amerikanischen Jahrhunderts». Sie teilen der Welt mit, dass der amerikanische Jazz und die amerikanischen Konserven als die Vorboten der kommenden Weltkultur bereits die Herzen aller Völker erobert hätten und dass es nun Zeit für die Unterwerfung der anderen Erdteile unter das amerikanische Kulturideal sei.

Wir sahen, wie jene naive Selbstgerechtigkeit, herausgewachsen aus dem Puritanismus, von den Amerikanern, was immer sie unternehmen, als das «Beste der Welt» angesehen wird. Bereits im Weltkrieg wurde dieser Hang zur Aburteilung der Einrichtungen und Traditionen anderer

Völker, dieser spezifische amerikanische Moralismus, zum gefährlichsten Element, das den Abschluss eines wahren Friedens verhinderte. Daran hat sich nichts geändert. Clarence Streit, der immerhin Jahrzehnte ausserhalb der Vereinigten Staaten gelebt hat, versteigt sich in «Union Now» zu Urteilen, die das ganze Unvermögen des Amerikaners, fremde Welten erfassen zu können, drastisch illustriert. «Mein Leben und meine Arbeit», so sagt er z.B., «in vielen Teilen Europas und besonders in den Ländern der Mittelmächte, hat mich davon überzeugt, dass wir keineswegs einen Fehler gemacht haben, als wir in den Weltkrieg eintraten ... Lange bevor Adolf Hitler aufstieg, um zu beweisen, welche schlechten Gewohnheiten das deutsche Volk unter der Herrschaft seiner Feudalherren angenommen hat, habe ich mich oft davon überzeugt, wie gross die Gefahren waren, denen die alten Demokratien entronnen sind und wie sehr viel weiser Präsident Wilson war, als ich einstmals angenommen habe ... Überall in Europa habe ich bemerkt, wie der grösste Teil des demokratischen Gefühls, das die europäischen Völker besitzen, soweit es überhaupt vorhanden ist, von Amerika gekommen ist. Ich war Zeuge, wie tief die französische Moral im Jahre 1917 gefallen war und wie sie nach der Ankunft der Amerikaner sich wieder zu erheben begann .. .»

Diese Sätze, Dokumente einer geradezu erschütternden Geistlosigkeit und Unerzogenheit, finden sich in demselben Buch, das als die Bibel einer neuen Weltordnung angepriesen wird! Wir haben in den letzten Jahren Hunderte von Büchern, Zeitungs- und Zeitschriftenartikeln verfolgt, die in den Vereinigten Staaten zu den fundamentalen Problemen der neuen Weltordnung erschienen sind. Fast nirgends finden sich auch nur Ansätze für ein Verständnis der grossen Frage, vor die die Völker in den anderen Erdteilen gestellt sind. Im günstigsten Fall werden durch gerecht denkende Männer die Verquickungen von Rüstungsprofiten und Kriegspolitik während des Weltkrieges aufgedeckt. Wenn aber Präsident Roosevelt, wie er dies im Frühsommer 1941 tat, in das Haus jenes Woodrow Wilson fährt, um dort der Welt zu verkünden, dass ausgerechnet der Mann das

Vorbild für alle Staatsmänner der Welt sein soll, der über Deutschland wie über sämtliche mitteleuropäischen und vorderasiatischen Nationen durch seine Schwäche, seine Unwissenheit und seine puritanische Naivität das grösste Unheil gebracht hat, so wird dies in den Vereinigten Staaten kritiklos hingenommen.

Angesichts solcher Vorgänge empfiehlt es sich allerdings, die amerikanischen Utopien und die Verheissung des amerikanischen Jahrhunderts bitter ernst zu nehmen. Alle Völker müssen sich darüber klar sein, was sie bedeuten. Schon fühlt sich Amerika als der wahre Beherrscher Englands. Als Willkie Anfang 1941 in England weilte und die elenden, unter den furchtbaren Folgen des Krieges leidenden Massen von Coventry auf ihn zustürzten, telefonierte er nach Washington: «Ich wurde so empfangen, als ob ich der Präsident der Engländer wäre.» Schon fühlt sich Amerika demnach berechtigt, sämtliche anderen Völker moralisch abzuurteilen, je nachdem ob sie sich servil in die amerikanischen Pläne einfügen oder ihnen entgegenstehen, wie die Behandlung Frankreichs vor und nach der Niederlage beweist. Schon lautet das Programm nicht mehr nur: Krieg gegen Deutschland, sondern Vernichtung der bisher führenden britischen Oberschicht und Ersetzung durch die in England dem Kreise Frankfurters entsprechende Clique. Schon treten Sendboten in China auf, die einen New Deal für Asien fordern, während gleichzeitig das New Deal in Amerika selbst kläglichen Schiffbruch erlitten hat. Schon sehen wir, wie jener amerikanische Mythos, der eine Fortentwicklung der Vereinigten Staaten im Sinne eines modernen Volksstaates verhindert hat, nun der gesamten Welt als der Richtpunkt, als das Denk- und Lebenssystem verkündet wird, auf das sie sich einrichten und ausrichten soll. Schon sehen wir schliesslich, dass es sich hierbei nicht allein um Theorien, Reden und Erklärungen handelt, sondern dass der Versuch unternommen wird, die amerikanische Weltherrschaft durch den Einsatz konkreter Machtmittel auch wirklich aufzurichten.

In Südamerika, in Afrika, in Australien und Malaya, in China und im Fernen Osten, in Wladiwostok, in Grönland, Island und auf den britischen Inseln selbst, überall begegnen wir dem amerikanischen Versuch,

strategische und wirtschaftliche Schlüsselpositionen zu erobern. Hinter dem Schleier des wiederbelebten «Internationalismus» der Wilson-Ära erhebt sich bereits der neue weltumspannende Imperialismus der USA, der Versuch, ein grausames Monopol über den grössten Teil aller Reichtümer dieser Erde zu errichten. Das käme der Versklavung von mehr als der Hälfte der Menschheit gleich. Vergessen wir nicht, im Weltkrieg sprach Morgan von deutschem Weltherrschaftsstreben, um selbst die Weltherrschaft für die amerikanische Hochfinanz zu gewinnen! Sehen wir mit scharfen Augen, wie dieser selbe Versuch heute noch einmal, auf breiterer Basis, mit wohldurchdachten Plänen und mit grösserer Kaltblütigkeit unternommen wird. Für die Völker Europas, Asiens und Südamerikas wird viel davon abhängen, ob sie den eigentlichen Hintergrund dieses Krieges rechtzeitig zu erkennen vermögen. An alle Völker dieser Erdteile wird nun die Frage herantreten, ob sie sich der Einheitszivilisation des Amerikanismus, dieser amerikanischen Konservenkultur, beugen wollen. Es geht nicht mehr um das Schicksal jedes einzelnen dieser Völker allein, es geht nun um die Zukunft der gesamten Welt.

TEIL VIII

Das Programm der Weltherrschaft

Im Jahre 1915 erklärte Thomas Lamont auf einer Versammlung von amerikanischen Bankiers, Amerika habe alles Interesse daran, dass der Krieg solange wie möglich dauere. Im Sommer 1940, als sich England vor die Frage gestellt sah, ob es nicht besser wäre mit Deutschland einen Ausgleich zu suchen – man wusste in London, dass dem keine unüberwindlichen Hindernisse entgegenstanden – war es Franklin D. Roosevelt, der dies verhinderte. Welches Interesse hat Deutschland nach der Niederwerfung der furchtbaren Macht des Bolschewismus an der Fortsetzung des Krieges? Was kann England, wenn sich gleichzeitig im Mittelmeer, Mittelasien und auf der Insel die ganze gewaltige Macht der siegreichen deutschen Armeen gegen die noch immer schwachen britischen Kräfte wenden wird, von diesem Krieg noch gewinnen?

Tränen, Blut und Schweiß, sagte Churchill, und in der Tat, es kann nicht mehr sein. Tränen über die Vernichtung all dessen, was den Engländern teuer war; Blut, das dieses in seiner Vitalität bereits zurückgehende Volk nicht verlieren darf, will es nicht ähnliche Folgen erleben wie Frankreich nach dem Weltkrieg. Schweiß nicht für den Sieg, der unmöglich ist, sondern für die verleihenden und verpachtenden Amerikaner im Hintergrund, die die einzigen Gewinner dieser britischen Schwitzarbeit sein werden.

So sind in der **Tat** die Vereinigten Staaten nach der Vernichtung der Sowjets die einzige Macht auf der **Welt**, die die Verlängerung des Krieges erstreben, mit allen Mitteln, mit Verlockungen, mit Versprechungen und mit Drohungen zugleich. Dies ist schon jetzt die namenlose Verantwortung, die der Kreis um das Weisse Haus auf sich geladen hat und mit ihm jene Engländer, die sich zu einer eigenen **souveränen** Politik nicht mehr **fähig** sehen.

Lassen wir alle ideologischen Verkleidungen beiseite. Roosevelt, fasziniert durch die einseitigen Theorien des Kapitäns Mahan über den Einfluss der Seemacht auf die Geschichte, wünscht die Verlängerung des Krieges bis zu jenem Augenblick, zu dem die amerikanische Zweiozeanflotte die Wogen der Atlantischen und Pazifischen Gewässer durchpflügt. Wir sahen, dass dies vor **1946/47** nicht der Fall sein wird. Bis dahin, so hofft Roosevelt, wird es ihm möglich sein, in allen Teilen der **Welt** eine Bastion nach der anderen, sei es von den Engländern, sei es von anderen schwachen Nationen, wie den Franzosen, den Chinesen und den Holländern (in Niederländisch-Indien), zu erben, um nicht zu sagen zu rauben. Bisher hat sich die amerikanische Kriegsführung darauf beschränkt, auf den künstlich durch Agitation und Hass erzeugten Feind mit groben Worten zu schelten, gleichzeitig aber dem angeblichen Freund die Eier aus dem Nest zu holen. Roosevelt, überzeugt von der letzten Entscheidung und Allmacht der Seeherrschaft, will den Einsatz seines Landes aufsparen, bis er seine Seerüstung vollendet glaubt.

Dies ist nun freilich, was den Enderfolg angeht, eine grosse Illusion, die nicht nur mit einer Enttäuschung, sondern mit wesentlich Schlimmerem für den Präsidenten und für die Amerikaner, die ihn gewähren lassen, enden dürfte. Zunächst aber bedeutet es, dass die ganze amerikanische Macht dafür eingesetzt wird, den Krieg um jeden Preis zu verlängern und daraus rücksichtslos und unerbittlich Gewinne zu ziehen. Es ist das Rezept des Thomas Lamont, diesmal in grösserem Stil und mit ausgreifender Absicht angewandt, nach dem sich die amerikanische Politik während dieses Krieges in allen Weltteilen entwickelt.

Wir haben die südamerikanische Politik Washingtons bis zu den Konferenzen in Lima (Dezember 1938) und in Panama (Herbst 1939) beobachtet. In Lima wurde Hulls Vorschlag eines Militärbündnisses aller amerikanischen Staaten zu Fall gebracht. In Panama wurde eine Sicherheitszone von 300 Meilen um die beiden amerikanischen Kontinente beschlossen. Im Juli 1940 trat in Havanna abermals eine Panamerikanische Konferenz zusammen, auf der auf nordamerikanische Anregung hin beschlossen wurde, dass kein Gebiet der Westlichen Hemisphäre an eine nichtamerikanische Macht abgetreten werden dürfe. Dieser Beschluss brachte also nichts wesentlich Neues. Die Monroe-Doktrin war damit offiziell zur Politik aller amerikanischen Staaten erhoben worden. Hiergegen war gewiss von keiner Seite eine prinzipielle Einwendung nötig, da es sich scheinbar um ein nur defensives Prinzip handelte.

Wer aber hätte daran zweifeln können, dass in Wirklichkeit die USA wesentlich weitergehende Pläne hatten? Nachdem sich herausgestellt hatte, dass diese eigentlichen imperialistischen Ziele mit Hilfe der panamerikanischen Konferenzen nicht zu erreichen waren, veränderte man in Washington die Taktik. Man ging dazu über, nun jeden einzelnen Staat für sich unter Druck zu setzen. Das Schlagwort «Verteidigung der Westlichen Hemisphäre» sollte nun zur Verbrämung des neuen Dollarimperialismus dienen. Hatte er sich früher auf gelegentliche Interventionen in Mittelamerika und auf die Durchdringung der übrigen Länder durch den Dollar beschränkt, so wollte er nun weitergreifen, jetzt ging es um nicht mehr und nicht weniger als um die militärische Unterjochung aller südamerikanischen Staaten nördlich des La Plata.

Durch das Stützpunktgeschäft mit England war die nordamerikanische militärische Einflusszone über den Halbbogen der karibischen Inselwelt und das schon seit Theodore Roosevelts Zeiten von den USA beherrschte Mittelamerika bereits bis vor die Tore Südamerikas vorgeschoben. Die Ölinsel *Trinidad*, von der 62 v. H. des Erdöls des britischen Weltreichs

im engeren Sinne kommen (also ohne Irak, Iran usw.), war in das Stützpunktgeschäft mit England einbezogen. Die Lage dieser wichtigen Inselgruppe vor der venezuelischen Küste gegenüber dem Orinokodelta verschob allein schon die militärische Zone der USA um zwanzig Längengrade nach Osten, wenn man den Panamakanal als Ausgangspunkt nimmt. Das war aber nur der Anfang. Über die Mündung des Amazonasstromes hinaus wollte man über die vorgeschobene charakteristische ostbrasilianische Nase Südamerikas Vordringen und Flotten- und Flugzeugstützpunkte bis unmittelbar an das Grenzgebiet Argentiniens verlegen. Zu diesem Zweck wählte man den kleinen La Plata-Staat *Uruguay* als das geeignetste Einfallstor.

In Montevideo hatten sich die Engländer schon lange durch den Einsatz von Geld und Propaganda aller Art eine starke Stellung geschaffen. Der USA-Diplomatie fiel es nicht schwer, diese von den Briten vorbereitete Position zu übernehmen. Präsident *Baldomir* von Uruguay zeigte sich den nordamerikanischen Wünschen in einer so auffälligen Weise geneigt, dass die Presse im benachbarten Buenos Aires andeutete, *Senor Baldomir* habe zum Schaden Uruguays einen ungewöhnlich grossen persönlichen Geldbedarf. Als im Herbst 1940 Washington auf diplomatischem Wege in allen südamerikanischen Hauptstädten in der Stützpunktfrage zu sondieren begann, war es allein Uruguay, das durch den Mund *Baldomirs* sofort erklärte, es sei selbstverständlich bereit, zu «Verteidigungszwecken» die etwa von den USA benötigten Stützpunkte zur Verfügung zu stellen. Gemessen an den gewaltigen Ausdehnungen Brasiliens und Argentiniens ist Uruguay nicht viel mehr als eine kleine Provinz. Aber ebenso wie Panama im Völkerbund einst als «souveräner» Staat auftrat, so liessen die USA nun die uruguayischen Stimmen als «echt südamerikanisch» erschallen. Damit war der Einbruch in die südamerikanische Front erfolgt.

Viel grössere Schwierigkeiten mussten sich in *Brasilien* ergeben, wo Präsident *Vargas* schon lange ein autoritäres Regime aufgerichtet hatte, das gewiss mit dem angeblichen demokratischen Ideal der USA kaum etwas zu tun hatte. War es in Uruguay Bestechung und friedliche Durchdringung, die zum Ziele führte, so wandte man gegenüber Brasilien offene

Drohungen an. Die amerikanische Publizistik wurde alarmiert, um der Diplomatie des State Department zu Hilfe zu kommen. Dutzende von Artikeln erschienen, in denen die Notwendigkeit einer «militärischen Zusammenarbeit» mit Brasilien bewiesen wurde. Hanson Baldwin drückte dies unsanft in seinem bereits erwähnten Buche folgendermassen aus:

«Die brasilianische Nase im Atlantik ist eines der vitalsten geographischen Gebiete für die Verteidigung der Westlichen Hemisphäre. Da wir die Hauptlast der militärischen Verantwortung für diese Verteidigung tragen müssen, müssen wir in diesem Gebiet auch eine Basis unter amerikanischer Flagge haben, die von amerikanischen Truppen besetzt ist und von ihnen verteidigt wird. Politische Überlegungen, Brasiliens Stolz auf seine Souveränität und das formale Gehaben des State Department in den Verhandlungen habe den Fortschritt in dieser Sache verzögert. Diese Hindernisse müssen aber weggefegt werden. Im Hinblick auf die riesigen Summen, die wir für die Verteidigung ausgeben, ist diese Basis 100 Millionen Dollar oder mehr für die Vereinigten Staaten wert. Es ist kein Grund zu sehen, warum eine derartige Summe, wenn sie mit den besonderen Methoden, die unsere Diplomatie in Südamerika anwendet, angeboten wird und wenn gleichzeitig unsere Stärke hinter diesem Geschäft gezeigt wird, nicht schliesslich zum Erfolg führen soll.»

«Diese Basis soll wie alle anderen, die wir für die Verteidigung der Hemisphäre erwerben, für die Schiffe und Flugzeuge aller amerikanischen Nationen offen sein. Sie muss indes, gleichgültig ob sie gekauft oder durch einen langfristigen Pachtvertrag erworben wird, unter der vollständigen Souveränität und militärischen Kontrolle der Vereinigten Staaten stehen. Die Flaggen sowohl Brasiliens wie der Vereinigten Staaten mögen gemeinsam über einer solchen Basis wehen; *dies darf aber in keiner Weise bedeuten, dass es sich auch um eine gemeinsame Kontrolle handelt*»¹

Wo war der Samthandschuh der «guten Nachbarpolitik» geblieben, den die Regierung Roosevelt bei den panamerikanischen Konferenzen über

¹ Hanson Baldwin: «United We Stand», a. a. O. S. 108

die gepanzerte Faust der Dollar-Diplomatie gezogen hatte? Was hatte sich seit den Zeiten des big stick Theodore Roosevelts verändert? Wenn ein so massgebender militärischer Publizist der USA in dieser Weise seine Stimme erhob, glaubte man allerdings auch in Rio zu wissen, dass Washington nicht zögern würde auch brutal zuzugreifen, wenn es nicht gutwillig ging. Über die Einzelheiten der Verhandlung ist nichts veröffentlicht worden. Doch konnte man bereits im Sommer 1941 mit Bestimmtheit hören, dass Brasilien zunächst in der Nähe von *Pernambuco* und *Natal* Gebiete an die Vereinigten Staaten zur Anlage von Stützpunkten abgetreten hätte. Die *Panamerican Airways* wurden als «private» Gesellschaft vorgeschoben. Sie begannen mit der Anlage von acht riesigen Flugplätzen in diesen Gebieten¹. Die Entfernung zwischen Natal und Westafrika beträgt nur 1'800 Meilen. Das Sprungbrett nach dem Schwarzen Kontinent war damit geschaffen.

Wieweit die Nordamerikaner auch in Südbrasilien Stützpunkte erwerben konnten, ist bei Abschluss dieses Buches noch nicht bekannt. Sicher aber haben sie zum mindesten in Uruguay Konzessionen für die Anlage von Flugplätzen erhalten, und gewiss werden alle diese Stützpunkte, wie es Hanson Baldwin beschrieb, allein der Souveränität der USA unterstehen. Damit aber haben sie nicht nur ausgesprochene Angriffsbasen gewonnen, wie dies bei den Stützpunkten zwischen *Pernambuco* und *Natal* der Fall ist, sondern auch Kopfpunkte, von denen aus die *Beeinflussung der Innenpolitik* der südamerikanischen Staaten weit drastischer erfolgen wird als bisher. Die Abteilungen der USA-Luftwaffe, die später in diesen Basen stationiert sein werden, dürften zukünftig bei jeder innenpolitischen Auseinandersetzung in Brasilien oder den anderen benachbarten Staaten nicht nur eine wesentliche, sondern wahrscheinlich die entscheidende Rolle spielen. Diese Stützpunkte, unter dem Vorwand der Verteidigung der Westlichen Hemisphäre erworben, sind künftig die Zentral-

¹ Die Stützpunkte sind bei den Orten San Roque, Aracaty, Rocas, Pontenegro, Ilinda, Maceio und Adrantes gelegen – alle nördlich und südlich von *Pernambuco*. USA-Streitkräfte hatten bis Dezember 1941 noch nicht die Erlaubnis, die Stützpunkte zu benutzen. Dies bleibt vor dem Eintritt einer «Krise» den *Panamerican Airways* vorbehalten.

stationen des Dollarimperialismus. Ihr eigentlicher Zweck ist es, die südamerikanischen Länder in Kolonien der USA zu verwandeln, die nach dem britischen Vorbild im indischen Nordwesten durch verhältnismässig kleine Luftgeschwader beherrscht werden sollen.

Mit Verzweiflung im Unterton schrieb daher eine grosse Zeitung in Rio: «Wir alle sind und werden kein südamerikanisches Ägypten sein.» Wenn indes schon Brasilien keine ausreichenden Mittel zur Verfügung hatte, um dem Druck Washingtons in der Stützpunktfrage standzuhalten, so war dies für Venezuela, Peru und Ecuador vollends ausgeschlossen. Die *Galapagos-Inseln* im Pazifischen Ozean, ein Aussenbesitz Equadors, waren eines der nächsten Ziele des Stützpunktimperialismus der USA-Marine. In diesem Falle liess man durch eine private nordamerikanische Gesellschaft entsprechende Ländereien und ganze Inseln dieser Gruppe aufkaufen, die sie dann prompt der amerikanischen Marine für ihre Zwecke zur Verfügung stellte. Die meisten dieser Stützpunktgeschäfte im Norden des südamerikanischen Kontinents sind nur ungenau bekanntgeworden. Man darf indes annehmen, dass bis Ende 1941 Washington in sämtlichen in Frage kommenden Staaten entsprechende Besitztitel erworben hat. Bis zum vollständigen Ausbau dieser neuen Luftbasen dürften indes noch Jahre vergehen.

Das eigentliche Ziel der neuen imperialistischen Politik Roosevelts in Südamerika wurde durch Senator W. Clark sarkastisch enthüllt. Er erklärte, die Vereinigten Staaten sollten doch offen dazu übergehen, von ihnen gewählte Schattenregierungen in Kanada und Südamerika einzusetzen. «Es würde voraussichtlich nicht notwendig sein, einen einzigen Schuss abzufeuern, um die Kontrolle über den gesamten Kontinent zu erhalten», meinte er. Roosevelt und Welles beeilten sich, diese peinliche Aufdeckung ihrer eigentlichen Ziele als «unverantwortlich» zu dementieren¹. Sie versuchten den Schein der guten Nachbarpolitik auch jetzt noch aufrechtzuerhalten. Die Äusserung Clarks hatte indes in ganz Südamerika ungeheures Aufsehen erregt. Nun bestand von Kolumbien bis Argentinien kein Zweifel mehr, was man in Washington eigentlich beabsichtigte.

¹ New York Herald Tribune, 30. Juni 1941

Während Roosevelt dauernd von Vertragsbrüchen und Wortbrüchen in Europa sprach, begab er sich selbst auf die Jagd nach Stützpunkten und Einflussphären auf dem südamerikanischen Kontinent. Der Dollar rollte. Anfang Oktober 1941 wurde in Panama sogar eine regelrechte Revolution durch den USA-Imperialismus inszeniert, die zur Absetzung des Präsidenten Arias führte, der verboten hatte, die unter der Panama-Flagge fahrenden USA-Dampfer zu bewaffnen. Entsprechend dem skandalösen Vorgehen Theodore Roosevelts in Panama wurde die neue Regierung von Washington schon wenige Stunden, nachdem sie gebildet war, anerkannt. Die USA-Behörden in der Kanalzone waren bereits vorher unterrichtet gewesen, da einen Tag vor dem Staatsstreich alle amerikanischen Truppen aus dem Panamagebiet in die Kanalzone befördert worden waren.

Der südamerikanische Kontinent hatte sich bisher trotz aller offenen und verschleierte Vorstöße des Dollarimperialismus nicht ohne Erfolg gegen die Unterordnung unter die Yankees gewehrt. Die südamerikanischen Überlieferungen und Lebensformen haben mit Nordamerika wenig gemein. Die auf materiellen und äusserlichen Erfolg gerichtete puritanische Denkweise der Yankees ist dem südlichen Katholizismus fremd. Die Möglichkeiten gegenseitigen Verstehens waren daher immer begrenzt. Seit dem Einsetzen der grossen Weltwirtschaftskrise, die die Monokulturen Südamerikas besonders scharf in Mitleidenschaft zog, waren zudem – ausgehend von Mexiko – in fast allen mittelamerikanischen und nördlichen südamerikanischen Ländern (also nicht in Argentinien und Chile) höchst überraschende Tendenzen einer *Rückbesinnung auf das indianische Element* aufgetreten. Der «lateinische» – spanische und portugiesische – Charakter trat bei aller Aufrechterhaltung der verwandtschaftlichen Beziehungen zu den ehemaligen Mutterstaaten fast unmerklich zurück. Ein stiller Wandlungsprozess begann sich damit anzukündigen, der unter der Oberfläche die ureingewachsenen Abwehrkräfte gegen

den Yankee-Imperialismus verstärken musste. Sie haben z.B. bei den sich immer wiederholenden Enteignungsrevolten gegen das Mexiko beherrschende angelsächsische Grosskapital bereits eine Rolle gespielt, die mit «Nationalismus» im landläufigen Sinne kaum richtig zu erklären wäre.

Der südamerikanische Kontinent steht wesentlich anders als der nordamerikanische erst am Beginn seiner eigenständigen Entwicklung. Was hierbei immer das stärkere Hervortreten des indianischen Urelements in der Zukunft bedeuten mag, sicher ist schon jetzt, dass die Gestalt, der Südamerika als Ganzes zustrebt, in krassem Widerspruch zu dem sich auf dem Puritanismus gründenden nordamerikanischen Mythos steht. Nur eine gedankenlose Verallgemeinerung der sich über die ganze Welt hin auswirkenden Grundströmungen unserer Zeit kann zu dem Schluss kommen, eine gesamtamerikanische Einheitskultur sei im Entstehen begriffen. Im Gegenteil, die «Südamerikanisierung» Südamerikas steht wohl erst bevor. Die besonderen Bedingungen, die sich in diesem Erdteil durch die Rassenmischung des iberischen Grundstocks mit den Indios und Mestizen ergeben haben, sind erst im letzten Jahrzehnt weiteren Kreisen in Südamerika überhaupt bewusst geworden. So beginnt die sich überraschend fruchtbar entwickelnde südamerikanische Literatur erst jetzt die stark emotionalen Kräfte dieses Erdteiles auszudrücken. Sie waren bisher durch die Kruste des Frühkapitalismus und der fremdkapitalistischen Ausbeutung überdeckt. Das Südamerika, das z.B. der peruanische Dichter Garcia Calderon schildert, ist spanisch *und* indianisch – und damit etwas völlig Neues. Die bisher auf diesen Erdteil angewandten Klischees einer festgelegten Betrachtungsweise werden in der Zukunft immer unzutreffender werden.

Selbst oberflächliche nordamerikanische Reiseschilderungen über Südamerika weisen daher in bemerkenswertem Gegensatz zum Dollarimperialismus Washingtons unablässig darauf hin, dass die Verschiedenheit zwischen den beiden amerikanischen Kontinenten nicht geringer, sondern ständig grösser würde und dass wenig Aussicht bestehe, eine Angleichung der südamerikanischen Lebensform an den Norden zu

erzwingen. Der innere Kontakt zwischen Nord- und Südamerika ist weit geringer als man dies vor allem in den letzten Jahren, in denen das Schlagwort von der Westlichen Hemisphäre als imperialistischer nordamerikanischer Begriff eingeführt wurde, vermuten konnte. Die Zahl der südamerikanischen Reisenden nach den USA ist schon aus finanziellen Gründen auf eine sehr kleine reiche Schicht beschränkt, da die südamerikanischen Währungen gegenüber dem Dollar so ungünstig stehen, dass auch jene südamerikanische Mittelschicht, die in Chile oder Brasilien ausgezeichnet lebt, die wesentlich teureren Lebenshaltungskosten der USA selbst für kurze Zeit nicht bestreiten kann.

All diese Entwicklungen sind natürlich sehr wohl in Washington bemerkt worden. Man hat daher alle Anstrengungen gemacht, um durch moderne Mittel der Massenpropaganda –eine einheitliche «Amerikakultur» zu erzeugen. Insbesondere der *Film* –Hollywood beherrscht das Kino Südamerikas fast vollständig –wurde hier zuerst unter rein kapitalistischen, später aber unter bewusst politischen Gesichtspunkten eingesetzt. So wird Südamerika zum ersten *Versuchsfeld jener amerikanischen Patentkultur*, deren Ausbreitung über die Welt uns in den Thesen von Henry Luce vom kommenden «American Century» begegnet ist. Allerdings, es gibt für diese durch Hollywood geförderte Standardzivilisation in den südamerikanischen Grossstädten ein geeignetes Rohmaterial. Es sind dies jene unverwurzelten und charakterlosen Unter- und Mischschichten, die überhaupt keiner geistigen Provinz zuzurechnen sind, die vielmehr blind wie Insekten von dem scheinbaren Glanz, der von der Gaukelwelt Hollywoods ausstrahlt, angezogen werden und in ihn hineintorkeln.

Allein der Pöbel stellt in Südamerika die Hilfstruppen für das «American Century». Die eigentlichen Kulturschichten Südamerikas aber betrachten ihn mit Geringschätzung, ja mit Verachtung. Da sie noch immer dem alten südamerikanischen Sprichwort huldigen, dass ein Palast, vor dem keine Bettler stehen, kein Palast sei, ist ihnen indes das Schicksal der Gesichtlosen, wie man sie in Argentinien nennt, gleichgültig. Das Gefühl einer Volksgemeinschaft im deutschen Sinne darf man in diesen

Ländern gewiss noch nicht voraussetzen. Wie wenig die Hollywoodkultur in Wirklichkeit die wertvollen Schichten Südamerikas anzuziehen vermag, kann aus einem der neuesten nordamerikanischen Bücher über die «Allamerikanische Front»¹ ersehen werden, in dem der Verfasser resigniert berichtet:

«In fast allen führenden Kreisen Südamerikas traf ich auf vages, aber ausgesprochen feindliches Misstrauen gegen die amerikanischen Filme. ‚Wie könnt Ihr annehmen, unsere Freundschaft zu gewinnen‘, wurde ich mindestens in einem halben Dutzend südamerikanischer Republiken gefragt, ‚wenn die einzige Kunst, die Ihr uns in Massen schickt, die Würde Eurer Männer und die Keuschheit Eurer Frauen lächerlich macht und wenn sie von unseren eigenen massgebenden Schichten als derjenige Einfluss angesehen wird, der die Anschauungen unserer jüngeren Generation am schlechtesten und unerfreulichsten beeinflusst?«¹

Derselbe nordamerikanische Verfasser stellt fest, dass die Hinneigung des Südamerikaners zur europäischen Kultur nach wie vor weit grösser sei als zur nordamerikanischen. Er gibt als typisch die Äusserung eines berühmten brasilianischen Arztes wieder, der ihn wie Hunderte anderer darauf aufmerksam macht, dass die Erziehungsprodukte des nordamerikanischen College-Campus in Südamerika grösste Zweifel hervorriefen – vor allem auch wegen der sexuellen Promiskuität, die die nordamerikanische Universität in südamerikanischen Augen zu einer Abart der verrufenen Häuser verwandelt habe. Folgendes wurde dem Yankee von diesem brasilianischen Arzt gesagt:

«Unsere jungen Männer kommen von ihren Studien in Europa durch ihr Zusammentreffen mit den älteren Kulturen mit erweitertem Horizont zurück. Im Grunde aber sind sie unverändert. Ihre sozialen Gewohnheiten und Anschauungen sind in keiner Weise radikal durcheinandergebracht. Sie nehmen vielmehr ihre Plätze in unserer Gesellschaft ohne Schwierigkeit ein. Wenn aber unsere jungen Männer von den Vereinigten Staaten zurückkommen, scheinen sie überhaupt nicht mehr zu uns zu gehören, obwohl sie uns sicher mancherlei Wertvolles zu lehren haben.

¹ Duncan Aikman, a. a. O.

Sie fühlten sich dann ohne ‚Jazz-Life‘ und ohne Eure eigenartigen sozialen Freiheiten unglücklich. Sie spielen sehr oft eine zersetzende Rolle. Sie verwenden ihre Energien nicht darauf, um unsere wissenschaftlichen und geschäftlichen Methoden zu verbessern, sondern um unsere heranwachsende Generation den bestehenden Sitten abspenstig zu machen. Manchmal sind sie über die Aussicht, in eine Gesellschaft zurückkehren zu müssen, in der ein ehrenhafter Sittenkodex die Beziehungen zwischen den Geschlechtern regelt, derart unzufrieden, dass sie es vorziehen, überhaupt nicht nach Hause zu kommen. Die sexuelle Freiheit des amerikanischen College-Campus, die immer mehr zu einer Auflösung jeder festen Gesellschaftsordnung in der nordamerikanischen Mittel- und Oberschicht beiträgt, wird also in Südamerika vor allem anderen als eine der grossen Gefahren der Yankee-Patentkultur empfunden, die das Fundament der südamerikanischen Lebensauffassung erschüttern müsste, würde sie weiter vordringen.

Dies ist der Hintergrund des imperialistischen Angriffs auf Südamerika. Nordamerika erstrebt nicht mehr nur eine rein machtmässige Beherrschung Südamerikas durch die Gewinnung von militärischen Stützpunkten und die vollkommene wirtschaftliche Durchdringung, sowie die rücksichtslose kapitalistische Ausbeutung dieser Länder. Die ganze Lebensform Südamerikas, seine sich eben entfaltende eigenständige Kultur wird vielmehr in breitester Front sowohl vom pharisäischen Puritanismus wie von dem Gegenbild dazu, dem Hollywoodstil, angegriffen. Wie eine zersetzende Säure wird das Ideal des entseelten Patentmenschen, des *homo communis hollywoodiensis*, auf die dort gewachsenen und in der Rasse und im Klima Südamerikas bewährten Kulturformen gespritzt. Der Pöbel bildet hierfür den Nährboden.

Gerade deshalb kann man aber voraussehen, dass sich die *Gegenkräfte*, man möchte sagen auf Grund des naturgeschichtlichen Gesetzes jeder geistigen Entwicklung, im Laufe der Zeit herausbilden werden. Vielleicht wäre Südamerika wirklich für alle Zeiten zur Beute der Yankeeivilisation geworden, wenn sie sich nicht als Schrittmacher des brutalen Yankeeimperialismus entpuppt hätte. Gerade weil sich aber die

«Gute Nachbarschaftspolitik» nicht nur als Bluff, sondern als offener Betrug herausgestellt hat, werden die eigenständigen Schichten Südamerikas den Yankeeamericanismus im nächsten Jahrzehnt als eine *totale Erscheinung* beurteilen lernen, bei der sich die Hollywoodzivilisation von der Errichtung moderner Zwingburgen in Form von Flugstützpunkten und der Ausbeutung durch Wall Street nicht trennen lässt. Die Gegenwehr Südamerikas kann daher schon heute beim Politischen nicht mehr haltmachen. Sie wird durch den totalen Charakter dieses Angriffs gezwungen, sich auch gegen die Gesamterscheinung des nördlichen Amerikanismus zu richten. Die Geschichte dieses Kontinents ist damit nicht beendet, dass er zunächst den Yankees als Beute anheimfällt. Die Spannungslosigkeit seines inneren Gefüges, die sich in der Bildung von meist nur personell bedingten Juntas, Pronunciamentos und Revolutionen ausdrückte, beginnt einer wirklichen und echten Spannung, die durch die Gringos (wie man die Yankees in Südamerika nennt) hervorgerufen wird, zu weichen. Schon jetzt berichten nordamerikanische Korrespondenten nicht ohne Besorgnis über eine ganz neue Form des Nationalismus, bereits verbunden mit für Südamerika ebenfalls neuen sozialen Ideen, die sich in verschiedenen Ländern zu entwickeln beginnen.

Die Yankees selbst haben ihre seit dem Panamerikanischen Kongress zu Lima eingeleitete Unterjochung Südamerikas *Stromlinienimperialismus* getauft. Nach südamerikanischer Meinung unterscheidet er sich von den Methoden eines Theodore Roosevelt ebenso wie ein modernes Stromlinienauto von einem Fordwagen aus dem Jahr 1910. Dieser Stromlinienimperialismus der Yankees ist allumfassend. Ein Professor der Universität Rochester¹ hat z.B. die höchst bezeichnende Theorie entwickelt, die Monroe-Doktrin gebe den Vereinigten Staaten das Recht zur Intervention in jedem südamerikanischen Staat, in dem eine Weltanschauung zur Herrschaft gelange, die sich mit der offiziellen demokratischen Lehre der USA nicht vereinbaren liesse. «Wenn in einer südamerikanischen Republik ein totalitäres Regime eingerichtet würde», so fragt er, «wären wir dann nicht sofort zu moralischem Druck, zur Nichtanerkennung und zu wirtschaftlichen Zwangsmassnahmen gezwungen?»

¹ Dexter Perkins, a. a. O.

Es könnte sogar notwendig sein, dass wir in einem solchen Falle ein demokratisches Wahlergebnis als ungültig erklären müssten.» Die Monroe-Doktrin des Stromlinienimperialismus fordert also auch die ideologische Gleichschaltung der Südamerikaner mit den USA. Für den gegenteiligen Fall hat sie schon die Drohung der Intervention bereit!

Man muss alle diese Erscheinungen immer wieder mit den Reden vergleichen, mit denen Roosevelt seine Angriffsvorbereitungen auf Europa rechtfertigt – all jene Verwünschungen gegen die «Brecher des internationalen Rechts», gegen die «Verwerflichkeit der Ausdehnung der nationalen Macht», um den richtigen Massstab für das Vorgehen der Yankees in Südamerika zu finden. Schon vor dem Ausbruch des Krieges waren die südamerikanischen Länder mit sich jagenden Propagandawellen gegen die angebliche deutsche Fünfte Kolonne erfüllt. «Fälle» wurden konstruiert und ausgeschlachtet, von denen die notorische Fälschung der sogenannten Patagonien-Dokumente – es wurde behauptet, Deutschland beabsichtige Südargentinien zu besetzen – nur einer unter vielen war. Der später auf amerikanischen Einfluss hin von dem argentinischen Abgeordneten Taborda gegründete «Ausschuss zur Aufdeckung argentinienfeindlicher Umtriebe» betätigte sich in derselben Richtung. In Bolivien verwendete man die Fälschung eines Briefes des bolivianischen Militärattachés in Berlin, Belmonte, um Hass gegen Deutschland zu säen. Da Argentinien dem Vorherrschaftsplan der Vereinigten Staaten bis dahin stets am ablehnendsten gegenübergetreten war, konzentrierten sich indes die Anstrengungen der Propaganda vor allem auf dieses Land.

Zahllose nordamerikanische Kurzwellen-Stationen sendeten in fast ununterbrochener Folge schliesslich bis zu 500 Stunden in der Woche spanische und portugiesische Programme nach Südamerika¹, die mit falschen Behauptungen über deutsche Angriffspläne und mit agitatorischem Material jeder Art durchsetzt waren. Wir können es uns ersparen, die Methoden dieser nordamerikanischen Agitation im Einzelnen zu beschreiben. Das Ergebnis war jedenfalls, dass man den Südamerikanern

¹ The Wallstreet Journal, 30. September 1940

klarzumachen versuchte, sie seien akut von Deutschland bedroht und die deutsche Fünfte Kolonne sei bereits eifrig am Werk, die Vorbereitungen für die demnächst landenden deutschen Armeen zu treffen. In Südamerika blieb man indes skeptisch.

«Man kann sich kaum vorstellen», schreibt ein nordamerikanischer Korrespondent¹, «mit welchem schallendem Gelächter der Durchschnittsargentinier die Nachricht aufnimmt, dass er durch die Errichtung von USA-Stützpunkten in seinem eigenen Lande oder in benachbarten Ländern gegen Hitler geschützt werden soll. Dies Schlagwort mag innerhalb der Vereinigten Staaten angebracht sein. Hier in Argentinien ist es ein schlechter Witz; denn der Argentinier sagt: Die USA wollen uns gegen Hitler jenseits des Meeres beschützen, wer aber schützt uns gegen den Yankee vor unserer Tür? Er sieht die Stützpunkte als gegen Argentinien und nicht gegen Deutschland gerichtet an; denn er weiss, dass Argentinien und die Vereinigten Staaten sich wirtschaftlich nicht ergänzen, dass sie im Gegenteil Konkurrenten sind und dass ein dauernder Zusammenschluss sich nur zum Nachteil des Schwächeren auswirken würde. Darum ist auch das argentinische Volk einmütig und geschlossen gegen die Stützpunkte.»

Kein Mittel blieb infolgedessen von den Yankees unversucht, um alle Widerstände in Südamerika mit Gewalt zu brechen. Das Rezept hierfür können wir ebenfalls aus einer amerikanischen Quelle zitieren. Die Methoden des Stromlinienimperialismus wurden in «Fortune»¹ folgendermassen beschrieben: «Das in Fort Knox vergrabene amerikanische Gold [dort wird bekanntlich der Goldschatz der USA aufbewahrt] muss ausgegraben und in Stromliniendivisionen verwandelt werden, die man in allen schwankenden Ländern der Welt einsetzen kann. Es kommt dabei nicht darauf an, Politiker und Generale zu bestechen, dass sie ihre Länder verraten. In Frage kommt vielmehr, diejenigen Politiker und Generale zu ermutigen, die an die demokratischen Ideale der USA glauben. Es kommt darauf an, ihre Kampfkraft zu stärken, damit sie einen guten Kampf kämpfen. Es kommt darauf an, Zeitungen, akademische Vereini-

¹ Fortune, April 1941

gungen und allenfalls auch freundlich eingestellte Firmen und Konzerne durch Anzeigen, Geschenke und andere Vergünstigungen zu unterstützen. Wir unterstützen bereits einige Regierungen mit Anleihen; *aber einzelne Personen sind oft mehr wert als Regierungen*. Wir müssen unsere formalistischen Hemmungen in dieser Beziehung aufgeben. Amerikanische Geschäftsleute, die als Einzelpersonen mit der [USA-] Regierung Zusammenarbeiten, können ungewöhnlich nützlich sein, indem sie im Ausland Regierungsgelder in Form von Anzeigen und Aufträgen verteilen. Südamerika, Französisch-Nordafrika, die Türkei, Indochina und Thailand müssen insbesondere auf die Liste dieser amerikanischen Spendenempfänger gesetzt werden.»

In der Tat sind die USA in Südamerika genau nach diesen Empfehlungen vorgegangen. Bereits 1940 hatte Roosevelt den Enkel des alten John D. Rockefeller, *Nelson Rockefeller*, an die Spitze eines Amtes gestellt, das den verheissungsvollen Titel «*Office for Coordination of Commercial and Cultural Relations between the American Republics*» führt und mit 400 Angestellten in Washington ins Leben gerufen wurde. Wie die Bienenschwärme verstreuten sich Nelson Rockefellers «young boys» über alle südamerikanischen Republiken, sprachen Ungereimtheiten über die «gemeinsame amerikanische Kultur» und versuchten gleichzeitig Informationen über alle wichtigen südamerikanischen Persönlichkeiten und Firmen, über deren Einstellungen und Geschäftsbeziehungen zu erhalten. Auf diese Weise wurde binnen einiger Monate in Washington ein riesiges geheimes Kartothekmaterial gesammelt, auf Grund dessen dann der Präsident plötzlich im Juli 1941 mit einer *Schwarzen Liste* hervortreten konnte, in der 1'800 Personen und Firmen aufgezählt wurden, mit denen der Handel sowie jede Kredittransaktion für Bürger und Firmen der Vereinigten Staaten verboten wurde, weil diese Firmen Handelsbeziehungen mit Deutschland oder Italien unterhielten. Zum erstenmal war damit nun wirklich eine Fünfte Kolonne in Südamerika aufgetreten. Das Komitee Nelson Rockefellers, das diese Schwarzen Listen vorbereitet hatte, führte den Südamerikanern drastisch vor Augen, was man mit «kultureller Annäherung» meinte. Die Aufstellung dieser Schwarzen Listen bedeutete einen unmittelbaren Eingriff in die Souverä-

nität der südamerikanischen Länder und abermals einen schweren Völkerrechtsbruch. Ihre Verkündung war das Anzeichen dafür, dass der Stromlinienimperialismus sich nun in voller Fahrt befand.

Als Wilson 1919 sah, dass sich England und Frankreich seinem Führungsanspruch nicht beugten, rief er in Versailles aus: «*We can force them to our way of thinking*» – «Wir können sie zu unserer Art zu denken zwingen». Schon 1916 hatte er vor dem Kongress erklärt: «Ist Ihnen die Tragweite der einen Tatsache gegenwärtig, dass uns künftig die Aufgabe zufällt, Geld zu verleihen und zu helfen, die grossen Friedenswerke der Welt zu fördern? Wir werden die Weltfinanzierung wesentlich auf uns nehmen müssen. Wer aber die Welt finanziert, der muss sie auch kennen und ist berufen, sie mit seinem Geist und seiner Gesinnung zu beherrschen.» Auf Südamerika angewandt, hiess dies: Neben der politischen Herrschaft *totale wirtschaftliche Durchdringung*.

Die Vereinigten Staaten konnten die schwierige Lage, in die die Exportwirtschaft der südamerikanischen Monokulturen durch den Krieg geraten waren, voll ausnutzen. Der Ausfall Deutschlands, später – mit dem sich verknappenden Schiffsraum – allmählich ganz Europas für den Aussenhandel Südamerikas kam für den grösseren Teil des Kontinents fast einer Katastrophe gleich. Argentiniens Aussenhandel z.B., der fast zu 70 v. H. nach Europa ging, betrug 1941 nur noch 48 v. H. des an sich schon ungünstigen Jahres 1940. Der Hafen von Buenos Aires, in dem vor dem Kriege täglich 150 Schiffe ein- und ausliefen, sah im Sommer 1941 in einer Woche kaum 26. Zwar hatte England Anfang 1941 versprochen, 400'000 Tonnen Getreide abzunehmen, war dann aber nur in der Lage, einen Bruchteil davon zu verschiffen. Umgekehrt stieg der Handel mit Nordamerika. War 1939 48 v. H. der Einfuhr ganz Südamerikas aus den USA gekommen, so betrug dieser Anteil 1940 55 v. H. Die Ausfuhr erhöhte sich von 30 auf 46 v. H. Diese Tendenz verstärkte sich

1941 noch beträchtlich. Den südamerikanischen Ländern blieb nichts anderes übrig, als in Nordamerika Ersatz für die verlorengegangenen Märkte zu suchen, die USA aber waren nun fest entschlossen, die Zwangslage Südamerikas politisch zu nutzen. Sie sahen die Möglichkeit, Südamerika wirtschaftlich in demselben Masse in ihren Einflussbereich zu zwingen, in dem dies nach dem Bürgerkrieg mit den Südstaaten möglich gewesen war.

Während man die Hetze gegen Deutschland organisierte und finanzierte, wollte man gleichzeitig die *britische Vormachtstellung* in Brasilien und Argentinien endgültig brechen. Bei den Vorarbeiten für die Schwarzen Listen hatte die Rockefeller-Organisation 17'000 südamerikanische Firmen «untersucht». Das Ergebnis dieser vielleicht grösst angelegten Wirtschaftsspionage, die irgendwo bisher durchgeführt worden ist, beschränkte sich durchaus nicht auf jene 1'800 Firmen, die wegen ihrer Handelsbeziehungen zu den Achsenmächten boykottiert wurden. In Washington war nun ein annähernd vollständiges Material über die britischen Handelsmethoden und Verbindungen in Südamerika zusammengetragen. So konnte ein Grossangriff auf den englischen Handel beginnen, dessen Ausschaltung das eigentliche Ziel war.

Die amerikanischen Zeitungen beklagten sich plötzlich lebhaft über das Fortbestehen der britischen Konkurrenz in Südamerika trotz der Wohltätigkeitseinrichtung des Leih- und Pachtgesetzes. Sie behaupteten, England habe sogar Stahlwaren und Maschinen, die ihm auf Grund des Leih- und Pachtgesetzes gesandt worden waren, zu Dumpingpreisen nach Südamerika weiterverkauft. In der Tat hatte sich England überaus angestrengt, vor allem den argentinischen Markt zu erhalten. Lord Willingdon, der frühere Vizekönig von Indien, hatte noch 1940 eine Handelsmission nach Südamerika geleitet. Von all den Versprechungen, die er gemacht hatte, konnte jedoch infolge der Schiffsraumverknappung wenig gehalten werden, und das, was blieb, wurde nun von Washington abgewürgt. Im September 1941 sah sich die britische Regierung gezwungen, ein *Weissbuch* herauszugeben, in dem versprochen wurde, das Leih- und Pachtmaterial werde auf keinen Fall weiterverkauft. Ferner musste

die britische Regierung eine *Beschränkung des britischen Aussenhandels in Südamerika* Zusagen und sich dazu bequemen, die Gesamtausfuhr auf zwei Drittel des Vorkriegsstandes und den Stahllexport auf 40 v. H. des normalen Ausmasses festzulegen und hierbei Klauseln einzufügen, durch die die Ausfuhr nach Südamerika noch besonders gedrosselt wurde. Hier hatte man also das erste praktische Ergebnis von Union Now! Ein Tiefpunkt der britischen Weltgeltung war damit erreicht, wie er noch bei Ausbruch des Krieges kaum denkbar gewesen wäre. Selbst in den schlimmsten Monaten des Jahres 1917 war England nicht zu einer derartigen Selbsterniedrigung gezwungen gewesen.

Die USA-Presse machte aus ihrem Triumph kein Hehl. Sie wies bei dieser Gelegenheit auch darauf hin, dass die Engländer die Postkontrolle auf Jamaika und Trinidad zwischen Nord- und Südamerika dazu benutzt hätten, um ihrerseits der Wirtschaftsspionage des Nelson-Rockefeller-Komitees etwas «Gleichwertiges» entgegenzusetzen. Kaum hatte die britische Wirtschaftsspionage aus den Geschäftsbriefen erfahren, dass zwischen einer nordamerikanischen Firma und einem südamerikanischen Handelshaus ein grösserer Abschluss bevorstand, so schickte sie in Rio oder Buenos Aires ihren eigenen Geschäftsvertreter zu der betreffenden Firma, um die Amerikaner durch billigere Preise aus dem Feld zu schlagen. Die Freundschaft blühte!

Im Grunde beruhte die Souveränität der südamerikanischen Länder schon seit Jahrzehnten auf der britisch-amerikanischen Rivalität. Nun musste England selbst bekennen, dass sie beendet war und dass es den Yankees den grossen südlichen Kontinent völlig überlassen müsse. Man kann sich leicht vorstellen, welche Stimmung im Unterhaus geherrscht haben mag, als dieses Weissbuch veröffentlicht wurde, zumal eine beträchtliche Zahl von Tory-Abgeordneten am Südamerikageschäft im grossen Stil beteiligt ist und die Kontrolle über Millioneninvestitionen vor allem in Argentinien, Brasilien und Uruguay ausübt. Man schätzt die britischen Kapitalanlagen in Südamerika – einschliesslich Mexikos und Mittelamerikas – zwischen 700 Millionen und einer Milliarde Pfund. Sie übertreffen damit die britischen Kapitalanlagen in Indien und Ceylon annähernd um das Doppelte! Südamerika war infolgedessen bisher weit

mehr eine britische denn eine nordamerikanische Wirtschaftsprovinz. Dies sollte sich jetzt entscheidend ändern. In Washington war man entschlossen, das Versäumnis des Weltkrieges, in dem sich schon einmal die Möglichkeit zur Verdrängung Englands aus Südamerika geboten hatte, nicht zu wiederholen.

Der verhältnismässig geringere Anteil der USA am wirtschaftlichen Aufbau und im Aussenhandel Südamerikas ist indes kein Zufall. Der Nord- und der Südkontinent ergänzen sich nur auf wenigen Gebieten. In der agrarischen Rohstoffproduktion sind sie Konkurrenten. Die USA können weder den argentinischen Weizen noch den Fleischüberschuss aufnehmen. Bolivianisches Zinn und Kupfer, Wolfram und brasilianisches Mangan sind dagegen erwünschte Ergänzungen. Schon mit der brasilianischen Kaffeeproduktion dagegen ist es schwierig, weil die mittelamerikanische Kaffee-Ernte allein für den Bedarf der USA beinahe ausreichend ist. So erwies sich bald, dass zwar die USA im Aussenhandel Südamerikas eine relativ grössere Rolle spielen konnten, dass dies aber einen absoluten Rückgang des Aussenhandels nicht aufzuhalten vermochte. Die nordamerikanischen Farmer protestierten, sofort, als z.B. ein grösseres Fleischkontingent aus Argentinien für die amerikanische Marine bestellt wurde. Die südamerikanischen Länder sahen sich infolgedessen gezwungen, immer häufiger um *Anleihen* in Washington nachzusuchen, mit denen sie die dringendsten finanziellen Lücken, die sich aus dem Exportausfall für ihre Staatseinnahmen ergaben, zu decken versuchten.

Mit Recht sagte man deshalb in den Vereinigten Staaten, die Südamerikapolitik Roosevelts entwickle sich zu einem gigantischen WPA-Projekt: zu einer künstlichen Stützung des arbeitslos gewordenen südlichen Kontinents durch den finanzkräftigen Koloss im Norden. Das Kapital der für das Südamerikageschäft gegründeten Export-Import-Bank wurde im Herbst 1940 auf 500 Millionen Dollar erhöht. Damit setzte die *politische Anleihevergebung* im eigentlichen Sinne ein. Geld war in Washington von nun an nur bei entsprechendem Wohlverhalten im Sinne der Unterordnung der südamerikanischen Staaten unter die Ziele der USA zu erhalten. Zwischen November 1940 und März 1941 gingen

Anleihen im Gesamtwert von 270 Millionen Dollar in die verschiedenen südamerikanischen Hauptstädte. Nelson Rockefeller wurde mit der politischen Aufsicht bei der Anleihevergebung betraut. Hatte bis dahin das State Department wenigstens der Form nach noch Wert darauf gelegt, den neuen Dollarimperialismus nicht zu handgreiflich werden zu lassen, so fielen diese Rücksichten nun fort. Gleichzeitig schwemmte die Welle der Erpressungspolitik auch Hulls Meistbegünstigungsverträge davon. Als nächsten Schritt verlangt man nun eine panamerikanische Zollunion, die aber so durchgeführt werden soll, dass die Einfuhr von Agrarprodukten nach Nordamerika weiterhin Einschränkungen unterliegen soll, wie sie den Interessen der USA-Farmer entspricht. Mit anderen Worten: Südamerika soll ein monopolartig abgeschlossener Markt für die nordamerikanische Industrie werden. Während also die USA in Ostasien beständig von dem Prinzip der Offenen Tür sprechen, bemühen sie sich, in Südamerika die Tür, soweit wie möglich, zu schliessen. Nachdem England schon ausgesperrt ist, wird dies nicht allzu schwierig sein. Selbstverständlich kann eine solche Politik nur auf Kosten des Lebensstandards der südamerikanischen Länder gehen, zumal die nordamerikanische Industrie infolge ihrer Überbeanspruchung durch das Rüstungsgeschäft gar nicht in der Lage ist, die Bedürfnisse Südamerikas voll zu befriedigen.

Der Charakter der nach Südamerika gegebenen Anleihen wurde vollends deutlich, als ab November 1941 das Leih- und Pachtgesetz auch für die südamerikanischen Staaten Anwendung finden sollte. Praktisch sah dies z.B. so aus, dass USA Brasilien zur Anlage der acht Flugplätze für die Panamerican Airways zwang, die in Wirklichkeit als Militärflugplätze für die nordamerikanische Luftwaffe gedacht waren. Die Kosten für die Anlage aber sollten nun keineswegs durch die USA bestritten werden, sondern durch Brasilien selbst, das sich hierzu eine Anleihe durch die Export-Import-Bank geben lassen musste. Brasilien muss also jene Stützpunkte, deren Charakter wir oben mit den Worten Hanson Baldwins umrissen haben, auch noch selbst finanzieren bzw. verzinsen. In Peru wurde die kleine peruanische Flotte schliesslich nach der Gewährung einer politischen Anleihe von einem amerikanischen Marine-

offizier übernommen und in Brasilien die Einrichtung einer ständigen amerikanisch-brasilianischen Wehrmachtskommission unter amerikanischem Vorsitz verlangt. Die brasilianische Regierung weigerte sich gegen dieses Ansinnen, dessen Durchführung der Unterstellung der brasilianischen Wehrmacht unter USA-Kommando gleichgekommen wäre.

Südamerikas Bevölkerung beträgt rund 90 Millionen Menschen. Mittelamerika mit 24 Millionen und die Karibischen Inseln mit 8 Millionen Menschen kommen hinzu. Die 130 Millionen Nordamerikaner sind bestrebt, die 122 Millionen Mittel- und Südamerikaner nicht nur in ihren inneren Markt einzubeziehen, sondern sie zu ihrer grössten Arbeits- und Rohstoffkolonie zu machen. Die Südamerikaner hoffen darum, auch wenn sie es nicht offen zu sagen wagen, auf einen Ausgang des Krieges, durch den die unumschränkte Macht der USA auf dem südlichen Kontinent eingedämmt werden wird. Sie wissen, dass die frühere britisch-amerikanische Rivalität nicht wieder auferstehen kann.

Die Alternative für Südamerika heisst daher: Wird dieser Kontinent künftig eine Kolonie des Nordens oder wird er ein eigener Weltteil sein? Washington glaubt diese Frage bereits entschieden zu haben. Doch mag es sehr wohl sein, dass die Yankees hierbei gerade jene irrationalen Kräfte übersehen, durch die sich immer wieder in der Weltgeschichte Entwicklungen ergeben haben, die niemand vorausahnen konnte. Der Bluts- und Kulturunterschied zwischen dem nördlichen und südlichen Kontinent ist so gross, dass das Vordringen des Dollarimperialismus unter dem symbolischen Namen Rockefeller kaum das letzte Wort der Geschichte sein wird. Für den Weltkampf der Kontinente dieses Jahrzehnts freilich ist Süd- und Mittelamerika als eine Eroberung der Vereinigten Staaten anzusehen. Die USA werden dort durch ihre Zwingburgen und mit dem Dollar herrschen und den südlichen Kontinent in ihre Weltmachtpläne als Offensivbasis einsetzen.

Nicht wesentlich anders verhält es sich mit *Kanada*. Seit dem Stützpunkt- und Zerstörergeschäft wird in allen strategischen Darlegungen von den Amerikanern nicht nur Neufundland, sondern auch Labrador und die pazifische Küste Kanadas als amerikanisches Herrschaftsgebiet bezeichnet. Mit Roosevelts bereits erwähnter Rede in Kingston war die Einbeziehung Kanadas in die Monroe-Doktrin vollzogen. Die Regierung Mackenzie Kings hat sich zunächst darauf beschränkt, ihre Beziehungen zu England etwas formaler als zu den USA zu gestalten. (Roosevelt und Mackenzie King haben zur gleichen Zeit an der Harvard-Universität studiert.)

Nach Dünkirchen – am 17. August 1940 – wurde dann ein formelles *Militärbündnis* zwischen USA und Kanada abgeschlossen, das den USA praktisch alle militärischen Rechte auf kanadischem Boden einräumte, die sie jetzt oder in Zukunft fordern werden. Ein ständiger gemeinsamer Verteidigungsrat, den auf der USA-Seite LaGuardia präsidiert, wurde geschaffen. Roosevelt erklärte später, «durch dieses Bündnis sei die Grenze zwischen den USA und Kanada gelöscht». Bereits im Frühjahr 1941 war von der Entsendung von USA-Truppen nach Kanada die Rede; doch unterblieb dies zunächst.

Ehe England endgültig geschlagen ist, wird weder Kanada versuchen, von sich aus den Anschluss an USA zu vollziehen, noch kann es wohl von Washington dazu aufgefordert werden. Da die Kriegsbegeisterung in Kanada von Anfang an nicht gerade gross war – man konnte es kaum wagen, die allgemeine Wehrpflicht einzuführen und musste sie auf eine viermonatige Dienstzeit beschränken – war die kanadische Regierung bestrebt, das Volk wenigstens durch die Erzielung grosser Kriegsgewinne für sich zu gewinnen, die durch die Mittelstellung Kanadas zwischen USA und England möglich wurde. Allein 1940 wurde der Bau von Fabriken mit einem Aufwand von etwa 300 Millionen Dollar beschlossen. Der Krieg wirkte sich also in einer starken Industrialisierung aus, die bei einem etwaigen Anschluss an die USA sehr problematisch werden würde.

Die Amerikanisierung Kanadas wird das wohl unvermeidliche Ender-

gebnis sein. Anders als in Südamerika stehen dem – abgesehen von den Französisch-Kanadiern – weit geringere Rassen- und Kulturgegensätze entgegen. Von 1931 bis 1936 sind nach Kanada 165'000 Menschen eingewandert, von denen nicht weniger als 121'000 längere oder kürzere Zeit in den Vereinigten Staaten gelebt haben. Der kanadische Aussenhandel war trotz der Ottawa-Verträge in der Einfuhr im letzten Jahrzehnt stets über 50 v. H. und in der Ausfuhr zu rund 40 v. H. durch die Vereinigten Staaten beherrscht. Wenn in England nach der Atlantikbesprechung Roosevelts und Churchills angekündigt wurde, man werde nach dem Krieg an den Ottawaverträgen nicht festhalten können, so ist dies wohl der Ausdruck des amerikanischen Wunsches, Kanada künftig ohne britische Zwischenschaltung in den inneramerikanischen Markt einbeziehen zu können. Die amerikanischen Kapitalinvestitionen wurden bereits 1933 mit 4 Milliarden Dollar gegenüber 2,7 Milliarden britischen Investitionen angegeben¹. In der Zwischenzeit hat sich dieses Verhältnis noch wesentlich zu Ungunsten Englands verschoben. Ein im April 1941 zwischen USA und Kanada unterzeichneter Wirtschaftsvertrag diente vollends der Einbeziehung Kanadas als Wirtschaftsprovinz der USA.

Die kanadische Eigenstaatlichkeit beruht bisher auf dem Traditionalismus des altenglischen Grundstockes der Bevölkerung. Amerikanische Lebensformen und Sitten dringen jedoch unaufhaltsam weiter vor. Dass die Vereinigten Staaten England in Kanada schliesslich beerben werden, ist während dieses Krieges oftmals ohne Umschweife in USA ausgesprochen worden. Schon 1938 erschien im «American Mercury» ein Aufsatz «Anschluss with Canada», in dem in satirischer Form dieses Ergebnis des kommenden Krieges vorweggenommen wurde. Das von Roosevelt in Aussicht genommene riesige Projekt einer Regulierung des St.-Lorenz-Stromes ist bereits als eine erste kanadisch – amerikanische Gemeinschaftsaufgabe vorbereitet worden, mit der die Überleitung Kanadas in den Bereich der Vereinigten Staaten vorbereitet wird. Die Widerstände, die die kanadischen Konservativen einer solchen Entwicklung

¹ The British Empire a. a. O.

entgegengesetzt werden, hängen davon ab, wie die Kräfte am Ende dieses Krieges in der Welt verteilt sind. Der Herrschaftsanspruch der USA von Labrador bis Feuerland ist die Grundbasis des sich nun sowohl über den Atlantik wie über den Pazifik entwickelnden, noch viel ausgreifenderen Machtstrebens.

Die Drohung gegen Ostasien

Über dem Häusermeer von Los Angeles dehnen sich die Hügel von Beverly Hills, an deren sanften Hängen die Villen jener neuen Generation der amerikanischen Millionäre liegen, die nicht mehr in der Park Avenue von New York ihren Lebensabend verbringen wollen, sondern drüben im Westen, die blauschimmernde Weite des endlosen Pazifik vor Augen. Dort befindet sich auch, von hohen Mauern umgürtet, der Palast des Maharadschas von Indore, der mit seiner amerikanischen Frau diesen Ort für seine Kronjuwelen für weit sicherer hält als seine indische Heimat. Sein Haus gehört zu den Treffpunkten aller Snobs rings um die Küsten des pazifischen Ozeans. Hier pflegen seine Freunde noch einige Tage zu verweilen, ehe sie mit dem Pazifikklipper den Sprung nach Hawaii und dann vielleicht weiter nach Manila, Hongkong oder Singapur machen.

Im Sommer 1941 war für einen besonderen Gast des Maharadschas eine ganze Flucht von Gastzimmern vorbereitet. Die Zeitungen Kaliforniens brachten Spalten um Spalten, ehe er noch mit dem Klipper gelandet war. Es war eine wundervolle Story, ganz nach amerikanischem Geschmack. Der Maharadscha, selbst einer der reichsten Männer der Welt, erwartete den, wie es hiess, absolut reichsten Mann des Ostens: *Sir Victor Sassoon*, den Rothschild des Orients. Der britische Generalkonsul liess es sich nicht nehmen, Sir Victor schon am Landungssteg zu begrüßen. Die Presse heftete sich an seine Fersen. Was konnte es auch Romantischeres geben als diesen jüdischen Finanzmagnaten, der das Vermögen seiner Familie verwaltete, das einstmal in Indien wie in Schanghai durch das Opiumgeschäft erworben worden ist. Sein Urgrossvater war bereits

die ausschlaggebende Finanzmacht hinter dem Opiumkrieg gewesen, mit dem England die Öffnung des chinesischen Marktes erzwungen hatte. Von Bombay aus hatte sich die Familie Sassoon dann teils nach London, wo sie bis in die höchsten Staatsämter gelangte, teils nach dem Fernen Osten verpflanzt. Victor Sassoon selbst hatte indes die Erhebung in den Adelsstand nicht abgehalten, offenbar in der Voraussicht, Indien werde irgendwann nicht mehr sicher sein, mit mehreren hundert Millionen Dollar von Bombay nach Schanghai umzusiedeln. Das war schon 1931 gewesen. Wie sein Gastgeber, der Maharadscha von Indore, hatte Victor Sassoon dem Gesetzgebenden Rat des Indischen Kaiserreiches angehört. Als er seinen Entschluss bekanntgab, Bombay mit Schanghai zu vertauschen, schrieb die «Times of India», es sei, als ob der Ganges selbst beschlossen habe, sich künftig ins Gelbe Meer zu ergiessen.

Sassoon empfing schliesslich die Presse. Was er zu sagen hatte, war kurz und bündig. «Onkel Sam», so meinte er, «sei bereits der Beherrscher des Pazifik. Er wisse es nur noch nicht. Die Vereinigten Staaten sollten so schnell wie möglich das britische Empire übernehmen und das vereinigte Königreich selbst als zusätzlichen Staat ihrem Herrschaftsbereich einfügen.»

Die Ansichten Sassoons geben, so meinte «American Mercury»¹, einen Querschnitt durch die Gespräche, die jetzt hinter verschlossenen Türen in den Büros der Bankdirektoren von Hongkong und Schanghai geführt werden. Es richte sich dies nicht gegen England, unter dessen Schutz die riesigen Vermögen des Ostens entstanden seien. Es drücke sich darin nur das ewig wiederkehrende und immer wieder praktische dynastische Gefühl aus: Der König ist tot, lang lebe der König. Die Besitzer der grossen Vermögen auf den pazifischen Inseln und entlang der Küste Chinas, die bisher den Yankees gegenüber skeptisch gewesen seien, hätten sich mit der neuen Situation abgefunden. Schon seien sie bereit, das Knie vor Onkel Sam, dem Imperator des Pazifik, zu beugen. Die Rothschilds des Ostens haben in der Tat durch mehrere Jahrhunderte hindurch bewiesen, dass sie immer vorausahnten, wo das grosse Geschäft zu machen war. Sir Victor, so schien es, war nun bereit, den britischen

¹ September 1941

Adelstitel abzulegen, um dafür vielleicht den Sitz eines Senators in Washington einzutauschen. Bombay, Schanghai oder Beverly Hills – ist es nicht gleichgültig, von wo aus das grosse Geschäft inszeniert wird, mit dem die Ausbeutung der Millionenmassen des Ostens sich fortsetzen soll, bis zu den Kindeskindern der heute lebenden Sassoons?

In Tschungking wurden einige Monate früher wesentlich andere Gespräche geführt. Dort war eben, als Sonderbotschafter Roosevelts, Lauchlin Currie beim Marschall und bei Madame Tschiang Kai-schek eingetroffen, ein Professor der Harvard-Universität und ein Schüler des britischen Währungsorakels John Maynard Keynes. Er überbrachte nicht nur ein Bild mit der eigenhändigen Unterschrift des Präsidenten, sondern die Botschaft an den chinesischen Marschall, es gelte nun das New Deal in China einzuführen. Dies allein könne die Rettung des chinesischen Rumpfreiches vor dem Vordringen Japans bringen. Es bedürfe grosser Reformen, und die amerikanische Nation sei dazu bereit, diese nicht nur zu finanzieren, sondern vor allem auch die Fachleute dafür zur Verfügung zu stellen: einen Finanzfachmann für die Zentralbank der Tschungking-Regierung, Zoll- und Steuerfachleute für die Verwaltung der Staatseinkünfte, amerikanische Piloten als Kommandeure der Flugwaffe, aktive Generale und vieles mehr.

Es klang alles wesentlich anders als das, was Sir Victor Sassoon so bündig in der Villa des Maharadschas von Indore mitgeteilt hatte. Es klang sehr sozial, sehr modern, sehr reformfreudig und durchdrungen von der Sorge um die Freiheit der Chinesen. Von Dollars, die die Vereinigten Staaten etwa haben wollten, war überhaupt nicht die Rede, sondern nur von solchen, die sie zu geben bereit waren. Mr. Currie, dem Äusseren nach ein waschechter Puritaner, machte dazu sicherlich noch einen aufrichtigen Eindruck. Das Programm freilich, das er dem Marschall und der weltaufgeschlossenen Madame vorzutragen hatte, entsprach genau dem, was Victor Sassoon sich gedacht hatte. New Deal für den Osten? Gut, man konnte künftig das Ausbeutungssystem der Angelsachsen im pazifischen Raum auch mit diesem Namen nennen. Es klingt gewiss besser als Opiumkrieg.

Seit (Wrong-Horse-) Harry Stimson 1932 versucht hatte, eine angelsächsische Front gegen Japan aufzustellen und damit gescheitert war, ist die Aussenpolitik Washingtons im Fernen Osten nie völlig klar und unzweideutig gewesen. Sie war natürlich immer prochinesisch und antijapanisch. Wir sahen bereits, wie durch die Kündigung des durch Jahrzehnte bewährten japanischamerikanischen Handelsvertrages schon vor Kriegsausbruch jene «Arbeitsteilung» mit Grossbritannien einsetzte, durch die Amerika den Schutz der angelsächsischen Interessen im Fernen Osten übernehmen sollte. Dies bedeutete Hilfe für China, doch hütete man sich, bis zum Sommer 1941 zur vollkommenen Blockade gegen Japan zu schreiten. Wir haben bereits gezeigt, dass die amerikanischen Kapitalinvestitionen in und der amerikanische Aussenhandel mit China wesentlich geringer waren als mit Japan. 1939 und 1940 erhielt Tschungking wohl amerikanische Regierungsanleihen in Höhe von 170 Millionen Dollar. Andererseits konnte Japan im gleichen Zeitraum für 488 Millionen Dollar Öl, Schrott, Eisen, Werkzeugmaschinen und andere Materialien in den Vereinigten Staaten kaufen. Nach Ablauf des Handelsvertrages im Januar 1940 wurde zwar die Ausfuhr von Waffen, Flugzeugen und hochwertigem Flugmotorenöl nach Japan unterbunden. Im State Department war man indes der Ansicht, eine Blockade gegen Japan sei sinnlos, solange die Vereinigten Staaten nicht in der Lage wären, sofort vom Wirtschaftskrieg zum offenen Krieg gegen Japan überzugehen.

Trotz aller kriegerischen Reden wusste man aber sehr genau, dass vor der Erbauung der Zweiozeanflotte Krieg gegen Japan ein unerhörtes Risiko bedeutete, weil Japan einen solchen Krieg in der Nähe seiner eigenen Stützpunkte und in seinen eigenen Gewässern führen kann, in denen es nach allgemeiner Ansicht der Marinefachleute voraussichtlich der amerikanischen Flotte und Luftwaffe überlegen ist. Man wusste, eine totale Blockade musste früher oder später Japan dazu veranlassen, gegen die Philippinen bzw. Niederländisch-Indien, das alle Rohstoffe besitzt, die Japan braucht, offensiv zu werden. «Entsprechend der Tradition seiner Fernostpolitik hat das amerikanische Volk stets gewünscht, die japa-

nische Flotte auf dem Grund der Südchinese oder des Gelben Meeres liegen zu sehen.» Diesen Gefallen konnte indes die japanische Marine ihren amerikanischen Nachbarn beim besten Willen nicht tun. Die Vereinigten Staaten blieben infolgedessen lange Zeit hindurch weit unentschiedener,¹ als man angesichts der fortwährenden Drohreden der Minister und des Präsidenten hätte vermuten können.

Gewiss, man hätte schon 1939 oder 1940/41¹ gern zugeschlagen, aber man besass nicht die Macht dazu. Dies ist die einfache Erklärung, weshalb der seit Jahren von fast allen Beobachtern im Pazifik vorausgesagte Krieg solange nur ein drohendes Gespenst blieb. Roosevelt muss sich hierüber auch während der entscheidenden Verhandlungen mit Japan im Herbst 1941¹ klar gewesen sein. Er muss gewusst haben, dass die amerikanische Macht zu einem erfolgreichen Krieg im Fernen Osten zu diesem Zeitpunkt nicht ausreichte. Wenn er trotzdem bei den Verhandlungen mit Japan alle Möglichkeiten einer gegenseitigen Übereinkunft ausschloss, so wohl nur allein deshalb, weil er glaubte, Japan blüffe ebenso wie er selbst. Die Katastrophe entstand dadurch, dass der Präsident abermals seine Wunschbilder mit der Wirklichkeit verwechselte und die japanische Psyche völlig verkannte.

Jede Abwägung der Kräfteverhältnisse im Pazifik bleibt müssige Spielerei, solange man sich nicht über das Ziel und die Absichten klar ist, die die Vereinigten Staaten in Ostasien verfolgen. Wir sahen, wie die Philippinen verhältnismässig zufällig¹ erworben wurden und wie etwa um die gleiche Zeit die amerikanische Hochfinanz begann, sich unter der Führung des Hauses Morgan am Chinageschäft zu beteiligen. Der Chinahandel hat indes niemals eine wirklich entscheidende Rolle für den Wohlstand der Vereinigten Staaten gespielt. Sein Höhepunkt lag im Jahre 1920. Damals erreichten Einfuhr und Ausfuhr von und nach China einen Wert von 340 Millionen Dollar. Das waren indes nur 2,5 v. H. des gesamten Aussenhandels der USA! Der Aussenhandel mit Kanada z.B. hat stets eine ungleich höhere Bedeutung gehabt. Um das Jahr 1930 machten

¹ Fortune, April 1941

Ausfuhr und Einfuhr zusammen nur ungefähr 110 Millionen Dollar aus. Diese Ziffern beweisen, dass hinter einer aggressiven Interessenpolitik der USA im Fernen Osten und insbesondere in China niemals die Frage des Wohlstandes der breiten Massen gestanden hat, sondern allein die Profite jener kleinen Gruppe, die sowohl den Chinahandel wie das Anleihegeschäft monopolisierte. Nimmt man hinzu, dass im Prinzip sogar der Rückzug von den Philippinen bereits beschlossene Sache war – er wird allerdings voraussichtlich nicht freiwillig erfolgen – so ergibt sich, dass überhaupt nicht davon die Rede sein kann, dass die Vereinigten Staaten im Osten vitale Lebensinteressen besäßen. Trotzdem sehen sie in Japan ihren «natürlichen» Feind; trotzdem waren sie entschlossen, wenn sie erst einmal die entsprechende Stärke erlangt hätten, gegen Japan zu kämpfen. Worum also geht es? Wie formuliert man in USA die Interessen in Fernost?

«Unser wichtigstes Ziel in China ist nicht allein eine günstige Handelsbilanz mit diesem Land, sondern ein starkes China. *Ein starkes China, das fähig und bereit ist, das Prinzip des offenen Marktes im Fernen Osten zu verteidigen, würde für die Vereinigten Staaten Milliarden Dollar wert sein.* Und zwar sowohl was den Export angeht, als auch was die Sicherheit des Systems anbelangt, unter dem wir zu leben wünschen. In diesem Sinne ist eine kluge Handelspolitik unsere erste Verteidigungslinie. Die Vereinigten Staaten sind ein Gläubiger, der von Schuldner umgeben ist. Wenn alle Schuldner zusammenbrechen, müsste auch unser ganzes System zusammenbrechen, und wir müssten mit ihnen untergehen. Infolgedessen müssen wir zuerst daran denken, unsere Schuldner kräftig zu erhalten. Die Frage eines grösseren Anteiles an ihrem Handel steht dagegen in der zweiten Linie. Wenn sie bereit sind, das Prinzip des offenen Marktes aufrechtzuerhalten – mit wem immer sie Handel treiben – so liegt das in unserem eigenen Interesse. Das ist das Ziel, das erreicht werden muss.»¹

Hier haben wir, in wenige Sätze zusammengefasst, beinahe die ganze Zielsetzung des nordamerikanischen Imperialismus im Fernen Osten. Nach Ansicht der amerikanischen Finanzimperialisten kämpft China nicht für sich, sondern für die Aufrechterhaltung des offenen Marktes.

¹ Fortune, Mai 1941

Es kämpft für das Prinzip der Offenen Tür zugunsten des von Amerika bereits investierten Kapitals und eines künftigen Aussenhandels, der «für USA Milliarden Dollar wert sein soll». Mit anderen Worten, China kämpft nach amerikanischer Ansicht dafür, dass es sich nicht mit Japan zu einer grossen ostasiatischen Einheit zusammenschliesst, sondern sich lieber das Schicksal einer amerikanischen Finanzkolonie wählt. Das ist nicht unsere eigene Theorie, sondern es ist die des Kreises um den Präsidenten selbst. Bullitt, der es schliesslich wissen muss, erklärte vor einer Versammlung des Chinahilfskomitees in New York, *China sei die Westfront der USA* «Die Chinesen», so sagte er, «schlagen Schlachten für unsere eigene Sicherheit.»¹ Der Begriff dieser eigenartigen Westfront gehört seitdem zum ständigen Repertoire aller aussenpolitischen Betrachtungen in USA Die Westgrenze Amerikas wäre damit also bis zum Pamir, dem «Dach der Welt», vorgeschoben ! Nachdem neben die Chinahilfe auch die Sowjethilfe getreten ist, mag künftig die Westgrenze der USA wohl gar irgendwo am Kaspischen Meer oder jedenfalls dort liegen, wo die deutsch-europäische Besatzungsarmee den Schutzgraben aufwirft, an dem der europäische Einfluss enden wird.

Ehe Owen Lattimore, der langjährige Herausgeber der Zeitschrift «Pacific Affairs», vom Präsidenten zur Ablösung von Currie als Zentralberater nach Tschungking gesandt wurde, veröffentlichte er einen Aufsatz mit der Überschrift «Amerika hat keine Zeit zu verlieren»², in dem eine Sinndeutung des Kampfes Tschungking-Chinas gegeben wurde. Er legte dar, dass es leichter für Amerika sei, China in seinem Kampf gegen Japan zu kräftigen, als selbst gegen die Japaner anzutreten. Es ergäben sich hierbei allerdings einige Schwierigkeiten. Auch wenn es gelänge, den Chinesen, die zwar eine gewisse Defensivkraft, aber keinerlei Offensivkraft besässen, die entsprechenden Angriffswaffen zu verschaffen, so müssten doch in jedem Fall die Chinesen die Hauptlast des Krieges tragen. Sie würden beständig den Leiden der Bombenangriffe ausgesetzt sein, und die Opfer der Zivilbevölkerung wären voraussichtlich ausserordentlich. Zu allem Überfluss könnten die Chinesen

¹ Washington Post, 27. April 1941 ² Asia, New York, April 1941

auch noch einen Preis dafür verlangen, «*because they will be fighting our battle*». Er fügt hinzu, schon die ganzen Jahre hindurch hätten die Chinesen eigentlich für Amerika gefochten.

«Wenn wir jetzt unsere Hilfe an China erweitern, so können wir kaum verbergen, dass wir dies tun, um unsere eigenen Interessen zu retten. Sollten die Chinesen gewinnen, so werden sie nicht nur sich selbst, sondern uns in Sicherheit gebracht haben, und man wird dies überall wissen – in Indien, in Malaya, in Niederländisch-Indien und auf den Philippinen.» Wir wissen nicht, ob Marschall Tschiang Kai-schek diesen Aufsatz kannte, als er wenige Monate später Owen Lattimore in Tschungking als ständigen Verbindungsmann zu Roosevelt willkommen hiess. Sicher aber ist, dass sich der Marschall, der eine geschmeidigere, dem fernöstlichen Stile mehr angepasste Taktik gegenüber Japan noch lange nach dem Ausbruch des Krieges hätte anwenden können, in seinem eigenen Netz verfangen hat. Alle diese verschiedenen Äusserungen ergeben, zusammengenommen, das klare Bild, dass man in Washington den Kampf Chinas als einen Kampf um die Aufrechterhaltung des offenen Marktes ansieht und dass man an ihm nur insoweit interessiert ist, als er das Chinageschäft der nächsten Jahrzehnte entscheiden wird.

Dies erklärt auch – abgesehen von der relativen militärischen Schwäche der USA im Pazifik – die zwiespältige Taktik der Fernostpolitik Washingtons. Man hatte weder ein Interesse daran, dass Japan seinen grossasiatischen Wirtschaftsraum errichtet, bei dessen Verwirklichung das Prinzip der Offenen Tür allein von der Gutwilligkeit Tokios abhinge. Genau so wenig aber ist man daran interessiert, dass China etwa wirklich stark und mächtig wird. Deshalb unterstützte man so lange den einen Teil durch die Lieferung kriegswichtiger Materialien und den anderen Teil durch Anleihen. Ja, es liesse sich sogar unschwer voraussagen, dass ein etwa siegreiches China, das seine Handels- und Wirtschaftspolitik unter nationalwirtschaftlichen Gesichtspunkten einrichten würde, die Vereinigten Staaten sofort zum erbitterten Feinde hätte.

Weder England noch Amerika haben, obwohl sie sich als offiziell verbündet mit China ausgeben, auf die im vorigen Jahrhundert erzwungenen

Fremdenvorrechte verzichtet. Das einzige Land, das auf diese Vorrechte – sie waren im Versailler Diktat gestrichen worden – auch als es wieder zur Grossmacht erstarkt war, freiwillig verzichtete, war Deutschland. Selbst in diesen Jahren, in denen China immer wieder als gleichberechtigter Bündnispartner der Angelsachsen genannt wird, hält man also daran fest, dass die Chinesen Menschen zweiter Klasse, die Engländer und Amerikaner aber Geschöpfe erster Klasse seien. Man mag dafür im praktischen Leben des Fernen Ostens vielleicht Gründe haben. Gewiss enthüllt dies aber, dass man tatsächlich am Kampf der Chinesen nur insofern interessiert ist, als man aus ihm ein auf lange Zeit geschwächtes China hervorgehen sieht, das gar nicht in der Lage sein wird, der Ausbeutung durch ein Abgehen vom Prinzip der Offenen Tür Widerstand entgegenzusetzen.

Hieraus ergeben sich alle Zielsetzungen der amerikanischen Fernpolitik: *China* als amerikanische Finanzkolonie mit amerikanischen und allenfalls auch einigen englischen Beratern steht im Mittelpunkt. Die Bekämpfung des *japanischen* Anspruchs auf die Errichtung eines grossasiatischen Einfluss- und Wirtschaftsraumes ist das Negativ dazu. Die Zurückdrängung des *britischen* Einflusses bis zu jenem Zeitpunkt, an dem sich England der amerikanischen Führung im Fernen Osten vollends beugt, und ein stillschweigendes Protektorat über *Niederländisch-Indien* kommen hinzu. Dieses Gebiet beansprucht als Lieferant fast des gesamten in den Vereinigten Staaten benötigten Kautschuks und eines wesentlichen Teiles des Zinns und anderer Metalle noch dazu ein Sonderinteresse.

Über allem schwebt die Vorstellung von den unerschöpflichen Zukunftsmöglichkeiten des chinesischen Marktes. Niemals ist in den Vereinigten Staaten vergessen worden, dass der Export nach China sich zwischen 1895 und 1909 **nur** deshalb verdreifachte, weil damals Rockefeller auf die bereits erwähnte Idee verfiel, an die Chinesen die sogenannte Mei-Foo-Lampe zu verkaufen, durch die der Ölbedarf sprunghaft in die Höhe schnellte. Ähnliche Hoffnungen hegt man auch für die Zukunft auf anderen Gebieten. Dies ist auch der Grund, weshalb wir Thomas Lamont und andere Finanzmagnaten immer als besonders scharfe Verfechter ei-

ner «aktiven» Aussenpolitik, ja einer Interventionspolitik im Fernen Osten sehen. Dort geht es weder um die Sicherheit des amerikanischen Volkes, noch um irgendwelche lebensnotwendigen Interessen. China als Westgrenze der USA – das ist der Versuch einer Weltreichsgründung mit modernen Mitteln. Die Chinesen selbst sollen dies Weltreich für Amerika erkämpfen, und USA wird ihren Kampf finanzieren.

Mit dem Zusammenbruch Frankreichs und der äusserst gefährlichen Lage, in die damit das britische Mutterland geraten war, begannen sich auch im Fernen Osten die Ziele der amerikanischen Aussenpolitik sprunghaft zu erweitern. Es war nun klar, dass die britische Flotte auf lange Zeit hinaus nicht mehr imstande sein würde, die angelsächsischen und vor allem mittelbar die amerikanischen Interessen im Fernen Osten zu schützen. *Singapur* war 1938 als mächtigste Seefestung der Welt mit einem Aufwand von 150 Millionen Dollar vollendet worden. Aber dieser Kreuzungspunkt zwischen Indischem und Pazifischem Ozean mit seinen zahlreichen Militärflugplätzen, seinen schwimmenden Trockendocks und mächtigen Kaianlagen war, wie man alsbald in den Vereinigten Staaten feststellte, eine Hühnerfarm ohne Kücken. Es konnte keine Rede mehr davon sein, dass die Engländer angesichts ihrer Gefährdung auf den Verbindungswegen des Atlantik und des Mittelmeeres noch ein Fernostgeschwader in Singapur belassen konnten, das gegenüber der japanischen Flotte entscheidend ins Gewicht fiel. Hierzu wäre ein Geschwader von mindestens acht modernen Schlachtschiffen und der entsprechenden Anzahl von Kreuzern, Zerstörern und Hilfsschiffen notwendig gewesen. Über sie verfügte indes England nicht. Die fünf Schlachtschiffe, die nach dem Flottenbauprogramm des Jahres 1936/37 auf Kiel gelegt wurden – «King George V.» und «Prince of Wales» gehören zu ihnen – waren ursprünglich als Fernostgeschwader gedacht. Erst Anfang Dezember 1941 traf indes die «Prince of Wales» mit der «Repulse» in Singapur ein. Bereits zwei Tage nach der japanischen

Kriegserklärung versanken «Prince of Wales» und «Repulse», von japanischen Lufttorpedos zerrissen, in den Fluten des südchinesischen Meeres. Mit diesen stolzen Schiffen wurde der britische Machtanspruch im Fernen Osten tief getroffen, da nach dem Verlust von «Royal Oak» und «Hood» Britannien nicht mehr daran denken konnte, Singapur durch ein ausreichendes Geschwader zu ersetzen.

Schon vom Herbst 1940 ab war in Amerika die These propagiert worden: «Singapur ist ein amerikanisches Problem.» Dies aber bedeutete gleichzeitig auch den Anspruch auf Indien, in welcher Form immer. Wer Singapur beherrscht – das ist ein Axiom der fernöstlichen Strategie – beherrscht den Weg nach Indien und damit auf weite Sicht Indien selbst. So bekam Union Now auch im Fernen Osten einen überaus praktischen Sinn. Die Engländer selbst, in der Erkenntnis ihres Unvermögens, Singapur über einige australische Regimenter, einige Zerstörer und U-Boote hinaus zu bewaffnen und zu bemannen, mussten die Frage an Washington richten, ob die Vereinigten Staaten zur Zusammenarbeit, d.h. zur Übernahme der Seebastion des Ostens, bereit seien. England musste sich wohl darüber klar sein, dass dies unabsehbare Folgen für den ganzen bisherigen Aufbau des Empire haben würde. *Die Beteiligung an Singapur konnte auf die Dauer nur eine Beteiligung an der östlichen Reichshälfte des britischen Empire bedeuten.* Hier sehen wir nun am praktischen Beispiel, was Henry Luce meinte, wenn er in seinem «American Century» programmatisch verkündete, im künftigen Verhältnis der Angelsachsen sei Amerika der Senior- und England der Juniorpartner. Weit über die Ausbeutung Chinas und die Begründung des Tschungkingreiches als amerikanischer Finanzkolonie war damit die Frage der künftigen Beherrschung Asiens aufgeworfen. Niederländisch-Indien und Australien begannen angesichts einer solch drastischen Kräfteverschiebung nicht mehr in England, sondern in den Vereinigten Staaten die «Schutzmacht» zu sehen, nach deren Wünschen sie sich nun richteten.

Die sogenannte ABCD-Koalition (wobei A für Amerika, B für Britannien, C für China und D für [Dutch] Niederländisch-Indien gilt) stand bereits nicht mehr unter englischer, sondern unter amerikanischer Füh-

rung. Generalstabskonferenzen in Singapur und Manila zwischen den vier Gruppen der neuen Koalition lösten einander ab. Air Chief Marshall Sir Robert Brooke-Popham, der Oberkommandierende aller britischen Streitkräfte östlich von Aden mit dem Zentralsitz in Singapur, wurde seinerseits zum Untergebenen des neu nach Manila entsandten amerikanischen Generalstabes für den Fernen Osten.

Die amerikanische Machtpolitik in Ostasien geriet nun in einen unauflösbaren Widerspruch zwischen den Interessen der Hochfinanz und der offiziellen demokratischen Ideologie. Die asiatischen Millionenmassen in China, Indien und Malaya haben ein geschärftes Verständnis dafür, dass sich die Vereinigten Staaten durch die Allianz mit dem im Osten wohlbekannten britischen Imperialismus und Handelskapitalismus nicht zur Errichtung einer neuen freien Völker-Ordnung in Ostasien anschickten, sondern zur Übernahme der britischen Methoden kolonialer Beherrschung. Wir erwähnten bereits, dass USA auch nach der Einbeziehung Chinas in das Leih- und Pachtsystem an den exterritorialen Vorrechten in China im Prinzip festhielt. Je mehr sich nun das Schwergewicht der ostasiatischen Politik von London nach Washington verschiebt, desto mehr sind die Vereinigten Staaten gezwungen, die britische Gewaltpolitik in Asien mit einem Blankowechsel zu unterschreiben. Noch bis an die Schwelle des Jahres 1941 wurde von fast allen amerikanischen Fernostspezialisten das britische Regime in Indien einer oft bemerkenswert heftigen Kritik unterzogen. Die Verhaftung und Entrechtung der indischen Intelligenzschicht der Kongresspartei passte allzu schlecht in das Bild eines «Weltkampfes für die Demokratie», das man in Washington diesem, wie dem vorigen Kriege zugrunde legen wollte.

Bei dem Atlantiktreffen Roosevelts und Churchills im August 1941 versuchten die Amerikaner den Engländern die Notwendigkeit einer veränderten Taktik in Indien klarzumachen. Die Einrichtung einer amerikanischen diplomatischen Vertretung in Delhi, durch die mittelbar Indien als Dominium anerkannt wurde, lag auf derselben Linie. Die «Reform», die von England unter diesem amerikanischen Druck im Sommer 1941

in Indien durchgeführt wurde, stellte sich indes nur als einer jener zahlreichen Täuschungsversuche heraus, die sich in der britischen Kolonialgeschichte der neueren Zeit beständig wiederholen. Durch die Erhebung von englandhörigen Kreaturen zu Regierungsberatern oder Ministern sollte der Anschein einer Volksregierung erweckt werden. Selbst Gandhi, der niemals etwas anderes als ein Kompromiss mit England erstrebt hat, musste diese Reformen scharf zurückweisen. Vizekönig Linlithgow antwortete darauf mit einer neuen Verhaftungswelle.

Bisher hatte man in Amerika mit Vorliebe darauf hingewiesen, dass von den 500 Millionen Menschen des britischen Empires nur etwa 70 Millionen unter den Gesetzen der «Demokratie» lebten. Jetzt wurde man wesentlich vorsichtiger. Die britische Schwäche und das Ende des britischen Zeitalters war derart offenkundig geworden, dass man in Washington die bequeme Position des weit entfernten und von keiner Verantwortung belasteten Kritikers kaum mehr aufrechterhalten konnte. Reformen in Indien waren jetzt nicht mehr eine theoretische Frage, bei der man sich wie im Weltkrieg, um der Aufrechterhaltung der ideologischen demokratischen Fassade willen, von England distanzieren konnte. Reformen in Indien betrafen nun nach amerikanischer Ansicht die Erbmasse, die man entweder als Ganzes zu übernehmen oder an der man sich wenigstens als Seniorpartner wesentlich zu beteiligen gedachte. Es eröffneten sich für den herrschenden Kreis in Washington Aussichten, die geradezu wie eine Vision eines neuen amerikanischen Imperialismus erschienen. Konnte nicht durch eine Beteiligung der Vereinigten Staaten am britischen Kolonialsystem in Asien eine Möglichkeit erstehen, das auch durch die Aufrüstung nicht verscheuchte Gespenst der Arbeitslosigkeit auf die Dauer zu bannen? Würden nicht der indische und chinesische Markt vereint als Abnehmer in der Zukunft alle Widersprüche des amerikanischen Industrialismus lösen können? Fand sich hier nicht etwa der Ausweg aus der Grundschwierigkeit der modernen amerikanischen Gesellschaft, den Überfluss der bis zum letzten rationalisierten Industrieproduktion absetzen zu können? Dies konnte aber in der praktischen Politik nur bedeuten, dass sich Amerika stillschweigend dazu entschloss, die britischen Herrschaftsmethoden in Indien zu billigen. Die amerikani-

sche Kritik an der englischen Indienpolitik wurde sichtlich milder und verstummte schliesslich fast ganz.

Churchill hat nach seiner Rückkehr vom Atlantiktreffen im Unterhaus verkündet, das Atlantikprogramm beziehe sich wegen der dort vorliegenden «besonderen Verhältnisse» nicht auf Indien. Der Präsident der Indischen Partei Hindu Mashaba fragte daraufhin telegraphisch bei Roosevelt an, ob der Präsident die Errichtung eines freien und gleichberechtigten Indien binnen eines Jahres nach dem Ende des Krieges garantieren wolle. Er erhielt niemals eine Antwort. Wir sahen, dass schon im Unionsprogramm von Clarence Streit vorgesehen war, dass die britischen Kolonien als Gemeinschaftseigentum in die neue angelsächsische Machtkombination unter amerikanischer Führung überführt werden sollten. Nachdem die Unionsfrage nach der Atlantikerklärung aus dem Stadium theoretischer Erwägungen in das der praktischen Politik eingetreten war, sah man in Washington keinen Anlass mehr, England zu veranlassen, die wertvollsten gemeinsamen Einnahmequellen der Zukunft durch ein bindendes Versprechen an die Inder zu verschleudern. Indien und China gehören trotz ihrer gewaltigen Reichtümer, politisch gesehen, zu den Habenichtsen. Diese Völker haben starke Hoffnungen darauf gesetzt, Amerika werde gegenüber England seinen Einfluss in der Richtung einer künftigen Gleichberechtigung geltend machen. Mit der Ausdehnung des imperialistischen Anspruches der USA auf das ganze Empire war hiervon indes keine Rede mehr. Der von bestimmten linksorientierten amerikanischen Kreisen unternommene Versuch, die demokratische Ideologie als revolutionären Sprengstoff in Asien – mit der Spitze gegen Japan – einzusetzen, musste scheitern, weil Roosevelt alle Widersprüche des britischen Imperialismus in sein eigenes Machtprogramm übernahm.

Die japanische Idee einer asiatischen Monroe-Doktrin erhielt durch diese Verschmelzung des neuen amerikanischen mit dem alten britischen Kolonialimperialismus einen tieferen Hintergrund. Je mehr sich

Tschungking-China vor allem unter dem Einfluss von Madame Tschiang Kai-schek in eine amerikanische Finanz- und schliesslich auch Militärkolonie zu verwandeln begann, desto einfacher wurde es für Japan, die Idee seiner neuen grossasiatischen Ordnung zu vertreten. Ihr stellten sich naturgemäss all jene Schwierigkeiten und Hemmungen entgegen, die sich überall aus der Besetzung und Umordnung weiter Gebiete ergeben, die gleichzeitig mit den Auswirkungen eines sich in nicht allzuweiter Ferne fortsetzenden Krieges belastet sind. Die asiatischen Millionenmassen dürften zu Beginn der grossen Auseinandersetzung in Ostasien im japanischen Imperialismus eine ähnliche Erscheinung wie im britischen und amerikanischen gesehen haben. Die Einsetzung Wang Tsching-wei's in Nanking liess nun aber neue Gesichtspunkte hervortreten, durch die sich grundsätzliche Unterschiede zwischen den Japanern und den Angelsachsen ergaben, deren volle Bedeutung erst in der Zukunft offenbar werden wird. Mit der japanischen Idee verband sich nun der Kampf gegen die raumfremden Ausbeutungsmächte.

Die Umformung der japanischen Gesellschaft, die sich unter der Führung vor allem des *jüngeren Offizierkorps* in der Richtung einer Verschmelzung neuer Gemeinschaftsideen mit den ehrwürdigen Traditionen des Kaisertums zu vollziehen beginnt, eröffnet Aussichten für die ostasiatischen Völker, wie sie weder von England noch von Amerika jemals in Ostasien geboten werden können. Dort, wo Japan noch in den Fusstapfen der kapitalistischen angelsächsischen Erschliessungsmächte und Imperiums-«Vorfahren» steht, ergeben sich noch Widersprüche und Schwierigkeiten. Je näher indes der grosse weltpolitische Konflikt auf Japan zukam, desto grösser wurden die Möglichkeiten für die Entwicklung einer vom angelsächsischen Vorbild immer mehr abgelösten eigenen japanischen Ordnung, die ähnlich wie in Deutschland vom Gesamtschicksal der Nation und damit vom *Sozialen* her bestimmt ist. Dies ist auch der Grund, weshalb das Offizierkorps zunächst der Armee, später auch das der Marine, die weltpolitische Auseinandersetzung trotz aller Risiken, die sie in sich bergen muss, und trotz der Auswirkungen des nun schon jahrelang geführten Krieges in China immer weniger scheute.

Diese Kräfte in Japan fühlen, dass sie gerade um der Umformung ihres eigenen Volkes willen der grossen Prüfung, die der Zusammenprall mit der amerikanischen Macht bedeuten wird, nicht aus dem Weg gehen können. Sie glauben, dass vielmehr gerade dadurch die Überwindung der Meiji-Periode, in der zunächst fast unbesehen westliches Gedanken-gut in Japan übernommen wurde, möglich sein wird. Der Krieg wird hier als Schicksal empfunden, das mit der japanischen Religiosität im tiefsten Grunde zusammenfliesst.

Die Angelsachsen und heute insbesondere die Amerikaner bemühen sich, den Machtkampf im Fernen Osten vereinfacht als die Auseinandersetzung zweier konkurrierender Imperialismen darzustellen. Dies trifft aber höchstens auf die äussere Schicht des Geschehens zu und selbst auf diese nicht vollständig. Der japanische Sendungsglaube ist sicherlich durch die Verquickung mit den kapitalistischen Interessen der grossen Trusts von Tokio und Jokohama eine Zeitlang in ein Zwielicht getaucht worden, das gerade auf den hervorragendsten Geistern Japans bedrückend lastete. Die materialistische amerikanische Betrachtungsweise hatte scheinbar Anlass, geringschätzig mit dem Finger auf Japan zu zeigen und zu sagen: Seht, haben wir unseren Morgan, so hat Japan sein Haus Mitsui. Es war indes nur eine kurze Periode, die heute wohl trotz mancher innerer Unklarheiten schon überwunden ist, in der mit einem gewissen Recht so geurteilt werden konnte. Selbst die Macht der nach westlichem Muster organisierten japanischen Riesentrusts gründete sich noch auf alten japanischen Sippenüberlieferungen. Dort, wo diese Mächte für den Staatsgedanken bedrohlich werden konnten, wurden sie durch die Auswirkungen des Krieges mit China nicht in harten inneren Kämpfen frontal gebrochen, sondern unter dem Druck der moralischen Kräfte, die die Armee zu entwickeln vermochte, fast sacht umgeschmolzen.

Der japanische Anspruch auf die Neuformung des ostasiatischen Kontinents, auf die Beendigung des merkantilen Ausbeutungszeitalters der weissen Mächte und auf seine Ersetzung durch eine stabile Herrschaft selbständiger ostasiatischer Staaten unter japanischer Führung kapselte allmählich alle Sonderbestrebungen ab, die der grossen Linie widerspra-

chen, in der sich die Nation vorwärtsbewegte. Dies ist ein langer und noch keineswegs abgeschlossener Prozess, der sich den Augen des ausstehenden Beobachters oftmals entzieht (weshalb denn auch Aussagen über Japan von Reisenden, die vor einem Jahrzehnt und vor selbst noch kürzerer Zeit entstanden, meist nur noch bedingt Bedeutung haben). Die Abstreifung der Meji-Epoche mit all ihren Widersprüchen vollzieht sich nicht in brüsker Form, sondern wie eine langsame Häutung. Aus dieser Periode ist so viel an westlichem Gedanken- und Kulturgut zurückgeblieben, dass der Beobachter immer von neuem verwirrt wird, wenn er sich nicht an den grossen Zug der geistigen Entwicklung der japanischen Nation hält; auf ihn allein kommt es aber an. In der Innenpolitik haben sich die alten Parteien fast von selbst aufgezehrt. Zu ihrer Beseitigung bedurfte es keiner Revolution, wenngleich die symbolische Bedeutung der Schüsse, mit denen junge Offiziere zögernde Barone der älteren Generation niederstreckten, nicht unterschätzt werden soll.

Die Form, der Japan endgültig zustrebt, ist noch im Schosse der Zukunft verborgen. Sie wird sich aus dem japanischen Sendungsglauben in Ostasien und der Bewährung in den Schlachten gegen den Herrschaftsanspruch der angelsächsischen Mächte wohl erst überzeugend herausbilden. Dieser Sendungsglaube hat jedoch mit dem britisch-amerikanischen Imperialismus nichts mehr gemein. Der naive Puritanismus eines Currie mag vielleicht wirklich noch der Auffassung sein, es könne China mit einem amerikanischen New Deal ein Hilfsprogramm und eine moderne Allerweltsreligion gegeben werden. Dies alles wirkt indes dünn und gesucht, misst man es am japanischen Glauben, das Land der aufgehenden Sonne sei berufen, den Massen Ostasiens eine neue Welt zu erbauen, die nun gerade nicht mehr eine Patentkultur amerikanischer Herkunft erstrebt, sondern aus ihren eigenen Ursprüngen die moderne Zivilisation mit ostasiatischer Überlieferung und Religiosität verbindet. Der asiatischen Monroe-Doktrin, wie sie von Japan verkündet wird, liegt also eine weit über den einfachen Wirtschafts imperialismus hinausreichende Kraft zugrunde. Sie ist ein wirkendes Urelement der Weltentwicklung unseres Jahrhunderts. Der Gegensatz zur chinesischen

Kuomingtang-Partei, soweit sie nicht kommunistisch beeinflusst ist, ist dabei fließender, als es den Angelsachsen recht sein mag. Wir denken dabei nicht nur an die Positionsveränderung eines chinesischen Nationalisten vom Range Wang Tsching-wei's, sondern auch an die von Tschiang Kai-schek etwa um 1935 begünstigte Bewegung des «Neuen Lebens», mit der die Kuomingtang zum erstenmal den Versuch machte, über Partei und Machtpolitik hinaus einen modernen ostasiatischen Lebensstil zu verwirklichen.

Der Zusammenprall des japanischen Sendungsglaubens mit dem Amerikanismus konnte niemals zu einem freiwilligen Verzicht Japans auf die grossräumige Neuordnung des ostasiatischen Kontinents führen. Dies wäre dem Zusammenbruch des japanischen Volkes – nicht also etwa nur der Grossmacht oder gar nur einiger Industriekonzerne – gleichgekommen. Es hätte bedeutet, dass Japan dem im Kaisermythos verankerten Glauben an die Göttlichkeit seiner Ordungsmission hätte entsagen müssen. Damit wäre aber kein Japaner mehr fähig gewesen, im Banner über sich das Symbol des Sonnenballes im ozeanischen Winde flattern zu sehen, ohne sich als Verräter an seinem eigentlichen Auftrag zu empfinden. Der *Zen-Bhuddismus*, dem die führenden Schichten Japans huldigen, wäre einem solchen freiwilligen Zurückweichen vor einer fremden Drohung immer entgegengestanden. Er ruft seine Jünger dazu auf, die Widrigkeiten des Lebens zu ertragen und zu überwinden – nicht, weil dies wie beim Christentum an sich schon ein Gewinn wäre, sondern weil sie nur den Widerschein der wirklichen, verborgenen, inneren Welt darstellen. Diese innere Welt, die vom Japaner gehobener Denkungsart als die eigentliche Wirklichkeit empfunden wird, während alles äussere Geschehen nur ein Schein, ein Durchgangsstadium ist, in dem sich die Kraft der menschlichen Seele bewähren muss, kann durch den Einsatz in Gefahr niemals verlorengehen, ja sie verlangt ihn geradezu.

Hier stösst also der Amerikanismus auf eine Kraft, die nur eine äusserliche und mechanische Betrachtungsweise auf ähnliche Grundströmungen zurückführen kann wie den britisch-amerikanischen Imperialismus. Deshalb lässt sich der Gegensatz zwischen Japan und den angelsächsi-

schen Mächten auch niemals durch Aufzählung von Schlachtschiffen, Stützpunkten und anderen Machtfaktoren «erklären». Der Kampf Japans an der Seite der Achse wird fortgeführt werden bis die Angelsachsen ihren Herrschaftsanspruch im Fernen Osten aufgegeben haben. Die im Dezember 1941 gefallene Entscheidung ist auch von Japan lange hinausgezögert worden. Nun aber, da sich erwiesen hat, dass die amerikanischen Drohungen nicht von Erfolg begleitet waren, hat dieser Kampf grundsätzliche Bedeutung erhalten. Die japanische Philosophie, die der Entwicklung des Imperiums der aufgehenden Sonne zugrunde liegt, fördert bemerkenswert ähnliche politische Impulse zutage, wie wir sie im neuen Europa unter deutscher Führung sehen. Um nicht missverstanden zu werden: Die Ausgangspunkte sind völlig verschieden, nur das weltpolitische Ergebnis ist ähnlich. Ebenso wie Deutschland vor dem Ausbruch und auch noch während dieses Krieges fordert Japan von den Angelsachsen eine endgültige Abgrenzung der Machtsphären. Es bestreitet das Recht Amerikas und Englands, im fernöstlichen Raum Finanzkolonien zum Zwecke künftiger Ausbeutung zu errichten. Es sieht daher in dem Familienstreit mit Tschungking-China sein moralisches Recht um so tiefer begründet, je mehr der Marschall und Madame Tschiang Kaischek ihre frühere Aufgabe vergessen und zu Filialleitern einer amerikanischen Agentur herabsinken. Gerade weil Tschiang Kaischek als Einzelpersönlichkeit eine der stärksten Persönlichkeiten in Ostasien ist, wird von Japan seine freiwillig gewählte Flucht zum Amerikanismus als besonders schwerwiegender Abfall von der Sache aller asiatischen Völker empfunden.

Das japanische Verhältnis zu den Vereinigten Staaten ist bis in das letzte Jahrzehnt trotz aller Spannungen und Belastungen günstiger gewesen als das zu England. Dies rührt daher, dass man die Auswirkungen des britischen Imperialismus während des 19. Jahrhunderts in China vom Opiumkrieg bis zum Boxeraufstand und weiter bis in die jüngste Zeit hinein allzu konkret beobachten konnte, während Amerika, wie wir schon sahen, sich an der Ausbeutung Chinas erst wesentlich später zu beteiligen

begann. Selbst noch nach dem Weltkrieg sind auch die amerikanischen Interessen in Ostasien weit weniger vom Sternenbanner als vom Union Jack geschützt worden. Der intensive japanisch-amerikanische Aussenhandel, ein reger und niemals abreissender Strom von japanischen Besuchern, die die Vereinigten Staaten in vieler Hinsicht für ihre Lernzwecke interessanter fanden als Europa, dies alles bestimmte die japanische Öffentlichkeit sehr lange Zeit dazu, dass sie nicht ernstlich an eine amerikanische Gefahr glaubte. Die Vorgänge auf der Washingtoner Flottenkonferenz¹ hätten Japan allerdings schon zu denken geben müssen. Gerade die japanische Oberschicht war indes, selbst nach Verkündung der Stimson-Doktrin, noch davon überzeugt, dass schon aus räumlichen Gründen ein Zusammenprall mit den Vereinigten Staaten verhältnismässig unwahrscheinlich sei.

Man hat also in Japan das Grundsätzliche des amerikanischen Anspruchs auf die Verlegung der Westgrenze der USA nach China wahrscheinlich lange Zeit hindurch unterschätzt. Noch der Versuch des zu Beginn des Jahres 1941 als Botschafter entsandten Admirals Nomura, einen Ausgleich mit den Vereinigten Staaten zu finden, entsprang der japanischen Überzeugung, es müsse sich bei gutem Willen eine Abgrenzung im Pazifik finden lassen. Durch den Abschluss des Dreimächtepaktes im September 1940 hatte sich Japan zum Eingreifen in den Krieg verpflichtet, falls die Vereinigten Staaten offen auf Seiten Englands treten würden. Es bestand niemals ein Zweifel daran, dass Japan auch zu dieser Verpflichtung stehen würde. Dass die japanischen Staatsmänner darüber hinaus aber alle Anstrengungen machten, um die Vereinigten Staaten davon zu überzeugen, dass ein Ausgleich im Pazifik auch ohne Krieg möglich sei, war nur ihr gutes Recht. Sie stiessen damit auf den Willen zur Weltherrschaft, der sich mittlerweile in Washington als alle anderen Erwägungen übertönende Kraft entwickelt hatte.

In der naiven Sprache einer amerikanischen Zeitschrift² nahm sich dies folgendermassen aus: «Der Fall Roosevelt», so schrieb sie, «ist höchst einfach. Er verpflichtete sich dazu, die Angreifer zu vernichten. Japan ist ein Angreifer. Infolgedessen ist er dazu verpflichtet, Japan zu

¹ Vergleiche S. 191 ² Time, 22. September 1941

vernichten – es sei denn, Japan verspräche die Änderung seiner Methoden. Der Präsident mag allerdings von jenen Beratern unter Führung Felix Frankfurters etwas beeinflusst sein, die ihn ermahnen, seine ganze Kraft gegen Deutschland zu konzentrieren, aber dies ist, wie vieles andere in Washington, nur eine Frage der Prioritäten. Nachdem das State Department zehn Jahre lang Japan einzudämmen versucht hat und nachdem es seit 150 Jahren die Freiheit verteidigt, kann es nicht plötzlich Mandschukuo anerkennen und China aufgeben.»

Die Primitivität, mit der man in Washington dergestalt die Weltentwicklung betrachtet, war gewiss erstaunlich. Das Ergebnis war jedenfalls, dass sich Japan vom Frühjahr 1941 ab nicht mehr nur einem passiven amerikanischen Widerstand gegenüber sah, sondern einer aktiven *Einkreisungspolitik*, die nur das Ziel der Vernichtung Japans, wie wir es hier so bündig ausgesprochen finden, haben konnte. Die japanische Macht wurde in Washington als das einzige Hindernis zur Aufrichtung eines *Dominium Pacificum* angesehen. Infolgedessen, so schloss man, muss sie gebrochen werden. Obwohl man sich ursprünglich darüber klar war, dass vor dem Bau der Zweiozeanflotte die amerikanische Macht hierzu unter keinen Umständen ausreichte, beendete Roosevelt im Frühjahr 1941 die bis dahin vom State Department geübte doppelseitige Politik gegenüber Japan und China. Der Entschluss zur Wirtschaftsblockade gegen Japan kam angesichts der empfindlichen Exportabhängigkeit des japanischen Mutterlandes einer Kriegserklärung gleich. Als Botschafter Joschizawa nach monatelangen Verhandlungen in Batavia auf amerikanischen Druck hin mitgeteilt wurde, *Niederländisch-Indien* sei weder zu Öllieferungen noch überhaupt zu einem Handelsvertrag mit Japan bereit, war die wichtigste Entscheidung bereits gefallen. Japan wusste, dass seit dem Herbst 1940 ein Geheimvertrag mit genauen militärischen Vereinbarungen zwischen Amerika, England und Niederländisch-Indien vorlag. Das Ziel war nun also klar zu erkennen: Zuerst Schwächung Japans durch wirtschaftlichen Boykott, mit dem der vernichtende Schlag vorbereitet werden sollte, den man dann später auf Japan herniedersausen lassen wollte. Ein japanischer Handelsvertrag mit

Niederländisch-Indien hätte jede stürmische Entwicklung im Pazifik verhindert, da Japan von dort fast alle Rohstoffe beziehen kann, die es benötigt. Washingtons Druck auf Batavia war also bereits eine verhüllte Kriegshandlung.

Die japanische Gegenwehr bestand nach einer Verständigung mit Vichy in der *Besetzung Indochinas* und vor allem der strategisch ungewöhnlich wichtigen Camranhbucht, die nach Singapur als der beste natürliche Flottenstützpunkt im ganzen fernöstlichen Bereich bezeichnet wird. Japan hatte in Erfahrung gebracht, dass ähnlich wie in Syrien so auch in Indochina de-Gaulle-Marionetten vorgeschoben werden sollten, um in dieser entlegenen französischen Kolonie einen Umschwung zugunsten Englands und Amerikas herbeizuführen. Das Abkommen mit Vichy, durch das die französische Souveränität in Indochina aufrechterhalten blieb, machte diesen Gefahren ein Ende. Gleichzeitig war nun Japan im Besitz einer Basis, die nur wenige hundert Kilometer von Singapur entfernt und in unmittelbarer Nachbarschaft Thailands, des Belgiens des Fernen Ostens, liegt. Sowohl gegenüber Tschungking wie gegenüber angelsächsischen Angriffsabsichten von Singapur aus, war dies von entscheidender Bedeutung. Der schweigende, aber zähe *Kampf um Thailand*, der sich zwischen der angelsächsischen Gruppe und Japan mehrere Jahre hindurch abgespielt hatte, war damit praktisch zugunsten der Japaner entschieden. Damit war die Alarmstufe I im Pazifik erreicht, die es trotz aller bösen Reden herüber und hinüber bis dahin noch nicht gegeben hatte.

Die *amerikanisch-japanischen Verhandlungen* waren unmittelbar nach der Rückkehr Matsuokas aus Berlin durch einen unverbindlichen amerikanischen Vorschlag eröffnet worden. S. Hornbeck, der Leiter der Fernostabteilung im State Departement, der schon unter Stimson der treibende Geist der aggressiven Politik gegen Japan gewesen war, setzte sich als Ziel für diese Verhandlungen, Japan aus dem Dreimächtepakt herauszuberechnen. Gleichzeitig redete er dem Präsidenten ein, dies sei ohne ernsthafte amerikanische Zugeständnisse allein durch Drohungen zu erreichen. Als nach der Besetzung Indochinas und der Verhängung der Blockade gegen Japan die Zuspitzung indes gefährliche Formen an-

nahm, sandte Fürst Konoye eine persönliche Botschaft an Roosevelt, in der er der Gewissheit Ausdruck gab, dass der Frieden erhalten bleiben könne und in der er eine sofortige Zusammenkunft mit dem Präsidenten vorschlug, auf der die Krise in den Beziehungen der beiden Länder bereinigt werden sollte. Roosevelt hätte nur anzunehmen brauchen und es wäre fast gewiss gewesen, dass eine Übereinkunft hätte erzielt werden können. Stattdessen verlangte der Präsident vor einer solchen Zusammenkunft von Japan die volle Anerkennung der amerikanischen Forderungen, darunter auch die Zurückziehung der Truppen aus China und Indochina, ehe an eine solche Zusammenkunft überhaupt gedacht werden könne.

Mitte Oktober war es klar, dass die Vereinigten Staaten nicht bereit waren, auch nur die geringsten Zugeständnisse zu machen. Das Kabinett Konoye trat zurück und General Tojo – einer der drei grossen Führer der japanischen Armee, in Tokio das «Rasiermesser» genannt – übernahm das Ministerpräsidium. Auch dies bedeutete indes noch nicht den Krieg. Tojo liess vielmehr durch Nomura und den zu seiner Unterstützung nach Washington entsandten früheren Botschafter in Berlin, Kurusu, erklären, er sei bereit, die japanischen Truppen aus Indochina zurückzuziehen, falls die Vereinigten Staaten Japans Recht auf Selbstverteidigung im Rahmen des Dreimächtepaktes anerkennen und die Wirtschaftsblockade gemeinsam mit dem britischen Empire und Niederländisch-Indien aufheben würden. Das war der letzte Vorschlag und das äusserste Zugeständnis, das von Japan gemacht werden konnte. Anfang Dezember war auch dieser Versuch gescheitert. Roosevelt und Hull lehnten ab und verlangten schliesslich in einem Ultimatum die vollkommene Unterwerfung Japans sowie seinen Austritt aus dem Dreimächtepakt. In den Morgenstunden des 8. Dezember erteilten der Tenno und die japanische Regierung dieser Anmassung der Vereinigten Staaten eine furchtbare Antwort. Die amerikanische Flotte in Pearl Harbour verlor binnen weniger Minuten mehrere Schlachtschiffe und musste die Verkrüppelung vieler anderer Kriegsschiffe erfahren. Der Krieg hatte begonnen.

Nun, da es zu spät war, musste Roosevelt erkennen, dass Japan in all diesen Monaten nicht geblufft hatte und dass die stillschweigende Vor-

aussetzung, von der er bei den Verhandlungen mit Tokio ausging, Japan werde höchstens eine lokale Aktion in Thailand, aber gewiss nicht einen Grosskrieg im Pazifik beginnen, irrig gewesen war. Man darf annehmen, dass er sonst den Bogen nicht überspannt hätte, da sich schon nach wenigen Tagen herausstellte, dass der militärische Dilettantismus der Amerikaner kaum geringer war als der politische. Das Stützpunktsystem, das die Vereinigten Staaten im Pazifik aufgebaut hatten, sollte seiner ganzen Anlage nach ausgesprochen offensiven Zwecken dienen. Es ist von den Japanern indes schon nach wenigen Tagen überrannt worden, so dass die Vereinigten Staaten und Britannien – nach dem Verlust zahlreicher mächtiger Schlachtschiffe – diesen Krieg nur noch defensiv führen konnten.

Es ist nicht unsere Aufgabe, die voraussichtliche Entwicklung des Krieges im Pazifik vorauszusagen. Wir beschränken uns daher auf einen kurzen Überblick über das amerikanische Stützpunktsystem. Es hat seine Bewährungsprobe beim Beginn des Fernostkrieges nicht bestanden. Das eigentliche amerikanische *Offensiv-System* erstreckt sich in weitem Bogen vom Panama-Kanal über die Galapagos-Inseln nach Hawaii. Von dem stark ausgebauten Kriegshafen Pearl Harbour (Hawaii) wendet sich dann ein Arm nach Norden, nach den Aleuten mit dem Kriegshafen und Flugstützpunkt Dutch Harbour und den neu angelegten Basen auf Alaska als Mittelpunkt. Ein zweiter Arm reicht von der Hawaii-Gruppe unmittelbar nach Süden zu den Samoa-Inseln, während der eigentlich offensive Arm über die Midway- und Wake-Inseln bis nach Guam vorgreifen sollte, das, von Amerika im Krieg mit Spanien durch einen Handstreich erworben, 10'500 Kilometer von der amerikanischen und nur 3'000 Kilometer von der japanischen Küste entfernt ist. Guam gehört zu jener Zone, in der die beiden pazifischen Grossmächte sich ursprünglich gegenseitige Abrüstung zugesagt hatten. Die Befestigung dieser Insel wie der andern federnden Sprungbretter westlich und nördlich von Hawaii war für Japan das sichere Anzeichen einer planmässig vorbereiteten Offensive.

Guam sowie die *Wake- und Midway-Inseln* (vergleiche unsere Karte) wurden innerhalb weniger Tage nach dem Kriegsausbruch von Japan be-

setzt. Durch die Eroberung Guams, die von den nahegelegenen Saipan-Inseln aus erfolgte, war die Bedrohung Tokios durch Langstreckenbomber wesentlich vermindert. Gleichzeitig erfolgte eine japanische Landung auf der Hauptinsel der Philippinen Luzon, auf denen sich bei Kriegsausbruch kaum mehr als 40'000 Mann amerikanischer Truppen einschliesslich der Eingeborenenregimenter befunden haben dürften. In Washington war man aber von der Annahme ausgegangen, dass sich bei Kriegsausbruch, den man etwa für das Frühjahr 1942 erwartet hatte, die amerikanische Flotte mit einem britischen Geschwader in der Umgebung Singapurs befinden werde. Der japanische Überraschungsschlag und die Vernichtung der Kerneinheiten des britischen Geschwaders schalteten den angelsächsischen Offensivplan aus. Während Singapur im Rücken durch eine japanische Landung auf der Malakka-Halbinsel bedroht wurde, war dieser wichtigste Stützpunkt des gesamten angelsächsischen Systems im Fernen Osten erneut eine «Kükenfarm ohne Küken». Der Verlust der Stützpunkte westlich von Hawaii wird auch in Zukunft alle Flottenoperationen der amerikanischen Hochseeflotte stark beeinträchtigen. Auf Wake Island waren Flugplätze errichtet, die 350 Flugzeuge aufnehmen konnten, auf den Midway-Inseln Anlagen für etwa 500 Flugzeuge¹. Für diese Stützpunkte auf der Hawaii-Gruppe waren 1941 allein 100 Millionen Dollar vorgesehen, doch befanden sich alle diese Anlagen erst im Aufbau. Diese oft besprochenen Gelenke einer riesigen amerikanischen Flotten- und Luftwaffenmaschine hätten in einigen Jahren, bewaffnet mit Tausenden von Flugzeugen, eine furchtbare Gefahr für Japan dargestellt. Im Augenblick des Kriegsausbruches waren sie indes noch nicht so weit ausgebaut, dass sie reibungslos ineinandergreifen konnten.

Das zwischen Thailand und Japan am 10. Dezember 1941 abgeschlossene Militärbündnis brachte gleichzeitig nach der Besetzung der wichtigen Landenge von Kra den vorgeschobenen Arm von Birma unmittelbar unter die Bedrohung von Japan. Von hier aus konnten die japanischen Armeen in kühnem Vorstoss an den Indischen Ozean den weit nach Sü-

¹ Saturday Evening Post, 31. Mai 1941

den reichenden Teil Birmas abschnüren und schliesslich Rangun, den Ausgangspunkt der Eisenbahn nach der Birmastrasse, besetzen. Tschungking-China war damit abgeschnitten und das gesamte indische Verteidigungssystem in die ernsteste Gefahr gebracht.

In einer typischen amerikanischen Äusserung vor dem Ausbruch des Krieges in Ostasien heisst es: «Wir haben ein amerikanisches Imperium im Pazifik errichtet. Wer immer die Frechheit besässe, uns dort herauszufordern, würde niedergeschlagen werden... Die Pax Americana wird in den grossen Weiten des Pazifischen Ozeans herrschen. Wir werden uns die Autorität erzwingen, die uns von Natur aus zukommt. Schon haben wir ein Protektorat über die pazifischen Staaten errichtet: über Australien und Neuseeland, über Malaya und Niederländisch-Indien, über Tahiti und wohl auch über China. Dieses Protektorat werden wir auch über Japan ausdehnen, wenn Japan erst einmal entsprechend in Verwirrung geraten ist und uns braucht. Über Südamerika haben wir es bereits erklärt und auch das pazifische Sibirien wird am Ende noch folgen.»¹

Dem ist wenig hinzuzufügen. Als kurz nach dem Ausbruch des Krieges gegen die Sowjets auch Stalin unter die Bittsteller nach amerikanischer Hilfe gehen musste, wurde in den Vereinigten Staaten sofort die Frage erörtert, ob man die Sowjets dazu veranlassen könne, als Gegenleistung militärische Basen in *Ostsibirien* zur Verfügung zu stellen. Schon seit dem Frühjahr 1940 war das entlegene *Alaska* in das Aufrüstungsprogramm der Vereinigten Staaten einbezogen worden. Der Ausbau des Stützpunktes von Dutch Harbour auf den Aleuten hing so lange in der Luft, als nicht der über Alaska führende Verbindungsweg nach den nordwestlichen Vereinigten Staaten vorhanden war. Man ging infolgedessen daran, sowohl die an der Beringstrasse gelegenen Gebiete wie vor allem weiter südlich die Kodiakinseln und den im äussersten Osten Alaskas gelegenen Punkt Sitka zu Luft- beziehungsweise Flottenstützpunkten von grossem Umfang auszubauen. Der Plan, eine The American

Mercury, September 1941 Strasse von Seattle über Kanada nach Alaska zu bauen, wurde ernsthaft erwogen, und Fairbanks, der wichtigste Ort in Zentralalaska, wurde plötzlich zu einem der bedeutenden Aussenposten des amerikanischen Generalstabes. Alle diese strategischen Massnahmen in dieser bis dahin wenig geschätzten amerikanischen Polarkolonie dienten dem Zweck, neben die südliche Expansionslinie über dem Pazifik eine nördliche zu legen, durch die, vereint, Japan in die Zange genommen werden könnte. Daneben spielten ursprünglich natürlich auch gegen die Sowjetunion gerichtete Pläne eine Rolle. Diese traten nun aber zurück, beziehungsweise sie veränderten ihren Charakter.

Die Gelegenheit, diese am weitesten vorgeschobenen nordwestlichen Stützpunkte in Alaska durch militärische Besitzergreifung in Ostsibirien zu ergänzen, schien hoch willkommen. Warum sollten die Vereinigten Staaten nicht auf dem asiatischen Kontinent selbst Fuss fassen und damit mit der Umkehrung jenes Prozesses beginnen, durch den sich Russland im ersten Drittel des vorigen Jahrhunderts ebenfalls über die Brücke von Alaska bis nach Kalifornien auszudehnen versuchte? Die gesamte amerikanische Presse war daher vom Juli 1941 ab mit Artikeln überschwemmt, die die Abtretung ostsibirischer Basen als Gegenleistung für Leih- und Pachtgeschäfte forderte. Zunächst verlangte man nur die Abtretung des nördlichsten Stützpunktes der Sowjet-U-Boot-Waffe auf den Kommodorskije-Inseln (südlich der Beringstrasse). Bald aber ging man weiter. Konteradmiral Ch. Woodward z.B. erklärte¹: «Die Vereinigten Staaten sollten von den Sowjets Luftbasen entlang der sibirischen Küste zu ähnlichen Bedingungen erwerben, wie dies im Falle der Westindischen Inseln mit England bereits geschehen ist.» Eine andere Stimme² erklärte: «Eine amerikanische Luftbasis in Wladiwostok und auf Kamtschatka würde den Sowjets gestatten, ihre Aufmerksamkeit auf die europäische Front zu konzentrieren. Dies wäre eine Versicherung gegen einen etwaigen Zusammenbruch oder auch gegen den Versuch arglistiger Täuschung durch das gegenwärtige Regime in Moskau.» Und wieder

¹ New York Journal and American, 20. Juli 1941 ² Christian Science Monitor, 11. Juli 1941

eine andere Stimme erklärte¹: «Japan braucht sich durch die etwaige Abtretung solcher Basen und durch einen amerikanischen Einzug in Wladiwostok gar nicht zu beunruhigen, da sich dies ja offensichtlich nicht gegen Japan, sondern gegen die Bedrohung Alaskas durch Deutschland richtet. Die Gelegenheit ist jedenfalls so günstig wie nie, da sich die Sowjets in mehr als bedrängter Lage befinden.» Dieser amerikanische Anspruch auf Ostsibirien wird nicht wieder verstummen.

Der japanische Machtbereich war vor dem Ausbruch des Krieges im Fernen Osten durch ein riesig weitgespanntes Dreieck einer amerikanischen Offensive gegen Asien eingezäunt, das durch die drei Punkte Hawaii – Singapur – Wladiwostok bezeichnet war. Die gesamte strategische Situation im Pazifischen Ozean begann sich damit zu verschieben. Wenn in früheren Jahren dramatisch der «Aufmarsch im Pazifik» beschrieben wurde, verstand man darunter das obenskizzierte Offensivsystem im Dreieck Dutch Harbour – Hawaii – Samoa – Guam. Nun begann sich das amerikanische Stützpunktsystem unter Ausnutzung der Schwäche der Briten und der Sowjets weit nach Norden und Nordosten an den Rand des asiatischen Kontinents vorzuschieben. Kurz vor dem Ausbruch des Krieges im Fernen Osten wurde die Absicht nicht mehr bestritten, dass man auf diese Weise Japan erdrücken und weit darüber hinaus im sibirischen und chinesischen Raum Einflussphären von kaum vorstellbarer Grösse schaffen wollte, die dann durch die Erbmasse aus dem britischen Empire um ganze Kontinente, wie Indien, ergänzt werden sollten. Dieses imperialistische Expansionsprogramm hatte sich in kürzester Zeit entwickelt. Noch am Beginn dieses Krieges war hiervon überhaupt nicht die Rede; selbst Roosevelt dürfte wohl kaum an derartige Möglichkeiten gedacht haben. Japans weiträumige Offensive er? folgte also in dem Augenblick, in dem die Vereinigten Staaten sich anschickten, die Vorherrschaft – und mehr als das – auf dem gesamten asiatischen Kontinent zu gewinnen. Er erfolgte in dem günstigen Augenblick, in dem sich die amerikanische Rüstung im Stadium des grössten Risikos befand.

¹ New York Herald Tribune, 19. Juli 1941

Japan hat im Laufe eines Vierteljahres sämtliche britisch-amerikanischen strategischen Positionen in Ostasien zertrümmert. Der Luftangriff auf Pearl Harbour vom 8. Dezember 1941 und die Versenkung der beiden britischen Schlachtschiffe vor der Malaienhalbinsel erwies sich als entscheidend. Nach der Landung auf den Philippinen fielen zunächst Hongkong, Borneo und Celebes in japanische Hand. Am 11. Februar 1942 war Singapur erstürmt. Sumatra, Timor und Bali folgten, und schon Anfang März 1942 war mit der Landung auf Java das letzte Bollwerk ausserhalb Australiens gefallen, während die Eroberung Südbirmas gleichzeitig das Tor nach Indien weit aufriess: Ein atemberaubender Vorgang, dessen ganze Grösse man nur fassen kann, wenn man ihn mit dem amerikanischen Machtanspruch vergleicht, der bis zum Vorabend des Krieges mit Japan laut und vor aller Welt verkündet wurde. Bis dahin hatte das amerikanische Volk selbst kaum begriffen, zu welchen in die Unendlichkeit der asiatischen Steppen, Wüsten und Gebirge ausgreifenden Verpflichtungen es veranlasst werden sollte. Schon hatte der Amerikanismus zu einem gewaltigen Angriff auf den asiatischen Kontinent angesetzt, der, weit über Japan hinausreichend, die Chinesen, ebenso wie die Inder und Malayen in das American Century einzugliedern versuchte. Da trat der Umschwung ein. Der Versuch einer Amerikanisierung Asiens und damit das Kernstück von Roosevelts Weltherrschaftsprogramm ist unter den Schwertstreichen Japans zerbrochen.

Der Sprung über den Atlantik

Als sich im Weissen Haus am Tage nach der Besitzergreifung von Island durch die USA wie üblich die Presse versammelte, fragte ein Journalist den Präsidenten, wie es sich denn eigentlich mit der Westlichen Hemisphäre verhalte. Der Präsident habe doch erst vor einiger Zeit erklärt, die Grenze der Westlichen Hemisphäre verlaufe in einer Linie, die zwischen Grönland und Island liege. Roosevelt bekam auf diese Frage hin einen Lachanfall¹. Prustend brachte er schliesslich heraus, die Grenze der

¹ Time, 21. Juli 1941

Westlichen Hemisphäre hänge davon ab, welchen Geographieprofessor er zuletzt gesprochen habe. Dies war offenbar die neue Definition der Monroe-Doktrin im atlantischen Raum.

Diese Formulierung konnte nicht mehr erstaunen. Schon Monate vorher hatte Roosevelt offenbar einen Geographieprofessor gesprochen, der ihm mitgeteilt hatte, auch der Balkanstaat *Jugoslawien* gehöre zur Westlichen Hemisphäre. Wie anders wäre es sonst zu erklären, dass der Präsident im Frühjahr 1941 in die zentraleuropäische Politik eingriff, einen Umsturz in Jugoslawien durch Versprechungen und moralische Bindungen an eine serbische Generalskamarilla hervorrief, als läge Belgrad in Panama, und dass er schliesslich diese Verschwörer veranlasste, offen gegen die grossen deutschen und italienischen Nachbarn aufzutreten? Der Fall Jugoslawien ist ein Musterbeispiel dafür, wie schon jetzt ganze Völker durch den amerikanischen Weltherrschaftsanspruch in tiefstes Elend gerissen worden sind. Niemals wären die Schrecken des Krieges auch diesmal wieder durch die Täler des Balkans und die Ebenen der Donau gebräut, wenn nicht der amerikanische Geheimdienst und die amerikanische Diplomatie den Umsturz in Belgrad herbeigeführt hätten. Niemals hätte es der Putschist Simowitsch gewagt, die Regierung des Prinzregenten zu verhaften, die sich eben der neuen europäischen Ordnung angeschlossen hatte, wenn er nicht in völliger Verblendung geglaubt hätte, die sagenhafte amerikanische Macht stehe hinter ihm, wie ihm vorgegaukelt worden war. Diese serbischen Putschisten waren durch die amerikanische Legende völlig geblendet. Sie sind ein warnendes Beispiel für alle Völker geworden, die amerikanische Machtansprüche mit der wirklichen amerikanischen Macht verwechseln.

Gleichzeitig wurde der Fall Jugoslawien zum ersten Probestfall, in dem sich die *Schwenkung der Sowjets* ankündigte. Die kommunistische Propaganda wirkte in Belgrad parallel mit der amerikanischen Diplomatie. Dies erhebt die Entwicklung der jugoslawischen Frage auf die Ebene der grundsätzlichen Probleme hinter dem Weltkonflikt unserer Epoche.

In der Mittagsstunde des 27. März 1941 teilte Winston Churchill auf

einem Bankett in London zitternd vor Erregung mit, er habe eine grosse Neuigkeit für das Land. In Jugoslawien sei ein Umsturz erfolgt. «Eine jugoslawische Regierung», so sagte er, «wird gebildet werden, die die Freiheit ihres Landes verteidigen wird. *Eine solche Regierung wird bei ihren Bemühungen vom britischen Empire und, ich zweifle nicht, auf andere Weise von den Vereinigten Staaten alle nur mögliche Hilfe und Unterstützung erhalten*». Die «Times» überschrieben ihren Leitaufsatz triumphierend mit «Nemesis in Belgrad». Zehn Tage später erfolgte der deutsche Gegenschlag gegen den Abfall der Serben von dem eben in Wien vollzogenen Beitritt zum Dreimächtepakt, der weder die Ehre noch die Freiheit Jugoslawiens angetastet hatte. Er hatte den Durchmarsch von deutschen und italienischen Truppen ausgeschlossen und dazu noch den Jugoslawen ein Anrecht auf freien Zugang zur Ägäis in Saloniki gesichert. Wiederum zwölf Tage später war die jugoslawische Armee vollständig vernichtet. Die Nemesis in Belgrad hatte sich erfüllt.

Die amerikanische Intervention in Jugoslawien begann mit dem Besuch des später zum General und Leiter des amerikanischen Geheimdienstes ernannten Obersten *William Donovan*. Er hatte mit dem Armeegeneral Dusan Simowitsch eine Unterredung, in der der Putsch in grossen Zügen besprochen worden ist. In der «Washington Post» vom 3. April – also noch vor dem deutschen Gegenschlag – wurde berichtet: «Donovan hat der Lage in Jugoslawien grössere Aufmerksamkeit zugewandt als anderen Ländern. Er machte nach seiner Unterredung mit Simowitsch die Voraussage, Jugoslawien werde abspringen. England könne sich daher in Griechenland engagieren.» Bereits am 14. Februar hatte Roosevelt in einer persönlichen Botschaft an den jugoslawischen Prinzregenten¹ mitgeteilt, er sei entschlossen, allen weiteren Erfolgen der Achsenmächte, selbst wenn es sich hierbei nur um diplomatischen Geländegewinn handle, ein Ende zu bereiten. Nach der Annahme des Leih- und Pachtgesetzes sei die Regierung der Vereinigten Staaten in der Lage, in Zukunft jedem europäischen Staat wirkungsvolle Hilfe zuteil werden zu lassen, der sich dem deutschen Einfluss zu entziehen wünsche.

¹ Magyarsag, 7. März 1941

Die später im Belgrader Aussenministerium Vorgefundenen Akten haben einwandfrei ergeben, dass Roosevelt und Sumner Welles nach dem Besuche Donovans in Belgrad alles getan haben, um dem jugoslawischen Gesandten in Washington, Fotitsch, klarzumachen, Jugoslawien werde von den Vereinigten Staaten Hilfe erhalten, falls es sich gegen Deutschland wende. Fotitsch wurde in den entscheidenden Tagen der zweiten Märzhälfte mehrfach von Roosevelt selbst empfangen. Er drahtete in seinem Auftrage beständig nach Belgrad, der Präsident warne vor einem Beitritt Jugoslawiens zum Dreimächtepakt. Gleichzeitig erklärte der amerikanische Gesandte in Belgrad, Arthur Bliss-Lane, wie er später selbst aufzeichnete¹, dass er am 22. März dem jugoslawischen Aussenminister mitgeteilt habe, «Jugoslawiens Beitritt zum Dreimächtepakt sei ein unfreundlicher Akt gegen die Vereinigten Staaten». Die Regierung des Prinzregenten liess sich durch all diese Versprechungen und Drohungen nicht beirren. Sie wusste genau, wo der Vorteil Jugoslawiens lag, wie auch, dass alle Hilfsversprechungen der Vereinigten Staaten mit der Gabel aufs Wasser geschrieben waren, um ein slawisches Sprichwort zu gebrauchen.

Am Vorabend des Putsches in Belgrad hielt Donovan von Amerika aus eine Rundfunkrede, aus der hervorging, dass er bereits darüber unterrichtet war, was sich zur gleichen Zeit in Belgrad abspielte. Unmittelbar nach dem Putsch beglückwünschte Roosevelt den jugendlichen König Peter in einem Telegramm, das von den Belgrader Zeitungen in riesiger Aufmachung veröffentlicht wurde. Und am 1. April erklärte der Präsident, nachdem er zweimal mit Fotitsch gesprochen hatte, die amerikanische Hilfe für Jugoslawien sei bereits unterwegs! Tatsächlich wurden neun jugoslawische Schiffe in USA-Häfen mit Kriegsmaterial beladen. Sie sind niemals ausgelaufen, da Deutschland sich nun gezwungen sah zu handeln.

Die dramatische Episode des serbischen Putsches auf amerikanische Veranlassung und Anstiftung hin ist nur ein Glied einer ganzen Kette von Einmischungsversuchen der amerikanischen Diplomatie in der europäisch-atlantischen Welt. Für den Charakter Roosevelts ist dieser Fall

¹ Life, 15. September 1941

besonders bezeichnend. Niemals enthüllte sich klarer, dass er in völliger Überschätzung seiner wirklichen Machtmittel selbst dort zu einer Politik des Als-Ob und zum hartnäckigen Festhalten an Wunschträumen neigt, wo auf den ersten Blick zu sehen ist, dass die Vereinigten Staaten gar keine realen Machtmittel besitzen, um diesen Wunschvorstellungen auch Nachdruck zu verleihen. Die Masslosigkeit wird hier schon zur Manie.

Episoden wie das Eingreifen Roosevelts in Belgrad werden in unserer schnelllebigen Zeit, in der die Ereignisse einander jagen, allzu leicht vergessen. Sie sind indes nicht unwichtig, wenn man zu einer Gesamtbeurteilung der von Roosevelt eingeleiteten amerikanischen Weltherrschaftsbestrebungen gelangen will. Der Zwiespalt zwischen Wunschträumen und realen Möglichkeiten zieht sich von nun ab durch die gesamte amerikanische Aussenpolitik, vor allem auch im Fernen Osten. Der Versuch, Jugoslawien durch politischen Druck dahin zu bringen, dass es sich freiwillig zur Ausgangsbasis von Operationen des damals bereits in Griechenland stehenden britischen Expeditionskorps machte, würde etwa einem deutschen Versuch entsprechen, in Mexiko eine USA-feindliche Regierung ans Ruder zu bringen, und mehr als dies, Mexiko zur Ausgangsbasis eines Angriffes auf Texas und Florida zu benutzen. Hier muss also der Trennungsstrich zwischen amerikanischer Anmassung und europäischen Interessen scharf und kompromisslos gezogen werden.

Die Reise des Obersten Donovan auf dem Balkan, im Vorderen Orient und in den iberischen Ländern ist nicht der letzte Einmischungsversuch Amerikas in Europa geblieben. In Helsinki, in Stockholm, in Lissabon und Madrid, überall wurden durch die USA-Diplomatie mehr oder minder durchsichtige Versuche gestartet, der Zusammenarbeit der betreffenden Länder mit Deutschland Hindernisse zu bereiten. Überall wurde dabei die Legende der amerikanischen Macht verwandt. Während man z.B. die Finnen in Amerika bei dem Winterkrieg 1939/40 wegen ihres

Heldenkampfes gegen die Sowjets bejubelte, begann man sie 1941 nicht nur mit üblen Reden zu schelten, sondern ihnen sogar noch zu drohen, sie würden sich die amerikanische Macht zum Feinde machen, wenn sie den Krieg gegen die Sowjets nicht vorzeitig beendeten. Finnland liess sich freilich durch solche Drohungen ebenso wenig beirren wie Spanien und Portugal.

Ein Notenwechsel zwischen *Washington und Helsinki* im November 1941 endete mit einem Misserfolg für Roosevelt. Er musste sich von den Finnen bittere Wahrheiten sagen lassen. Die im USA-Memorandum vom 30. Oktober enthaltene Erklärung, die finnischen Operationen stellten eine direkte Gefahr für die Sicherheit der Vereinigten Staaten dar, wurde in der finnischen Antwortnote folgendermassen beantwortet¹: «Die Vereinigten Staaten, die ein mächtiges, von zwei Weltmeeren geschütztes und von zahlreichen, sogar Tausende von Meilen vom Mutterland entfernt gelegenen Stützpunkten gesichertes Reich darstellen, können von der finnischen Wehrmacht nicht bedroht werden. Die finnische Regierung kann auch nicht der Ansicht sein, dass die Besetzung solcher Gebiete durch finnische Truppen, von denen aus die finnische Sicherheit fortlaufend bedroht wurde, im Widerspruch mit den Anforderungen der amerikanischen Sicherheit stehen könnte. Aber die Sorge der Vereinigten Staaten für ihre eigene Sicherheit gibt Finnland das Recht, bei der Regierung und dem Volk der Vereinigten Staaten Verständnis dafür zu erwarten, dass Finnland sein Leben beschützen, seine Sicherheit erhöhen und seine alte demokratische Freiheit verteidigen will.»

Die *europäische Monroe-Doktrin*, die Erklärung der Unantastbarkeit unseres eigenen Erdteils gegenüber jeder fremden Einmischung, hatte sich nun von selbst herausgebildet und war zur Grundlage der Politik aller europäischen Staaten geworden. Nur in Vichy sah Washington noch ein geeignetes, wenn auch beschränktes Operationsfeld für die übliche Mischung von Drohung und Verlockung. Hier aber mündet die amerikanische Angriffsstellung gegen Europa in das grössere Problem der Beherrschung des Atlantik ein.

Nach der Abreise Bullitts aus Paris zollte die amerikanische Öffent-

¹ Finnische Note an die Regierung der USA vom 12. November 1941

lichkeit den britischen Gewaltakten von Dakar und Oran enthusiastischen Beifall. Trotzdem entschloss sich Roosevelt im November 1940, einen seiner engeren Vertrauensleute als Botschafter nach Vichy zu entsenden. Es war bezeichnend für die Absichten, die der Präsident hiermit verband, dass die Wahl auf ein einflussreiches Mitglied der Admiralität fiel, da man sich seit dem Waffenstillstand keineswegs für das Schicksal der Franzosen in Frankreich, wohl aber für deren Kolonialbesitz an der atlantischen Küste interessierte. So wurde der ehemalige Chef des amerikanischen Admiralstabes, *William Daniel Leahy* – er war eben pensioniert worden – bei Petain akkreditiert. Sein Auftrag ging dahin, die sich nun auf neuer Grundlage entwickelnden deutsch-französischen Beziehungen zu stören und überdies zu erreichen, dass das französische Kolonialreich, so weit es immer ging, amerikanischen Zwecken dienstbar gemacht werden konnte. Während man in Washington unverhohlen mit dem durch Petain als Verräter zum Tode verurteilten General de Gaulle sympathisierte, hoffte man, der alte Admiral werde das Ohr des Marschalls in Vichy dennoch gewinnen können. Gleichzeitig wurden amerikanische Diplomaten in Nordafrika und Tanger zu Intrigen gegen Petain angesetzt. Sie geisterten zwischen den Generalen Nogues und Weygand hin und her und predigten insgeheim den Abfall von Vichy.

Die amerikanische Botschaft in Vichy wurde zum Zentrum eines Nachrichtendienstes für englische Rechnung. Admiral Leahy erschien stets dann im Hotel du Parc, wenn es galt, irgendwelche Intrigen zu spinnen. Er versuchte vergeblich das französisch-japanische Abkommen über Indochina zu vereiteln, wobei einige geringfügige Lebensmitteltransporte von den USA nach dem unbesetzten Frankreich beständig als Lockmittel in Bereitschaft gehalten wurden. Als eines dieser Schiffe im Frühjahr 1941 tatsächlich in See stach, wurde es indes von englischen Flotteneinheiten beschossen. Leahy versicherte natürlich, die Vereinigten Staaten hätten damit nichts zu tun gehabt. Französische Schiffe in den Häfen der Vereinigten Staaten wurden beschlagnahmt, darunter Frankreichs Stolz, die «Normandie», und die französischen Inseln Martinique und Guadalupe in Westindien unter Kontrolle der amerikani-

schen Flotte gestellt (Juni 1941). Der Handel zwischen den beiden Inseln und Frankreich und Französisch-Nordafrika wurde unterbunden. Gleichzeitig gab Hull eine Erklärung ab, die Vereinigten Staaten betrachteten es als unfreundlichen Akt, «wenn sich die französische Regierung auf eine Politik der Zusammenarbeit mit anderen Mächten zum Zwecke des Angriffes und des Zwanges einlässt».

War schon bei der sogenannten Laval-Krise im Dezember 1940 die amerikanische Diplomatie aktiv beteiligt gewesen, so betrieb nun Leahy bei Petain sogar den Sturz Admiral Darlans. In Amerika wurde der französische Botschafter Henry Haye von der Presse in ungewöhnlicher Weise angegriffen. Kurzum, keine Gelegenheit blieb unbenutzt, bei der sich die Vereinigten Staaten durch die Ausübung der verschiedensten Druckmittel eine Einmischung in die französische Innenpolitik gestatten konnten. Frankreich, das ursprünglich entschlossen war, mit den Vereinigten Staaten freundschaftliche Beziehungen aufrechtzuerhalten, wurde durch die Schamlosigkeit dieser Erpressungen seine unauflöslliche Verbundenheit mit Europa drastisch vor Augen geführt.

Die Franzosen waren ob der feindseligen Haltung der Amerikaner bestürzt und überrascht. Wenn es auch schon früher z.B. wegen der Frage der Kriegsschulden latente französisch-amerikanische Spannungen gegeben hatte, so hatte sich das französische Volk doch daran gewöhnt, dass es von allen europäischen Nationen auf den stärksten Widerhall in Amerika rechnen konnte. Die französisch-amerikanische Freundschaft, geboren aus der Lafayette-Legende und der Verwandtschaft der Ideen von 1776 und 1789, galt den Franzosen als unbestrittenes Kapital, wenn gleich ernsthafte Kenner der amerikanischen Psyche, wie André Siegfried, schon lange vordem auf den gefühlsbetonten und damit unsicheren Charakter dieser Freundschaft hingewiesen haben.

Gewiss, man war sich darüber klar geworden, dass England seit der Jahrhundertwende viele der psychologischen Widerstände, auf die es in Amerika seit dem Unabhängigkeitskrieg, der Verbrennung des Kapitols im Jahre 1814 und der Unterstützung der Südstaaten im Bürgerkrieg immer wieder gestossen war, überwunden hatte.

Dennoch wusste man in Frankreich, dass gegen England immer ein latentes Misstrauen in Amerika bestand. Es rührte wohl daher, dass man sich zu gut kannte und dass man die gleichen Nationalfehler besass. Während aber die Amerikaner bei sich selbst Gant und Selbstgerechtigkeit wie alle anderen Auswüchse des entarteten Puritanismus nur selten zu entdecken vermögen, sind sie sehr wohl imstande, bei den englischen Vettern genau diese Fehler zu sehen und sich über sie zu entrüsten. Die Deutschen schliesslich sind in den Vereinigten Staaten wegen ihrer Tüchtigkeit – wenn wir einmal von den akuten politischen Zuspitzungen absehen – geachtet. Der Durchschnittsamerikaner der gehobenen Schicht ist indes dem Deutschen meist in der besonderen Abart des Deutschamerikaners begegnet, der, beileibe nicht durchgängig, vor allem in der zweiten und dritten Generation oft gerade die besten Eigenschaften seines Nationalcharakters durch die Amerikanisierung eingebüsst hat. Das, was diesen Deutschen allen blieb, die zähe Organisationskraft und Arbeitsfreude, vermischte sich leicht mit vereinsmeierlichen und «gemütlichen» Elementen, die vor allem der amerikanischen Oberschicht als kleinbürgerlich erscheinen.

So war in der Tat Frankreich dasjenige europäische Land, das man in Amerika nicht nur anzuerkennen, sondern geradezu zu lieben schien. Paris als der Weltmittelpunkt der Mode war für das von Amazonen beherrschte Amerika stets ein Anziehungspunkt von, wie man in den Vereinigten Staaten sagt, «exotischer Magie». Damit konnte weder der Londoner Snobismus noch die Heidelberger Romantik je ganz Schritt halten. Im Untergrund hatte es indes immer eine skeptische, ja ablehnende amerikanische Strömung, die gegen Frankreich wirkte, gegeben. Die besondere Art des überklaren, stark juristischen französischen Denkens war dem amerikanischen Moralismus stets als ein unangebrachter, leichtfertiger, jedenfalls unverständlicher Zynismus erschienen, über den man sich gern schockierte. Diese Unterströmung brach nun zum Erstaunen der Franzosen, die sich immer noch daran erinnerten, wie General Pershing nach der Landung der ersten amerikanischen Truppen im Weltkrieg ausgerufen hatte: «Lafayette, wir sind hier!» nach der französischen Niederlage plötzlich hervor.

Die leichtere Lebensart des Franzosen, sein seelischer Widerstand gegen die Überwältigung des gesamten Lebens der Nation durch die Technik, sein Unvermögen, die äusseren Annehmlichkeiten der Zivilisation zum Mass aller Dinge zu machen, hatten den Amerikaner von jeher gereizt. Die Natürlichkeit der Wertskala, die in Frankreich trotz gewisser Degenerationserscheinungen und Schlampereien im Kern erhalten geblieben ist, wurde vom Puritanismus als ein kaum zu unterwerfendes Widerstandszentrum gegen den Siegeszug der amerikanischen Patentkultur empfunden. Während Deutschland nach der Besiegung Frankreichs realistisch von der damit geschaffenen neuen Lage ausging, sich dabei über die psychologischen Schwierigkeiten sehr wohl im Klaren war, aber über alle kleineren Reibungen hinweg, die sich unvermeidlich in jeder Besatzungszeit ergeben, das grosse Ziel gemeinsamer europäischer Arbeit nie aus den Augen liess, sah Amerika endlich die Stunde gekommen, in der den verborgenen Ressentiments und antifranzösischen Komplexen freier Lauf gelassen werden konnte. Nicht Deutschland, sondern Amerika ging daher dazu über, Frankreich zu demütigen und auf jede nur erdenkliche Weise zu quälen und zu schikanieren. In den Betrachtungen über die Gründe der französischen Niederlage feierte das versteckte Rachegefühl des selbstgerechten Puritanismus nun wahre Orgien. Niemals sind in Deutschland Pamphlete veröffentlicht worden, die sich mit derart bissigem Hohn gegen den Kern des französischen Wesens richteten, wie sie nun in allen amerikanischen Zeitschriften fast Woche für Woche erschienen.

Das ganze kulturelle Minderwertigkeitsgefühl einer nivellierenden Massenzivilisation gegen den europäischen Geist vereinigte sich nun in der antifranzösischen Parole. Selbst die ehrwürdige Figur Marschall Petains wurde in Karikaturen nicht geschont, in denen er als kriecherischer Hund dargestellt wurde, der dem deutschen Soldaten den Stiefel leckt. (Solche Darstellungen von Petain als Hund haben wir in verschiedenen Abarten im Sommer 1941 in annähernd zwei Dutzend amerikanischen Zeitungen und Zeitschriften entdeckt.) Eine Darstellung der Mitglieder der Académie Française als Affen auf einem Baum und un-

zählige ähnliche Verunglimpfungen Frankreichs machten diesen Aufstand der puritanischen Einheitsbarbarei gegen Europa verabscheuungswürdig klar. Frankreich, das vor der Aufgabe stand, die grosse Tradition seines Geistes in ein neues Weltbild umzugliessen, begann erst ganz allmählich zu verstehen, dass dieser Angriff des Amerikanismus nicht zufällig, dass er nicht nur aus taktischen Gründen erfolgte, sondern dass er der Ausbruch eines bewusst genährten antieuropäischen Hassgefühls war, das weit über die ursprünglich vorgeschützte Bekämpfung Adolf Hitlers hinausging.

Dergestalt wurde die Macht des puritanischen Vorurteils zum Verbündeten der Weltherrschaftsbestrebungen des Mannes im Weissen Haus. Von dem Augenblick ab, da die Niederlage Frankreichs besiegelt war, tauchte immer unverhohlener der amerikanische Plan auf, den Franzosen bei der ersten sich bietenden Gelegenheit Westafrika zu entreissen. «*Wir müssen nach Dakar!*» wurde zu einem Schlachtruf, der von der amerikanischen Presse wie von interventionistischen Senatoren und Abgeordneten beständig wiederholt wurde.

Im August 1941 kam es so weit, dass nach der Errichtung der amerikanischen Kontrolle über Martinique und Guadelupe Leahy in Vichy eine Erklärung abgab, die Vereinigten Staaten würden die Beziehungen zu Frankreich abbrechen, falls die Regierung Petain in der Frage Dakars und Westafrikas nicht eine Washington genehme Haltung zeige. «Dakar», so forderte gleichzeitig die «New York Times», «muss durch die Vereinigten Staaten sichergestellt werden, damit es einem Zugriff der Achsenmächte entzogen wird.»¹ Kurze Zeit darauf besorgte man sich eine Erklärung de Gaulles, in der den Vereinigten Staaten Stützpunkte in den französischen Gebieten Afrikas versprochen wurden, wenn die USA dafür entsprechende Hilfe geben würden. Die Absicht, die Schwächung Frankreichs dazu zu benutzen, um Westafrika zu einer amerika-

¹ New York Times, 10. August 1941

nischen Kolonie zu machen, trat nun beherrschend in den Vordergrund der atlantischen Politik der USA. Der Offensivsinn des Schlagwortes von der «Westlichen Hemisphäre», das an die Stelle der Monroe-Doktrin getreten war, begann sich zu enthüllen. Nach Ansicht des Präsidenten bestimmt das Weisse Haus allein, wo die Grenzen der Westlichen Hemisphäre liegen sollen. Alle anderen Völker und Erdteile haben sich, so wird damit angenommen, diesem Spruch zu fügen.

Nach dem entscheidenden Wendepunkt im Mai 1940 wurden nicht nur Grönland, sondern ebenso Island, die Azoren und die Kapverden in die Westliche Hemisphäre einbezogen. Grönland und Island wurden militärisch besetzt, womit der amerikanische Machtbereich unmittelbar in die Kriegszone vorgeschoben wurde. Gleichzeitig teilte Roosevelt der portugiesischen Regierung mit, die Azoren seien amerikanisches Interessengebiet (Roosevelts Kaminrede vom 27. Mai 1941), und die amerikanische Presse brachte langatmige Aufsätze, in denen entdeckt wurde, dass die Bewohner der Azoren eigentlich weit weniger Portugiesen als Amerikaner seien¹. Wenn auch die ältere Generation, so meinte man da, noch die portugiesischen Fados singe, so seien die jüngeren mehr für amerikanischen Swing begeistert. Amerikanische Geschichte, amerikanische Kultur und amerikanische Familienbande seien bereits so stark, dass die Bewohner der Habichtinseln – Azoren ist das portugiesische Wort dafür – überhaupt als «portugiesische Amerikaner» anzusprechen seien. Salazar erhob formell Protest gegen die Rede des Präsidenten, in der die Möglichkeit einer Besetzung bereits angedeutet war, und Präsident Carmona machte sich zu einem ostentativen Besuch der Azoren auf. Die Drohung aber blieb.

Mit dem Anspruch auf Dakar wurde dann der mit Sternen und Streifen übersäte Mantel grosszügig über den gesamten atlantischen Graben geworfen. Seine Fransen ergriffen nicht nur Westafrika, sondern nach Island nun auch schon Irland. De Valera wurde aufgefordert, er möge, wenn er schon nicht mit England Zusammenarbeiten wolle, die Irische Republik amerikanischem «Schutz» unterstellen. Gleichzeitig trafen amerikanische Ingenieure und Arbeiter in Nordirland ein, um bei Lon-

¹ Christian Science Monitor, 23. Mai 1941

donderry mit der Anlage eines Luft- und Marinestützpunktes zu beginnen, für den, wenn nicht alles täuscht, besondere exterritoriale Sonderrechte für Amerika mit der britischen Regierung insgeheim vereinbart wurden. So war man bis nach Europa selbst vorgedrungen.

Für den amerikanischen Hausgebrauch wurde noch immer von der Verteidigung der Westlichen Hemisphäre gesprochen, nachdem sich schon längst hinter dieser Tarnkappe Angriffsabsichten und Herrschaftsansprüche verbargen. Aus der ideologischen Rumpelkammer tauchte ergänzend der Begriff der «*Freiheit der Meere*» wieder auf, mit dem schon im Weltkrieg Deutschland das Recht auf Seekriegsführung bestritten worden war. Der Kongress hatte mit der von ihm gegen Roosevelt und Hull erzwungenen Neutralitätsgesetzgebung, durch das Verbot, für die amerikanische Handelsschifffahrt in die Kriegszonen zu fahren, verhindern wollen, dass die Ideologie der «*Freiheit der Meere*» jemals wieder ein Kriegsgrund für eine amerikanische Regierung werden könnte. Zäh und mit Bedacht wurde durch Roosevelt diese Gesetzgebung unterhöhlt, bis sie im November 1941 in ihren Kernpunkten widerrufen war. Nun stand man dort, wo man schon 1917 einmal angelangt war. Eine um jene Zeit erschienene amerikanische Karikatur zeigte Roosevelt umgeben von Hull, Welles, Ickes und Frankfurter an einem Fenster gespannt wartend. Darunter stand: «Boys, wann kommt endlich der Zwischenfall?» Man konnte die Lage kaum treffender wiedergeben.

Im Gegensatz zu 1917 aber war weit über die alte Theorie von der Freiheit der Meere hinaus – sie bedeutet bekanntlich, dass das Meer nur für die Angelsachsen frei sein soll – eine atlantische Herrschaftstheorie entwickelt worden, durch die nun praktisch der ganze Saum aller Küsten des Atlantik von Kanada über Brasilien bis nach Feuerland an der Westseite und von Afrika bis nach Portugal und dann wieder von Irland über Island zurück nach Grönland als amerikanische Interessenzone, sprich Westliche Hemisphäre, bezeichnet wurde. Es vollzog sich also im atlantischen Raum dieselbe Entwicklung wie im Pazifik und in Ostasien. Hatte man dort Singapur, Kamtschatka und Wladiwostok, ja schliesslich die Westgrenze Chinas zur Westgrenze der Vereinigten Staaten erklärt,

so erhob sich nun der Anspruch auf eine Ostgrenze bis an die unmittelbaren atlantischen Aussenposten Europas. Die «Westliche Hemisphäre» begann damit nach der amerikanischen Auslegung annähernd zwei Drittel des Erdumfangs zu umfassen.

Das Gremium der Geographieprofessoren, das Roosevelt so zum Lachen gebracht hatte, betätigte sich wie ein umgekehrter Kolumbus. In Asien und Europa entdeckten sie beständig neue Gebiete für Amerika. Konnte man in Washington glauben, dass Europa und Ostasien jemals solchen Theorien freiwillig zustimmen würde? Gewiss nicht. Aber der Präsident führte nicht umsonst seit annähernd fünf Jahren seinen Krieg gegen den Frieden. Die Proklamation des amerikanischen Jahrhunderts war kein leerer Schall. Man glaubte es nun allen Ernstes erzwingen zu können.

Die Einbeziehung Westafrikas in den amerikanischen Herrschaftsanspruch ist nicht so ganz ohne vorbereitende Schritte erfolgt, wie es auf den ersten Blick scheinen mag. Schon vor dem Kriege hatte man in Frankreich mit argwöhnischen Augen beobachtet, dass die *Negerrepublik Liberia* stillschweigend in ein amerikanisches Protektorat verwandelt worden war. Dieses Gebiet ist 1822 von einer privaten nordamerikanischen Siedlungsgesellschaft dazu ausersehen worden, als Rückwanderungsstaat für die damaligen Negerklaven der USA zu dienen. Tatsächlich sind nur wenige tausend Schwarze auf diese Weise nach Afrika zurückgekehrt. Sie errichteten indes seitdem in Liberia – die Ironie der Weltgeschichte ist unerschöpflich – einen Sklavenstaat, in dem die amerikanischen Neger die primitiven Eingeborenen beherrschen. Seitdem ist Liberia immer mittelbares amerikanisches Einflussgebiet geblieben. Schon vor dem Weltkrieg gab es amerikanische Berater für die Negerpräsidenten, deren Einfluss sich schliesslich zu einer Finanzkontrolle ausdehnte. 1926 hatte die Firestone-Gesellschaft, der mächtigste amerikanische Gummikonzern, dort eine Konzession auf eine Million Acres zur Anlage von Kautschukplantagen erworben. Sie war mit einer Anleihe verbunden, durch die praktisch die Firestone-Werke in den Besitz Liberias kamen. So konnte es nicht wundernehmen, dass im Sommer 1941 plötzlich davon die Rede war, in Liberia würden demnächst ame-

rikanische Truppen gelandet werden. Schon war zwischen den *Panamerican Airways* und der Negerrepublik ein Vertrag abgeschlossen worden, durch den sich die grösste amerikanische Luftfahrtgesellschaft die Anlage von grossen Flugplätzen in der Nähe der liberischen Hauptstadt Monrovia sicherte. Präsident Monroe würde sich wohl wundern, wüsste er, welchem Zweck die nach ihm benannte Stadt an der westafrikanischen Sklavenküste nun zugeführt werden soll. Fast unbemerkt hatten die Vereinigten Staaten über Liberia ihren Einzug auf dem afrikanischen Kontinent ungefähr gleichzeitig mit der Besetzung Islands gehalten. Die Arbeiter und Ingenieure der Panamerican Airways, die alsbald in Monrovia auftauchten, waren die Vorboten eines zukünftigen Expeditionskorps.

Monrovia liegt etwa 1'200 Kilometer südöstlich von Dakar. Von den nordamerikanischen Flugstützpunkten in Brasilien – an der vorspringenden Nase von Natal – nach Monrovia und nach dem britischen Bathurst an der englisch beherrschten Gambiamündung, knapp zweihundert Kilometer südlich von Dakar gelegen, sind es jeweils nur 1'800 Meilen. Hier, an dieser strategisch wichtigsten Stelle Westafrikas, wünscht sich Amerika festzusetzen, und zwar, wie offen zugegeben wird, nicht nur für die Dauer des Krieges, um den Transport amerikanischer Flugzeuge an die britische Front in Mittelost quer durch Afrika sicherzustellen, sondern für alle Zeiten. Alsbald kündigte Roosevelt an, die Panamerican Airways würden künftig amerikanische Flugzeuge in eigener Regie an die Front nach Mittelost befördern: «Die Bedeutung dieser direkten Verbindungslinie zwischen unserem Land und unseren strategischen Aussenposten in Afrika kann nicht unterschätzt werden.»¹ Der hier vorgesehene Weg führt von New York und Baltimore nach dem grossen Flughafen San Juan auf Puerto Rico, von dort nach dem neuen amerikanischen Stützpunkt auf Trinidad und dann über Pernambuco nach Natal. Von hier aus wird dann der Südatlantik nach Bathurst oder Monrovia überquert. Die nächsten Stationen sind dann Lagos in Nigeria, Khartum im Sudan und Kairo.

Schon wird in diesem Zusammenhang in amerikanischen Zeitschriften² davon gesprochen, das britische Bathurst würde bei dieser Gele-

¹ Äusserung Roosevelts nach: Newsweek, 1. September 1941

² Ebenda

genheit endgültig in eine amerikanische Basis in Afrika verwandelt, da sich der Ausbau der dortigen Flughäfen im Rahmen des Leih- und Pachtgesetzes vollziehen werde. Alle diese Pläne richten sich zweifellos gegen Dakar und darüber hinaus überhaupt gegen den französischen Besitz in Westafrika. England fällt auch hier bereits die Rolle des Juniorpartners zu, der seinen Anteil nur dadurch zu leisten hat, dass er Bathurst, Freetown und Nigeria als Basen für die Amerikaner zur Verfügung stellt. Während wir dieses Buch abschliessen, sind nur die ersten Stadien des amerikanischen Expansionsprogrammes in Afrika erreicht. Die Tendenz ist indes bereits klar und damit auch die machtpolitischen Hintergründe der gegen Frankreich gerichteten Agitation.

Wir entrollen hier zunächst nur ein Gesamtbild der amerikanischen Pläne und Vorhaben. Welche tatsächliche Bedeutung ihnen zukommt, wie sehr diesem Machtprogramm eine Mentalität zugrunde liegt, die vielleicht im Viktorianischen Zeitalter zu dauerndem Erfolg führen konnte, gewiss aber nicht im zwanzigsten Jahrhundert, zeigen wir im abschliessenden Teil. Das Programm der Weltherrschaft, das sich auf die Errichtung, Erwerbung und die Eroberung zahlloser Stützpunkte, die sich auf zwei Drittel der Erde verteilen, bezieht, liegt nun vor uns ausgebreitet. Man mag selbst seine Schlüsse ziehen, wenn man sich vor Augen führt, dass die Vereinigten Staaten in den Jahren 1940/41 die folgenden Gebiete und Stützpunkte entweder schon besetzt oder durch den Präsidenten und massgebende Politiker beansprucht haben:

VON ENGLAND: Die Avalon-Halbinsel (das ist der westlichste Vorsprung Neufundlands) und die Südküste von Neufundland, die Bermudainseln, die Bahamainseln, die Südküste von Jamaika, die Westküste von Santa Lucia, die Westküste von Trinidad, Antigua, Britisch-Guayana und Tobago (alle diese Stützpunkte sind bereits abgetreten). Ferner in Asien: Hongkong, Singapur, Nordborneo, das östliche Neuguinea sowie allenfalls gewisse Gebiete von Burma. In Afrika: Bathurst, Senegambien, Freetown und die Sierra Leone, Lagos und Teile von Nigeria sowie teilweise die Goldküste. In Europa: Das Gebiet bei Londonderry in Nordirland.

- VON KANADA: Neuschottland, das Mündungsgebiet des St.-Lorenz-Stromes, die Anticostiinsel und gewisse Gebiete an der Ostküste Labradors und an der Ostküste des Baffinlandes (gegenüber Grönland).
- VON AUSTRALIEN: Die unter australischem Mandat stehenden Admiraltätsinseln als Verbindungsglied nach dem amerikanischen Guam sowie das die Torresstraße beherrschende Gebiet der York-Halbinsel und nicht näher bezeichnete Gebiete in Nordaustralien in der Gegend der Kimberley-Region und vor allem in der Nähe von Port Darwin.
- VON DEN NIEDERLANDEN: Protektoratsrechte auf den gesamten Niederländisch-Indischen Archipel entsprechend den Admiralstabsbesprechungen in Manila vom Januar und Mai 1941, sowie auf die niederländischen Besitzungen in den Leewardinseln in Westindien und auf Curaçao gegenüber Venezuela. Ferner Niederländisch-Guayana als zentralen Stützpunkt in Südamerika (bereits besetzt).
- VON DÄNEMARK: Grönland und Island (bereits besetzt), sowie die Thomasinsel und Santa Cruz in Westindien.
- VON PORTUGAL: Die Azoren und die Kapverdischen Inseln.
- VON FRANKREICH: Martinique und Guadalupe (bereits unter amerikanischer Kontrolle), sowie das Senegalgebiet um Dakar und Gebiete in Französisch-Guinea und vor allem der Elfenbeinküste um den Stützpunkt Abiajean (in der Nähe des Hauptortes dieser Kolonie Binger-ville).
- VON MEXIKO UND DEN MITTELAMERIKANISCHEN REPUBLIKEN: Das gesamte atlantische und pazifische Küstengebiet zur Anlage von Luftstützpunkten.
- VON BRASILIEN: Gebiete zwischen Pernambuco und Natal (bereits auf dem Umweg über die Panamerican Airways abgetreten), sowie Stützpunkte weiter südlich. (Vgl. S. 353.)
- VON URUGUAY: Einen Stützpunkt an der Mündung des La Plata.
- VON ECUADOR: Die Galapagosinseln (durch einen Privatvertrag bereits abgetreten).
- VON KOLUMBIEN UND VENEZUELA: Stützpunkte entlang den Küsten (bereits abgetreten).

VON DER SOWJETUNION: Das Alaska gegenüberliegende Gebiet der Tschuktschen-Halbinsel sowie Kap Navarin; Stützpunkte auf Kamtschatka (Petropawlowsk) und schliesslich Wladiwostok. Dazu kommen die amerikanischen Sonderinteressen in China, die dort bereits durch eine Militärmission vertreten werden, im Persischen Golf, wo eine Option auf das Öl der Bahreininseln erfolgt ist, und das praktisch als Protektorat einverleibte Liberia und schliesslich das Ansinnen an Irland, den gesamten Freistaat unter amerikanischen Schutz zu stellen.

Diese Aufzählung enthält sämtliche bereits erfolgten Gebietsübertragungen sowie die bekanntgewordenen amerikanischen Ansprüche. In einer Reihe dieser Stützpunkte sind, wie in Bathurst oder auf den Galapagosinseln, durch Privatverträge vorbereitende Massnahmen bis zu einer endgültigen Überführung unter amerikanische Kontrolle bereits erfolgt. Über andere Ansprüche, wie z.B. die bei den Generalstabsbesprechungen in Manila erhobenen auf Niederländisch-Indien, sind infolge ihres geheimen Charakters nur ungenaue Nachrichten an die Öffentlichkeit gelangt.

Das Gesamtbild indes ist klar.

Der Amerikanismus sieht die Stunde gekommen, zu der sich Andrew Carnegies Vision, die Welt werde Amerika einst zu Füssen liegen, verwirklichen soll. Nachdem sich das britische Weltreich in der Stunde der Verzweiflung dem amerikanischen Vormachtanspruch gebeugt hat, nachdem ein halbes Jahrhundert Dollardiplomatie erst in Südamerika und dann in allen anderen Erdteilen die vorbereitenden Stufen für eine amerikanische Weltherrschaft schlug, glaubt nun der Kaiser der Puritaner im Weissen Haus in diesem Kriege die Gelegenheit zu finden, um den Gipfel zu erklimmen. Schon hört man indes über alle sieben Weltmeere den düsteren Chor, der wie in der griechischen Tragödie ankündigt, dass die Hybris von den Handelnden Gewalt ergriffen hat und sie aus schwindelnder Höhe herabstürzt. Die Vereinigten Staaten sind der Kontinent der Masslosigkeit geworden. Masslos in seinen Zielen, masslos in seinen Triebkräften. Ehe aber noch dieses Programm der Weltherrschaft in allen vier Windrichtungen Wirklichkeit wird, setzt der Umschwung schon ein.

TEIL IX

Der Schicksalskampf der Kontinente

Thomas Wolfe, der jung verstorbene Dichter des heutigen Amerika, ruft in tiefer Verzweiflung aus: «Was sind wir? Wir sind die nackten Menschen, die verlorenen Amerikaner.» Ähnliche Töne der schmerzlichen Zerrissenheit sind einst in Russland wie Rufe unheimlicher Nachtvögel erklungen. Die Macht des Zarenreiches, dieses Kontinents von den Grenzen Europas bis zum Stillen Ozean, schien ungebrochen und unstürzbar. Tief in seinen Eingeweiden aber frass die Krankheit, für die es kein äusseres Heilmittel gab. Gleichzeitig träumten die Philosophen Russlands damals davon, dass sich schliesslich die goldenen Kuppeln Moskaus als das «Dritte Rom» über die Erde erheben würden. In den Völkern, denen das Schicksal das Wachstum ausgeglichener Kulturmittelpunkte versagt hat, wohnt verzweifelnde Selbstanklage, ja Selbsthass dicht neben missionarischem Machtrausch.

Ein jedes Volk hat in diesem Jahrhundert seine Krise. Sie ist unvermeidlich für alle; denn keine Nation kann sich dem mächtigen Flügel Schlag einer neuen Zeit entziehen. Auch die Amerikaner vermochten dies nicht, obwohl sie des Glaubens waren, ihre Überlieferungen, ihre Verfassung, ihr Traum und ihr Mythos seien unwandelbar und hätten ewigen Bestand. Je starrer die Hülle, um so gefährlicher die Auflösungs-

erscheinungen und Spannungen, die sich unter ihr vollziehen. Die Krise des Amerikanismus stellt in dem Augenblick alle amerikanischen Gesellschaftsformen und Traditionen in Frage, in dem der Amerikanismus sich nicht nur als die neue Weltidee proklamiert, sondern sich sogar anschickt, die Vorbereitungen für die Aufrichtung einer Weltherrschaft zu treffen und die Unterordnung aller anderen Erdteile unter sein Gesetz zu fordern. Darum ist die Krise des Amerikanismus ein Weltproblem, das alle Erdteile angeht.

Wir Europäer sind nicht amerikafeindlich. Was sich jenseits des Atlantik vollzieht, ist unserer vollen Anteilnahme gewiss. Wir wissen auch, dass die Weltgeschichte im buchstäblichen Sinne gerade erst begonnen hat und dass ein Zusammenhang zwischen den Erdteilen besteht wie niemals früher. Wir Europäer sind durch unsere eigene umwälzende Krise gegangen, durch Feuer und Wasser, und haben alle Prüfungen erfahren, wie sie in Mozarts göttlicher Musik dem Menschenpaar Tamino und Pamina auferlegt wurden. Und unser Weg durch die Fährnisse ist noch nicht beendet. Dies macht uns reif für das Verständnis der tiefen Krise und Umwälzung in anderen Erdteilen. Dies befähigt uns aber auch zum scharfen Unterscheidungsvermögen zwischen Propheten und Scharlatanen, zwischen Ideen und leeren Utopien. Die Amerikaner treten uns plötzlich in der Rolle eines Weltenarztes entgegen, der beabsichtigt, die Medizin des Amerikanismus auch dem widerstrebenden Kranken einzufloßen. Erfahrung und eine alte Kultur geben uns die Möglichkeit, sehr wohl zu sehen, dass es sich hier um ein Gift handelt, von dem vielleicht eine kleine Dosis zur Belebung und Anregung dienen mag, während ein reichlicher Trunk davon zu Krämpfen und gar zum Tode unserer eigenen Lebensform führen müsste. Dort also, wo sich der Amerikanismus als Heilsidee gebärdet und gar zum Sprunge ansetzt, um in unsere eigene Welt – wie auch in die ostasiatische – einzudringen, weisen wir ihn ab; wenn es sein muss mit dem Einsatz aller unserer Machtmittel und aller uns zu Gebote stehenden geistigen Kräfte. Hier spricht dann der Urinstinkt der Selbsterhaltung.

Wir haben genügend hinter die Fassade des Amerikanismus geblickt, um erkennen zu können, dass sich Amerika nicht etwa schon zu neuen

weltverbindlichen Formen durchgerungen hat. Dieses einen Kontinent umfassende Land ist vielmehr gerade erst dort angelangt, wo es überhaupt zu erkennen beginnt, dass die Grundlagen seiner Nationalidee und seines Mythos nicht mehr unverändert in eine neue Epoche übernommen werden können. Aber selbst diese Erkenntnis ist in den Vereinigten Staaten noch nicht einmal Allgemeingut. Die bislang vergeblichen Ansätze zu einer durchgreifenden Reform haben nur auf wenigen Teilgebieten Neuschöpfungen gebracht, die Bestand zu haben vermögen, und gerade diese, wie die Sozialgesetzgebung des New Deal, entsprechen höchstens einer Angleichung an Formen und Erkenntnisse, die wir in Europa und vor allem in Deutschland schon seit Jahrzehnten gewonnen und auch in die Tat umgesetzt haben. Gerade die Stärke des amerikanischen Traditionalismus, die Unfähigkeit zur Anpassung an neue Bedingungen, die fehlende Einsicht, dass für die Vereinigten Staaten das koloniale Zeitalter mit all seiner Grenzenlosigkeit und Hemmungslosigkeit längst abgeschlossen ist, hat in jene Sackgasse geführt, in der sich das amerikanische Volk heute bei der Bewältigung seiner eigenen Probleme befindet.

Die Halbheit aller Entschlüsse, der Mangel an wirklich kühnen Ideen und – dort, wo sie vorliegen – die Unmöglichkeit, sie infolge der traditionsbedingten Hemmungen auch auszuführen, dies alles hat jenes tiefreichende Unbehagen hervorgerufen, das geradezu zum Kennzeichen der Amerikaner aller Schichten geworden ist. Kaum irgendwo in der Welt wird der innere Kampf mit bösartigeren und gehässigeren Mitteln ausgetragen, als jetzt in den Vereinigten Staaten. Das Fehlen einer die Phantasie der Massen ergreifenden und beflügelnden gemeinschaftlichen Nationalidee, das Fehlen einer die Menschenherzen durchglühenden Bewegung, die auf neue Ziele gerichtet wäre, erwies sich in unserer Durchleuchtung der amerikanischen Probleme immer wieder als der Urgrund aller amerikanischen Schwierigkeiten. Der verlegene Rückgriff auf die Tradition aus der Zeit von Pferd und Planwagen entspricht dieser inneren Leere. Dagegen kann kein Bramarbasieren helfen.

Man könnte einwenden, dass es immerhin eine neue amerikanische

Dichtung gibt, die sich an einigen Stellen sogar ins Elementare zu erheben vermochte. Aber überall dort, wo diese Dichtung gross und bedeutend ist, ist sie es, weil sie Protest, Anklage und Unbefriedigtheit ausdrückt und an der verhärteten Kruste der Selbstzufriedenheit rüttelt, die bisher das Kennzeichen des Amerikanismus gewesen ist. Sinclair Lewis' «Babbitt» und «Eimer Gantry» waren die ersten seltsamen Gestalten, die an die sorgsam verschlossenen Tore der amerikanischen Seele pockten. Thomas Wolfe, John Steinbeck und einige andere haben Lewis seitdem an Talent übertroffen, aber was sie zu sagen hatten, blieb dennoch nur Zeiterscheinung und musste auf die Auseinandersetzung mit dem erstarrten Amerikanismus bezogen bleiben. In dem Jahrzehnt nach dem Weltkrieg, in dem Amerika noch einmal vor prallem Optimismus glänzte, hatte sich der grössere Teil dieser Intelligenz stillschweigend nach Europa aufgemacht, um in Paris oder in Italien unter erträglicheren Bedingungen zu leben. Sie sind nun zurückgekehrt wie auch ein Lindbergh, dem nichts übriggeblieben war, als vor den furchtbaren Folgen seines amerikanischen Ruhmes das Land zu verlassen und in Europa Frieden, ja physische Sicherheit zu suchen.

Alle diese Ankläger stehen im Kampf mit der amerikanischen Vergangenheit. Ihre Aufgabe ist es zunächst, klarzumachen, dass der Fortschritt, dieses Zauberwort des amerikanischen Traumes, sich längst nicht mehr auf die Masse der Amerikaner bezieht, sondern nur auf den Lebensstil jener verhältnismässig kleinen Schicht, die bisher kraft ihres Reichtums die Früchte der amerikanischen Lebensverfassung zu pflücken vermochte. Die Ankläger müssen überhaupt erst begreiflich machen, dass mit dem allem das Volk so gut wie überhaupt nichts zu tun hat. John Steinbeck hat in seinen «*Grapes of Wrath*» (erschienen 1939) das grauenhafte Bild der Millionennarmee entworfen, die mit Kind und Frau und Hund und ein paar Bündeln armseligen Hab und Guts in einem alten Ford von einem Ende des Landes bis zum andern fahren, auf der Suche nach Brot und Arbeit. Da sind die Arbeitslosen, die keiner mehr unterstützt – in Deutschland nannten wir sie früher die Ausgesteuerten – dort die Farmer, die durch Dürre und Staubstürme von ihrem Land ver-

trieben wurden und nun ruhelos herumirren. Sie suchen nach der amerikanischen Vergangenheit. Sie suchen nach dem Westen, nach der neuen Chance, nach der Unendlichkeit des Erdteils und stossen schliesslich an die blauen Säume des Atlantischen oder Pazifischen Ozeans oder des Mexikanischen Golfs, ohne dass sie auf ihren Irrfahrten das wenige, was zur Deckung ihrer Notdurft gehörte, gefunden hätten. Wie Insekten unter einer Glasglocke streben sie dauernd nach dem Licht und wandern doch nur in einem verhängnisvollen Rund. Die Nation weiss dies, aber sie will es nicht wahrhaben. In den Konsequenzen nicht. Die Dichter greifen zur Feder und schreiben ihre Anklagen. Sie sind herzerreissend. Aber die ruhelose Millionenarmee, die in ihren Fords und ihren Trailern heimatlos, vom Winde verweht, das Land durchzieht, ist selbst noch von dem Glauben erfüllt, irgendwo gäbe es noch den «Westen». Die herrschende Schicht will nicht anerkennen, dass sich alles geändert hat, und die Opfer der neuen Zeit klammern sich noch immer an die Hoffnung, die ihr von oben gepredigt wird. Amerika lebt so, als ob diese Vergangenheit noch immer Gegenwart wäre.

Der Blick hinter die amerikanische Fassade legt Bilder frei, die die Wirkung des modernen Amerikanismus im eigenen Lande in furchtbarer Weise beleuchten. 50 v. H. aller zum Wehrdienst einberufenen Männer mussten nach einer Mitteilung Roosevelts¹ wegen körperlicher oder geistiger Untauglichkeit zurückgewiesen werden. (In Deutschland hat der Hundertsatz der Untauglichen 5 v. H. nie überschritten.) Zwei von drei amerikanischen Kindern leben in Wohnungen und unter Verhältnissen, durch die ein Aufziehen, das annähernd der modernen Zivilisation entspricht, nicht gewährleistet ist². Die Fabel vom Massenluxus endet so in furchtbarer Enttäuschung. Das angenehmere Leben, das die Vereinigten Staaten zunächst verhiessen und für den oberflächlichen Beobachter auch zu bieten scheinen, umfasst längst nicht mehr den grösseren Teil der Bevölkerung. Das amerikanische System hat zu Entartungserschei-

¹ United Press, 11. Oktober 1941; vgl. auch Harpers Magazine, Oktober 1941

² White House Conference on Children in Democracy, 18. Januar

1940

nungen geführt, die sich um so schlimmer auswirken, als es keinen geistigen oder seelischen Ausgleich in diesem Lande gibt, durch den die physischen und materiellen Notstände kompensiert werden könnten. Nirgends ist der einzelne Mensch verlorener, nirgends ist er hilfloser als dort, wo das *help yourself*, so leichthin ausgesprochen, noch immer glauben macht, der einzelne könne sich wirklich selbst helfen, wie es einstmals immerhin für die Tüchtigen galt. Die Amerikaner sind noch immer im Darwinismus befangen, dort, wo sie längst ihres eigenen Sozialismus bedürften.

So ist auch der Begriff der Schönheit Amerika vorläufig noch fremd geblieben oder richtiger gesagt, hat sich auf den allzu engen Bezirk der weiblichen Körperpflege beschränkt. Die jährliche Ausstellung der Badeanzugschönheiten und die Berechnung der Siegerinnen mit dem Zentimetermass ist beinahe das einzige, in dem sich die Freude am Schönen – wenn auch auf merkwürdige Weise – zu entwickeln vermochte; denn auch dies ist erschreckend rationalisiert. Die ausdruckslosen Gesichter bei diesen Puppenparaden, die zum gegebenen Zeitpunkt jedes Kino und jede Zeitschrift zeigt, sind nur noch eine Bestätigung für die Entseelung selbst des Eros und für seine Herabwürdigung zu einer mechanischen Massenfunktion. Die Frauenkleidung und der Schönheitssalon der mittleren und oberen Schichten sind die einzigen Altäre, auf denen dem schönen Leben überhaupt noch geopfert wird. Die Hässlichkeit der amerikanischen Städte – bis auf wenige Ausnahmen – der überladene Makartstil der Wohnungen des Mittelstandes und die, gemessen an einem deutschen, italienischen oder französischen Bauernhöfe, unvorstellbare Öde der üblichen amerikanischen Farm sind Beispiele dafür, dass ästhetisches Empfinden, ja, dass wirkliches Gefühl für Schönheit in diesem Lande noch gar nicht erwacht sind. Es ergibt sich hier eine eigenartige Übereinstimmung mit der indianischen Periode der nordamerikanischen Frühzeit. Im Gegensatz zu den indianischen Kulturen Mexikos, Mittelamerikas und des nördlichen Südamerika waren die Indianer auf dem heutigen Gebiete der USA offenbar ebenso jedem Streben nach Schönheit abhold wie heute die Amerikaner.

Wir wollen uns gewiss nicht dazu verführen lassen zu urteilen und uns selbst auf einen Richterstuhl zu erheben, der den Europäern gegenüber den amerikanischen Erscheinungsformen ebenso wenig zukäme, wie wir umgekehrt Amerika zubilligen können, dass es über unsere Kultur zu Gericht sitzt. Die seelische Krise des Amerikanismus muss aber in ihrem vollen Umfange verständlich gemacht werden, wenn man die Kräfte, die heute miteinander in der Welt ringen, gegeneinander abwägt. Es gibt im Völkerleben wellenförmige Erscheinungen, die sich am ehesten mit Ebbe und Flut vergleichen lassen. Die Bewohner des nordamerikanischen Kontinents sind anderthalb Jahrhundert hindurch von einer Flut höher und höher getragen worden. Nun gehen die Wasser zurück. Die Ebbe tritt ein, und der von den Wogen bisher verdeckte Unrat, den die Flut mit sich spülte, liegt bloss vor aller Augen. Niemand wird so vermessen sein zu behaupten, es könne die Flut nicht wiederkehren. Gewiss aber ist sie in diesen Jahren einer Weltenwende von diesem Kontinent gewichen.

Die Ratlosigkeit ist nun in Amerika allgemein. Sie hat nicht mehr nur jene Unterschicht ergriffen, die wie Treibholz auf öden Sand gespült worden ist. Man stösst auf sie schon seit mehr als einem Jahrzehnt auch in den Schichten, die bisher die Nutzniesser des Amerikanismus gewesen sind. Die grossen Städte und das flache Land sind von dieser Ratlosigkeit am stärksten durchgeschüttelt worden. Die berühmten Wolkenkratzerburgen stehen ebenso leer wie Abertausende von Farmen. «*For sale*», «*for rent*» kann man dort, wo der Quadratmeter Boden nicht einen halben Dollar, und dort, wo er viele hundert Dollar wert ist, gleichermassen lesen. Diese beiden Sphären, die grossstädtische und die ländliche, haben der Krise des Amerikanismus am wenigsten Gegenkräfte entgegenzusetzen vermocht. Einzig die Kleinstadt zeigt noch ein sozial annähernd festes Gefüge; hier begegnen wir jedoch dem Mutterboden aller amerikanischen Vorurteile und der noch heute fast unübersteigbaren Mauer des Traditionalismus, so dass diese Inseln in dem grossen Auflösungsprozess, den die Vereinigten Staaten jetzt durchleben, kaum einen festen Halt für neue und fruchtbare Ideen abzugeben vermögen. Viel-

leicht wird das später einmal anders sein, wenn ein neuer amerikanischer Mythos entstehen sollte. Vielleicht, ja sogar wahrscheinlich werden die Kleinstadt und die Mittelschicht die Träger der zweiten amerikanischen Revolution werden. Vorläufig kann sie es noch nicht sein, weil die revolutionäre Idee noch gar nicht vorhanden ist. Sie kann nicht von aussen kommen; sie kann nur amerikanisch sein!

An die Stelle der Revolution ist eine Ersatzrevolution getreten. Was wir damit meinen, ist in dem Abschnitt über das New Deal genauer ausgeführt worden. Dieses System der Reformen als Lückenbüsser führte zu einer Erscheinung, die die moderne Psychologie als *Kontrastimitation* treffend bezeichnet. Man spricht vom Kampf gegen die Diktatur und ahmt doch alle äusseren Formen der autoritären Staaten mehr und mehr nach, bis man sich selbst in eine Diktatur hineinsteigert, die aber gerade das nicht besitzt, was die Erneuerungsbewegung in Europa auszeichnet: Die Mitarbeit und Teilhaberschaft des gesamten Volkes an den neuen Ideen und Formen. Wir haben ähnliche Erscheinungen in Europa in einer ganzen Anzahl von Fällen erlebt und kennen daher diese Kontrastimitation genau. Wir wissen auch, wohin sie führt. Man braucht nur in Deutschland an den Versuch Brünings zu erinnern, mit seinem Notstandsartikel 48 dem Nationalsozialismus «den Donner zu stehlen», um ein amerikanisches Wort zu gebrauchen. Man braucht nur daran zu erinnern, was Mittelmässigkeiten wie Schuschnigg in Österreich, Carol in Rumänien und Dummköpfe wie Rydz-Smigly in Polen versucht haben. Sie alle waren «autoritär». Zum Schluss waren es sogar Daladier und in einem noch späteren Stadium Churchill. Aber die Form allein sagt nichts. Der Geist, der sie erfüllt, ist alles. Die Nachahmung einer Revolution zu dem Ziele, die Wirkungen des Revolutionären zu ersticken, kann immer nur in der geistigen Öde enden, die noch für alle Gegenrevolutionen bezeichnend war, die nur aus dem Kontrast heraus eine Lebensberechtigung fanden. Die Gegenrevolution ist immer steril. Die Päpste und Fürstbischöfe, die gegen die Reformation zu Felde zogen, waren es ebenso wie Ludwig XVIII. und seine Schranzen. Sie blieben auf den Gegner fixiert und nicht auf den schöpferischen Akt.

Wir haben an verschiedenen Stellen dieses Buches gezeigt, warum das Judentum in der Lage, in der sich Amerika jetzt befindet, seinen idealen Nährboden finden muss. Seine Rolle entspricht der rücksichtslosen Ausnützung der chaotischen Richtungslosigkeit, in der sich Staat, Wirtschaft und Gesellschaft der USA befinden. Die Debatte an die Stelle des Handelns zu setzen und die Analyse mit Aufbau und Tat zu verwechseln, ist für das intellektuelle Judentum überall in Europa ebenso kennzeichnend gewesen. Der Hass gegen die europäische Revolution und gegen den Rassengedanken konnte leicht auf die amerikanischen Doktrinen aufgepfropft werden, weil er auf das rassische Mosaik der USA – also auf ganz andere Verhältnisse mechanisch übertragen – natürlich wie Dynamit wirken musste. Das Judentum wurde somit zum eigentlichen Träger der amerikanischen Ersatzrevolution und zur einzigen Schicht, die gerade auch aus der Krise infolge ihrer schnellen Anpassungsfähigkeit Profit zu ziehen vermochte. Die fast totale jüdische Herrschaft über Presse, Rundfunk und Film wirkte dabei jeder Aufdeckung der eigentlichen Wurzeln der amerikanischen Krise entgegen. Dies ging so weit, dass z.B. kein grosser Verlag mehr wagte, ein aufrüttelndes Buch des bedeutenden Schriftstellers Lawrence Dennis zu veröffentlichen, so dass es als Privatdruck erscheinen musste, und dass Theodore Dreiser der Verschwörung des Schweigens verfiel, als er unversehens gegen den Strom zu schwimmen wagte. Während seine Lobpreisungen der Sowjetunion vorher in den Himmel gehoben wurden, verfiel sein Warnruf gegen die Kriegshetze sofort dem Boykott.

Der *Antisemitismus* ist in den Vereinigten Staaten heute wieder eine untergründige Macht, wie er es bis zur Epoche Theodore Roosevelts gewesen ist. War es indes früher nur ein Antisemitismus aus Instinkt, so wird er jetzt schon vom Bewusstsein getragen. Das Judentum weiss dies. Schon 1938 äusserte Bernard Baruch bei einem Besuch in London – wir erfuhren dies damals aus englischer

Quelle – er habe sein Vermögen praktisch auf fast alle Länder der Erde aufgeteilt, da er irgendwo für seine letzten Lebensjahre noch eine sichere Ruhestätte finden wolle, wenn erst einmal das Leben für die Juden in den

Vereinigten Staaten unmöglich geworden sei. Wie überall, so ist auch das Judentum in den Vereinigten Staaten unfähig, aus den Fehlern zu lernen, die es in anderen Ländern gemacht hat. Es überspannt auch hier den Bogen, und es lässt sich voraussehen, dass er eines Tages brechen wird. Wann und wie, kann niemand vorhersagen. Aber darin stimmen alle ernst zu nehmenden Beobachter Amerikas überein – unter vier Augen auch sonst ganz gegensätzlich denkende Amerikaner – dass es dazu kommen wird. Die jüdische Vorherrschaft, die sich aus der Krise des Amerikanismus ergeben hat, ist viel zu offen und viel zu triumphierend, als dass sie nicht schliesslich wie in beinahe allen europäischen Ländern den Umschwung selbst herbeiführen und den allgemeinen Hass auf sich ziehen müsste. Noch unsere Generation wird Zeuge dieses Schauspiels sein, wenn nicht alle Zeichen trügen.

Gewisse Auflösungstendenzen schreiten jetzt mit grösserer Beschleunigung fort. Das Judentum wirkt dabei, wie überall, wo es zeitweise die Herrschaft an sich gerissen hat, als Katalysator. Es beschleunigt den Vorgang, bleibt aber selbst in seiner Substanz unberührt. Diese Unfähigkeit des jüdischen Elements zur substantiellen Wandlung muss immer wieder zu seiner gewaltsamen Ausscheidung führen, sobald die Katalyse vollendet ist und der neue Stoff sich gebildet hat. Wäre dies nicht der Fall, so müsste das eine Verewigung des jetzt in Amerika herrschenden Chaos und damit früher oder später das Ende des Amerikanertums bedeuten. Davon kann aber aller Voraussicht nach nicht die Rede sein, so problematisch auch die Herausbildung der amerikanischen Nation als eines geschlossenen Körpers zunächst noch infolge der bekannten riesigen rassischen und landschaftlichen Unterschiede erscheinen mag. Amerika wird weder zerfallen, wie öfters etwas voreilig behauptet wurde, noch wird es an seinem rassischen Mosaik zugrunde gehen. Es wird aber erstaunliche Verwandlungen erfahren, von denen wir noch nicht einmal genau die endgültige Richtung erkennen können. Sie sind durch die Notwendigkeit, sich vom galvanisierten amerikanischen Mythos zu lösen, bedingt. Dass diese Lösung erfolgen muss, ist keine theoretische Mutmassung mehr;

sie wird durch die gewandelten Bedingungen erzwungen werden, unter denen das amerikanische Volk jetzt lebt.

Wir haben im zweiten Kapitel auf die ähnlichen Wurzeln und Wirkungen von Judentum und Puritanismus hingewiesen. Die Krise des Amerikanismus in unserem Zeitalter ist nicht zuletzt eine Folge der *Entartung des puritanischen Geistes*. Die Rache tritt jetzt dafür ein, dass man durch annähernd zwei Jahrhunderte selbstgefällig glaubte, alles, was man tat, entspräche dem Willen Gottes. Für jedes Geschäft, für jeden Krieg und schliesslich für jede Bigotterie oder Schurkerei war eine moralische Begründung bei der Hand. Nie gab man sich damit zufrieden, das Einzelinteresse oder auch das Nationalinteresse zu begründen, jede amerikanische Handlungsweise wurde vielmehr als im Menschheitsinteresse liegend dargestellt. Auch hier brauchen wir nicht ungerecht zu sein. Der Puritanismus ist im amerikanischen Kolonialzeitalter eine Kraft von unerhörter Macht gewesen, die den einsamen Männern in der Wildnis den inneren Halt gab, um alle Widrigkeiten der Natur, der feindlichen Indianer und ihrer eigenen abenteuerlichen Gemeinschaft zu überdauern. Was hätte näher gelegen als ein Glaube, durch den das Werk geheiligt wurde, das man auf sich nahm: der Kampf um die Errichtung einer neuen Zivilisation in den Einöden, die sich zwischen Appalachen und Mississippi und dann wieder zwischen Mississippi und dem Felsengebirge aufboten. Diese Kolonialpioniere leugneten, soweit dies nur irgend zugänglich war, die Notwendigkeit des Staates und bestanden auf der negativen Regierungsform, wie wir sie geschildert haben. Um so dringender bedurften sie eines starken inneren Gesetzes, das bei aller scheinbaren Freiheit die Selbstdisziplin der sich neu bildenden Gemeinschaften sicherte. Der puritanische Glaube an die Gottgefälligkeit des Erfolges war also der Selbstschutz des kolonialen Amerika gegen das Chaos, das von Anfang an die staatsfeindliche Gemeinschaft bedrohte.

Dieser Puritanismus ist längst säkularisiert. Schon um die Jahrhundertwende waren seine berechtigten Voraussetzungen weggefallen. Die moralisierende Betrachtungsweise und vor allem die Selbstgefälligkeit blie-

ben aber ein fester Bestandteil des amerikanischen Charakters, ja, sie wurden sogar zum hervorstechendsten Zuge des Amerikanismus. Wie fragwürdig immer ein Unternehmen war, das man begann, wenn man nur den Trick gebrauchen konnte, es dem amerikanischen Volk als moralisch wertvoll und erstrebenswert hinzustellen, so hatte man schon gewonnen und alle für sich. Wir sahen, wie dieser Trick in der Aussenpolitik bei der Eingemeindung der Philippinen und Hawaiis fast reibungslos funktioniert hat. Er ist ebenso im Weltkrieg angewandt worden und abermals jetzt.

Der entartete Puritanismus ist neben dem Judentum Amerikas eigentümliche innere Gefahr. Schon hat die vom Puritanismus geförderte Unterdrückung und Verbannung des Geschlechtstriebes, dieser durch zwei Jahrhunderte geführte Kampf gegen die menschliche Natur, zu einer vollkommenen Umdrehung des Verhältnisses der Geschlechter geführt und damit zu jener Promiskuität, die für das Campus des amerikanischen College nunmehr typisch ist. Solange die religiöse Grundlage des Puritanismus wenigstens noch ungebrochen bestand, waren die Gefahren, die sich aus diesen unterdrückten Komplexen ergaben, gebändigt. Nun aber, da sich längst der puritanische Moralismus und die Selbstgerechtigkeit von den ursprünglichen Bindungen abgelöst haben und, bis auf den amerikanischen Katholizismus, ein Verhältnis zur Religion eingetreten ist, das dem in den europäischen Ländern nicht unähnlich ist, nun erst wird die* puritanische Haltung zu einer Seele und Charakter verderbenden Heuchelei. Sie wirkt wie ein Gift, das alle gesunden Regungen verzehrt und den amerikanischen Menschen zwischen Exzessen und Bigotterie hin und her schleudert. Am besten konnte man dies vielleicht – abgesehen von den bereits geschilderten Folgen der Prohibition – am Benehmen der Amerikaner bei ihren Europareisen und da vor allem wieder in Paris beobachten.

Der Amerikaner ist Stadtmensch, Grossstadtmensch; er ist es, selbst wenn er auf dem Lande lebt. Das ewige Jagen nach dem Erfolg, das der Puritanismus so tief in die amerikanische Seele gesenkt hat, hat ein Verhältnis zur Natur, wie es die europäischen und ostasiatischen gewachse-

nen Kulturen kennen, überhaupt kaum aufkommen lassen. Der Europäer wandert wie der Deutsche, oder er lebt in seiner Landschaft wie der Italiener und der Franzose und ist unglücklich, wenn ihm dies versagt ist. Der Ostasiate ist in vielleicht noch tieferem Sinne mit der Natur verbunden. Die Anlage seiner Heiligtümer, die Wallfahrten und Riten und schliesslich die Feinsinnigkeit von Kunst und Lebensstil zeugen dafür. Der Amerikaner aber wandert nicht, er fährt selbst in seinen Stadtparks im Auto spazieren und erlebt den Mondschein – zu zweien – am Volant, wie es Hollywood befiehlt. Selbst auf seine Ranches, wo er sich neuerdings zu erholen liebt, nimmt er die Grossstadt mit, soweit es irgend angeht, und für das Farmhaus *gar* möchte er am liebsten einen Lift haben, wenn er nur könnte. Darum trifft man auch in Orten mit 1'000 Einwohnern auf Lichtreklamen und in Städten mit 10'000 Einwohnern womöglich auf einen einsam aus der Ebene ragenden, völlig sinnlosen Wolkenkratzer. So wie es eine Kultur des Schönen in Amerika vorläufig nicht gibt, so hat der Puritanismus auch das Verhältnis des amerikanischen Menschen zur Natur enteelt und vom Verhältnis der Geschlechter bis zur Anlage der Städte einem äusserlichen Mechanismus unterworfen.

Kein Zweifel, die besten Geister unter den Amerikanern setzen sich gegen all dies schon lange zur Wehr. Man könnte gewiss eine ganze Reihe von Gegenbeispielen nennen und vor allem auf Dichtungen hinweisen, die schon ein ganz anderes Amerika ahnen lassen. Aber das sind nur Vorstufen, die für den Amerikanismus als Weltproblem noch nicht massgebend sind. Amerika kann sich nur selbst von der puritanischen Tyrannis erlösen, die so lange schon jede echte Regung erstickt hat. Es gibt genug Amerikaner, die hier schon sehr klar sehen. Niemand kann ihnen von aussen helfen, sie müssen ihren Kampf auf Leben und Tod, aus dem die Anpassung an die Erfordernisse unserer Zeit hervorgehen muss, selbst durchkämpfen. Dieser Kampf wird voraussichtlich vor allem von der sozialen Ebene hergeführt werden. Die Epoche Roosevelt hat damit jedoch noch wenig zu tun. Im Gegenteil, in ihr sehen wir noch einmal alle Vorurteile vereinigt, mit denen der entartete Puritanismus das amerikanische Volk belastet hat. Darum ist der vorläufig noch herrschende und gültige Amerikanismus zur Weltgefahr geworden.

Alle Beobachter Amerikas stimmen zumindest darin überein, dass die Amerikaner von einem unstillbaren Missionstrieb besessen sind. Dreiser nennt ihn einen «*Save-the-World*»-Komplex, er spricht geradezu von einem «*American Salvation Racket*», das aus den Amerikanern eine einzige grosse Heilsarmee gemacht hat. Mit einem Fanatismus, den man überhaupt nicht verstehen könnte, würde man nicht die puritanischen Wurzeln der amerikanischen Zivilisation kennen, stürzen sie sich seit eh und je auf die sonderbarsten Dinge. Eine Zeitlang z.B. war es modern, dass amerikanische Frauenvereine für die Abschaffung der Harems in der Türkei kämpften. Nicht Tausende, sondern Millionen von Dollars sind zu diesem Zweck aufgebracht worden. Erst später entdeckte man dann, dass der Hauptverwalter dieser Gelder sich damit eine wunderbare Villa an der Levante erworben hatte, in der er das zu bekämpfende Objekt zunächst praktisch ausprobierte. Ob Armenier, ob Finnen, Polen oder im Weltkrieg «*poor little Belgium*», wer immer unter Beachtung des moralischen Tricks an die Heilsarmeeinstinkte der Amerikaner appelliert, muss durchschlagenden Erfolg haben. Die in der amerikanischen Presse vielfach verbreitete Lüge, die deutschen Frauen würden neuerdings in Kindererzeugungs- und Gebärhäusern – unter Abschaffung der Ehe – in einer Art von Gemeinschaftsbrutlagern zusammengetrieben, war infolgedessen ein wohlberechneter Hieb, der auch gewiss seine Wirkung nicht verfehlt hat.

Dieser «*Save-the-World*»-Komplex ist die psychologische Grundlage, von der aus sich Roosevelts amerikanischer Angriff auf alle Erdteile und damit der neue Imperialismus der Vereinigten Staaten entwickelt. In ihm vereinigt sich noch einmal jener ganze selbstgerechte Puritanismus, der die Amerikaner veranlasst, mit naiven moralischen Wertungen die Völker entsprechend ihren eigenen Interessen in gute und schlechte einzuteilen. Die Entfaltung einer Kreuzzugsstimmung, wie sie angesichts des vorläufig noch herrschenden amerikanischen Charakters jederzeit mög-

lich ist, wurde zum Notausgang, durch den man der Krise des Amerikanismus zu entschlüpfen hoffte. So wird diese Krise natürlich nie gelöst werden. Ihre Wirkungen werden nur wesentlich tiefer und umwälzender sein. Was es aber mit dem Amerikanismus als Weltidee auf sich hat, entschleierte sich uns nunmehr vollends.

Die amerikanische Tradition hat dazu geführt, dass die Amerikaner ihr eigenes Land – God's own country – schliesslich mit der ganzen Menschheit gleichzusetzen begannen. Die letzte Auswirkung des amerikanischen Mythos mündet also in den Versuch, die ganze Menschheit davon zu überzeugen, dass sie nach amerikanischem Muster leben müsse. Bis dahin ist der amerikanische «Save-the-World»-Komplex schliesslich gesteigert worden. Ihm entspricht nach innen der Kampf gegen die «*Unamerican Activities*», der schon im Weltkrieg die Form des Massenwahns annahm und jetzt wieder durch das Untersuchungskomitee des Abgeordneten Dies zu den eigenartigsten Ausschreitungen führt. Diese Weltrettungspsychose im Angesicht geradezu unerträglicher innerer Zustände ist der letzte Bereich, in den sich der amerikanische Moralismus flüchten konnte. Ein Mann wie Hoover z.B., der jede Hilfe für die amerikanischen Arbeitslosen ablehnte, ist jederzeit bereit, ein Hilfswerk für ein beliebiges europäisches oder orientalisches Volk zu organisieren. Nichts gegen wirkliche Werke der Humanität! Aber der tiefe Widerspruch bleibt bestehen, der die Haltung und Hilfsbereitschaft Amerikas nach aussen und nach innen in völlig verschiedenem Lichte zeigt.

Der Amerikanismus konnte sich früher auf ein grosses «unsichtbares» Reich, wie Colin Ross es einmal nannte, stützen: auf weite Gebiete in Asien und selbst in Europa, die sich vom amerikanischen Mythos angezogen fühlten und bis zu einem gewissen Grade den Glauben der Amerikaner teilten, in den Vereinigten Staaten sei auf der Grundlage der Verfassung von 1787 gewissermassen die letzte für die menschliche Gesellschaft erreichbare Stufe erklommen. Ähnlich wie früher für das Britische Empire wirkte lange Zeit der Strom der Geschichte selbst für die Ausbreitung dieser amerikanischen Ideen und Vorstellungen weit über den amerikanischen Bereich hinaus. Dieser Prozess nähert sich offenbar dem

Ende. Die natürliche Anziehungskraft Amerikas nahm in dem Masse ab, in dem der Amerikanismus selbst in eine immer tiefer reichende Krise geriet und der amerikanische Mythos mit der neuen Wirklichkeit, mit der der amerikanische wie alle anderen Erdteile zu rechnen hat, in scharfen Widerspruch geriet. Eine Anziehungskraft Amerikas besteht in allen Erdteilen heute fast nur noch auf die am wenigsten bewussten Schichten, und diese gerade werden durch den Amerikanismus überall zur Herrschaft gebracht – selbst wenn er dies nicht erstrebt. Es ist der Kulturdünge rings in der Welt, der, nachdem jetzt der Strom der Geschichte in einer anderen Richtung verläuft, noch in der Anbetung des Amerikanismus verharret.

Wir sahen, wie in *Südamerika* hauptsächlich die rassischen Mischschichten der untersten sozialen Stufe vom Amerikanismus nördlicher Prägung erfasst werden und wie die kulturtragenden Schichten sich bereits gegen die vom Yankeetum gepredigte Einheitszivilisation wehren. In *England* bedeutet das Vordringen des Amerikanismus den Triumph des Cockney über alles, was am Britentum noch echt und zukunftsreich ist. In *Japan* hat man aus wohlwogenen Gründen in einem Augenblick, in dem sich der Schicksalskampf des japanischen Volkes auf Leben und Tod zuzuspitzen begann, die Nisais – worunter man die Japaner versteht, die die amerikanische Staatsangehörigkeit angenommen haben – über den Pazifik in ihre neue Heimat zurückgeschickt. Man konnte sie in der Zeit der Krise in der alten Heimat nicht brauchen, weil sie nicht mehr völlig im japanischen Mythos verwurzelt waren. In der *Sowjetunion* schliesslich, auf die der Amerikanismus einen höchst interessanten mittelbaren Einfluss besass, unterstützte er den Hang zu Gigantomanie und zum mechanisch quantitativen anstatt zum qualitativen Denken. Das heimliche amerikanische Ideal der Bolschewisten der Fünfjahresplan-Perioden hat sich in diesem Kriege selbst ad absurdum geführt.

Während man also in den Vereinigten Staaten davon träumte, es brähe nun das amerikanische Zeitalter an, das Zeitalter der Einheitszivilisation und der Verwischung der nationalen und erdräumlichen Sondergestalt der Völker, ist es in Wirklichkeit unversehens schon abgelaufen.

Der Angriff des Amerikanismus auf alle grossen Kulturformen der Welt hat als geistiges Phänomen seinen Höhepunkt überschritten. Die Welt treibt nicht einem Einheitsstaat unter amerikanischer Führung zu, sondern im Gegenteil einer schärferen Ausprägung und Abgrenzung ihrer natürlichen geistigen Einheiten, Völkergemeinschaften und Räume. Das Judentum, das überall, wo es in der Welt auftrat, zum Vorposten des Amerikanismus geworden ist, befindet sich in der Defensive, und zwar selbst dort, wo es noch herrscht. So bleibt also nur der nackte amerikanische Imperialismus übrig, der unter Ausnutzung der sich aus dem Krieg ergebenden Lage durch Aufrichtung eines Stützpunktsystems über alle Weltmeere die amerikanische Weltherrschaft als Machtsystem zu errichten wünscht. Hinter diesem Imperialismus stehen aber keine Ideen, die auf die übrigen Völker überzeugend wirken könnten.

Dies hat sich am klarsten bei der Verkündung des sogenannten *Atlantikprogramms* von Churchill und Roosevelt herausgestellt (August 1941). Es war aufschlussreich, dass dieses Programm für die amerikanischen und englischen Völker selbst eine so tiefe Enttäuschung bedeutete, dass sie trotz der durch den Krieg bedingten Disziplin ziemlich unverhohlen zum Ausdruck kam. Liest man die acht Punkte, wie es sinngemäss richtig ist, von hinten nach vorn, so beginnen sie mit der Forderung, dass Deutschland, Italien und die übrigen europäischen Länder sowie Japan entwaffnet werden müssten, während Amerika und England allein als hochgerüstete Mächte übrigbleiben sollen. Die sofort anschliessend geforderte Freiheit der Meere wäre dann die absolute Seeherrschaft der Angelsachsen. Der allen Völkern versprochene gleiche Zugang zum Handel und zu den Rohstoffen der Welt schliesslich kann – entsprechend der nach diesem Programm geforderten machtmässigen Überlegenheit der Angelsachsen – nur auf die Errichtung eines *angelsächsischen Rohstoffmonopols* hinauslaufen, das den einzelnen Völkern je nach ihrem Wohlverhalten dies oder jenes abgibt. Diese Neuauflage der 14 Punkte Wilsons ging auf Roosevelts Initiative zurück. Churchill wäre dem Zwang zur Festlegung gern ausgewichen, da er offenbar spürte, dass solche allgemeine Formeln nur peinliche Folgen haben können. Der amerikanische Weltrettungskomplex siegte aber auch hier. Nun geriet man sofort in die

Verlegenheit, auch den Bolschewismus in dieses Programm einbeziehen zu müssen. Die Widersprüche, in die man sich damit verwickelte, wurden vollends unauflösbar. Die Notwendigkeit, den Bolschewismus als eine «Abart der Demokratie» brüderlich und gleichberechtigt aufzunehmen, liess nur den tiefen Zwiespalt um so klarer hervortreten, der zwischen dem plutokratisch-finanzkapitalistischen und dem liberal-radikalen Zweig der politischen Führungsschicht in den angelsächsischen Ländern besteht. Interessant an diesem Atlantikprogramm war eigentlich nur, dass es schon nach wenigen Wochen vollkommen vergessen war. Es besass nicht die Kraft eines Manifests, sondern blieb eine nebensächliche Episode. Kein besserer Beweis wäre möglich, dass seine Urheber nicht die Worte und Ideen finden können, nach denen heute *alle* Völker verlangen.

In den Vereinigten Staaten ist der Gegensatz zwischen *Mangel und Überfluss* durch keine neue Gemeinschaftsidee, die auch neue Wirtschaftsformen mit sich gebracht hätte, überwunden worden. Der Zwiespalt zwischen Mangel und Überfluss: das ist nichts anderes als das ungelöste soziale Problem. Solange der amerikanische Mythos dem einzelnen noch Hoffnung gab, er oder seine Kinder würden der Not und dem Elend durch ein geheimnisvolles, automatisch wirkendes Gesetz der ständigen Reichumsvermehrung in immer breiteren Schichten der Bevölkerung entgehen, solange konnte in der Tat der Zwiespalt zwischen Mangel und Überfluss das amerikanische System nicht bedrohen. Wir sahen, dass dieses Gesetz, soweit es überhaupt wirksam war, sich nur auf eine bestimmte Periode bezog und dass es längst seine Gültigkeit verloren hat. Damit aber diente der Amerikanismus auch in Amerika selbst nicht mehr einer Verbreiterung des Wohlstandes und einer Verbesserung der Lebensbedingungen der grossen Masse, sondern nur noch der Aufrechterhaltung des *Lebensstils der privilegierten Oberschicht*. Und darauf spitzte sich in der Tat der ganze Kampf zu, in den Roosevelt das amerikanische Volk hineingetrieben hat. Willkies Berater Davenport sagt, der Nationalsozialismus bedrohe freilich vorläufig nicht amerikanischen Boden, wohl aber durch den Krieg gegen England «einen Lebensstil, nach dem wir leben wollen, der aber nicht ausschliesslich der unsrige ist».

Dort also liegt der Herzraum der Furcht. Die Entwicklung eines nationalen Sozialismus in einem der mächtigsten Industrieländer der Welt muss, wenn sie sich ungestört vollziehen kann, eine ungeheure Anziehungskraft auf alle anderen Völker ausüben, die dem Zwiespalt zwischen Mangel und Überfluss ausgesetzt sind, wie er sich sowohl aus dem kapitalistischen wie in anderer Art aus dem kommunistischen System ergeben hat. Irgendwann müssten diese Völker entdecken, dass die Freiheit, unter der sie angeblich leben, sich nur auf den Lebensstil der Geldoligarchie bezieht. Eine solche Entdeckung aber könnte nur revolutionäre Folgen haben; denn dann ist auch Freiheit etwas völlig anderes. *Sobald der Begriff der Freiheit einen sozialistischen Sinn gewinnt,* muss er davon ausgehen, dass dieser Zwiespalt zwischen Mangel und Überfluss sich schliesst. Wie sollte das innerhalb des kapitalistischen Systems angelsächsischer Prägung möglich sein? Darum zieht man den Krieg gegen die Ausbreitung einer Idee vor, durch die allerdings der Lebensstil der Nutzniesser der Demokratie auf das schärfste in Mitleidenschaft gezogen werden müsste. Der Amerikanismus hat sich selbst als das Gegenbild zum nationalen Sozialismus in der Welt bezeichnet. Blickt man vom Wachturm der Geschichtsphilosophie auf das Geschehen unserer Epoche, so mag das immerhin als klare Position gelten. Als Churchill von dem Zusammentreffen mit Roosevelt nach London zurückgekehrt war, erklärte er, «dieser dreimal gewählte Präsident sei das Haupt des mächtigsten Staates und der mächtigsten Gemeinschaft der Welt». Dieses Wort, von einem britischen Premierminister gesprochen, schien die Anerkennung der Pax Americana zu bedeuten. Die amerikanischen Ideen, das war zu jenem Zeitpunkt schon klar, waren indes nicht vorwärts gewandt. Sie dienen allein der Rechtfertigung bestehender Machtverhältnisse und der im 19. Jahrhundert vollzogenen ungerechten Verteilung der Rohstoffe dieser Welt. Die Frage erhebt sich also, ob die Vereinigten Staaten in der Lage sein werden, diese Scheidung der grossen Weltvölker in Besitzende und Habenichtse aufrechtzuerhalten. Das ist nur noch eine Herausforderung von Macht gegen Macht; es ist der Appell an die letzte Entscheidung.

Der europäische Krieg hat sich zu einem Kampf der Kontinente erweitert. Von den sieben Grossmächten, die es bei Beginn dieses Krieges auf der Welt gab, waren ursprünglich drei in den aktiven Kampf verwickelt: Deutschland gegen Grossbritannien und Frankreich. Kurz vor der Brechung des französischen Widerstandes trat Italien in den Krieg ein. Frankreich schied alsbald als Grossmacht – die auf den Ausgang des jetzigen Krieges entscheidenden Einfluss haben kann – aus. (Womit die künftige Rolle Frankreichs in Europa jedoch nicht präjudiziert ist.) Von den sechs verbleibenden Grossmächten hatten sich Deutschland, Italien und Japan in einem Militärbündnis zusammengeschlossen. Die beiden angelsächsischen Mächte bildeten ihre Allianz. Die Sowjetunion als die quantitativ am stärksten gerüstete Landmacht der Welt stand zwischen beiden Lagern. Dies bedeutete, dass sich die Kräfte auf beiden Seiten noch immer die Waage hielten, da Deutschland einen wesentlichen Teil seiner Armee ständig zur Sicherung seiner Ostgrenze bereithalten musste. In dem Augenblick, in dem dann die Sowjetunion der angelsächsischen Gruppe zuzuneigen begann und es offenbar wurde, dass sie sich ihr zum geeigneten Zeitpunkt anzuschliessen beabsichtigte, war die Risikophase dieses Krieges für Deutschland und seine Verbündeten erreicht. Seit der Ausschaltung Frankreichs besaßen die Angelsachsen keine Landmacht mehr, ihre Seemacht hingegen war, wenn sie auf den Atlantischen Ozean konzentriert werden konnte, weit überlegen. In Verbindung mit dem hochgerüsteten Millionenheer der Sowjets verfügte die angelsächsische und sowjetische Kombination plötzlich über beides: über Land- und Seemacht.

Da die Engländer und Amerikaner entschlossen waren, Europa den Sowjets preiszugeben, wäre dies eine bedrohliche Kombination gewesen, hätte die Voraussicht der deutschen Führung nicht vor dem Krieg gegen die Sowjets die Möglichkeit eines Zweifrontenkrieges ausgeschaltet. *Am Beginn des Winters 1941/42 war die Risikophase überwunden.* Die Hauptmasse der Sowjetarmeen war in zehn Vernichtungsschlachten erledigt worden. Die grösste Armee, die je in der Weltgeschichte aufge-

boten und ausgerüstet worden ist, war damit durch die Kühnheit der deutschen Führung und den Mut der deutschen Soldaten und ihrer europäischen Verbündeten zerschlagen. Zwei Drittel aller wichtigen und entwickelten Wirtschaftszentren der Sowjetunion befanden sich nun bereits in deutscher Hand, darunter drei Viertel der Schwerindustrie. Von dem verbleibenden Rest lagen nun die noch übrigbleibenden Zentren – abgesehen in Mittelsibirien – dem deutschen Zugriff mehr oder minder offen. Was von sowjetischen Truppen noch übrigblieb, wie die Reste des sowjetischen Rüstungspotentials, kann niemals mehr gefährlich werden. *Die Angelsachsen hatten damit die letzte Möglichkeit, ein gewaltiges Landheer gegen Deutschland und Europa einzusetzen, verspielt.* Vom Atlantischen Ozean bis in die Nähe des Kaspischen Meeres dehnt sich nun ein ungeheurer deutsch-europäischer Machtbereich mit völlig unerschöpflichen und sich gegenseitig ergänzenden wirtschaftlichen Reichtümern.

Nach dem Eintritt Japans und der Vereinigten Staaten in den Krieg sind sämtliche Grossmächte in den Weltkampf verwickelt, dessen Ausgang das Gesicht der gesamten Erde bestimmen wird. Die Sowjetunion ist dabei, obwohl immer noch ein militärischer Faktor, nach dem Verlust ihrer europäischen Gebiete nicht mehr im früheren Sinne eine Weltmacht. Die fünf verbliebenen Grossmächte bilden nun *drei Machtzentren*, zwischen denen sich das künftige Schicksal der Welt entscheidet: das deutsch-italienisch-europäische, das durch den französischen Kolonialbesitz weit nach Afrika hinein bis fast an die Grenze des Südatlantik reicht; das japanisch-fernöstliche und schliesslich das amerikanisch-britische mit den Vereinigten Staaten als Mittelpunkt. Sollte das Ziel des Präsidenten Roosevelt, die Aufrichtung einer ungeteilten angelsächsischen Weltherrschaft unter Führung der USA, verwirklicht werden, so müssen die beiden anderen grossen Machtzentren besiegt und vernichtet werden. Nachdem sich das britische Empire der amerikanischen Vorherrschaft bereits gebeugt hat, wäre dann das Endziel erreicht, das sich Roosevelt im Laufe dieses Krieges steckte. Es genügt fast, den grossen Zug der politisch-militärischen Entwicklung dieses Krieges unter Ausschaltung aller nebensächlichen Momente zu schildern, wie wir es hier

versuchen, um zu dem Schluss zu kommen, dass die Vernichtung des gewaltigen europäischen wie auch des fernöstlich-japanischen Machtbereichs durch die angelsächsische Kombination unmöglich ist. Konnte man vielleicht noch Zweifel hegen, solange die sowjetische Sphinx sowohl in Europa wie im Fernen Osten plötzliche Überraschungen vermuten liess, so gibt es nach der Brechung der Sowjetmacht und der Einbeziehung der wichtigsten ukrainischen und russischen Rohstoffgebiete in den europäischen Raum überhaupt keine Gefahrenquellen mehr, durch die sich eine unvorhergesehene Wendung ergeben könnte.

Wir sahen, wie Roosevelts Ideen über die strategische Entwicklung des Krieges von Anfang an durch die Theorien *Mahans* über den Einfluss der Seemacht auf die Geschichte bestimmt worden sind. Entsprechend dieser Theorie war es angeblich stets die Seemacht, die die Entscheidung in grossen Kriegen gebracht hat. Mahan, ein trivialer Materialist, der die geschichtlichen Tatsachen so zurecht bog, wie sie sich für seine Pläne und Vorschläge einer imperialistischen amerikanischen Aussenpolitik eigneten, forderte daher nach dem Vorbild Englands den Bau einer riesigen Schlachtflotte und den Erwerb von Kolonien und Stützpunkten über alle Weltmeere, damit der amerikanische Handel auf diese Weise die Vorherrschaft in der Welt erringen könne. Wir sahen, wie diese um die Jahrhundertwende entworfenen imperialistischen Gedanken, die schon bei der Erwerbung der Philippinen und von Guam eine Rolle spielten, in der Epoche des zweiten Präsidenten Roosevelt zur Richtschnur der amerikanischen Aussenpolitik geworden sind. Ebenso ist auch die britische Strategie und Rüstungspolitik stärkstens durch diese Theorien beeinflusst worden. Noch die defensive Strategie eines Liddell Hart ist überhaupt nur verständlich durch den Glauben, allein die Seemacht sei der kriegsentscheidende Faktor. Auch als nach dem Mai 1940 Roosevelt erkennen musste, dass seine bis dahin gehegten Auffassungen über die voraussichtliche Entwicklung des Krieges vollkommen in die Irre gegangen waren, hielt er am strategischen Grundgedanken seines sich nun entwickelnden Weltherrschaftsplanes fest. Mahan blieb Trumpf.

Die Anhänger dieser angelsächsischen strategischen Seemachtschule haben von jeher übersehen, dass weder vor zweitausend Jahren das römische Reich noch in den letzten drei Jahrhunderten das britische Imperium durch die Seemacht allein gegründet oder erhalten worden sind. Es waren die römischen Legionen und nicht die Flotte, die Karthago besiegt haben. Was England angeht, so sind bis auf die Vernichtung der Armada, die aber durch Stürme und nicht durch die britische Flotte geschah, alle wirklichen kriegsentscheidenden Siege der Briten Landsiege gewesen. Dies ist durch den Ruhm von Trafalgar und andere Seeschlachten vielleicht verdunkelt worden. Keine dieser Seeschlachten war indes von solcher Auswirkung, dass dadurch die mächtigen britischen Gegner je den Genickschlag erlitten hätten. Englands Siege bauten sich vielmehr stets wie während des Spanischen Erbfolgekrieges oder während des Siebenjährigen Krieges und zuletzt noch im Weltkrieg auf einer Kombination zwischen der Landmacht irgendwelcher Alliierten, zu denen wie bei Waterloo oder schon vorher in Spanien ein britisches Expeditionskorps stiess, mit der englischen Seemacht auf. *Nur in dieser Kombination hat sich das Gewicht der britischen Flotte auszuwirken vermocht.*

Die Geschichte des Weltkrieges hat zudem gezeigt, dass jede Admiralität eine besondere Scheu besitzt, ihre grosse Schlachtflotte überhaupt an den Feind zu führen, weil sie als kostbarster Besitz geschont werden muss. So ist die englische Schlachtflotte bekanntlich nach der Seeschlacht am Skagerrak kaum mehr in ihrer vollen Stärke in Erscheinung getreten. Die ursprünglich in diesem Kriege von England vertretene Theorie, Deutschland sei allein durch *Blockade* niederzuzwingen, hatte sich schon vor den grossen Feldzügen im Westen und Osten als Fehlrechnung herausgestellt, wie man in England auch offen zugab. Nach der Ausdehnung des deutschen Machtbereiches von Brest und Bordeaux bis über den Don hinaus kann davon überhaupt nicht mehr die Rede sein. Ebenso ist die zweite britische strategische Idee, die der *Kriegsausweitung* schliesslich nur zum Vorteil Deutschlands ausgeschlagen, das durch die präventiven Feldzüge in Skandinavien, dem Balkanraum und

schliesslich gegen die Sowjets eine vollkommene Sicherung der europäischen Zentralgebiete erreichte. Wie also, so muss man sich fragen, können England und Amerika entsprechend den Theorien Mahans durch ihre Seemacht einen Entscheidungssieg erzwingen?

Ohne Landmacht kann kein Sieg sein. Weder die Flotte, noch die Luftwaffe können isoliert oder kombiniert einen Sieg erzwingen. Insofern hat sich die Kriegslehre des Generals Douhet als ebenso einseitig herausgestellt wie diejenige Mahans. Damit aber sind die angelsächsischen Mächte nach der Niederwerfung ihres einzigen Bundesgenossen, der noch über eine Landmacht verfügte, hinter der sich später einmal das amerikanische Rüstungspotential hätte aufbauen können, zu einer Kriegsführung verurteilt, für die es keinen zentralen Ansatzpunkt in der Nähe des europäischen Erdteils mehr gibt. Bereits am Ende des Jahres 1941 ist der Krieg weit von Europa fortgeschoben. Schon sind die Ränder des asiatischafrikanischen Wüstengürtels das Hauptgebiet, in dem er sich künftig abspielt. Hier aber kann schon aus verkehrstechnischen Gründen das amerikanische Potential niemals eine ausschlaggebende Rolle spielen, ganz abgesehen davon, dass Deutschland aus seiner zentralen Position heraus jederzeit in der Lage ist, kraft seiner Überlegenheit den Krieg dort, wo es ihm nötig erscheint, noch weiter von der Zentralbasis abzudrängen. Der einzige Ansatzpunkt in der Nähe Europas, die britischen Inseln, können als Luftbasis für Störungsunternehmungen dienen, aber nicht für mehr.

Die beiden angelsächsischen Mächte werden niemals in der Lage sein, eine Landmacht aufzustellen, die derjenigen Deutschlands und seiner Verbündeten ebenbürtig ist. Wir sahen, dass die knapp 1,5 Millionen Mann mit noch unzureichender Ausrüstung, über die die Vereinigten Staaten Ende 1941 verfügten, bei diesem Kampf der Kontinente so gut wie überhaupt nicht ins Gewicht fallen. Auch wenn sich diese Zahl im Laufe längerer Jahre vervielfacht und sich die Ausrüstung vervollkommenet, kann diese Armee kaum eine wirkliche Bedeutung bekommen. Immer wieder werden dann England und Amerika gezwungen sein, sei es in Asien, sei es in Afrika, weitab von ihren natürlichen und starken Basen und Produktionszentren in verkehrsentlegenen Gebieten zu kämp-

fen, zu denen Deutschland und seine Verbündeten kraft ihrer inneren Linie schnellen und direkten Zugang haben. Gleichgültig ob man an die Errichtung einer Front in Iran denkt oder an die Besetzung Islands und die Drohung gegen Dakar und die Azoren – immer handelt es sich nur um weit entfernte Aussengebiete, durch deren Besitz eine Kriegsentcheidung nicht erzwungen werden kann, zumal alle diese sich über Tausende von Kilometern erstreckenden Randgebiete nur durch eine sehr dünne Kette von Besatzungstruppen gesichert werden können. Wo also könnte das amerikanische Rüstungspotential gegen Europa wirksam eingesetzt werden? Die letzte Hoffnung nach der Sicherung Westeuropas war eine stehende Front nach Art des Weltkrieges am Dnjepr oder spätestens am Don. Ohne eine solche stehende Front in *Verkehrs günstigen Gebieten*, die einen Nachschub über den Ozean gewissermassen am laufenden Band gestatten, ist auch das grösste Rüstungspotential sinnlos. So bricht die amerikanische Offensive gegen Europa schon aus strategischen Gründen zusammen. Der Unterschied gegen die Lage im Weltkrieg mit der Front im Westen, hinter der Amerika in aller Ruhe seinen Entsatz aufbauen konnte, ist fundamental.

Die angelsächsischen Machtmittel reichen also selbst für eine Beherrschung des atlantisch-mittelmeerländisch-vorderasiatischen Raumes nicht aus. Dies ist aber nur das eine Machtzentrum, das überwunden und vernichtet werden müsste, sollte der amerikanische Weltherrschaftsraum Wirklichkeit werden. Das japanischostasiatische kommt nach dem Kriegseintritt Japans hinzu. Admiral Leahy hat 1938, als er noch Chef des amerikanischen Generalstabs war, betont, dass eine erfolgreiche Operation gegen Japan eine amerikanische Flotte zur Voraussetzung habe, die mindestens doppelt so stark sein müsse, wie die japanische, weil sie unter ungleich ungünstigeren Umständen, weit entfernt von den heimatlichen Basen zu operieren habe. Die Richtigkeit dieser Annahme ist sofort nach dem Kriegsausbruch im Fernen Osten bestätigt worden. Japans Stärke wurde von den Amerikanern und Briten wesentlich unterschätzt. Die materialistische Betrachtung, die schon früher infolge der Rohstoffarmut Deutschlands zu einer Fehleinschätzung geführt hatte, musste sich hier besonders empfindlich rächen.

Auf Europa angewandt, *enthüllte sich die Makin-Theorie, diese Grundlage von Roosevelts strategischem Gebäude, als das wahre Gegenstück Zur Maginot-Theorie.* Der Linienwahn, mit dem die Westmächte in den Krieg eintraten, wurde ihnen zum Verhängnis. Ebenso wird es in Zukunft mit den ungerechtfertigten Hoffnungen ergehen, die die Angelsachsen nun auf die Seemacht als kriegsentscheidenden Faktor in Europa setzen. Nicht als ob die Seemacht wirkungslos wäre – nach den erheblichen Erfolgen, die die kleine deutsche Flotte, vor allem die U-Boot-Waffe zu erzielen vermochte – wird niemand so töricht sein, dies zu behaupten. Im europäischen Bereich kann jedoch niemals die Seemacht die machtvoll ausgebauten Landpositionen erschüttern, die über den Vorteil der inneren Linie verfügen.

In Ostasien dagegen ist die britisch-amerikanische Vorherrschaft zur See von Japan bereits in den ersten Tagen nach dem Ausbruch des Krieges erschüttert worden. Selbst wenn sich später durch den Einsatz von amerikanischen Neubauten das Gleichgewicht der Flotte wieder zugunsten der Angelsachsen verschieben sollte, haben die Japaner durch ihre erstaunlichen Anfangserfolge einen Vorsprung erzielt, der es ihnen ermöglichte, ebenfalls ihre Landmacht vor allem in der pazifischen und malayischen Inselwelt voll zur Geltung zu bringen. Diese Landmacht verfügt ebenso wie die deutsche in Europa über die innere Linie, während die Angelsachsen gezwungen wären, eine Expeditionsarmee über viele Tausende von Seemeilen mit unzähligen Transportern über den Ozean (und damit in das fast sichere Verderben des grössten Teils dieser Armee noch vor der Ankunft) zu bringen. Die amerikanische Flotte bleibt durch den Krieg im Pazifik, auch wenn sie ab 1943 durch Neubauten verstärkt wird, unter allen Umständen gebunden. Darüber hinaus ist das Leih- und Pachtprogramm für England und die Sowjets seit dem Ausbruch des Krieges im Fernen Osten nicht mehr in der vorgesehenen Form durchzuführen. Die durch die Engpässe bedrängte amerikanische Rüstungsindustrie ist nun vor die Aufgabe gestellt, zunächst einmal die amerikanische Armee und Flotte auszurüsten. Der amerikanische Generalstab benötigt seit Dezember 1941 an der pazifischen Küste eine meh-

rere Hunderttausend Mann starke Sicherungsarmee gegen etwaige japanische Vorstösse auf das Festland. Dies wird bedeuten, dass auf lange hinaus England keine nennenswerte Entlastung durch Material oder gar durch Truppen im atlantischen und vorderorientalischen Raum durch die Vereinigten Staaten erwarten kann. Während einerseits die Voraussetzung für das Losschlagen Japans darin bestand, dass die deutschen Armeen unmittelbar vor Moskau und nicht weit vor den Toren des Kaukasus angelangt waren, wird Deutschland im atlantisch-afrikanischen Raum andererseits durch den japanisch-amerikanischen Krieg bedeutend entlastet.

Die während dieses Krieges erschienene englische und amerikanische strategische Literatur muss daher verlegen der Frage ausweichen, wie der Krieg gewonnen werden kann. Hanson Baldwin z.B. sah kurz nach dem Ausbruch des Krieges gegen die Sowjets¹ für den Fall, dass die Sowjets besiegt würden, auch für England und Amerika keine Möglichkeit, den Krieg zu gewinnen. Er sagte voraus, die Kriegskosten würden dann von den damals bereits bewilligten 46 Milliarden Dollar vielleicht auf 300 Milliarden ansteigen und das amerikanische Volk werde fast die ganze Bürde dieser Kosten allein zu tragen haben. Aber auch dann sieht er keine andere Möglichkeit als allenfalls die Entsendung einiger Divisionen nach dem Vorderen Orient und die Besetzung der Azoren, Nordirlands, der Kapverden, von Freetown und allenfalls von Dakar. Alle diese Betrachtungen drehen sich im Kreis. Der Grund hierfür ist einfach der, dass nicht nur England, sondern erstaunlicherweise auch die Vereinigten Staaten von strategischen Anschauungen ausgehen, die im viktorianischen Zeitalter entstanden sind und den Bedingungen entsprechen, die zu jener Zeit vorlagen, nicht aber den heutigen. In den hundert Jahren nach Waterloo, in denen ein Zusammenprall grosser Machtgebilde nicht stattfand, sind diese strategischen Theorien richtig gewesen. Das war im britischen Zeitalter mit seinen besonderen und einmaligen Bedingungen. Heute aber lässt sich auf dieser Grundlage und mit diesen Mitteln niemals die kriegsentscheidende Initiative gewinnen.

Drei Tage vor dem Ausbruch des Krieges im Fernen Osten veröffent-

¹ Life, 4. August 1941

lichte die «Chicago Tribune» einen auf Veranlassung Präsident Roosevelts gemeinsam vom Oberkommando der amerikanischen Armee und Marine vorbereiteten *Geheimbericht*, in dem der Offensivplan der USA in allen Einzelheiten behandelt wurde. Die Echtheit dieses Berichtes ist am darauffolgenden Tage von Kriegsminister Stimson bestätigt worden. In der Rede des Führers vom 11. Dezember 1941, in der die Reichsregierung die Konsequenzen aus den Angriffsakten der Vereinigten Staaten zog, und sich auch ihrerseits als im Kriegszustand befindlich erklärte, wurde dieser Bericht als ein letztes Beweisstück amerikanischer Angriffsabsichten besonders hervorgehoben. In ihm heisst es, der 1. Juli 1943 sei als Datum für den Beginn einer letzten und höchsten Anstrengung seitens der amerikanischen Landstreitkräfte zur Niederringung der mächtigen deutschen Armee in Europa festgesetzt. Fünf Feldarmeen mit ungefähr 215 Divisionen der verschiedenen Waffengattungen sollten bis dahin aufgestellt werden. In diesem Bericht ist die genaue Anzahl der Truppen angegeben, die in den amerikanischen Stützpunkten jenseits der Westlichen Hemisphäre benötigt werden.

Das Bezeichnende an diesem Dokument war indes, dass es mit einem ernsthaften modernen Grosskrieg im Fernen Osten nicht rechnete. Das nur langsame und schrittweise Vordringen der japanischen Armeen in China hatte den amerikanischen Generalstab dazu verführt, anzunehmen, die japanische Armee und Marine sei höchstens zu einem Krieg im Stile des 19. Jahrhunderts fähig, wie dies mehrfach in amerikanischen Zeitschriften ausgedrückt wurde. Die Entwicklung des Fernostkrieges hat nun das Gegenteil bewiesen. Die Annahmen, von denen jener Bericht des Oberkommandos der amerikanischen Wehrmacht und Marine ausging, war schon wenige Tage nach seiner Veröffentlichung vollständig überholt.

Es erwies sich nicht nur für den Fortgang, sondern wohl überhaupt für den Ausgang dieses zweiten Weltkrieges als entscheidend, dass Japan einen Kriegsplan ausgearbeitet hatte, der eine *totale Kriegsführung im gesamten Pazifik* vorsah und sich keineswegs, wie die Angelsachsen an-

genommen hatten, auf lokale Aktionen im unmittelbaren japanischen Machtbereich beschränkte. Für Amerika und England dreht sich alles um die eine Frage: Können beide Mächte überhaupt in diesem Kriege noch einmal offensiv werden? Durch die Form, in der Japan den Krieg begonnen hat, ist diese Frage, von gelegentlichen Teiloperationen abgesehen, negativ entschieden. Die Ausweitung dieses Krieges zum Weltkrieg, die von Churchill durch zwei Jahre so heiss ersehnt worden war, hat nun auch die potentielle Überlegenheit der Mächte des Dreierpaktes klar enthüllt.

Die *Revolution der Strategie*, die der jetzige Krieg gebracht hat, entspricht der politischen und sozialen Revolution der jungen Grossmächte. Es schafft sich jede Epoche ihre neuen Waffen, ihre eigene Kampfesweise und ihre eigene Strategie. Dies braucht nach dem Norwegen-, dem Balkan- und dem Ostfeldzug nicht mehr im Einzelnen bewiesen zu werden. Der Appell an die letzte Entscheidung, auf die Roosevelt hindrängte, hat bereits gegen den amerikanischen Weltherrschaftsplan entschieden.

Die Wendung des Amerikanismus zu einem weltbeherrschenden Imperialismus ist, auch was die strategischen Voraussetzungen und Ideen angeht, zu einem Zeitpunkt erfolgt, zu dem der Zerfall der künstlichen Weltreichbildungen durch die neu heraufkommenden Kräfte schon unvermeidlich geworden ist. Wenn sich die Vereinigten Staaten nun mit dem Erbe Englands belasten, so übernehmen sie damit, ob sie es beabsichtigen oder nicht, gleichzeitig auch alle jene Hypotheken, die den Abstieg des britischen Weltreiches schliesslich unvermeidlich gemacht haben. Der Fall Indien ist hierfür vielleicht der eindrucksvollste Beweis. Wir zeigten, wie die Amerikaner ursprünglich eine Befreiung Indiens und eine Änderung der britischen Methoden in ihr Programm aufgenommen hatten, wie sie dann aber durch den Lauf der Dinge gezwungen wurden, den britischen Imperialismus auch in diesem Erdteil gegenzuzeichnen. Ähnlich wird es sich in allen anderen Gebieten der Welt verhalten. Im einleitenden Kapitel

haben wir dargestellt, wie die britische Geschichte in den letzten Jahrzehnten in den Versuch einmündete, das Ende der Weltgeschichte herbeizuführen und die bestehenden Machtverhältnisse für alle Zeiten aufrechtzuerhalten. Dies war für die Engländer nicht möglich, und es wird ebensowenig für ihre amerikanischen Erben zu erreichen sein. Entgegen der allgemeinen Ansicht lässt sich in der Tat das Rad der Geschichte eine Zeitlang aufhalten. Dazu kann schon der Einsatz eines seit Jahrhunderten erworbenen Prestiges genügen, wie das englische Beispiel erhärtet. Aber es lässt sich nicht für alle Zeiten aufhalten. Schliesslich brechen sich neue Kräfte, neue Ideen und neue Vitalitäten unaufhaltsam ihre Bahn. Das ist die geschichtliche Wendung, die in diesem Krieg herbeigeführt worden ist.

Für das amerikanische Volk wird dies, wenn diese Erkenntnis durch eine lange Kette von Misserfolgen, die sich an die bisherigen anreihet, erst einmal Allgemeingut geworden ist, eine gewisse Tragik in sich bergen. So erstarrt und überkrustet mit verdorrten Traditionen die amerikanische Gesellschaft auch heute erscheinen mag, so ist doch kein Zweifel, dass die diesem Volke innewohnende Kraft und Vitalität nicht auf die Dauer nur nach rückwärts, nach der Vergangenheit bezogen werden kann. Vielleicht ist die Selbsterlösung vom Puritanismus und von einem asozialen Freiheitsbegriff, der nur dem Lebensstil der Finanzoligarchie dient, überhaupt nicht anders möglich als durch weitere Enttäuschungen, die sich im Zusammenprall mit jenen Kontinenten ergeben, in denen bereits die sozialen Gemeinschaftsideen unseres Jahrhunderts zum Siege gelangt sind. Vielleicht ist es in einem uns unbekanntem Weltensplan vorgesehen, dass die *Verwandlung des Amerikanismus* und die Entstehung eines neuen amerikanischen Mythos nur durch härteste Erfahrungen möglich sein wird. Vielleicht werden dann auch in den Vereinigten Staaten jene revolutionären Kräfte, die heute noch als «Unamerican Activities» verschrien sind, die historische Rolle dieses Erdteils wiederherstellen, die einst darin bestand, dass er immer auf der Seite der Ideen der Zukunft stand. Heute steht er bei der Vergangenheit, aber Gestalten wie Roosevelt werden wahrscheinlich eine völlig andere historische Einordnung erfahren, als sie sich heute vorzustellen vermögen. Sie

werden nur als die Schrittmacher jener grossen inneramerikanischen Umformung erscheinen, die unvermeidlich sein wird, wenn sich erst einmal herausstellt, dass weder der Versuch einer amerikanischen Weltherrschaft noch auch der Gedanke eines amerikanischen Jahrhunderts zu verwirklichen sein wird. Der amerikanische Mythos, im Innern schon erschüttert, vermag sich jetzt nur noch nach aussen als amerikanischer Missionsgedanke zu wenden. Die Zeit für seine Ablösung wird gekommen sein, wenn sich erwiesen haben wird, dass er niemals die Grundlage einer neuen Weltordnung sein kann. Dann wird Amerika die Ideen unseres Jahrhunderts – ausgehend von einer sozialen Volksordnung – aufnehmen müssen.

Wir wiederholen hier nochmals: Was wir in diesem Buch zu sagen haben, hat im tieferen Sinn keine antiamerikanische Tendenz. Wogegen wir uns zu wenden haben, ist nun wohl klar geworden. Es ist dies nicht das amerikanische Volk als geschichtliche Erscheinung, sondern jene Entartung des Amerikanismus, der, um seine ungelösten inneren Schwierigkeiten zu verbergen, die Errichtung einer Weltherrschaft anstrebt. Die Vereinigten Staaten sind trotz allem eine Tochter des europäischen Geistes und des europäischen Blutes. Die falschen Propheten an ihrer Spitze werden voraussichtlich nicht zu hindern vermögen, dass sich später dennoch die heute schon vorhandenen Ansätze für eine eigene amerikanische Kultur zu entwickeln vermögen. Dies setzt aber voraus, dass Amerika verstehen muss, dass die europäische und ostasiatische Kultur in sich geschlossene Einheiten sind, die nach ihren eigenen Gesetzen leben und die sich gegen jede Überwältigung durch raumfremde Mächte bis zum äussersten zur Wehr setzen. Da wir keinem platten Optimismus huldigen, glauben wir nicht, dass die Amerikaner fähig wären, diese Erkenntnis in ihrer vollen Tragweite in sich aufzunehmen, ehe sie nicht die durch ihre Führung selbst erzeugte Katastrophe durchgestanden und durchgelitten haben. Wie tief diese Katastrophe reichen wird, vermag niemand vorausszusehen. Doch ist, wie wir sehen, der gesellschaftliche Untergrund so wenig gefestigt, dass mit sehr tiefgreifenden Wirkungen auf das ganze amerikanische Leben zu rechnen ist.

Für Europa, Ostasien, ja selbst für Südamerika sind viele Erscheinun-

gen des Amerikanismus Gift und Kulturtod. Das heisst nicht, dass sie das auch für Amerika selbst sein müssten. Dort herrschen andere Bedingungen und der Amerikanismus hat im eigenen Lande eine andere Bezogenheit auf Landschaft und Raum als ausserhalb seiner Geburtsstätte. Freilich mag Thomas Wolfe sein bitterstes und genialstes Buch, in dem er die Auswirkungen des Amerikanismus im eigenen Lande beschreibt, nicht ohne Absicht «Vom Tod zum Morgen» genannt haben. Aber wie sich Amerika schliesslich aus seiner eigenen Erstarrung, Nivellierung und Uniformierung löst, kann nicht unsere Sorge sein, und wir haben kaum ein Recht, hierzu auch nur Gedanken zu äussern; denn wir sind keine internationalen Moralisten, und wir handeln nicht mit Rezepten.

Weltpolitisch kann die Krise des Amerikanismus und die Enttäuschung, die unvermeidlich dem Weltherrschaftstraum folgen muss, nur bedeuten: *Neubeginn bei Monroe*. Dann aber nicht mehr in dem Sinn, dass Amerika selbstherrlich bestimmt, was «Westliche Hemisphäre» ist, sondern dass die Anerkennung der Lebensräume und der Souveränität der übrigen Erdteile und Machtzentren ebenso erfolgt, wie diese dann zweifellos bereit sein werden – sie waren es immer – den amerikanischen Lebensraum und die Sonderrechte der Vereinigten Staaten darin anzuerkennen. Wenn immer wieder von einer europäischen und einer ostasiatischen «Monroe-Doktrin» in diesen Jahren gesprochen wurde, so hat dies tiefere Bedeutung. Wir haben schon bei der Entstehung der Monroe-Doktrin gezeigt, dass die ursprünglich darin entwickelten grossräumigen regionalen Ideen der Notwendigkeit einer neuen Weltordnung unserer Zeit am nächsten kommen. Niemand wird behaupten, die Welt könne einfach so wieder hergestellt werden, wie sie vor 1939 bestand, wenn der Kampf der Kontinente weder zur Eroberung Europas und Ostasiens durch die Amerikaner noch zu einer Eroberung Amerikas durch die Europäer und Ostasiaten führen kann. Davon kann gewiss keine Rede sein. Allein schon die unvermeidlichen Veränderungen, die sich auf dem Gebiete des britischen Weltreiches vollziehen werden, stehen dem entgegen.

Das neue Weltbild ist im Entstehen. In *Europa* sind die Grundlagen für eine neue Ordnung bereits gelegt. Sie können sich während des Krie-

ges gewiss nur fragmentarisch entfalten, weil vorläufig eiserne Notwendigkeiten der Kriegführung alle tieferen Entwicklungsprobleme in ihrem Bann halten. Erst mit der Beendigung dieses Weltkampfes werden die verschiedenen europäischen Völker die Beseitigung der finanzkapitalistischen Ausbeutungsschichten wie eines selbstzerstörenden Klassenkampfes als die Befreiung von einem doppelten Joch empfinden können. Die dann anbrechende Periode grosser gemeinschaftlicher wirtschaftlicher und sozialer Werke wird die Hindernisse eines kleinräumigen Nationalismus von selbst in den Hintergrund treten lassen. Kein europäischer Mischmasch, kein kulturelles Esperanto ist das Ziel, auf das diese neue Ordnung in Europa hinstrebt, sondern eine gegenseitige Befruchtung der gewachsenen alten völkischen Kulturen, wie sie im Zeitalter der einander befehrenden europäischen Allianzen niemals möglich gewesen ist. *Die Völkergemeinschaft in unserem Erdteil ist also das Ziel, wie es vordem im deutschen Raume die Volksgemeinschaft war.*

Ähnliches wird sich in Ostasien vollziehen, wo der japanische Sendungsglaube und die erst langsam sich frei machenden Kräfte Chinas und der übrigen ostasiatischen Völker schliesslich über alle Geburtswehen und Bruderkämpfe hinweg eine neue Einheit ostasiatischer Kultur entstehen lassen werden. Sie wird aller Voraussicht nach sowohl von Europa wie von Amerika weit weniger beeinflusst sein, als dies bei den einzelnen Gebieten Ostasiens in den letzten Jahrzehnten der Fall war. Südamerika schliesslich ist heute in seiner künftigen Entwicklung vielleicht noch am wenigsten überschaubar. Hier kann man nur vermuten, dass der durch Nordamerika erzeugte Druck eine Gegenbewegung hervorruft, über deren Tiefe und Selbständigkeit sich indes noch keine Voraussagen machen lassen.

Eine solche Weltentwicklung hat die gegenseitige Anerkennung der Machtsphären, hat also eine Abgrenzung zur Voraussetzung. Nur auf diese Weise können Weltkatastrophen vom Ausmasse der jetzigen und der von 1914-1918 wenn nicht völlig verhindert, so doch eingedämmt und auf die Ursprungsherde begrenzt werden. Die Naivität der angelsächsischen Pazifisten, die nach dem Weltkrieg den Frieden durch ein System

kollektiver Sicherheit, d.h. durch ein System beständiger Kriegsdrohung gegen den einen Teil der grossen Völkerfamilie herbeizuführen hofften, darf nicht noch einmal das Schicksal der Völker erschüttern. Noch ist der Amerikanismus die treibende Kraft, durch die alle jene Fehler abermals wiederholt würden, wäre sie siegreich. Man kann auf die menschliche Vernunft leider nur wenig vertrauen. Völker zumal ziehen selten Lehren aus der Geschichte. Die doppelte Erfahrung einer zweimaligen Weltkatastrophe innerhalb einer Generation darf indes nicht ungenutzt in die Geschichte eingehen. Und dies ist auch möglich.

Heute stehen auf der einen Seite die Mächte mit dem Anspruch auf unbedingte Weltherrschaft, auf der anderen die Mächte mit dem Ziel einer Weltordnung in ihren grossen natürlichen Völkergemeinschaften und Räumen. Der Weltherrschaftsanspruch gründet sich auf den Versuch, alle Gebiete, in denen die Reichtümer dieser Erde zu gewinnen sind, zu monopolisieren und sie zum Nutzen einer kleinen Schicht auszubeuten. Die Mächte der Weltordnung erstreben demgegenüber eine Verteilung der Reichtümer, durch die sowohl nach innen ein Gemeinschaftssystem der sozialen Gerechtigkeit entwickelt zu werden vermag, wie nach aussen die einzelnen Erdräume über jene Hilfsquellen verfügen sollen, durch die das Leben der Massen überhaupt erst lebenswert gemacht werden kann. Die Vereinigten Staaten haben sich unter der Führung Roosevelts an die Spitze der einen Gruppe gestellt. Der Amerikanismus empfiehlt sich als die letzte Universalidee, aber nicht einmal das amerikanische Volk selbst ist, je mehr es sich der Auswirkungen eines solchen Unterfangens bewusst wird, von ihr überzeugt. Schon ist der Kommunismus als internationale Macht gebrochen. Dem Amerikanismus in der Ausprägung Roosevelts wird es nicht anders ergehen. Dafür bürgt der Lebenswille, die Stärke der Kultur, die Vitalität und schliesslich auch die Macht der Europäer wie auch der Ostasiaten. Erst dann wird der Weg für eine neue Weltordnung frei sein, die auch Amerika als souveränen Weltteil in sich einzuschliessen vermag. Ein anderes Amerika.

ANHANG

Die Angriffskriege der Vereinigten Staaten

Die Vereinigten Staaten haben seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts etwa zwei Dutzend Angriffskriege geführt und Revolutionen in fremden Ländern entfesselt. Die folgende Übersicht dieser Angriffskriege erhärtet die auf Seite 186 dargelegte Verwandlung der Monroe-Doktrin aus einer defensiven Ideologie in ein ausgesprochen offensives Machtinstrument.

1846/48 führt Präsident Polk einen unerklärten Krieg gegen Mexiko. Da eine Kriegserklärung vom Kongress nicht zu erreichen war, benutzte er die Befehlsgewalt des Präsidenten über das Bundesheer, um eine Lage zu schaffen, die den Krieg unvermeidlich machte. Noch vor seinem Abschluss erklärte das Repräsentantenhaus, in dem inzwischen die Mehrheit gewechselt hatte, «dass dieser Krieg in unnötiger und verfassungswidriger Weise begonnen worden sei». Ergebnis: USA erhält Nordkalifornien und Neu-Mexiko.

1850/51 unterstützt die Regierung der Vereinigten Staaten zwei Piratenunternehmungen gegen Kuba, nachdem zwei Jahre vorher die spanische Regierung die Abtretung Kubas gegen eine Zahlung von 100 Millionen Dollar abgelehnt hatte. Die Piratenunternehmungen schlagen fehl, daraufhin erklären 1854 die drei amerikanischen Gesandten in Paris,

London und Madrid in dem sogenannten «Ostender Manifest»: Wenn Spanien den Verkauf Kubas ausschlägt, hätten die Vereinigten Staaten jedes menschliche und göttliche Recht, ihm die Insel zu entreißen, «weil die Fortdauer seiner Herrschaft dort den inneren Frieden und die Existenz der Vereinigten Staaten gefährde».

1855 beginnt das erste Vorspiel des Dollarimperialismus, indem der Finanzmagnat Vanderbilt mit Zustimmung der amerikanischen Regierung in Nicaragua den Abenteurer William Walker einsetzt, der die Herrschaft in Nicaragua an sich reißt, um auf diese Weise einem Transportunternehmen der Vanderbilts auf der Landenge das Monopol zu sichern. Der ältere J.P. Morgan sah darin eine unlautere Konkurrenz, bestach Walker, woraufhin Vanderbilt einen Krieg der übrigen mittelamerikanischen Staaten gegen Nicaragua entfesselte, durch den Walker vertrieben wurde.

1887 zetteln die Vereinigten Staaten, nachdem ähnliche Versuche bereits vorausgegangen waren, eine Revolution gegen den Eingeborenenkönig von Hawaii Kalaukaua an, durch die die Vertreter des amerikanischen Finanzkapitals und der amerikanischen Regierung praktisch die Gewalt in Hawaii in die Hand bekommen. Als 1893 die Schwester Kalaukauas sich wieder unabhängig zu machen versuchte, wurde sie mit Hilfe amerikanischer Matrosen durch eine neue Revolution abgesetzt und die fünf Jahre später endgültig erfolgte Annexion der hawaiischen Inseln eingeleitet.

1896 zetteln die Vereinigten Staaten eine Revolution in Kuba an, der dann 1898 der Angriffskrieg der Vereinigten Staaten gegen Spanien folgt, durch den die Philippinen, Guam und Porto Rico der Union einverleibt werden.

Von 1899 bis 1901 führen die Vereinigten Staaten Krieg auf den Philippinen, zu dem mehr Truppen aufgewandt werden müssen als zu dem Krieg gegen Spanien. Der philippinische Führer Aguinaldo war 1898 von den Amerikanern gegen das Versprechen späterer Unabhängigkeit zu einer Revolution gegen die Spanier aufgestachelt worden. Als er sich von den Amerikanern betrogen sah, kämpfte er mit seinen Filipinos zwei Jahre lang bis zur endgültigen Unterwerfung.

1901 wurde das von den Spaniern «befreite» Kuba durch das sogenannte Platt-Amendment gezwungen, den grössten Teil seiner eben errungenen Souveränität an die Vereinigten Staaten abzutreten und Washington prinzipiell das Recht bewaffneter Intervention einzuräumen.

1903 fesselt Theodore Roosevelt in der Panamazone mit Hilfe von amerikanischen Marinesoldaten eine «Revolution» gegen Kolumbien, durch die die «selbständige» Republik Panama entsteht, die von Theodore Roosevelt eine Stunde nach dem Ausbruch der Revolution telegraphisch anerkannt wird. Das Unrecht der Vereinigten Staaten war dabei so offenkundig, dass sie sich noch 1922 gezwungen sahen, an Kolumbien 25'000 Dollar Entschädigung zu zahlen.

1905 wird die Republik San Domingo durch eine von den Vereinigten Staaten entfesselte Revolution unterworfen und ihre Zollverwaltung beschlagnahmt.

1906 wird ebenfalls durch eine von den Vereinigten Staaten angezettelte Revolution das Interventionsrecht des Platt-Amendments in Kuba ausgenutzt und Marinetruppen gelandet, die dort drei Jahre bleiben. Auf diese Weise werden die Interessen des amerikanischen Zuckerkapitals endgültig sichergestellt.

1909 und dann nochmals 1912 werden amerikanische Marinetruppen nach der vorherigen Entfesselung einer Revolution in Nicaragua gelandet, wo sie bis 1925 bleiben. Dahinter standen die Kapitalinteressen der Firma Brown Bros. & Co., die praktisch alles, was es in Nicaragua überhaupt an Werten gab, beherrschte.

1911 wurde unter ähnlichen Vorwänden Honduras besetzt, wo die amerikanischen Marinetruppen bis 1919 blieben. Dahinter standen Interessen der National City Bank, d.h. der Morgan-Gruppe.

Ebenfalls 1911 wurde in Mexiko eine Revolution entfesselt, die auf die Agenten des Standard Oil Trusts zurückging, da der achtzigjährige Diktator von Mexiko, Porfirio Diaz, neuentdeckte Öllager an eine englische Ölgesellschaft vergeben hatte.

1914 führten die Vereinigten Staaten einen Angriffskrieg gegen Mexiko, bei dem Vera Cruz besetzt wurde. Durch die Einschaltung der grossen südamerikanischen Re-

publiken wurde diese Intervention zunächst wieder beendet.

1914 wurden auf Betreiben der Morgan-Gruppe auch Truppen auf Haiti gelandet, die bis 1934 an Ort und Stelle blieben. Die Republik Haiti wurde von nun ab vollständig eine Domäne der National City Bank, der durch die Bundesregierung ein Monopol auf die Finanzen der Republik verschafft wurde.

1916 wurde auf Betreiben derselben Finanzgruppe San Domingo abermals besetzt. Die amerikanischen Marinetruppen blieben bis 1924 dort. Bei ihrem Abzug war die Republik vollständig unter amerikanische Finanzkontrolle gelangt.

1916/17 führte der später im Weltkrieg bekanntgewordene General Pershing wiederum Krieg gegen Mexiko, der wahrscheinlich zu Annexionen weiterer mexikanischer Gebiete geführt hätte, wenn der Weltkrieg nicht dazwischengekommen wäre.

1917 traten dann die Vereinigten Staaten in einem reinen Angriffsakt in den Weltkrieg gegen Deutschland und seine Verbündeten ein. Die als Vorwand benutzte Versenkung der «Lusitania» wurde später von massgebendster britischer Stelle als völkerrechtlich völlig berechtigt erklärt. Die amerikanische Zeitschrift «Time» vom 17. Februar 1936 berichtet hierzu folgendes: «Die Berechtigung der Deutschen, die ‚Lusitania‘⁶ zu versenken, wurde von einem der höchsten britischen Marineoffiziere, dem Admiral Earl of Cork and Orrery, Kommandanten der britischen Home Fleet (1933-1935), Präsidenten der Königlichen Marinehochschule zu Greenwich und Kommandierenden Admiral der Königlichen Marine-Kriegsschule (1929-1932) zugegeben. Vor einer Londoner Zuhörerschaft, auf die sich allmählich eine tiefernde Stille senkte, erklärte der Admiral: ‚Die Lusitania hätte verwendet werden können, um mit einer einzigen Reise 10'000 amerikanische Truppen zur Bekämpfung Deutschlands herüberzubringen. Wenn Frauen und Kinder durchaus in Kriegsgebieten umherkreuzen wollen, dann müssen sie das, was ihnen zustoßt, erwarten. Bei der Versenkung der ‚Lusitania‘, als Kriegshandlung betrachtet, war die deutsche Admiralität vollkommen im Recht. Die ‚Lusitania‘ führte ausserdem Munition an Bord.»

Kein unverdächtigerer Kronzeuge dafür wäre möglich, dass der Kriegseintritt der Vereinigten Staaten 1917 eine unprovokierte Angriffshandlung gewesen ist. Es muss hierbei erwähnt werden, dass die Vereinigten Staaten ausserdem den Kriegseintritt von Kuba, Honduras, Guatemala, Panama, Haiti, Kostarika und Nikaragua mit unrechtmässigen Mitteln erzwangen und dass sie Brasilien und einige andere südamerikanische Republiken mit Revolutionen und inneren Wirren bedrohten, falls sie sich nicht dem Krieg gegen Deutschland anschliessen würden.

1921 werden die Angriffshandlungen gegen Mexiko durch eine Flottdemonstration vor Tampico fortgesetzt und 1926 nochmals Truppen in Nikaragua gelandet.

1941 wird durch einen völkerrechtlich ungültigen «Vertrag» mit dem Von seiner Regierung nicht legitimierten dänischen Gesandten Kauffmann Grönland von den Vereinigten Staaten zum zeitweiligen Protektorat erklärt.

Ebenfalls 1941 wird schliesslich Island mit der Begründung, es gehöre zur Westlichen Hemisphäre, auf Befehl Präsident Franklin D. Roosevelts besetzt und gleichzeitig Portugal bedroht, dass auch die Azoren demnächst von den Vereinigten Staaten besetzt werden sollen. Eine ähnliche Drohung richtet sich gegen Französisch-Westafrika und insbesondere den wichtigen Kriegshafen Dakar.

Im Oktober 1941 entfesseln die Vereinigten Staaten in Panama eine Revolution mit dem Ziele, den Präsidenten Arias, der Washington nicht als gefügiges Werkzeug diene, abzusetzen.

Im Februar 1942 unterstützten die Vereinigten Staaten in Uruguay den Versuch eines Staatsstreiches ihres dortigen gefügigen Werkzeuges, des Präsidenten Baldomir, gegen dessen absolute Hörigkeit von Washington sich die Mehrheit des Parlaments wandte.

Literatur

Das nachstehend nach Kapiteln geordnete Verzeichnis gibt die benutzten Bücher wie auch solche Zeitschriftenaufsätze an, die für diejenigen Leser, die sich mit den verschiedenen Materien eingehender befassen wollen, wertvolle Fingerzeige geben. Mehr beiläufiges Material, wie Zeitungen und Zeitschriften, das gelegentlich herangezogen wurde, ist nur durch Fussnoten im Text erwähnt und wird hier nicht mehr gesondert aufgeführt. Die in Fussnoten mit «am angeführten Ort» (a. a. O.) bezeichneten Hinweise beziehen sich auf das Literaturverzeichnis. Abgesehen von den wichtigsten amerikanischen Bucherscheinungen der neuesten Zeit standen dem Verfasser sämtliche massgebenden amerikanischen Zeitungen und Zeitschriften der letzten Jahre bis zum Oktober 1941 einschliesslich zur Verfügung. Verschiedenen Stellen und Persönlichkeiten, die ihm bei der Sichtung dieses äusserst umfangreichen Materials mit grosser Hilfsbereitschaft zur Verfügung standen, sagt er auch hier nochmals seinen aufrichtigen Dank.

Zum 2. Teil

- James F. Adams, *The Epic of America*, New York 1931.
Frederick L. Allen, *The Lords of Creation*, New York 1935.
—, *Since Yesterday*, New York 1940.
Charles and Mary Beard, *The Rise of American Civilization*,
2 Bde., New York 1928.
—, *America in Midpassage*, New York 1939.
J. B. Bishop, *Theodore Roosevelt*, New York 1920.

- Robert B. Riffault, *The Decline and Fall of the British Empire*, New York 1938.
- Carl Brinkmann, *Geschichte der Vereinigten Staaten von Amerika*, Berlin 1924.
- P.H. Buck, *The Road to Reunion*, New York 1938.
- Lewis Gorey, *The House of Morgan*, New York 1930.
- John T. Flynn, *God's Gold*, New York 1932.
- Madison Grant, *The Conquest of a Continent*, New York 1936.
- Adolf Halfeld, *Amerika und der Amerikanismus*, Jena 1928.
- Quo vadis Amerika? Sammelwerk, herausgegeben von L. F. Hausleiter, Hamburg 1941; darin: G. Wirsing, *Mythos und Wirklichkeit Amerikas*.
- Graf Hermann Keyserling, *Amerika, der Aufgang einer neuen Welt*, Stuttgart und Berlin 1931.
- Harold J. Laski, *The American Presidency*, New York 1939.
- Maurice Leven, Harold G. Moulton, Clark Warburton, *America's Gapacity to Gonsume*, New York 1934.
- Ferdinand Lundberg, *America's Sixty Families*, New York 1937.
- Harold Nicolson, *Dwight Morrow*, New York 1935.
- Friedrich Schönmann, *Die Vereinigten Staaten von Amerika*, 2 Bde, Stuttgart und Berlin 1932.
- André Siegfried, *Die Vereinigten Staaten von Amerika*, Zürich 1928.
- Josef Stulz, *Die Vereinigten Staaten von Amerika*, Freiburg 1934.
- Frederic Jackson Turner, *The Frontier in American History*, New York 1920.
- Thorstein Veblen, *The Theory of Business Enterprise*, New York 1936.
- Max Weber, *Wirtschaft und Gesellschaft*, Tübingen 1922.
- John K. Winkler, *Morgan – the Magnificent*, New York 1930.
- Giselher Wirsing, *100 Familien beherrschen das Empire*, Berlin 1940.
- , *Engländer, Juden, Araber in Palästina*, Jena 1939.

Zum 3. Teil

- Administrative Management in the Government of the USA*, Washington 1937
- J. Alsop and Catledge, *The 168 Days*, New York 1938.
- J. Alsop and R. Kintner, *Men around the President*, New York 1939. —, *The Battle of the Market Place*, in: *Saturday Evening Post*, 11. und 25. Juni 1938.
- Max Biehl, *Arbeitslosigkeit und Fortschrittsoptimismus*, in: *Quo vadis Amerika*, a. a. O.
- G. Brinkmann: *Der Wandel der wirtschaftspolitischen Anschauungen in den USA*, in: *Quo vadis Amerika*, a. a. O.

- The Congressional Digest, Washington, Jahrgänge 1937/38.
 Fortune, Februar 1940.
 Ferdinand Fried, Wende der Weltwirtschaft, Leipzig 1940.
 Adolf Halfeld, Hintergründe der Innenpolitik der USA, in: USA von heute, München 1940.
 Raymond Moley, After seven Years, New York 1939.
 R.B. Mowat, The United States of America, London 1938.
 National Resources Committee: The Income in the USA, Washington 1938.
 Recent Social Trends in the United States, Report of the Presidents Research Committee on Social Trends, New York 1933.
 Franklin D. Roosevelt, Looking forward, New York 1933.
 A.M. Schlesinger, The New Deal in Action, New York 1938.
 Johannes Stoye, USA baut um, Leipzig 1935.
 Henry A. Wallace, Whose Constitution?, New York 1936.
 G. Wirsing, USA 1938, Aufsatzreihe in: Münchner Neueste Nachrichten 1938.

Zum 4. Teil

- J. Alsop and R. Kintner, American White Paper, New York 1940.
 Thomas A. Bailey, A Diplomatic History of the American People, New York 1940.
 Bernard M. Baruch, American Industry in the War, New York 1941.
 Ch. und M. Beard, Midpassage a. a. O.
 Ludwell Denny, America Conquers Britain, New York 1929.
 John T. Flynn, The Country Squire in the White House, New York 1940.
 A.W. Griswold, The Far Eastern Policy of the United States, New York 1938.
 P. Grossmann, Die Monroe-Doktrin im Lichte der Gegenwart (Manuskript) 1940.
 Adolf Halfeld, Die amerikanische Neutralität, in: Die Tat, Jahrgang 29, 1937-
 Hubert Herring, And so to War, New York 1938.
 Quincy Howe, England Expects Every American to Do his Duty, New York 1937.
 John A. Kasson, History of the Monroe Doctrin, New York 1932.
 Friedrich Luckwaldt, Der Aufstieg der Vereinigten Staaten zur Weltmacht, Berlin 1935.
 S. Nearing and J. Freeman, Dollardiplomatie, Berlin 1927.
 Drew Pearson and C. Brown, The American Diplomatic Game, New York 1935.
 Dexter Perkins, The Monroe-Doctrin To-day, in: Yale Review, Juni 1941.

- Politische Dokumente zur Vorgeschichte des Polnischen Krieges. Weissbuch des Auswärtigen Amtes Nr. 3, Berlin 1940.
- Fletcher Pratt, USA, The Aggressor Nation, in: American Mercury, Dezember 1938.
- W. v. Rheinbaben, Die panamerikanische Konferenz in Lima, in: Monatshefte für Auswärtige Politik, Februar-März 1939.
- Hans Roemer, Roosevelts Rückkehr zur Dollardiplomatie, in: Die Tat, Jahrgang 30, 1938.
- Porter Sargent, Getting US. into War, Boston 1941.
- Carl Schmitt, USA und die völkerrechtlichen Formen des Imperialismus, in: Die Vereinigten Staaten von Amerika, Königsberg 1929.
- G. Wirsing, Roosevelt als Nachahmer Wilsons, in: Die Tat, Jahrgang 30, 1938.
- Carl F. Wittke, George Washington und seine Zeit, Bremen 1933.

Zum 5. und 6. Teil

- America faces the Future, Proceedings of the Academy of Political Science, New York, Mai 1941, darin Rede von W. Knudsen.
- Hanson W. Baldwin, United We Stand, New York 1941.
- Brooks Emeny, The Strategy of Raw Materials, New York 1937.
Congressional Record, Jahrgänge 1939/1941.
- Jerome Davis, Capitalism and its Culture, New York 1936.
Fortune, März-Oktober 1941.
- F.G. Hanighen, The American Defense Program, in: Harpers Magazine, August 1941.
- Munition Industry, Senate Reports 944 PT 6 (Nye-Report), 74 Congress 2nd Session, Washington 1936.
- H.G. Peterson, Propaganda for War, Oklahoma 1939.
- Fletcher Pratt, America and Total War, New York 1941.
- Porter Sargent, a. a. O.
- F. Schönemann, Die Kunst der Massenbeeinflussung in den Vereinigten Staaten, Berlin 1926.
- Silvanus, Präsident Roosevelt und der Krieg, in: Monatshefte für Auswärtige Politik, April 1941 – Deutschland und die Vereinigten Staaten, ebenda, Juli 1941.
- Charles G. Tansill, America goes to War, Boston 1938.
- Marc Twain, The Mysterious Stranger, New York 1922.

Zum 7. und 8. Teil

- Duncan Aickman, The All-American Front, New York 1941.
- Hanson W. Baldwin, United We Stand, New York 1941.
- Charles A. Beard, A Foreign Policy for America, New York 1940.

- J. MacCormack, *Ganada, Americas Problem*, New York 1940.
- Stephen A. Day, *We must save the Republic*, New Jersey 1941.
- Lawrence Dennis, *The Dynamics of War and Revolution*, New York 1940.
- Theodore Dreiser, *America is Worth Saving*, New York 1941.
- Foreign Policy Reports, *Export Import Bank Loans to Latin America*, 15. Juni 1941.
- G. Jentsch, *Union Now-Disunion for Ever*,
in: *Monatshefte für Auswärtige Politik*, Juni 1941.
- Henry Luce, *The American Century*, New York 1941.
- Horst Michael, *Ein Kontinent in Ketten*, in: *Das XX. Jahrhundert*, August 1941.
- Colin Ross, *Amerika und Amerikanismus als geistig-seelische Phänomene*, in:
Zeitschrift für Geopolitik 1940, Heft 7 und 8.
- Silvanus, *Roosevelts Politik gegenüber Frankreich*,
in: *Monatshefte für Auswärtige Politik*, Oktober 1941.
- Clarence K. Streit, *Union Now*, London 1939.
- , *Union Now With Britain*, New York 1940.
- Paul Graf Toggenburg, *Union Now*, *Münchner Neueste Nachrichten* 1941,
Nr. 93 und 112.
- The British Empire*, Oxford 1937.
- USA und Weltpolitik*, Sammelwerk, Berlin 1940.

Amerikanische Abkürzungen

AAA	Agricultural Adjustment Act
AEF	American Expeditionary Force
AFL	American Federation of Labour
AWVS	American Women's Voluntary Service
CCG	Civilian Conservation Corps
CIO	Committee of Industrial Organization
ICC	Interstate Commerce Commission
NIRA	National Industrial Recovery Act
NDAC	National Defense Advisory Committee
OEM	Office for Emergency Management
OOC	Office of Oil Coordination
OPACS	Office for Price Administration and Civilian Supply
OPM	Office for Production Management
PWA	Public Works Administration
RFC	Reconstruction Finance Corporation
SEC	Securities and Exchange Commission
SPAB	Supply Priorities and Allocations Board
TVA	Tennessee Valley Authority
WPA	Works Progress Administration

Personen- und Schlagwortverzeichnis

- Afrika, 353, 409f., 413f., 415f.
Alaska, 395, 337 f.
Aldrich, Winthrop W., Bankier, 261
Allen, Fr. Lewis, amerik. Journalist, 43f., 46f., 238f.
Alsop und Kintner, amerik. Journalisten, 232, 243, 245
Altschul, Felix, Vertreter von Lazard Frères, 261, 276, 321
American Federation of Labour, 81, 120f., 161f.
Angell, Norman, engl. Pazifist, 335
Antisemitismus in USA, 426
Arias, Präsident v. Panama, 355, 456
Astor, William Waldorf, amerik. Diplomat, 50
Atlantikprogramm, 342, 371, 383, 385, 434
Azoren, 285, 411, 416
Baldomir, Präsident von Uruguay, 351, 456
Baldwin, Hanson W., strateg. Publizist, 270ff., 352 f., 368, 444
Baldwin, Stanley, 53
Balkan, 401-404
Baruch, Bernard Mannes, jüd. Bankier, 211, 227-230, 232, 235, 241, 245, 299, 304, 426
Beard, Charles und Mary, Publizisten, 46, 203, 206, 236
Beaverbrook, Lord, William Maxwell, 336, 340
Belmonte, bolivianischer Militärattache in Berlin, 361
Berle, Adolph A., Unterstaatssekretär, 222, 268, 322
Bevin, Ernest, brit. Gewerkschaftsführer, 336
Birchall, F., «New York Times», 216
Birma, 396
Bliss-Lane, Arthur, amerik. Gesandter in Belgrad, 403
Bloom, Sol, Abgeordneter, 243
Brandeis, Louis Dembiz, Mitglied des Obersten Gerichtshofes, 101, 114, 143, 336
Briggs, H. W., amerik. Völkerrechtslehrer, 283
Britisch-französ. Allianz, 17
Britisch-sowjetische Allianz, 18, 437f.
Brooke-Popham, Sir Robert, Oberkommand. d. brit. Streitkräfte im Fernen Osten, 383
Bryan, Jennings, Staatssekretär, 47
Bullitt, William G., amerik. Botschafter, 106, 196, 224-227, 230f., 240, 245f., 268, 270, 273, 378, 405

- Buren, van, Präsident, 71
 Burenkrieg, 12, 325
 Butler, Nicolas Murray, Rektor d. Columbia Universität, 215, 251, 263, 265, 303
- Canning, George, brit. Aussenminister, 180
 Cantilo, José Maria, argent. Aussenminister, 34
 Cardozo, Mitglied des Obersten Gerichtshofes, 143
 Carmona, Antonio, portugies. Präsident 411
 Carnegie, Andrew, 46, 215, 318, 324, 326, 417
 Carnegie Endowment for International Peace, 215
 Carol, Exkönig von Rumänien, 425
 Chamberlain, Neville, 21, 53, 225ff., 329
 Churchill, Winston, 18, 50, 217, 228, 230, 241, 247, 205f., 287, 330, 338, 340, 348, 371, 383, 385, 401, 425, 436, 446
 Churchill, Lord Randolph, 50
 Clark, W., amerik. Senator, 354
 Cohen, Ben, Mitglied des Gehirn trusts, 148, 151, 153, 221, 322
 Committee of Industrial Organization, 117, 119-121, 305
 Committee to Defend America by Aiding the Allies 250, 254, 261, 266
 Conant, James, Präs. d. Harvard-Universität, 251, 263
 Coolidge, Calvin, Präsident, 64 f., 68, 73, 138
 Cooper, Duff, A., 228
 Corcoran, Tom, Mitglied des Gehirn trusts, 148ff., 153, 221, 251, 322
 Cormick, Robert Mc., Besitzer der «Chicago Tribune», 277
 Coudert, Frederic, R., Rechtsanwalt, 250f., 263, 303
 Coughlin, Father, Priester, 255
 Crowe, Sir Eyre, 17
 Cummings, Justizminister, 153
- Currie, Lauchlin, Sonderbotschafter Roosevelts in Tschungking, 374, 378, 388.
 Curtis, Lionel, Professor in Oxford, 319, 325
 Curzon, Lord, 50
- Dakar, 407, 410f., 414f., 442
 Daladier, Edouard, französ. Ministerpräsident, 425
 Darlan, Francois, Admiral, 407
 Davenport, Russell W., Willkies Wahlmanager, 322, 435
 Davis, J., Professor, 264
 Davison, Morgan-Partner, 257
 Dawes, Charles Gates, amerik. Diplomat, 188
 Dawson, Geoffrey, Chefred. der «Times», 325, 342
 Dennis, Lawrence, amerik. Schriftsteller, 426
 Deutsch-französ. Friedensabkommen, 231
 Dewey, Thomas, Staatsanwalt, 89, 275
 Drexel-Biddle, Anthony, amerik. Botschafter in Warschau 225
 Dieckhoff, H. H., deutscher Botschafter in den Ver. St., 231
 Dollarimperialismus, 184-187, 350, 353f., 355f., 368f.
 Donovan, Oberst William, amerik. Agent, 225, 402 f., 404
 Dreiser, Theodore, amerik. Schriftsteller, 426, 431
 Dubinsky, David, jüd. Gewerkschaftsführer, 120
- Earle, G.H., amerik. Botschafter, 225
 Eden, Anthony, 217, 228, 241, 325
 Eduard VII., 11, 318
 Eichelberger, Clark M., 251, 265
 Einwanderungsstopp, 61f., 81f.
 England-USA, 28, 102, 205, 213-217, 225, 230, 236, 238 ff., 323-344, 365, 381ff., 411, 414f., 433, 436, 439, 44b, 444, 446
 English-Speaking Union, 215

- Fall, Albert, Innenminister, 64
 Farley, James, Wahlmanager Roosevelt, 221
 Ferner Osten, s. Ostasien Finnland, 405
 Flynn, John. T., Publizist, 46
 Foreign Policy Association, 216
 Fotitsch, jugosl. Diplomat, 403
 Frankfurter, Felix, Professor, Harvard Universität, 109, 146-150, 174) 221) 252E, 268, 275, 322, 335f-339, 392
 Frankreich, 227, 273f., 323, 327, 329, 381, 405-410
- Galapagos-Inseln, 354, 395, 416
 Gallup-Institut, 255, 266
 Garner, Jack, Vizepräsident, 156
 Gehirnrust, 146, 322, 331, 336f., 342 George V., 15
 George VI., 317
 Gaulle, de, Charles, 393, 406, 410
 Gewerkschaften, 81
 Göring, Hermann, 314
 Gotesky, Rubin, jüdischer Journalist, 332 f.
 Gould, Jay, Bankier, 44, 50, 56, 118
 Graham, W.J., Abgeordneter, 229
 Grant, Madison, amerik. Rassenhygieniker, 62
 Greer-Zwischenfall, 287
 Griswold, A. W., Historiker, 192, 195
 Grönland, 284, 411, 416
 Guam, 395 f.
- Halifax, Lord, engl. Botschafter in USA, 247
 Harding, Präsident, 63f., 67f., 73, 77
 Harriman, Edward Henry, Finanzmann, 40, 56
 Harriman, Averell, 193, 303f.
 Hart, Liddell, engl. Publizist, 249, 439
 Hawaii, 295, 395f., 399, 453
- Haye, Henry, französ. Diplomat, 407
 Henderson, Leon, Preisüberwachungsamt, 300-304, 313-315
 Herring, Hubert, amerik. Publizist, 198, 214, 221
 Hillman, Sidney, Gewerkschaftsführer, 120, 299, 301 f.
 Hitler, Adolf, 21f., 24f., 288, 314, 330, 345, 362, 410) 445
 Hobson, John R., Philosoph, 206
 Hoover, Herbert, Präsident, 64, 67, 68, 189, 199, 252
 Hopkins, Harry, 109, 123, 149, 151, 221, 244, 299, 301, 333
 Hore-Belisha, Leslie, 338
 Hornbeck, S. R., Leiter der fernöstl. Abt. des State Department 195-393
 Howe, Quincy, amerik. Schriftsteller, 214
 Hughes, Charles E., Vorsitzender des Obersten Gerichtshofes, 143, 157
 Hull, Cordell, Staatssekretär, in, 149, 200, 203f., 206, 222, 227, 232ff., 268, 282, 285, 287f., 329, 350, 368, 394, 407
- Ickes, Harold L., Innenminister 124, 149, 232, 251, 300
 Indien, 383 ff., 395, 400
 Indore, Maharadscha von, 372 f.
 Industrial Mobilization Plan, 172, 212, 291
 Insull, Samuel, 139
 Irland, 411, 417
 Ironside, William Edmund brit. General, 18
 Island, 286, 400, 411, 416
 Isolationismus, 27, 187f., 205f, 214, 255, 260, 271, 289, 312, 421
- Jackson, Bundesanwalt, 149
 Japan
 - Innere Entwicklung, 386 ff.
 - Aussenpolitik, 19f., 386, 389
 - Verhältnis zu USA, 191f., 193 bis 106, 243ff., 374-381, 390 bis 396, 399f., 443-445

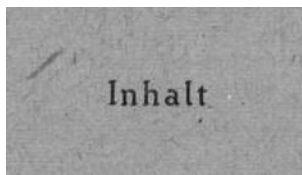
- Johnson, Hugh, General, 126
 Johnson, Hiram, Senator, 205
 Johnson-Akt, 199
 Jones, Jesse, 69
 Jerome, Jenny, Mutter Churchills, 50
 Judentum in USA, 38, 44h, 62, 65, 101f., 168, 205, 210-213, 323, 325, 327f., 340f., 372, 426, 429
 Kamtschatka, 398, 412, 417
 Kanada, 233f., 370-372, 412, 416
 Katholizismus in USA, 45
 Kauffmann, dänischer Gesandter in Washington, 284
 Kearney-Zwischenfall, 287
 Kelloggpakt, 190
 Kemmerer, Edwin, Finanzberater, 188
 Kennedy, Joseph, amerik. Diplomat, 106, 224E
 Keynes, J. M., Professor, 374
 Keyserling, Graf Hermann, 77
 King, Mackenzie, kanadischer Ministerpräsident, 370
 Knox, Frank, amerik. Marineminister, 275f., 286f., 301
 Knudsen, William, General Motors, Aufrüstungsausschuss, 297, 299ff., 303E, 309, 313h
 Konoye, Fürst, japan. Ministerpräsident, 394
 Krock, Arthur, amerik. Publizist, 326f.
 Kurusu, jap. Diplomat, 394
 Lafayette, französ. General, 32, 407
 La Folette, Philipp, 277
 La Guardia, Bürgermeister von New York, 164, 260f., 264, 266f., 276f., 300, 303
 Lamont, Thomas, Morgan-Partner, 68, 70f., 74, 193, 196, 211, 216, 250f., 253f., 256f., 258f., 305, 307?, 345f., 380
 Landis, James, 149
 Landon, Alfred, Präsidentschaftskandidat, 150, 220
 Lansing, Robert, Wilsons Staatssekretär, 249
 Laski, Harold, jüdischer Professor, 65f., 147f.
 Lattimore, Owen, Sondergesandter in Tschungking, 378
 Laval, Pierre, 407
 Lazard Frères, französ. Bankhaus, 321
 League for Peace and Democracy, 212
 League of Nations Association, 216
 Leahy, William D., Admiral und Botschafter, 406f., 410, 442
 Lehman, Herbert, Governor von New York, 69, 105f., 164, 262
 Lehman, Bankhaus, 105 f., 261 f.
 Lewis, John, Vorsitzender der CIO, 155, 312
 Lewis, Sinclair, amerik. Schriftsteller, 231, 412
 Liberia, 413, 417
 Lima, Konferenz in, 350
 Lincoln, Abraham, Präsident, 51, 55
 Lindbergh, Oberst Charles, 120, 255, 260, 271, 289, 312, 421
 Lippmann, Walter, amerik.-jüd. Publizist, 211, 259
 Litwinow-Finkelstein, Maxim, 200
 Lothian, Philip Lord, engl. Botschafter in Washington, 214, 250, 282, 324f., 329E
 Lubin, Isador, Arbeitsministerium, 149
 Luce, Henry, Verleger von «Life», «Fortune», «Time», 258, 321, 33-34f., 357f., 382
 Ludlow, amerik. Abgeordneter, 210
 Lukasiewicz, Julius, polnischer Botschafter, 236, 240
 Lundberg, Ferdinand, Publizist, 56, 63, 256, 259
 Mahan, Alfred, amerik. Marineschriftsteller, 247, 349, 443
 Mandschurei, 193f.
 Marshall, George Catlet, General, Chef des amerik. Generalstabes, 268
 Marxismus, 45 f., 59

- Mellon, Andrew W., Bankier und
Schatzsekretär, 64-67, 72, 74f.,
306
- Messersmith, amerik. Diplomat, 223
- Mexikanisch-amerikanischer Krieg,
280E, 452, 454E
- Meyer, Eugene, Bankier, 229
- Milner, Lord Alfred, 323, 325
- Moley, Professor Raymond, Columbia
Universität, 110, 126, 148f., 196,
224, 322
- Monroe-Doktrin, 29, 178-186, 335,
350, 360f., 370, 449, 452
- asiatische, 385, 388-401, 411
 - europäische, 178f., 449
- Morgan, Arthur E., Vorsitzender
der TVA, 139
- Morgan, John P., 38ff., 46f., 49, 51, 55,
56, 74, 83, 244, 252, 254, 257,
259f., 261, 264, 266, 327,
339, 344
- Morgan, Henry Sturgis, 68
- Morgenthau, Henry, Schatzsekretär,
333
- Morrow, Dwight, ehem. Teilhaber
Morgans, 65f., 68, 74, 188, 257
- Murray, Philip, Vorsitzender der CIO,
120
- Mussolini, Benito, 19
- Natal, 352 f., 414
- National Defense Advisory
Commission, 298 f.
- National Industrial Recovery Act, 315
- National Security League, 254
- Nelson, Donald, Rüstungsausschuss,
301
- Neutralitätsgesetzgebung, 29, 203 ff.,
235, 282, 287f.
- New Deal, Prinzipielles, 87, 114 ff.
- Soziale Massnahmen, 121ff.
 - Landwirtschaft, 126-130
 - Erosion, 131-135
 - Projekte (Tennesseeetal), 136-141
 - Gerichtshof, 142-146
 - Verfall des, 157
- New Deal, Aussenpolitik des, 199
- New Deal in China, 374, 388
- Noguès, französ. General, 406
- Nomura, Hishisaburo, jap.
Admiral, 394
- Norris, Senator, 138
- Nye, Gerald T., Senator, 202, 254,
260
- Office of Emergency Management,
299
- Office for Production Management,
299, 305, 308f.
- Oliphant, Mitgl. des Gehirnrustes,
149
- Oran, 406
- Ostasien, 189-196, 208, 219f., 243 bis
245, 288, 372-400, 433, 443, 445
- Page, W.H., amerik. Botschafter in
London während d. Weltkrieges,
257
- Panama, Konferenz in, 350
- Panamerikanische Konferenz in
Havanna, 200, 350
- Panamerikanische Konferenz in
Montevideo, 200
- Panamerikanische Konferenz in Lima,
233f.
- Parker, Gilbert, 188
- Patagonien-Dokumente, 360
- Paul, Prinzregent von Jugoslawien,
401, 403
- Perkins, Miss, Arbeitsminister, 119
- Pétain, Henry Philippe, 406 E, 409 f.
- Peter v. Jugoslawien, 403
- Peterson, H.C., amerik. Professor,
343
- Philippinen, 132, 200, 379, 394, 396,
453
- Platt-Amendment, 200
- Plutokratie, amerik., 38-56, 64-69, 74,
79, 82-85, 87-90, 95, 139f.,
163, 176, 188, 193, 229, 248-268,
289, 304-307, 309, 321, 372-374,
435 f.
- Polk, James, Präsident, 33, 280 f.
- Polk, Frank L., Unterstaatssekretär,
251

- Potocki, poln. Botschafter, 236
 Prohibition, 76-79, 429
 Puritanismus, 43-46, 77, 85, 173, 427-431
 Reynaud, Paul, 329
 Rhodes, Cecil, 41, 215, 323 ff.
 Roberts, Kenneth, amerik. Schriftsteller, 334
 Rockefeller, John D., 37, 43, 380
 Rockefeller, Nelson, USA-Agent in Südamerika, 363
 Rockefeller, Öltrust, 264f.
 Rogerson, Sidney, engl. Schriftsteller, 249
 Roosevelt, F.D.
 - Abstammung, 48, 99 f.
 - Laufbahn, 102-105
 - Wahlen, 105-108, 274-278
 - Versuch der Diktatur, 151-157
 - Psychologie von, 169-174, 403f.
 Roosevelt, Eleanor, 99, 167, 321
 Roosevelt, Theodore, Präsident, 39-42, 47, 49, 55-58, 175, 187, 247, 353 > 454 Roosevelt-Doktrin, 332
 Rosenman, Samuel, Oberrichter von New York, 109, 221, 301, 322
 Ross, Colin, 432
 Runciman, Lord, 21
 Rush, Rich., amerik. Gesandter in London, 180
 Rydz-Smigly, Eduard, poln. Marschall, 425
 Salazar, Oliveira, 41f.
 Sassoon, Sir Victor, Bankier, 372ff.
 Schiff, Jakob, jüd. Finanzmann, 40, 44
 Schmitt, Carl, Professor
 Siegfried, André, französ. Schriftsteller, 82, 407
 Simon, Sir John, 194
 Simowitsch, Duschan, 401f.
 Singapur, 244, 381 f., 393, 398, 412, 415
 Smith, Al, Governor Von New York, 68f.
 Smuts, Jan Chr., General, 339
 Sowjetunion, 18, 199 f., 397 ff., 401, 417-433-437f-440ff., 451
 Spanien, 20, 355
 Spanisch-amerik. Krieg, 175f., 192, 453
 Spring-Ricc, Sir Cecil, engl. Botschafter, 102
 Stalin, Josef, 396
 Stead, T. W., amerik. Schriftsteller, 324
 Steed, Wickham, Herausgeber der «Times», 319
 Steinbeck, John, amerik. Schriftsteller, 420
 Stettinius, Edward, Leiter des Kriegsbeschaffungsamtes, 245, 257, 208f., 301, 303f., 308
 Stimson, Henry L., Staatssekretär und Kriegsminister, 68, 147, 177, 250ff., 253f., 257f., 275, 277, 375, 445
 Stimson-Doktrin, 189
 Stone, Harlan, Vorsitz. des Obersten Gerichtshofes, 143, 157
 Streit, Clarence, amerik. Publizist, 323, 327, 332, 343, 345, 385
 Straus, Jesse, amerik. Botschafter, 105ff., 224
 Stützpunkte in Südamerika, 350 bis 355, 368f., 416
 - im Pazifik, 395 f.
 - im Atlantik und Afrika, 410-415
 - allgemein, 397ff., 415f.
 Südamerika, 180ff., 188, 200-202, 234f., 246, 286, 299, 320, 350 bis 369, 400, 414, 416, 433, 451 ff.
 Sulzberger, Verleger der New York Times, 258
 Taborda, argent. Abgeordneter, 361

! Da Franklin D. Roosevelt fast auf jeder Seite des Buches vorkommt, sind nur die Hinweise aufgenommen, die sich auf seine Persönlichkeit in allgemeiner Form beziehen.

- Taft, William H., Präsident, 39, 64, 67, 43, 252
 Taft, Senator, 274
 Tennessee Valley Authority, 136-141, 277
 Thailand, 393, 395L
 Thompson, Dorothy, 231, 259
 Tojo, General, Hideki, 394
 Tschiang Kai-schek, Marschall, 19, 374, 379, 386, 309 f.
 Turner, Frederic J., amerik. Soziologe, 33
 Twain, Mark, amerik. Schriftsteller, 290
 Tweedsmuir, Lord, 325
 Valera, de, Eamon, irischer Ministerpräsident, 411
 Vandenberg, Arthur Hendrick, Präsidentschaftskandidat, 275
 Vanderbilt, Cornelius, 39, 47
 Vansittart, Sir Robert, 225f., 230f., 241
 Veblen, Thorstein, Professor, 265
 Victoria, Queen, uff., 15, 318
 Wang Tsching-wei, 386, 389
 Wallace, Henry, Vizepräsident, 128ff., 137, 141, 301
 Warburg, James, Bankier, 101f.
 Warburg, Felix, Bankier, 216, 261
 Weber, Alfred, Professor, 14
 Welles, Sumner, Unterstaatssekretär, 106, 201, 222 f., 232, 268, 322
 Weltwirtschaftskonferenz, 199
 Weygand, Maxime, General, 406
 Wheeler, Burton, Senator, 156, 254
 White, William Allen (s. William Allen White-Komitee)
 Whitney, Richard, Präsident der New Yorker Börse, 123
 Wilde, Oscar, 31 f.
 William Allen White-Komitee, 216, 251 ff., 256, 321
 Willingdon, Lord, Vizekönig von Indien, 365
 Willkie, Wendell, 139h, 210, 251, 270-279, 322, 333, 339, 346
 Wilson, Hugh, amerik. Diplomat, 225, 231
 Wilson, Thomas Woodrow, 17, 28, 100f., 228E, 257h, 266, 279, 343 ff., 364
 Winant, John G., amerik. Diplomat, 150, 336f.
 Wladiwostok, 398f., 412, 417
 Wolfe, Thomas, amerik. Dichter, 418, 421
 Woodring, Harry, ehem. amerik. Kriegsminister, 275 h
 Woodward, Ch., Konteradmiral, 398
 Works Progress Administration, 123-126, 162/221
 Young, Owen D., Morganpartner, 66, 303



Vorwort	5
Teil I. Am Ende des britischen Zeitalters	11
Britannien Mittelpunkt der Weltkrise (13) – Ende der Weltgeschichte? (15) – Das revolutionäre Zeitalter (18) – Weltherrschaftsanspruch geht auf Washington über (27)	
Teil II. Die Erstarrung des amerikanischen Mythos	30
Zeitalter der Grenzenlosigkeit (33) – Das amerikanische «Wirtschafts- wunder» (36) – Theodore Roosevelt und Morgan (39) – Negative Re- gierungstradition (42) – Puritanismus und jüdische Überlieferung (44) – Ursprünge der Plutokratie (47) – Töchterexport nach Europa (50) – Konzentration der wirtschaftlichen Macht (52) – Geringes Ansehen der Politiker (55) – Übergewicht der Einzelstaaten (57) – Einwanderungs- stopp als erster Wendepunkt (61) – Aushöhlung der Präsidentschaft (64) – Der Zusammenbruch 1929 (69) – Amerikanische Tradition ge- gen neue Ideen (72) – Merkmale des ersten Nachkriegsjahrzehnts (76) – Standardisierung (78) – Plutokratie Nutzniesser der Normierung (83) – Lebensstil der Finanzoligarchie (85) – District of Columbia (86) – Die Erstarrung des Mythos (90)	
Teil III. Aufstieg und Verfall des New Deal	94
Die Eingeweide der Metropolis (94) – F.D. Roosevelts «Hundert Tage» (97) – Politische Herkunft Roosevelts (99) – Geldgeber der Roosevelt- Wahlen (105) – Gehirntrust tritt neben die Finanziers	

(109) – Grundgedanken des New Deal (112) – Die Gewerkschaften (117) – Notlösung der WPA (123) – Farm Business in der Katastrophe (126) – The Man Made Desert (131) – Experiment im Tennessee-Tal (134) – Die Wüste wächst weiter (141) – Oberster Gerichtshof verwirft New Deal (142) – Felix Frankfurter (146) – Roosevelts missglückter Staatsstreich (151) – Das Ende des New Deal (157) – Statistik des Grauens (160) – Die Krise des Amerikanismus (163) – Roosevelt als psychologisches Problem (169) – Flucht in Notstand und Krieg (172)	
Teil IV. Auf der Suche nach dem Feind	175
Triebkräfte der Aussenpolitik der USA (176) – Ursprünglicher Sinn der Monroe-Doktrin (178) – Der Grundsatz der Erdteilpolitik (180) – Verfälschung zum Offensivinstrument (184) – Der Weltgläubiger (187) – Beginn des Angriffs auf Fern-Ost (191) – Die Stimson-Doktrin (195) – Cordell Hull (196) – Anfänge der Aussenpolitik Roosevelts (199) – Neutralitätsgesetzgebung (202) – Roosevelts Wendung zum Krieg (207) – «England expects...» (213) – Amerika ohne natürlichen Feind (217) – Der dritte Gehirntrust (221) – Enttäuschung über München (227) – Kanada und Südamerika als Beuteziele (233) – USA – «Grenze am Rhein» (237) – Das Ultimatum, das den Krieg erzwang (238) – Der Hauptschuldige am Krieg (241) – Die Theorie Mahans (247)	
Teil V. Erziehung zum Krieg	249
Aussöhnung Roosevelts mit der Hochfinanz (251) – Henry Stimson (252) – Das Komitee William Alien White (253) – Geldgeber der Kriegsagitation (256) – Universitäten von Hochfinanz abhängig (263) – Roosevelts Geographierede (268) – Wahrheit über die «Bedrohung Amerikas» (270) – Das Ende der Freundschaft mit Frankreich (273) – Roosevelts dritte Wahl (274) – Die Rolle Willkies (276) – Falsche Friedensversprechungen (278) – Etappen des amerikanischen Angriffs Sommer 1940 bis Dezember 1941 (280)	
Teil VI. Amerika versinkt im Rüstungswirrwarr	291
Die Wehrmacht der USA (293) – Stärke und Verteilung der Flotte (295) – Flugzeugbauprogramm (297) – Rüstungsorganisationen (298) – Das Rüstungsracket (304) – Engpässe der Kriegsindustrie (307) – Bilanz der Aufrüstung (311)	
Teil VII. Die Proklamation des «Amerikanischen Jahrhunderts»	317
Union now (319) – Amerikanisierung oder Anglisierung der Welt? (323) – USA als Seniorpartner (330) – Die Unterwerfung Englands (335) – Die amerikanische Weltgefahr (341)	

Teil VIII. Das Programm der Weltherrschaft	348
<i>Die Unterjochung Südamerikas</i>	350
Stützpunkte in Südamerika (351) – Innere Kräfte Südamerikas (355) «Verdrängung Englands aus Südamerika» (365) – Politische Anleihen (367) – Kanada zwischen USA und England (370)	
<i>Die Drohung gegen Ostasien.....</i>	372
New Deal für Ostasien (374) – Pazifische Spannungen (375) – Roosevelts Fehleinschätzung der Japaner (376) – China kämpft für USA (377) – Singapur (381) – Amerika greift nach Indien (383) – Umformung der japanischen Gesellschaft (385) – Einkreisung Japans (390) – Kriegsausbruch im Pazifik (394) – Erschüttertes Stützpunktsystem der USA (395) – Von Alaska nach Sibirien? (397)	
<i>Der Sprung über den Atlantik.....</i>	400
Nemesis in Belgrad (401) – Europäische Monroe-Doktrin (404) – Ende der Lafayette-Legende (407) – Drohungen im Atlantik (410) – Griff nach Afrika (413) – Das Programm der Weltherrschaft (415)	
Teil IX. Der Schicksalskampf der Kontinente	418
Europa und Amerika (419) – Unbehagen der Amerikaner in ihrer Kulturform (420) – Verborgener Antisemitismus (426) – Entartung des Puritanismus (428) – Heilsarmeeinstinkte (431) – Herzraum der Furcht (435) – Strategische Aussichten (437) – Drei Machtzentren auf der Welt (438) – Der Irrtum Mahans (439) – Victorianische Strategie (444) – Zukunft des Amerikanismus (447) – Das neue Weltbild (448)	
Anhang. Die Angriffskriege der Vereinigten Staaten.....	452
Literatur.....	458
Amerikanische Abkürzungen.....	463
Personen- und Schlagwortverzeichnis.....	464